This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Harvard College Library

FROM THE
J. HUNTINGTON WOLCOTT
FUND

GIVEN BY ROGER WOLCOTT [CLASS OF 1870] IN MEMORY OF HIS FATHER FOR THE "PURCHASE OF BOOKS OF PERMANENT VALUE, THE PREFERENCE TO BE GIVEN TO WORKS OF HISTORY, POLITICAL ECONOMY AND SOCIOLOGY"

SICILIENS

MITTELALTERLICHE

STADTRECHTE

NACH

ALTEN DRUCKEN UND HANDSCHRIFTEN

MIT EINER EINLEITUNG

HERAUSGEGEBEN

UND DEM INHALTE NACH SYSTEMATISCH DARGESTELLT

VON

WILHELM VON BRÜNNECK
DR. JUR. UTR.

HALLE.
MAX NIEMEYER.
1881.

Ital 5022.7
~~VI. 1109 11~~

HARVARD COLLEGE
FEB 30 1902
LIBRARY

Wolcott fund.

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten
(Gesetz v. 11. Juni 1870. § 6.)

Vorwort.

Die vorliegende Ausgabe der Stadtrechte Siciliens verdankt ihre Entstehung allein und ausschliesslich der Anregung des Herrn Bibliothekar Dr. Hartwig. Nicht lange, nachdem ich hier mit diesem verdienstvollen Forscher auf dem Gebiete der Cultur- und Rechtsgeschichte Siciliens bekannt geworden war, richtete er an mich die freundliche, für mich ehrenvolle Aufforderung, die von ihm mit der Ausgabe des Stadtrechts von Messina im Jahre 1867 begonnene, seitdem aber liegengebliebene Arbeit der Veröffentlichung der Stadtrechte Siciliens von Neuem aufzunehmen. Er gab mir die zu dem Behufe gesammelten gedruckten und ungedruckten Materialien. Zugleich stellte er mir mit grosser, meiner Seits nicht dankbar genug anzuerkennender Liberalität seine reiche Sammlung von Schriften und Büchern zur sicilischen Geschichts- und Quellenkunde zur Verfügung: darunter manche seltene, in Deutschland sonst kaum zugängliche Werke.

So ausgerüstet überwand ich die mancherlei Bedenken, die, hervorgerufen durch das nur zu begründete Misstrauen in die eigene Kraft von dem Wagniss einer Arbeit auf einem, mir bisher ganz fremd gebliebenen Quellengebiete abriethen. Von vornherein musste freilich aus den in der Einleitung angegebenen Gründen die mir gestellte Aufgabe in etwas eingeschränkt werden. Nicht die sämmtlichen, sondern allein die in lateinischer Sprache abgefassten Stadtrechte konnten zur Ausgabe gelangen. Hinwiederum glaubte ich, mein Thema nach einer andern Richtung hin erweitern zu müssen. Neben

einer kürzer gefassten Einleitung, auf welche die Texte selbst zu folgen hätten, sollte in systematischer Weise der Inhalt der publicirten Quellen dargestellt werden. Dieses letztere Unternehmen ist es namentlich, welches der Rechtfertigung zu bedürfen scheint.

Die von Savigny einst in seiner Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter Bd. III. S. 513 (2. A.) mit Bezug auf die Statuten der italienischen Städte ausgesprochene Vermuthung, sie möchten auf ähnliche Weise, wie früher die zwölf Tafeln durch die Verschmelzung verschiedener Nationen in eine einzige Stadtgemeinde veranlasst sein, erhält ihre volle Bestätigung durch die Stadtrechte Siciliens. Mehr vielleicht, wie andere gleichzeitige Rechtsquellen des Mittelalters bringen sie jenen Process der Verschmelzung des germanischen mit dem römischen Recht zur Anschauung: eine Folge des bunten Gemisches ihrer theils normännisch-französischen, theils italienisch-griechischen Bevölkerung. Erscheint dieser Process hier im Allgemeinen auch bereits abgeschlossen, so trifft man andererseits darin einzelne Institute an, welche die früher bestandene Sonderung zwischen germanischem und römischem, beziehungsweise griechisch-römischem Recht noch deutlich erkennen lassen.

Die Geschichte der Reception des römischen Rechts, dieses für alle Zeiten denkwürdigen Vorgangs, ist es demnach, zu der die hier herausgegebenen Stadtrechte einen Beitrag liefern. Ihre Bedeutung in dieser Hinsicht ist um so grösser, als sie mit einem nicht geringen Theil ihres Inhalts in verhältnissmässig frühe Zeiten hinaufreichen und durch das Alter der bezüglichen Satzungen andere Rechtsquellen erheblich übertreffen, welche die gleiche Erscheinung der Vereinigung und Vermischung germanisch-moderner und römisch-antiker Rechtsbildung aufweisen.

Ebenfalls nicht von geringem Interesse ist eine andere Thatsache, der wir in den vorliegenden Quellen begegnen. Es ist die darin vollzogene Vermischung verschiedener germani-

scher Stammesrechte, insbesondere des normannischen Rechts mit dem Rechte der französischen Coutumes. Bekannt ist der lebhafte Streit, der über die Frage entbrannt ist, ob und in wie weit das normannische Recht fränkischen oder nordischen Ursprungs sei. Auch nach dieser Seite hin wird, wie ich darzuthun hoffe, durch die sicilischen Stadtrechte einiges Licht verbreitet.

Eine Darlegung und Klarstellung der genannten und mancher anderen rechtshistorischen Vorgänge erforderte dogmengeschichtliche Einzeluntersuchungen. Für diese aber reichte der knapp bemessene Raum der Einleitung nicht aus. Letztere musste den bibliographischen und quellengeschichtlichen Angaben und Erörterungen vorbehalten bleiben. So entschloss ich mich denn nach dem Vorgange Homeyer's, der mit seiner Ausgabe des Sachsenspiegels und der verwandten Rechtsbücher ein System des sächsischen Lehnrechts verbindet, meiner Ausgabe der sicilischen Stadtrechte, gewissermassen als eine zweite Abtheilung des Buches, die systematische Darstellung ihres Inhalts folgen zu lassen. Allerdings war dabei eine gewisse Ungleichmässigkeit in der Behandlung der einzelnen Lehren nicht zu vermeiden. Diesen Übelstand theilt der hier gemachte Versuch mit den systematischen Darstellungen anderer Rechte, welche in ähnlicher Weise, wie dies hier der Fall ist, das römische und gemeine Recht als subsidiäre und ergänzende Quelle voraussetzen. Ein fragmentarischer Charakter einiger Partieen, eine gewisse Breite in der Ausführung anderer ist ein Mangel, der sich mehr oder weniger in ihnen allen fühlbar macht.

Übrigens bin ich, abgesehen von diesen, zum Theil wenigstens, sachlich begründeten Mängeln, der Schwächen meiner Arbeit mir vollauf bewusst. Namentlich glaube ich die Nachsicht meiner Leser da erbitten zu müssen, wo ich vielleicht zu sehr in ermüdende Details eingegangen bin.

Immerhin hoffe ich, dass der behandelte Rechtsstoff nicht

verfehlen wird, das Interesse der Freunde der Rechtsgeschichte, voraus der Germanisten, für sich in Anspruch zu nehmen. Täusche ich mich hierin nicht, und gelingt es, dem bisher in Deutschland wenig beachteten Quellenkreise Theilnahme bei den Fachgenossen zu erwerben, so werde ich mich wegen der aufgewandten Mühe für hinreichend belohnt halten. Tüchtigere Kräfte als die meinigen mögen dann aus den hier veröffentlichten und erläuterten Quellen für das Verständniss des mittelalterlichen und heutigen Rechts den Nutzen ziehen und die Ausbeute gewinnen, die sie, wie ich mich überzeugt halte, in reichem Masse darzubieten geeignet sind.

Zum Schluss noch eine Bemerkung über die Drucklegung meines Buches. Um die neuesten litterarischen Arbeiten noch benutzen zu können, habe ich zuerst die Texte der zu edirenden Stadtrechte, hierauf die systematische Darstellung und zuletzt die Einleitung zum Abdruck gelangen lassen. Dies der Grund, weshalb die Abhandlungen La Mantia's (im Archiv. stor. Ital.) zwar in der Einleitung, nicht aber bei der Textgestaltung der vorliegenden Ausgabe berücksichtigt werden konnten. Es sei dieserhalb auf den Nachtrag verwiesen.

Halle a. d. S., im October 1881.

v. B.

Einleitung.

§ 1.

Bibliographische Nachweisungen über die Handschriften und Ausgaben der sicilischen Stadtrechte.

Was Hartwig 1867 von den sicilischen Stadtrechten gesagt hat, gilt mehr oder weniger auch noch heute. Sie sind bisher immer noch nicht sämmtlich gedruckt: manche der vorhandenen Drucke sind überdem schon so selten geworden, dass sie gegenwärtig fast den Werth von Handschriften haben.

Vito La Mantia, zugleich Verfasser einer Rechtsgeschichte,[2]) hat in der unter dem Titel: Consuetudini delle città di Sicilia (Palermo 1862) publicirten Sammlung Auszüge aus den wichtigeren Stadtrechten mitgetheilt. Aufnahme haben darin aber lediglich diejenigen Abschnitte oder Capitel gefunden, welche privatrechtlichen Inhalts sind. Ausgesprochener Massen verfolgte der Herausgeber praktische Zwecke.[3]) Es kam ihm nicht auf eine kritische, auf Vergleichung der ältesten Drucke

1) Codex. jur. municipalis Siciliae. Heft I. Das Stadtrecht von Messina (Cassel und Göttingen 1867) Einleitung S. 5.

2) Storia della legislazione civile e criminale in Sicilia I. II. Palermo 1866. 1874.

3) A. a. O. p. 8. „Jo spero che questo lavoro, solamente diretto al comodo e alla prática utilità, tosto sara sequito" ct. Die Gültigkeit der Stadtrechte währte in Sicilien bis zur Einführung der französischen Gesetzgebung (einer Überarbeitung des Code Napoléon) im Jahre 1819 (cf. Franc. Sbano, Le Netine cons. Introduzione p. V). Für richtige processualische Entscheidung älterer Fälle aus dem Bereiche des Familiengüter- und Erbrechts erwies sich das Zurückgehen auf die früheren Lokalrechte namentlich dann nothwendig, wenn Rechtsverhältnisse in Frage kamen, deren thatsächliche Unterlagen Ehen bildeten, welche vor dem Jahre 1819 geschlossen waren.

und Handschriften sich stützende Gestaltung der Texte, noch darauf an, im einzelnen Falle die richtigsten Lesarten zu eruiren.

Von gerade entgegengesetzten Gesichtspnnkten aus unternahm Hartwig die Herausgabe der sicilischen Stadtrechte. Allein geschichtlichen, speciell rechtsgeschichtlichen Zwecken sollte seine Arbeit dienen. Leider blieb diese unvollendet; es liegt uns davon nur die Einleitung und der Text des Stadtrechts von Messina vor.

Nachstehend möge hier eine Übersicht folgen sowohl der bis jetzt veranstalteten Drucke sicilischer Stadtrechte, als der uns bekannt gewordenen Handschriften der noch ungedruckt gebliebenen. Dabei sei vorweg bemerkt, dass Handschriften von den meisten der noch ungedruckten, oder doch beglaubigte Copien derselben durch den gelehrten Historiker und Publicisten Rosario di Gregorio, dem wir eine werthvolle Verfassungsgeschichte [1]) Siciliens verdanken, in einem Sammelbande der Communalbibliothek zu Palermo, und zwar in einem mit Q. q. F. 55 gezeichneten Manuscript vereinigt worden sind.[2])

I. Die gedruckten Ausgaben.

1. Das Stadtrecht von Palermo ist mehrfach gedruckt. Die erste und älteste Ausgabe ist die zu Palermo im Jahre 1477/1478 von Giovanni Nasone (Joannes Naso oder Nasonius) aus Corleone veranstaltete.[3]) Sie führt den Titel: consuetudines felicis urbis Panormi (Panormi 1478). Der Druck wurde von dem deutschen Schriftsetzer Andreas Vyel aus Worms in Quart hergestellt, welcher besonders zu dem Zwecke, um das Stadtrecht zu drucken, von der Municipalität (praetor et jurati) nach Palermo berufen worden war.[4]) Es darf dies als ein Zeichen

1) Storia di Sicilia ossia il dritto publico Siciliano (Italia 1817). Der erste Abschnitt führt den Titel: Introduzione allo dritto publico Siciliano, der zweite mit fortlaufender Paginirung: Considerazioni sopra la storia di Sicilia.

2) Hartwig a. a. O. S. 12.

3) Die Beschreibung der Ausgabe bei Francesco Tornabene, Storia critica delle tipografia Siciliana (Catania 1839) p. 44 seq. Über Giovanni Nasone ist zu vergl. Alessio Narbone, Bibliografia Sicola, Palermo 1850—55) h. v.

4) Cf. das Dedicationsschreiben des Joannes Naso an praetor et jurati von Palermo anno 1477. Am Ende des Buches lesen wir die

gelten, welch hohe Wichtigkeit man dem alten Stadtrechte selbst noch im Ausgang des Mittelalters beilegte. Auch erhellt daraus, wie verhältnissmässig schnell in Sicilien die Erkenntniss vom Werthe der Erfindung der Buchdruckerkunst Eingang gefunden hatte.[1])

Von jener ältesten Ausgabe des Jahres 1478 kannte man bis vor kurzem nur ein einziges, der Biblioteca Nazionale zu Palermo gehöriges Exemplar. Seitdem ist in Girgenti noch ein zweites, und ganz neuerdings in der Bibliothèque Nationale zu Paris ein drittes Exemplar mit derselben Jahreszahl 1478[2]) aufgefunden worden. Die beiden letzteren enthalten bereits Zusätze, die in dem Palermitaner Exemplar fehlen.[3]) Auch weisen sie schon die Eintheilung in 86 Capitel auf, während jenes davon nur 85 zählt. So darf man behaupten, dass das Exemplar der Biblioteca Nazionale zu Palermo die eigentliche editio princeps darstellt, während die andern Exemplare der Ausgabe von 1478 jüngere, wenngleich noch im selben Jahre veranstaltete Abdrücke des ersten ursprünglichen Druckes sind. Als blosse Wiedergabe dieses Druckes, mit Umstellung einzelner Bestimmungen, sind die in den Jahren 1496 in Neapel[4]), sowie 1557 und 1558 bei Giovanni Matteo Maida zu Palermo herausgekommenen Ausgaben der „jura municipalia Panormi" anzusehen. Ihnen schliesst sich eine, im Jahre 1575 von dem Buchhändler Lorenzo Pegoli in Venedig veranstaltete Ausgabe an. Sie enthält zugleich einen Abdruck des Messineser Stadtrechts. Weitere Textabdrücke finden sich in den verschiedenen Commentaren, die zu den einzelnen Capiteln des Palermitaner Rechts geschrieben wurden. Als die beste der commentirten

---

Worte: „Explitiunt consuetudines felicis urbis panormi. Impressum per magistrum Andream Vyel de Vuormacia Anno Domini MCCCCLXXVIII."

1) Bereits 1461 kommt in Catania ein deutscher Schriftsetzer Heinrich Alding vor. Nächst ihm, der im Jahre 1472 in Messina eine Ausgabe der Briefe des Phalaris besorgte, war der genannte Andreas Vyel anscheinend der der Zeit nach älteste Drucker Siciliens. Hartwig a. a. O. Seite 6.

2) S. La Mantia im: Archiv. stor. Ital. Serie IV VII, disp. II, p. 151 disp. III, p. 250, woselbst auch die Mittheilung von Delisle das Pariser Exempl. betr. 3) So namentlich die nova declaratio de jure protimiseos.

4) Die Ausgabe von 1496 ist, wie es scheint, die erste, welche mit dem vollständigen Titel versehen war. La Mantia, Arch. stor. Ital. a. a. O.

Ausgaben gilt die des Marius Muta. Sie ist zuerst im Jahre 1600 und demnächst zum andern Male 1644 in Palermo in Folio herausgekommen. Andere und zwar ältere Commentare haben Paulus Viperanus[1]) und Ferdinandus Bongiorno[2]) zu Verfassern.

Für die Rechtsgeschichte sind diese Commentare, selbst der des Muta nicht ausgenommen, von sehr geringem Werthe. Bei der darin vorherrschenden scholastischen Methode erschöpft sich die Arbeit der Commentatoren in einer, mit einem Wust von Citaten begleiteten Erörterung einzelner Fälle. Die hierbei aufgeworfenen Fragen stehen oft in gar keinem oder doch nur in sehr losem Zusammenhange mit dem Inhalt der commentirten Vorschriften. Dagegen sucht man meist vergeblich nach irgend einer, für die Geschichte des Stadtrechts, seiner Institute und Rechtssätze brauchbaren historischen Notiz.[3])

Nach der editio princeps von 1478 zerfällt der eigentliche Text des Palermitaner Rechts, von den späteren Zusätzen abgesehen, in LXXXV Capitel. Dabei werden jedoch zwei Capitel mit derselben Nummer bezeichnet, nämlich LXVII. Sonach beträgt die wirkliche Anzahl aller Capitel, nicht LXXXV, sondern LXXXVI. Muta hat dem zweiten, mit der reduplicirten Nummer LXVII versehenen Capitel die Nummer LXVIII gegeben. Bei ihm beläuft sich daher die Gesammtzahl der Capitel auf LXXXVI. Von Handschriften des Palermitanischen Stadtrechts hatte man bisher keine Kunde. Sie schienen sämmtlich verloren gegangen zu sein. In diesem Frühjahr hat jedoch Hartwig in Neapel bei dem dortigen Antiquar Giuseppe Dura eine Handschrift gesehen, welche anscheinend im fünfzehnten Jahrhundert geschrieben ist.

2. Das Stadtrecht Messina's, dessen Handschriften muthmasslich sämmtlich vernichtet sind[4]), gehört ebenfalls zu den ältesten Drucken (Incunabeln) der Insel.[5]) Die erste Ausgabe

1) Adnotationes ad consuetud. urbis Panhormi. Panhormi 1503 fol.

2) Adnotationes ad cons. urbis Panh. Panhormi 1592 fol.

3) Vgl. Di Gregorio a. a. O. p. 46. Hartwig, Einleit. S. 7, Note 1.

4) Hartwig a. a. O. S. 7, Note 3.

5) Am Schlusse der acht Folioblätter starken Ausgabe stehen die Worte: „Impressum est presens opusculum in nobili civitate Messane per Guilelmum Schomberger de Frankfordia, correctum et ordinatum per Jo. Pe. Apu(lum) sub expensis ejusdem XV. Maij 1. ind. MIID. Cum privi-

rührt von dem Juristen Johannes Petrus Apulus her. Sie ist durch Wilhelm Schomberger aus Frankfurt am Main im Jahre 1498 in Folio gedruckt. Apulus will die einzelnen Abschnitte des Stadtrechts, dessen Handschriften sich zu seiner Zeit in einem Zustande äusserster Verwahrlosung und Verderbniss befunden hätten, erst nach bestimmten Gesichtspunkten geordnet haben.[1]) Mag diese Behauptung auch übertrieben sein, um das Verdienst des Herausgebers in's beste Licht zu stellen[2]), immerhin ergiebt die Vergleichung seiner Textgestaltung mit den von Abbas Siculus (Panormitanus) in dessen Consilien Nr. 64 mitgetheilten Capiteln des Stadtrechts, dass Apulus in der That die Reihenfolge der Capitel in etwas geändert hat.[3]) Eine

legio quod infra VI annos nemo idem opus facere audeat sub pena unciarum L." Über Apulus ist zu vgl. Hartwig a. a. O. p. 7.

1) In der Vorrede sagt Apulus: „Sed (pudet dicere) omnia exempla quotquot conspexi, et quae (quod pejus est) per coteras trinacriae partes transcripta reperire potui: omnia erant adeo transformata, quod mihi non parum difficultatis ac laboris corrigenti adhibuere. Erant enim in his multae clausulae additae per scriptores superfluae. Erant multa verba permutata ac falsa. Erant multi tituli dispersi et tamen ejusdem rei. Quid dicam? tot reperi exempla, quot fuere scriptores. Nequivi non mirari praedecessorum nostrorum incuriam et." Nachdem er mit diesen Worten über die traurige Verfassung der Mss. aller sicilischen Stadtrechte sich ausgelassen, fährt er mit speciellerem Hinweis auf die von Messina also fort: „constitutiones ita deterrimas esse conspiciens, abolitis erroribus scriptorum ad verum tenorem redintegravi defectus supplevi titulos reformavi ac seriatim disposui intersecta semotaque capitula univi falso unita segregavi et caprificum e domo extirpavi suoque loco affixi et ea quae superflua erant, et quasi ludibrium evulsi ne quidem rasi (sic!)". Über die von ihm bei der Anordnung der einzelnen Capitel mit Rücksicht auf die darin behandelten Materien befolgten Gesichtspunkte spricht er sich am Schlusse seiner Ausgabe Fol. 6 b dahin aus: „Orsus sum in summa de bonis parentum et partibus ipsorum natis filiis in vita eorum. Mox de portione patris vel matris praemorientis. Exin de portione filii, quarto de soluto matrimonio non natis filiis. Deinde de viro et uxore sine dotibus; postea de minoribus tractatur, de quibus supra mentio fiebat. Similiter de exheredationibus, successionibus et divisionibus: cum pluries in precedentibus capitulis de testamentis ageretur. Successive de contractibus. Mox de justitiis et executionibus sententiarum. Deinde appellationibus. Et consequenter de delictis actum est. Postremo novae constitutiones positae sunt et."

2) Hartwig a. a. O. S. 50.

3) Das c. (1) bei Abbas entspricht dem c. (1) bei Apulus; dahingegen folgen bei ersterem als c. (2. 3) die cap. (4. 5) des Apulus.

zweite Ausgabe wurde von Alfonso Cariddi in Palermo 1559 in Quart besorgt. Der Text erscheint hier durch mehrere Nachträge bereichert. Von diesen sind nur einige ihrer Entstehungszeit nach jünger, als die Ausgabe des Apulus. Es befinden sich darunter auch ältere Bestandtheile des Stadtrechts und zwar solche, die Apulus aus dem Grunde fortliess, weil sie zu seiner Zeit ausser Geltung gekommen waren.[1]) Dem entgegen scheint Cariddi bei seiner Textherstellung sich von dem Streben nach möglichster Vollständigkeit haben leiten zu lassen. Indessen sind auch von ihm keineswegs alle antiquirten Bestimmungen wieder aufgenommen worden. Es gilt dies insbesondere von dem, durch die Constitutionen Kaiser Friedrich II. (III.) 37[2]) ausser Kraft gesetzten cap. de praescriptionibus, welches uns nur in den Messineser Tochterrechten von Patti und Trapani erhalten geblieben ist.

Die Ausgabe des Cariddi ist demnächst öfters wieder abgedruckt worden. Den ältesten Abdruck hat der erwähnte Pegoli 1575 in Venedig besorgt. Der letzte erschien 1796 bei Aloysius Cacia Spadaro in Messina. Hartwig hat seiner Ausgabe den Text des Apulus zu Grunde gelegt. Die dort fehlenden Capitel sind nach der Ausgabe von Cariddi, und zwar nach deren letztem Wiederabdruck aus dem Jahre 1796 ergänzt.

Einen Commentar zu dem ganzen Inhalt des Stadtrechts giebt es nicht. Wohl aber sind die das eheliche Güterrecht, insbesondere die Gütergemeinschaft behandelnden Capitel durch Marius Giurba sehr weitläuftig commentirt worden. Seine Arbeit erschien zuerst 1620 bei Petrus Brea in Messina in Folio. Später ist dieser Commentar in Amsterdam 1651, in

1) Als antiquirte und deshalb von ihm weggelassene Bestimmungen führt dieser Fol. 7, ausser dem gleich zu erwähnenden c. de praescription., eine Vorschrift über die Formalitäten bei Contractsabschlüssen und eine andere über die Orthagia auf. Ferner nennt er eine Verordnung über die Juden, deren Weglassung er damit motivirt, dass es, nach ihrer Vertreibung aus dem Lande, keine Juden mehr in Messina gäbe. Im Allgemeinen wird von ihm das Übergehen der veralteten Capitel mit dem Streben nach möglichster Kürze gerechtfertigt „nam licet omnes delectet antiquitas, delectabilior tamen brevitas".

2) Huillard Bréholles: Historia diplomatica Friderici II. IV, 143—44. (Dieses Urkundenwerk soll fortan, der Kürze wegen, immer nur mit den Anfangsbuchstaben des Herausgebers H. B. citirt werden).

Genua 1653, und in Lyon 1673 neu aufgelegt worden. Die Capitel des Stadtrechts sind darin nur so weit mitabgedruckt, als es der vom Commentator erstrebte Zweck erheischte. [1])

Das Messineser[2]) Stadtrecht ist in consuetudines eingetheilt. Diese waren, wie es scheint, nicht mit Nummern bezeichnet. Wenigstens finden sich solche nicht bei Apulus angegeben.

3. Die consuetudines von Catania, als der drittgrössten Stadt der Insel sind weit später gedruckt, als die Rechte Palermo's und Messina's. Der erste von dem Cataneser Intriglioli veranstaltete Druck erschien 1591 zu Palermo in Octav. Es ist dies eine blosse, nur 47 pag. zählende Textausgabe, ohne Nummern und Titel; auch fehlt darin die königliche Bestätigung des Stadtrechts. [3]) Drei Jahre später gab der Professor an der Universität zu Catania, später Richter bei dem obersten Hofgericht, Protonotar und königlicher Rath in Palermo, Cosimo (Cosmus) Nepita das Stadtrecht zugleich mit einem Commentar heraus. [4]) Über des letzteren ziemlich weitschichtige Arbeit gerieth die Ausgabe des Intriglioli in Vergessenheit. Dem Nepita selbst scheint jene unbekannt geblieben zu sein; wenigstens spricht er in der praefatio ad lectorem von seiner Ausgabe als von dem ersten Druck der consuetudines Catinenses. Will man seiner Versicherung am Schlusse des Commentars Glauben schenken, dass seine Arbeit im Ms. bereits am 20. Februar 1590 vollendet war, so wird man in der That zweifeln dürfen, ob nicht der Ausgabe des Nepita die Priorität, zwar nicht ihrer typographischen Herstellung nach, wohl aber an und für sich zuzuschreiben ist. Später

---

1) Hartwig a. a. O. S. 9.

2) Cf. c. 48. 49 des Stadtrechts, wo auf consuetudo prima und sexta verwiesen wird.

3) La Mantia in: Archiv. stor. Ital. Serie. IV VII, disp. III, p. 325. 326.

4) Cosmi Nepitae Siculi Catinensis U. Juris consulti eximii judicis M. R. C. et prothonotarii. Regni et de consilio suae Catholicae Majestatis, In consuetudines clarissimae civitatis Catinae, ac totius fere Siciliae regni commentaria. Panormi 1594 Fol. Über Nepita vgl. noch Hartwig a. a. O. Seite 9. Dort finden sich auch die Namen der Verfasser von ungedruckten Glossen zum Stadtrecht angeführt, welche Nepita benutzt hat.

gedruckte Commentare haben Jos. M. Lombardi[1]) und Salvatore Zappala Daniele[2]) zu Verfassern.

Auch von diesen Commentaren gilt das oben von den Arbeiten der Commentatoren des Palermitaner Rechts Gesagte. Selbst die Arbeit des Nepita ist rechtsgeschichtlich von geringem Werthe. Bemerkt sei jedoch, dass sich darin p. 88—93 ein von Johannes de Imola[3]) über die sicilische Gütergemeinschaft erstattetes Rechtsgutachten (consilium) abgedruckt findet. Wie man aus den Worten des prooemium schliessen möchte, scheint das Stadtrecht ursprünglich die äusserliche Anordnung des Inhalts nach Capiteln gehabt zu haben. In der Ausgabe des Nepita zerfällt es in LXXV Titel, welche wieder in consuetudines eingetheilt sind, deren freilich manche Titel nur eine einzige (cons. unica) aufweisen. Die cons. IV des ersten Titels ist ausserdem noch in Paragraphen zerlegt.

4. Die consuetudines Syracusarum waren ihrem vollständigen Inhalte nach bis vor kurzem nicht gedruckt. Jetzt besitzen wir davon die von La Mantia im Archivio storico Italiano Serie IV T. VII. disp. III. p. 330 ff. veranstaltete Ausgabe. Zu Grunde liegt derselben eine Handschrift, von der sich eine, im Jahre 1787 gefertigte Copie im Besitze des Tribunals zu Syrakus befindet. Behufs Ergänzung einiger dort fehlenden Stellen sind daneben zwei Palermitaner Handschriften und ausserdem ein Ms. des Syrakusaner Seminars benutzt. Letzteres ist von der Hand des gleich zu erwähnenden Perno geschrieben und vom 4. August 1444 datirt. Es enthält das in den übrigen Mss. fehlende prooemium von 1318. Eine andere, dem eigentlichen Text nach vollständigere Handschrift bewahrt das Provincialarchiv von Syrakus. Diese ist von La Mantia, auffallend genug, unberücksichtigt geblieben.

Zum grössten Theil ist der Inhalt des Stadtrechts durch den als Lehrer des Lehn- und Staatsrechts bekannt gewordenen

1) In patrias leges commentarius academicus et forensis. Catania 1757. Fol.

2) Consuetudini di Catania con annotazioni. Cat. 1811 in 4°. Andere Commentare z. B. die apostillae von Ant. Lanzea sind ungedruckt geblieben. Hartwig a. a. O. S. 9.

3) † 1436. Vgl. über ihn von Savigny, Gesch. d. R. R. (2. A.) VI, c. 277—288.

Syrakusaner Patricier Guilelmus Perno commentirt, einem Schüler des Raphael Fulgosius zu Padua.[1])

5. Das Stadtrecht von Noto ist bei Vincenzo Littara in seiner Geschichte dieser Stadt[2]) und hiernach im XII. Bande des Thesaurus von Graevius (Burmann) abgedruckt.[3]) Der Neuzeit gehört die Ausgabe an, welche nebst beigegebener italienischer Übersetzung Francesco Sbano veranstaltet hat.[4]) Eine recht gute Handschrift des Stadtrechts bewahrt das Provincialarchiv zu Noto. Die Eintheilung nach Capitel, Titel u. s. w. fehlt darin. Erst Sbano hat die einzelnen Abschnitte mit Nummern versehen.

6. Die Statuten Girgenti's hat Francesco Testa in den seiner Geschichte des Aragonesischen Königs Friedrich II. (III.) beigegebenen Urkunden veröffentlicht.[5]) Auch hier vermissen wir jede Eintheilung in Capitel u. s. w.

7. Von gedruckten Ausgaben der Rechte der übrigen kleineren sicilischen Städte sind, so viel bekannt geworden, bis jetzt nur drei fertig gestellt. Die dem Catanesischen Recht entlehnten[6]) Statuten von Vizzini hat Ignazio Noto in seinem Buche Antichità di Bizini Pal. 1729 und Napoli 1730 in Quart Lib. II. c. 18., jedoch nur in einer italienischen Übersetzung publicirt. Erst der Neuzeit gehören die Ausgaben der Statuten von Alcamo[7]) und Castronuovo an.[8]) Sie sind von der sici-

1) Di Gregorio, Storia di Sicilia p. 21—22, p. 50. Hartwig a. a. O. S. 10. Fulgosius † 1427 (s. von Savigny, Gesch. d. r. R. (2. A.) VI, 270), Perno dagegen lebte noch um 1453.

2) De rebus Netinis Pan. 1539 und 1593 in 8°. Über diesen auf Veranlassung der dortigen Municipalvertretung veranstalteten Abdruck vgl. Sbano in der Einleitung zu seiner unten angeführten Ausgabe des N. R. pag. VII.

3) Joannis Georgii Graevii, Thesaurus antiquitatum et historiarum Siciliae et. (cum praefatione Petri Burmanni), gemeinhin als Thesaurus Burmann citirt.

4) Le Netine consuetudini et. Noto, 1872. 8°.

5) De vita, et rebus gestis Federici II. Siciliae Regis, Panormi 1795 in 4°. Monumenta nr. 27, p. 264—267.

6) Sbano, Einleit. zum St.-R. von Noto p. VII.

7) Capitoli della università della terra di Alcamo 1398. Angefügt sind: Privilegien und Auszüge aus solchen, die meist noch späteren Zeiten (16. Jahrhundert) angehören, ausserdem ein Steuertarif aus dem Jahre 1367 et.

8) Statuto, capitoli e privilegi della città di Castronuovo dal Re Martino ed altri Re Aragonesi.

lischen Gesellschaft für vaterländische Geschichte veranstaltet und in Palermo 1876 und 1877 in Gross-Octav erschienen.[1])

Die Statuten Alcamo's sind in italienischer Sprache abgefasst; von denen Castronuovo's ist die älteste Redaktion, welche zum Theil noch in die Zeit des Königs Martin fällt, lateinisch. Daran schliessen sich spätere Capitel und Privilegien in italienischer Sprache aus dem Ende des 15 und dem Anfang des 17. Jahrhunderts, mit Zusätzen aus noch späterer Zeit.

II. Die nicht gedruckten Stadtrechte.

1. Das Stadtrecht Caltagirone's ist zwar 1798 auf Kosten eines Privatmannes gedruckt, anscheinend sind aber sämmtliche Exemplare des Abdrucks verloren gegangen.[2]) Man ist so wieder auf die Manuscripte angewiesen. Eine Handschrift mit der Originalbestätigung Königs Friedrich II. (III.) vom 15. October 1299 befindet sich im Archiv von Caltagirone; eine Copie bewahrt die Communalbibliothek von Palermo in dem erwähnten Sammelbande. Der Text ist mehrfach commentirt, ein Abdruck der Commentare hat aber nicht stattgefunden.[3]) Derselbe zerfällt in XLV. consuetudines. Von diesen werden cons. I—XX in dem tractatus de jure protimiseos zusammengefasst. Einen Nachtrag hierzu bildet der Inhalt des c. XXI.

2) Die Tochterrechte von Palermo, Messina, Catania, Syrakus und Caltagirone.

a) Das durch König Alphons V. (I.)[4]) mit dem Beinamen Il Magnanimo 1439 bestätigte Stadtrecht von Corleone ist, der Hauptsache nach, nur eine kürzere Redaktion des Palermitanischen Rechts.[5]) Eine Handschrift desselben soll sich im Archiv zu Corleone befinden. Der erwähnte Palermitaner Sammelband besitzt nur eine Copie. Diese ist jedoch, wie

1) Documenti per servire alla storia di Sicilia pubblicati a cura della società Siciliana per la storia patria. Seconda serie: consuetudini e capitoli municipali. Vol. I. Fasc. I. (Alcamo). Fasc. II (Castronuovo).

2) Hartwig a. a. O. S. 10.

3) Hartwig a. a. O.

4) Als König von Aragonien der V., als König von Neapel und Sicilien der I. seines Namens.

5) Man vgl. die im Anhange aus La Mantia's Sammlung mitgetheilten Auszüge.

Erkundigungen in Palermo ergeben haben, so mangelhaft und voller Fehler, dass der Inhalt beinahe unverständlich wird.[1])

b) Ausser den bereits unter den gedruckten Stadtrechten aufgeführten Statuten von Girgenti besitzen wir noch drei Tochterrechte von Messina: die Statuten von Trapani, Patti und Lipari. Von diesen stimmt das Stadtrecht von Trapani beinahe wörtlich mit dem von Messina überein. Es unterscheidet sich von der durch Apulus veranstalteten Ausgabe nur in der Anordnung der verschiedenen Capitel.[2]) Auch findet sich hier noch das von jenem als antiquirt fortgelassene c. de praescriptionibus.[3]) Eine Handschrift enthält der mehrgedachte Sammelband Q. q. F. 55.

Das Recht von Patti[4]), dessen einzelne Satzungen statutum genannt werden[5]), kommt im Wesentlichen ebenfalls mit dem Messineser überein. Die vorhandenen Abweichungen sind zum Theil dieselben, wie im Stadtrecht von Trapani. So findet sich auch hier das bei Apulus fehlende c. de praescriptionibus. Ein Copie des Original-Manuscripts, welches der Stadtrath (consilium juratorum) von Patti besass, und das sich vermuthlich auch noch heute dort befindet, ist in dem Palermitaner Sammelband enthalten.

Wiederum nur als ein Auszug des eben genannten Messineser Tochterrechts sind die Statuten von Lipari zu betrachten. Sie sind nicht sowohl kürzer gefasst als das Mutterrecht, sondern auch kürzer als die daraus entlehnten Pattischen Statuten. So

1) Gefällige Auskunft der Direzioni generali degli Archivi zu Palermo, Beim Abdruck der von ihm gegebenen Auszüge hat La Mantia, seiner Angabe zufolge (a. a. O. p. 118), nicht die Originalhandschrift, sondern eine, ebenfalls in Palermo befindliche Abschrift benutzt. Man darf vermuthen, dass diese nicht identisch ist mit der in der Communalbibliothek aufbewahrten Copie. Andernfalls müsste man annehmen, dass letztere, obschon im Übrigen fehlerhaft, wenigstens an den von La Mantia excerpirten Stellen einen brauchbaren Text geliefert hat.

2) Gefällige Auskunft der Direzioni degli Archivi. Hartwig a. a. O. S. 10. 11.

3) Gedruckt bei La Mantia a. a. O. p. 104.

4) Über dessen nicht passenden Titel consuetudines civitatis Pactarum, der im Widerspruch steht mit der Bezeichnung der einzelnen Abschnitte, ist das unten im § 5 Gesagte zu vergleichen.

5) Im Ganzen sind deren LXX vorhanden.

fehlt hier das beregte c. de praescriptionibus.[1]) Auch von diesem Stadtrecht befindet sich eine, wenngleich erst spät (1790) gefertigte Abschrift im genannten Palermitaner Sammelbande. Die darunter stehende notarielle Beglaubigung besagt, dass die Originalhandschrift sich in einem alten Register des städtischen Archivs zu Lipari, il libro delle Corrie genannt, befinde, und dort Fol. 481. verzeichnet sei.

c) Dass die Statuten Vizzini's ihren Inhalt dem Rechte Catania's entlehnt haben, ist bereits bei Besprechung der gedruckten Ausgaben der Stadtrechte angeführt.[2]) Von den noch ungedruckten, oder doch nicht vollständig publicirten Catanesischen Tochterrechten ist hier zunächst dasjenige von Castiglione (castrum Leonis) zu nennen, einem Landstädtchen nordöstlich vom Ätna gelegen. Es stellt eine Übersetzung des Catanesischen Rechts in das Italienische, und zwar in den Sicilianischen Dialekt dar. Seine Redaktion fällt zum Theil in die Regierungszeit des Königs Martin und der Königin Maria (1392), zum andern Theil in die des Königs Ferdinand I. (1415). Die Communalbibliothek von Palermo besitzt davon zwei Handschriften, deren Lesarten nicht unerheblich von einander abweichen.[3])

d) Dem Stadtrecht Catania's entsprechen ferner die Statuten von Paternò, Aci-Reale, Adernò, Randazzo und Motta-Anastasia.[4])

---

1) Eine durch Zahlen bezeichnete Eintheilung nach Capiteln oder Statuten ist nicht vorhanden.

2) Siehe oben ad I.

3) Sie stehen im mehrgenannten Sammelbande Q. q. F. 55 p. 229 seq. und p. 337 seq. verzeichnet. Hartwig a. a. O. S. 9. Von der einen derselben liegt mir eine von der Direz. degli Archivi beglaubigte Abschrift vor. Ihr sind die variae lectiones nach der zweiten, ursprünglich in Castiglione selbst aufbewahrten Handschrift beigefügt, deren Abfassungszeit in das Jahr 1436 fällt. Auszüge aus beiden Mss. giebt La Mantia in seiner Sammlung.

4) Cosm. Nepita in cons. Cat. p. 276, nr. 3. „Et praemitto primo quod consuetudo de jure prothomiseos non tantum viget in nostra Civitate, et ejus territorio, (s)et in terra, et territorio Jacis, et etiam in terra, et territorio Paternionis, Adernionis et Motte, in civitate Randatii, quae nostris consuetudinibus reguntur." Eine Handschrift der Statuten von Paternò, bestätigt durch die Königin Bianca 1405 (?1409) (Hartwig a. a. O. S. 11) bewahrt der Palermitaner Sammelband. Hartwig a. a. O. S. 12.

e) Aus dem Stadtrecht von Syrakus sind die Statuten von Sortino abgeleitet.[1])

f) Als Tochterrecht von Caltagirone stellt sich das Rechtsbuch der Lombardencolonie[2]) von Piazza dar.

3. Die von Hartwig[3]) mit dem Namen consuetudines von Modica bezeichneten Verordnungen der Grafen gleichen Namens können nicht als ein förmliches Stadtrecht gelten. Ihr alleiniger Zweck ist die anderweitige Regelung eines einzelnen Instituts, des jus protimiseos.[4]) Die ältere dieser Verordnungen, deren es zwei giebt, bezeichnet sich selbst in den Eingangsworten als eine reformatio.[5]) Sie ist im Jahre 1406 von Bernadus de Caprera comes comitatus Mohac[6]) erlassen und in lateinischer Sprache abgefasst.

Eine zweite spätere Verordnung rührt aus dem 16. Jahrhundert her und ist vom Jahre 1509 datirt. Sie hat ebenfalls allein und ausschliesslich das jus protimiseos zum Gegenstande. Beide Verordnungen finden sich handschriftlich in dem Sammelbande der Communalbibliothek zu Palermo.

§ 2.

Das Verhältniss der Stadtrechte zum römischen Recht (jus commune) und zu den übrigen in Sicilien geltenden Rechten.

Mit der Eroberung Italiens, die mit dem Jahre 554 als vollendet betrachtet werden kann, gelangte, wie auf dem Festlande, so auch in Sicilien das römische, und zwar das Justinianeische Recht zur Herrschaft. Mittelst der von diesem Jahre datirten sanctio pragmatica c. 11[7]) befahl Justinian, dass

---

1) Guido Perno: Ad cons. Syracus. cons. XIV: „Et ita in terminis consului in terra Sortini, quae habet ferme omnes nostras consuetudines, secundum quas vivitur ibi" (bei Di Gregorio a. a. O. S. 50, Note 1).

2) Vgl. hierüber Hartwig a. a. O. p. 12 und Sbano a. a. O. p. IX. Eine Handschrift derselben in Palermo, im genannten Sammelband Q. q. F. 55.

3) A. a. O. S. 11.

4) Dem entspricht ihre Überschrift, welche einfach lautet: „Pro jure prothomiseos in comitatu Mohac."

5) Wir geben sie hier im Anhang zu den Stadtrechten, woselbst man die Worte hanc autem nostram reformationem vergleichen möge.

6) Derselbe war gleichzeitig magister justiciarius Regni Siciliae.

7) „Jura insuper vel leges codicibus nostris insertas, quas jam sub

sowohl die Pandekten und der Codex, als auch die einzelnen, später ergangenen Gesetze (Novellen) in Italien, gleich wie im ganzen übrigen Reiche gelten sollten. Mit der Einführung des materiellen Rechts war die Herstellung der römischen Gerichtsverfassung verbunden.[1]) Die mit besonderer Rücksicht auf Sicilien ergangene Nov. 75 (oder 104) de praetore Siciliae[2]) erwähnt den praetor, die duces und andern judices. Sie verweist ferner die Appellationen aus dem Bereiche der Insel gegen die Entscheidungen der genannten richterlichen Beamten an den quaestor palatii in Constantinopel. Dass damit auch den Stadtgemeinden ihre Gerichtsbarkeit bestätigt, beziehungsweise wiederhergestellt ward, ergiebt sich aus den von v. Savigny angeführten Urkunden.[3])

Das römisch-justinianeische Recht blieb das herrschende, unter den Italienern (Römern) und Griechen Siciliens[4]) allein geltende Recht bis zur Unterwerfung der Insel durch die Araber. Diese brachten für sich ihre Rechtsgewohnheiten von Kairewân mit. Gegen die in Sicilien von ihnen vorgefundene Bevölkerung zeigten sie sich tolerant. Nicht allein, dass sie die Fortübung der christlichen Religion gestatteten; auch den Gebrauch ihres Rechts liessen sie den Christen. Christliche (italienische, resp. griechische) Richter durften über Christen Recht sprechen. Nur wenn eine christliche Partei bei vor-

---

edictali programmate in Italiam dudum misimus, obtinere sancimus. Sed et eas, quas postea promulgavimus constitutiones jubemus sub edictali propositione vulgari ex eo tempore quo sub edictali programmate evulgatae fuerint etiam per partes Italiae obtinere, ut una Deo volente facta republica legum etiam nostrarum ubique prolatetur auctoritas."

1) Sanct. pragm. c. 23 v. Savigny, Gesch. d. r. R. I (2. A.), S. 340 II, S. 182.

2) Das Jahr derselben steht nicht fest. v. Savigny a. a. O. S. 342, Note e.

3) A. a. O. I (2. A.) S. 342 ff.

4) v. Savigny a. a. O. II (2. A.) S. 183. Derselbe macht es a. a. O. I, S. 340 wahrscheinlich, dass den in Italien übrig gebliebenen Gothen auch unter oströmischer Herrschaft der Fortgebrauch des Edictum Theodorici und ihres gothischen Gewohnheitsrechtes, so weit dieses durch jenes Gesetz nicht ausdrücklich aufgehoben war, gestattet blieb. Ob in der Zeit, von der wir reden, auch in Sicilien sich Gothen erhalten hatten, muss hier dahingestellt bleiben.

fallenden Streitigkeiten einen muselmannischen Richter um ein Urtheil anging, entschied dieser nach seinem Recht.[1])

Das Fortbestehen des römisch-justinianeischen Rechts auf Sicilien während der Dauer der arabischen Invasion kann hiernach keinem Zweifel unterliegen. Freilich aber verlor es in jener Zeit die Bedeutung des gemeinen oder Landrechts. Es konnte allein noch als ein geduldetes Sonderrecht der unterworfenen italienisch-griechischen Einwohnerschaft der Insel gelten. Eine andere Frage ist, ob damals auf Sicilien auch die spätere byzantinische Gesetzgebung der Nachfolger Justinian's Verbreitung gefunden hat. Wir werden hierauf weiterhin zurückkommen, wenn wir das Verhältniss des sicilischen Rechts zum nachjustinianeischen oder byzantinischen Recht festzustellen versuchen werden. Vorerst haben wir es allein mit dem Justinianeischen Recht und seinen weiteren Schicksalen zu thun. Die Eroberung Siciliens durch die Normannen brachte zunächst keine Veränderung im Rechte der einheimischen, italienisch-griechischen Bevölkerung hervor. Nach dem auch von den Normannen anerkannten Princip der Personalität liessen sie den Italienern und Griechen, ebenso wie den Arabern und und den auf der Insel ansässig gewordenen Juden ihre angestammten Rechte.[2]) Zu den nach dem Origin der Einwohner sich gliedernden verschiedenen Rechten kam, als ein neues persönliches Recht, dasjenige des nunmehr herrschend gewordenen Stammes der Normannen. Es wird sich weiterhin zeigen, wie letzteres sich einerseits mit dem Rechte der auf der Insel befindlichen Italiener, andererseits mit dem Rechte anderer, aus dem Auslande hierher gekommener Zuzügler assimilirte. Als sg. lateinisches Recht trat es demnächst in Gegensatz zu dem Rechte der Griechen Siciliens.

Aber nicht bloss als das geduldete Sonderrecht eines Theils der sicilischen Einwohnerschaft erhielt sich das römisch-justinianeische Recht im Reiche der Normannen. Es gewann bald auch Einfluss auf die allgemeine Landesgesetzgebung. Die Gesetze König Roger II. (I.)[3]), welche in das Jahr 1140

1) Amari, Storia dei Musulmanni in Sicilia I, p. 480 seq.

2) Diplom. von Catania v. J. 1168 bei Di Gregorio, Storia di Sic. (considerazioni) p. 108 aus De Grossis, Catania sacra p. 89 mitgetheilt: „Latini, Graeci, Judaei et Saracaeni unus quisque juxta suam legem judicetur."

3) Dieses Namens der II., als König der I.

fallen, lassen nicht sowohl die Bekanntschaft mit römischen Rechtsanschauungen erkennen, sondern stimmen an verschiedenen Stellen geradezu mit dem Inhalte entsprechender Vorschriften der Pandekten und des Justinianeischen Codex überein.[1]) Dasselbe gilt von den Gesetzen der späteren normannischen Könige Wilhelm I. und II.[2])

Muss es hiernach für festgestellt gelten, dass der Inhalt von einem Theil der römischen Gesetze eines der verschiedenen Elemente des materiell gemeinen sicilischen Rechts bildete, so würde es andererseits doch verfehlt sein, wollte man dem römisch-justinianeischen Recht für jene Zeit zugleich die Bedeutung des formell gemeinen, subsidiären Rechts zuschreiben. Der Beweis dürfte hierfür schwerlich zu erbringen sein. Zum gemeinen Recht (jus commune) ward das römiche Recht in Neapel und Sicilien erst, als das Land in den Regenten aus dem schwäbischen Herrschergeschlechte der Hohenstaufen, seit Kaiser Heinrich VI., Landesherrn erhielt, die mit der sicilischen Königskrone zugleich das imperium der römischen Kaiser in Einer Hand vereinigten.[3]) Der Ausdruck commune (sc. jus) in den sicilischen Rechtsquellen bezeichnet fortan nicht sowohl das allen Theilen von Neapel und Sicilen gemeinsame, sondern dasjenige Recht, an dem die sämmtlichen Reiche des Occidents Theil haben, welche die Vorstellung des Mittelalters unter dem Scepter des römischen Kaisers, als zu einer Weltmonarchie vereinigt dachte.

In der Gesetzgebung Kaiser Friedrich II. erscheint diese rechtsgeschichtliche Entwickelung bereits abgeschlossen. Es wird darin ausdrücklich auf das jus commune als die Rechts-

---

1) Vgl. im Allgemeinen Joh. Merkel, Commentatio, qua juris Siculi sive assisorum regum regni Siciliae fragmenta ex codicibus manuscriptis proponuntur Halis Sax. 1854 p. 12 u. passim. S. aber hierzu Hartwig in v. Sybel's Hist. Zeitschrift XX. S. 9. ff. S. 15 ff. Beispielsweise vgl. man p. 29 (XXX, 2) Const. Sic. III, 81 (Roger) (H. B. IV, p. 171) l. 21—24, 29 D. de adult. (48, 5) (lex Julia de adulteriis) Merkel p. 20 (XI) Const. Sic. I, 20 (Roger) (H. B. IV, p. 23) mit l. 5. 54 C. de episc. (1, 3).

2) Man vgl. z. B. das, durch Const. Sic. III, 37 (H. B. IV, p. 143—44) aufgehobene C. de praescriptionib. Guilelmi reg. Patti 53. 56. Trapani (Vito la Mantia a. a. O. p. 104), dem freilich neben r. R. auch fränkisches und lombardisches Recht unterliegt. Im Übrigen ist zu vgl. Merkel a. a. O. p. 13. 17—19, wo auf die römischen Parallelstellen in den Noten verwiesen wird. 3) Const. Sic. I, 31 (H. B. IV, p. 33).

quelle hingewiesen, nach welcher der Richter, in Ermangelung anderweiter Bestimmungen des Landesrechts entscheiden solle.[1])

Bei genauerer Feststellung des Begriffs des gemeinen Rechts (jus commune) im angegebenen Sinne ist nicht zu übersehen, dass dieser sich nicht völlig deckt mit dem des römisch-justinianeischen Rechts. Damals wie heute umfasste dasselbe zugleich alle diejenigen Incremente, die während des Processes der Verschmelzung des römischen und germanischen Rechts, im Rechte der Völker des Abendlandes dem ursprünglichen Inhalt der röm. Gesetzgebung unter dem Einfluss anderweiter moderner Rechtsbildungen beigemischt wurden. Vor Allem ist hier des kanonischen Rechts und seiner Bedeutung für die Gestaltung des weltlichen Rechts zu gedenken.

In Sicilien musste sich der Einfluss des K. R. um so eher und um so mehr fühlbar machen[2]), als dieses Land, bekanntlich schon von den Zeiten der normannischen Könige her, der päpstlichen Oberlehnsherrlichkeit für unterworfen galt. Aber auch in der Folgezeit konnten die vielfachen, sei es feindlichen, sei es freundlichen Berührungen des sicilischen Reiches mit der Römischen Curie nicht ohne Einwirkung auf den Gang der rechtsgeschichtlichen Entwickelung bleiben.[2])

Gleich wie den Constitutiones Siciliae, ist den sicilischen

---

1) Cf. Const. Sic. I, 59 (H. B. IV, p. 41). Wenn hier in mehreren codices als jura communia neben den jura Romana auch die Langobarda genannt werden, so hat bekanntlich schon Merkel bei Savigny, Gesch. d. r. R. (2. A.) VI, 5. 63 ff. auf Grund der griechischen Übersetzung und eines Ms. von Monte Cassino dargethan, dass an der betreffenden Stelle eine Interpolation vorgenommen ist. Hartwig a. a. O. S. 27 hält diese für eine Fälschung, die auf dem italischen Festlande wegen des dort geltenden langobardischen Rechts stattgefunden habe. Ich möchte vermuthen, jene Änderung des Textes sei erst in verhältnissmässig später Zeit vorgenommen worden, als man sich bereits daran gewöhnt hatte, das langobardische Lehnrecht der libri feudorum als ein Zubehör des corpus juris civilis anzusehen. Nur auf das Lehnrecht möchte ich das als jus commune bezeichnete langobardische Recht beziehen. — Von anderen Stellen der Constitutionen, in welchen des jus commune gedacht wird, vgl. z. B. I, 25 (H. B. IV, p. 27). I, 30 (H. B. IV, p. 33). II, 33 (H. B. IV, 104).

2) Vgl. z. B. Const. Sic. I, 6 (Wilhelm II.) (H. B. IV, p. 10) und hierzu Note 1. II, 18 (H. B. IV, p. 90. 91). An letzterer Stelle wird der Begriff der litis contestatio, im Gegensatze zum römischen, dem des K. R. entsprechend formulirt. Das Nähere siehe in der system. Darstellung.

Stadtrechten das jus commune ein schon völlig bekannter Begriff. Auch sie verstehen darunter das römische Recht in der Gestalt, welche es zufolge des Receptionsprocesses im Mittelalter erhalten hatte. Neben dem Einfluss des kanonischen Rechts[2]) tritt darin die Einwirkung der Theorie der Glossatoren schon deutlich hervor.[3]) Übrigens galt den Redaktoren der Stadtrechte das römische und gemeine Recht nicht allein als subsidiäre, beim Schweigen des lokalen Gewohnheits- und Statutarrechts anzuwendende Rechtsquelle.[4]) Auch in materieller Beziehung ist bei Abfassung mancher stadtrechtlichen Vorschriften von dem R. R. ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Dabei ist jedoch nicht zu übersehen, dass einige dieser den römischen Gesetzen entsprechenden Capitel, dem Corpus juris civilis nicht unmittelbar entnommen, sondern den Constitutiones Siciliae entlehnt sind. Sie treten daher, statt in der ursprünglichen Gestalt, hier in der ihnen dort gegebenen Fassung auf.[5])

Zwar nicht in dem weiten Sinne des jus commune als des Weltrechts des römischen Kaiserreiches, immerhin aber doch in der Bedeutung des, dem Particular- und Statutarrecht der verschiedenen Orte übergeordneten Rechts sind die Gesetze der Könige von Sicilien als eine Quelle des gemeinen sicilischen Rechts zu bezeichnen. Indessen bedarf, will man nicht unrichtigen Auffassungen Raum geben, das Verhältniss der Landesgesetzgebung den Städten und deren Rechten gegenüber noch der näheren Prüfung und Feststellung. Von vornherein

---

1) Man lese hier nach, was im system. Theil zur Geschichte der Wucher- und Zinsgesetzgebung in Sicilien beigebracht wird.

2) Vgl. z. B. die der kanonischen entsprechende Auffassung der lit. cont. in Palermo c. 23, ferner c. 26 — kanonische Computation —. Vgl. auch den Zusatz zu c. 27 (aus der Zeit König Friedrich's II. [III.]). Andererseits wusste Messina, wie der Landesgesetzgebung, so auch den Satzungen des K. R. gegenüber seine Autonomie in gewissem Masse zu behaupten. Man sehe hierüber, was im system. Theil über die Zinsgesetzgebung in Messina gesagt ist.

3) Palermo c. 43 (direct. utile dom.) cf. gl. ad l. 1 et 2 D. de bon. poss. (37. 1) ct.

4) Cf. z. B. Palermo prooem. c. 1 c. 85 (verb. „quiescentibus aliis quibuslibet consuetudinibus — ad jura communia recurratur").

5) Cf. z. B. Messina 43 vgl. mit Const. Sic. III, 81, 82 (H. B. IV, p. 171) und vgl. hiermit l. 21. 24, l. 29 D. de adult. (48, 5).

ist zu bemerken, dass ausser den Gesetzen der normannischen Könige hier allein die Gesetzgebung der Hohenstaufen, die in der Hauptsache identisch ist mit der des Kaiser Friedrich II, ferner die Capitula der Aragonesischen Könige in Betracht kommen. Die ohnehin nur kurze Herrschaft der Anjous hatte sich in Sicilien dermassen verhasst gemacht, dass die Legislation der Könige aus diesem Geschlecht keinerlei bleibenden Einfluss auf die Rechtsgestaltung der Insel zu gewinnen vermochte. Irgendwie bemerkbare Spuren ihrer Existenz lassen sich nicht wahrnehmen.[1])

Ziehen wir zunächst die Gesetzgebung der normannischen Könige in Betracht. Über ihr Verhältniss zum ungeschriebenen und geschriebenen sicilischen Lokalrecht spricht sich König Roger II. (I.) in einem der von Merkel edirten Gesetze[2]) dahin aus: „leges a nostra majestate noviter promulgatas — generaliter ab omnibus precipimus observari: moribus, consuetudinibus, legibus non cassatis pro varietate populorum nostro regno subjectorum, sicut usque nunc apud eos optinuit, nisi forte nostris his sanctionibus adversari quid in eis manifesti juris videatur". Hiernach kam den Gesetzen des Königs eine für alle Einwohner des Landes gleich verbindliche Kraft zu. Zwar sollen daneben die Gewohnheits- und Statutarrechte der einzelnen Orte und die Stammesrechte der nach ihrem Ursprung verschieden gegliederten Klassen der Bevölkerung bestehen bleiben. Sie alle aber haben nur in so weit Anspruch auf fernere Anerkennung und Gültigkeit, als sie nicht in offenbarem Widerspruch stehen mit der neuen Legislation. Die sonst statuirte Regel, dass die dem Geltungsbezirk nach engere, der in dieser Hinsicht weiteren Rechtsquelle vorgehe, fand auf die sicilischen Lokal- und Stadtrechte in ihrem Verhältniss zur königlichen und allgemeinen Landesgesetzgebung keine Anwendung.[3]) Erstere dürfen nur praeter, nicht contra legem rechtsverbindliche Verordnungen treffen. Die Landesgesetze ihrerseits stellen sich nicht als eine blosse subsidiäre, sondern als absolute Rechtsquelle dar. Wenigstens muss dies von allen denjenigen ihrer Bestimmungen behauptet werden, worin etwas

---

1) Cf. La Mantia, Storia della legislatione p. 111.
2) Commentatio p. 16 (I), p. 33 (assis. princ.)
3) Hartwig a. a. O. S. 16.

ausdrücklich geboten oder verboten wird, während das bisherige Lokal- oder Stadtrecht das Gegentheil statuirte. Womöglich noch schärfer betont wird die absolute Kraft und Geltung der Landesgesetze in den Constitutionen Kaiser Friedrich II.[1]) Bei der Darstellung der Gerichtsverfassung im systematischen Theil werden wir sehen, in welch energischer Weise dieser Herrscher autonomischen Ambitionen der Städte, voraus denen von Messina entgegentrat.[2]) Allein Palermo, als Hauptstadt des Landes erfreute sich, selbst während der Regierung dieses, der municipalen Freiheit wenig geneigten Herrschers einer in mehrfacher Hinsicht begünstigten, privilegirten Stellung. In dem berühmten Privileg von 1233[3]) werden der Stadt ihre Rechte und Freiheiten ausdrücklich mit der Massgabe bestätigt, dass der Rechtsverbindlichkeit des Stadtrechts durch die widersprechenden Vorschriften der kaiserlichen Constitutionen nicht präjudicirt werden solle.[4])

Einigermassen geändert erscheint die Stellung der Landesgesetzgebung gegenüber dem sicilischen Lokalrechte und dem der Städte insbesondere unter der Herrschaft der Aragonesischen Könige. Der Beistand, den die Stadtgemeinden der neuen Landesherrschaft im Laufe des mit der sicilischen Vesper (1282) beginnenden Freiheitskrieges geleistet hatten[5]), blieb nicht unbelohnt. Schon von den ersten Jahren ihrer Regierung an erwiesen sich die Könige aus dem genannten Herrscherhause der Municipalverfassung günstig.[6]) Hiermit war stillschweigend und thatsächlich zugleich das Zugeständniss grösserer autonomer Selbständigkeit verknüpft.[7]) In manchen Gesetzen aus dieser Zeit findet sich die Clausel aufgenommen, die darin getroffenen Anordnungen sollten den in den Städten

1) Man vgl. z. B. Const. Sic. I, 22 (H. B. IV, p. 24). I, 106 (H. B. IV, p. 72).

2) Vgl. hier einstweilen Const. Sic. I, 50 (H. B. IV, p. 53). Ordon. v. 1240 bei Carcani p. 352, Ordonanz v. 1239 p. 244 (Registr. Friderici II. angehängt seiner Ausgabe der Const. Sic.).

3) H. B. IV, p. 454.

4) Cf. die Worte: „et eas absque contradictione aliqua habeat is, non obstantibus novis constitutionibus nostris loquentibus".

5) Cf. prooemium des St.-R. von Caltagirone von 1299.

6) Das Nähere s. im system. Theil.

7) S. die unten § 5. dieser Einleit. erwähnten Bestätigungsformeln der Stadtrechte aus dieser Zeit.

und an andern Orten geltenden Privilegien nicht derogiren.[1]) Wo dieser Vorbehalt gemacht war, kam dem neuen Landesgesetz eine bloss subsidiäre Bedeutung zu. Es fand in den Städten und in andern Ortschaften nur in so weit Anwendung, als dem nicht der Inhalt der Lokalrechte entgegenstand.

Immer aber kommen auch in dieser Zeit manche Gesetze vor, welche sich bezüglich des particulären Gewohnheits- und Statutarrechts absolute Verbindlichkeit vindiciren. Dies gilt vornehmlich von einzelnen Gesetzen der Könige Jacob und Friedrich II (III).[2]) Unter der Regierung der späteren Aragonesischen Herrscher scheint die mehr und mehr erstarkte Selbständigkeit der bedeutenderen Städte, voraus Messina's, der Landesgesetzgebung grössere Selbstbeschränkung bezüglich von Eingriffen in die Rechtsentwickelung der Städte, zumal der namhafteren Plätze auferlegt zu haben.

Was wir dieserhalb über das röm. und gem. Recht bemerkt haben, gilt analog von der Gesetzgebung der sicilischen Könige, und ihrem Einfluss auf die Gestaltung des Rechts in den Städten. Die stadtrechtlichen Satzungen wurden durch diese einmal formell ergänzt, beziehungsweise geändert oder aufgehoben; zum andern Mal zeigen sie auch in materieller Hinsicht mancherlei Übereinstimmung, wie mit den constitutiones Siciliae, so mit den Capitula der Aragonesischen Könige. Die meisten Spuren einer Entlehnung von Vorschriften der Landesgesetzgebung lassen sich im öffentlichen Recht (Process- und Polizeirecht) nachweisen. Verhältnissmässig wenig berührt blieb dagegen das städtische Privatrecht.[3]) Diese Thatsache erklärt

---

1) Man vgl. z. B. c. 1 Friedrich II. (III.) (in Cap. Regni Sic. I, p. 52): „salvis privilegiis civitatum Messanae Panhormi et aliorum locorum Siciliae", vor Allem aber die Processordnung König Alphons' V. (I.) von 1446. (Rit. magn. reg. cur.) c. 204 (in Cap. Regni Sic. I, p. 272).

2) Man vgl. z. B. cap. 24. 45 Jacobi (Cap. Regni Sic. I, p. 18 u. p. 26) Cap. Cum varia Friderici reg. (später der Proc.-Ord. König Alphons' V. [I.] einverleibt) verb. „non obstantibus legibus, juribus, constitutionibus seu consuetudinibus his adversantibus quibuscumque; eis de expressa et propria conscientia abrogando." Vgl. auch desselben Königs c. 111 (ibid. I, p. 111).

3) Das bemerkenswertheste Beispiel ist hier das schon mehrfach erwähnte, einem Gesetze König Wilhelm's II. entlehnte c. de praescriptionibus und dessen spätere Wiederaufhebung durch die vom Kaiser Friedrich II. erlassene Constitution (Const. Sic. III, 37).

sich einfach daraus, dass, während in den Stadtrechten das Privatrecht vorherrscht, die Constitutiones Siciliae und die späteren sicilischen Landesgesetze vorzugsweise auf Regelung der öffentlichen Rechtsverhältnisse, namentlich der Gerichtsverfassung, des Civil- oder Strafprocesses, beziehungsweise auch des Strafrechts gerichtet sind.

Von den übrigen Rechtsquellen, welche, ohne dass ihnen die Bedeutung des gemeinen und subsidiären Rechts zukam, lediglich auf den stofflichen Gehalt der Stadtrechte in grösserem oder geringerem Masse influirt haben, fassen wir zunächst das griechisch-römische oder byzantinische Recht in's Auge. Die sicilischen Geschichtsschreiber und Rechtshistoriker lassen uns darüber in Zweifel, ob die Gesetzgebung der byzantinischen Kaiser aus der Zeit nach Justinian während der Dauer der arabischen Occupation in das Recht der griechischen Bevölkerung von Sicilien hat Eingang finden und auf die Gestaltung seines Rechts einwirken können.

Testa [1]) behauptet, die Basiliken hätten auf der Insel niemals gesetzliche Gültigkeit gehabt; La Mantia findet es mindestens unwahrscheinlich. Beide stimmen in der Annahme überein, da die Araber zu Zeiten der Abfassung der Basiliken und der übrigen ihnen vorgehenden oder gleichzeitigen Gesetze und Rechtsbücher Ostroms schon die Herren von Sicilien gewesen seien, so hätten die byzantinischen Rechtsquellen dorthin keine Verbreitung gewinnen mögen. Erwägt man dem gegenüber, dass auf dem süditalienischen Festlande die byzantinische Gesetzgebung vor der normannischen Eroberung zweifellos Geltung erlangt hat, so ist allerdings nicht abzusehen, warum sie nicht auch auf der Ostseite Siciliens bekannt geworden und zur Geltung gelangt sein sollte. Zumal kommt hierbei in Betracht, dass die Gegend von Messina bis Lentini niemals dauernd und ununterbrochen im sarazenischen Besitze gewesen ist.[2]) Etwas Positives wird sich freilich für jene Zeit kaum feststellen lassen. Möglich bleibt es immerhin, wenn auch wenig wahrscheinlich, dass erst später nach der Unterwerfung der Insel unter die Botmässigkeit der Normannen, bei dem nunmehr er-

1) De ortu et progressu juris Siculi vor der Ausgabe der Capitula Regni Siciliae I, p. 12.

2) Cf. Di Gregorio, Storia di Sic. (consideraz.) p. 102. Hartwig a. a. O. S. 22.

öffneten regeren Verkehr zwischen den Griechen diesseits und jenseits des Faro, die spätere byzantinische Gesetzgebung vom Festlande aus dorthin Verbreitung gefunden hat.

Die erste nachweisliche Spur einer Bezugnahme auf byzantinische Rechtsnormen in der sicilischen Gesetzgebung enthält eine Constitution Roger II. (I.)[1]) Unter Aufhebung der früher auf den Ehebruch gesetzten Todesstrafe wird hier angeordnet: die ehebrecherische Frau sei ihrem Ehemanne mit der Massgabe zur Bestrafung zu übergeben, dass dieser befugt sein solle, sie durch Abschneiden der Nase zu verstümmeln.[2]) Erst wenn dieser von jener Strafbefugniss keinen Gebrauch macht, wird über sie von Rechtswegen die Strafe der öffentlichen Auspeitschung verhängt.

Beide Strafarten: das Abschneiden der Nase und das öffentliche Auspeitschen sind als Strafen des Ehebruchs dem römisch-justinianeischen Recht fremd. Nächst der Ecloga finden sie sich zuerst im Prochiron und sind von da aus in die Basiliken mit übernommen.[3])

Das wichtistge Zeugniss aber für die Einführung und Verbreitung byzantinischer Rechtssatzungen in Süditalien und Sicilien gewährt die dem Kaiser Friedrich II. zugeschriebene constitutio de jure protimiseos. Ihr erster, ausser von Andern durch Cujacius[4]) herausgegebener Theil ist bekanntlich nichts weiter als eine mehr oder weniger freie Übersetzung des Inhalts einer Novelle des Kaiser Romanus senior Lacapenus vom Jahre 922.[5]) In einem späteren bei Cujacius weggelassenen Anhang wird wiederholentlich auf die „Grecorum leges" verwiesen. Ist auch in diesem Zusatz, der nicht mehr als ein Theil

---

1) Cf. Merkel comment. p. 26. 27 XXVIII, 2. Assis. XVI, 2). In die Const. Sic. ist dieses Gesetz aufgenommen als tit. 74 (93) lib. III (H. B. IV, p. 168).

2) Nur beim Betreffen der Ehebrecherin in flagranti ward der Ehemann, in Nachahmung römischer Rechtsvorschriften, für berechtigt erklärt, sie sofort zu tödten. Merkel a. a. O. p. 29 (XXXII) Const. Sic. III, 81 (H. B. IV, p. 171). S. das Strafrecht im System. Thl.

3) Ecloga XVII, 26—28. Prochiron XXXIX, 45. 63. Basilik LX, 37. 72. Zachariä von Lingenthal, Gesch. d. griech.-röm. R. (2. A.) S. 320—22.

4) Cujacius, Lib. Feud. V, 13. Vgl. W. v. Brünneck in der Zeitschr. der Savigny-Stift. f. R.-Gesch. I. Germ. Abth. S. 124 ff.

5) Jus Graeco-Rom. III, Col. III, Nov. 2 p. 234 seq. (Zachariä de Lingenthal).

der Constitution selbst betrachtet werden darf, mehr germanisches, als griechisches Recht enthalten [1]), so ergiebt sich doch immer soviel daraus, dass zu der Zeit, wo jene zusätzlichen Bestimmungen der genannten Constitution angefügt wurden, das griechische Recht in Süditalien und Sicilien als bekannt vorausgesetzt ward. Für diese Bekanntschaft spricht auch eine Stelle im Stadtrecht von Bari [2]), dessen Redaktion in die Zeit Carl's I. von Anjou fällt. Darin wird von dem jus protimiseos ausdrücklich bemerkt, dass man es der „prudentia Grecorum" zu danken habe.

Für die spätere Zeit, seit Beginn der Herrschaft der Aragonesischen Könige fehlt es an erkennbaren Spuren der Einwirkung byzantinischer Rechtsbildung auf die Rechtsgeschichte Siciliens. Aus einer von Hartwig [3]) hierfür geltend gemachten Thatsache ist kein Beweis dafür zu entnehmen, dass die Basiliken und andere gleichzeitige Gesetze und Rechtsbücher selbst noch im vierzehnten Jahrhundert von Seiten der sicilischen Gesetzgebung Beachtung gefunden hätten. Die von König Friedrich II. (III.) im Jahre 1296 [4]) erlassenen gesetzlichen Vorschriften, das Verbot gewisser Glücksspiele betreffend, sind nicht, wie Hartwig meint, unmittelbar aus Stellen der Basiliken und des Nomokanon des Photius (?) entnommen. Es ist darin, worauf schon Testa [5]) aufmerksam gemacht hat, ausser einer alten, bereits den Glossatoren bekannten versio latina der l. 1. C. de aleatoribus, (3, 43) allein die Accursische Glosse benutzt worden.

Der Einfluss byzantinischer Rechtsbildung auf sicilisches Gewohnheitsrecht und Gesetz darf nicht überschätzt werden. In den Stadtrechten beschränkt sich derselbe, wie in der systematischen Darstellung zu zeigen sein wird, der Hauptsache nach auf Einführung und Ausbildung des Retrakts, jus protimiseos. Auch bei einigen Sätzen des Forderungsrechts lassen sich Spuren byzantinischer Rechtsanschauung wahrnehmen.

---

1) S. meinen oben citirten Aufs.

2) Consuetudini Baresi ed. Giulio Petroni (Napoli 1860) Rubr. XI, 1. „Dudum — consuetudo inolevit, quae quodam honestatis colore velatur, et quam legimus a graecorum prudentia derivata(m)."

3) A. a. O. Einleitung S. 24.

4) c. 77—78 ff. (Cap. Regni Sic. I, 83 ff.).

5) Note c zu c. 78 Friderici a. a. O. I, p. 84.

Im Familien- und Erbrecht dagegen erklären sich manche Erscheinungen, welche auf den ersten Blick eine auffallende Ähnlichkeit, ja selbst völlige Übereinstimmung mit der Gesetzgebung der Ecloga der Isaurischen Kaiser aufzuweisen scheinen, einfacher und zwangloser aus der Reception entsprechender Vorschriften der französischen Coutumes.

Von dem byzantinischen Rechtscomplexe und seinen in das sicilische Recht im Allgemeinen, ohne Rücksicht auf die Herkunft der Einwohner, übergegangenen Bestimmungen ist das den Griechen Siciliens angehörende Sonderrecht zu unterscheiden. Unter jus graecorum wird vornehmlich das den Griechen eigenthümliche eheliche Güterrecht verstanden. Es stellt sich dies als ein in etwas modificirtes römisches Dotalrecht dar. Als solches steht es in Gegensatz zu der, unter dem Namen jus Latinorum begriffenen, allgemeinen, resp. particulären Gütergemeinschaft der normannisch-französischen Einwanderer. Zu beachten ist übrigens, dass mit dem Namen der nach jus Graecorum lebenden Ehegatten nicht sowohl ausschliesslich und allein die eigentlichen Griechen, sondern überhaupt alle Sicilier bezeichnet wurden, die nicht normannisch-französischer Abkunft waren.[1]) Das Stadtrecht von Palermo und sein Tochterrecht, die Statuten von Corleone, geben uns hierüber nähere Aufklärung.[2]) Im ersteren hat auch noch das bei den Griechen geltende Pflichttheilsrecht Berücksichtigung gefunden. Hiervon abgesehen, macht sich das Sonderrecht der Griechen im engeren und eigentlichen Sinne, worunter wir die griechisch redenden Bewohner der Insel zu verstehen haben, darin bemerkbar, dass diese, wie ihnen wenigstens das Stadtrecht von Palermo ausdrücklich gestattet, bei Aufnahme von Verträgen und anderen Urkunden ihre eigenen Notare zuziehen dürfen. Letztere sind befugt, sich bei Abfassung der Notariatsinstrumente, statt der lateinischen, der griechischen Sprache und Schrift zu bedienen. Auch sind sie nicht an die Formalitäten gebunden, deren Beobachtung sonst, der Landesgesetzgebung gemäss, bei Aufnahme von Notariatsakten nothwendig war.[3])

---

1) Testa de vita et reb. gest. Federici II reg. p. 139, Note a. Derselbe in Note a zu c. 6 Friderici reg. Cap. Regni Sic. I, p. 50. 51).

2) Palermo 41. 43. 47. Corleone 17. 23. (s. Anh.).

3) Palermo 36.

Ohne Bedeutung für die Rechtsgeschichte Siciliens und seiner Städte war die arabische Occupation und das bei den Arabern oder Sarazenen geltende Recht. Während wir in der Sprache mehrfach Worten arabischen Ursprungs begegnen [1]), kommt das arabische Recht seit der normannischen Eroberung allein noch als Sonderrecht der geduldeten arabischen Bevölkerung in Frage. Als solches aber geht es durchaus parallel dem Rechte der auf der Insel längere Zeit ansässig gewesenen Juden, dessen Geltungsbereich sich ebenfalls nur auf den engeren Kreis der Stammesgenossen beschränkte.

Von den Stadtrechten erwähnt allein das von Palermo des sarazenischen Rechts. Gleichwie den Juden und Griechen wird darin auch den Sarazenen die Einrichtung besonderer Notare zugestanden. Auch sie waren befugt, Kaufverträge und andere Rechtsgeschäfte in arabischer Sprache mit rechtsverbindlicher Kraft aufzunehmen, ohne dabei an die für Notariatsakte der Christen geltenden Formen gebunden zu sein.[2])

Im Übrigen wird der Sarazenen in den Stadtrechten bloss noch in so weit gedacht, als sie zugleich mit den Juden gewissen, persönlichen Rechtsbeschränkungen (privilegiis odiosis) unterlagen.[3])

Einen verhältnissmässig sehr grossen Theil des Inhalts der Stadtrechte bilden Satzungen germanischen Ursprungs. Indem wir zur Betrachtung dieser, der Stammesabkunft nach unter sich wiederum verschiedenen, germanischen Rechtsgebilden übergehen, folgen wir der Reihenfolge der historischen Vorgänge, welche ihre Einführung in das Rechtsleben Siciliens veranlassten. Wir fassen deshalb zunächst das von den Normannen bei Eroberung der Insel nach dorthin mitgebrachte Recht in's Auge.

---

1) Hierher ist auch die Bezeichnung der praefecti vigilum als xurterii zu rechnen, worüber die Darstellung der Gerichtsverfassung Palermo's im system. Theil zu handeln haben wird.

2) Palermo c. 36. Dagegen vermisst man jede Notiz über die anderweit beglaubigte, den Arabern eingeräumte besondere Gerichtsbarkeit. Noch zur Zeit Kaiser Friedrich's II. hatten diese in Palermo einen Kadi als Richter über die unter ihnen vorfallenden Rechtsstreitigkeiten. Siehe Winkelmann, Geschichte Kaiser Friedrich's II. Bd. I (Berlin 1863) S. 377, Note 1.

3) Ausschliessung vom Retrakt, Palermo c. 27. Beschränkung der Zeugnissfähigkeit, Palermo 15. Messina c. 47. Syracus. 24.

Der von Brunner[1]) für das Recht der Normandie und Englands mit durchaus überzeugenden Gründen erbrachte Beweis, dass seine publicistischen Institutionen nicht im nordischen (altnorwegischen resp. altdänischen) sondern im fränkischen Recht Wurzel und Ursprung haben, gilt im Allgemeinen auch für das normannisch-sicilische Recht. Bei Darstellung der Gerichtsverfassung werden wir sehen, dass die Einrichtung der verschiedenen, mit Gerichtsbarkeit ausgestatteten Ämter in den Grundzügen durchaus den Vorbildern des fränkisch-normannischen Rechts entspricht. Hier sei vorläufig nur auf einzelne dahin gehörige Erscheinungen aufmerksam gemacht. So vollzieht sich, ähnlich wie in der Normandie, auch in Sicilien die Umwandelung des Vicecomitates in das Amt des Bailli (bajulus). Ebenfalls kehren hier die von den Normannen den missi dominici der fränkisch-karolingischen Verfassung nachgebildeten justiciarii itinerantes (reisende Richter) in verschiedener Gestalt wieder. Selbst im Rechte des sicilischen Processganges lassen sich, obgleich hier schon das römisch-kanonische Recht vorherrscht, noch einzelne Spuren normannischer Rechtsbildungen erkennen.[2])

Vindicirt man so mit Brunner dem Rechte der Normannen, insbesondere dem öffentlichen die fränkische Abkunft, so ist doch damit, wie auch dieser keineswegs leugnet[3]), die Möglichkeit der Herleitung einzelner Satzungen und Institute aus dem Rechte iher nordischen Heimath nicht ausgeschlossen.

Ein Beispiel eines solchen aus dem Norden stammenden Rechts ist die Prärogative des Landesherrn auf Zueignung gewisser werthvoller, von der See auf den Strand geworfener Fische (Speck- oder Thranfische). Dieses Strandregal im weiteren Sinne ist zweifellos nordischen Ursprungs.[4]) Von den Normannen in die Normandie verpflanzt, hat es sich

1) Entstehung der Schwurgerichte (Berlin 1876) S. 129 ff. S. ferner v. Amira in v. Sybel's Historisch. Zeitschrift N. F. III, S. 247 ff.

2) Z. B. die leges paribiles, welche erst Kaiser Friedrich II. aufhob Const. Sic. II, 31 (H. B. IV, p. 102) cf. Brunner, Entsteh. d. Schwurgerichte (Berlin 1871) S. 177 ff.

3) A. a. O. S. 130.

4) W. v. Brünneck, Das Recht auf Zueignung der von der See ausgeworfenen Meeresproducte und das Bernsteinregal. (Königsberg 1874) S. 5 ff.

über die ganze Westküste Frankreichs sowie nach England hin verbreitet. Spuren davon lassen sich auch im adriatischen Küstengebiete Italiens entdecken.[1])

Eine zweite dahin gehörige Erscheinung ist die Gütergemeinschaft des sicilischen Städterechts. Wie im systematischen Theil des weiteren darzulegen sein wird, beschränkt sich diese, sei es als allgemeine, sei es als particuläre Gütergemeinschaft nicht allein auf das Vermögen der Eheleute. Sie stellt sich vielmehr zugleich als eine Vermögensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern dar. In dieser Gestalt, in welcher sie, ausser in Sicilien, schon frühzeitig in Süditalien, in Frankreich aber in der Bretagne vorkommt, lässt sie sich nicht aus der Geschichte des fränkisch-französischen Güterrechts erklären. Sie ist allein herzuleiten aus der, im altnordischen, insbesondere altdänichen Rechte anerkannten Mobiliar- und Errungenschaftsgemeinschaft der Ehegatten unter einander und mit ihren Kindern.[2])

Vielleicht schon im Gefolge der Normannen, jedenfalls aber wohl nicht allzu lange, nachdem diese in Süditalien und Sicilien festen Fuss gefasst hatten, sind auch viele Franzosen dorthin gekommen. Namentlich scheint eine starke Einwanderung aus dem nördlichen Theile Frankreichs stattgehabt zu haben. Genaueres wird sich über die Ursache dieser Zuzüge französischer Einwanderer kaum feststellen lassen. Nicht unwahrscheinlich ist es, dass die schon in der Normandie und den angrenzenden französischen Gebieten in grösserem oder geringerem Masse eingetretene Vermischung von Normannen

---

1) Muratori, Scriptor. V, p. 265; Steenstrup, Normannerne I (Kiøbenhaven 1876) p. 188. 189. Dem sicilischen Recht scheint es fremd geblieben zu sein.

2) S. die syst. Darst. Die von Cariddi in der praefatio seiner Ausgabe der Cons. Messin. nach Giurba in cons. Messin. p. 114 seq. aufgestellte Ansicht, die Gütergemeinschaft sei erst von den Anjous in Sicilien eingeführt, kann jetzt auch in Italien als allgemein aufgegeben gelten. Ihre lediglich normannische Abkunft darf bei den heutigen italienischen Rechtshistorikern als feststehend angesehen werden (cf. La Mantia, Storia della legislazione Sic. p. 109 seq.). Gründe für diese Annahme sucht man freilich bei ihnen vergeblich. Übrigens hat den normannischen Ursprung derselben bereits Testa vertheidigt (in Note a zu c. 6 Friderici reg. cap. Regni Sic. I p. 50 51) und de vita et reb. gest. Fed. II p. 139 Note a, jedoch ebenfalls ohne Angabe bestimmter Gründe für diese Ansicht.

und Franzosen, die in Sicilien bereits ansässigen ersten Ankömmlinge veranlasste, Angehörige oder Befreundete aus Frankreich herbeizurufen und zur Ansiedelung auf der Insel einzuladen. Man darf ferner vermuthen, dass in der Zeit der Kreuzzüge manche reisige Franzosen, wenn sie auf der Hin- oder Rückfahrt nach, oder aus dem heiligen Lande Sicilien berührten, sich zur dauernden Niederlassung dort bewogen finden mochten.[1])

Bereits zur Zeit Wilhelm II. herrschte, wie uns Hugo Falcandus berichtet, das französische Wesen am normannischen Königshofe dermassen vor, dass da fast nur französisch gesprochen ward.[2])

Es kann deshalb nicht Wunder nehmen, wenn ausser dem eigentlich normannischen Recht auch das Recht der französischen Coutumes im sicilischen Rechte[3]), voraus in den Stadtrechten in ausgiebiger Weise recipirt wurde. Vornehmlich im Familien- und Erbrecht tritt deren Einfluss hervor, aber auch in anderen Theilen des Privatrechts macht er sich geltend. Bemerkenswerth ist die Übereinstimmung mancher Bestimmungen mit den Vorschriften des alten Bretagner Gewohnheitsrechts, und zwar gerade mit solchen, welche dem Rechte dieser französischen Landschaft charakteristisch sind.[4])

Sehr geringfügig erweist sich die Bedeutung des langobardischen Rechts für die Rechtsentwickelung in den Städten Siciliens. Befremden kann uns dies nicht, wenn wir bedenken, dass das Land den Langobarden niemals unterworfen war, sondern seit dem Untergange der ostgothischen Herrschaft in ununterbrochenem Besitze von Ostrom blieb bis zu den Zeiten

1) Hartwig a. a. O. S. 25. Derselbe in seiner Ausgabe von L. Gonzenbach's Sic. Mährchen p. XL.

2) Hugo Falcandus bei Caruso, Bibliotheca historica Regn. Sic. (Panormi 1723) I, p. 466.

3) In der Const. Sic. heissen die Franzosen Franci, das französische Recht jus Francorum Const. Sic. I, 25. II, 17. 32. 33 (H. B. IV, p. 23. 89. 90. 103. 105). Kaiser Friedrich II. verordnete: Const. Sic. II, 17 (H. B. IV, p. 89. 90), dass gewisse, dem fränkischen R. eigenthümliche Processformalitäten (vgl. Brunner, Wort und Form im altfranzös. Proc. Wiener Sitzungsber. 1868) in Processen der Franzosen unter einander künftig keine Anwendung mehr finden sollten.

4) Ausser in der Lehre von der Gütergemeinschaft tritt diese Nachbildung bretagnischer Satzungen in einigen Stadtrechten beim jus protimiseos hervor. Näheres im system. Theil.

der arabischen Occupation und der hierauf folgenden normannischen Eroberung. Langobardisches Recht konnte so erst während der Regierung der normannischen Könige, oder gar erst unter der Herrschaft der Hohenstaufen vom italischen Festlande aus nach der Insel gelangen und dort bekannt werden. Sehen wir von dem Lehnrecht ab, das für die sicilischen Stadtrechte ausser Betracht bleibt, so finden sich Spuren langobardischer Rechtsbildung nur sehr vereinzelt vor. Manche dem langobardischen Rechte entlehnte Bestimmungen sind zweifellos erst dem Einfluss der sicilischen Landesgesetzgebung auf das Stadtrecht zuzuschreiben. Ein Beispiel zeigt das c. de praescriptionibus. Die darin für Erbtheilungsklagen auf 40 Jahre normirte Verjährung entstammt dem langobardischen Recht.[1]) Langobardisch ist ferner die Feststellung der Grossjährigkeit auf das achtzehnte Lebensjahr.[2]) Möglicher Weise rührt daher auch das in den Stadtrechten adoptirte Kürrecht (jus optionis), bei Erbtheilungen unter Geschwistern. Die Statuten der Lombardencolonie von Piazza aber enthalten kein langobardisches Recht. Sie stimmen mit dem Stadtrecht von Caltagirone überein.[3])

Wie unter den normannischen Königen das französische, so fand in den Zeiten der Aragonesischen Herrschaft das spanische Recht in Sicilien Eingang. Wahrnehmbar ist sein Einfluss jedoch allein im öffentlichen Recht. Die schon mit der Regierung Königs Jacob beginnende Einsetzung besonderer Appellationsrichter in den grösseren Städten der Insel[4]), scheint einer Nachbildung spanischer Einrichtungen ihre Entstehung zu verdanken. Vielleicht hat die in Barcelona bestehende Appellinstanz für Handelssachen als Vorbild gedient.[5]) Zweifellos ist die Thatsache der Einwirkung spanischer Rechtsbildung

1) Liutprandi 70 (69) [16].

2) Const. Sic. II, 42 (H. B. IV, p. 113) Palermo 49. Catania tit. 20 c. 1 vgl. mit L. Liutpr. 19 (1).

3) Hartwig a. a. O. S. 12.

4) S. das Nähere im system. Theil bei Darstellung der Gerichtsverfassung.

5) Hartwig a. a. O. S. 38, Note 1. Dort finden sich auch Nachweisungen über die, weder im Stadtrechte von Messina, noch in den Rechten der übrigen Städte erwähnte Einrichtung des sicilischen und in specie Messinesischen Consulatswesens nach spanischem und barcelonischem Muster.

auf die Gestaltung des sicilischen Executivprocesses.[1]) Hierbei ist indessen nicht zu übersehen, dass die hierher gehörigen Verordnungen des spanischen Processrechts zum Theil selbst erst wieder aus fremder Quelle: den Statuten von Genua abgeleitet sind.[2])

In einem capitulum Königs Friedrich II (III)[3]) von 1296 wird mit besonderem Hinblick auf Majestätsverbrechen (crimina laesae majestatis) und Hochverrathsprocesse bestimmt, der Angeklagte solle die Wahl haben, ob er nach den Constitutionen Kaiser Friedrich II, oder nach dem, in Barcelona für das Strafverfahren geltenden Gewohnheitsrecht („usagium Barcellonae") abgeurtheilt sein wolle. Muss hiernach die Bekanntschaft mit dem genannten spanischen Stadtrechte in Sicilien vorausgesetzt werden, so würde man doch vielleicht zu weit gehen, hieraus mit Hartwig[4]) auf eine allgemeine Verbreitung und massgebende Bedeutung des Barcelonesischen Rechts zu schliessen. Mir wenigstens ist es nicht gelungen, mit Ausnahme des speziellen Falles, dessen das angeführte Gesetz erwähnt, weitere Spuren seiner Geltung im sicilischen Rechte zu entdecken.

§ 3.

Die Entstehungszeit der sicilischen Stadtrechte.

Von mehreren Stadtrechten ist uns, wenn auch nicht die Zeit der ersten Entstehung, so doch das Datum bekannt, wo die heute vorliegenden Redaktionen abgefasst und obrigkeitlich bestätigt wurden.

Diese fallen sämmtlich in eine verhältnissmässig späte Zeit. Sie sind alle erst von den Aragonesischen Königen, oder in deren Namen von dazu autorisirten Beamten approbirt.

Das älteste Datum weist das Stadtrecht von Caltagirone auf. Seine, im Namen des Königs Friedrich II (III) ertheilte Ausfertigung ist von 15. October 1299.[5]) Ihm schliessen sich als die nächstältesten die Statuten von Patti an. Sie datiren

---

1) Vgl. das Cap. Cum varia Friderici II. (III.) und Messina c. 55 mit dem spanischen Processgesetz König Heinrich's III. von 1396 (vgl. Briegleb, Gesch. d. Executivproc. I, S. 160).

2) S. den system. Theil bei der Gesch. des Executivprocesses.

3) Cap. Regni Sic. I, p. 49.

4) A. a. O. S. 28.

5) Cf. prooemium dieses St.-R. und dessen Schluss.

von 1312. Es folgen die Stadtrechte von Syrakus 1318[1]), Girgenti 1319, Noto 1341, Catania 1345. Gleichfalls in die erste Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts fallen vermuthlich auch die vom Bischof, als dem Grund- resp. Gerichtsherrn dieses Ortes, bestätigten Statuten von Lipari, deren genaues Datum wir nicht kennen. Jedenfalls können diese nicht vor 1312, als der Abfassungszeit der Statuten von Patti redigirt sein. Sind sie doch, wie schon erwähnt, nur eine abgekürzte Bearbeitung der letzteren. Noch jüngeren Datums sind, wie gleichfalls schon angeführt ward, die Rechte von Castiglione (1392—1415) und Corleone (1439); ferner die Statuten von Alcamo (1398) und Castronuovo (1401 und später). In den genannten Stadtrechten geschieht in den Eingangsworten oder anderweitig der Existenz älterer Gewohnheitsrechte (consuetudines) Erwähnung. Meist wird dabei ausdrücklich bemerkt, dass diese theils dem Inhalte, theils der äusseren Form nach, durch die neue Redaktion geändert, beziehungsweise gänzlich aufgehoben seien. Leider erfahren wir nichts über die Entstehungszeit jener älteren Satzungen.

Von den Stadtrechten der beiden wichtigsten Städte der Insel: Palermo und Messina kennen wir das Datum der uns vorliegenden Redaktionen nicht. Bekannt ist nur die Entstehungszeit einiger, denselben später hinzugefügter Zusätze. Indessen fehlt es hier nicht an Anhaltspunkten, um ungefähr bemessen zu können, in welcher Zeit etwa die ersten schriftlichen Aufzeichnungen der Stadtrechte stattgefunden haben. Desgleichen lässt sich aus gewissen Umständen, wenn auch nicht für alle, so doch für manche wichtige, einzelne Bestimmungen deren quellengeschichtliche Genesis erkennen, um danach berechnen zu können, in welcher Zeit etwa sie den Stadtrechten eingefügt worden sind.

Das Privileg von 1233, welches Kaiser Friedrich II. unter dem 12. October dieses Jahres Palermo ertheilte, bestätigte der Hauptstadt ihre Privilegien und Gewohnheitsrechte (consuetudines): mit dem Bemerken, dass letztere dort schon von den Zeiten der normannischen Könige, namentlich aber seit

---

1) Ein späterer Zusatz, der jedoch auch noch immer in die Zeit König Friedrich's II. (III.) fällt, von dem das Syrakuser Recht seine Bestätigung erhielt, findet sich in c. 48.

der Regierung König Wilhelm II. (1166—1189) mit landesherrlicher Zustimmung in ununterbrochener Übung gestanden hätten.[1])

Reicht demnach das Palermitanische Recht mit einem Theile seines Inhalts schon in eine verhältnissmässig frühe Zeit des Mittelalters zurück, so kann doch seine weitere Ausbildung erst später, nämlich unter der Herrschaft der Hohenstaufen vor sich gegangen sein. Es gilt dies nicht nur von denjenigen seiner Capitel, welche entsprechenden Verordnungen der Constitutionen Kaiser Friedrich II. nachgebildet sind. Dasselbe muss auch von andern, nur im Wege des Gewohnheitsrechts, durch Vermittelung von Theorie und Praxis entstandenen Satzungen behauptet werden. So zeigt beispielsweise c. 43 die schon völlig entwickelte Theorie vom getheilten Eigenthum (dom. directum, utile). Fällt deren erste Entstehung auch schon in die Zeiten des Martinus und Bulgarus († 1166), so gelangte sie doch zu einem gewissen Abschluss erst mit der Accursischen Glosse, also etwa um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts.[2]) Noch mehr spricht für

1) Die betreffenden Worte des Privilegs (H. B. IV, 455) lauten: „nec non omnibus antiquis et approbatis consuetudinibus vestris, quibus ab eorumdem progenitorum temporibus et praecipue ex tempore regis Guilelmi junioris consobrini nostri usque ad hec felicia tempora nostra usi et gavisi estis, utamini et eas absque contradictione aliqua habeatis, non obstantibus novis constitutionibus nostris loquentibus et." Die Bestätigung der Privilegien und Rechte der Stadt wiederholte später ein Privileg König Manfred's von 1259 (De Vio Priv. Pan p. 22) mit Bezugnahme auf den, unter Kaiser Friedrich II. und Conrad IV. dort bestandenen und landesherrlich anerkannten Rechtszustand: „ad majorem propterea cumulum gratiarum omnes libertates, bonos usus, et consuetudines, quibus usi sunt, tempore quondam Domini Imperatoris Patris nostri carissimi, et usque ad obitum quondam Domini Regis Conradi carissimi fratris nostri et. de speciali munificentiae nostrae gratia confirmamus eisdem" et. Weiterhin erfolgten Bestätigungen durch Privileg. König Friedrich's II. (III.) von 1299, 1305 (De Vio l. c. p. 33. 34) und König Martin's von 1392 (De Vio l. c. p. 180, Note 6). Eine päpstliche Bestätigung der Rechte und Freiheiten Palermo's enthält die Bulle des Papstes Alexander IV. v. J. 1254. Schliesslich hat auch noch Kaiser Karl V. in seiner Eigenschaft als König von Neapel und Sicilien der Stadt die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien, Rechte und Freiheiten im Jahre 1338 eidlich angelobt. — Zu jenen älteren Satzungen gehören wohl auch die auf die Sarazenen bezügl. Verordnung. c. 15 u. 36. Sie sind vermuthlich schon vor der, Seitens der Landesherrschaft in's Werk gesetzten Vertreibung der Araber redigirt worden, mithin vor der Mitte des 13. J.-H. cf. Amari, Storia dei Musulmani III, p. 619. 620. S. jedoch andererseits Syrac. 24. 2) Accursius † 2160.

die erst im dreizehnten Jahrhundert erfolgte Ausbildung mancher Bestimmungen des Palermitaner Rechts der Umstand, dass das summarische Processverfahren demselben nicht sowohl bekannt war, sondern darin schon mehr oder weniger detaillirt ausgebildet erscheint. Zwar ist man keineswegs zu der Annahme genöthigt, es datire das Aufkommen und die Verbreitung dieser Processart in Sicilien erst von Erlass der Clementina saepe, des berühmten Processgesetzes Papstes Clemens V. von 1306. Immerhin aber darf behauptet werden, dass die hierauf bezüglichen Vorschriften der Stadtrechte nicht vor dem Beginn der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts, vermuthlich sogar erst gegen dessen Ausgang abgefasst sein können. Noch die Constitutionen Kaiser Friedrich II., deren Processordnung, soweit sie das ordentliche Verfahren betrifft, im Palermitanischen Recht unzweifelhaft benutzt worden ist[1]), weisen erst sehr geringe, in ihrer Tragweite zweifelhafte Spuren des summarischen Verfahrens auf. Dahingegen beurkunden die einschlagenden Bestimmungen des Palermitaner Rechts, gleich, wie die des Stadtrechts von Messina, bereits eine nicht geringe Vertrautheit mit der Theorie vom summarischen Process. Diese dürfte schwerlich schon zu einer Zeit vorhanden gewesen sein, wo die päpstliche Gesetzgebung, als die eigentliche Quelle dieses Theils des Processrechts selbst noch nicht einmal zum vorläufigen Abschluss gelangt sein mochte. Die der Clementina saepe vorangehende dogmengeschichtliche Entwickelung des summarischen Verfahrens würde immer in keine frühere Epoche zu verlegen sein, als in die Zeit der Decretalen des Papstes Innocenz IV.[2]), also etwa in die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts.

Im Allgemeinen werden wir deshalb kaum fehlgehen, wenn wir die formelle Redaktion des Palermitaner Rechts in seiner uns vorliegenden Gestalt mit dem Ausgang des dreizehnten Jahrhunderts der Hauptsache nach als abgeschlossen ansehen.[3]) Äussersten Falles könnte diese nicht später als

1) S. das Nähere im system. Theil bei der Darstellung des Processrechts. 2) Briegleb, Einleit. in den summar. Proc. S. 20 ff.

3) Wichtig für Bestimmung dieser Zeitgrenze ist eine von La Mantia, Archiv. stor. Ital. VII, disp. II, p. 178 mitgetheilte Palermitanische Urkunde von 1275, welche sonach aus der Zeit der Angiovinischen Herrschaft stammt. Darin heisst es: „lege aliqua, seu jure canonico, aut civili, constitutionibus —

1320 erfolgt sein, denn aus diesem Jahre rührt bereits einer der gleich zu erwähnenden späteren Zusätze [1]) her, in welchem auf den Text des Stadtrechts ausdrücklich hingewiesen wird.

Zu seinem eigentlichen Kern dessen Entstehung hiernach in das zwölfte und dreizehnte Jahrhundert fällt, sind dann während des vierzehnten Jahrhunderts noch verschiedene Zusätze gekommen. Theils wurden dadurch ältere Vorschriften abgeändert, resp. aufgehoben, theils neues Recht eingeführt. Von zweien derselben aus den Zeiten Königs Friedrich II. (III.) [2]) sind uns die Daten überliefert; von einem dritten wissen wir wenigstens, dass er aus der Regierungszeit des Königs Ludwig (1342—1356) stammt.[3]) Aber auch von andern, deren genauere Entstehungszeit wir nicht kennen, darf man vermuthen, dass sie in die Zeit der Aragonesischen Könige fallen. Es gilt dies namentlich von einzelnen polizeilichen Vorschriften.

Zur Entstehungsgeschichte des Stadtrechts von Messina besitzen wir eine Notiz des Abbas Siculus (Panormitanus, Nicolaus de Tudeschis) in dessen Consilien nr. 64. Darin werden die ersten Capitel des Stadtrechts über die Gütergemeinschaft auf eine Constitution Kaiser Friedrich II. zurückgeführt.[4]) Von

---

scriptis et non scriptis, ut consuetudine Panormitana, quae dicit quod penae in instrumentis appositae non sint a Panormitanis civibus extorquendae, nobis conjugibus, et haeredi, aut alteri nostrum suffragantibus in praemissis". Es ergiebt sich hieraus, dass das beinahe wörtlich angeführte cap. 18 des Palermitaner St.-R. zu jener Zeit bereits abgefasst gewesen sein muss.

1) Zus. zu c. 37. bestätigt von König Friedrich II. (III.). Zu beachten ist jedenfalls, dass im Stadtrechte selbst noch mit keinem Worte des Executivverfahrens gedacht wird, dessen förmliche Einführung durch das cap.: Cum varia König Friedrich's II. (III.) in das Jahr 1322 fällt, während das hierauf bezügliche der Stadt Palermo vom selben König verliehene Privileg sogar erst von 1326 datirt.

2) Zus. zu c. 37. s. v. N. Zus. I zu c. 28 v. 1330 (cf. De Vio Priv. Pan. p. 103—105).

3) Zus. II zu c. 28. Vgl. auch das Privileg desselben Königs von 1342, das bei Muta dem Stadtrecht angehängt und hiernach auch in der vorliegenden Ausgabe mitgetheilt wird.

4) Die betr. Worte lauten nach der Ausgabe der Consilia (Coloniae 1477): „Stante quadam constitutione quondam Friderici imperatoris quam ipse edidit hominibus et popolo messanensi regis Sicilie tenoris ct." (Es folgen die Capitel 1. 4. 5. des Stadtrechts.)

einem solchen Gesetze enthält weder das Stadtrecht selbst die geringste Andeutung, noch berichten darüber die andern, auf uns gekommenen zahlreichen Urkunden und Überlieferungen aus der Zeit des genannten Kaisers. Man wird daher gerechten Grund haben, die Richtigkeit jener Angabe des Abbas Siculus zu bezweifeln. Diese Sage mag aus ähnlicher Veranlassung entstanden sein, wie die gleichfalls nicht beglaubigte Nachricht, welche die sog. constitutio de jure protimiseos einem Akt der Gesetzgebung desselben Herrschers zuschreibt. In beiden Fällen hat man wichtige, dem sicilischen Recht eigenthümliche Institute: dort den Retrakt, hier die Gütergemeinschaft nicht besser geglaubt, quellenmässig zu begründen, als indem man sie mit dem Namen des Regenten verknüpfte, welchem, wie für die politische, so für die Rechtsgeschichte des Landes die hervorragendste Bedeutung zukam. Eine andere Frage ist, ob auf jene Notiz des Abbas Siculus nicht insofern einiges Gewicht zu legen sei, als sie geeignet erscheint, einen gewissen Anhalt zu geben für die ungefähre Bestimmung der Zeit, in welcher die ältesten Capitel des Messineser Rechts schriftlich fixirt wurden.

Zur Erwägung kommen hier folgende Momente. Von den Constitutiones Siciliae sind in das Messineser Recht fast allein nur die älteren, schon der Zeit der normannischen Könige angehörenden Gesetze aufgenommen. Diese sind zum Theil wörtlich inserirt.[1]) Dem gegenüber beschränkt sich die Ausbeute des Inhalts der Gesetzgebung Kaiser Friedrich II. im Wesentlichen auf die Nachbildung der const. II, 32 (H. B. IV. p. 108) über den gerichtlichen Zweikampf in c. 44 des Stadtrechts. Mehrfach erwähnt ist ferner das früher dem Rechte der Stadt einverleibte c. de praescriptionibus. Sein uns mittelst der Tochterrechte von Trapani und Patti überlieferter Text nennt als seine Quelle ausdrücklich ein Gesetz König Wilhelm II. Auch hier bildet demnach ein in die vorstaufische Zeit fallendes Gesetz die Grundlage der stadtrechtlichen Verordnung. Schon diese Thatsachen lassen auf ein verhältnissmässig hohes Alter des Messineser Rechts schliessen. Dasselbe wird aber dadurch ausser jeden Zweifel gesetzt, dass von Kaiser Fried-

1) Cf. c. 43. 58 mit Const. III, 74 (Roger) (H. B. IV, p. 168), Const. I, 20 (Roger) (H. B. IV, p. 23).

rich II. in seinen Constitutionen und an anderer Stelle direkt auf einzelne, von ihm gemissbilligte Einrichtungen, welche in Messina bestanden und uns in seinem Stadtrecht begegnen, hingewiesen wird.[1]) Aus alle dem dürfte sich ergeben, dass die ersten Aufzeichnungen eines Theils des Messineser Stadtrechts bereits in das Ende der Herrschaft der normannischen Könige fallen, jedenfalls aber nicht später stattgefunden haben, als während der ersten Jahre der Regierung Kaiser Friedrich II. In eine etwas spätere Zeit sind die den summarischen Process betreffenden Capitel zu setzen. Sie können, wie vorstehend gezeigt ist, nicht füglich vor Beginn der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts redigirt worden sein. Indessen wird die schriftliche Aufzeichnung und Feststellung der älteren Abschnitte oder Capitel des Stadtrechts, welche in c. 53 als consuetudo antiqua den späteren Zufügungen (constitutiones novae[2]) gegenüber gestellt werden, nicht später, als etwa um das Jahr 1290 zum Abschluss gelangt sein.[3]) Mit dem Jahre 1293 (c. 53. 54) beginnen nämlich bereits die Zusätze, durch welche das ältere Gewohnheitsrecht theils modificirt, theils ergänzt wird. Andere dieser späteren Additionen datiren von 1297 (c. 50), 1301 (c. 52), 1302 (c. 54), 1322 (c. 48. 49); etliche sogar erst aus dem Anfange des sechszehnten Jahrhunderts (1517—1519 c. 61—63). Als ein solcher späterer Zusatz, dessen Datum jedoch nicht bekannt, ist auch das auf den Executivprocess bezügliche c. 55 zu betrachten.[4]) Seine Aufnahme in das Stadtrecht muss etwa in derselben Zeit erfolgt sein, aus der das Capitulum: Cum varia Königs Friedrich II. (III.) von 1322 und das an Messina ertheilte Privileg, denselben Gegenstand betreffend, herrühren. Von letzterem wissen wir zwar ebenfalls nicht genau, aus welchem Jahre es stammt. Es lässt sich jedoch annehmen, dass es in dieselbe Zeit fällt, wie das den

1) Vgl. c. 36 mit Const. Sic. I, 106 (H. B. IV, p. 72) „Privilegia quibusdam locis a nobis vel predecessoribus nostris indulta nec non consuetudines in locis ipsis obtentas, veluti Messane — presenti constitutione irrita et inania esse censemus".

2) Cf. c. 48 und 54.

3) Diese ältere Redaktion begreift die c. 1—47. 57. 58 (letztere von Apulus fortgelassen, sind dann nicht wieder von Cariddi aufgenommen).

4) Vgl. das Cap. Cum varia. Ebenso beruht c. 56 wahrscheinlich erst auf späterer Hinzufügung. Im Ganzen ergeben sich als spätere Zusätze die c. 48. 56. 59—63.

Palermitanern ertheilte Privileg von 1326[1]), worin der Ertheilung eines Privilegs an die Bürger Messina's von gleichem Inhalte gedacht wird.

§ 4.

Das Verhältniss der sicilischen Stadtrechte zu einander.

Wie bei den deutschen Stadtrechten des Mittelalters, lassen sich bei denen Siciliens, je nach den Vororten, deren Recht andern Städten als Vorbild diente, verschiedene Gruppen oder Familien von Stadtrechten unterscheiden.

Da Palermo seit den ersten Zeiten der normannischen Eroberung als Hauptstadt des Landes galt, könnte man versucht sein, es für einen der wichtigsten Vororte zu halten. Man könnte meinen, sein Stadtrecht habe sich über einen grösseren Kreis von Städten verbreiten müssen. Dies ist gerade nicht der Fall. Während Palermo's Stadtrecht nur in dem benachbarten Corleone recipirt ward, fand das Stadtrecht von Messina, als der nächstgrössten Stadt der Insel, welche als bedeutender Handelsplatz Jahrhunderte lang mit Palermo um den Vorrang stritt, die weiteste Verbreitung nach den verschiedensten Richtungen.

Wie schon oben angedeutet wurde, ist ein nicht geringer Theil seines Inhalts in die Stadtrechte von Trapani, Patti[2]), Lipari und Girgenti übergegangen. Von diesen Tochterrechten Messina's hat Lipari seinen Rechtsstoff augenscheinlich nicht direkt, sondern, wie ebenfalls bereits bemerkt ist, erst wieder aus der mittelbaren Quelle der Statuten von Patti geschöpft.

Was den Umfang der Reception des Messineser Rechts in den genannten Tochterrechten anlangt, so beschränkt sich dieser bei Girgenti im Wesentlichen auf das Familien- und Erbrecht im Zusammenhange mit der Gütergemeinschaft. — Quantitativ weit bedeutender ist die Entlehnung Messinesischen

---

1) Bei Muta und nach diesem auch in dieser Ausgabe dem Stadtrechte von Palermo angefügt. Das entsprechende Messineser Privileg habe ich weder bei Gallo, Annal. Messin., noch sonstwo aufzufinden vermocht.

2) In c. 2 seiner Statuten wird mit ausdrücklichen Worten auf das Stadtrecht Messina's hingewiesen.

Rechtsstoffes in den Statuten von Patti. Sie begreift nicht sowohl Sätze des Privatrechts, voraus des Familien- und Erbrechts, sondern erstreckt sich auch auf die dem Processrecht angehörenden Bestimmungen, einschliesslich des ziemlich spät ausgebildeten summarischen Verfahrens.[1]) Als Resultat der Vergleichung zwischen beiden Rechten ergiebt sich: Nicht allein die ältesten, schon in die Zeit der normannischen Könige zurückreichenden Capitel, zu denen auch das cap. de praescriptionibus gehört[2]), bilden die Grundlage der Statuten von Patti. Gegenstand der Reception war vielmehr der gesammte Complex von älteren Bestimmungen des Messineser Stadtrechts. Beinahe wörtlich herübergenommen sind davon die ersten 37 Capitel. Ausgeschlossen geblieben sind dagegen alle späteren mit dem Jahre 1292 beginnende Zusätze.[3])

Neben der Masse des Messina entlehnten Rechtsstoffes enthalten die Statuten von Patti, und die hieraus wiederum erst abgeleiteten Liparischen einzelne wenige Capitel, die, wofern sie nicht originellen Ursprungs sind, jedenfalls einer anderen Quelle entstammen, als dem Messinesischen Mutterrechte. Hierhin gehören die Vorschriften über Viehpfändungen bei stattgehabten Flurbeschädigungen. Ausserdem findet sich darin eine dem Messineser Recht fremde Bestimmung über Bürgschaften.[4]) Ebenso hat Girgenti ausser seinem, Messina entlehnten Inhalt einzelne, dort nicht geltende Vorschriften aufzuweisen. Abgesehen von den Verordnungen über die Pfändung von Hausthieren sind zwei handelsrechtliche Capitel zu nennen. Letztere stellen eine nur ihm eigenthümliche Besonderheit dar.[5]) In dem Rechte der Bürgschaften wird des älteren, noch in Patti erhaltenen Gebrauchs gedacht, zugleich aber angeordnet, dass fortan nach römischem und gemeinem Rechte zu verfahren sei.[6])

---

1) Nicht recipirt ist die dem Messineser Recht eigene Ausschliessung der Appellation in Criminalsachen. Vgl. Patti 52 mit Messina 42.

2) Von diesen sind nur die strafrechtlichen Vorschriften nicht mit aufgenommen.

3) Demnach sind z. B. von den auf das jus protimiseos bezüglichen Bestimmungen des Messineser Rechts nur die des älteren Rechts (consuetudo antiqua), nicht auch die novae constitutiones des c. 48 aufgenommen.

4) Patti 4. Lipari 5. 5) Cf. c. 16. 17. 6) C. 20.

Eine dritte Gruppe von Stadtrechten bilden die aus dem Rechte Catania's abgeleiteten Statuten. Wie schon gesagt ist, fand das Catanesische Recht ausser in Castiglione, in Aci Reali, Adernò, Paternò, Motta-Anastasia und Randazzo Aufnahme.[1]) Desgleichen ist bereits erwähnt, dass auch die Statuten von Vizzini ihre Entstehung einer Nachbildung des Catanischen Rechts verdanken.[2]) Selbst in die Stadtrechte von Noto und Syrakus sind anscheinend einzelne Bestimmungen Catanischer Herkunft übergegangen.[3]) Während die Stadtrechte Palermo's und Messina's hierüber gänzlich schweigen, behandelt Catania in sehr eingehender Weise das Recht der Pfändung bei stattfindenden Feldschäden. In wie weit etwa die hierher gehörigen Vorschriften analogen Satzungen in den Stadtrechten von Syrakus und Noto und den Statuten der anderen kleineren Städten zum Muster gedient haben, muss dahingestellt bleiben.

Eine nur geringe Verbreitung nach andern Plätzen fanden die Rechte von Syrakus und Caltagirone. Dass ersteres in Sortino, letzteres in der Lombardencolonie Piazza recipirt ist, wurde bereits bemerkt. In beiden Stadtrechten ist, verglichen mit den übrigen sicilischen Stadtrechten, eine gewisse alterthümliche Färbung nicht zu verkennen.[4]) Sie deuten auf einen Zustand in der geschichtlichen Entwickelung des sicilischen Rechts, welcher älter ist, als das Datum der uns vorliegenden Redaktionen. In einigen jener älteren Vorschriften zeigt Caltagirone eine unverkennbare Verwandtschaft mit dem Palermitaner Recht.[5]) Ebenso, wie Palermo und Messina, fehlen auch ihm die feldpolizeilichen Bestimmungen. Dem Stadtrecht von Syrakus eigenthümlich ist die Beschränkung der Gütergemeinschaft auf eine bloss particuläre Errungenschafts- und Mobiliargemeinschaft. Es steht hierin ganz isolirt da.[6]) Andererseits hat es die Unterscheidung der Grundstücke in Erbgüter und

---

1) S. oben § 1. ad II. 2) S. oben § 1. ad II. 3) S. d. folg. S.

4) Man vgl. z. B. die im Allgemeinen in den Stadtrechten nicht mehr festgehaltene Unterscheidung zwischen Erbgütern (bona patrimonialia) und andern Grundstücken (bona stabilia schlechthin) Syracus. 5, Caltagirone c. 31, c. 22.

5) Vgl. z. B. die Begründung der Gütergemeinschaft bei kinderloser Ehe. Caltagirone 22 und Palermo 13.

6) S. die system. Darstellung.

andere Güter, welche auf die darin beliebte Ausschliessung der allgemeinen Gütergemeinschaft nicht ohne Einfluss gewesen zu sein scheint, mit dem Stadtrechte von Caltagirone gemeinsam.[1]) Im Übrigen zeigt das Stadtrecht von Syrakus eine gewisse Verwandtschaft mit dem Rechte Catania's[2]). Seine feldpolizeilichen Verordnungen stimmen wesentlich mit denen von Patti, Lipari und Girgenti überein.

Bei den Statuten von Noto ergiebt die Vergleichung mit den übrigen sicilischen Stadtrechten, dass sie neben einzelnen, nur ihnen eigenen Besonderheiten, ihren Inhalt dem Rechtsstoffe mehrerer anderer Stadtrechte entliehen haben.

Die ersten, die Gütergemeinschaft regelnden Capitel sind zweifellos Messinesischen Ursprungs. Derselben Herkunft sind aber auch manche sonstige Satzungen.[3]) Wieder andere Vorschriften zeigen eine offenbare Verwandtschaft mit entsprechenden Capiteln des Catanesischen und Syrakusaner Rechts.[4]) Die auf das Pfändungsrecht bezüglichen Verordnungen kommen in der Hauptsache nicht nur mit denen des Syrakusaner Rechts, sondern auch mit denen von Patti, Lipari und Girgenti überein.

§ 5.

Die Arten der Rechtsbildung in den sicilischen Städten. Das Gewohnheitsrecht (consuetudo) und die Autonomie (statutum).

I. Schon allein der Umstand, dass die meisten der sicilischen Stadtrechte das in den Redaktionen derselben fixirte Recht als Gewohnheitsrecht (consuetudo) bezeichnen, muss uns darauf hinweisen, in der mündlichen, zunächst nur im Gedächtnisse der Bürger, oder durch Privataufzeichnungen einzelner derselben festgehaltener Überlieferung die ursprüngliche Art der Rechtsbildung zu erblicken. Es wird dies überdem aber ausdrücklich bezeugt durch das prooemium des Palermitanischen Rechts, als des ältesten Stadtrechts der Insel. Hierin wird die Entstehung des Stadtrechts etwa, wie folgt, geschildert. Neben

1) S. vor. S. Note 4. Das Nähere in der system. Darstellung.

2) Vgl. z. B. Syracus. 28. 32 mit Catania tit. 38 und 53.

3) Vgl. z. B. Noto c. 23 mit Messina 39. S. im Übrigen La Mantia, Consuetudine p. 98 ff.

4) Vgl. z. B. Noto c. 40 mit Catania tit. 53. Syracus. 32. S. La Mantia a. a. O.

der lex Romanorum, nach welcher die Einwohner lebten, hätte sich im Laufe der Zeit ein ungeschriebenes municipales Gewohnheitsrecht gebildet (jus non scriptum municipale quod consuetudinarium dicitur). Seine unwillkürliche Entstehung sei dem Wunsche und dem Bestreben zuzuschreiben, nach dem Vorbilde anderer Völker, gewisse Lebensverhältnisse in eigenthümlicher, den lokalen Bedürfnissen entsprechender Weise zu regeln. Die so entstandenen, gewohnheitsrechtlichen Satzungen (consuetudines) seien unter Zustimmung der Landesherrn[1]) innerhalb der Bürgerschaft in ununterbrochener Übung geblieben und von einer auf die andere Generation durch lange Zeiten hin überliefert worden. An ihre officielle Feststellung und schriftliche Fixirung habe man zunächst nicht gedacht. Das Stadtrecht sei wesentlich nur dadurch erhalten worden, dass bejahrte Bürger seine Vorschriften im Gedächtnisse festhielten. Erst als es anfing, an älteren rechtskundigen Leuten zu mangeln, und deshalb Zweifel aufgekommen wären über den wahren Inhalt und die Bedeutung mancher Gebräuche und Gewohnheiten, sei auf Verlangen der Bürgerschaft Seitens der städtischen Vertretung der Plan gefasst, das Gewohnheitsrecht schriftlich zu fixiren und officiell aufzeichnen zu lassen. Zu dem Behufe habe man, unter Zuziehung jener hochbetagten Männer, alle irgend aufzutreibenden Privataufzeichnungen der consuetudines zusammengebracht. Nach Verwerfung und Ausscheiden mancher Bestimmungen, die man damit ausser Kraft setzte, habe man die für gut befundenen Sätze einzeln, Wort für Wort, durchgenommen und den Text in dieser Weise festgestellt. Der so gewonnene Inhalt des Stadtrechts sei in einem Sammelband (quaternus sive rollus[2])) registrirt worden. Zum Zeichen der Beglaubigung dieser fortan allein gültigen Redaktion sei die das Stadtrecht enthaltende Urkunde mit dem Siegel der alten und rechtserfahrenen[3]) Bürger versehen worden und sodann, behufs einer gesicherten Aufbewahrung, im Stadtarchiv niedergelegt.

---

1) Cf. das mehrgedachte Privileg Kaiser Friedrich's II. v. 1233.

2) quaternus, eine Lage von vier in einander geschlagenen Bogen oder acht Blättern, ein höchst unbestimmtes Mass eines Buches wegen der verschiedenen Grösse des Formats, der Buchstaben u. s. w. Vergleiche v. Savigny, Gesch. d. r. R. (2. A.) III, S. 579.

3) sapientes. Cf. Zus. zu Palermo c. 37.

In ähnlicher Weise wird man sich die Überlieferung und demnächstige Aufzeichnung des Gewohnheitsrechtes in Messina und den andern Städten der Insel zu denken haben, soweit deren Rechtsbildung selbständig vor sich ging und sie ihren Stoff nicht aus einem anderweiten Rechte ableiteten. Von Caltagirone, dessen Stadtrecht 1299 redigirt ward, mithin in der Zeit seiner Aufzeichnung den Rechten von Palermo und Messina am nächsten kommt, wissen wir [1]), dass dort bereits Rechtsgelehrte (juris periti), welche die Bürgerschaft zu dem Zwecke besonders gewählt hatte, mit dem Redaktionsgeschäft betraut wurden. Bei diesen Rechtskundigen ist vermuthlich schon an im römischen Recht gebildete Männer zu denken. Es genügte demnach hier nicht mehr, wie in Palermo, das hohe Lebensalter für sich allein, um die Vermuthung zu begründen, dass man rechtskundig sei.

So wenig, wie das mündlich überlieferte Gewohnheitsrecht zu seiner Gültigkeit der obrigkeitlichen Anerkennung bedarf, ebensowenig wird man für die Zeiten des Mittelalters, in welche die Stadtrechte von Palermo und Messina fallen, die Rechtsverbindlichkeit der officiellen und schriftlichen Aufzeichnungen der alten Gewohnheiten von dem Erforderniss der landesherrlichen Bestätigung abhängig machen dürfen. Wenn es auch in dem angeführten prooemium des Palermitaner Rechts heisst, dass die, neben dem r. R. in der Stadt entstandenen Gewohnheiten die landesherrliche Billigung erfahren hätten, so ist doch andererseits nirgends gesagt, es verdanke die vorliegende Redaktion des Stadtrechts ihre rechtliche Existenz und Geltung erst der vorgängigen königlichen Bestätigung.

Allerdings hat sich Palermo zu verschiedenen Zeiten, zumal bei eintretendem Thronwechsel, und zwar vor, wie nach der erfolgten schriftlichen Aufzeichnung seines Stadtrechts, die Aufrechterhaltung der Gewohnheitsrechte und Privilegien von den Königen zusichern lassen.[2]) In dieser Thatsache ist jedoch nicht das Zugeständniss zu erblicken, als habe die Stadt die Rechtsverbindlichkeit der im quaternus enthaltenen Gewohnheiten erst von der landesherrlichen Anerkennung und Bestätigung abhängig machen wollen. Für das Gegentheil ist c. 4

1) Cf. prooemium.
2) S. oben S. XXXIX. Note 1.

des Stadtrechts ein schlagendes Beispiel. Nicht bloss dem Sinne und der Bedeutung nach, sondern auch formell galt das darin den Bürgern Palermo's eingeräumte Vorrecht von alter Zeit her. Vermuthlich schon länger denn hundert Jahre bestand dasselbe zu Recht, ehe und bevor man sich in Palermo bewogen fand, um seine Bestätigung durch König Alphons V.[1]) (I.) im Jahre 1438 nachzusuchen.

Der Grund für Nachsuchung der königlichen Approbation von Seiten der Stadtgemeinde war lediglich der, dass man sich schützen wollte gegen die von dem Könige, mittelst der Landesgesetzgebung, vorzunehmende Abänderung, oder Aufhebung lieb gewordener städtischer Einrichtungen und Gewohnheiten.[2]) Eine Beseitigung der mit landesherrlicher Billigung in das Stadtrecht aufgenommenen Gewohnheiten konnte vom Könige nur mit Zustimmung der Bürgerschaft bewirkt werden.[3]) Observanzen freilich, denen nur innerhalb eines engeren Kreises von Interessenten Rechtsverbindlichkeit zugeschrieben wurde, und die deshalb auch in den Complex des Stadtrechts keine Aufnahme gefunden hatten, vermochte der König durch einseitige Verfügung ausser Kraft zu setzen.[4])

Womöglich noch unabhängiger, wie in Palermo, erfolgte die Ausbildung des Gewohnheitsrechts, und dessen Redaktion in Messina. Im Rechte dieser zweitgrössten Stadt Siciliens, die, schon von den Zeiten der normannischen Könige an, stets eine gewisse Selbständigkeit behauptet hatte, findet sich keinerlei Andeutung, dass man um die königliche Bestätigung der althergebrachten Gewohnheiten nachgesucht hätte.

II. Die sicilischen Stadtrechte bestehen aber nicht allein aus aufgezeichneten Gewohnheitsrechten. Zu dem altüberkommenen Rechte, welches in ununterbrochener Übung und in der allgemeinen Überzeugung der Einwohnerschaft wurzelte

---

1) Cf. De Vio, Priv. Pan. p. 245, nr. 4. Hier wird der Inhalt des c. 4 des Stadtrechts mit den Anfangsbuchstaben und durchaus dem heute vorliegenden Text entsprechend citirt.

2) Cf. das mehrerwähnte Privileg von 1233 a. E.

3) Cf. Zus. (König Friedrich II. (III.)) zu Palermo c. 37. Cf. auch Nov. decl. zu c. 18.

4) Ein dahin gehöriges Beispiel ist die von König Friedr. II. (III.) verfügte Nichtberücksichtigung resp. Aufhebung gewisser Handelsusancen bei De Vio, Priv. Pan. p. 64.

und bei der amtlichen Feststellung nur in eine neue, die schriftliche Form gebracht ward, kam theils schon bei der Redaktion selbst, theils nach derselben eine neue gesetzesähnliche Rechtsbildung. Ihre Quelle war die Autonomie der Städte. Zwar wird man schwerlich in der Landgesetzgebung Siciliens, oder in andern, auf uns gekommenen Urkunden und Nachrichten nach einer, den Städten von der obersten Gewalt im Lande ein für alle Mal ertheilten Befugniss zur Abfassung von Statuten suchen. Ein solches, mit Rücksicht auf künftig eintretende Eventualitäten ihnen bewilligtes jus statuta condendi, lässt sich nirgends nachweisen. Demungeachtet ist nicht an der Thatsache zu zweifeln, dass allen Städten Siciliens im Mittelalter die Autonomie in grösserem oder geringerem Masse zugestanden hat.

Völlig selbständig verfuhr Messina, wie in der Ausbildung seines Gewohnheitsrechtes (der sog. consuetudo antiqua), so in der Aufstellung neuer Satzungen (constitutiones novae). Durch letztere wurde zum einen Theil älteres, in die Redaktion des Stadtrechts bereits aufgenommenes Gewohnheitsrecht abgeändert oder aufgehoben [1]), zum andern Theil völlig neues Recht eingeführt.[2]) Anfangs erscheint hier, entsprechend dem Vorgange bei der Redaktion des mündlich überlieferten Gewohnheitsrechts die gesammte Bürgerschaft als Trägerin der Autonomie.[3]) Späterhin, im vierzehnten Jahrhundert, als die Stadt, neben dem Stratigoten und seinen Richtern, in den jurati eine organisirte Vertretung erhalten hatte, hörte allmählig die unmittelbare Theilnahme der Bürgerschaft bei der Aufstellung neuer Statuten auf. Es ist dann nur noch von der Mitwirkung des städtischen Gerichts (stratigotus et judices) und der domini jurati die Rede. Nebenbei wurden, anscheinend jedoch nur mit berathender Stimme, Advocaten und andere rechtsgelehrte Bürger (doctores) zugezogen.[4])

Nirgends wird während des Mittelalters der, selbst nur nachträglichen Betheiligung und Zuziehung der landesherrlichen Gewalt bei der Ausübung der Autonomie oder der Noth-

1) c. 48. 49.

2) Vgl. z. B. c. 52. 55 (Executivprocess).

3) Cf. c. 52 — „de assensu et voluntate civium universitatis ipsius —" c. 55 „convocato Messinensi consilio et universo populo" et.

4) c. 58 al. 2.

wendigkeit der königlichen Sanction der von der Bürgerschaft und ihren Vertretern beliebten Statuten gedacht. Die ersten Spuren einer, auf Ansuchen der Bürgerschaft, erfolgten königlichen Bestätigung gewisser neuer Einrichtungen fallen in den Anfang des sechzehnten Jahrhunderts[1]) (1517—1519).

In Palermo ging, wie bereits gesagt ist, die Sammlung, Aufzeichnung und Redaktion des alten Gewohnheitsrechts gleichfalls ohne Mitwirkung der obersten Gewalt im Lande vor sich. Die hinterher nachgesuchten königlichen Privilegien betrafen mit ihrer Approbation nicht in specie den formellen Akt der Redaktion, sondern den materiellen Gehalt der consuetudines im Allgemeinen.

Anders verhielt es sich mit der Aufstellung neuer Statuten. Diese bedurften hier allerdings der königlichen Bestätigung. Ja, diese war anscheinend selbst in dem Falle nothwendig, wenn es sich um authentische Interpretation und analoge Ausdehnung älterer, gewohnheitsrechtlicher Vorschriften im Wege der statutarischen Gesetzgebung handelte.[2]) Auch Palermo hatte demnach zwar seine Autonomie, indem die Abfassung der Statuten der Stadtgemeinde selbst überlassen war und nicht etwa von einer dritten, auswärtigen Autorität ausging; die Kraft und Bedeutung gesetzlicher oder gesetzähnlicher Rechtsnormen erhielten die autonomischen Beliebungen der Bürgerschaft aber immer erst mit der Approbation von Seiten des Königs. Einer, ebenfalls nur beschränkten Autonomie im angegebenen Sinne begegnen wir in Catania und in den übrigen sicilischen Mittel- und Kleinstädten.[3]) Da man in diesen mit der Redaktion der alten Gewohnheiten zugleich die Aufstellung neu hinzugefügter, statutarischer Bestimmungen verband, so ergab sich dort die Nothwendigkeit, die königliche Bestätigung nicht nur für die neuen Statuten, sondern zugleich für den gesammten Complex der Stadtrechte, einschliesslich des nur in neue Form gebrachten Gewohnheits-

---

1) c. 62. 63.

2) Cf. die Zus. zu c. 28 und 37 der St. R.

3) Am unzweideutigsten findet sich diese anerkannt im prooemium von Noto. Dort wird, vorbehaltlich der königl. Bestätigung, der Stadt mit ausdrücklichen Worten die Befugniss zugeschrieben, „ordinationes et instituta pro legibus, et tamquam leges de cetero observandas" aufzustellen.

rechts nachzusuchen.[1]) Bei einer Mediatstadt, wie Lipari es war, trat an Stelle der königlichen Bestätigung die des Grund- und Gerichtsherrn, zu dessen Gebiete der Ort gehörte. Als solcher kam in Lipari der dortige Bischof in Betracht.

Gleich, wie in den älteren Stadtrechten das Gewohnheitsrecht (consuetudo[2]), so herrscht in den neueren, erst dem vierzehnten Jahrhundert angehörenden Stadtrechten die autonomische Beliebung oder das Statut vor. Fast der ganze Inhalt des Stadtrechts macht letzteres in den Tochterrechten von Messina aus. Entlehnen diese doch ihren Rechtsstoff zum bei weitem grössten Theil einem anderen, bereits fertig redigirten Stadtrechte. Nicht unzutreffend ist es daher, wenn Patti die einzelnen Abschnitte seines Stadtrechts statuta nennt.

Sehen wir ab von dem, was hierüber von Messina bekannt und bereits angeführt ist, so wissen wir über die näheren Umstände bei der Abfassung der Statuten durch die städtische Legislative äusserst wenig. Palermo fehlte es anscheinend in früherer Zeit, wie bei der Redaktion des Gewohnheitsrechts, so auch bei der späteren Ausübung der städtischen Autonomie an einer geordneten, ein für alle Mal hierfür bestellten Vertretung. In der vom König Friedrich II. (III.) 1330 bestätigten nova declaratio consuetudinis de jure

---

1) In den Bestätigungsformeln wird öfters betont, der König (resp. Bischof) habe den Inhalt des Stadtrechts geprüft, oder durch Rechtsgelehrte (juris periti) prüfen lassen, und sei derselbe für gut befunden worden. Letzteres wird, mit specieller Beziehung auf das mittelalterliche Dogma von den Erfordernissen des Gewohnheitsrechts, dahin ausgedrückt, die consuetudo sei rationi consona. Das Bestätigungsprivileg von Catania enthielt noch überdies den, mit Rücksicht auf die einflussreiche Stellung des dortigen Bischofs gemachten Vorbehalt, die Rechte der Stadt sollten nicht den Rechten und Freiheiten der Catanesischen Kirche präjudiciren.

2) Wie sehr man sich daran gewöhnt hatte, die consuetudo als die ursprünglich allein fliessende Rechtsquelle auch später noch, als das Recht κατ' ἐξοχήν zu betrachten, lehrt unter andern folgende Thatsache: In Messina wird abwechselnd mit dem Ausdruck nova constitutio (c. 48) das Wort consuetudo selbst noch für die neuen autonomischen Satzungen gebraucht und nur durch den Zusatz nova von dem alten und eigentlichen Gewohnheitsrecht (consuetudo antiqua) unterschieden (c. 51. 52). Noch charakteristischer ist vielleicht der Umstand, dass sogar die Statuten von Patti und Lipari, obwohl sie formell fast durchaus neues, dem Rechte Messina's entlehntes Statutarrecht enthalten, in der Titelüberschrift als consuetudines bezeichnet werden.

protimiseos[1]) wird noch der Zustimmung schlechthin aller grossjährigen Bürger gedacht.[2]) Nur die Anregung zur Änderung des bisherigen Rechtszustandes und Einführung neuer Grundsätze mochte im einzelnen Falle von rechtskundigen Leuten ausgehen. Als solche galten dort, wie erwähnt, in älterer Zeit Diejenigen, deren hohes Lebensalter eine Erfahrung im Rechtsleben voraussetzen liess. In Caltagirone wurde, wie gleichfalls bereits angeführt ist, zur Erledigung des Redaktionsgeschäftes, mit dem dort zugleich die Aufstellung einzelner neuer Bestimmungen verbunden war, von der Bürgerschaft eine Commission gewählt, deren Mitglieder Rechtsverständige sein mussten. Späterhin erhielten die Städte von den Aragonesischen Königen in den jurati eine Vertretung ihrer communalen Interessen. Man darf annehmen, dass diese, ähnlich wie in Messina, auch in Palermo und in den übrigen Städten der Insel in Concurrenz mit den städtischen Gerichten und deren Beamten die Autonomie an Stelle und im Namen der Bürgerschaft ausübten. Näheres wissen wir hierüber freilich nicht. Aus den Proömien der Stadtrechte, sowie aus den Eingangsworten, mit welchen einzelne jüngere, von den Königen bestätigte Zusätze und Privilegien eingeleitet werden, erfahren wir nur, dass die jurati und syndici als Mandatare der Stadtgemeinden bei der Landesobrigkeit um die Genehmigung und Approbation der Statuten nachsuchten.[3]) Dass die städtischen Rechtsbeistände bei Ausübung der Autonomie auf Form und Inhalt neuer Statuten nicht ohne gewichtigen Einfluss gewesen sind, darf man um deshalb behaupten, weil die Fürsorge für die Aufrechterhaltung des Stadtrechts und sein Schutz gegen Nichtachtung und Verletzung von Seiten der eigenen

1) Zus. zu c. 28.

2) Cf. daselbst die Worte: „universali majorum et seniorum civium accedente consensu. Die Vermuthung Hartwig's, a. a. O. Einl. S. 40. 41, dass die majores civium geordnete Vertreter der Stadtgemeinde, ähnlich den französischen maires, gewesen seien, erscheint hinfällig, sobald man den Text der nova decl. c. 28 bei Muta mit der zweifellos richtigeren Textgestaltung bei De Vio, Priv. Pan. p. 103. 104 vergleicht. Hier wird der Ausdruck majorum durch Zufügung der Worte „et seniorum civium" erläutert und klargestellt.

3) Für Palermo ist hier zu vgl. das Privileg des Königs Ludwig von 1342. Im Übrigen vgl. z. B. das prooemium von Syrakus (s. d. Nachtrag) und von Lipari.

Beamten der Stadt mit zu ihren Hauptaufgaben zählte.[1]) Ohne ihr Zuthun und ihre Mitwirkung wird demnach schwerlich eine Änderung des bisherigen Rechts und Einführung neuer Satzungen haben stattfinden können.

III. Es bleibt schliesslich noch die Frage zu beantworten, wie sich die uns vorliegenden Redaktionen der Stadtrechte und die darin fixirte Rechtsbildung einerseits zu dem früheren Recht, und andererseits zu etwa später aufkommenden, jedoch in die Rechtssammlung[2]) nicht aufgenommenen Gewohnheiten verhielten. Fast in allen Stadtrechten findet sich die Verordnung: weder die Richter[3]), noch die Parteien, ihre Beistände und Vertreter (Advocaten und Procuratoren) sollen künftig, nach erfolgter Redaktion des Stadtrechts, vor, wie ausser Gericht, auf das ältere Recht, Gewohnheit oder Statut recurriren. Alle früheren Satzungen werden als cassirt und durchaus ungültig betrachtet. Nur auf bereits rechtskräftig entschiedene, oder durch Vergleich beigelegte Rechtsfälle findet das neue Recht keine Anwendung; ebensowenig auf vertragsmässig durch Kauf, Tausch u. s. w. schon erworbene Rechte.[4])

Nicht minder wird man aber ebenso auch alle, etwa später sich bildenden Gewohnheiten, welche nicht in der das Stadtrecht einschliessenden Urkunde enthalten, noch darin nachträglich aufgenommen sind, Kraft und Rechtsverbindlichkeit abzusprechen haben.[5]) Anführungen einzelner Stellen aus dem Stadtrecht in Parteischriften oder bei mündlichen Vorträgen vor Gericht wurden in Palermo bloss dann berücksichtigt, wenn sie wörtlich übereinstimmten mit dem Inhalte des Stadtrechts.

---

1) Palermo c. 78 (79). Die Nichtbeachtung der consuetudines und Privilegien der Stadt von Seiten der Richter und anderer Beamten sollte daselbst (c. 85 [86]) neben Infamie den Verlust des Amtes und, wie es scheint, auch die dauernde Unfähigkit zur künftigen Bekleidung desselben oder eines ähnlichen Amtes nach sich ziehen. Catania tit. 74, c. 1 liess in diesem Falle zeitweilige Unfähigkeit zur Übernahme städtischer Ämter für die Dauer Eines Jahres eintreten.

2) Dem quaternus in Palermo entsprach in Catania tit. 75 der quinternus, ein Buch mit je fünf Lagen oder Bogen.

3) Eine etwa gegen den Inhalt des neuen Stadtrechts gefällte richterliche Sentenz soll ipso jure nichtig sein. Palermo prooem. u. c. 85 (86) i. f. Caltagirone prooem. i. f. Catania tit. 73.

4) Palermo nov. decl. zu c. 28. Messina c. 54 i. f.

5) Palermo prooem.

Massgebend war hierfür die im Archiv niedergelegte Originalurkunde, und nächst dieser allein noch der daraus gefertigte, auf dem Stadtgerichte befindliche authentische Transumpt.[1]) In Processen konnte es namentlich dann, wenn ein Rechtsstreit bei einem auswärtigen Gericht oder vor einem andern, als dem ordentlichen städtischen Richter anhängig war, zweifelhaft werden, ob ein Rechtssatz, auf den sich eine oder die andere Partei zu ihren Gunsten berief, in der That einen Theil des Inhalts des betreffenden Stadtrechts ausmachte. Für diesen Fall war in Palermo, dessen Recht hierin vermuthlich andern Plätzen zum Vorbild gedient hat, Fürsorge getroffen. Es sollte ein Zeugniss des Stadtgerichts, beziehungsweise eine mit dessen Unterschrift und Siegel beglaubigte Abschrift zum Beweise der in Bezug genommenen stadtrechtlichen Satzungen genügen.[2])

Eine aus dieser Veranlassung herrührende, beglaubigte Ausfertigung stellt die uns vorliegende Handschrift der Statuten von Girgenti dar.[3])

§ 6.

Die Systematik der Stadtrechte.

Eine gewisse Systematik, mag diese auch unvollkommen durchgeführt und durch Einschiebung heterogener Materien hie und da gestört erscheinen, lässt sich bei allen den Stadtrechten, welche Gegenstand dieser Ausgabe sind, nicht verkennen.[4]) Schon Apulus ist diese Erscheinung beim Stadtrecht von Messina nicht entgangen. Freilich nimmt dieser, bezüglich

1) Palermo c. 85 (86).

2) Palermo c. 85 (86). In Palermo wurde deshalb im J. 1329 auf Ansuchen der Bürger, um den praktischen Gebrauch der Handschriften des Stadtrechts vor Gericht zu erleichtern, durch die städtischen Behörden die Anfertigung einer beglaubigten Copie von dem in Archiv aufbewahrten Original angeordnet. Gregorio, Stor. di Sic. (Introduct.) p. 63. La Mantia, Arch. stor. Ital. Serie IV. Tom. VII, disp. II, p. 179.

3) Cf. Eingang und Schluss dieser Statuten.

4) Es zeigt diese, wie hier vorweg bemerkt sei, einige Ähnlichkeit mit der Systematik deutscher Rechtsbücher aus dem späteren Mittelalter (14. und 15. Jahrh.). Sie erweist sich namentlich in der auf germanischer Rechtsanschauung beruhenden Verbindung von Familiengüter-, Erb- und Vormundschaftsrecht; ferner in der nicht scharf durchgeführten Sonderung zwischen Sachen- und Forderungsrecht. Über die Systematik deutscher Rechtsquellen des Mittelalters vgl. Laband in der Einleitung zu seiner Ausgabe des Magdeburg-Breslauer systemat. Schöffenr. S. XXXVIII.

der Herstellung der systematischen Ordnung im letzteren, das Hauptverdienst für sich selbst in Anspruch.[1])

Die bei der Anordnung des Stoffes befolgten Grundsätze weichen in den verschiedenen, einzelnen Stadtrechten sehr von einander ab. Sie alle aber stimmen darin überein, dass sie die Materien um gewisse Lehren gruppiren, welche, entsprechend ihrer Wichtigkeit im Rechtsleben des Mittelalters, mit augenscheinlicher Vorliebe behandelt und deshalb in den Vordergrund gestellt werden. Unter diesen überwiegen wiederum diejenigen, welche Gegenstände betreffen, die dem römischen und gemeinen Recht noch unbekannt waren, und deren Neuregelung durch Gewohnheit und Statut sich als ein fühlbares Bedürfniss herausgestellt hatte. Als solche Hauptlehren treten in fast allen Stadtrechten zwei hervor: die Gütergemeinschaft und der Retrakt (jus protimiseos). Zu diesen kommt in den Rechten der Mittel- und Kleinstädte noch eine dritte, halb dem öffentlichen, halb dem Privatrecht angehörende Lehre: die Pfändung bei Flurbeschädigungen nebst den zum Schutze der Felder, Gärten u. s. w. getroffenen feldpolizeilichen Massregeln. Ausser diesen, dem gemeinen Recht fremden Lehren nehmen die auf Fortbildung des römischen Civil- und Strafprocesses abzielenden Vorschriften ebenfalls eine nicht unwichtige Stelle im Systeme mancher, wenn auch nicht aller Stadtrechte ein.

I. Um mit Palermo zu beginnen, so gliedert sich der Inhalt seines Stadtrechts etwa folgendermassen. Vorangehen die mehr oder weniger den correspondirenden Gesetzen der Constitutiones Siciliae nachgebildeten civil- und strafprocessualischen Bestimmungen (c. 1—17 resp. 25).[2]) Mit c. 26 beginnt das Privatrecht, ohne freilich Rücksicht zu nehmen auf Beimischung einzelner herterogener Bestimmungen (c. 33 und 35). Den Anfang macht das jus protimiseos (c. 28). Es folgen (bis c. 42) untermischt, und ohne in sich geordnet zu sein, einige dem Sachen- und Obligationenrecht angehörende Capitel. Von

1) S. oben S. XI, Note 1.

2) Die in c. 1[8]—25 behandelten, theils in das Civil-, theils in das Strafrecht einschlagenden Lehren von der Bürgschaft, von den Injurien- und Privatstrafen et. lassen sich, zumal sie vornehmlich von ihrer processualischen Seite aus erörtert werden, gewissermassen als ein Anhang der verschiedenen Processgesetze ansehen.

den letzten derselben greifen einzelne bereits in das Familiengüterrecht über.

Dieses beginnt in c. 43 mit Voranstellung des ehelichen Güterrechts überhaupt und der Lehre von der Gütergemeinschaft insonderheit. Wegen der nahen Verwandtschaft, in der, zufolge germanischer Rechtsanschauung, das eheliche Güterrecht mit dem Erbrecht steht, voraus mit dem gesetzlichen Erbrecht, umfasst dieser Abschnitt zugleich die Lehren von der Intestatsuccession (c. 48). Hieran schliessen sich die Testamente (c. 49), und den Schluss des ganzen Abschnitts macht das Vormundschaftsrecht. (c. 50. 51.)

Einen Nachtrag verschiedenartigen, aber ebenfalls noch privatrechtlichen Inhalts bringen die c. 52—56.

Von c. 57 bis zum Schluss folgen sodann wiederum Lehren aus dem öffentlichen Recht. Nur ab und zu werden diese von einzelnen, in das Privatrecht einschlagenden Materien durchbrochen (cf. z. B. c. 63 und 80).

Eine nähere systematische Anordnung innerhalb dieses publicistischen Theils wird sich kaum nachweisen lassen. Polizeiliche Vorschriften finden sich untermischt mit solchen aus dem Processrecht. Auch werden hier erst die, in die Gerichtsverfassung einschlagenden Bestimmungen aufgeführt.

II. Messina stellt an die Spitze die Gütergemeinschaft[1].) (c. 15 sequ.) Im Anschluss hieran wird das Familiengüter-, Erb- und Vormundschaftsrecht abgehandelt. In den c. 25—35 folgen die sonstigen privatrechtlichen Bestimmungen, ohne Unterscheidung zwischen Sachen- und Obligationenrecht. So enthält c. 31 das jus protimiseos, während die unmittelbar vorangehenden und nachfolgenden Capitel dem Obligationenrecht bestimmt sind. Den Schluss der älteren, den eigentlichen Kern des Stadtrechts ausmachenden Bestimmungen bilden die, in den c. 36—47 enthaltenen processualischen und strafrechtlichen Satzungen. Von c. 48 reihen sich hieran bis zum Schluss die constitutiones novae. Ihr Inhalt ist durchaus verschiedenartig und lässt jede systematische Anordnung vermissen.

Welchen Antheil Apulus bei Herstellung dieser Eintheilung

1) Wie sich aus der Vergleichung mit der von Abbas Siculus mitgetheilten Capitel ergiebt, ist diese Voranstellung der Gütergemeinschaft nicht erst auf die Anordnung des Apulus zurückzuführen. Siehe oben S. XI, Note 3.

des Stoffes gehabt hat, ist im Einzelnen nicht mehr festzustellen. Allzugross wird man sein Verdienst nicht anzuschlagen haben. Denn, abgesehen von einer, weiterhin zu erwähnenden Abweichung, stimmt die Systematik der Tochterrechte Messina's: von Patti, Lipari und Girgenti, soweit ihr Inhalt Messinesischen Ursprungs ist, mit der in der Ausgabe des Apulus beobachteten Reihenfolge der Materien in den Hauptmomenten überein.

Den gleichen systematischen Principien begegnen wir im Stadtrecht von Noto. Auch hier geht das Familienrecht, anfangend mit der Gütergemeinschaft, voran. Dann reiht sich das übrige Privatrecht an, und den Schluss macht das öffentliche Recht. Letzterem werden hier die Vorschriften über Pfändung und Schadensersatz wegen Flurbeschädigungen überwiesen. Ein Nachtrag oder Anhang gemischten Inhalts bringt neben Anderem das früher fortgelassene jus protimiseos.

III. Catania und Syrakus beginnen mit den Vorschriften über das Verfahren bei Pfändungen. Es folgt hierauf, in Catania freilich erst nach Einschaltung des in das öffentliche Recht einschlagenden Tit. 2, das Familiengüterrecht mit Einbegriff des gesetzlichen und testamentarischen Erbrechts.[1])

Auch hier bildet die Gütergemeinschaft den Ausgangspunkt. Hieran schliessen sich mit einander vermischt, und ohne in sich irgendwie geordnet zu sein, Sätze privatrechtlichen und processualischen Inhalts. Von den privatrechtlichen gehören die meisten, darunter das ausführlich behandelte jus protimiseos dem Sachenrecht, andere z. B. die Bestimmungen über Sach- und Dienstmiethe dem Forderungsrechte an. Am Schluss beider Stadtrechte finden wir Verordnungen des Polizeirechts.

IV. In Caltagirone gruppirt sich der Rechtsstoff um die beiden Hauptlehren: das jus protimiseos und die Gütergemeinschaft.

Ersterem ist hier ein besonderer, an den Anfang gestellter Tractat bestimmt. Auf diesen folgt in unmittelbarem Anschluss das Familienrecht, mit der Gütergemeinschaft beginnend. Dem schliessen sich dann noch einige, dem Obligationen-, und dem Sachenrecht zufallende Materien an. Dagegen gebricht es gänzlich an Bestimmungen des öffentlichen Rechts. Die Voranstellung des jus protimiseos kehrt auch in zweien der Mes-

1) Catania tit. 3—25. Syracus. c. 4—19.

sineser Tochterrechte wieder: in den Statuten von Patti und Lipari. Von der systematischen Anordnung Caltagirone's weichen diese aber wieder darin ab, dass sie das Familienrecht nicht unmittelbar auf die Lehre vom Retrakt folgen lassen, sondern zwischen jus protimiseos und die Gütergemeinschaft u. s. w. erst noch die in Caltagirone fehlenden feldpolizeilichen Bestimmungen über Pfändung et. einschliessen.

Im Übrigen zeigen diese, und ebenso die Statuten von Girgenti in der Hauptsache dieselbe systematische Anordnung des Stoffes, wie ihr Messinesisches Mutterrecht. Unter den bei Patti mit St. 53 beginnenden Statuten gemischten Inhalts stehen obenan die in Messina fehlenden Bestimmungen über die Verjährung (c. de praescriptionibus).

§ 7.

Plan dieser Ausgabe.

I. Wir beschränken die bei der vorliegenden Ausgabe uns gestellte Aufgabe nach drei Richtungen hin:

1. Zum Abdruck kommen allein die in lateinischer Sprache abgefassten Stadtrechte. Fortgelassen werden deshalb die Statuten von Castiglione, Alcamo und Castronuovo, welche ganz oder doch zum grössten Theil italienischen Text besitzen. Eine kritische Ausgabe derselben kann füglich nur von einem Italiener, der sich mit dem älteren sicilischen Dialect, in dem sie geschrieben sind, völlig vertraut gemacht hat, mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden. In Ermangelung der nothwendigsten Sprachkenntnisse mussten wir davon Abstand nehmen.

Aus dem gleichen Grunde sind auch die, soweit bekannt, nur in italienischer Übersetzung vorhandenen Statuten von Vizzini hier übergangen worden.

Die einzige italienische Stelle in den Texten unserer Ausgabe ist das Schlusscapitel (63) des Stadtrechts von Messina. Seine Aufnahme war der Vollständigkeit wegen nicht zu umgehen.

2. Wir geben nur die dem eigentlichen Mittelalter angehörenden Stadtrechte. Nicht aufgenommen sind die dem 15. oder gar erst dem 16. Jahrhundert angehörenden Statuten. Um deshalb sind von den Stadtrechten von Alcamo und Castronuovo selbst nicht einmal diejenigen Capitel hier wieder abgedruckt worden, welche nicht italienisch, sondern lateinisch

abgefasst sind. Zur Erwägung kam dabei noch der Umstand, dass ihr Inhalt sich der Hauptsache nach aus polizeilichen Verordnungen zusammensetzt, die gegenwärtig ein nur untergeordnetes Interesse beanspruchen können. Andererseits ist die Reformation des Grafen von Modica von 1406 zwar nicht den Texten der Stadtrechte selbst eingereiht, wohl aber wenigstens in dem Anhange mit abgedruckt worden. Es geschah dies aus dem Grunde, weil sein Inhalt nicht ohne Interesse für die Dogmengeschichte des Retrakts (jus protimiseos) ist, insbesondere für die Lehre von den Fristen, die bei dessen Geltendmachung einzuhalten sind.

3. Gegenstand dieser Ausgabe sind die Stadtrechte, deren Rechtsbildung sich in eigenthümlicher und selbständiger Weise vollzog, und welche daher fast sämmtlich als Vorbilder anderen, später entstandenen Statuten gedient haben.

Der Schwerpunkt fällt daher auf die Mutterrechte, unter denen wiederum die Rechte von Palermo und Messina die erste Stelle einnehmen.

Wenn wir demungeachtet von den Messineser Tochterrechten drei derselben: die Statuten von Patti, Lipari, Girgenti mitaufgenommen haben, so rechtfertigt sich das dadurch, dass diese, neben den freilich weit überwiegenden Bestandtheilen, welche sie dem Messineser Rechte entlehnten, mehrere dort fehlende, ihnen eigne Bestimmungen enthalten. Für den Mitabdruck der Statuten von Patti sprach ferner noch die Thatsache, dass sie uns die Möglichkeit darbieten, einzelne, wenn auch nur wenige unrichtige Lesarten in der von Apulus veranstalteten Ausgabe des Stadtrechts von Messina richtig zu stellen und zu verbessern. Die Statuten von Lipari sind, wie schon anderwärts bemerkt wurde, nur ein Auszug aus denen von Patti. Sie hätten, genau genommen, dem angegebenen Princip gemäss hier fortbleiben müssen. Ihrem Abdruck ist lediglich aus formellen Gründen stattgegeben worden. Sie bringen in der uns vorliegenden Handschrift an einzelnen Stelle offenbar richtigere Lesarten, als die ebenfalls nur handschriftlich erhaltenen Statuten von Patti. Wir geben sie deshalb hier als Beleg für die Richtigkeit der von uns bei der Ausgabe der letzteren befolgten Lesarten. Fortgeblieben sind dagegen, ausser den verschiedenen Tochterrechten von Catania, Syrakus und Caltagirone, die fast durchweg mit dem Stadtrechte Mes-

sina's in seinen älteren Theilen übereinstimmenden Statuten von Trapani.[1]) Ausgeschlossen blieb auch das Palermitanische Tochterrecht von Corleone. Von letzterem sind im Anhange allein die bei La Mantia in seiner Sammlung abgedruckten Capitel hier ebenfalls wieder mitgetheilt worden. Es erschien dies um deshalb angezeigt, weil die betreffenden Capitel einzelne nicht unwichtige Erläuterungen und gewisse Weiterbildungen entsprechender Satzungen des Palermitanischen Rechts enthalten. Namentlich gilt dies von den auf das Sonderrecht der Griechen bezüglichen Stellen.

II. Bei der Gestaltung des Textes der einzelnen Stadtrechte ist in nachstehend angegebener Weise verfahren worden:

1. Von den gedruckten Stadtrechten, deren Handschriften nicht mehr vorhanden, oder doch gegenwärtig nicht bekannt, noch zugänglich sind, waren die ältesten Drucke zu Grunde zu legen.

a) Bei dem Stadtrecht von Palermo war von der editio princeps von 1477/1478 auszugehen. Ihr Text ist der der vorliegenden Ausgabe.[2]) Jedoch sind offenbare Druckfehler verbessert und nur in den Noten angemerkt worden. Die Noten bringen ausserdem die abweichenden Lesarten der Ausgabe des Muta, selbstverständlich aber mit Hinweglassung der dort vorkommenden Druckfehler. Muta sind ferner die der editio princeps mangelnden Zusätze entnommen. Zwei[3]) derselben finden sich auch in der von De Vio veranstalteten Sammlung Palermitanischer Privilegien.[4]) Ihre dort zum Theil

---

1) Nur in den Noten zu Patti c. 53—56 ist der Vergleichung wegen das im Stadtr. v. Messina von Apulus fortgelassene, in Trapani vorhandene c. de praescriptionibus nach dem Abdruck bei La Mantia, Cons. p. 104 mitgetheilt worden.

2) Zu Grunde gelegt, wurde dabei eine von der Direzione Nazionale degli Archivi di Sicilia auf das Genaueste angefertigte Zusammenstellung der Lesarten des Palermitanischen Exemplars der ed. princ. von 1478 mit denen der Muta'schen Ausgabe, welche Hartwig den gefälligen Bemühungen der genannten Behörde verdankt.

3) Nov. declar. zu c. 28 und Priv. v. 1326 (das Executivverfahren betreffend).

4) Michaelis de Vio, Urb. Panormitanae privilegia et. Panormi 1706 Fol. Das Privileg von 1326 steht dort p. 85. Die nov. decl. von 1330 p. 103 seq.

abweichende Fassung ist nicht versäumt worden, in den Noten anzumerken.

b) Die Textgestaltung des Messineser Rechts hat die Ausgabe des Apulus nach der von Hartwig veranstalteten Ausgabe zur Grundlage. Einzelne offenbare Schreib- resp. Druckfehler sind, wie schon angedeutet, durch Vergleichung mit den correspondirenden Stellen in den Statuten von Patti berichtigt und in den Noten angemerkt. Die bei Apulus fehlenden Capitel sind nach Hartwig und Cariddi ergänzt. Hartwig ist auch die bei Apulus vermisste Bezeichnung der einzelnen Capitel durch Zahlen entnommen. Neu hinzugefügt, jedoch nur in den Noten mitgetheilt, ist die etwas abweichende Fassung des Textes der c. 1. 4. 5 bei Abbas Siculus (Panormitanus) in dessen Consilien nr. 64.

c) Das Stadtrecht von Catania wird hier nach der Ausgabe des Cosmus Nepita von 1594 gegeben. Neben der, uns leider nicht zugänglichen Edition des Intriglioli enthält sie, wie oben gesagt ist, den nächstältesten Abdruck des Cataneser Rechts. Auch hier sind die offenbaren Druckfehler aus dem Texte selbst ausgeschieden und nur in den Noten mitgetheilt. Die abweichenden Lesarten, welche in den Auszügen vorkommen, die La Mantia in seiner Sammlung gebracht hat, sind in den Noten angegeben.

d) Die Statuten von Girgenti werden nach der Ausgabe des Testa (Monumenta nr. 23 zu seiner Biographie König Friedrich II (III)) abgedruckt.

2. Bei dem schon gedruckten Stadtrecht von Noto folgen wir keiner der beiden vorhandenen Ausgaben. Wir bringen den Text nach der sehr guten Handschrift, welche das Provincialarchiv in Noto bewahrt. Von dieser liegt uns eine amtlich beglaubigte Copie vor.[1])

In den Noten sind die abweichenden Lesarten der gedruckten Ausgaben von Graevius-Burmann und Francesco Sbano berücksichtigt.

3. Ebenso geben wir das Stadtrecht von Syrakus nach

---

1) „E' copia conforme all' originale esistente presso questo archivio provinciale suppletorio. — Noto li 26 Novembre 186^{otto}. Per l'archivario il funzionante Giuseppe Manceri Ammarrato."

der vom dortigen Provicinalarchiv beglaubigten [1]) Abschrift des daselbst befindlichen Originalmanuscripts. Wie schon gesagt, ist es, wenn wir von dem fehlenden prooemium abstrahiren, dem eigentlichen Text nach die vollständigste von allen bisher bekannt gewordenen Handschriften. Es enthält die in den übrigen Mss. und in der Ausgabe La Mantia's fehlenden §§. 6. und 10. der c. 30, welche inhaltlich keineswegs unwichtig sind. [1]) Bei den drei übrigen Stadtrechten von Caltagirone, Patti und Lipari bilden die Unterlage unseres Textes die Originalhandschriften, beziehungsweise Copien, die der mehrerwähnte Sammelband Q. q. F. 55 [2]) der Communalbibliothek zu Palermo einschliesst. Die hier benutzten Abschriften sind sämmtlich unter der Aufsicht der Direzione degli Archivi Siciliani zu Palermo angefertigt. Auch hier sind von den durch La Mantia mitgetheilten Capiteln die abweichenden Lesarten der von ihm benutzten Texte in den Noten vermerkt. Überdies aber haben wir einzelne in den Handschriften durch augenscheinliche Schreibversehen entstellte, zum Theil geradezu unverständlich gewordene Stellen nach der Ausgabe La Mantia's richtig gestellt und verbessert. Wo dies geschehen, sind die Mängel unserer Handschriften in den Noten angezeigt worden.

4. Die Schreibweise haben wir überall so beibehalten, wie sie in den ältesten Drucken und in den Handschriften vorlag. Mithin sind auch die Inconsequenzen der Orthographie herübergenommen, ohne den misslichen Versuch einer Ausgleichung zu wagen. Nur ist der Gleichförmigkeit wegen der, in einigen derselben vorkommende Gebrauch der grossen Anfangsbuchstaben bei solchen Worten verändert worden, welche man sonst klein zu schreiben pflegt. [4])

---

1) „Conforme all' originale da me copiato e collazionato — Siracusa li 2 Gennajo 1869. L' Archivista Provinciale Emaul de Benedictis."

2) S. den Nachtrag (unten nach Schluss des system. Theils). Mit Unrecht hält daher La Mantia (Arch. Stor. Ital. Ser. IV. VII, disp. III p. 330) die von ihm benutzten Handschriften für die vollständigsten.

3) Die Statuten von Caltagirone stehen dort p. 203 seq., die von Patti p. 307 seq., die von Lipari p. 219 seq. verzeichnet.

4) Eine Ausnahme wurde hiervon in den Bestätigungsformeln der Gesetze resp. Privilegien gemacht. Dort sind die, dem darin vorwaltenden Kanzleistil charakteristischen, grossen Anfangsbuchstaben auch bei solchen Worten beibehalten, die man sonst klein zu schreiben pflegt. Bemerkt sei schliesslich noch, dass die, manchen älteren Drucken und Handschrif-

III. Schliesslich noch ein Wort über den Inhalt des beigegebenen Anhanges.

Dass die aus dem Stadtrecht von Corleone hier wiederum abgedruckten Bruckstücke der Ausgabe des La Mantia entlehnt sind, ist bereits gesagt.

Der lateinisch abgefasste Theil der Reformation des jus protimiseos von Modica ist nach der im genannten Palermitanischen Sammelbande enthaltenen beglaubigten Copie zum Abdruck gebracht.

Wir haben ferner in den Anhang die für die Geschichte des sicilischen Familienrechts hochinteressante griechische Novelle des Königs Roger II. (I.) von 1150 aufgenommen. Die dort angeführte Ausgabe der Novellen dieses Königs, von Capasso veranstaltet, dürfte in Deutschland wenig bekannt und schwer zu erlangen sein. Ihre Mittheilung erscheint daher gerechtfertigt. Übrigens beschränkt sich der Wiederabdruck auf den griechischen Text nach der in Venedig befindlichen Handschrift. Die von Capasso ebenfalls mitgetheilte Fassung desselben Gesetzes nach einer zweiten Handschrift der Vaticanischen Bibliothek in Rom blieb unberücksichtigt, weil sie nicht vollständig erhalten ist.

Das für die Geschichte des Executivprocesses wichtige Capitulum: Cum varia Königs Friedrich II. (III.) ist dem II. Bande der von Testa veranstalteten Ausgabe der Capitula Regni Siciliae (Panormi 1741) entnommen. Mancher Leser wird darin vielleicht eine willkommene Ergänzung erblicken zu den, von Briegleb in seiner Geschichte des Executivprocesses mitgetheilten Quellenbelegen.

---

ten eigenthümliche Verwechslung der Buchstaben c statt t in den Worten amitto (amicto), committo (comicto) u. s. w. nicht wiedergegeben ist. Sie ist in den Originalen keineswegs immer consequent durchgeführt. Ohnehin scheint sie nur aus einer Flüchtigkeit beim Schreiben herzurühren, der zufolge man sich veranlasst fand, das doppelte t wie ct zu schreiben.

DIE SICILISCHEN STADTRECHTE.

INHALT.

Seite

Palermo 1

Messina 79

Catania 101

Syrakus 135

Noto 161

Caltagirone 181

Patti (Pactae) 197

Lipari (Lipara) 213

Girgenti (Agrigentum) 223

Anhang 233

ANTIQUISSIMAE FELICIS S. P. Q. PANHORMITANI

CONSUETUDINES.

Prooemium consuetudinum.*)

Panhormitanam urbem, quam in sedem eorum, et regni caput divi[1]) reges, et principes elegerunt, multimodis amoenitatibus non solum rerum natura conspicua reddidit, verum etiam, et beatitudo regnantium dominorum praeclaram satis efficiens innumeris eam ditavit felicitatibus, et privilegiorum largitionibus in multarum nationum invidiam sublimavit. Concurrentibus igitur ad ejusdem urbis delitias undique populis, et sub quiete temporum de ipsius gaudentibus incolatu[2]) iidem reges, et principes largitiones, et beneficia praedecessorum dominorum augentes, adeo successive compensavere cum meritis, ut ex continua dominorum ipsorum conversatione cum eis, cujusdam affectionis innatae zelum civitatis ejusdem[3]) quasi filii, contraxisse cum ipsis regnantibus dicantur ad invicem, prout emissa fama per orbem emicuit[4]), et transmissi mores ad posteros docuerunt. Cumque felicis urbis jam dictae incolae Romanorum lege viventes in quibusdam causis, et casibus jure non scripto municipali (quod consuetudinarium dicitur) uti vellent, ad instar ex orbis gentibus aliquarum, ut tam ex eis, quam ex veteribus legibus Romanorum inter eos vigeret[5]) pacis, et justitiae plenitudo, nova jura quodammodo de naturae gremio producentes, quasdam sibi fecerunt consuetudines approbatas, observandas in causis, et quaestionibus, et negotiis aliis,

*) Die in der Ausgabe von 1478 vorkommenden Druckfehler sind in den Noten ohne jede weitere Bezeichnung angegeben; wo dagegen ein M. einer Lesart vorgesetzt ist, ist die des Muta'schen Textes gemeint. Ein f. ohne weiteren Zusatz bedeutet, dass in der Ausg. v. 1478 ein oder mehrere Worte fehlen. M. f. zeigt das Fehlen eines oder mehrerr Worte bei M. an. M. f. h. ist gleich „Muta fügt hinzu."

1) M. invictissimi. 2) f. h. unde. 3) eius edem. 4) emituit. 5) vigeretur.

tam utilitatem dominorum regnantium, quam et ipsorum incolarum, et civium continentes, quibus consuetudinibus ipsi, ac successores eorum postmodum usi, et gavisi sunt ex consensu regnantium dominorum longissimis temporibus pacifice[6]) et quiete. Verum quia prae elapsi temporis vetustate deficientibus antiquis civibus, quorum haec omnia memoriae plenius inhaerebant, jam super aliquibus incipiebat de certis[7]) usibus, et consuetudinibus dubitari, dum multorum diffuse per labia in relatus varios incidere viderentur, pro futurorum memoria, et bono statu civitatis ejusdem, ob priorum reverentiam, qui jura ipsa municipalia magnis exquisita vigiliis ad posteros transmiserunt, ad petitionem universitatis totius urbis Panhormi, compertis[8]) et coadunatis in antiquorum superstitum[9]) communi praesentia cartis[10]) libris, et notulis, quae tenorem dictarum consuetudinum ad nostram, et aliorum memoriam retinebant, in quaterno sive rollo uno dilucido, et aperto sigillo universitatis ipsius, ad fidem gestorum, cautelam, et memoriam, sigillato per antiquos, et sapientes[11]) homines civitatis ipsius, consuetudines memoratae de verbo ad verbum scriptae sunt per seriem, et redactae[12]), sicut constat inferius, ut quaternus, vel rollus ipse diligenter repositus, et servatus in archivo privilegiorum simul cum privilegiis civitatis, ejusdem fidem in posterum faciat dubitanti, sublatis, et reprobatis aliis quibuscumque consuetudinibus, et remotis[13]), quae ultra eas, vel extra praedicti volumen quaterni, sive rolli, in scriptis, vel sine scriptis ut antiquae allegarentur, vel etiam offerrentur, ut nullis omnino componendi de caetero detrahendi, vel etiam variandi, super consuetudinibus ipsis, figmenta nequitiae relinquantur.

CAP. I.

De citationibus.

Civis Panhormitanus[1]) super civili causa citatus per practorem, vel aliquem alium jus dicentem si quidem praesens in civitate fuerit inventus, eodem die, vel sequenti compareat in curia facturus justitiam conquerenti[2]), qui si contumax[3]) fuerit, adversus eum secundum jura communia[4]) procedatur, nulla

6) patifice. 7) M. dictis. 8) compartis. 9) super factum. 10) M. cartulis. 11) saēpites. 12) radacte. 13) M. f. et.

1) M. Pahormi. 2) consequenti. 3) contimax. 4) comonia.

poena ratione ipsius contumaciae[5]) curiae applicanda, eo vero comparente[6]), et praestita per eum fidejussione judicio sisti pro purgatione ipsius contumaciae[7]), et expensis partis solvat adversario[8]) quartam partem tareni tantum: si vero non inveniatur praesens, trinis[9]) edictis intervalla unius diei continentibus pro unoquoque edicto est domi citatio facienda, et si tunc non venerit sigilletur sibi domus ejus per apparitorem[10]) curiae, eo vero infra diem tertium comparente dissigilletur sibi domus et poenam inde aliquam[11]) similiter non[12]) reportet, praeter praedictam[13]) quartam partem tareni[14]) per eum, ut praedictum[15]) exsolvendam[16]). Elapso autem triduo, si non compareat[17]) adversus eum secundum jura communia procedatur nulla poena similiter proinde curiae applicanda, ut superius est expressum, nisi excusatus legitime fuerit ex aliqua justa et[18]) probabili causa, vel quod in longa forsan fuerit absentia constitutus, quo constito per excusatoris juramentum terminus sibi competens[19]) est secundum locorum distantiam praefigendus, in quo citationi sibi factae veniat in judicio pariturus, quem si tunc demum contemserit, communis juris forma exerceatur per judicem in eundem, quemadmodum superius est expressum: si vero sigillatam sibi domum citatus aperiat[20]) sine curiae voluntate, manifestam in hoc quodammodo contumaciam[21]) et resistentiam ostendendo, poena tarenorum auri quatuor muletetur per judicem fisci commoditatibus applicanda. Quod autem supra dictum est de solutione expensarum praedictae quartae partis tareni locum habet de expensis factis in civitate ipsa, et quando contumax[22]) ipse invenitur in eadem civitate, et ejus territorio bona aliqua possidere, in quorum bonorum possessione pro ipsius citati contumacia[23]) auctor ipse poni debeat. Si vero in eadem civitate nulla bona inventus fuerit possidere secundum jura communia procedatur, nulla poena similiter curiae ratione praedictae contumaciae applicanda. In criminali vero causa citatus super quibuscumque criminibus tam publicis, quam privatis, si quidem praesens in civitate fuerit inventus, eodem die, vel sequenti compareat in curia facturus justitiam conquerenti.

---

5) contimaciae. 6) comperente. 7) contimacione. 8) universario. 9) terenis. 10) apperatorem. 11) poena inde aliqua. 12) nam. 13) preter prepictam. 14) tereni. 15) M. praedicitur. 16) exolvenda. 17) compereat. 18) M. vel. 19) computens. 20) aperias. 21) contimaciam. 22) contimax. 23) contimacia.

Si vero non inveniatur praesens in civitate trinis edictis intervalla unius diei continentibus pro unoquoque edicto est domi citatio facienda, quod si venire contempserit utroque casu contra eum, tanquam contra contumacem secundum jura communia procedatur, nulla poena pecuniaria, seu commoditatis ratione praedictae contumaciae, seu purgationis ipsius contumaciae infra annum curiae applicanda secundum quod per jura antiqua, et vetera est inductum.

CAP. II.

De termino, et induciis[1] *dandis ad respondendum.*

In criminali, et civili negotio, postquam citatus comparuerit in curia[2] et libellum[3] conventionis vel accusationis receperit, ad contestandam litem, et adversario respondendum trium dierum conventus, vel accusatus induciis gaudeat infra quos, an cedat plene deliberet, vel contendat.

CAP. III.

De Panhormitanis civibus extra urbem pro aliquibus negotiis privatis, vel publicis non trahendis ad causandum.

Panhormitani cives ad caussandum extra Panhormum, cum aliquo tam super privatis, quam publicis negotiis, tam civilibus quam criminalibus, et etiam feudalibus quaestionibus nec citandi sunt, nec aliquatenus compellendi, vel[1] ad testimonium proferendum, sed in civitate ipsa eos convenire, vel accusare volentibus, coram judice suo respondeant, et adimpleant omnia quae in aliena essent jurisdictione secundum jus, et justitiam, ac eorum approbatam consuetudinem impleturi, non obstante quod alibi sint[2] inventi. Nec obstat si contrarium[3] quis eorum cum aliquibus alibi faciat quam in civitate ipsa, aut[4] alia provincia quis delinquat, cum utroque casu non exeundi civitatem ex antiqua, immo potius antiquissima consuetudine jus[5] eorum eis nullatenus infringatur: quod obtinet etiam eo casu, quo ratione possessionis de jure communi conveniri[6] possent extra civitatem eandem, cum forte de re aliqua, seu possessione

1) indutus. 2) curie. 3) M. libellumque.

1) M. nec. 2) M. sunt. 3) contractum. 4) M. f. h. in. 5) vis. 6) convenire.

ipsius alibi existente ab aliquo, vel aliquibus impetuntur. Caeterum si quis ratione privilegii indulti curialibus, ecclesiis, personis ecclesiasticis, viduis, orphanis, et pupillis eos, vel eorum aliquem extra civitatem eandem citare, accusare, convenire, reconvenire, vel reaccusare voluerit, ex consuetudine memorata facultas ei omnino subtrahitur[7]) cum omnino nec[8]) ratione contractus, nec ratione commissi maleficii, nec ratione possessionis, vel rei possessae alibi existentis[9]), vel privilegii cujuscunque praedictam urbem exire, et alienum sortiri forum sint[10]) aliquatenus compellendi. Praterea si civis Panhormi contra civem[11]), vel aliquem alium, qui non sit civis Panhormi accusationem criminalem cujuscumque generis vel actionem[12]) personalem vel[13]) realem, vel quamcunque aliam in magna regia curia in eadem civitate pro tempore residente moverit, et ante caussam[14]), vel accusationem eandem sententialiter terminatam curiam eandem recedere de civitate ipsa contingat, reliquiae caussae ispsius, vel accusationis, et ipsius decisio justitiario civitatis ejusdem, si fuerit accusatio criminalis, praetori autem, ac judicibus, si civilis, et pecuniaria fuerit actio vel quaecunque petitio ad instantiam utriusque partium, vel alterutrius[15]) ipsarum, relinquantur secundum jus, et justitiam faciendam, non obstante, quod altera partium ipsarum privilegio viduitatis, pupillaris aetatis, vel alio quocumque postulet[16]) quaestionem[17]), vel accusationem eandem in eadem magna curia[18]) ubi coepta[19]) fuerat[20]) remanere debere ibidem sine debito finiendam. Quod etiam servari[21]) convenit, et si coram alio judice, vel praeside, vel[22]) capitaneo quaestio ipsa civiliter, seu criminaliter mota fuerit, quae de civitate ipsa contingat recedere nondum quaestione ipsa sine debito terminata.

CAP. IV.

De reis, qui Panhormitani non sunt Panhormitanorum forum contra regulam sortiendis.

Ex antiqua, et obtenta consuetudine cives Panhormi[1]) habent ut si quando aliquem, qui non sit de jurisdictione

7) subtrahatur. 8) f. nec. 9) existenti. 10) sint. 11) concivem. 12) accusationem. 13) M. seu. 14) casu. 15) M. alterius. 16) postulum. 17) quostionem. 18) M. in magna regia curia. 19) M. incepta. 20) M. fuerit. 21) servati. M. observari. 22) M. seu.

1) Panhormitani.

Panhormi, vel aliquid de bonis suis sequestrandis per curiam defectu[2]) fidejussoriae cautionis in eadem civitate civis Panhormi compererit, et eum[3]) de possessione, vel[4]) re immobile, vel ex aliqua caussa, non obstante quod possessio, vel res immobilis, unde possit oriri quaestio inter civem, et exterum, alibi sita fuerit, actione reali, vel personali convenire, vel accusare voluerit, conventus vel accusatus in urbe praedicta respondere tenetur coram Panhormitano judice, quamvis exterus alibi domicilium habet[5]), et alterius jurisdictioni subjaceat, praescriptione fori, seu privilegii non obstante indulti, vel etiam indulgendi.

CAP. V.

De modo, et tempore offerendorum articulorum, et exceptionum et[1]) *terminis probationum.*

A tempore litis contestatae tam in civili negotio, quam etiam criminali actor, et reus infra triduum per se, procuratores, vel advocatos eorum, vel quoscumque alios nomine ipsorum articulos, et exceptiones simul[2]) et semel curiae representent, ne fabricandi falsum materia tribuatur, nisi aliqua justa caussa superveniens allegetur, intercalatis diebus Dominicis, et etiam feriatis; partibus per procuratores litigantibus observato, ut si qua ad conscientiam procuratorum de novo perveniant, quae in datis articulis, et exceptionibus, vel caussarum adminiculis non consistunt infra[3]) terminum eis datum ad introducendum testes opponere valeant, et probare. Si vero factis interrogantibus super articulis, et exceptionibus partes replicare, dupplicare, vel triplicare voluerint, liceat eis haec facere infra triduum, et non ultra; peremptoriis exceptionibus (dummodo non sit in caussa conclusum) in suo robore duraturis, ut etiam post aperturam testium in caussa factam opponi valeant vel probari. Terminus autem qui dari debet partibus ad introducendum testes in principali caussa est quindecim dierum, pro testibus scilicet habitantibus et praesentibus in civitate Panhormi, ita quod dictus terminus[4]) sibi debeat indulgeri, qui

---

2) defactu. 3) cum. 4) M. f. h. de. 5) M. habeat.

1) M. f. h.: de. 2) similis. 3) justa. 4) M. schaltet hier ein: in caussis, quae ordinario jure aguntur, nullatenus per cognitorem caussarum ipsarum valeat minorari, ita tamen quod si aliquis litigantium se dicat habere testes tam in civitate, quam alibi, unus tantummodo terminus.

cognitoribus caussarum ipsarum considerata distantia locorum, vel loci, ubi prius nominati testes commorari dicuntur, sufficiens videatur ut sic non duo termini, sed unus solummodo pro ipsis omnibus testibus praebeatur. Ad quod illud adjicimus quod testes, qui dicuntur absentes, vel exteri in judicio nominentur, priusquam procedatur ad termini dationem, et nihilominus pars volens eos introducere praestet corporale ad sancta Dei evangelia juramentum quod caussa protrahendi judicium malitiose non dicat se testes absentes habere. Hoc adjecto quod si testes infra terminum datum partibus in judicio nominati, et per servientem curiae in civitate Panhormi domi, vel personaliter citati forte post terminum recepti, vel recipiendi fuerint, non praejudicet parti eos introducenti, in aliquo, sed ipsorum receptio ita valeat ac si essent recepti infra terminum ante dictum; necessitate caussarum cognitoribus imminente testes ipsos recipiendi etiam post termimum elapsum, si testes ipsi in judicio nominati ut praedicitur, fuerint, et citati, quamvis adhuc jurati non fuerint, dum tamen ante publicationem testium hoc fieri videatur.

CAP. VI.

De duellis inhibitis.

Super quibuscumque criminibus tam privatis, quam publicis cives Panhormi non recipiunt duellum, sed super ipsis jure ordinario procedatur, cui consuetudini per aliquem civium ipsorum nullatenus renunciari possit tacite, vel expresse.

CAP. VII.

De sportulis, et salario in caussa servientibus, et notariis [1] *a partibus tribuendis.*

Apparitoribus, vel servientibus non liceat pro citatione facienda, testibus citandis, implendisque omnibus in tota causa usque ad diffinitivam sententiam opportunis, ratione officii sui pro labore ipsorum, nisi grana [2] auri quinque tantummodo ab actore recipere, et tantumdem a reo si testes habeant producendos. Notarii vero curiae pro singulo teste, qui in causa producitur a partibus granum [3] unum tantum a producente pro receptione, et copia danda pro labore suo, et mercede

1) M. notario. 2) M. granos. 3) grana.

recipiant, et pro scriptura copiae parti, quae testes non produxerit tribuendae similiter granum unum recipiant; et hoc tam in civilibus, quam in criminalibus negotiis observetur: pro scripturis vero fidejussionum, aut obligationum civilium, aut criminalium, quae fiunt a partibus in judiciis nihil recipiant[4]), cum haec potius sapiant curiae commodum quam etiam privatorum. De instrumentis vero faciendis partibus super causis, et quaestionibus per sententiam, transactionem, vel amicabilem compositionem decisis, quae ad futuram memoriam, et cautelam[5]) servantur, pro scriptura, et subscriptione sua, nec non, et pro scribendis processibus quaestionum, cum causae ad superiorem judicem per appellationis remedium devolvuntur, competens salarium recipiant fines modestiae non excedens.

CAP. VIII.

De gratuita observatione justitiae, salario judicum, et solutione tertiariae.

Ut justitia, cui virtutes omnes obediunt, et sine qua non possunt gentes, et regna consistere universis, et singulis sine personarum acceptione vigeat affluenter, et[1]) inter homines abundet sine pretii corruptela, litigantes nihil omnino judicibus de suo, quaestione durante, persolvant, praeter exenia[2]) quae ad esum et potum pertinere noscuntur, cum judices, et praetores, vel alii jus dicentes quantumcumque majores super ministranda justitia constituti, de publico salaria sua recipiant, nec pro sententiis, quae gratis ferendae sunt in civilibus, et criminalibus, solvatur aliquid, nisi tantum pro subscriptionibus eorumdem, cum de caussis agitatis coram eis ad petitionem partium fecerunt[3]) instrumenta, excepta solutione tertiariae, quae debetur curiae in tribus casibus, videlicet deposito, commodato, et mutuo a reo scilicet cum negatum fuerit in judicio, et postea legitime probatum, ac etiam in sententiae condemnatoriae tenorem deductum, et a partibus super quibuscumque caussis civilibus, vel criminalibus pro jure, vel mercede curiae nulla trigesima, seu sexagesima per cives Panhormi[4]) coram quocumque judice quantumcumque majore aliquatenus persolvenda: quod etiam obtinere debet et si de rebus, vel possessionibus alibi extra

4) M. lässt hier die Worte: „cum haec potius sapiant curiae commodum quam etiam privatorum.“ fort. 5) M. f. h. partium.

1) ut. 2) exema. 3) fecierunt. M. fecerint. 4) M. Panhormitanos.

civitatem eamdem, et suum territorium existentibus fuerit litigatum cum praetextu personarum praedictorum jurium, ac trigesimae, seu sexagesimae relaxatio sit inducta. Iudices[5]) insuper ecclesiastici qui archidiaconatus praesunt officio pro tempore pro licentia matrimoniorum[6]) impertienda volentibus ea contrahere nichil omnino recipiant et pro sententiis coppulandorum vel dissolvendorum matrimoniorum[7]) vel aliis quae debent esse gratuitae non venales similiter nichil recipiant vel requirant.

CAP. IX

De consueto officio justitiariorum Panhormi, et aliorum judicum quantumcumque majorum.

Panhormitanae urbis justitiarius, qui et magnae regiae curiae magister justitiarius consuevit antiquitus per excellentiam appellari, absque civitatis, et civium ipsius injuria inter cives eosdem dijudicans, et excessus corripiens delinquentium una cum judice, vel judicibus et notario[1]), qui sint cives non exteri, consuetudinum civitatis habentes peritiam, nonnisi[2]) accusationem, vel delationem alicujus, quem tangit[3]) negotium contra quoslibet delinquentes ex consuetudine civitatis ipsius in publicis, et privatis criminibus officium suum exequitur, nec per modum inquisitionis generalis, vel specialis, aut alium extraordinarium modum in privatis, et publicis criminibus quibuscumque habet procedere contra unum, vel plures de civitate jam dicta ex officio suo, nec ad denuntiationem etiam alicujus: et si quando criminum[4]) patratores[5]), ut puta homicidae, fures, vel aliorum criminum patratores inveniri nequeant, nec ipsius praesentantur[5a]) aspectibus, ad vindictam motus ipsius justitiarii non debet[6]) proinde contra civitatem irasci, vel eorum cives innoxios desaevire[7]), ut adversus civitatem eandem, vel aliquos ex civibus attinentibus forsitan criminum patratori procedat propterea[8]) ad poenam personalem, vel pecuniariam infligendam, cum peccata proprios auctores[9]) teneant, nec ex delictis

---

5) Bei Muta fehlt der Schlusssatz von Iudices — requirant. 6) et 7) minorum; wegen der hier allein richtigen Lesart matrimoniorum cf. unten c. 75 (76).

1) notarii. 2) M. f. h. ad. 3) M. tangat. 4) terminum. 5) Bei M. folgen hinter criminum patratores die Worte: inveniri nequeant und bleiben dafür an der weiterhin folgenden Stelle bei nec ipsius fort. 5a) praesentatis. 6) dedet. 7) deservire. 8) perpetua. 9) actores.

nocentium poena sit innoxiis imponenda, quam quidem formam in praemissis alii etiam officiales quantumcumque majores fuerint. et pro tempore praesidebunt [10]) ipsis civibus observare tenentur ex hac antiqua, et veteri consuetudine civitatis; et quotiescumque continget [11]) ipsum justitiarium, vel alium officialem quantumcumque majorem aliquos cives accusatos [12]) debere [13]) facere custodiri [14]) fidejussoria cautio [15]) in omni crimine, atque causa per quoscumque judices quantumcumque majores penitus admittenda est [16]), exceptis tantum personis in flagranti crimine evidenter [17]) captis per eumdem justitiarium, magistrum juratum, vel personas alias manifeste fide dignas, et sponte confessis publice in judicio, et plena curia [18]). Praedicti vero cives commissi fidejussoriae cautioni, quia casus qualitas haec exposcit [19]) stare debent in eadem fidejussoria cautione, quamvis contra eos de crimine adversus eos proposito sit liquidum per probationem dilucidam, donec contra eos condemnationis sententia proferatur, quia quamvis liquidum de crimine prima facie publicatis testibus videatur, potest [20]) tamen adhuc remedium aliud eidem accusato legitimum superesse. In sportulis autem, et salario per servientes, apparitores, et notarios suos formam in superiori consuetudine declaratam debent facere observari. Praedictus vero justitiarius, vel alius quicumque officialis etiam [21]) eo [22]) superior contra civem Panhormi de aliquo crimine irretitum ad tormenta aliquatenus non procedat per aliqua alia judicia, seu praesumptiones alias [23]), nisi de maleficio ipso contra eum saltem per unum testem omni exceptione majorem, et plene dicentem seu deponentem constiterit eidem justitiario, seu officialibus ante dictis, si infamatae personae accusati, vel accusatorum qualitas hoc exposcat, et si criminis etiam hoc qualitas patiatur, ut puta si crimen est quod intenditur capitale, ex quo civis mori debeat, vel amittere [24]) civitatem. Caeterum praedictis omnibus non intervenientibus non est contra civem, vel cives procedendum aliquatenus ad tormenta.

---

10) possidebunt. 11) M. contingat. 12) accusator. 13) debet. 14) M. liest hier an Stelle der Worte: „debent facere custodiri“ „in defectu moderatae“ welche Worte völlig unverständlich und offenbar verderbt sind. 15) fidejussoriam cautionem. 16) f. est. 17) evitenter. 18) curie. 19) expossit. 20) post. 21) M. f. etiam. 22) M. f. et. 23) M. f. alias. 24) amictere.

CAP. X.

De licentia permissa partibus in causis civilibus, et criminalibus [1]) *concordandi.*

Licet civilibus Panhormi super civili, et criminali causa, vel lite usque ad sententiam transigere, vel pacisci, licentia curiae nullatenus proinde postulata, neque propterea [2]) mulctentur in aliquo, vel quicquam [3]) est exigendum [4]) per curiam ab eisdem: hoc etiam observatur appellatione pendente.

CAP. XI.

De qualitate litigandi inter curiam, et civem Panhormi.

Si quando inter curiam, et civem Panhormi super quibuscumque [1]) negotiis civilibus, et criminalibus, publicis, et privatis, quaestio, vel accusatio vel causa suboritur, nulla vi [2]) praerogativa, vel privilegio contra civem, vel cives utitur curia tam in agendo, et accusando, quam etiam respondendo, cum reges, et principes sedem primam eorum sacram regni Siciliae, et speciale domicilium, ac sublime habentes in urbe (salva ex toto dominii reverentia) velut cives caeteri in talibus habeantur nec displicere [3]) debet majestati regnantium se illius urbis consuetudinibus alligari, in qua ipsi coronam recipere debent ex antiqua, et veteri consuetudine, atque honore civitatis ipsius, quam etiam prae caeteris urbibus mansionem praecipuam, et domicilium elegerunt, vocantes, et nominantes ipsam, tam in privilegiis, quam aliis sacris affectibus [4]) eorumdem, *urbem felicem,* cui etiam urbi regnantes, maxime tempore coronationis ipsorum, consueverunt, et debent immunitates facere, et gratias speciales.

CAP. XII.

De mulieribus ad curiam venire contra sexus pudicitiam non cogendis.

Mulieres Panormitanae virgines, conjugatae, vel viduae ad curiam venire, vel saltem etiam ad agendum, accusandum, respondendum vel proferendum testimonium, ne virorum caetibus se immisceant, contra sexus pudicitiam non cogantur, sed in accusando, agendo, vel defendendo per propinquos, vel procuratores earum recipi debeant, quos si forte non habeant, in ipsorum defectu eis per curiam tribuantur. Testimonium

1) M. f. h. se. 2) propria. 3) quicumque. 4) exigendus.
1) quicumque. 2) in. 3) displere. 4) M. affatibus.

autem earum in casibus tantum licitis, et permissis ex consuetudine videlicet super causis, quae acciderint in monasteriis monialium, molendinis, clibanis, fluminibus, balneis gymneciis [1]) in partu mulierum, machadariis, et congregationibus mulierum, quae sunt propter nuptias, et sponsalia in Panormo, cum etiam alias earum testimonium non admittatur ut superius est expressum, recipi tamen debeat [2]) in casibus praemissis in domo propria mulieris, sacramento ab ea praestito, ut est juris.

CAP. XIII.

De personis miserabilibus advocatum, et procuratorem dando per curiam.

Si qua mulier paupercula, pupillus, vidua, vel persona miserabilis tam in agendo, accusando, quam defendendo causam habeat, nec ex suppetentia facultatum advocato, vel procuratori salaria praestare possit, intuitu Dei, et pro favore justitiae curia eis gratis tribuat advocatum, et procuratorem.

CAP. XIV.

De mulieribus ad testimonium non admittendis.

Ad testimonium perhibendum mulieres nullatenus admittuntur, ne sub praetextu liciti ad illicitum aliquando et [1]) inconveniens protrahantur, dum virorum aspectibus contra sexus pudicitiam se immisceant, et contra personas earum tale quid aliquando opponitur, et probatur propter perhibitum testimonium, ex quo apud parentes, maritos, consanguineos, et affines suspectae redduntur, et de honestate, cum sint honestae, multoties ipsarum opinio praegravatur. In casibus autem subscriptis, in quibus virorum copia intervenire non potest, ne probationum facultas angustetur in aliquo, admittitur testimonium earumdem, videlicet

---

1) Das Wort gymnecium statt gynaeceum od. gynaecium ist als ein, durch einen etymologischen Irrthum im Mittelalter entstandenes, Wortverderbniss zu betrachten. S. Muta im Commentar zu c. 12 nr. 48 verb. in gymneciis „quae nihil aliud sunt, nisi loca secretiora ubi feminae habitant solae, unde Aemilius Paul. dicebat, mater familias in Graecia neque in convivium adhibetur, nisi propinquorum, nec sedet nisi in interiore parte aedium, quae gymnecia appellantur" u. vergl. hiermit Georges Lat. Wörterb. verbo gynnaeceum. Vgl. ferner: Corn. Nepos, Praefatio i. f. wo das entsprechende Wort gynaeconitis gebraucht wird. 2) M. debet.

1) M. f. et.

in causis, quae emergunt in monasteriis monialium, molendinis, clibanis, fluminibus, balneis, gymneciis [2]) timeniis [3]), in partu mulierum, machadariis, et congregationibus mulierum, quae fiunt propter nuptias, et sponsalia in Panormo.

CAP. XV.

De Judaeis, et Saracaenis aliisque haereticis a testimonio repellendis.

Dignum fore dignoscitur, et consentaneum rationi, ut id in posterum observetur, quod est ex longa consuetudine introductum, videlicet si aliqua inter Christianos cives Panormi, et Judaeos, sive exteros, sive cives lis, vel contentio in judiciis, vel extra judicia oriatur, quod Judaei contra Christianos nullo modo producantur in testes nec [1]) vel [2]) arbitros [3]) eligantur, vel assumantur, nec valeat eorum testimonium si a Christianis, et contra Christianos in judiciis producantur, cum eos Christianis subjacere oporteat. Sunt alias infames Judaei, et debent a communione [4]) fidelium separari propter falsa testimonia, quae contra Christum [5]) perhibuerunt, cum pati voluit mortem crucis a quo tempore honorem, dignitatem, et privilegia perdiderunt. Sed Christiani admittantur, et recipiantur in testimonium contra Judaeos omnes [6]) nec [7]) sit aequalitas inter eos, et semper stetur testimonio Christianorum contra Judaeos, nisi Christiani per [8]) jura communia repellantur. Quod de Saracaenis, aliisque haereticis, qui pervertunt, et nituntur pervertere ecclesiae sacramenta inviolabiliter observetur.

2) s. oben c. 12 die Note zu diesem Wort. 3) M. hat hier iymenis, ein Druckfehler, statt tymenis cf. c. 75 (76). Das Wort tymenus aber oder timenius ist eine Entstellung des Wortes timinus oder tuminus (thuminus) ein in Sicilien beim Messen von Getreide und Mehl übliches Maass. Vgl. die von König Friedrich II (III) bestätigten capitula de molitura de — et mensura frumenti v. 1330. De Vio Priv. Panorn. p. 115 — „debeant dictum frumentum coram duobus testibus maribus, seu feminis mensurare." ferner: „Item quod nullus molendinarius audeat deferre mundellum, vel thuminum secum — sed mensurare frumentum, et farinam cum thumino, vel mundellos patroni frumenti vel farinae". Vgl. auch noch C. 20 reg. Federici (cap regni Sic. I p. 57) u. dazu Testa in Note a. Stadtr. v. Syracus c. 50 i. f., sowie Biundi, Dizion. Siz. Ital. verb. tummino u. Du Cange verb. timinus, tuminus u. tumulus.

1) M. neque. 2) M. f. h. in. 3) arbitres. 4) cominione: 5) Christiani. 6) omnis. 7) et.• 8) qui.

CAP. XVI.

De appellationibus, et terminis appellantibus indulgendis.

Causa per judicem secundum jus, et justitiam sententialiter terminata, is contra quem profertur sententia infra decem dies a tempore scientiae potest ad superioris judicis audientiam appellare viva voce sine scriptis. Quod si princeps, ad quem appellatum fuerit [1]), vel judex superior praesens in civitate fuerit, appellanti praesentandi [2]) processum quindecim dierum induciae tribuantur. Si vero infra Siciliam sit [3]) is, ad quem appellatum extiterit, unius mensis appellanti tribuantur induciae. Si autem infra regnum extra tamen Siciliam fuerit [4]) appellanti [5]) trimestris temporis spacium concedatur; quos terminos nulli cognitori ex causis, vel occasionibus quibuscumque liceat minorare. [6])

CAP. XVII.

De defensis impositis in quibus casibus observentur.

Inter privatos super aliquibus negotiis defensarum impositio nullum locum habet [1]), nisi defensam quis imponat aliquando ex parte curiae ad tuitionem personae suae, famulorum, domesticorum, vel etiam bonorum suorum, in quibus casibus si forsitan contemnantur ab imponentibus eas contra contemptores earum denunciari, et procurari debent, nec non et a judicibus terminari. Caeterum si curia alicui defensam fecerit aliquid quod non fieri debeat prohibendo ob dominii reverentiam, vel etiam magistratus [2]) obtemperandum est impositioni defensae, et si contrafactum extiterit poena defensae est a transgressoribus extorquenda. Quaestiones autem portationum, vel extractionis armorum denunciari, et procurari debent per illos, in quorum injuriam arma portata fuerunt [3]), vel extracta, agendo jure ordinario contra ipsa arma portantes, vel extrahentes nullo alio extraneo procuratore, seu denunciatore per curiam quantumcumque majorem in praefatis quaestionibus ordinando. Si vero captus fuerit quis per servientes, seu familiares justitiarii, vel cujuscumque officialis cujuscumque dignitatis existat, portans, vel extrahens arma prohibita contra aliquem, vel aliquos con-

---

1) M. ad quem appellatur extiterit. 2) praesentandum. 3) M. f. sit. 4) fiunt. 5) M. appellatum. 6) immorare.

1) M. nullo modo locum habeat. 2) M. magistratum. 3) M. fuerint.

stito statim per duos testes omni exceptione majores de praemissis ad poenam portationis, vel extractionis armorum sententialiter condemnetur. Si vero arma prohibita portata, vel extracta fuerint in offensionem mulierum, quia jura communia a procurationis officio mulieres excludunt, curia ordinat[4]) eis procuratorem contra praedictos arma portantes, vel extrahentes ad voluntatem mulierum ipsarum; hoc idem observetur[5]) in quaestionibus defensarum per mulieres impositarum, et contemptarum ut superius est expressum.

CAP. XVIII.

De poenis in instrumentis appositis a contrahentibus nullatenus extorquendis.

Poenae inter contrahentes in instrumentis appositae si contravenerint ambo; vel aliqua partium, non exigantur, vel extorqueantur ab eis.

CAP. XIX.

De rebus recuperatis per curiam, pro quibus nil debetur, vel solvitur.

Panhormitani cives si res aliquas mobiles, seu immobiles, aut se moventes per curiam ordinaria, vel extraordinaria cognitione recuperaverint a quocumque pro recuperatione ipsa vel pro latione sententiae nihil[1]) solvunt: pro rebus etiam furto subtractis, vel alia qualicumque causa deperditis quicquam non solvunt curiae, sed gratis ad recuperationem supradictarum omnium rerum admittuntur.

CAP. XX.

De servis fugitivis, et animalibus oberrantibus, et recuperatione ipsorum.

Animalia oberrantia ancillae, et servi fugitivi ad manus curiae, vel alterius privatae personae venientes, possessoribus et patronis[2]) postquam de dominio, vel ad minus de possessione constiterit, summatim absque libello, et cognitione juris ordinarii sine cujuslibet pretii solutione reddantur a curia quandocumque,

4) M. ordinet. 5) M. servatur.
1) vel. 2) M. et dominis.

et ab altera privata persona infra duos menses, quamvis in aliquibus regni partibus consuetudo dissimilis in talibus habeatur: post duos vero menses jure ordinario procedatur.

CAP. XXI.

De prohibita fidejussione mulierum, minorum, et eorum, qui sub patria potestate consistunt.

Sciant cuncti, mulieres a fidejussionibus, et intercessionibus pro maritis earum, et quibuscumque aliis esse penitus repellendas, et si receptae fuerint etiam renunciato beneficio Vellejani senatusconsulti de fidejussionibus, et intercessionibus ipsis nullatenus tentantur [1]), nisi in quaestionibus criminalibus pro parentibus, filiis, et fratribus, in quibus deficientibus aliis fidejussoribus, admittantur. Similiter et hi, qui non sunt perfectae aetatis, et omnes sub potestate patria consistentes si fidejusserint pro aliquo, fidejussione ipsa pro nulla habita ex hoc nullatenus teneantur. Perfecta vero aetas a decem, et octo annis superius habeatur.

CAP. XXII.

De fidejussoribus, constitutoribus, et pagatoribus.

Si aliquis fidejusserit pro aliquo debito, vel quacumque causa, et ambo tam principalis, quam fidejussor in civitate praesentes extiterint, obmisso [1]) principali non est [2]) ad fidejussorem aliquatenus recurrendum. Si vero principalis debitor absens extiterit, vel fuerit non solvendo, tunc demum ad fidejussorem [3]) recurri debeat, et ad solutionem debiti secundum justitiam urgeatur. Quod si forsitan aliquis pro aliquo fidejussorem, et pagatorem, vel constitutorem se fecerit, in hoc casu reservatur electio creditori, ut qualibet exceptione submota, quem malit ex istis conveniat, et recuperet debitum ab eodem, nullo sibi praejudicio generando ex electione praedicta quominus totum debitum, vel residuum ab ipsorum aliquo consequatur.

CAP. XXIII.

De injuriis actualibus, et compositionibus earum in civili negotio.

Si aliquis civis Panhormi percusserit aliquem civem, vel exterum cum buffetto, vel manu aperta in facie vel [1]) capite,

1) sic!

1) M. omisso. 2) nomine. 3) M. f. h.: eumdem.

1) M. f. h.: in.

et de percussione constiterit, percussor idem injuriam passo est in tarenis auri 35 per judicem condemnandus, ita videlicet ut pro singulo digito manus tarenos auri septem percusso solvere teneatur, qui tareni ad summam deveniunt supradictam. Nihilominus tamen percussor ipse, vel illator injuriae condemnandus est ad mercedem [2]) curiae pro transgressione ipsa juxta personarum qualitatem, conditionem, et facultatem ipsius ex arbitrio judicantis si civiliter agatur [3]); pro ictu vero pugni, vel succannatae ex quibus livores non apparcant, in tarenis auri septem est condemnatio facienda, et ad mercedem curiae ut in casibus supradictis.

CAP. XXIV.

De composituris, et poenis inferendis super ictibus in civili negotio.

Si quis civis Panhormi percusserit civem aliquem, et fecerit ei aliquos ictus discoopertos puta in facie, gula, vel manibus, quae quidem loca pannis, vel tegumentis aliis aspectibus hominum non teguntur, et de ictibus ipsis, quos passus injuriam de nocte sibi factos afferat [1]) per aspectum curiae, et sacramentum injuriam passi constet tantummodo, is contra quem passus injuriam juraverit quod sibi fecerit ictus illos, pro quolibet ictu est eidem in tarenis auri [2]) 21 per judicem condemnandus, et ad mercedem curiae secundum arbitrium judicantis. Si vero ictus in loco personae cooperto facti fuerint, et de nocte, tunc demum facta probatione simili modo per juramentum actoris condemnandus est reus passo injuriam in tarenis auri septem pro quolibet ictu, et ad mercedem curiae. Caeterum si de die dicantur ictus factos [3]) fore per aliquem, in hoc casu non sacramento actoris, sed per testes, si producti fuerint, est probatio facienda, et secundum probata testium juxta determinationem factam superius est quaestio terminanda. Eo [4]) tamen in personis jurare volentibus super ictibus observato ut sint honestae personae carentes infamia, quorum juramento fides valeat adhiberi, alioquin in omnibus casibus ad probationes ordinarias, et communes habeatur recursus, quibus deficientibus condemnatio non procedat, et hoc si civiliter agatur.

---

1) M. f. tamen. 2) M. agitur.
1) M. asserat. 2) M. f. auri. 3) sic! 4) et.

CAP. XXV.

De poena percutientium aliquos, vel aliquas vilis conditionis, et famae, et injuriantium eis.

Licet nullus regulariter debeat se authoritate propria vindicare, sed jus [1]) suum ordinario judicio prosequatur, tamen vilitas, et conditio personarum excludunt atque tollunt honorem, et beneficium legibus introductum, poenam minuunt, et in [2]) minorem convertunt non quod tollatur actio, vel accusatio criminalis sed tantum condemnationis forma mutatur, videlicet si aliquis vir, vel aliqua mulier bonae conversationis, et famae civis Panormi injuriam fecerit dicto, vel facto alicui viro, vel mulieri vilis conditionis, et percusserit etiam eos, ac fecerit ei plures ictus, pro omnibus ipsis ictibus, vel injuria facta vel dicta non est passo, vel passae injuriam nisi in tarenis auri quatuor tantummodo condemnandus sive civiliter agatur [3]), vel etiam si criminaliter accusetur, nec a tali condemnatione si provocatum fuerit audiatur appellans, et ab hujusmodi condemnatione condemnatus infamiam aliquam non reportet.

CAP. XXVI.

De jure prothimisii [1]) *et consanguinitatis.*

Si aliquis vel aliqua praedium aliquod urbanum, vel etiam rusticanum, ut puta domum fundicum, tabernam, apothecam, vineam, iardinum, hortum [2]), terras [3]) vendiderit, vicinus ejus habens contiguam, vel collateralem possessionem aliis remotis ad emptionem ipsius fundi vel praedii venientibus praeferendus est in emtione jam dicta jure prothimisii, dummodo illam quantitatem offerat, quae offertur ab aliis quibuscumque. Quod quidem jus locum habet, et durat usque ad annum, unum [4]) mensem, hebdomadam, et diem, infra quos si possessio contigua seu collateralis fuerit vendita per vicinum contiguam, vel collateralem possessionem habentem, recuperari poterit jure praedicto, soluto precio pro quo fuerit possessio vendita [5]), justis expensis, si quae forsitan post ipsius venditionem factae fuerint in eadem. Elapso autem termino supradicto excluditur collateralis, vel contiguus vicinus ab emptione, et recuperatione praedicta. Praeterea consanguinei venditoris, et venditricis in jure praedicto

1) illius. 2) M. f. in. 3) M. agat.

1) M. prothomisii (passim). 2) ortum. 3) M. terram. 4) M. f. unum. 5) M. f. h. et.

prothimisii emptoribus extraneis praeferuntur dummodo attineant venditori seu venditrici usque ad quartum gradum, a quarto quoque gradu ulterius excluduntur, quibus consanguineis petendi, et recuperandi possessionem a consanguineo, vel consanguinea venditam duorum annorum terminus indulgetur, et hoc si praesentes in civitate fuerint venditionis tempore celebratae, eis tamen absentibus a tempore reditus, et praesentiae ac scientiae currat eis terminus antedictus, aetatis, viduitatis, aut aliquo quoque[6]) privilegio adversus praescriptionem eandem neminem excusante. Elapsis vero praedictorum duorum annorum circulis[7]) volentes ad emptionem, vel recuperationem accedere jure praedicto nullatenus audiantur. Quod autem servatur in duorum annorum praescriptione currenda consanguineis cum emptoribus, et aliis collateralibus praeferuntur ut si absentes fuerint a praesentiae, et scientiae tempore currat eis praescriptio, et non ante, idem est superius circa praescriptionem unius anni, mensis[8]), hebdomadae et diei[9]) servandum ut non nisi a praesentiae, et scientiae tempore praescriptio numeretur aetatis, viduitatis, aut alio similiter quocumque privilegio non obstante. Concurrentibus autem omnibus consanguineis supradictis, vel aliquibus ex eis ad petitionem juris praedicti est gradus propinquior admittendus, ita tamen quod infra tempus praedictum omnibus praescribatur exclusis affinibus, et omnibus aliis quibuscumque. Venditiones[10]) autem praedictarum possessionum ita publice in convicinio fieri debeant quod[11]) pervenire valeant ad scientiam illorum qui sunt vicini possessionis vendendae, quae si clam, et latenter factae fuerint absque notitia aliquorum ipsorum, vicinorum, et consanguineorum non currat consanguineis, et vicinis terminus antedictus, nisi a tempore tantum quo facta venditio ad notitiam eorum pervenit. Et quia etiam quandoque in fraudem consanguineorum, et vicinorum habentium jus prothimisii ex una eadem[12]) re integra existente fit venditio, et in parte donatio, vel permutatio uno eodemque tempore, vel diversis temporibus de re mobili ad immobilem, ipsa permutatio, donatio, et venditio sit nulla, et nullatenus obsit consanguineo, et vicino ad recuperandum possessionem donatam, venditam, vel permutatam jure praedicto ac si

---

6) M. f. quoque. 7) M. curriculis. 8) mensi. 9) M. diei et hebdomadae. 10) venditores. 11) M. ut. 12) M. cademque.

tota vendita esset, quia fraus, et dolus nemini debent patrocinari. aut commodum reportare, permutatione de totali re mobili ad totalem immobilem penitus interdicta. Si vero permutationem de re immobili ad immobilem faciant contrahentes, non aliter ipsa permutatio valeat, nisi fiat coram praetore, vel saltem uno judicum civitatis praestito per ipsos contrahentes corporali ad sancta Dei evangelia debito juramento quod ipsa permutatio sit vera, et non simulata in fraudem consanguinei, vel vicini jus habentium in recuperatione ipsius rei, si vere fuisset ipsius rei venditio celebrata, et si contra factum fuerit, nullam obtineat roboris firmitatem: quo casu si praeter sollennitatem praedictam permutatio aliquo [13]) facta fuerit, possit vicinus, seu consanguineus rem permutatam a consanguineo, vel vicino recuperare ab eo qui eam ex permutatione ipsa habuerit, vel ab aliquo quocumque [14]) possessore ipsius, oblata ei vera aestimatione rei, quae in excambium tradita fuerit eidem consanguineo, seu vicino, extimatione ipsa arbitrio curiae ipsius civitatis facienda, et in condemnationis tenorem deducenda per cognitores causae ipsius. Gradum autem in praedicto jure prothimisii consanguinitatis tantum [15]) quoad [16]) ad personas ex latere venientes intelligimus, seu recipimus prout sacris canonibus recipitur, non prout Romanis legibus debere recipi est inductum ut sicut duo fratres, vel sorores in primo gradu [17]), eorum filii in secundo, nepotes vero seu neptes in tertio censeantur. Quod si contingat aliquem [18]) consanguineorum, seu vicinorum velle donationem inter vivos alicui extraneo facere de praedio aliquo integro rustico, vel urbano, liceat ei, dummodo cum praemissa sollennitate quando res immobilis totalis [19]) pro totali re immobili permutari dicitur praedicta donatio celebretur, alias poterit vicinus, vel consanguineus refuso pretio rei donatae, quod arbitrio curiae diligenter fuerit extimatum infra praescripta tempora praedium, quod donatum est habere seu vendicare [20]) jure praedicto. Et quia quandocumque [21]) fingitur [22]) majus pretium in emptione rei immobilis quam sit in veritate, ne fraus vel simulatio praejudicet consanguineo vel vicino venditoris vel venditricis quotiescumque alicujus rei immobilis venditio

13) M. aliqua. 14) quicumque. 15) quantum. 16) M. f. quoad. 17) M. f. gradu. 18) aliqui. 19) M. f. totalis. 20) vendere. 21) M. quandoque. 22) figitur.

celebretur, praestent primo contrahentes coram tabellione vel notario publico et testibus[23]), qui intersunt in contractu ad sancta Dei evangelia corporaliter juramentum quod tantum est in[24]) rei veritate pretium ipsius rei quantum asserant contrahentes, alioquin procedat extimatio ipsius rei venditae in permutatione et donatione[25]) rei immobilis ut[26]) supra scriptum est.

CAP. XXVII.

De his quibus jus prothimisii non competit.

Etsi generaliter omnes cives Panhormi ad petendum jus prothimisii, sicut ex consuetudine superiori colligitur, admittantur, quibusdam tamen ex antiqua, et approbata consuetudine civitatis, juris hujus est sublata commoditas, et a petitione talium jurium excluduntur, videlicet fiscus, ecclesia, monasteria, comites, barones, Judaei, Saraceni nullatenus ad praedicta jura sunt ex jam dicta consuetudine admittendi.

CAP. XXVIII.

Qui potiores in jure prothimisii habeantur.

Fundo, praedio urbano vel rusticano vendito si ex uno latere quis possideat praedium emphiteoticarium, vel partiarium, et ex alio latere alius prendat[1]) praedium[2]) liberum praedictis aut aliis servitutibus censualibus non subjectum, ut[3]) sit ipsius dominus ex[4]) quacumque causa, is in emptione praedii venditi est alii possidenti et detinenti fundum emphiteoticarium vel partiarium praeferendus, et ipse potest recuperare fundum venditum infra tempus supra in jure prothimisii positum a quocumque. Si vero tam ex uno latere, quam ex altero aliqui possideant praedia collateralia vel contigua libera, et non subjecta servitutibus supradictis, praeferantur in emptione jam dicta, si concurrant pro aequali portione emptoribus extraneis quibuscumque. Eodem in pluribus consanguineis venditoris in eodem sibi consanguinitatis gradu attinentibus, et ad venditionem praedii venditi ab eorum consanguineo concurrentibus observando. Quod si non concurrant ad venditionem eandem, qui praevenit sit potior, ita tamen quod

23) M. f. et testibus. 24) M. f. in. 25) M. f. et donatione. 26) M. f. ut.

1) prendeat. M. possideat. 2) presidium. 3) M. et. 4) M. f. ex.

alteri consanguineo, vel vicino absenti, vel ignoranti a die suae reversionis vel [5]) scientiae infra mensem unum pro portione sua tantummodo admittatur ad vendicationem praedii, vel fundi praedicti.

CAP. XXIX.

De prohibitis aedificiis.

Nullus invito vicino suo infra civitatem de novo fundicum hospitale, aut butillariam, sive tabernam construat, vel faciat in praejudicium, vel injuriam alicujus vicini, quod eo ipso quod fit, contra veterem sui formam praesumatur; fenestram portam, aut et sagittarolas aperiat in locis illis, in quibus ab antiquo praedictae aperturae, vel aedificia non fuerunt, nec etiam fenestras, sagittarolas, vel alias quascumque aperturas factas in praedio vicini primitus sine dolo vel injuria alicujus vicini obturare praesumat, vel aliquatenus obscurare. Quod si factum fuerit infra decennium ad petitionem vicini sui summaria cognitione praehabita, omnique appellatione [1]) remota [2]) expensis illius, qui haec fecerit, demolitis aedificiis, quae gesta sunt in statum pristinum reducantur. Tamen quilibet Panhormitanorum civium potest facere, et construere butillariam, seu tabernam de novo in magnis, et publicis plataeis Panhormi si locum aut solum habeat in eisdem ita quod janua novae tabernae januae alterius tabernae primo factae non sit opposita per directum. Ferrariam etiam vel caldeariam [3]) de novo collateralem vel conjunctam alicui tabernae invito [4]) vicino suo similiter nullus faciat, quae si facta fuerint, ut praedicitur, ad statum pristinum reducantur.

CAP. XXX.

De Panhormitanis civibus ad angariam, et alia servitia personalia non trahendis.

Cives Panhormi quadam inter alios regnicolas specialitatis praerogativa gaudentes, cum urbem praeclaram sacri regni totius caput et sedem inhabitent, ad angarias, perangarias, aut

---

5) M. et.

1) M. f. h. faciunt. 2) M. f. h. d. Allegat. „aducta per Bovadill. in sua polit. lib. 3. cap. 5 nr. 50 tom. 2 tit. de las obras publicas." 3) caldarariam. 4) in vico.

alia servitia personalia neque per se neque per eorum servos, et animalia sunt cogendi, neque ad exercitum, vel maritimum extolium mittendi sunt, sed ad ipsius urbis tantummodo tuitionem, et custodiam reservantur. Caeterum si quando pro necessitate temporum [1]), aut jussionibus dominorum civibus ipsis videbitur expedire pro supervenientibus forte negotiis bonorum suorum ferre [2]) subsidia et aliqua mobilia, vel pecuniae quantitates exigantur ab eis, vel etiam si cives ipsi pro tempore inter [3]) se conferre voluerint pro impetratione cujuscumque Regiae gratiae, vel immunitatis, aut privilegii, vel pro exenio, vel exeniis faciendis Domino Regi vel quibuscumque majoribus de latere ejus, vel aliis quibuscumque generaliter omnes inhabitantes urbem praedictam, exceptis praetore, judicibus, advocatis, et aliis juristis quibuscumque etiam patrocinium non praestantibus, dummodo etiam per annum, mensem et hebdomadam in eadem [4]) civitate inventi fuerint commorantes pro modo facultatum suarum in servitiis ipsis contribuant, et persolvant si velint, nullo privilegio de non solvendo, vel aliquo alio dignitatis, vel officii aliquibus valituro, sed sicut generaliter de consuetudinibus, et aliis ejusdem civitatis gaudent proficuis, ita de oneribus [5]) praegraventur. Quod autem de privilegiis dicitur intelligendum est tam de indultis quam [6]) de indulgendis.

CAP. XXXI.

De prohibitis venditionibus per servos, atque minores factis.

A servo, ancilla, sive infante infra pubertatem posito ac etiam filio sub potestate patria constituto nullus emat rem aliquam, vel etiam pignoris [1]) quoquo modo vel alio alienationis titulo seu contractu recipiat, et si contrafactum fuerit vel extiterit [2]) restituta domino vel patri sine pretio de transgressione mulctetur is, qui contravenerit secundum arbitrium judicantis.

CAP. XXXII.

De pascuis sumendis libere per cives Panhormi pro animalibus eorum, et lignis etiam in nemoribus incidendis.

Cives Panhormi pro animalibus eorum ubicumque pascantur tam in terris domanii, quam comitum, et baronum nihil ratione

1) M. ipsorum. 2) M. conferre. 3) iter. 4) M. f. eadem. 5) honeribus. 6) M. f. h. etiam.

1) M. pignore. 2) M. f. fuerit vel.

herbagii, vel mandragii solvant[1]); ligna etiam tam viva pro massariis eorum, et domibus, quam mortua pro ipsorum commoditatibus de nemoribus tam curiae quam baronum libere et sine alicujus inquietatione succidant.

CAP. XXXIII.

De meretricibus, et infamibus removendis a convicinio honestarum[1]).

Ut ex conversatione meretricium, et personarum infamium bonis, et honestis personis morum non inducatur corruptio contra voluntatem honestorum, et honestarum mulierum in ruga vel vicinia ipsorum, meretrices, et infames personae non debeant habitare, sed si contendendum putaverint, et de infamia vel vilitate ipsarum summaria cognitione praehabita sine strepitu judicii constiterit[2]), a conversatione proborum sive probarum per praetorem penitus expellantur, omni appellatione remota.

CAP. XXXIV.

De permissa licentia civibus accipiendi[1]) *pignus pro pensionibus praediorum.*

Liceat[2]) civibus Panhormi pro pensionibus possessionum suarum ab eis quibus locatae sunt[3]) auctoritate propria pignus accipere non obstante defensa, si qua eis forsitan quod pignus non accipiant, imponatur, cum invecta omnia, et illata pro pensionibus sint tacite obligata: et ipsius domini sacramento credatur de quantitate pensionis possessionis, et solutione ipsius, si quando quaestio exinde oriatur, in qua sine libelli oblatione procedatur, et omni appellatione remota.

CAP. XXXV.

De cive Panhormi non compellendo venire ad curiam certis temporibus.

Si quis Panhormitanorum civium uxorem duxerit, vel si cui forsitan consanguineus moriatur, usque ad novem dies a tempore sponsalium, vel consanguinei funeris numerandos ad

---

1) solvere.
1) honestorum. 2) consteterit.
1) accipiendis. 2) M. licet. 3) sub.

curiam ire responsurus alicui super aliquo negotio civili, vel criminali non cogatur.

CAP. XXXVI.

De venditionibus factis, et faciendis per Saracaenos, Judaeos, et Graecos Siciliam habitantes, et de instrumentis, et testamentis.

Venditiones quae factae sunt vel fient in posterum per Saracaenos Judaeos, et Graecos Siciliam habitantes de rebus stabilibus, et mobilibus ab eis possessis omnimodam obtineant firmitatem, et instrumenta confecta de venditionibus vel permutationibus earum aut quibuscumque contractibus aliis in lingua Arabica, Graeca, et Haebraica per manus notariorum Saracaenorum, Graecorum vel Haebreorum, vel Arabicorum etsi sollemnitatibus careant[1]) Christianorum, nec non et instrumenta quae in posterum fient[2]) modo praedicto, firma, et stabilia perseverent; instrumenta vero Christianorum super quibuscumque contractibus, et testamenta tam quae facta sunt, et quae fient in posterum, dummodo fiant per notarium publicum, et legitimi numeri testium fide dignorum subscriptionem contineant, adjecto die et tempore quo fiunt, et si subscriptionibus officialium aut magistratuum careant, firma similiter et stabilia sint, nec ab aliquibus reprobentur, nisi forte contra instrumenta ipsa[3]) aliquando falsitas evidens ostendatur.

CAP. XXXVII.

De pignoribus, et jure ipsorum.

Si alicui domus, fundicus, vel apotheca, vel praedium aliquod urbanum, vel rusticanum in pignore ab aliquo positum fuerit, si quidem creditor habitatione propria, et familiae suae usus fuerit in re pignorata, tempore restitutionis nihil[1]) excomputabit pro jam dicta habitatione in sortem verum si pignoratum praedium locaverit, et ex eo absque industria sua fructus perceperit[2]) et loherium de quantitate deducet, et excomputabit de debito supradicto: caeterum si ex industria sua, vel cum animalibus suis in terris,[3]) vel agris aliquid operando perceperit, hoc excomputare nullatenus teneatur.

---

1) Es f. careant, das hier aus M. zu ergänzen war. 2) M. fiunt. 3) nomina.

1) nisi. 2) M. f. h. ipsos. 3) tarenis.

CAP. XXXVIII.

De testamentis, et bonis intestatorum quibus non sunt haeredes, vel succedentes.

Cives Panhormi volentes condere testamenta, testandi. et relinquendi bona sua secundum arbitrium propriae voluntatis habeant facultatem legitimam [1]) jure successionis liberis [2]) in bonis parentum aliquatenus non fraudatis, ita tamen quod de parte bonorum debitorum liberis, et uxoribus in eorum praejudicium non testentur. Si vero aliquis intestatus obierit, nec sint ei haeredes superstites, ad quos ab intestato ipsius deferri possit haereditas, tunc quidem diligenti inquisitione praehabita [3]) quae post funeris impensas, solutis prius debitis, et male ablatis si qua sint [4])[5]) per praetorem, et judices civitatis tantum, apud eos confecto ex eis inventario publico, conserventur [6]) donec annus unus, mensis, hebdomada, et dies unus pertranseat: infra quae tempora si aliquis defuncti propinquus vel succedens de jure appareat ad quem ab intestato ipsius haereditas deferatur, bona ipsa devolvantur ad eum postquam de proximitate, vel alio succedente constabit summarie sine libello, et strepitu judicii. Eo vero non comparente post terminos supradictos de bonis defuncti fiat divisio in duas partes aequales, quarum una pro anima defuncti pauperibus erogata, reliqua fisci juribus annotetur.

CAP. XXXIX.

De prohibita venditione bonorum quae filiis judicantur.

Bona quae parentes judicaverint filiis tempore mortis eorum, matres superstites vendere vel alienare non possunt, nec etiam e converso bona quae a matribus parentibus superstitibus fuerint filiis judicata: nec obstat filiorum consensus, vel corum subscriptio in instrumentis apposita venditionum ipsarum, nisi essent in aetate legitima constituti. Quod observari convenit, et in rebus quae jure successionis, vel alio titulo ad hujusmodi filios [1]) post mortem alterius de parentibus, vel utriusque ipsorum a quacumque persona fuerint devolutae, nisi forsitan causa cognita, et inquisitione praemissa per decretum curiae

1) M. legitima. 2) libertis. 3) Zu ergänzen: bona. 4) M. sunt. 5) Zu ergänzen: restant. 6) conservetur.

1) hujus alios.

alienatio hujusmodi [2]) rerum [3]) fuerit celebrata, quae prohibitio praesentis consuetudinis ad res tantum immobiles extendatur.

CAP. XL.

De venditionibus factis a parentibus, in quibus minores filii se subscribunt.

Venditiones quae fiunt a parentibus filios minores habentibus de bonis stabilibus eorum communibus firmae ac stabiles habeantur, nec retractari possunt per filios eosdem qui tempore contractus existunt, dummodo ipsorum filiorum minorum subscriptio saltem per tactum pennae tabellionis, vel notarii publici in [1]) instrumentis venditionum appareat, licet propter minorennitatem aetatis expresse non valeant consentire.

CAP. XLI.

De prohibita alienatione dodarii, et bonorum dotalium.

Bona dotalia [1]), et quae a maritis uxoribus in dodarium dantur, vel etiam obligantur, per maritum vendi non possunt etiamsi consensus interveniat mulierum, praeter cives jure latinorum viventes, ac utentes consuetudine [2]) latinorum in matrimoniis qui suscepta prole ex uxoribus, vel elapso unius anni curriculo [3]) a die consumati matrimonii numerando, in quibus fit bonorum uxoris, et mariti confusio, in quos prohibitio venditionis praedictae non cadit, cum ex commixtione bonorum nomen dotis, et dodarii non subsistat. Inter Graecos autem Panhormi, et eos qui secundum ritum Graecorum contrahunt semper et in omnibus casibus venditionis bonorum dotis, et dodarii prohibitio locum habet.

CAP. XLII.

De aedificiis ruinam minantibus, aquaeductibus, viis et terminis praediorum in statum debitum componendis.

Si super aedificiis ruinam minantibus, itineribus, fontibus, vinellis [1]), aquaeductibus, terminis praediorum feudalium, seu

2) hujus. 3) M. alienatio rerum hujusmodi.

1) M. f. in.

1) dotalium. 2) consuetudinem. M. consuetudinibus. 3) M. circulo.

1) M. vanellis, vanella = vanèdda (vicolo), kleine Strasse, Gasse Sicilianischer Provincialismus (nach Auskunft der Direzione degli archivi Siciliani) cf. Biundi Dizionar. Siz. Ital. (Palermo, 1871) verb. vanèdda.

burgensaticorum [2]) vel urbanorum, vel tenimentorum ipsorum seu terrarum in civitate Panhormi, et ejus territorio, stillicidiis, tectis, parietibus, et communitate murorum, et aliis similibus, ex quibus debetur servitus, vel [3]) etiam prohibetur, inter aliquos oriatur contentio, aut injuria, vel violentia dicatur inferri, cum mora in talibus possit afferre periculum, ad conquaerentis petitionem per aspectum praetoris, et [4]) judicum civitatis Panhormi et [5]) magistrorum juratorum habentium horum peritiam terminentur summarie quaestiones hujusmodi, et praedicta negotia absque cognitione juris ordinarii finiantur [6]) omni privilegio indulto, vel etiam indulgendo, et appellatione remotis.

CAP. XLIII.

De dotibus et haereditatis divisione.

Bona viri, et uxoris tam quae tempore consumati matrimonii, quam et quae postmodum per eos acquisita sunt, undecumque provenientia elapso anno a tempore consumati matrimonii, vel natis filiis confunduntur, et unum corpus efficiuntur, quorum bonorum tertia pars debetur patri, altera matri, reliqua vero tertia filio vel filiis, dum tamen appellatione bonorum [1]) contineantur ea tantummodo quae jure directi dominii vel quasi, vel etiam utilis dominii alteri de conjugibus fuerint acquisita, non de iis quae per ipsorum aliquem peti poterunt jure actionis, vel aliquatenus vendicari, quamvis in jure civili appellatione bonorum [2]) vendicationes, et actiones contineantur, prout Romanis legibus est inductum. Patre vero vel matre praemortuis ab intestato filio vel filiis superstitibus cum alterutro parentum ipsorum, praedicta tertia pars praemortui parentis cedit filio vel filiis, et sic iidem habent duas partes bonorum omnium [3]), unam debitam eis jure naturae, et alteram parentis praemortui. Si vero parentum aliquis testatus deficiat, ipsius standum est testamento, dummodo [4]) de tertia sua liberos legitima non defraudet. Dotarium a viro uxori praestitum seu promissum nec non et donatio propter nuptias a viro facta uxori elapso anno a tempore consumati matrimonii vel natis

---

2) M. f. h. rusticorum. 3) illis. 4) M. f. et. 5) pro. 6) firmantur.

1) M. bonorum appellatione. 2) M. bonorum appellatione. 3) M. cummunium. 4) M. f. h. in eodem testamento.

filiis confunduntur, et cum bonis aliis immiscentur. Si vero ante lapsum anni, vel filiorum procreationem alter ipsorum jugalium deficiat, hoc quidem casu dos ipsa revertitur ad dotantem, eo salvo quod si dos consistens in arnesio deteriorata in totum fuerit vel in parte propter communem usum, ex hujusmodi deterioratione viro praejudicium nullatenus [5]) generetur, sed talis restituatur qualis fuerit tempore reversionis praedictae. Si autem uxor praemoritur infra annum antequam liberi procreentur, nihil [6]) acquirit superstes de dotibus nisi tantummodo lectum unum cum apparatu suo prout eo praedicti jugales usi fuerunt prima nocte, qua se in unum conjunxerunt, seu insimul jacuerunt: ita quod mediocriter inspecta qualitate, ac conditione jugalium eorumdem fuerit ipse lectus suo tantum apparatu munitus, et donationem propter nuptias ab eo datam [7]) nisi tempore contracti matrimonii cautum fuerit ut donatio ipsa propter nuptias absoluta, et irrevocabilis esset, in quo quidem casu dotarium mulieri provisum extinguitur. Eodem etiam observando quod ipsa uxor infra tempus praedicti anni de dote praedicta testari nequeat, nec [8]) in aliquem dotem ipsam aliquo alienationis genere quoquomodo transferre. Mortuo vero viro uxore superstite ante lapsum anni, et procreationem filiorum lucrifacit dotarium, et dotem recuperat, ut est dictum, ac etiam donationem propter nuptias si absoluta, et irrevocabilis data fuerit. Quae quidem consuetudo locum habet inter cives Panhormi Latinos, et Latinorum jure viventes [9]). Graeci autem civitatis ejusdem, et qui jure Graecorum, et eorum consuetudine contrahunt, aliam consuetudinem habent in talibus, quae servatur inter eos, et inferius denotatur.

CAP. XLIV.

De eodem.

Vir uxore praemortua, vel uxor praemortuo viro ad secunda vota cum tertia sua libere transire possunt, et tertia illa cum bonis secundi viri, vel secundae uxoris natis filiis vel anno elapso confunditur et unum corpus efficitur: quo vel qua ab intestato praemortuo vel praemortua omnia bona illa in tres

5) M. nullatenus praejudicium. 6) M. f. h. maritus. 7) data. M. liest: dotatam. 8) nisi. 9) M. nubentes. M. fügt hinzu: „Boni. lib. 4 allod. cons. 100 num. 14 legit francorum more nubentes."

partes dividuntur ipso jure vigore praesentis consuetudinis, quorum tertia debetur viro vel uxori superviventi, tertia vero filiis, in tertia vero reliqua praemortui tam primi quam secundi matrimonii filii succedunt in capita. Quod si testamentum condiderit, et de tertia sua primi matrimonii filios non recognoverit in legitima eorum jure successionis tota tamquam ab intestato succedunt cum filiis secundi matrimonii in capita in eadem legitima et hoc si contraxerint matrimonium secundum ritum, et consuetudinem latinorum.

CAP. XLV.

De eodem.

Post lapsum anni a tempore matrimonii consumati, propter quem lapsum bona confusa sunt liberis non susceptis, vel susceptis, et mortuis utroque parente superstite, si aliquis postmodum ex parentibus ipsis praemoriatur, bona haereditaria inter superstitem, et haeredem defuncti sunt per medium aequalibus portionibus [1]) dividenda et si deficiens testari voluerit testari potest in dimidia parte haereditatis eum rationabiliter contingente.

CAP. XLVI.

De eodem.

Viro et uxore cum nihil in bonis habeant matrimonium contrahentibus absque dote filiis non susceptis, vel susceptis et mortuis, quaecumque per eos acquisita fuerint inter eos per medium dividantur.

CAP. XLVII.

De jure dotium, et haereditate Graecorum Panhormi, et eorum qui contrahunt jure Graecorum.

Vir Panhormitanus et mulier, Graecus et Graeca si ambo fuerint [1]) vel si alter eorum Graecus, et alter Latinus, vel si etiam ambo Latini fuerint, si secundum ritum, et Graecorum consuetudinem ad invicem matrimonium contrahunt facta conventione dotis, et dotarii, omnia bona dotalia, quae tempore

---

1) portutionis.

1) M. Vir Panhormitanus, et mulier Graeca, et Graeci si ambo fuerint.

contracti matrimonii a muliere vel pro muliere[2]) marito sive mobilia fuerit sive stabilia tribuuntur, in omnem eventum salvae remanent mulieri, nec cum bonis mariti habitis matrimonii tempore, vel postmodum acquisitis aliquatenus immiscentur. Similiter et bona mariti[3])[4]) non admiscentur dotibus vel confunduntur cum eis, etiam si labetur[5]) annus a tempore contracti matrimonii, vel ex eo liberi procreentur. Si vero uxor praemoritur, dos et dodarium ei constitutum a viro, nec non et donatio propter nuptias cum integritate redeunt ad dotantem prout dos ipsa tempore contracti matrimonii data fuit etiamsi durante matrimonio in toto fuerit vel in parte consumpta, et infra annum a tempore dicti matrimonii contracti, et consumati ipsa uxor de dotibus ipsis, dodario, et donatione propter nuptias testari nequeat quolibet alio etiam alienationis genere infra eundem annum ei penitus interdicto. Caeterum si extimata fuerit tempore matrimonii contracti, et si nihil aut parum ex ea matrimonio soluto remanserit, vel deteriorata fuerit, ejus extimatio redditur, sin autem res ipsae, vel aequivalentes. Hoc idem servandum est si vir praemoritur, cum omnino dos, dodarium, et donatio propter nuptias mulieri salvae remaneant, nec quicquam aliud de bonis mariti lucrifacit mulier, sed bona ipsa mariti quae ante, et post contractum matrimonium habuit, ad haeredes devolvuntur ipsius, nisi vir uxori superstiti aliquid de suo[6]) gratuita dimiserit voluntate, vel nisi tempore contracti matrimonii aliquid aliud convenerit inter eos, quo quidem casu non obstante consuetudine supradicta lex conventionis servabitur cum contractus ex conventione leges suscipiant. Quod si filios ex ipso matrimonio susceperint, et aliquis parentum ipsorum testamento condito moriatur, potest et debet filio vel filiis superstitibus quotquot erunt[7]) per hanc consuetudinem tertiam partem bonorum suorum, et non minus dimittere quae habuit tempore contracti matrimonii, et eorum quae etiam postmodum acquisivit,

---

2) Bei M. f. vel pro muliere. 3) maritum. 4) f. h. cum. 5) M. labatur. 6) sua. 7) M. schaltet hier folgendes Citat ein: „Quia tertiam etc. dicit Boniornus in authentica lucrum C. de secundis nuptiis quod lex hac edictali, et praedicta authentica lucrum non habent locum in urbe Panhormi". [gemeint ist l. 6 C. de sec. nupt. 5, 9 und authentic. de nupt. §. Venient autem talia (Nov. 22 c. 25 zu l. 3 C. l. c.) Statt des Wortes authentica steht übrigens in der Ausgabe des Muta an zwei Stellen der Druckfehler authoritate und author.]

reliquas duas partes potest cui vult dimittere juxta libitum propriae voluntatis. Illud idem servatur in matre deficiente testata filiis superstitibus, quia tertiam dotium, dodarii, et donationis propter nuptias quae habuit tempore contracti matrimonii, et non minus, potest et debet dimittere filiis, reliquis duabus partibus remanentibus aliis juxta dispositionem ejusdem. Si vero aliquis parentum ipsorum intestatus decesserit, tunc quidem in omnibus bonis defuncti filius vel filii ab intestato succedunt.

CAP. XLVIII.

De successionibus filiorum ad invicem, et collationibus, ac emancipatione ipsorum.

Parentes duos vel plures filios, vel filias habentes, si quidem aliquam vel aliquas ex filiabus tradiderint nuptui, vel aliquis vel aliqui filiorum uxorem duxerint, de bonis eorum haereditariis unicuique et[1]) ipsorum vel ipsarum pro sua dare poterunt voluntate. Quod si parentes ipsi, vel eorum aliquis postmodum ab intestato deficiat remanentibus domi aliquibus ex filiis vel filiabus quae vel[2]) nondum nuptae vel uxorati fuerint, hi qui domi remanserint ad bonorum successionem perveniunt, et eis defertur haereditas, et volentibus uxoratis fratribus, et maritatis sororibus simul cum eis succedere, ita demum ad successionem admittendi sunt cum eisdem si bona quae ipsi de bonis parentum cum uxorati vel maritatae fuerunt habuerunt cum fratribus et sororibus conferant, quae si conferre noluerint[3]), et[4]) de bonis ipsis reputaverint se contentos, reliqui fratres et sorores soli ad successionem bonorum deveniunt. Eo nihilominus observato ut statim quod[5]) mulier a parentibus fuerit maritata. vel filius uxorem duxerit pro emancipatis in posterum habeantur, et liberentur a patria potestate.

CAP. XLIX.

De testamento minoris, et perfecta aetate ipsius.

Minor post quartum decimum annum aetatis de bonis suis testari potest, et non infra, et octavo decimo anno completo major efficitur, et res suas legitime administrat.

---

1) M. f. et. 2) M. f. h. qui. 3) voluerint M. liest hier folgendermassen: „quae ipsi de bonis parentum cum uxorati vel maritatae fuerint conferre voluerint.“ 4) M. f. et. 5) M. ac.

CAP. L.

De tutore testamentario, et dativo.

Viro ab intestato praemortuo vel condito testamento nihilque pupillis filiis de tutore disposito, uxor superstes filiorum tutelam gerere potest si fuerit honesta, et diligens administratrix, dummodo ad secunda vota non transeat: ita tamen matres ipsae de bonis omnibus pupillorum ipsorum mox quam poterunt inventarium sollicite [1]) et fideliter conscribi faciant, et alias sollemnitates [2]) impleant [3]) antequam [4]) tutelas ipsas attingant quae sunt per jura communia introductae, ne fraudandi pupillos eosdem ipsis matribus occasio seu materia relinquatur. Si vero ad secunda vota convolaverint tutor legitimus si fuerit ad [5]) administrandum idoneus authoritate curiae, inventario publico confecto de pupillorum bonis ipsorum tutelam gerit, quo non invento virum idoneum ex officio suo curia [6]) ipsis pupillis tutorem constituat.

CAP. LI.

De bonis minorum alienandis ex causa.

Justa causa interveniente, vel necessitate imminente pupillis, et minoribus, ipsorum bona cognita causa, et decreto curiae interposito obligari, et alienari possunt, nec id quod geritur processu temporis retractatur.

CAP. LII.

De pignoribus.

Re mobili pignori obligata si in termino constituto debitum solutum non fuerit, ad redimendum pignus quindecim dierum dantur induciae debitori, in quo quidem termino si solutio debiti differatur, creditor cum authoritate curiae pignus ipsum vendere poterit, et de suo debito quietare.

CAP. LIII.

De jurejurando super debito.

Inter creditorem, et debitorem si quando de quantitate debiti quaestio forsitan oritur, siquidem creditor integrae famae

---

1) solliciter M. sollemniter. 2) sollicitates. 3) M. adimpleant. 4) quam. 5) M. f. ad. 6) cure.

fuerit, sacramento creditoris ipsius pignori incumbentis stabitur usque ad valoris pignoris quantitatem nisi debitor probare per instrumenta, vel testes contrarium sit paratus. De residuo vero probationum inopia debitoris qui non sit famae suspectae [1]) stabitur juramento.

CAP. LIV.

De locationibus.

Domus vel possessio locata ante constitutum tempus locationis conductori auferri non debet, praeterquam si dominus habitatione ipsius domus indigeat, vel ex necessitate in ea velit [1]) componere bona sua, aut forsitan vendere, pignorare. et in dotem dare voluerit, aut quolibet alio titulo alienare. aut si male conversetur inquilinus et colonus in ea. Caeterum si inquilinus, vel colonus sua voluntate ante finitum tempus locationis ab ipsa exierit, totam teneatur [2]) solvere pensionem. Eodem per omnia observando si inquilinus etiam moriatur. Eo vero per locatorem ante tempus expulso exceptis casibus supradictis, usum habitationis ipsius per mensem, seu annum quo locata possessio fuerit lucrifaciat et quicquid ex eo locator perceperit eidem restituere teneatur. Et si postmodum possessio fuerit interversa per conductorem, stetur sacramento locatoris constito sine libello. et strepitu judicis [3]), et semiplene de locatione praedicta.

CAP. LV.

De rebus in cabella datis.

Domu [1]), vinea, vel quacunque possessione in cabellam [2]) data, pacta et tempora quae in contractibus intervenerunt servanda sunt; in duobus tamen casibus contractus gabellae rescinditur videlicet si possessionem in cabellam datam dominus voluerit vendere, vel in dotem dare [3]), excepto si pro neutro istorum cabellam infringi posse inter contrahentes actum fuerit vel expressum.

---

1) suspecto.
1) M. ex necessitate velit in ea. 2) M. tenetur. 3) M. judicii.
1) domo. 2) M. gabellam. 3) M. f. dare.

CAP. LVI.

De divisionibus inter fratres et cohaeredes [1]) *faciendis.*

Vivere fratribus in communi nolentibus, et volentibus paternam, et maternam haereditatem dividere inter eos, majori natu datur divisio celebranda, et minori optio conceditur eligendi, adventiciis, et legatis communibus sorte inter cohaeredes, et legatarios dividendis [2]). Quae divisio fiat in praedictis casibus sine strepitu judicii, et libello, constito summarie sacramento petentis de communitate bonorum ipsorum, et fraternitate.

CAP. LVII.

De poena debitoris debitum non solventis.

Debitores [1]) in solutione [2]) cessantes debiti, et dicentes se bona stabilia, mobilia, et se moventia non habere, anno uno continuo sunt [3]) in carcere detinendi [4]), quo elapso si non solverint debitum, praestito juramento ut quicquid acquirere vel lucrari poterint deductis expensis vitae competenter necessariis, creditoribus suis [5]) solvant [6]) fideliter usque ad integram debiti quantitatem, et a carcere liberentur [7]). Is vero qui debitor [8]) ex iniqua causa descendente [9]) ex maleficio vel quasi efficitur, tandiu est detinendus in carcere, quousque reddat debitum universum. A carceratis tamen per quemcunque judicem, vel officialem pro causa hac, vel aliqua alia ultra granos decem pro custodia carceris non est aliquatenus extorquendum [10]), et hoc quando pernoctaverint in carcere palatii sive castri [11]).

CAP. LVIII.

De jure molturae.

Licet civibus Panhormi ad opus eorum, et familiarum suarum in molendinis curiae, et in omnibus aliis molendinis in civitate Panhormi, et ejus territorio consistentibus frumentum molere certa, et statuta proinde quantitate solvenda, videlicet

---

1) Die Ausg. v. 1478 setzt hinzu: debitum. Die Aufnahme dieses hier sinnlosen Wortes ist vermuthlich auf eine Verwechslung mit der Ueberschrift des folgenden Cap. zurückzuführen. 2) M. faciendis.

1) debitore. 2) M. in solutione debiti. 3) est. 4) detinendus. 5) creditori suo. 6) solvant. 7) liberetur. 8) debitur. 9) defendente. 10) extorquendus. 11) M. in carcere, palatio sive castro.

in molendinis quae infra moenia civitatis consistunt, et propinquiora sunt aliis ad rationem de tareno uno pro molitura trium salmarum frumenti, et in molendinis existentibus extra civitatem ad rationem de tareno uno pro singulis salmis frumenti quatuor, et non ultra. Gabelloti autem seu molendinarii ultra ipsam quantitatem pro molitura a civibus Panhormi vel eorum servitoribus, servis aut ancillis eorum aliquatenus exigentes, nec non permittentes fieri malam farinam ea occasione ut [1]) majorem quantitatem frumenti molere possint [2]) in molaturae [3]) augmentum poenam unius unciae auri subeant per praetorem, aut magistros plateae ad opus universitatis exigendae in cujus defectu per civitatem Panhormi fustigentur. Quae molendina civibus de novo facere liceat in solo proprio, nulla proinde curiae licentia postulata.

CAP. LIX.

De apparatu molendinorum.

Quia [1]) dignum [2]) et consonum rationi ut aliquorum maleficiis [3]) obvietur, qui non cessant quotidie cogitare ad ipsorum commodum, nisi qualiter damnum inferant civibus universis ut sunt molendinarii, et caballoti [4]) molendinorum tenentes circulos sive circuitum molarum dirutos, devastatos, et mobiles, et molas cohopertas [5]) ut farinam hominum nequiter subtrahant, propter quod locus ille qui est circa molas sive circuitus debet esse firmiter, et stabiliter praeparatus ita quod farina alibi non discurrat nisi in anteriorem partem ubi colligi consuevit, molae autem sint discohopertae, [6]) ita ut quilibet ibidem venientium ad molendum possit colligere, et scopare farinam suam vel in circuitu molarum. Quod si secus in praemissis se gesserint praedicti molendinarii, vel caballoti, [7]) totum id quod per eos subtractum vel exactum extiterit praeter furti poenam, ad quam propterea subjacebunt, damnum passo restituere in quadruplum teneantur, et de hoc solo [8]) sacramento, vel damnum passi, vel deferentis farinam [9]) ad molendum credatur si tamen [10]) querela, vel contentio aliqua oriatur.

---

1) M. liest hier: „ut molendinum majorem quantitatem frumenti possit molere in molaturae augmentum." 2) M. possit. 3) molatura.

1) M. quoniam. 2) M. f. h.: est. 3) M. malitiis. 4) M. gabelloti. 5) M. coopertas. 6) M. discoopertae. 7) M. gabelloti. 8) sic! 9) M. frumentum 10) M. inde..

CAP. LX.

De modo, et qualitate custodiae adhibendis in civitate de nocte.

Ex antiqua, et approbata consuetudine civitatis Panhormi super custodia civitatis ejusdem talis habeatur observantia, videlicet quod in principio uniuscujusque anni eligantur per universitatem eandem in Cassaro duo, in quolibet quarterio ejusdem civitatis unus, viri idonei, et fideles, divites, et omni suspitione carentes, qui magistri xurterii, seu praefecti vigilum appellantur qui sacramento praestito praetori de officio suo exercendo fideliter adhibitis secum de hominibus civitatis ipsius ad voluntatem hominum ejusdem civitatis sponte volentium ire cum eis usque ad quantitatem quam ipsi pro nocturna viderint sufficere custodia, custodiant de nocte civitatem eandem. Post trinam pulsationem campanae, quam pulsari sero quolibet faciant per intervalla competentia, et moderata facienda per pulsatorem ipsius campanae astrictum ad hoc sacramento per eum praestando in manibus praedicti praetoris ut a trina pulsatione ipsius campanae in antea sciat quilibet discurrendi per civitatem esse sibi sublatam licentiam. Eos autem quos inveniunt vel deprehendunt in fracturis domorum, in furtis aliquibus committendis, violentiis etiam inferendis, in offendendis, percutiendis, vel occidendis aliquibus, vel maleficiis caeteris committendis de personis captos praesentent justitiario puniendos. Si quos vero inveniunt de nocte post tertiam [1]) pulsationem campanae, si quidem sint homines bonae famae, et sine suspicione, quos eundi in hora tali pro familiaribus suis negotiis forte necessitas compellit cum lumine, vel sine lumine, faciant eos associari cum aliquibus ex custodibus ipsis usque ad locum praedestinatum, et quousque redeant ad propriam mansionem. Si vero inveniunt familiares, domesticos, servos vel ancillas alicujus civis Panhormi, quos eorum dominus, vel patronus forte pro suis negotiis necessariis destinant, faciant eos similiter [2]) associari, et reduci ad domum domini seu patroni, et exquisito ab eo si ipse miserit eos pro servitiis suis, dimittant eos, sin autem, ipsi magistri xurterii [3]) ponant eos in cippone uno die ad poenam correctionis [4]) causa ne ulterius id attentent, [5]) alios autem qui secum sint inventi, et legitime excusare non possint

1) M. trinam. 2) M. similiter eos. 3) Xurte. 4) correptionis. 5) attemptent.

mulctant[6]) poena quatuor tarenorum. Habeant praeterea magistri xurterii praedicti jurisdictionem ex consuetudine ipsa cognoscendi inter extraneos, et meretrices a decem tarenis infra. et percipere proventus licitos provenientes ex jurisdictione ipsa secundum jura vel consuetudinem civitatis habendo secum judicem, et notarium ut honeste procedant in praedictis quaestionibus terminandis, a quorum sententia, quia minimam causam continent pars condemnata ad praetorem civitatis poterit appellare. De proventibus autem provenientibus eis, tam de quaestionibus, quam etiam poenis extortis ab ipsis qui deprehenduntur de nocte ut superius est expressum data portione competenti custodibus qui associant eos de nocte in custodia facienda pro labore et mercede eorum, et judici et notario, reliquum quod superest lucrifaciant pro labore. Et quia massariae civium, et nemora a quibus ligna deferunt sunt valde remota a civitate ipsa et oporteat cives ipsos de nocte surgere et ad ea accedere a media nocte in antea licentiam semper surgendi, et eundi pro servitiis suis habeant, et inde poenam aliquam non reportent. Aliquando etiam fuit ex consuetudine observatum antiquis temporibus quod xurterii, qui erant sub magistris ad nocturnam custodiam deputati percipiebant salarium seu solidos a dohana secreti.

CAP. LXI.

De forma, et ordinatione servanda circa forum rerum venialium pro communi utilitate vendentium, et ementium.

Ne circa venditiones rerum venalium necessariarum usibus hominum ex regatteriorum[1]) malitia qui res emptas ultra licitum pro posse vendere satagunt, ementes aliquando immoderatis sumptibus praegraventur, et ut tam incolae, quam exteri ad urbem pro suis negotiis, ac negotiationibus attendentes[2]) sub mensura, et lege se vivere gaudeant, quolibet anno unus vir si quidem vitae laudabilis, et honestae, dives, in quem non cadat suspicio corruptelae per universitatem eligitur, et aliquando plures, si unus non sufficit, eliguntur, quos magistros plateae ab initio in eadem civitate vocavit antiquitas qui juramento praestito coram praetore civitatis Panhormi pro tempore praesidente urbi quod offitium magistratus gerant fideliter ad

6) M. mulctent.

1) regractorium. 2) accedentes.

commune proficuum cum consilio seniorum mercatorum, et prudentium hominum dictae urbis statuant forum rerum venalium singularum ad utilitatem ementium, et vendentium, ita quod mercatores de eorum mercimoniis convenienter, et juste valeant lucrari [3]), et emptores circa rerum necessariarum emptiones [4]) ultra licitum non graventur. Quae quidem statuta postquam ad notitiam singulorum pertulerint per impositiones poenarum quae quantitatem unius untiae non excedant facient ab universis, et singulis immobiliter [5]) observari durante ipsorum offitio, quod quidem offitium non extenditur ultra annum, poenas a contravenientibus extortas ad opus moenium capientes. Habent etiam praedicti magistri ex eorum offitio quolibet mense bis ad minus disquirere pondera, et mensuras mercatorum omnium, ne fraus circa pondera, et mensuras committi valeat, sed sit apud omnes aequalitas ponderum, et identitas [6]) mensurarum. Quos autem inveniunt utentes falsis ponderibus, [7]) et mensuris, praetori, et judicibus civitatis poena pecuniaria, quae dimidiae librae auri summam aliquatenus non excedat puniendos assignent. Ad artifices insuper omnes offitium eorum [8]) ut disquirant et videant ut quilibet [9]) in arte quam fecerit, sine fraude versetur, et per impositionem poenarum, et extorsiones earum procurent, et statuant quod communi utilitati videbitur expedire. In venditione mercimoniorum quae ad civitatem eandem per mare [10]) deferri, et inferri contigerit observantes, et observari facientes modum, et formam inferius adnotatam per impositiones poenarum quae jam dictam quantitatem untiae non excedant quod ab eo die quo mercimonia undecumque per mare delata exonerata in totum in terra fuerint usque quo per totum diem tertium nulli mercatorum, vel regatteriorum liceat in toto emere vel in parte, quo universis et singulis volentibus de mercimoniis ipsis ad opus domorum, et familiarum suarum emendi facultas libera pateat, et melius ac pinguius forum exinde habeant quam essent postmodum a regatteriis habituri. De tabernis vero burgensium Panhormi [11]) in quibus vendi, et reponi faciunt vinum [12]) eis de vineis suis proveniens, necnon et fructibus viridariorum

3) M. lucrari valeant. 4) emptores. 5) M. inviolabiliter. 6) ydemptitas. 7) M. falsis ponderibus utentes. 8) Zu ergänzen: spectat. 9) quemlibet. 10) more. 11) M. Panhormitanorum. 12) M. f. h.: eorum.

se non habent[12]) intromittere magistri praedicti ut forum circa venditiones dicti vini, et fructuum eis adjiciant aut mensuras venditionis statuant, vel assignent tabernis burgensium eorumdem,[13]) cum sit licitum eis vinum eorum[14]) vendere, et vendi facere in mensuris, et formis,[15]) quas ipsi iidem burgenses absque magistrorum arbitrio duxerint eligendas. De proventibus autem provenientibus ex offitio ipso,[16]) ut dictum est per eosdem magistros praetori, et judicibus respondetur ad opus moenium praedictorum.

CAP. LXII.

De modo, et forma solutionis facienda in balneis.

Mulier Panhormitana ad balnea ingrediens pro ancillis, servitricibus, filiis, vel filiabus consistentibus in familia sua, quos vel quas secum duxerit, nihil pro balneatura persolvat, sed pro persona sua tantum est balneatori solutio facienda. Illud idem servatur in masculo si cum servitore suo servitrice, vel servitoribus balneum ingressus fuerit supradictum pro eis nihil exsolvat, sed pro persona sua tantummodo sicut pro muliere superius est expressum; quae quidem solutio grani summam contineat, et non ultra; et liceat civibus balnea de novo construere in solo proprio, nulla proinde licentia curiae postulata.

CAP. LXIII.

Quomodo et quando liceat filiis partem haereditatis a matre petere.

Patrefamilias mortuo dimissa uxore, et liberis superstitibus, si mater ad secunda vota convolare voluerit, liceat filio vel filiis, aut filiabus omnia bona eorum provenientia eis tam jure naturae, quam jure successionis paternae, vel quocumque alio jure a matre superstite petere per se, et suos prout elegerint procuranda, nisi forte pater praemoriens aliquid in administratione ipsorum bonorum liberis in ultima sua constituat voluntate, quo quidem casu voluntas testatoris servabitur.

---

12) M. habeant. 13) M. eorum. 14) M. f. eorum. 15) foris. 16) M. suo.

CAP. LXIV.

De vicecomitibus et offitio eorum.

Ut universis, et singulis plenitudo justitiae supereffluat potius quam abundet, vicecomites viri providi, et discreti timentes Deum, et justitiam non affectantes in singulis magnis quarteriis civitatis ex antiqua consuetudine statuantur, qui Deum habentes prae oculis, et praestito juramento quaestiones inter cives eosdem a summa quatuor tarenorum inferius emergentes audiant, et decidant ut tam pro modicis quantitatibus quae cognitionem requirunt exiguam non cogantur cives ipsi se ad superiorem offitialium audientiam fatigare, et hoc voluntate litigantium observatur ut jurisdictionem ipsorum vicecomitum voluntarie subeant non coacti.

CAP. LXV.

De domibus existentibus super moenibus civitatis, et specialiter super moenibus Cassari Panhormi.

Panhormitani cives ex antiqua consuetudine possunt habere, facere, et construere domos super moenibus, et muris civitatis, et specialiter super moenibus Cassari Panhormi, et ipsas domos possunt tenere, possidere, vendere, permutare, donare, et legare ut propria libere, ac sine aliqua servitute pro ipsis domibus curiae specialiter facienda. Et si quando caderent moenia super quibus sunt domus aliquorum civium, curia suis expensis debeat ea facere reparari, et refici usque ad frisum, sive usque ad primum solarium, et in ipsis domibus tantum licet civibus Panhormi facere mergulos, et propugnacula. In aliis vero domibus quae sunt infra civitatem separatae, et divisae a moenibus Cassarii, et aliis moenibus civitatis praedictae nulli licet construere, seu construi facere mergulos, et propugnacula super ipsis, et si forte facti fuerint merguli, et propugnacula in aliqua ex domibus quae non sunt super moenibus antedictis, dirui debent expensis illius qui ea fecit, vel fieri fecit de mandato, et authoritate praetoris. Quando vero cadunt, et ruunt moenia in quibus non consistunt aliquae domus civium, curia ea usque ad mergulos suis expensis in totum debet facere reparari.

CAP. LXVI.

De censualibus a curia regia, vel ab ecclesiis, monasteriis, aliisque venerabilibus locis concessis, et in posterum concedendis civibus Panhormi nullo tempore revocandis.

Licet privilegia, et in integrum restitutionis beneficia, quae tam sacrosanctis ecclesiis, monasteriis aliisque venerabilibus locis indulta, atque concessa sunt de jure canonico, et civili de non alienandis, seu permutandis rebus ecclesiasticis, et bonis aliis ad regium fiscum spectantibus, nisi in casibus licitis, et permissis inviolabiliter debeant observari, et concedi non debeant, tamen ex longa, veteri, et antiqua consuetudine civitatis, quae semper fuit a tempore cujus non exstat memoria, observatur, et observabitur in futurum, quod ecclesiae omnes, monasteria, aliaque loca venerabilia praelati, et abbates, ac ipsorum praepositi, et oeconomi,[1]) nec non reges, et principes qui pro tempore dominantur in regno, et offitiales ipsorum libere possunt cum civibus civitatis jam dictae permutare, seu locare contra leges, et canones, vel in emphiteusim, vel ad censum annuum, vel aliquo quoquo titulo civibus Panhormi concedere, sive in perpetuum, et irrevocabiliter, vel ad tempus, vel usque ad tertiam, et quartam generationem locare fundos, domos, vel agros, aliaque praedia sterilia sive fertilia[2]) prout inter eos conventum extiterit, et tales concessiones, seu locationes, quae factae sunt ab eis, et offitialibus eorum, vel quae in posterum fieri et concedi contigerit[3]) inter ipsas ecclesias, fundatores, vel donatores earum, monasteria, et ipsorum praelatos, atque abbates, aut praepositos eorum sive oeconomos, et cives Panhormi, atque inter curiam regiam, vel offitiales suos, et eosdem cives super praedictis non obstante jure canonico vel civili, vel ipsarum ecclesiarum consuetudine vel statuto, et constitutionibus factis, et faciendis firma, et illibata sunt, et irrevocabilia erunt perpetuo, dummodo in contractu emphiteotico, censuali, seu quacumque alia collatione[4]) concessione, vel titulo concesso, seu facto vel in posterum concedendo ipsis civibus Panhormi per eosdem praelatos ecclesiarum, et alias supradictas personas, atque abbates ac etiam per Dominum Regem, et offitiales suos contineatur expresse, vel in scriptura quae inde fiet, quod si in solutione census, vel

1) yconomi. 2) vertilia M. fertilia, sive sterilia. 3) M. f. contigerit. 4) M. locatione.

servitii debiti per biennium cessatum fuerit, hujusmodi concessio quantumcumque canonice facta fuerit, et sic quodque beneficium in locata re factum ad jus proprietatem, et dominium ecclesiae, vel Domini Regis, a quo vel a qua processit concessio, ordinario tantum judicio revocetur, aequum est enim quod ecclesiarum census, sive servitii jura in nullo debeant minui; sed semper eorum patrimonium debet servari illaesum, similiter et damnum reipublicae est in talibus evitandum.

CAP. LXVII.

De obligationibus, et poenis in instrumentis appositis.

Si debitor aliquis confiteatur in instrumento se recepisse mutuo a creditore pecuniam, vel aliquid aliud se debere ex quocumque contractu, vel quasi, vel ex maleficio, vel quasi, et conveniat creditori solvere infra certum tempus sub certa poena. et forsitan obliget creditori proinde aliqua, vel omnia bona sua, in talibus pactis, et conventionibus ea servari debent quae inter debitorem, et creditorem conventa sunt. Sed si contineatur in instrumento quod debitor pactus fuerit vel promiserit debitum solvere creditori de plano sine lite, et judiciorum strepitu, non est opus libello in hujusmodi casu, sed dabitur judici simplex petitio in scriptis apud acta,[1]) et responsione sequuta judex summarie deliberatoriis induciis non concessis ex officio suo litem, seu negotium sententialiter terminabit, nisi legitimae exceptiones opponantur a reo, videlicet quod si idem reus offerat se velle instrumentum probare falsum, aut forte dicat se solvisse pecuniam, aut aliud creditori, vel aliquae aliae exceptiones legitimae opponantur, quae quidem exceptiones admittendae sunt, quia impediunt, et elidunt agentis intentionem. In aliis vero instrumentis, et scripturis publicis emptionum, venditionum, et similium, in quibus non contineatur quod libellus sit remissus per pactum, servetur judiciarius ordo secundum quod per jura communia est inductum, ac etiam per consuetudinem civitatis. Debitore vero ad solutionem condemnato pro quantitate debiti poena in instrumento contenta, ad quam incidit culpa sua, pacto scilicet, et conventione, vel expressa alterius consuetudinis renuntiatione per praetorem, et judices, et non alios cognoscatur, et exigatur, primo creditori de debito

1) M. f.: apud acta.

in omnem eventum integre satisfacto. cum omnis contractus ex conventione legem suscipiat. Tamen nullus contractus teneat, nisi tabellio. vel notarius publicus, et testes saltim aliqui litterati. cum in civitate litteratorum copia habeatur. vocati intersint, et audiant contrahentes ut instrumentum sive scriptura, quae inde fieri contigerit per eosdem postmodum subsignetur, et subscribatur.

CAP. LXVII.[1])

Ut honor antiquus civibus regiae civitatis Panhormi ex consueta dignitate servetur illaesus semper. et omni tempore pro bono, et pacifico statu civitatis ipsius, unus castellanus de civibus Panhormi, fidelis, idoneus, atque dignus consuevit antiquitus, et debet per regiam majestatem in sacro regio dictae civitatis palatio deputari, et non exterus, et alius civis Panhormitanus in castro ad mare civitatis ipsius. Offitiales vero omnes cujuscumque gradus fuerint, puta justitiarius, praetor, judices[2]), actorum notarii magistri plateae, sive achatapani. magistri xurterii, aliquis qui teneat mercum, ac alii minores offitiales consueverunt antiquitus, et esse debent de civibus non de exteris pro eo quod melius jura curiae sciunt, et semper debent per universitatem eligi in fine mensis Augusti, non obstante si mandatum inde a regia curia non emanaverit de praedictis offitialibus eligendis ad ipsa officia exercenda; a quibus offitialibus fidelitatis et fideliter offitiis exercendis per praetorem praedecessorem in urbe Panhormi recipitur juramentum. Cives enim Panhormi quicumque voluerint possunt libere advocare, et pro aliis postulare in magna curia, et quacunque alia civili, vel etiam criminali, si sufficientes, et idonei reputentur a judicibus civitatis Panhormi, et dummodo in eorum offitio omnem fidem, veritatem et legalitatem observent, et absque dolo, vel fraude patrocinium praestent contra veram

1) Bei M. hat dieses Capitel die Zahl LXVIII und ist überschrieben: *„De conservando honore municipali civibus Panhormitanae urbis in eligendis offitialibus cujuscumque gradus fuerint, ac etiam approbandis.“* Die editio princeps dagegen bezeichnet dasselbe unter Widerholung der Zahlenangabe als Cap. LXVII und lässt die Ueberschrift ganz fort.

2) M. schaltet hier ein: „(isti judices olim erant duo praetoris, et tertius dicebatur judex capitanei vide quod pono in ca. Regni 366 R. Alp(h). sub nr. 3 to. 5).“

conscientiam nullatenus allegantes, nec tenentur inde aliquid curiae solvere de officio nominato. Medici autem cives Panhormi possunt libere practicari in medicina in eadem civitate non obstante si exinde non habeant licentiam a regia curia impetratam, aut speciale mandatum, et in conficiendo fideliter medicinas juxta artem, et hominum qualitates omne studium et diligentiam adhibebunt, super quibus omnibus inviolabiliter observandis, tam praedicti advocati, quam medici praestabunt in manibus praetoris quolibet anno ad sancta Dei evangelia corporale, et debitum juramentum, quod si contra fecerint, et propter eorum imperitiam periclitentur cives, puniantur arbitrio judicantis. Quotiescumque vero tabelliones, vel notarios publicos, clericos, sive laicos in civitate Panhormi, tam per regiam majestatem, ad quam immediate de laicis spectat creatio, quam de clericis ordinandis per matrem Panhormitanam ecclesiam creari contigerit eligi et approbari debent per universitatem civitatis ejusdem quod sint fideles, digni, idonei sufficientes, et de legitimo matrimonio sumpti ad ipsum offitium exercendum et postmodum cum litteris testimonialibus ipsius civitatis, si laicus fuerit regiae majestati, vel offitiali qui eos potest creare, nec non et archiepiscopo, si clericus fuerit, se debeant praesentare, commissionis ipsius offitii litteras recepturi, sub juramento praestando ab eis de ipso offitio fideliter, et legaliter exercendo. Si vero justitiarius civitatis aliqua necessitate impeditus de mandato regiae majestatis contingat eum abesse, vel exire civitatem, et provinciam sibi decretam pro arduis forte, et necessariis curiae servitiis exequendis, debet ordinare aliquem civem Panhormi loco sui ad crimina exploranda, et ei postmodum referenda, cujus ordinati offitium in citationibus, fidejussionibus, et carcerationibus tale erit quale est in talibus offitium justitiarii memorati. Et si forte decesserit justitiarius memoratus ad praetorem civitatis ipsius devolvatur jurisdictio similis ordinati praedicti. In sportulis autem, et salario per servientes, apparitores, et notarios suos etiam pro scripturis fidejussionum, vel obligationum, ultra formam in superiori consuetudine declaratam, nihil recipi faciat, vel aliquid extorqueri permittat a civibus publice, vel occulte. Nullus etiam civis pro causa civili conventus debet incarcerari ante litis ingressum si fidejussoriam cautionem dare potest, ad quam etiam praestandam non debet compelli si rerum immobilium sit possessor,

et bona sua ad litis aestimationem idonea, et sufficientia aestimentur. Si vero fidejussores judicio sisti dare non poterit, stetur juratoriae cautioni, prout per jura communia est inductum, quod quidem servandum erit de illis criminibus, pro quibus poena sanguinis non infligitur. Praedicti autem praetor, et judices civitatis et advocati cives ejusdem dum officium praetoriae, et judicatus, ac advocationis exercuerint, ac alii juristae quicumque licet patrocinium non praestent, ab omnibus datiis, mutuis, exenis, et quocumque alio nomine nuncupentur, exactionibus publicis, et collectis, ac etiam privatis quae aliquando in civitate per curiam, et universitatem praedictam imponuntur, ab angariis etiam, servitiis personalibus, et realibus debent esse immunes, liberi et exempti. Praelatio [2]) vero matris Panhormitanae ecclesiae semper consuevit, et debet antiquitus conferri civibus tantum, canonicis, et clericis idoneis, atque dignis de gremio ipsius ecclesiae, qui praelatus ex antiqua dignitate ipsius matris Panhormitanae ecclesiae, et consuetudine civitatis ejusdem consuevit, et esse debet cancellarius regni Siciliae. Praebendas etiam, ecclesiastica beneficia, ac alias dignitates quicumque fuerit Panhormitanae sedis archiepiscopus tenetur conferre ex antiqua dignitate Panhormitanae ecclesiae et consuetudine civitatis [3]) jam dictae et non exteris vel absentibus, quantumcumque, sufficientes, vel idonei reputentur, non obstantibus constitutionibus factis, et faciendis. Praedicta autem Panhormitana ecclesia, pastore vacante, capitulum, seu major pars praedicti capituli possit beneficia, et praebendas conferre clericis Panhormitanis civibus, et non exteris ex consuetudine ecclesiae memoratae. Vivente autem pastore in ecclesia memorata canonicos de novo creare, seu praebendas, et beneficia conferre non possit [4]) sine voluntate aperta et consensu praedicti capituli; quod si secus fecerit capitulum ipsum, seu major pars ipsius, similiter possit in praedicto numero praebendas, beneficia, seu canonicos ordinare, non obstante contradictione per ipsum archiepiscopum in talibus facienda. Notariatus etiam dohanarum, tonnariarum regiarum, et quarumcumque gabellarum curiae civitatis praedictae, et tenimenti sui, habeant et habere consueverunt cives

2) M. praelatura. 3) M. f. h. „clericis idoneis, qui sunt cives civitatis.“ 4) M. liest hier von „non possit“ bis „si“ wie folgt: „sine consensu, et voluntate aperta capituli supradicti, si secus fecerit.“

civitatis praedictae, et non exteri, eligendi per universitatem civitatis ejusdem, et de offitiis notariatuum ipsorum fideliter pro parte curiae exercendis, praestent secreto Siciliae, seu civitatis Panhormi ad sancta Dei evangelia, corporalia, et debita juramenta. gratis commissionum ab eodem secreto litteras recepturi, qui notarii sint annales ut alii vicissim concurrere valeant in notariatibus ipsis, et a secretis [5]) seu credenzeriis curiae jura recipiunt consueta. Insuper praetor, judices, et actorum notarius curiae civitatis Panhormi ex antiqua, et veteri consuetudine civitatis ejusdem, recipiunt, et recipere debent anno quolibet de tonnariis regiae curiae existentibus in territorio civitatis ipsius, videlicet pro praetore tunnos quatuor, duos de mense Madij [6]), et duos de mense Junii, et pro quolibet judicum, et praedicto actorum notario tunnos duos, unum videlicet de mense Madij, et alium de mense Junii de tunnis existentibus in malfaragio situm in maritima civitatis ejusdem, inhibitione aliqua non obstante. Caeterum si contingat quod accusator, et accusatus inter se voluerint componere componendi vel transigendi liberam habeant potestatem, sicut in superiori consuetudine declaratur. Ad haec nullus civis Panhormi sive denuntiet, vel accuset, debet compelli per juramentum, vel per quemcumque alium modum extraordinarium ab officialibus, qui pro tempore praesidebunt, quod inchoatam denuntiationem, vel propositam accusationem contra exterum sive civem per oblationem libelli, et ordinario judicio prosequi teneatur, cum jura dictent quod [7]) nemo agere, vel accusare cogatur.

CAP. LXVIII. [1])

De servitoribus, et mercennariis locandis, ac etiam licentiandis.

Ut quorumdam abusionibus obsistatur Panhormitanis civibus plurimum odiosis, pro communi utilitate civium sicut antiquitus extitit consuetum sic immobiliter [2]) in futurum ab omnibus observetur, videlicet si cives Panhormi conducentes mercennarios, vel servitores pro eorum servitiis ad annum, mensem, vel hebdomadam pro certa mercede, hujusmodi servitores a servitio non discedant sine licentia dominorum, sed si eorum servitium eis

5) M. f. h. gabellotis. 6) M. Maij. 7) M. quod nemo invitus agere, vel accusare cogatur.

1) M. LXIX. 2) M. inviolabiliter.

displicuerit culpa, vel casu aliquo emergente, vel ipsis non fuerit necessarium, aut utile possunt ipsos licentiare ante terminum inter patronum, et mercennarium, seu servientem praefixum, soluta mercede mercennario, aut servitori conducto tantum pro rata temporis quo servivit. Et si forte mercennarius, sive servitor ante terminum constitutum, sine licentia, vel manifesta culpa patroni, seu conductoris a servitio suo discesserit, laborem suum, et mercedem amittit et quicquid etiam pro mercede sua a patrono, vel conductore perceperit[3]) pro elapso, vel futuro tempore eidem restituere sine diminutione teneatur. Messores, putatores, et zappatores, ac[4]) caeteri[5]) operarii constituta eis mercede pro labore quem fecerint stabunt in servitiis patronorum, vel conductorum quolibet die ab ortu solis usque ad occasum ejusdem, quod si contrafecerint, ipsius diei careant conventa mercede sive solvenda, sive soluta fuerit, de quibus omnibus, et singulis supradictis probandis, et solutione dictae mercedis, si exinde quaestio oriatur, stetur solummodo sacramento domini, vel patroni.

CAP. LXIX.[1])

De feriis.

Sicut solempnes[2]) feriae, ut sunt dies dominici, dies nativitatis Domini cum septem sequentibus, resurrectionis Domini cum septem praecedentibus, et septem sequentibus, sollemnitatum Beatae Mariae Virginis, Apostolorum, ac aliarum sollemnium festivitatum debita reverentia observentur,[3]) sic et aliae, quae ob publicam utilitatem, videlicet pro messibus, et vindemiis colligendis, cum indictae fuerint a praetore, vel judicibus in posterum inviolabiliter debeant observari ut nec infra tempus quod praetor, et judices ex eorum officio indixerit esse servandum (quod unius mensis spacium non excedat) compellatur aliquis in jus venire, tam in curia justitiarii, quam praetoris, et judicum, et alterius jus dicentis ecclesiastici, seu civilis ad causandum, testimonium perhibendum[4]), vel sententiam audiendum in civilibus, et ecclesiasticis causis. Sed in praedictis feriatis diebus tractari possunt ea quae pertinent ad pacem, et concordiam faciendam, et alia quae per jura communia sunt specialiter introducta.

3) M. receperit. 4). M. et 5) M. f.: caeteri.

1) M. LXX. 2) M. sollemnes. 3) M. observantur. 4) perhibendis.

CAP. LXX. [1])

De termino dando ad solvendum debita in curia confessa, aut probata.

Quia parum prodesset sententiam ferri, nisi et lata mandaretur exequutioni, talis ordo exequutionis in posterum observetur, quod si forte aliquis conventus super aliquo debito confessus fuerit se debere debitum, vel cognita causa, et finita condemnatus fuerit ad solvendum [2]) debitum creditori, et non appellaverit, quindecim dierum terminus sibi conceditur, infra quem debitum creditori solvere debeat, quo elapso si non solverit creditori debitum, compelli debet per curiam ad solvendum, exceptis modicis [3]) debitis de quindecim tarenis videlicet inferius, quibus solvendi terminus arbitrio judicantis servetur, nec exinde aliquatenus appelletur.

CAP. LXXI. [1])

De debitis ex turpi causa, et infamibus a testimonio repellendis.

Si quis pecuniam mutuaverit ad taxillos, vel ad quemlibet ludum perditionis, ei actio denegatur, et mutuatam pecuniam amittit, nisi per retentionem pignoris sibi cautum fuerit in tarenis duobus, et non ultra. Qui autem promiserit aut convenerit aliquid dare lusoribus ad ludendum, non arctatur ad dandum, cum is, cui promissum est, actionem non habeat, sed datum *non* [2]) repetitur, cum ex turpi causa non oriatur actio [3]) melior est conditio possidentis. Verum tamen hujusmodi lusores qui justo labore non vivunt, sed ad datios ex quadam consuetudine ludunt et in ipso ludo conversantur assidue, et nulli alii vacent officio, de quo vivant inter infames, et pro infamibus habeantur. Similiter omnes ii tam qui vendiderunt, quam qui vendunt vinum ad minutum in civitate eadem vel alibi, habeantur pro infamibus, et personis vilis conditionis, et famae suspectae, quorum testimonium non admittitur [4]) contra homines bonae famae, et si receptum fuerit contra aliquem, vel aliquam bonae, et honestae vitae, et famae, habeatur pro nullo, ac si receptum

---

1) M. LXXI. 2) solvendis. 3) M. f. h. das Allegat: „(tetigi in ca. rit. 116 in tertio principali capite)".

1) M. LXXII. 2) In den Ausgaben: sowohl der älteren von 1478 als der von Muta veranstalteten, fehlt hier „non." Dies ist aber dem Sinn nach zu ergänzen cf. Messina 34 verb. „sed datum non repetitur". 3) Zu ergänzen: nam. 4) M. recipitur.

non esset. Et si forte contigerit aliquos ludere ad datios, vel azardum in pecunia vel ad vinum sit cognitio praetoris, et judicum civitatis Panhormi,[4]) quos condemnare[5]) possint in tareno auri uno tantum, et non plus si ad vinum, si ad pecuniam in dimidio augustali, nulla exinde justitiariis, vel aliis officialibus quantumcumque majoribus jurisdictione servata.

CAP. LXXII.[1])

De magistris super merco statutis, et statuendis.

Ut omnis via delinquendi claudatur malefactoribus universis, et Panhormitani cives in cultu pacis, et justitiae salubriter gubernentur super custodia merci civitatis ejusdem, quo coria bovina, et vaccina signantur, quolibet anno per universitatem Panhormi debet eligi, et statui unus, vel duo probi, et fideles viri, qui coria bovina, et vaccina juxta formam antiquae consuetudinis ipso merco signari, et mercari faciant, postquam ipsis constiterit coria coram eis portata fore de animalibus eorum, qui ipsa petunt signari. In macellis quoque Panhormi animalia bovina, et vaccina occidi aliquatenus non permittant, nisi prius constiterit eis ipsa animalia ducta ad occidendum fuisse illorum qui ea macellariis vendiderunt, aut forte illorum qui ipsa vendere, aut vendi facere volunt. Coria vero bovina, et vaccina ab exteris ad ipsam civitatem delata ex eorum officio diligenter inspicere debent, et si forte invenerint ipsa non fore signata merco illius terrae, a qua deferri dicuntur, ipsa coria ad opus curiae debent facere detineri. Praeterea ipsi statuti, sive magistri merci aliqua coria bovina, et vaccina non debent permittere a conciatoribus aptari, vel poni ad aptandum in calcinariis, nec permittant etiam quod mercatores vel alii tam regnicolae, quam exteri furtive possint extrahere ab ipsa civitate coria adulterino signo signata, nisi prius fuerint mercata merco praedicto.[2]) Calcinaria nihilominus civitatis juxta antiquum solitum morem de mense in mensem studiose inquirere debeant, in quibus si coria non mercata merco ipso invenerint, quae occultata in fraudem curiae fore dicantur a conciatoribus, vel aliis quibuscumque qui talia commiserunt, fidejussores idoneos sub certa poena recipiant de stando juri,

4) M. ipsius. 5) condempnare.
1) M. LXXIII. 2) M. praedicto merco.

et justitia facienda, ut per eos scelera a[3]) praesidibus nunciata purgentur, et sollicitudo publici muneris impleatur. In quorum fidejussorum defectu ipsos capiant de personis, et justitiario, vel praetori puniendos assignent coram quibus allegare poterunt si qua jura eis viderint profectura.[4]) Coria vero quae conciatores ipsi sine merco ipso posuerint in calcinariis ad aptandum amittant, et mercatores etiam nitentes, et volentes extrahere coria bovina, et vaccina non signata similiter amissionem eorum incurrant, et per eosdem magistros ipsa coria ad opus curiae capiantur. Verum tamen quia nemo debet expensis propriis militare licitum est accipere dictis magistris merci pro eorum labore pro quolibet corio dicto merco per eos fideliter consignando granum auri unum sicut hactenus extitit consuetum.

CAP. LXXIII.[1])

Quod animalia empta et vendita post quadraginta dies occasione morbi, vel vitii non possint restitui venditoribus.

Licet jura dictent quod si aliquis emat equum, vel aliquod aliud animal quod sit in causa redhibitionis, potest emptor agere contra venditorem redhibitoria actione infra sex menses; tamen ex antiqua consuetudine civitatis semper, et omni tempore fuit taliter observatum quod etiam in posterum observetur quod si aliquis civis Panhormi vendiderit, et ex causa ipsa assignaverit aliquod animal ut puta equum,[2]) vel asinam, bovem vel vaccam, et similia emptori alicui, elapsis quadraginta diebus tantum a die venditionis, et assignationis numerandis occasione alicujus morbi, vel vitii latentis in vendito animali, non debet actione redhibitoria conveniri, nec tenetur ad restitutionem pretii, et ad receptionem venditi animalis.

CAP. LXXIV.[1])

De libertate venditionis carnium.

Cives Panhormi ex antiqua, et veteri consuetudine civitatis possunt in platea, vel ante domum vendere, vel vendi facere quascumque carnes animalium suorum[2]) ad petia, et ad pondus,

---

3) M. f. a. 4) M. profutura.

1) M. LXXIV. 2) M. f. h.: „vel equam, mulum vel mulam asinum."

1) M. LXXV. 2) M. f. h.: „an intelligatur de porcis vide in pragmatica tit 55. de prohib. macellani. mal. nr. 22."

dummodo numerum trium vendendorum animalium non excedant per annum, et non teneantur[3]) proinde solvere aliquid curiae, vel civitati pro jure scannaturae, vel aliquo alio jure.

CAP. LXXV.[1])

De consueto officio archidiaconi Panhormi quoad laicos.

Ex antiqua, longa, atque approbata consuetudine civitatis Panhormi debet cognoscere archidiaconus de matrimoniis conjungendis, et separandis ordinarie tantum. Super adulteris[2]) quoque capiendis, et puniendis idem archidiaconus cognoscet, non alius, et talis est dudum habita forma in posterum observanda, videlicet quod idem archidiaconus adulteros sibi denuntiatos per consanguineos, vel affines, vel per alios quorum interest tantum trina debet admonitione monere secundum canonicas sanctiones, ut adulter debeat se ab adulterio abstinere, scilicet primo inter ipsum archidiaconum, et adulterum denuntiatum, adulteram autem per aliquem religiosum virum, et si admoniti taliter noluerint se corrigere secundo coram tribus, vel quatuor civibus debet similiter admonere, et si adhuc in contumacia perseverant[3]) tertio publice in ecclesia adulteros ipsos debet denuntiare excommunicatos, et demum si corrigere se noluerint, et tamquam incorrigibiles in contumacia perseverarent post tempus a correctoribus[4]) constitutum, si homo vilis conditionis fuerit, et mulier levis vitae, in defectu fidejussoriae cautionis de stando mandatis ecclesiae debent capi de personis, non tamen per servientes ipsius archidiaconi tantum, sed adjunctis eis servientibus praetoris Panhormi, et poni in palatio si[5]) masculus fuerit, et tandiu teneri ibidem, donec mandata ecclesiae per juramentum observet, et si mulier in monasterio monialium recludatur, nec procedat[6]) idem archidiaconus ad simplicem denuntiationem sibi factam contra aliquem civem Panhormi vel contra aliquam mulierem non extendat manus suas ex officio suo ad captionem ipsorum, sed ordinarie tantum accusationes audiat de adulterio sibi denuntiato, et procedat secundum canonicas sanctiones non

3) teneatur. M. tenetur.

1) M. LXXVI. 2) M. adulteriis. 3) perseverint. 4) correctionibus M. canone statutum. 5) M. f. si. Die Ausgabe v. 1478 hat hier den Druckfehl. „nisi." 6) M. procedet.

ex officio suo, sed ordinarie ut dictum est[7]) cum incarceratio,[8]) et captio personarum ad solam dignitatem regiae curiae tantum spectet. Si vero aliquis sibi denuntiatus fuerit quod adulterium commiserit vel committit, et legitime, ac ordinarie convictus fuerit post admonitiones factas, fustigari debet pro poenitentia peragenda clam, et leviter circumcirca sanctam matrem Panhormitanam ecclesiam, nisi exinde forte fuerit appellatum. Et si contigerit quod dictae personae ob notorium, et manifestum adulterium post condemnationem forte capiendae aliquatenus extimentur, capi debent servata prima forma superius posita in praedictis, nec debent poni in cipponibus, vel in ciponari, sed in aliquo loco tuto, scilicet masculus in palatio ut dictum est, mulier in monasterio monialium conservetur donec sententia lata debitum sortiatur effectum. Cognoscit autem, et cognoscere debet idem archidiaconus de injuriis verbalibus tantum puris, et non mixtis, quae purae injuriae dehonestant fidem vel matrimonium, si vero injuriae non sint purae sed mixtae cum aliquibus aliis injuriis quibuscumque ad praetorem regium tantum, de mixtis etiam injuriis, et aliis quae fidem, vel matrimonium non dehonestant civiliter spectat cognitio. Cognoscit etiam idem archidiaconus de legatis relictis ad pias causas tantum, non de aliis legatis relictis consanguineis, affinibus, et amicis vel aliis quibuscumque, nec de dote petenda, vel repetenda, vel rebus dotalibus soluto vel non soluto matrimonio, cum ipsorum cognitio ad praetorem regium tantum spectet ut est dictum. In causis vero praedictis civilibus, vel etiam criminalibus quae coram ipso tractantur, et tractabuntur in posterum, ordinarie procedi debet, et non summarie trina citatione praemissa, nec non et porrecto libello convento, triduum ad deliberandum, et respondendum dari debet, ut post triduum conventus cum amicis, et advocatis veniat[9]) ad judicium responsurus, triduo etiam ad offerendum articulos, et exceptiones, partibus reservato nulla judicio sisti praestita fidejussoria cautione si non potest ipsam conventus[10]) praestare,[11]) sed juratoria tantum praestita cautione quod usque ad finem litis stabit in judicio, sicut jura requirunt. Mulieres etiam ad testimonium non recipiantur in curia archidiaconi, nisi in aetatibus,

---

7) M. ut est dictum. 8) M. carceratio. 9) M. ad judicium veniat. 10) conventos. 11) M. ipsam praestare conventus.

et gradibus consanguinitatis probandis tantum, et in certis [12]) aliis casibus qui servantur in curia regia civitatis emergentibus scilicet in monasteriis monialium, in balneis, fluminibus, clibanis, gymneciis,[13]) molendinis, tymenis,[14]) partu mulierum, in machadariis, et congregationibus mulierum, quae fiunt propter nuptias, et sponsalia in Panhormo. A litigantibus vero in curia ipsius archidiaconi pro quolibet teste recipi faciat granum auri unum,[15]) et non plus: domos etiam eorum qui coram ipso archidiacono litigant, vel ad litigandum citantur, idem archidiaconus sigillare non debeat, nec etiam pignora capere sine conscientia praetoris regii civitatis. Et si forte contigerit archidiaconum ipsum aliquam suam sententiam exequi, quae non sit per appellationem suspensa, non [16]) exequatur ipsam in personam civis condemnati, nec capiat res ejusdem, vel domum ipsius sigillet, sed compellere debet condemnatum reum per excommunicationem juxta canonicas sanctiones, aut si oportuerit per invocationem bracchii secularis, nec intromittat se de regalibus quaestionibus ad suum officium non spectantibus cogendo mulieres, et homines in sua curia litigare. De adulteris [17]) vero captis, et capiendis secundum formam praedictam, contra quos ad poenam debitam procedi non potest ob defectum probationis, idem archidiaconus potest recipere pro esculentis et poculentis a partibus, si partes ipsae voluerint, quae esculenta, et poculenta unius tareni auri summam aliquatenus non excedant. Si vero semiplene probatum fuerit contra eos debet idem archidiaconus pro castigatione, et correctione ipsarum aliquid recipere pro turpitudine redimenda videlicet augustale auri unum [18]) tantum, et non plus. Pro danda autem licentia super sponsalibus, vel matrimoniis contrahendis, vel pro sententiis quibuscumque ferendis, vel illatis [19]) absolutoriis vel condemnatoriis inter cives, non et pro libello parti offerendo nihil debet petere, vel recipere per se, vel notarios suos, sed gratis debet eas proferre, et prosequatur [20]) in his, quae aguntur in judiciis curiae regiae civitatis tam in citationibus faciendis quam etiam induciis, et terminis dandis ac in feriis

12) M. oceteris. 13) S. oben Note 1. zu dies. Worte bei c. 12. M. hat hier den Druckfehler: gymnesiis. 14) S. oben Note 3. zum Wort timeniis bei c. 14. 15) M. granum auri unum. 16) M. nec. 17) ulteriis. 18) M. augustale unum auri. 19) M. etiam latis. 20) M. sequatur.

indicendis, et generaliter in omnibus consuetudinibus, quae servantur, et in posterum servabuntur in civitate jam dicta. Cognoscit etiam idem archidiaconus et non alius judex quantumcumque major existat, ut rapta puella virgo clam, et occulte contrahat legitime cum raptore, si prior dissensio transeat postmodum in consensu, et quod ante displicuit, tandem incipiat complacere, dummodo ad contrahendum legitimae sint personae in quo tamen raptu vis vel [21]) violentia non accedat, et dicta puella rapta, nec non et ipse raptor, ut praefatum [22]) est, haec [23]) annuant, vel concedant. [24]) Quod si consensus non interveniat raptoris, et raptae ad matrimonium contrahendum de ipso crimine raptus idem archidiaconus cognoscat, et non alius, ut est dictum poena infligenda pecuniaria ipsi raptori per eundem archidiaconum juxta canonicas sanctiones secundum qualitatem, et conditionem personarum, quae poena praedictae raptae, seu defloratae utilitatibus [25]) applicetur.

CAP. LXXVI. [1])

De artificibus, barberiis [2]) *campsoribus, venditoribus rerum, et aliis subscriptis personis.*

Artifices omnes mecchanicarum artium sive cives, sive exteri fuerint eorum offitium absque dolo et fraude in civitate Panhormi exercere possunt, et operari libere absque aliqua servitute proinde curiae facienda. Barberii autem sive cives, sive exteri possunt artem barberiae die quolibet feriato, vel non feriato secundum modum praedictum libere, atque licite exercere in urbe praedicta non recipientes salarium, sive mercedem de suo servitio, nisi quantum cives ipsi voluerint exhibere, et exsolvere, et si vocati fuerint pro eorum servitio ire ad domos civium non recusent, poena si contrafecerint ab eis praetoris arbitrio extorquenda, quae unius tareni summam aliquatenus non excedat. Campsores quicumque sint sive cives sive exteri possunt cambium tenere in civitate ipsa liberum a qualibet servitute die feriato, et non feriato, dummodo fidem, et legalitatem observent in eorum offitio tantum sub poena certae quantitatis pecuniae de fide, et legalitate servanda, et

---

21) M. et. 22) privatum. 23) M. hoc. 24) M. concordant. 25) M. commoditatibus.

1) M. LXXVII. 2) barbariis.

pecuniam[3]) eis depositam salvam fore praestent fidejussoriam cautionem. Et a[4]) civibus Panhormi pro ponderatione, et exquisitione auri nihil recipiant, vel petere debeant, vitiosum aurum, vel argentum, aut falsam cujuscumque monetae figuram penes se in cambio non retineant, nec praesumant dare civibus, vel aliis quibuscumque, quod si fecerint[5]) tamquam falsarii puniantur arbitrio judicantis. Venditores rerum in civitate praedicta morantes,[6]) vel per ipsam civitatem discurrentes sive exteri sive cives illud offitium in civitate ipsa exercere libere possunt data fidejussoria cautione res quas a civibus vendendas receperint, salvas fore, et ab eis juramento praestito[7]) quod de pretio ex venditione rerum civium eis proveniente nihil subtrahant, aut celent patronis, et dominis rerum ipsarum, et quod sine fraude illud offitium exercebunt, et de rebus receptis per eos cedulam continentem rem domini designatam per colorem, pondus, mensuram, qualitatem, et quantitatem, et valorem ipsius sub impressione sui sigilli domino, vel dominis debeant assignare, ad quod teneantur ipsi venditores sub interdictione offitii, et exercitii supradicti, cui cedulae stetur contra[8]) venditores praedictos, et fidejussores ipsorum ac si legitime probatum fuisset contra eosdem, vel eorum aliquem, et si factum fuerit contra formam praedictam, probatio rerum praedictarum, et valoris ipsarum fiat per duos testes ad minus etiam si mulieres fuerunt. A praedictis vero campsoribus, et venditoribus juramentum, et idoneam fidejussoriam cautionem exigant, et recipiant praetor, et judices civitatis. Simili modo pauperes mulieres possunt facere panem ad vendendum in civitate Panhormi, et dohanerio,[9]) vel gabellotis curiae, seu magistris plateae pro jure aliquo ex panis venditione aliquid solvere non tenentur. Meretrices vero publicae, vel privatae, tabernarii, vel buccherii, et Judaei sive cives sint, sive exteri in ipsa civitate commorantes quantumcumque turpem, ac sordidam vitam ducant tam si praesentes reges, et principes in ipsa urbe fuerint, quam absentes marescalco[10]) regni seu magistro justitiario, vel aliis praepositis exercitus regii seu aliis offitialibus quibuscumque nihil debeant solvere, vel aliquid

---

3) f. h. et. 4) M. etiam. 5) fecerunt. 6) M. mercantes. 7) M. et juramento ab eis praestito. 8) M. f. h. venditorem vel. 9) M. dohaneriis. 10) maroscalco M. maniscalo.

exigi debet ab eis per eosdem occasione, vel ratione turpitudinis, vel aliqua alia occasione ex obtenta, et veteri consuetudine civitatis. Ferrarii quoque, et marescalci [11]) in ipsa civitate commorantes die feriato etiam equitaturas, mulos, somerios, ferrare, et maniscalcire possunt ex consuetudine antedicta statuto aliquo facto, vel in posterum faciendo per praedictos barberios, ferrarios, et marescalcos, [12]) vel alios quoscumque, dummodo de ordinatione, et voluntate universitatis praedictae urbis Panhormi, vel majoris partis ipsius in contrarium minime statuatur, aliquatenus non obstante, poena si contrafecerint ipsi ferrarii, et marescalci ab eis praetoris arbitrio extorquenda quae unius tareni summam aliquatenus [13]) non excedat.

CAP. LXXVII. [1])

De libertate ponderationis.

Licet omnibus, et singulis civibus Panhormi ponderare, vendere, et emere caseum, carnes, lanam, linum, canapem, cuttonem, et quaecumque mercimonia grossa ad pondus, quod dicitur quartaronus [2]) seu ad quodcumque aliud ponderationis genus, et non tenentur proinde aliquid solvere curiae pro jure ponderationis, vel jure staterae.

CAP. LXXVIII. [1])

De rescriptis, et privilegiis conservandis, custodibus eorum, et syndicis eligendis.

Ut consuetudines nominatae, dignitates antiquae, et jura omnium serventur illaesa quibus Panhormitana civitas extitit semper usa, et utetur in posterum, provisum est, et communi ordinatione statutum quod papalia instrumenta, privilegia, vel rescripta, atque mandata felicium praeteritorum regum, principum regnantium dominorum indulta civibus ipsis ob eorum exigentiam meritorum cum sigillo universitatis ipsius, quod semper et antiquitus ipsa civitas consuevit habere, conserventur, et reponantur in arca una posita in thesauro, vel in archivo dictae urbis; quae arca habebit [2]) quatuor claves diversas, ad cujus conservationem atque custodiam quatuor viri de civibus

11) M. maniscalci. 12) M. maniscalcos. 13) M. f. aliquatenus.

1) M. LXXVIII. 2) M. quartarolus.

1) M. LXXIX. 2) M. habeat.

idoneis et fideles electi per universitatem deputentur, et statuantur, quarum clavium praedictarum quilibet custos unam apud se retineat, et conservet, ut non per unum, sed per omnes quatuor arca praedicta valeat aperiri quotiescumque necessitas imminebit pro necessariis incumbentibus negotiis civitatis. Eligi etiam consueverunt, et anno quolibet ordinari per universitatem eandem defensores, syndici, vel actores, aliquando duo, et aliquando tres, aliquando plures, et omnium singulorum civium authoritate suffulti ad agendum, et defendendum causas nomine universitatis ipsius, et opponendum se quibuscumque offitialibus, personis ecclesiasticis, vel secularibus, qui contra privilegia supradicta, libertates, et consuetudines nominatas cives eosdem praesumpserint molestare. Habebunt etiam potestatem defendere, et manutenere civitatem eandem, et discurrere etiam per civitatem, et videre ne aliquid fiat in praejudicium reipublicae, et civium eorumdem. Habebunt etiam ex officio eorum curam, et sollicitudinem quod quotiescumque viderint aliquod gravamen inferri hominibus civitatis a quacumque persona, recursum habebunt ad superiorem officialem ut ipsa gravamina faciat emendari, et vigilanter inspiciant maenia civitatis, et alia loca publica, et si viderint ibi aliqua aedificia per quae impediatur usus publicus per eos ad statum pristinum reducantur. Inspiciant similiter cadavera mortua, salubritatem aeris corrumpentia projecta infra maenia civitatis, ossa tunnorum, et alias sordes, et immunditias, et quaeratur cujus fuerint, et per quem projecta, certa loca ubi debeant projici statuentes. Processus nihilominus officialium, et gabellatorum Panhormi inspiciant, et si viderint eos male se gerere in officiis, et gabellis denuntient praetori, et judicibus civitatis. Statuant simili modo, et prohibeant quod in fontibus publicis consistentibus infra maenia civitatis non abluant[3]) mulieres, vel aliquis alius pannos, vel alia turpia, et praecipiant illis qui facient tonninam in portu, vel alio loco civitatis sub certa poena quae quatuor tarenorum summam non excedat, quod projiciant, et projici faciant ossa tunnorum extra civitatem in locis statutis. Faciant etiam amoveri, et in statum pristinum revocari omnia aedificia de novo constructa, vel in posterum construenda circa maenia civitatis vel circa portum, quibus

3) ambulant.

impediatur defensio publica civitatis, ac etiam ipsius portus si forte necessitas immineret. Ligna vero de foco per bordonarios vendi non permittant in strictis plateis, et specialiter in Cassaro non permittant ipsa vendi, nisi in platea Sancti Cathaldi. Immunditiae vero, et sordes projiciantur apud Aynisindi, vel apud immunditiarium extra portam Thermarum, vel alibi extra maenia civitatis prout ipsi syndici ordinabunt, et melius viderint expedire.

CAP. LXXIX. [1])

Ne bona uxoris capiantur ob culpam viri, nec filii ob delictum parentum debita portione priventur.

Licet maritus, et uxor tam de jure civili, quam etiam naturali ambo sint domini rei dotalis, et bonorum omnium eis undecumque provenientium, et videatur quod bona ipsa de communi consensu possint expresse, vel tacite, obligari, tamen ne ob virorum culpam, aut propter fragilitatem sexus uxores ad repentinam inopiam deducantur,[2]) ex antiqua et veteri consuetudine civitatis inductum est, et observabitur in futurum quod ex delictis, et obligationibus maritorum mulieres in personis, et rebus nullam substineant laesionem, cum injustum, et iniquum sit quod ob culpam viri uxoris bona capi debeant vel uxores quae non peccaverunt, dotes earum amittant, et remaneant indotatae, cum jura dicteut quod mulier etiam constante matrimonio si vir vergat ad inopiam possit petere dotes suas. Caeterum si aliqui cives Panhormi crimine aliquo publico, vel privato damnati, vel qui juste damnabuntur in posterum, aut qui forte bona sua curiae, ecclesiae, vel alteri privatae personae pro sè, vel pro quocumque alio obligant, uxores eorum dotes, dodarium, et donationem propter nuptias, vel portiones se loco dotium contingentes de bonis cummunibus, et confusis propterea non amittant ut superius dictum est. Sed si contigerit bona virorum capi ob aliquod crimen quod tangat etiam majestatem, vel aliquam aliam obligationem, vel causam[3]) uxoribus eorumdem dotes, dodarium, donatio propter nuptias, aut portiones ipsas contingentes de bonis communibus et confusis juxta superiorem consuetudinem salvae integrae, ac intactae debeant remanere. A filiis etiam sub potestate patria con-

1) M. LXXX. 2) M. ad. repentinam deducantur inopiam. 3) aliqua alia obligatione, vel causa.

sistentibus tertia pars eis debita de bonis paternis, et maternis ob delictum sive maleficium, vel obligationem parentum suorum nullatenus auferatur, cum culpa tantum suum authorem prosequi debeat, nec aliquis ex alterius peccato puniatur, vel qui innocens est puniri non debeat pro nocente.

CAP. LXXX. [1])

De leprosis inquirendis, praesentandis, et reducendis ad ecclesiam S. Joannis Leprosorum de Panhormo.

In veteri legitur testamento Maria soror Aaron prophetissa dum detractionis adversus Moysen incurrisset delictum, illico stigmate leprae perfusa est; cumque peteret Moyses ut mundaretur, praecepit Dominus eam extra castra septem diebus egredi, et post mundationem rursus eam in castra admitti. Quo colligitur manifeste hujusmodi aegritudine maculatos debere ab aliis hominibus segregari, ne aeris corruptio inducatur, et sanis hominibus praejudicium generetur: propter quod ex veteri. et antiqua consuetudine est obtemptum, et observabitur [2]) in futurum, ut omnes leprosi viro maculati in domibus S. Joannis Leprosorum civitatis Panhormi, ubi rex Guglielmus eorum statuit mansionem, debeant permanere. Et eorum inquisitio ad praetorem, et judices civitatis ejusdem, nec non, et praeceptorem sacrae domus Sanctae Trinitatis Theutonicorum civitatis ipsius debeat pertinere, ut constito eis de infirmitate praedicta per medicos, et alios probos viros in talibus expertos, et fide dignos, quoscumque invenerint tali morbo, et vitio laborare, praeceptori domus praedictae praefati praetor, et judices debeant, et faciant assignari per eundem praeceptorem ad mansionem praedictae ecclesiae S. Joannis postmodum reducendos, et tenendos eisdem leprosis, eorumque servitoribus praedicto praeceptore alimenta debita tributuro: licentiam habente leproso bona ejus omnia in vita sua tenere, et de eis in suis ultimis disponere pro suae arbitrio voluntatis, dummodo liberos ejus legitima non defraudet.

---

1) C. LXXXI. 2) M. observatur.

CAP. LXXXI. [1])

De his quae licite magistri plateae, sive achatapani Panhormi possunt percipere ad opus eorum.

Ut magistri plateae, sive achatapani Panhormi statuti super assisis rerum venalium faciendis manus ad illicita non extendant, et in exercendo ipso offitio propriis sumptibus non laborent, ex antiqua et obtenta consuetudine civitatis ipsius praedicti magistri plateae sive achatapani licite, a suscriptis personis pro labore suo ad opus eorum possunt exigere, et percipere infra scriptam rerum, et pecuniae quantitatem, videlicet a paniteriis facientibus panem ad vendendum pro quolibet magno furno in qualibet hebdommada panes duos, vel pretium duorum panum. Item pro quolibet banco macellanorum [2]) Panhormi de carnibus, quae ibidem venduntur in qualibet hebdommada rotulos duos, unum videlicet pro die Dominico, et alium pro die Jovis. Item a qualibet barca piscatorum piscatione utente in qualibet hebdommada de piscibus rotulos duos, videlicet [3]) unum pro die Mercurii, et unum pro die Veneris. Item de fructibus qui deferuntur per mare ad vendendum in civitate eadem de quolibet genere fructuum, qui ad mensuram venduntur qualibet vice, et a quolibet vassello ipsos fructus deferente tumminum unum, et de fructibus qui venduntur ad pondus, possunt aliquos capere moderate juxta quantitatem fructuum eorumdem. Item cum de ponderibus, et mensuris exquisitionem, et probationem faciunt, possunt petere, et percipere a quolibet patrono mensurarum, et ponderum grana auri duo item cum aliquem tumminum, vel aliquam cannam, de novo probari faciunt, et signari, possunt petere, et percipere proinde grana auri quinque; item solent, et possunt ipsi magistri percipere exenia, praecipue in festo S. Martini a paniteriis in guastellis, et a tabernariis in vino delato per mare, in festo natalis Domini, et resurrectionis a macellariis in carnibus vivis, et mortuis, quamvis per jura communia omni tempore exenia, quae ad esum domesticum sunt parata percipere in esculentis, et poculentis offitialibus sit permissum.

---

1) M. LXXXII. 2) M. macellorum. 3) M, f.: videlicet.

CAP. LXXXII.[1])

Quod praetor, et judices Panhormi in officio consistentes[2]) possint convenire, et conveniri.

Praetor, et judices civitatis Panhormi ex antiqua, et obtenta consuetudine civitatis ipsius durante ipsorum offitio possunt adversarios et debitores[3]) eorum in curia convenire, et ab eorum creditoribus, et adversariis conveniri quacumque actione, offitio non obstante, et jus suum consequi[4]) sine praejudicio quaestionis ipsius[5]) praetor coram judicibus, et judex coram praetore, et aliis conjudicibus suis sociis. Et cum praetor conventus fuerit, seu alium conveniat, judices civitatis specialiter jurent ad sancta Dei evangelia corporaliter tacto libro in manu syndicorum, seu syndici civitatis ipsius, qui tunc praeerunt: et defectu ipsorum in manu judicum praedecessorum suorum, seu alicujus ipsorum, quod in quaestione ipsa Deum habentes prae oculis procedant nulli partium earumdem deferendo prece, praetio, odio, timore, vel amore, sed lis ipsa suo marte decurrat semper justitiam observando. Illud idem fiat in judicibus, vel aliquo eorumdem si conveniantur, seu conveniant alios in curia civitatis ejusdem.

CAP. LXXXIII.[1])

De solutione terragiorum.

Quicumquae civis Panhormi seminaverit victualia, vel legumina in terris vacuis alterius civis Panhormi, vel alicujus qui civis non sit vel[2]) alicujus baronis, vel feudatarii seu alicujus ecclesiae absque pactione, et licentia, vel cum licentia, et sine pactione nullius praecedente justa prohibitione, ex ipsius civitatis antiqua, et obtenta consuetudine tenetur dare patrono, seu domino terrarum, vel curiae, si terrae fuerint curiae, vel ecclesiae tempore messium, vel recollectionum ratione terragii in area scilicet tantam quantitatem victualium, quantam in eisdem terris per juramentum proprium, aut per aestimationem proborum virorum juratorum ipsum constiterit seminasse. Caeterum si pacta interveniant de majori, aut minori quantitate victualium, aut forte de pecunia solvenda, aut de aliis rebus

1) M. LXXXIII. 2) existentes. 3) M. f. et debitores. 4) M. suum jus prosequi. 5) M. quaestionis videlicet.

1) M. LXXXIV. 2) M. f. h. curiae sive.

dandis pro terris ipsis inter agricolas, vel seminatores et patronos terrarum, seu terras possidentes, et procurantes, ea inviolabiliter debent observari.[3]) Praeterea usus novalium, vel kisiriarum factarum in ipsis terris prosequenti anno pertinet ad eos, qui ipsas fecerunt, terragio, ut dictum est superius, patronis, et dominis terrarum curiae, vel ecclesiae, si terrae suae fuerint semper salvo. De leguminibus autem, lino, canape seminatis in terris ipsis laboratores nihil tenentur pro terragio solvere dominis, et patronis terrarum ipsarum, nisi[4]) de solvendo pactum interveniat inter eos. Et si forte aliqua pestilentia, vel sterilitate aeris ingruente, vel quoquo modo segetes messae non fuerint, aut[5]) casualiter forsitan[6]) fuerint igni crematae, exactio, et solutio terragii pro ipsis segetibus cessat omnino. Agricolae etiam seminantes, vel seminari facientes in terris ipsis pro pascuis bovum, equitaturarum, asinorum, gallinarum, anserum, et triuni, vel quatuor porcorum patronis, et dominis terrarum ipsarum curiae, vel ecclesiae aliquid solvere non teneantur.

CAP. LXXXIV.[1])

De forma, et modo distributionis novae denariorum monetae.

Quotiescumque domini reges in civitate Panhormi novam denariorum monetam distribui mandant, talis modus, et forma ex antiqua, et obtempta consuetudine observari debet in distributione ipsius monetae in civitate ipsa quod de moneta nova ad extrahendum, et distribuendum in civitate ipsa exposita, et parata publice bannum emittitur voce praeconia per civitatem eandem ex regia parte sub poena expressae pecuniae quantitatis ut nullus de caetero expendat de moneta veteri, et nullus emat, vel vendat cum veteri denariorum moneta, et quicunque voluerit de moneta nova denariorum[2]) vadat ad magistros siclae, vel ad procuratores: et sic omnes campsores civitatis ipsi vadant ad magistros siclae, vel ad eorum procuratores, et ab ipsis novam denariorum monetam in cambium

3) M. servari. 4) M. f. h. quid. 5) nisi. 6) forte.

1) M. LXXXV. 2) In der Ausgabe von 1478 fehlen die Worte: „et quicumque voluerit de moneta nova denariorum". Sie müssen dem Sinne nach ergänzt werden und sind daher hier aus der Ausgabe des M. eingeschaltet worden. Zum Worte denariorum muss hinzugedacht werden: „recipere quantitatem oder summam aliquam."

pro auro, vel argento recipiant. sicut cum eis de quantitate, numero, et cambio possunt convenire, et sic postea per ipsos campsores ad alios cives qui de moneta ipsa voluerint in cambium moneta nova discurrat.

CAP. LXXXV. [1])

De praescriptis consuetudinibus bene tractandis, quiescentibus aliis sopitis, et de observatione, et defensione ipsarum.

Et si majores nostri qui Panhormitanae felicis urbis insignia suis coluere temporibus circa consuetudinum inventionem. et observationem praedictarum in reverentiam, et memoriam habeantur: nos tamen qui priorum ipsorum vestigiis inhaerentes ad usum continuum, et observationem [2]) earum intendimus, laus quidem digna non praeteriit cum non minoris virtutis tueri parta, quam quaerere reputetur. Ad gloriam igitur, et laudem Dei nostri, in honorem etiam regnantis ac civitatis, et civium incrementum praescriptae veteres consuetudines approbatae in negotiis et causis prout earum quaelibet edita suo loco dignoscitur utendae reverentur, et proinde interpretatione benigna tractentur ab omnibus ultra quas nihil consuetudinarium offeratur in posterum, sed quiescentibus aliis quibuscumque consuetudinibus, et sopitis super causis, et negotiis aliis ad jura communia recurratur. Verum quia nihil prodest jura esse condita, nisi sint qui ea observent, et observari faciant, pariter, et defendant justitiarius, praetor, judices, magistri plateae, magistri xurtae. syndici civitatis ejusdem, et omnes alii judices quantumcumque majores ferventer observent, observari faciant, et eas per omnia honore salvo regnantis per se, et aliorum prudentium civium auxilio invocato tueri pro posse satagant contra quemcumque officialem minorem, seu majorem, et omnem personam ipsas consuetudines, vel earum aliquam infringere praesumentem; et si praedicti justitiarius, praetor, judices, magistri plateae, magistri xurtae, syndici, et omnes alii judices [3]) quantumcumque majores contra ipsas consuetudines, vel earum aliquam procedet [4]) in aliquo, vel ad denuntiationem alicujus civis Panhormi majoris. vel minoris contra jam dictas consuetudines, vel ipsarum aliquam ab officiali aliquo [5]) molestati [6]) ad tuendum eas fuerint

1) M. LXXXVI. 2) M. conservationem. 3) M. officiales. 4) procedere. 5) M. f. h. forsitan. 6) molestari.

desides, et remissi ipsarum consuetudinum beneficio, et ipsorum beneficiorum honore in perpetuum careant ut infames, ita quod ad ipsa officia, vel eorum aliquod numquam de caetero eligantur. Aequum est enim eos defensores honoribus civitatis privari, qui jura ipsius infringunt, et cum poterunt ea tueri, id facere neglexerunt. Aliis quoque prudentibus, et advocatis civibus, ac aliis juristis quibuscumque licet patrocinium non praestantibus si requisiti per praetorem, aut judices ad tuendas dictas consuetudines, vel aliquam earumdem [7]) inventi fuerint negligentes, ab ipsis honoribus, et omni earumdem consuetudinum beneficio perpetuo abdicatis. Et ut omnis omnino dubietas, sive altercatio super praedictis consuetudinibus, aut ipsarum aliqua apud omnes in posterum sit sopita volumus, et ordinamus ex consensu praedicti regnantis domini quod de caetero consuetudines memoratae, seu aliqua earumdem dummodo allegentur, seu offerantur per litigantes, vel aliquam partium earumdem coram quocumque judice quantumcumque majore, habeantur pro probatis in judicio vel [8]) extra, si ipsae consuetudines oblatae vel allegatae [9]) reperiantur similes de verbo ad verbum in quantum requirit negotium quaestionis cum praedicto quaterno, sive rollo, vel saltim, ejus sumpto publico, quod conservari debeat penes acta curiae praetoris, et judicum dictae urbis ad fidem plenam, ut dictum est, singulis exinde faciendam in quaestionibus singulorum. Si vero quaestio aliqua civilis, vel etiam criminalis ventilari contigerit inter cives Panhormi, seu alterum civem, et exterum extra civitatem eamdem per appellationis remedium, seu per alium modum legitimum coram superiore judice quantumcumque majore civilem, vel etiam criminalem jurisdictionem habente, et ipsae consuetudines in eadem quaestione, vel causa per aliquam partium earumdem allegatae, vel oblatae fuerit coram ipso judice in judicio, vel extra judicium super plena probatione facienda dictarum consuetudinum, vel alterius earumdem, cum ab aliqua partium litigantium fuerint denegatae, sufficiant tantum literae testimoniales super tenore dictarum consuetudinum, vel alterius earumdem in quantum requirit negotium ipsius quaestionis, vel causae dictorum praetoris, et judicum sub sigillis eorum, pro eo quod ipsi peritiam habent consuetudinum praedictarum

7) M. earum aliquam. 8) M. et. 9) M. f. vel allegatae.

destinatae, seu transmissae judici, seu judicibus, coram quibus quaestiones ipsae fuerint ventilandae, sive hoc fiat ad requisitionem praedicti superioris judicis factam ipsi praetori, et judicibus de praemissis, sive ad petitionem partium, vel partis alterius earumdem. Quae consuetudines antiquae cum in scriptis redactae sint pro jure municipali urbis praedictae amodo ab omnibus habeantur, et inviolabiliter observentur.

Bulla Sanctissimi Domini Alexandri Papae IV. confirmationis honorum, libertatum, primitiarum, et immunitatum, per Reges Siciliae rationabiliter Panhormitanis indultarum.

Alexander Episcopus, servus servorum Dei, dilectis filiis Vniversis Civibus Panhormitanis salutem, et Apostolicam Benedictionem. Ex sincerae devotionis affectu, qua nos, et Romanam Ecclesiam Matrem nostram filiali devotione honorare, ac venerari dicimini, procedit vt vos spetiali praerogativa favoris, et gratiae prosequamur. Hinc est quod nos vestris deuotis a supplicationibus inclinati omnes honores, libertates, primitias, et immunitates a clarae memoriae Regibus Siciliae per privilegia, seu alias rationabiliter vobis indultas, authoritate Apostolica vobis in deuotione Ecclesiae persistentibus confirmamus. Nulli ergo omnino hominum liceat hanc paginam nostrae confirmationis infringere, vel ei ausu temerario contraire. Si quis autem hoc attentare praesumpserit, indignationem Omnipotentis Dei, et Beatorum Petri, et Pauli Apostolorum ejus se noverit incursurum. Datum Neapoli, quartodecimo Kalendas Februarii Pontificatus nostri Anno primo.[1])

Privilegium civium Panhormitanorum de non renuntiandis privilegiis, et beneficiis civitatis.[1])

Ludovicus Dei gratia Rex Siciliae. Nova felicis nostrae coronationis festivitas, et ad regium fastigium nostra nova elatio gloriosa merito nos invitat (quamquam etiam hoc nostrae clementiae sit innatum) vt novas gratias, atque praemia cunctis nostris fidelibus, et praesertim benemeritis conferamus. Per praesens itaque Privilegium notum fieri volumus Vniversis tam

1) 1254.

1) De Vio Priv. Pan. p. 172—173.

praesentibus, quam futuris, quod attendentes antiqua fidelia obsequia per dilectam nobis universitatem Foelicis Vrbis Panhormi, divae memoriae gloriosis Principibus[2]) et[3]) Avo, et Patri nostris Regibus, ac eorum praedecessoribus tota mentis, et animi puritate collata, quae nobis confert, et conferre poterit, dante Domino, gratiosa[4]) nec minus fidem puram, et dilectionem sinceram, quas eisdem Dominis Regibus semper gessit, et nobis gerit, ad supplicationem nuper nostro culmini humiliter factam pro parte Vniversitatis Vrbis ejusdem per Joannem de Calvellis militem, Manfridum[5]) de Albaneto juris civilis professorem, Andream Falcilia,[6]) et Henricum de Bandino de Panhormo fideles nostros Syndicos ejusdem Vniversitatis ad nostram praesentiam destinatos, eidem Vniversitati tamqum benemeritae in perpetuum a primo Septembris proximo[7]) futurae duodecimae inditionis in antea gratiose concedimus, quod renuntiatio singulariter, et generaliter, tacite, vel expresse facienda, tam per Syndicos dictae Vniversitatis ejus nomine, quam per singulos Cives, et habitatores suos nomine proprio de quibuscumque[8]) Privilegiis, et Beneficiis eorum, tam in contractibus, quam extra aliquo modo non valeat, quibus fiat, sed ita post renuntiationem ipsam, dictis Privilegiis, et Beneficiis fori sui utifruantur,[9]) et gaudeant, ac si dicta renuntiatio[10]) per ipsos, et eorum quemlibet facta minime[11]) extitissent, quibuscumque legibus, seu ordinationibus nostrae Curiae huic forte contrariis, quibus in hac parte volumus derogari, non obstantibus vllo modo, Magistro Justitiario Regni Siciliae,[12]) et vniversis Officialibus, et personis, quatenus a praedicto primo Semptembris in antea constituendis fidelibus nostris praesentis Privilegii tenore mandantes, vt neminem ex eisdem Panhormitanis Civibus vigore renuntiationis ipsius impetant, vel molestent, quinimmo eis dictam nostram gratiam observent, et faciant inviolabiliter observari. In cujus rei testimonium, certitudinem, et cautelam, praesens Privilegium sibi exinde fieri, et sigillo dicti Domini Regis genitoris nostri pendenti, quo, vita sibi comite, in Privilegiis vtebatur defectu sigilli nostri nondum facti jussimus communiri, plena notitia

---

2) D. V. fügt hinzu Dominis. 3) D. V. fehlt et. 4) D. V. gratiora. 5) D. V. Manfredum. 6) D. V. de Falcidia. 7) D. V. proxime. 8) D. V. quibusdam. 9) D. V. utantur. 10) D. V. fügt hinzu facta minime. 11) Bei D. V. fehlen an dieser Stelle die Worte: facta minime. 12) Bei D. V. fehlen: Regni Siciliae.

conscientia, et expresso assensu, et authoritate Incliti, et Spectabilis infantis Joannis Athenarum, et Neopatriae Ducis, Marchionis Randatii, etc. ac Regni Siciliae Vicarii Generalis, patrui nostri charissimi, et[13]) tutoris intervenientibus ad praemissa. Datum Cataniae[14]) per nobilem Raymandum de Peralta Comitem Caltabilottae,[15]) Regni Siciliae Cancellarium, ac[16]) majorem Camerarium, ac Regni Aragonum Admiratum Anno Dominicae Incarnationis, Millesimo tricentesimo quadragesimo secundo. Mense Octobris vltimo ejusdem vndecimae inditionis.[17])

Cives[1]) *Panhormitani in, et extra urbem per omnia, et late uti possint ritu novo M. R. C. super exequutionibus debitorum, de quibus instrumenta publica deducuntur*[2]) *adinvento sicuti extitit Messanensibus concessum.*[3])

Fridericus Dei gratia Rex Siciliae. Vniversis Officialibus Curiae per totam Siciliam constitutis, et constituendis praesentes literas inspecturis, fidelibus suis gratiam suam, et bonam voluntatem. Nuper ad supplicationem factam culmini nostro per Panhormitanos Cives fideles nostros, eis de mera, et spetiali gratia[4]) inter alia in perpetuum concessimus, quod Curia Praetoris, et Judicum Vrbis ejusdem exerceat, et exercere possit per omnia atque late sicut Magna nostra Curia,[5]) Ritum novum per eandem Magnam nostram Curiam adinventum super exequutionibus debitorum, de quibus instrumenta publica producuntur. Quem quidem Ritum Panhormitanus Civis in sui favorem. et pro se possit facere exerceri non solum in dicta Vrbe, verum etiam extra Vrbem eandem per alias Civitates, et[6]) Terras et Loca Siciliae in omnibus Curiis, prout Messanenses a celsitudine nostra habent constito: summatim Officialibus dictarum Civitatum, Terrarum, et Locorum de civilitate Panhormitanorum ipsorum siue per publica documenta, siue per litteras Praetoris, et Judicum dictae Vrbis, aut per ipsa instrumenta originalia debitorum in quibus[7]) mentio fiat de civilitate hujusmodi tempore contractuum eorundem. Quocirca fidelitati vestrae

---

13) D. V. f. h. bajuli. 14) D. V. Catanae. 15) D. V. Calatabillottae. 16) D. V. et. 17) D. V. f. h. Receptum penes protonotorium.

1) cf. De Vio Priv. Pan. p. 85. 2) D. V. producuntur. 3) Bei D. V. fehlen die Worte ad invento — concessum. 4) D. V. gratia speciali. 5) D. V. curia nostra. 6) D. V. f. et. 7) D. V. f. h. merite.

mandamus, quatenus forma nostrae concessionis hujusmodi per vos diligenter attenta, eam quatenus declaratur, super[8]) praedictis Panhormitanis Civibus debeatis inviolabiliter observare, ac[9]) quantum vestra interest facere observari. Datum Panhormi septimo Januarii nonae inditionis.

Joannes Naso Siculus foelicis urbis Panhormi rethor,[1]) *et cancellarius praetori juratisque Panhormitanis salutem. Ann. 1477.*

Vetustatem omnes, Francisce Patella spectatae nobilitatis, vir, et eques ac foelicis Panhormitanae urbis praetor clarissime, vetustatem omnes non modo ut cumulata foelicitate a natura donatam extollunt miranturque, verum etiam ut divinitus augustissima quadam potestate instinctam tanquam publico ejusdem religionis cultu ac sanctimonia venerantur. Neque id sane injuria. Tanto enim tot illustrium virorum proventu viguit, tot institutis, tot inventis, tot artibus floruit, ut credi par putent naturam ac Deum totos sese in ornamentum illorum temporum effudisse. De nostris autem seculis tam pessime sentiunt ut defecisse in nobis vim naturae ac coeli benignitatem ingratis ut equidem arbitror ac sacrilegis vocibus conquerantur. Naturae enim ac divinae virtutis vis mundo quem sibi ab initio finxerat aeque eodemque modo se semper distribuit. Alioquin credendum esset (quod nefas est cogitatu) ipsam naturam ac vim coelestem aut minus aliquando valuisse, aut nunc cum mundo tandem consenuisse. Illa vero ut eadem semper est, ita semper necesse est ab ea qui sunt effectus eosdem esse. An non igitur priorum temporum clariores effectus? Fateor quidem multos, sed et quaedam tum quoque aliis alia meliora, et inter optimarum rerum exempla quamplurima pessimorum quoque non pauciora proferri possunt. Ita mihi videntur divina munera identidem semper fluentia per inde sese mortalibus praebuisse, ut illi illa exagere exercereque voluerunt. At qui degenerasse quidem non parum haec nostra aetas ab illa priscorum creditur, et certe in quibusdam non eamus inficias: nemo tamen non dicet maximis in rebus efficiendis non ingenitam vim: sed voluntates, et studia mortalium defuisse, argumento est: quod quaedam nos nostris temporibus nacti

---

8) D. V. superius. 9) D. V. et.

1) sic!

sumus, quae ita magnitudine praestantiaque sui numerosae foelicitates veterum antecellunt, ut verius nobis illi quam illis nos invidere, et aequius illi foelicitatem nostram quam nos illorum concupiscere debeamus. Rerum gestarum inanem gloriam, et fraudarum [2]) suo fine ambitiosam scientiam sua illis tempora praestiterunt, nobis nostra verae religionis sacramentum cultumque, et ipsius dei ac Salvatoris nostri Jesu Christi fidem. et veritate sui certam, et editis supra naturam miraculis approbatam cum spe bonorum immortalium attulerunt. Quid ergo? Nonne hoc uno hominum bonorum optimo bono longe foelicitatem veterum anteimus? O nostra tempora plusquam ab homine extimari possint foelicia, quae tot ante seculis ab initio mundi mundo clausa, nostris temporibus quae apertum Christi latus totis foribus patefacta tantum Christianis hominibus contigere jactent quantum libeat veteres aurea augusti saturniqne secula, dummodo nobis coelestia duce Christo possidenda permittant. Atque nos illi rerum scientia longe praecellunt. Ut concedamus, adhuc nostram illam foelicitatem non adaequabunt. Quid quod doctrina quoque non cedimus? Equidem ego trium sanctorum doctorum volumina (ut de caeteris innumerabilibus conticescam) Hyeronimi, Augustini, Gregorii universae Graecorum Latinorumque tam laudatae antiquitatis priscis ipsis si viverent utriusque linguae principibus dolentibus quidem, sed nihil inficiantibus anteponam. Et jacuisse hactenus bonarum artium intermissa studia non quidem negaverim, sed ex divo illo Alphonso ita praemiis honoribusque excitata tot ingeniosissimorum hominum industria confecta erecta, ac instaurata tam vegetis ingeniis, tot novis inventis commentis scriptis aucta ac illustrata, in tantam spem, et in tantam omnium totius Italiae principum extimationem adducta ut rediisse jam ad ea in quibus fuerant apud veteres fastigia videantur ipse quoque divinae praestantiae Hispaniae atque Siciliae nostrae Rex Ferdinandus eminentissimus omnium virtutum ac regum fulgor ut incaeteras magno principe dignas artes ita in literas quoque tanto adore fertur ac flagrat ut videamus universum, et urbem, et [3]) literas ac literatos jam sub ejus imperio regnaturos. Et praeterea illud in primis ad nostrorum temporum foelicitatem accedit, quod cum rerum temporum hominum ac doctrinarum verissimi

2) sic! 3) Zu ergänzen: terram.

testes, aeterna monumenta sint literae, dono coelesti, et invento mirabili Theotonici [4]) homines novam ac priscis incognitam imprimendarum literarum artem excogitarunt, ut uno die paucissimi homines tantum imprimerent quantum idem vix uno seculo penna manuque scribere potuissent. Hinc libri qui obducti, sicuti in opaco latebant in lucem educti sunt, qui velut carceribus ab avaris domis [5]) continebantur emissi sunt, qui praedicti fuerant conquisiti atque reperti sunt. Ita impressurae proventu effectum est ut qui vix unquam videri poterant nunc passim ab omnibus evolvantur, qui mendosi erant, nunc emendatissimi lectitentur, ex inopia summa copia ex charitate summa grata utilitas facta est. Qui disparatis libris ipsa quoque literarum studia desperabant nunc libris, et literis ad satiatam usque sacietatem explentur. Qui non poterant possunt jam, et qui volebant nolunt jam, quod pudendum existimant in tanta librorum multitudine rudes esse. Alii vetusta pertractant, recentiora alios occupant, quosdam in suam cujusque gentis linguam traducta delectant, nova aliqua per se quidam excogitant, jam qui imprimant in omnes urbes ejus rei artifices contrahuntur, quaecunque ubique memoria digna sunt imprimenda traduntur. Et nunc huic quoque nostrae foelici Panhormitanae urbi ne haec tanta deesset foelicitas, tu praetor nobilissime cum sacro hujus anni Panhormitanorum juratorum collegio Manfrido la Muta, Prothesialo Elefanto, Scipione Suetile, Raymundo Diana, Mattheo Campo, Joanne Homodeo viris clarissimis procurante Ranaldo Suetile insigni jureconsulto urbisque syndico curastis ac effecistis, ut Andreas de Vormacia ejus artis professor Panhormi officinam impressoriam exerceret, atque inter caetera imprimenda volumina Panhormitanas consuetudines impressaret, quae et si non satis latina elegantia conscriptae sunt, tamen qui lecturi sunt cognoscerent quibus institutis ac moribus temperanda Panhormum nostrum nostri veteres consuerunt, et exilitatem sermonis cum utilitatis magnitudine compensantes inde consuetudines moresque nostrae urbis ediscant, et aliquid habeant quod in suarum quoque civitatum gubernationem assumant. Valete apud foelicem urbem Panhormi Idibus Novembris anno Jesu Christi millesimo quadringentesimo septuagesimo septimo.

4) sic! 5) sic!

Zusätze in der Ausgabe des Muta.

Zu CAP. XXVIII.

I. Nova declaratio corrigens fraudes callidissime excogitatis artibus contra tenorem antiquae Panhormitanae consuetudinis, juris prothomiseos. [1])

Antiquorum civium circumspecta prudentia in gloriosa Panhormitana urbe generalem atque laudabilem ab antiquo consuetudinem introduxit, quod si quis Panhormitanus civis aliquod urbanum praedium, vel etiam rusticanum venderet infra biennium consanguineus venditoris, vicinus vero collateralem possessionem habens finibus rei venditae infra annum dictum praedium venditum recuperare valeat sub modo [2]). et forma in eadem salubri consuetudine comprehensa. Verum quia homines malitiae dediti [3]) nihil est fraudis quod non adinveniant, ut sacratissima civilis [4]) dictat authoritas, quidam malitiae dediti contra mentem consuetudinis ante dictae, verba praedictae antiquae consuetudinis cavillantes, loco verae venditionis emphyteuticos, seu censuales consuluere contractus. et post aliquod tempus a directo domino [5]) jus illud emphyteuticum, seu censuale redimi faciebant in vicinorum, et consanguineorum fraudem, et consuetudinis memoratae: ex qua fraude illud eveniebat absurdum quod consanguineus, vel vicinus postea in dictae fraudis vera probatione deficiens propter dictas callidissimas simultates in recuperatione rei se inveniebant privilegio dictae consuetudinis vacuatos contra propositum

1) Bei De Vio, Priv. Panorm. p. 103 hat diese Declaration nachstehenden Eingang: „Fridericus Dei Gratia Rex Siciliae. Praesentis Privilegii serie notum fieri volumus Vniversis, tam praesentibus, quam futuris, quod pro parte Vniversitatis hominum felicis Vrbis Panhormi nostrorum fidelium, per eorum Syndacum (sic) ad Curiam nostram missum propterea, fuit ostensa, et praesentata eidem nostrae Curiae in scriptis quaedam nova declaratio facta per Vniversitatem eamdém super corrigendis fraudibus callidissime excogitatis artibus contra tenorem antiquae Panhormitanae Consuetudinis Juris Prothomiseos consanguinitatis, et vicinitatis ab antiquis eorum Praedecessoribus salubriter institutae, continentiae infrascriptae videlicet:“ 2) Bei De Vio fehlen die Worte sub modo. 3) De Vio: dediti malitiae. 4) D. V. fügt hinzu: juris. 5) D. V. dominio (wohl nur ein Druckfehler).

condentium consuetudinem ante dictam. Quia vero tam salubre privilegium decet esse mansurum, ac omnis malitiae, et diminutionis extraneum, universitas dictae urbis praefatis malitiis, et cavillosis machinationibus resistere cupiens, et salubriter obviare, de consensu expresso regnantium dominorum praesenti declaratione, annuente Domino in perpetuum valitura, universali majorum [6]) civium dictae urbis accedente consensu, provida et[7]) matura deliberatione decrevit quod si deinceps aliquis in urbe praedicta ad perpetuum emphyteusim seu annuum censum concedere velit aliquod suum praedium urbanum, vel etiam rusticanum, in dicta concessione in posterum talis forma servetur. videlicet quod ipsi contrahentes palam, et publice in convicinio celebrent dictum emphiteoticarium,[8]) seu censualem contractum ita quod verisimiliter dictus contractus possit ad vicinorum, vel ad consanguineorum, de quibus praedicitur, notitiam pervenire, et quod uterque ipsorum sic contrahentium juret ad sancta Dei evangelia corporaliter tacto libro in manu personae publicae ibidem praesentis quod vere est contractus emphiteoticarius,[9]) seu censualis ille quem celebrant, et non simulato colore factus in fraudem consanguinei, vel vicini. Aliter vero celebratus contractus praedictus omissa forma praedicta ipso facto nullius sit roboris vel [10]) momenti. Et proinde res sic concessa, ac si de ea pura facta esset venditio recuperari possit per consanguineum, vel vicinum, quasi declarationis praesentis praesumptione dicta concessio celebrata sit in fraudem consuetudinis praenotatae. Si vero servata forma praedicta directus dominus praedii ex dictis causis concessi ipsum jus directi dominii in alium deinde titulo venditionis transtulerit, si quidem in ipsum emphiteutam, tunc procul dubio jus ipsum ab ipso emphiteuta recuperare posset consanguineus vel vicinus ac si vera fuisset a toto principio totius fundi facta venditio intra tempora in dicta antiqua consuetudine praefinita, et sub modo, et forma ac personarum praerogativa in eadem antiqua consuetudine latius declaratis. Sed si alio alienationis titulo directus dominus praefatum directum dominium in emphiteutam transferat in quo nullum interveniat pretium, tunc praefatum [11]) dominium consolidatum cum utili recuperare

6) D. V. f. h.: et seniorum. 7) D. V. ac. 8) D. V. emphiteuticum. 9) D. V. emphiteuticus. 10) D. V. et. 11) D. V. f. h.: directum.

possit consanguineus, vel vicinus ac si de corpore ipso facta esset [12]) venditio oblato pretio ipsius fundi sincera fide taxando per curiam praetoris, et judicum dictae urbis. At si in aliam personam tertiam directus dominus fundi emphiteotici, [13]) vel censualis transferat dictum directum dominium, seu jus emphiteoticarium, [14]) si quidem venditionis titulo, ejusdem juris recuperatio competat consanguineo vel vicino juxta tenorem, et praefinitionem temporis antiquae consuetudinis ante dictae, soluto prius vero pretio ipsi emptori pro quo jus ipsum emerat a directo domino supradicto. Et ne fraus in conventione dicti pretii committatur tam emptor, quam venditor directi dominii sive fiat venditio ipsi emphiteotae, [15]) sive tertiae extraneaeque personae, jurare cogantur quod in rei veritate non plus neque minus fuit verae pretium venditionis juris ipsius, sed tantum quantum in ipso contractu asseritur fuisse conventum. Si vero directus dominus dictum jus directi [16]) dominii in [17]) tertiam personam alio quam venditionis titulo transferat, tunc nullum jus prothomisii [18]) competat consanguineo, vel vicino, nisi forsitan [19]) postea praefatum jus directi dominii redierit ad emphiteutam ex alio [20]) contractu inter dictum emphiteutam, et dictam tertiam personam postea celebrato, tunc enim dicti juris recuperatio consanguineo competat vel vicino ac si principaliter eidem emphiteutae per dominum directum facta esset vera venditio de toto corpore supradicto. Porro si forte contigerit [21]) directum dominum jus sui directi dominii quod habet in re emphiteutica, vel etiam censuali transferre ex causa dotis, vel alicujus ultimae voluntatis, tunc favore liberalitatis, et voluntatis, extremi judicii, cujus iterum redire nequit arbitrium, omnino jus prothomisii cesset, et nulla vigore praesentis [22]) dicti juris recuperatio competat in dictis casibus consanguineo, vel vicino. Quia vero nihil peccavit antiquitas, quae hujus declarationis inscia praesentem formam in hujusmodi contractibus non servavit, ideirco praesentem declarationem ad sola futura quilibet pertinere cognoscat, ad praeterita vero, et pendentia a [23]) praeteritis

---

12) D. V. f. h.: vera. 13) D. V. emphiteutici. 14) D. V. emphiteuticum. 15) D. V. emphiteutae. 16) D. V. directum (wohl nur Druckfehler). 17) D. V. h.: aliam. 18) D. V. prothomisios. 19) D. V. fortassis. 20) D. V. aliquo. 21) D. V. contigerit forte. 22) D. V. f. h.: declarationis. 23) D. V. ex.

nequaquam. Et Majestati nostrae humiliter supplicatum, ut praedictam novam declarationem per dictam universitatem praedictis rationibus, ut praedicitur factam eis confirmare de benignitate Regia dignaremur; Nos autem hujusmodi supplicatione, veluti rationi consona, benigne admissa, visa prius, discussa, et examinata declaratione ipsa de mandato nostro per juris peritos,[24]) praesertim judices magnae nostrae Regiae[25]) curiae conciliarios familiares, et fideles nostros, et per eos, tamquam[26]) juri consona approbata, declarationem ipsam tanquam probabiliter, et rationabiliter factam ad obviandum fraudibus callidissime excogitatis artibus ante dictis ut superius continetur de plenitudine potestatis nostrae, ex certa nostra[27]) scientia duximus confirmandam, ita tamen quod declaratio ipsa ad futura tantum extendatur, et non ad praeterita, nec pendentia[28]) ab eis, sicut in praedicta declaratione superius est expressum.[29])

II. *Postmodum autem tempore Domini nostri Regis Ludovici facta fuerunt certa capitula facientia ad statum, et regimen dictae urbis, et confirmata per litteras dicti Domini Regis, inter quae continetur capitulum infrascriptum videlicet.*

Quod si aliquis vicinus vendat praedium alicui ex vicinis ejus quod alter vicinus admittatur ad recuperationem medietatis, seu portionis dicti praedii venditi praedicto jure prothomisios vicinitatis, et possit totum praedium venditum recuperare, et habere ab emptore praedicto, et hoc sit in arbitrio primi emptoris praedicti praedii empti, vel habentis jus, et causam ab eo, restituere totum praedium, vel medietatem, seu portionem, soluto prius pretio, pro quo emerit illud praedium, et justis expensis in praedio ipso vendito per emptorem praedictum factis per alterum vicinum recuperantem infra annum, mensem,

---

24) D. V. f. h.: et. 25) Bei D. V. f.: Regiae. 26) D. V. tam. 27) Bei D. V. f.: nostra. 28) D. V. procedentia. 29) Am Schluss stehen bei De Vio l. c. p. 105 folgende Worte: „Ad hujus autem nostrae confirmationis memoriam, et robur perpetuo valiturum praesens Privilegium eis exinde fieri jussimus, et sigillo pendenti Majestatis nostrae muniri. Datum Messanae per Nobilem Petrum de Antiochia Militem, Regni Siciliae Cancellarium Anno Dominicae Incarnationis Millesimo Trecentesimo Trigesimo, Mense Maii, Quarto ejusdem, Tertiae Decimae Indictionis."

hebdomadam, et diem in prima majori consuetudine contentes. Et idem in consanguineis censeatur, et observetur juxtra gradum. Et quod summarie, et ex abrupto procedatur super recuperatione praedicti juris prothomiscos, auditis tamen defensionibus omnibus partis adversae, et reservatis, appellatione remota, sed tantum supplicatio per viam gravaminis admittatur. Dat. cf.

Zu CAP. XXXVII.

Septimo decimo die mensis Aprilis III Ind. sub ann. nativitatis Domini 1320 de mandato sacrae Regiae Majestatis, et assensu universitatis *felicis urbis Panhormi* cassata est, et pro cassata habetur dicta consuetudo quae incipit: Si alicui fundus etc. pro eo quod per sapientes dictae urbis allegatum fuit coram dicta Majestate consuetudinem ipsam usurariam esse, et quod loherium hujusmodi praediorum debeat de sorte deduci, et excomputari pro habitatione ipsorum ipsa habitatione non obstante.

Am Schluss der Ausgabe steht folgende Notiz:
Die 12 Septembris 9 Inditionis 1535.

Caesarea, Sacra, et Catholica Majestas Domini nostri Caroli Imperatoris, et Regis personaliter constituta hodie die praedicto circa horam 23 diei in majori Panhormitana ecclesia, tactis sacrosanctis literis super libro consuetudinum dictae urbis existente in manibus, et posse spectabilis Guglielmi Spatafora praetoris urbis praedictae juravit de exequendo, et observando, ac exequi, et observari faciendo per quos decet, omnia privilegia, consuetudines, et bonos usus dictae urbis juxta eorum seriem, continentiam, et tenorem, unde et.

CONSUETUDINES ET STATUTA
NOBILIS CIVITATIS MESSANE:

SUIQUE

DISTRICTUS OBTENTAE ET APPROBATAE

IN CONTRADICTORIO JUDICIO.

L[1]) *De bonis viri et uxoris: et quot*[2]) *partes fieri habeant, si quando ea bona cum filiis dividantur.*

Viri et uxoris bona omnia a quacumque parte proveniant, natis filiis : confunduntur : et unum corpus efficiuntur. Saepius enim scriptum est : et in toto regno consuevit quod ex quacumque causa viro vel uxori aliqua bona provenerint, natis filiis communia sunt inter eos. Et volentibus viro et uxore dividere cum filiis, tercia pars bonorum debetur patri : altera matri : reliqua tercia filio vel filiis.[3])

II. *Pater et mater viventes quid possint filiae nubenti vel filio emancipato de bonis suis dare : et cum quibus dividantur bona remanentia.*

Pater et mater viventes si voluerint filiam viro tradere : liceat eis dare in dotem de bonis suis pro velle eorum. Si vero filium emancipare voluerint : de tercia eorum possint ei pro velle suo dare, ultra partem sibi contingentem de tercia, quam cum fratre vel fratribus habet[1]) communem. Quod si omnes filios vel filias forfamiliaverint : et partem bonorum acceperint : inter patrem et matrem bona reliqua dividuntur.

---

1) In der von Hartwig zu Grunde gelegten Ausgabe des Apulus sind die Capitel nicht gezählt. Im obigen Texte sind die bei Apulus vorkommenden offenbaren Druckfehler verbessert, aber in den Noten angegeben. A. bedeutet Apulus. 2) A. quod. 3) Bei Abbas Siculus Cons. 64 lautet c. I folgendermassen: „Viri et uxoris bona omnia a quacunque parte proveniant natis filiis confunduntur. et volentibus viro et uxore dividere cum filiis. tercia pars bonorum debetur patri et altera matri. et reliqua tertia filio vel filiis."

1) A. hat habent.

III. *Patre et matre viventibus an filius possit de bonis eorum aliquid petere.*

Utroque parente vivente filius etiam factus major de bonis communibus portionem petere non potest.

IV. *Defuncto patre vel matre ab intestato pars praemortui cui cedat.*

Praemortuo [1]) patre vel matre ab intestato, filio vel filiis viventibus cum patre vel matre superstite: tercia pars praemortui cedit filiis: Et sic iidem filii habent duas tercias partes bonorum: unam debitam sibi jure naturae, alteram parentis praemortui.

V. *Praemortuo patre vel matre facto testamento quid juris sit de portione defuncti.*

Si vero praemoriatur pater testatus: ejus stabitur testamento, dummodo in eodem testamento de tercia sua portione filios recognoscat. Sed si mater praemoriatur testata: potest de mobilibus terciae portionis suae pro velle testari. Stabilia vero ea mortua cedunt filiis. Et si non sunt ei mobilia, potest de stabilibus portionis suae tantum usque ad medietatem valoris eorundem stabilium juste extimatorum pro velle testari.[1])

VI. *Praemortua matre vel patre filii nolentes cum superstite in communi vivere, quam partem bonorum petere possint.*

Si mortua matre filius major factus noluerit in familia patris manere, sed per se vivere voluerit, patre volente [1]) ei

---

1) Bei Abbas Sic. l. c. lauten c. IV, V im Wesentlichen beinahe wörtlich übereinstimmend also:

„Premortuo vero patre vel matre ab intestato et filio vel filiis viventibus. patre superstite vel matre tercia pars premortui cedat filiis vel filio. et sic idem filii habent duas partes. unam debitam sibi jure nature alteram ex parte parentis premortui.

Si vero pater premoriatur testatus ejus stabitur testamento dummodo in eodam testamento de tercia filios suos recognoscat. Si vero premoriatur mater potest de mobilibus tercie sue portionis pro velle testari. Stabilia vero ea mortua cedant filiis. Si autem non sunt mobilia potest de stabilibus usque ad medietatem valoris eorundem stabilium justa extimatione testari."

1) A. nolente.

pro posse fideliter administrare: non cogitur pater illi dare, nisi terciam tantum a matre praemortua ei provenientem. Reliquam terciam eidem filio suo jure debitam pater quo ad usumfructum sibi retinere potest, proprietate tamen filio reservata donec ad secunda vota convolare voluerit. Si vero secundam uxorem duxerit: filius medietatem ususfructus alterius suae terciae partis petere potest, altera medietate patri remanente. Patre autem mortuo matre superstite, si filius in communi cum matre vivere noluerit: duas partes sibi competentes, a matre ipse filius petere potest.

VII. *Quando pater vel mater cum tercia sua transit ad secunda vota, quomodo filii primi et secundi matrimonii succedant in ejus tercia praemortui ab intestato.*

Vir praemortua uxore vel uxor praemortuo viro ad secunda vota cum tercia sua libere potest transire: et tercia illa cum bonis secundi viri vel secundae uxoris natis filiis unum corpus efficitur: quo mortuo vel qua mortua ab intestato omnia bona illa in tres partes dividuntur: quorum tercia debetur viro vel uxori superviventi, et altera tercia filiis illius secundi matrimonii: In reliqua enim praemortui tam filii primi quam secundi matrimonii succedunt in capita. Si vero testamentum condiderit, et de tercia sua filios primi matrimonii non recognoverit: tamquam ab intestato similiter succedunt.

VIII. *Unde solvenda sint debita ejus qui de primo et secundo matrimonio filios suscepit.*

Debita quae apparent facta tempore primi matrimonii solvi debent de bonis filiorum primi matrimonii et de tercia, quam pater vel mater ab illis filiis divisit, cum qua ad secunda vota transivit. Debita vero facta tempore secundi matrimonii solvi debent de bonis secundi matrimonii et de praedicta tercia quae cum ipsis bonis natis filiis confusa est. Debita vero quae rationabiliter facta apparuerint medio tempore inter primum et secundum matrimonium, de communibus bonis solvi debent.

IX. *Filio defuncto patre et matre viventibus cui cedat ejus portio: et eo casu subsequente morte patris quid juris habeat uxor in bonis matri.* [1])

Filio nato et praemortuo patre et matre superstitibus quilibet

eorum in tercia illius pro dimidia parte succedit: et sic omnia bona sunt inter eos communia. Et in hoc casu viro defuncto uxor superstes optionem habet vel dimidiam partem omnium bonorum sibi retinere, vel dotem suam repetere: salvo jure cognatis ejusdem viri legitimis successoribus (si bona fuerint stabilia), redimendi ea pro quanto fuerint juste aestimata valere.

X. *Patre vel matre praemortua filiis cum superstite remanentibus et in minori aetate vel ab intestato praemortuis*[1]) *ad quem spectent bona eorum.*

Patre praemortuo filiis minoribus cum matre remanentibus et in minori aetate vel ab intestato praemortuis, bona eorum stabilia si provenerint eis a matre, ad eandem revertantur: si a patre provenerint, ad proximiores patris. Similiter praemortua matre patre superstite revertantur. De mobilibus vero tercia pars, quae eis jure suo provenit, ad patrem vel matrem superstitem devolvitur. Reliqua vero tercia quae jure paternae vel maternae successionis eis acquisita est, ad proximiores defuncti patris vel matris revertitur.

XI. *Praemortuis patre et matre filiis postea defunctis ad quem bona eorum pertineant.*

Utroque parente praemortuo filiis eorum in minori aetate vel ab intestato postea defunctis, bona stabilia ad eam partem revertuntur a qua provenerunt. De mobilibus vero una tercia ad proximiores patris, altera ad proximiores matris devolvitur.

XII. *Viro vel uxore praemortua non natis filiis ad quem bona defuncti pertineant.*

Viro praemortuo filiis non susceptis mulier superstes dotem et dotarium suum consequi debet. Reliqua vero bona praemortui ab intestato pertinent ad proximiores: ex testamento pertinent ad eos quibus ipse in testamento reliquerit. Uxore praemortua extinguitur dotarium: et dos ad dotantem revertitur. Sed si vir voluerit eam propriis sumptibus sepelire, lectum cum toto apparatu suo qui fuerit prima nocte nuptiarum matrimonii,

---

1) sic, soll vermuthlich heissen: in bonis matrimonialibus.

1) A. praemortui.

habere debet, si extat. Si autem non extat, cum meliori apparatu, qui eo tempore in domo invenitur. Quae si testari voluerit, potest quidem de mobilibus : de stabilibus vero minime : nec marito, nec extraneis testari potest quoad proprietatem.

XIII. *De re stabili dotali non alienanda.*

Rem stabilem dotalem nec vir cum consensu uxoris, nec uxor cum consensu viri non susceptis aut non existentibus filiis vendere vel alienare possunt : nisi cogente magna necessitate discussa et cognita per curiam Messanae.

XIV. *De dote reddenda, et de expensis a viro factis in re dotali.*

Res stabilis dotalis qualis fuerit tempore reddendae dotis sive melior sive deterior facta, qualis eo tempore fuerit, reddatur. Si vero maritus solum vel fundum vacuum in dotem receperit : et eum de propriis aedificaverit : is ad quem revertitur dos, utiles et necessarias expensas in aedificio factas [1]) reddet ei in ea quantitate, qua tunc ipsum aedificium valere estimabitur : quia aedificium solo cedit. Guarnimenta autem et superlectilia qualia eo tempore fuerint, reddantur.

XV. *Viro et uxore sine bonis matrimonium contrahentibus quid juris sit de bonis eorum postea quaesitis.*

Viro et uxore sine dote et dotario (cum uterque nihil in bonis habeat) matrimonium contrahentibus : filiis non susceptis vel susceptis et praemortuis quaecumque acquisita sunt bona, communia sunt.

XVI. *Quando mulier filiorum suorum tutelam gerere potest : et de tutoribus minoribus dandis.*

Viro ab intestato praemortuo vel ab eodem testato, nihil de tutore disposito uxor superstes, tutelam filiorum gerere potest, nulla juris observantia perquisita, si fuerit honesta et diligens administratrix et fideliter administraverit, quousque tamen ad secunda vota non transierit. Si vero ad secunda vota convolaverit, tutor legitimus si fuerit ad administrandum idoneus, auctoritate curiae eorumdem pupillorum tutelam gerere potest facto inventario. Si autem legitimus non invenitur,

1) A. factos.

curia ex officio suo virum idoneum ipsis pupillis tutorem constituat. Sed viro testato defuncto tutor ab eodem in testamento constitutus ex sola testamenti auctoritate tutelam minorum administrat.

XVII. *Apud quem minores educari debeant.*

Minores apud tutorem suum educari debent : excepto si mater vel amita eos educare voluerit : et tunc a tutore pro eorum educatione vitae necessaria eidem matri vel amitae dentur.

XVIII. *De rebus minorum et majorum absentium sine decreto curiae non alienandis.*

Imminente justa necessitate pro qua res minorum obligari debeant vel alienari, necessitatis causa per curiam discussa et cognita possunt res minorum cum decreto curiae obligari et alienari : nec aliquando retractantur. Res etiam majorum et absentium per curiam cum causae cognitione alienatae vel in solutum datae irretractabiles permanent.

XIX. *Quando minor testari possit : et quando major efficiatur : et rerum suarum administrator.*

Minor post quartum decimum annum completum testari potest : et decimo octavo anno completo major efficitur : et deinde res suas legitime administrare potest.

XX. *De quibus bonis filius familias testari possit.*

Filius familias utroque parente vivente de bonis eorum praeter voluntatem et consensum ipsorum testari non potest. De peculio vero suo pro velle testari potest.

XXI. *De puellis minoribus.*

Puella minor si nupserit majori cum auctoritate viri sui res suas a tutore petere potest.

XXII. *De exhaeredatione liberorum et spuriis.*

Filius vel filia a paternis bonis ex his causis a patre exhaereditari possunt : ex quibus per leges exhaeredantur.

Mater vero eos exhaeredare non dicitur.[1]) Spurii et non legitime nati non exhaeredantur. De spuriis vero et incestuosis dicimus quod non possunt succedere in haereditate parentum.

XXIII. *Quando filia nupta et dotata vel filius emancipatus possit cum fratribus vel sororibus ad paternam vel maternam successionem venire.*

Filia nupta et dotata a patre et matre vel ab altero eorum, remanentibus fratribus et sororibus in familia : mortuo patre vel matre ab intestato potest filia facta collatione dotis (si voluerit) ad paternam vel maternam successionem venire cum fratribus et sororibus, qui in familia remanserunt. Idem potest filius emancipatus.

XXIV. *De divisionibus inter fratres cohaeredes faciendis.*

Fratribus nolentibus in communi vivere et volentibus paternam vel maternam haereditatem dividere : majori natu datur divisio celebranda : et minori conceditur optio eligendi. Et sic de gradu in gradum usque ad majorem. Adventitia vero et legata inter cohaeredes legatarios sorte dividuntur.

XXV. *De divisione facta inter quamlibet personam.*

Re stabili communi inter aliquos de communi voluntate divisa, postquam quilibet portionem suam agnoverit, et ea contentus fuerit : nullo tempore vel aliqua causa per aliquem eorum vel ipsorum haeredes divisio retractari potest.

XXVI. *De publicis contractibus.*

Nullus privatus contractus valet aut tenet nisi ab duobus vel pluribus idoneis testibus fuerit roboratus.

XXVII. *Quando mulier obligari non potest, et quando potest.*

Uxor sine viri sui auctoritate nec se, nec sua obligare potest. Sed cum mariti sui auctoritate susceptis filiis obligari potest : si pro communi utilitate vel necessitate obligatio contracta fuerit. Mulier quoque virum non habens se et sua obligare potest.

---

1) Apulus fügt an dieser Stelle hinzu: „quos non habet in potestate: sed tacite praeterire. Jo. pe: apu."

XXVIII. *De poena in contractu apposita.*

Nulla poena in privato contractu apposita solvitur : praeterquam si in arbitrorum instrumento apponatur : excepto si de poena fiat publicum instrumentum : et ita servatur in curia Messanae.

XXIX. *De arbitris.*

Facto in aliquos a partibus compromisso cum poenae appositione, firma est arbitrorum sententia in civili negotio. In criminali etiam in quo non esset poena sanguinis per curiam infligenda. Item sententia arbitrorum promulgata si aliqua partium dixerit se arbitrum habere suspectum videlicet quod contra conscientiam sententiam iniquam pronunciaverit tenetur arbiter se inde juramento purgare.

XXX. *De venditione rerum stabilium.*

Venditiones rerum stabilium debent per curiam celebrari : quae cum fuerint debita solemnitate peractae scilicet cum designatione rei venditae per publicum notarium publice facta et instrumento confecto per eundem et tam suprascriptionibus venditorum et subscriptionibus judicum et straticoti communito : nunquam ab ipsis venditoribus vel eorum haeredibus ex aliqua causa retractari possunt.

XXXI. *De jure prothimisios.*

Jus prothimisios competit tam ratione consanguinitatis quam contiguitate loci. Et habens prothimisim ex consanguinitate usque ad tercium gradum praefertur ei qui habet ex contiguitate loci : dummodo is qui petit si ex ea consanguinitate per lineam descendentem, a qua res venalis pervenisse dignoscitur. Re stabili vendita a publico notario locum venditum publice designante et ei qui habet jus prothimisios denunciatione praemissa per curiam : quousque publicum instrumentum venditionis non fuerit debita solemnitate peractum : is qui habet prothimisim jure prothimisios uti potest. Vendita re stabili absente eo cui jus [1]) prothimisios competit : si idem absens infra annum redierit, et

---

1) A. cujus.

usque ad dies quindecim post reditum se curiae praesentaverit, et rem stabilem venditam jure prothimisios habere petierit: restituto integro pretio primo emptori et solutis eidem justis expensis ipsam rem habere potest. Ecclesiae monasteria comites et barones jus prothimisios in civitate Messanae non babent.

XXXII. *De cabellis.*

Domo vinea vel qualicumque possessione data in cabellam: ex duabus causis cabellae contractus rescindi potest scilicet pro dote danda et venditione: praeterquam si rei dominus qui in cabellam dedit, expresse se obligaverit non posse pro neutro istorum impedire vel infringere cabellam, renunciando consuetudini nobilis civitatis Messanae: quia omnis contractus ex conventione legem accipit.

XXXIII. *De locationibus domorum.*

Domus locata auferri non potest ante constitutum tempus locationis: praeterquam si dominus qui locat vel in ipsa domo habitare, vel res suas ex necessitate in ea ponere voluerit. Si vero conductor ante finitum tempus conductionis ad propriam domum migrare voluerit ad habitandum seu ad alias partes domicilium mutare voluerit, potest: dummodo transacti temporis solvat loherium: ultra non tenetur. Locator vero domus pro pensione sibi non soluta potest per se res inquilini auferre, et retinere donec pensio sibi solvatur.

XXXIV. *De debitis ex turpi causa.*

Si quis pecuniam mutuaverit ad taxillos vel ad aliquem ludum perditionis, ei actio denegatur et debitum amittit: nisi per retentionem pignoris sibi cautum fuerit. Si autem convenerit aut promiserit aliquid dare, is cui promissum est, actionem non habet: sed datum non repetitur cum in turpi causa melior sit conditio accipientis vel possidentis.

XXXV. *De usuris.*

Usurae datae non repetuntur: nec in sortem debiti computantur. Dandae dari non coguntur praeterquam viduis et pupillis, dummodo sint moderatae.

XXXVI. *De foro competenti.*

Civis Messanae prima fronte ex nulla causa ad judicium trahitur nisi in curia Messanae.[1])

XXXVII. *Quando mulier non potest comparere judicio.*

Mulier virum habens non habet caput standi in[1]) judicio sine viri sui authoritate.

XXXVIII. *Quando quis carcerari non debeat.*

Nemo pro civili causa carceretur si fidejussorem dare potest.

XXXIX. *De contumacia.*

Data alicui possessione rei de qua agitur per contumaciam adversarii causa rei servandae sive ante contestationem sive post litem cotestatam : si infra dies quinquaginta contumax se judicio praesentaverit, data fidejussoria cautione sistendi in judicio actore citato et praesente possessionem recuperat. Perseverante vero in contumacia ultra diem quinquagesimum possessio apud eum cui data est remanebit.

XL. *Qualiter debitores sunt ad solutionem cogendi.*

Debitore ad solutionem condemnato, de mobilibus ejus vel se moventibus si compareant, prius satisfaciendum est creditori : quibus non comparentibus vel fidejussoriam cautionem praestabit de solvendo vel in carcerem detrudetur usque ad quindecim dies ibi detentus, ut tedio carceris affectus (si sunt ei mobilia) solvat quod debet. Post quindecim vero dies eodem dicente se mobilia non habere, ejus stabitur juramento. Debitoris vero ad solutionem condemnati rebus stabilibus comparentibus non inventis mobilibus, creditor in possessionem earum rerum per curiam mittitur pro mensura debiti declarati tenendo usque ad annum : pensionibus vel proventibus quos inde perceperit in solutionem debiti non computatis. Post annum vero si creditori a debitore non fuerit satisfactum : res (cujus data

1) Apulus fügt hier folgende Notiz hinzu: „Id quoque late habemus in privilegio urbis concesso a divo rege Jacobo : quod ego Jo: petrus Apu. vidi et legi."

1) Bei A. f. in.

fuerit possessio) eidem creditori datur per curiam in solutum, ejusdem rei valore juste extimato pro debiti quantitate. Debitor qui se dicit móbilia non habere : et nec in se moventibus nec in stabilibus est solvendo : quadraginta et quinque diebus in carcere detinetur : quibus decursis si debitum non solverit (praestito juramento quod quidquid acquirere vel lucrari poterit, deductis expensis vitae necessariis, creditori suo fideliter solvet usque ad integram debiti solutionem) a carcere liberatur. Debitor vero qui non imminente fortuito casu sed ex fraude et iniqua causa debitor est : tamdiu in carcere detinetur, quousque reddat universum debitum.

XLI. *De pignoribus distrahendis.*

Re mobili vel se movente pignori obligata, si in termino constituto debitum solutum non fuerit : quindecim dierum induciis debitori datis (infra quos si pignus non redemerit) creditor cum auctoritate curiae pignus illud vendere potest pro debiti sui satisfactione. Si vero quaestio de quantitate debiti inter debitorem et creditorem orta fuerit : usque ad pignoris valorem sacramento creditoris pignori incumbentis statur : nisi debitor per testes contrarium probet. De residuo jurat debitor, nisi creditor legitime probet.

XLII. *De appellationibus.*

Lata sententia in praesentem, in continenti ab ea appellari potest, vel infra triduum, si hoc fuerit protestatus, et infra decem dies processus peti potest. Lata sententia in absentem per contumaciam, ab ea appellari non potest : nisi quamdiu figura [1]) judicii duraverit. Lata sententia in absentem et non per contumaciam, potest is (contra quem pronunciatum est) appellare, si quam cito scivit, in vocem appellationis prorupit. Appellatione legitime facta debet is qui appellavit infra terminum sibi a curia statutum prosequi appellationem. Post terminum non est audiendus, nisi apparuerit eum ex justa causa impeditum, quominus appellationem infra terminum fuerit prosecutus.

A sententia arbitri . contumaciae . et possessionis . de jure

---

1) Apulus (und nach ihm Hartwig) haben hier figuram. Es muss aber figura gelesen werden cf. Patti c. 48.

prothimisios . de re vili . de divisionibus praediorum . vinearum . et domorum . de cursu aquarum . et de aquis pluvialibus . et de viis vicinalibus . et de his similibus quae per inspectionem oculorum diffiniuntur, et per instrumenta publica : in quibus fines et divisiones hujusmodi continentur, de quibus etiam summarie cognoscitur appellari non potest. Similiter ab una uncia infra non recipitur appellatio. Item condemnatus criminaliter de publico maleficio appellare non potest. Ab illis quoque criminibus (pro quibus poena sanguinis infligitur) appellari non debet.

XLIII. *De adulteriis.*

Si maritus uxorem in ipso actu adulterii deprehenderit : tam uxorem quam adulterum occidere licebit, nulla tamen mora protracta. Lex maritum lenocinii poena coherceat qui uxorem in adulterio deprehensam retinuit : adulterumque dimisit : nisi forte sine culpa sua ille diffugiat.

XLIV. *De duellis.*

De maledicto principis duellum non admittitur. De crimine vero laesae majestatis in tribus casibus scilicet si quis contra vitam principis conspiraverit vel machinatus fuerit quod terram amittat aut falsam monetam cuderit. Item de homicidiis de furtis de rapinis et de maleficiis pro quibus vita vel membrum amitti debeat, duellum admittitur tam contra accusatum quam contra accusantem quam contra testes.[1])

XLV. *De insultibus et percussionibus.*

De insultibus et percussionibus de nocte vel extra civitatem in campis et in solitariis locis factis (de quibus poena pecuniaria datur) si testes defuerint, per sacramentum ejus, qui passus est injuriam, probatur, si talis fuerit persona cujus sacramento credi possit. Alioquin stabitur sacramento accusati, si fuerit omni exceptione major.

XLVI. *De poena defensae.*

Defensionis poena aliqua alicui facta vel imposita non

1) Bei Apulus findet sich hier folgender Zusatz: „Ubi hanc legeris, vide imperialem constitutionem monomachiam cum si. Jo. pe. ap.“

valet: nisi a bajulis vel judice aut ab aliquo pro his facta fuerit ex justa [1]) causa.

XLVII. *De testibus.*

Mulier in testimonium non admittitur: nisi in parentela partu nativitate aetate furnis balneis domibus ecclesiis flomariis et aliis locis solitariis. Nec Judaei adversus Christianos nec Christiani adversus Judaeos in testimonio admittuntur.[1])

XLVIII. *Novae constitutiones factae anno domini MCCCXXII die primo novembris VI Indictionis. Ad interpretationem primae consuetudinis quod male quaesita (si maritus aut pater de iis disposuerit vel testatus fuerit) prius deducantur: et postea remanentia bona dividantur.*

Non est novum, quin de consuetudinibus et statutis scriptis et non scriptis quantumcumque veterrimis inter litigantes nova quaestio seu dubietas oriatur. Sed sicut novae quaestiones, et dubitationes emergunt ita: et nova debent decisionum medicamenta praestari. Universitas igitur Messanensis deliberato consilio et omnibus solemnitatibus, quae ad hoc requiruntur, observatis antiquam consuetudinem Messanae (quae dictat quod viri et uxoris bona etc.) hoc modo interpretata est, ut sublatis lucris sordidis et male quaesitis, de residuo tantum praefatis patri et matri et filiis tercia debeatur: propter quod si testator idemque maritus et pater in ultimis suis vel quolibet mortis periculo constitutus vel constituendus in brevi puta ad bellum vel alia (ubi immineat mortis periculum) sit iturus: juraverit de sordidis lucris seu male quaesitis habere se aliquid: illud vel tantundem de universo patrimonio tamquam restitutioni subjectum sicut et alia constantis matrimonii debita, deducantur per ipsum patrem vel per quem ipse statuerit: illis a quibus ablatum fuerit, vel piis locis resignandum: et residua tantum uxori et filiis ac patri per terciam dividantur: ne maritus et pater in perpetuum lugeat: et uxor et filii irrationa-

1) A. ista. Wegen der richtigen Lesart cf. Patti 51.

1) Die gesperrt gedruckten Worte sind nach der Ausgabe von Cariddi durch Hartwig wieder hinzugefügt worden. Apulus hatte sie fortgelassen, weil es zu seiner Zeit keine Juden mehr in Messina gab, und sie ihm daher überflüssig erschienen.

biliter lucrifaciant aliena. Si vero non sit in ultimis vel mortis periculo constitutus vel in brevi constituendus sed in senectute vel senio (quo casu non est verisimile ipsum, ut suae salutis immemorem dejerare) et juraverit (ut praedictum est) lucra sordida et male quaesita se habere : ita demum de medio ea (ut praedictum est) detrahat, si in continenti id est infra mensem ad tardius manualiter restituat : sicut superius est expressum.

XLIX. *Mortua matre patre superstite quam partem bonorum filii petere possint : et venit ad correctionem primae partis sextae consuetudinis.*

Item matre mortua pater superstes in tota vita sua sit usufructuarius bonorum communium inter eum dictam uxorem et filios suos, remanentium post obitum dictae uxoris suae : et ideo iidem filii in minori vel in majori aetate constituti nolentes cum patre eorum vivere et manere : de ipsis bonis (dum ipse pater vixerit et secundam uxorem non duxerit) aliquam portionem eis contingentem tam jure naturae quam maternae successionis secundum consuetudinem Messanae petere et habere non possunt : nec pater eis dare cogatur.. Sed idem pater teneatur iisdem filiis suis secundum suam conditionem et facultates alimenta praestare : consuetudinibus Messanae olim editis praesenti consuetudini forte contrariis non obstantibus quoque modo : proprietate bonorum ipsorum filiis eisdem secundum ipsas consuetudines nihilominus reservata. Item si dictus pater aliam uxorem duxerit : praedicti filii possint petere et habere portionem ipsorum bonorum eis contingentem jure maternae successionis quoad usumfructum et proprietatem : Reliqua vero tercia eorumdem bonorum dictis filiis contingente jure naturae dicto patri eorum quo ad usumfructum in vita ipsius patris tantum reservata.

L. *Pro instrumentis registrandis.*

Anno dominicae incarnationis MCCXCVII die XI Januarii XI Indictionis. Injunctum fuit per curiam Messanae omnibus notariis publicis civitatis ejusdem ut abinde in antea debeant registrare et ponere series instrumentorum omnium per eos faciendorum in actis eorum cum omnibus nominibus judicum et testium.

LI. *De instrumentis publicis faciendis.*

Septimo decimo Martii, quartae indictionis. Provisum est per straticotum et judices civitatis Messanae et per ipsam universitatem ut sit amodo consuetudo ex certa scientia introducta a tota universitate praedicta quod nullum instrumentum debiti vel venditionis vel cujuslibet alterius contractus publicetur : nisi vocata parte quae tangitur fiat publicatio supradicta : etsi in alia forma fiant, non teneant instrumenta publicata praedicta : nec ullam habeant firmitatem.

LII. *De praesentatione instrumentorum.*

Quinto die Martii, quartae indictionis. Anno incarnationis MCCCXI. Provisum statutum et ordinatum est per curiam civitatis Messanae de consilio omnium advocatorum curiae praedictae ac de assensu et voluntate civium universitatis ipsius ut habeatur amodo pro consuetudine scripta : quod in omnibus instrumentis conficiendis ex quibuscumque contractibus (ex quibus tam secundum antiquam consuetudinem scriptam in civitate Messanae quam secundum aliam novam consuetudinem scriptam jus prothimisios competit, tam jure sanguinis quam contiguitatis loci) habeatur pro una ex solemnitatibus instrumentorum ipsorum : quod necessario debeant intervenire praesentationes instrumentorum ipsorum apud acta curiae Messanae : et scribatur dies praesentationis ipsorum per notarium actorum in finibus vel circa fines instrumentorum ipsorum : et quod debeant ipsa instrumenta ex ipsis contractibus facta stare et detineri per integrum triduum in actis curiae supradictae, die praesentationis non computato. Et alias non habeantur instrumenta ipsa pro omni solemnitate vallata : sed tam diu competat et peti possit jus prothimisios quamdiu in ipsis instrumentis non apparuerit scriptus dies praesentationis eorum.

LIII. *Ex quibus contractibus jus prothimisios competat.*

Vigesimo Novembris. VII indictionis. Anno incarnationis MCCXCIII. Provisum et ordinatum est per universitatem Messanae quod jus prothimisios competat tam jure sanguinis quam contiguitatis loci ex omni contractu celebrato inter con-

trahentes, ex quo tansfertur dominium utile vel directum : nihilominus consuetudine antiqua quantum ad solemnitates subscriptionum in suo robore permanente. Excepto in dotibus dandis haereditatibus legatis divisionibus et quibuslibet contractibus initis inter parentes et liberos in infinitum, et fratres et sorores et filios fratrum et sororum.

LIV. *Ex quibus contractibus jus prothimisios competat : et venit ad declarationem praecedentis constitutionis.*

Anno domini MCCCII die primo Novembris VI. Indictionis. Cum sit de antiquis consuetudinibus civitatis Messanae quod in venditionibus rerum stabilium per curiam celebratis jus prothimisios competat tam ratione sanguinis quam contiguitatis loci. Et propterea quod in eis diversae fraudes fiebant : et quod veraciter vendebatur : commento fraudis in donationibus permutationibus et in aliis diversis contractibus simulata concipiebatur. Actum extitit, et in novam consuetudinem deductum anno domini MCCXCIII de mense Novembris VII. indictionis. quod dictum jus prothimisios competeret ex omni contractu celebrato inter contrahentes, ex quo transfertur utile dominium vel directum. Excepto in dotibus haereditatibus legatis divisionibus et quibuscumque contractibus initis inter parentes et liberos in infinitum et fratres et sorores et filios fratrum et sororum. Et ex hac exceptione dubia oriebantur propter generalitatem verborum quae continentur in eis scilicet, et quibuscumque contractibus etc. propter quae videbatur inui quod in venditionibus inter dictas personas celebratis dictum jus non competeret. Declaratum extitit per eandem universitatem solemniter et statutum quod dicta exceptio et si generalibus verbis tradita sit, non trahatur ad venditiones sed ad casus ad quos prorogat nova constitutio praedicta ut puta dotis donationis divisionis permutationis et ad alios contractus : ex quibus utile vel directum dominium transfertur venditione excepta : de qua (prout est in primis consuetudinibus traditum) observetur.

LV. *Quando procedatur contra calumniosos debitores.*

Ad exeludendas calumnias et dilationes frustatorias debitorum quae contra creditores instrumenta habentes obiiciuntur frequentius : et sic multotiens oportebat ipsos creditores invitos

transigere vel pacisci de eo quod liquebat per publica instrumenta: convocato Messanensi consilio et universo populo hanc generalem consuetudinem de consensu praedicti populi edidimus, quod quotiescumque apparebit creditor in judicio ostendens instrumentum debita solemnitate peractum: per quod appareat aliquem debitorem. Si ipse debitor solutionem objiciat in partem vel in totum vel quamcumque aliam causam ad impediendum solutionem: et ad probationes ipsius longas dilationes exigat quindecim dierum terminum excedentes: quod[1]) nullatenus audiatur: sed facta solutione per eum, dilationes, quas petierit idonea cautione a creditore recepta concedantur. Qui si probaverit legitime solutionem obtentam, creditor restituat sibi ipsam pecuniam, et tantundem. Haec intelligenda sunt in instrumentis mutui, commodati et depositi, in solutione si opponatur, et in exceptione solutionis tantum obtenta. In caeteris autem locum habeat jus commune: et ita fuit provisum et pronunciatum de voluntate omnium. Item et tunc habet locum, quando debitum est celebratum Messanae et instrumentum est factum Messanae. Si autem alibi, tunc habet locum jus commune.

LVI. *De solutionibus faciendis curiae pro ejus labore.*

In personalibus actionibus a condemnato pro jure curiae de quibuslibet centum tarenis exiguntur tareni decem. Item pro assolutione solvuntur curiae de quolibet centenario tareni duo vel tres ad plus pro bona sententia. Et hoc licet non sit semper consuetum, tamen ut plurimum ita servatur. Item pro interpositione decreti quando pars confitetur, de quolibet centenario solvuntur curiae tareni duo. Quando petitur intrare capere et vendere, et pars rei negat et convincitur per testes et fertur sententia: tunc quia curia magis laborat, debet aliquantulum curia magis habere, videlicet tarenos duos et dimidium pro quolibet centenario. Item si agatur de rei vindicatione et condemnatio sequatur solvitur curiae secundum justam extimationem rei pro quolibet centenario videlicet a parte victrice solvuntur tareni duo vel tres ad plus. Si fiat absolutio, tunc pars quae absolvitur debet solvere curiae tantundem pro bona sententia. Item si contingat processus annullari, tunc nihil solvitur pro jure curiae. Item pro tediali possessione, quando

1) A. quae.

in contumaciam partis mittitur aliquis in possessionem : nihil solvitur pro jure curiae.

Expliciunt consuetudines et statuta nobilis civitatis Messanae suique districtus.

Zusätze in der Ausgabe von Cariddi.

LVII.[1]) *De Judaeis.*

Judaeus, sive paganus non audeat comparare servum Christianum, nec possidere aliquo titulo, sed si praesumpserit, omnes res ejus confiscantur et ipse fiat servus curiae, quem servum si fortan nefario ausu, vel suasu fecerit circumcidi, vel negare fidem puniatur supplicio capitali.

LVIII. *De raptu virginum.*

Si quis praesumpserit rapere virgines sacras Deo, aut nondum velatas causa criminis, vel causa matrimonii, puniatur capitali sententia, vel alia, quam censura Regis dictaverit.[1])

Hieran schliessen sich, durch ein besonderes Prooemium eingeleitet und am Schluss mit einer registrirenden Bemerkung versehen, die nachfolgenden Capitel:

Nos Don Alonsus de Cardona Salutio, et Peralta Comes Regii Dominus Clusae, et Burgii, etc. Regius Straticotus, et armorum Capitaneus nobilis Civitatis Messanae, suique districtus, etc. et nos Regii Judices Civitatis, et districtus eorumdem consensu, et voluntate Magnificorum dominorum Juratorum dictae nobilis Civitatis et cum consilio Magnificorum Doctorum serio congregatorum intus bancam ipsius nobilis Civitatis providimus pro utilitate, et commoditate Reipublicae dictae Nobilis Civitatis, quod subscripta capitula, et eorum singula de caetero serventur in hac nobili Civitate, et curia Straticotiali ipsius, quorum capitulorum tenor per omnia talis est ut infra.

---

1) Nach dem Vorgange von Hartwig haben wir die folgenden Capitel im Anschluss an die vorhergehenden mit durchlaufenden Zahlen bezeichnet.

1) Cariddi (Hartwig:) ditaverit.

LIX. *De stilo et ordine curiae.*

Quod tam in curia straticotiali, quam primarum appellationum dictae nobilis civitatis, tam in terminis dandis, actis scribendis, et omnibus sententiis ferendis, et decretis interponendis, cedulis recipiendis, in cedula injunctoria, et purificatoria, quam etiam in quocumque modo procedendi, de caetero servetur ordo, et stilus magnae regiae curiae hujus regni, quae aliarum curiarum est caput, et magistra, et secunda decreta non legantur, quovis contrario non obstante, salvo jure devolutionis ad superiorem per viam appellationis, tam ad curiam primarum appellationum, quam ad magnam curiam, et ipsarum curiarum [1]) salvis juribus, et emolumentis.

LX. *Quando nullitas promptuaria impediat.*

Quando in ipsis causis, in quibus appellatio non suspendit exequutionem, in iis etiam, et nullitas etiam promptuaria tentata, coram eodem post triduum a die notificationis sententiae parti faciendae non suspendat exequutionem, praestito per obtinentem de restituendo in casu succumbentiae [1]) in judicio nullitatis, nisi forte eadem nullitas infra eumdem terminum constaret ex actis, et illis visis mandatum fuisset, quod in executione supersedeatur.

LXI. *De advocatis et procuratoribus.*

Quod procuratores causarum in plena curia non dicant causas ab unciis quinque supra, nisi stantibus advocatis, nec recitetur effectus absque advocatorum subscriptione. In causis praedictis taxetur salarium advocati, nisi per ejus subscriptionem praestito per eum patrocinio si constituitur alias non taxentur expensae contra venientem formae capituli praedicti.

Pronunciatum in Nobili Civitate Messanae, et in officio Magnificorum dominorum Juratorum dictae Nobilis Civitatis, ubi fuit mandatum, quod dicta capitula serventur, et registrentur. Die 15. Aprilis 7 Indictione 1519. Publicata fuerunt in plena curia Nobilis Civitatis Messanae, die 5. mensis Maii 7. Indictione 1519.

---

1) Cariddi (Hartwig) curiam.

1) Cariddi (Hartwig) succumbentia.

LXII. *Carolus, et Joanna mater, etc.*

Quod in causis summariis unciarum quinque tantum appellatio non suspendat exequutionem, in caeteris servetur ritus regni, et consuetudo antiqua.

LXIII. *Carolus, et Joanna mater, etc.*

Item perchè per li calunnij dilli ligitanti li causi, tanto civili, como criminali si diffirixino ultra lo tempo alli quali si potriano expediri, expettando anchora di differiri la justitia per fino allo biennio in causi criminali, e lu triennio in causi civili, supplica la dicta Città alla prefata Catholica Majestà si degni ristringiri la instanzia in li causi tanto civili, quanto criminali, di qualsivoglia natura, et qualitati fussero allo termino di uno anno tantum, et non ultra, per più facili expeditioni dilli legitanti, con manco danno loro, spisi, et interessi. Etiam supplica la dicta Città, che li Judici di la Curti Straticociali, et di la appellationi di detta Città, pozzano exigiri la raxiuni di sententij diffinitivi, et interloquutorij secundo la forma, ordini et modo si exigino per la Regia gran Curti di lo dicto Regno.

Placet Regiae Majestati.

Dati in Villa Bruselli die 15 Mensis Februarii, quinta Indictione, Anno a Nativitate Domini 1517.

CONSUETUDINES CLARISSIMAE CIVITATIS

CATANIAE.

PROOEMIUM. [1])

Ludovicus Dei gratia Rex Siciliae. Notum fieri volumus tam praesentibus quam futuris quod pro parte universitatis Catinae [2]) nostrorumque fidelium fuerunt nuper in curia nostra praesentatae consuetudines dictae civitatis ejusdem distinctae per [3]) capitula continentiae sequentis.

Hae sunt consuetudines clarissimae civitatis Cataniae. Et primo.

De jure pali, et probatione damni dati.

TITULUS I.

Consuetudo I. [1])

Quoties contingerit [2]) damna inferri aliquibus olivetis viridariis, agris in terris, et aeris [3]) et eorum fructibus vel rebus aliis his similibus per animalia aliquorum de quo per testem unum majorem quattuordecim annorum (qui non sit de ejusdem rei vel loci custodia) constiterit, et patricio assignata, et sub custodia ipsius pernottaverint, quod pro quolibet animali grosso cujuscunque sexus bovibus somerijs, et jumentis, et si fuerint

---

1) Die offenbaren Druckfehler der Ausgabe des Nepita sind im Texte verbessert aber in den Noten angegeben. N. bedeutet Nepita. 2) sic! 3) N. prae.

1) Nepita bezeichnet die Zahlen der tituli, consuetudines resp. der Paragraphen durch Worte: primus, secundus et. Der Gleichmässigkeit mit den übrigen Stadtrechten wegen haben wir die Bezeichnung durch Zahlzeichen vorgezogen. 2) sic! So passim. 3) aera (Griech. ἔρα) gleich area cf. Syrac. 1. area kommt schon bei Varro L. L. Columella u. A. in der Bedeutung von Gartenbeet vor. (cf. Georges Lat. D. W. B. verb. area). Hier aber dürfte die Bedeutung von Getreidefeld vorzuziehen sein, und zu area das Subject annonaria ergänzt werden müssen cf. Lex Burg. 23, 2.

usque ad quindecim: solvantur patricio per dominum animalium pro jure pali grana decem pro quolibet, et si fuerint plura quindecim quotcunque; solvantur patricio per dominum animalium tareni septem, et grana decem tantum, a solutione stallagii pro dictis animalibus ipsorum dominis omnino exemptis.

Consuetudo II.

Item pro quolibet animali parvo scilicet ovibus, capris, porcis, utriusque sexus: usque ad summam animalium centum quinquaginta granum unum solvatur pro quolibet, et si plura fuerint, quotcumque solvantur patricio pro eisdem tareni septem et grana decem.

Consuetudo III.

Item pro quolibet animali grosso patricio denunciato cum pignore, vel sine dummodo constet[1]) ut supra de damno illato medietas praedicti juris juxta speciem, et numerum praedictorum animalium persolvatur ut supra.

Consuetudo IV.

Item si patronus animalium praedictorum, vel alius pro eo cum idonea cautione fidejussore, vel pignoribus modo, et tempore prout infra, et seq. proxima consuetud. continetur paratus fuerit reficere sibi damnum antequam animalia ipsa patricio consignentur, seu denuntientur non solvat jus praedictum pali qui damnum dedit, sed qui inique denuntiavit, vel assignavit patricio animalia supradicta, quia ex quo emendam suam everterit per cautionem idoneam consecutus animose agit contra proximum suum ad poenam.

§ 1. Et si in viridariis, vineis, olivetis, muris, vel fossatis, clausis dicta animalia damnum dederint jus praedictum solvatur patricio dupplicatum; animal vero grossum intelligatur post completum annum appellatione nullitate, supplicatione, et quaerela ipsius processus, vel reprobatione ipsius testis non admissis.

§ 2. Quod si in agris, vel aeris damnum datum sit emenda fiat habita consideratione rei, et temporis in ea specie, in qua fuerit datum, vel aera, in qua damnum datum est, et solvatur emenda tempore recollectionis victualium.

---

1) N. costet.

Consuetudo V.

Animalia patricio assignata ratione damni ut supra non restituantur nisi fuerit fidejussio praestita de damno emendando: quia fidejussione data patricius eligat arbitros ad aestimationem ipsius damni, de communi partium voluntate, vel ex se altero recusante, secundum quorum arbitrium quodcumque judicium: dictus fidejussor ad damni cogatur emendam.

Consuetudo VI.

Et si in vineis, viridariis, olivetis, vel ortis,[1]) et eorum fructibus, aut ortis olerum, ferraginibus, et similibus his damnum datum erit emenda fiat in pecunia numerata statim: modo quo supra, facta aestimatione, quae solvatur appellatione, nullitate, vel aliqua quaerela super hoc aliquatenus non auditis.

Consuetudo VII.

Si vero praedictae vineae, viridaria, oliveta, et alia loca clausa fuerint muris, vel fossatis, et animalia intraverint loca praedicta quantumcumque etiam quod damnum non inferant: nihilominus jus pali solvatur patricio, et tantumdem domino, vel patrono praedicto cum ratione ingressus praedicti, electione servata domino, vel patrono praediorum praedictorum an damnum elegerint sibi resarciri: an poenam praedictam ratione ingressus.

Consuetudo VIII.

Item si aliquis praedia supradicta habuerit, vel aliquid ex eis, vel sata in territorio, et tenimento mandrilis alicujus civitatis Cataniae, in quo sunt oves, caprae, porci, vel vaccae, et damnum appareat datum in praedictis praediis, vel segetibus, et constat[1]) damnum fore datum per traccereas animalium hujusmodi, vel modo, quo supra ipsum damnum emendetur super animalibus praedictis per dominum animalium ipsorum: et satisfacto domino praedii praedicti custodes teneantur ad illud solvendum patrono in partita licentia dicto patrono de solidis, vel rebus ipsius custodis, sibi retinere quod solvit.

1) sic!

1) N. costat.

TITULUS II.

De personis creandis officialibus, et non substituendis.

Consuetudo I.

Nullus gerat officium civitatis ipsius nisi fuerit exinde oriundus ipse, vel uxor ejus, vel qui moratus fuisset in civitate praedicta cum uxore, et familia continuo per quinquennium ut civis, et quod nullo alio privilegio gaudeat, nisi privilegio Catinensium, ipsumque officium per se gerat, et non per substitutum.

Consuetudo II.

Item si quis civium civitatis praedictae conveniatur coram patricio, et judicibus civitatis praedictae, et declinaverit forum suum alio allegato privilegio ipso jure sit exclusus ab omni civilitate, officio, et honore civitatis ipsius, et quod hujus poenae denunciatio sit popularis : pupillis, et viduis dumtaxat exceptis, dummodo quod perhorrescant potentiam adversarii, de quo sit verisimile perhorrescendum : vel nisi curiales sint, vel familiares regalium, et competentes judices habeant in civitate praesentes, vel per unam diaetam absentes; dummodo dicti curiales in tribus casibus non utantur privilegio hujusmodi videlicet : in jure pali, quaestionibus juris prothomiseos, et quaestionibus servitutum.

TITULUS III. [1])

Consuetudo unica.

Viri, et uxoris bona a quacumque parte perveniant,[2]) natis filiis confunduntur, et unum corpus efficiuntur, volentibus viro, et uxore dividere cum filiis (dummodo filii sint majores annis decem, et octo) vel si minores dato eis ad hunc actum legitimo curatore. tertia pars ipsorum bonorum debeatur patri, altera tercia matri, reliqua tertia filio, vel filiis procreatis ex matrimonio jugalium praedictorum. deducto tamen de dictis bonis dividendis aere alieno : remanente parente, vel parentibus obligatis, reservato praedictis parentibus in vita eorum de omnibus bonis ipsis, quod possint quocumque obligationis, seu alienationis titulo (nisi alienatio hujusmodi causam habeat a delicto, vel quasi, vel contractu fidejussorio, seu quolibet qui

1) Die Ueberschrift fehlt. 2) sic!

ex parte parentum causam contineat liberalem), etiam invitis filiis facere velle eorum.

TITULUS IV.

De concessa marito, et patri alienatione bonorum mobilium.

Consuetudo unica.

Marito tamen, et patri licebit ignaris, et invitis uxore, et filiis distrahere, et alienare bona mobilia communia inter eos, nisi saltem constet opinione communi, dictum maritum vel patrem esse dissipatorem bonorum communium praedictorum. Hoc tamen uxori prohibitum. Immobilia vero marito sine consensu uxoris alienare non licet.

TITULUS V.

Quod non licèat uxori sine voluntate viri alicui se obligare.

Consuetudo unica.

Quod uxori prohibitum sit sine voluntate mariti tam ex causa dotis, donationis, quam alia quavis causa se alicui obligare, et si facta fuerit obligatio, ab obligatione ipsa si conveniri contingerit absolvatur, et si solutum fuerit: per maritum tamquam indebitum repetatur, nisi pro redemptione mariti (si forte maritus ab hostibus in carcerem[1]) detineri contingerit) idem possit, et mater pro redemptione filii detempti ab hostibus si maritus est absens.

TITULUS VI.

De concessione, et licentia data jugalibus in ultimis suis de eorum tertia facere velle suum, dummodo filios in aliquo recognoscant.

Consuetudo unica.

In casu vero mortis licitum erit cuilibet jugalium, faciendum, disponendum, et testandum, de tertia sua juxta[1]) suae arbitrium voluntatis: dummodo per viam institutionis, juxta suum arbitrium, filios vel filias in aliquo recognoscant, lege Falcidiae condictione ex lege, repletionem legitimae inducente seu alio quovis jure de hoc loquente instituto minime valituris.

---

1) sic!

1) N. justa.

TITULUS VII.

Qualiter possit maritus in ultimis suis de communi substantia extrahere male ablata, et male acquisita, et qualiter ei credatur.

Consuetudo unica.

Reservato, et concesso patri, et marito tantum invitis filiis, et uxore suis, quod possit de tota communi substantia primo, et antequam de bonis ipsius divisio inter eos fiat extrahere, et satisfacere pro liberatione animae suae male ablata, et male acquisita per eum post contractum, et consumatum matrimonium inter jugales eosdem. De quibus male ablatis stabitur tantummodo patris, et mariti juramento tempore sui discessus, seu conditi testamenti.

TITULUS VIII.

De successione bonorum parentum, ab intestato defunctorum, et collatione facienda.

Consuetudo unica.

Patre vel matre ab intestato praemortuo, filio vel filiis superstitibus vel superstite ex uno vel diversis matrimoniis: altero parentum superstite tertia pars haereditatis parentis praemortui cedat filio vel filiis in potestate seu familia existentibus, et sic iidem filii habeant duas partes unam debitam eis jure naturae seu consuetudinario, et aliam jure successionis parentis ab intestato defuncti: et si filii vel filiae, emancipati vel dotatae voluerint cum eisdem fratribus vel sororibus in potestate vel familia existentibus ut praedicitur ad successionem dicti parentis ab intestato defuncti venire, cum fratre debeant bona quaecunque quae a parentibus acceperint tam ex causa dotis, emancipationis, quam alia quavis causa lucrativa conferre, quod si facere noluerint a successione hujusmodi parentis excludantur.

TITULUS IX.

De successione bonorum filii, et fratris.

Consuetudo unica.

Si quis aut qui filiorum, liberati a patria potestate morte, vel emancipatione patris, aut remanentes orfani morte matris, post mortem alterius parentis infra pupillarem aetatem, (aut etiam majores effecti) nullo per eos condito testamento decesserint liberis non relictis, fratres et sorores ex eodem matri-

monio sumpti viriliter, et nepotes[1]) in stirpes, (id est omnes in locum patris eorum) veniant ad successionem eorum cum altero parentum superstite, aliis fratribus, et sororibus alterius matrimonii, et nepotibus e successione defuncti fratris exclusis.

TITULUS X.

Ad quos pervenire debeant bona alicujus mortui in defectu ascendentium et descendentium.

Consuetudo unica.

Si quis etiam decesserit in minori aetate, vel majori ab intestato: qui caret utroque parente, nullis superstitibus sibi filio, fatre, patruo, vel amita, avunculo, vel matertera, primo consobrino vel consobrinis, succedant eis proximiores ex parte patris in una medietate totius substantiae suae et in altera medietate substantiae ejusdem: proximiores ex parte matris ejusdem defuncti.

TITULUS XI.

De successione filii majoris vel minoris ab intestato defuncti ad parentes superstites et ad alios proximiores praedicti defuncti.

Consuetudo unica.

Si vero unus vel ultimus filius vel filia in minori vel etiam in majori aetate ab intestato liberis non relictis decesserit: altero tamen parente superstite succedat ei ipsae[1]) parens superstes in duabus tertiis partibus totius substantiae dicti filii, et in altera tertia parte substantiae filii succedat avus vel avia ex parte defuncti parentis,[2]) his non exstantibus,[3]) succedat parens superstes in totum in bonis filii defuncti praedicti.

TITULUS XII.

De divisione, bonorum jugalium inter alterum ipsorum superstitem, et proximiores alterius defuncti.

Consuetudo unica.

Si quidem proles suscepta fuerit, et defuncta, matrimonio

1) N. nepotest.

1) statt ipse; so passim im weiteren Text. 2) Eine handschriftliche Notiz in dem mir vorliegendem Exemplar der Ausgabe des Nepita bemerkt an dieser Stelle: „Contra in manuscripto originali; ubi in defectu avi admittuntur fratres, et sorores ejusdem, quibus non exstantibus ct." 3) N. obstantibus.

constante (cujus nattione[1]) bona ipsa inter ipsos confunduntur) et post mortem prolis cui parens uterque succedit : alter parentum ab intestato decesserit bona omnia inter eos communia propria, et acquisita in duas partes aequaliter dividantur. Quorum una pars, seu medietas sit, et esse debeat parentis superstitis, et altera medietas proximioris parentis alterius ab intestato defuncti.

TITULUS XIII.

De constitutione dotarii.

Consuetudo unica.

Muliere virgine per se, vel per quemcumque dotata, bona mariti, dotatori pro dote, et ipsi mulieri pro dotario, (quod ascendat[1]) ad quintam partem totius dotis) quamvis expressim non fuerit tempore constitutae dotis dictum : sint nihilominus tacite obligata, et ipsum dotarium quoad quintam partem sicut praedicitur constitutum.

TITULUS XIV.

De restitutione dotis.

Consuetudo unica.

Post mortem uxoris, matrimonio soluto ex quo liberi non fuerunt procreati, si se ipsam dotaverit, et ea ab intestato defuncta : restituatur dos proximioribus suis; si vero ab alio dotata fuerit de bonis ipsius dotatoris : ad dotatores vel ad successores eorum : dos ipsa revertatur, ac si fuissent sollenniter stipulati.

TITULUS XV.

De tempore restitutionis dotis lucrifatione lecti cum infrascripto apparatu, per maritum sumptibus funerum per eum in personam uxoris faciendis.

Cosuetudo unica.

Consumato matrimonio inter jugales, et uxore praemortua sine liberis ex ipsorum matrimonio non susceptis si virgo fuerit aut vidua maritus lectum cum meliori apparatu suo videlicet, cortina, inborlacchio, copertorio, pari uno linteaminum, mataraccio, plomatio, et maxillario, de melioribus consequatur. Ita

1) nattione gleich natu.

1) N. ascendant.

tamen quod maritus ipsae non repetat quod in aegritudine uxoris expendit: et quod ipsam uxorem suis sumptibus de suo proprio honorifice, secundum paragium sepelliri facere teneatur: et quod arnesium jocalia,[1]) rauba, et alia supellittilia[2]) in dotem tradita: quae exstant restituantur sicuti exstant cum bonis stabilibus incontinenti: non obstante quod fuerint extimata, ad restitutionem vero arnesii quod tempore constantis matrimonii secundum arbitrium judicantis potuit consumi: et consumptum est: nullatenus teneatur: de reliquis vero bonis mobilibus quae non exstant eorum aestimatio restituatur post annum.

TITULUS XVI.

Quod uxor testari possit in bonis dotalibus et acquisitis in casu non susceptae sobolis et tertiam[1]) *partem consequatur de bonis acquisitis per eosdem.*

Consuetudo unica.

Quod uxor testari possit sobole non suscepta in bonis dotalibus videlicet, in mobilibus usque ad tertiam partem inclusive bonorum mobilium tantum sibi datorum in dotem, non obstante contradictione dotantis, nisi aliud dotator tempore promissionis convenerit: cum tunc sibi fuerit licitum quam legem voluerit rei suae imponere: de stabilibus vero bonis dotalibus, nec testari possit nec legare aliquid, de bonis vero acquisitis per jugales constante matrimonio inter eos uxor consequatur tertiam partem tantum: marito aliis duabus tertiis partibus remansuris: de qua tertia bonorum acquisitorum dicta uxor, ac etiam de tota dote sua si se ipsam dotaverit integraliter testari possit pro ejus libito voluntatis.

TITULUS XVII.

Qualiter testari mulier possit de dote ab extraneo data de propria substantia mulieris.

Consuetudo unica.

Similiter de propria ejus substantia, si[1]) de rebus suis dotata ab extraneo fuerit, ista mulier de dote praedicta, ac si ipsa fuerit stipulata, vel se ipsam[2]) dotaverit, pro ejus libito voluntatis testari possit non obstante stipulatione dotantis.

---

1) N. jugalia. 2) sic!

1) N. quartam.

1) N. et. 2) N. ipsum.

TITULUS XVIII.

De melioratione fundi dotalis, et poenes quem debet remanere.

Consuetudo unica.

Fundus cum aestimatione in dotem datus, si durante matrimonio meliorabitur per jugales : soluto matrimonio per mortem uxoris liberis non susceptis : poenes maritum remanet, soluto praecio aestimationis, et una tertia meliorationis fundi praedicti hijs quibus facienda est restitutio dotis. Si vero per mortem mariti : remanet poenes uxorem, solutis tantum duabus [1]) tertiis partibus meliorationis fundi, eis qui marito successerunt.

TITULUS XIX.

Quando, et quam portionem potest petere filius mortua matre.

Consuetudo unica.

Mortua matre filiis factis majoribus, si pater ad secunda vota transierit vel filius ducat uxorem : portionem contingentem ei jure naturae solummodo consequatur : patre vero in portionem contingentem filio, vel filiis jure successionis maternae in vita sua usufructuario remanente, proprietate filiis reservata : filia vero nubilis facta, si pater eam maritare differt dicta filia (si ipsam maritari contingerit cum consensu consanguineorum matris scilicet quinque de melioribus) possit petere portionem ei contingentem tam jure naturae, quam bona sibi pertinentia, jure successionis maternae.

TITULUS XX.

Quo casu filius efficiatur sui juris, et in quibus casibus testari possit.

Consuetudo I.

Filiusfamilias major decem, et octo annis si uxorem duxerit: et ipse emancipatus sit, et pro emancipato habeatur, et quod possit de bonis suis testari, et contrahere, et de eis facere velle suum. Idem in filia desponsata servetur.

Consuetudo II.

Liceat etiam filiis, et filiabus quamvis sub potestate constitutis, majoribus decem, et octo annis in ultimis eorum, de bonis quae ad eos pervenerint ex successione materna testari.

---

1) N. duobus.

TITULUS XXI.

Quando pater vel mater cum tercia sua transit ad secunda vota quomodo filii primi, et secundi matrimonii succedant in tertia ab intestato.

Consuetudo unica.

Vir praemortua uxore vel uxor mortuo viro ad secunda vota cum tertia sua libere transire potest, et tertia illa cum bonis ejusdem matrimonii natis filiis ex eodem confunditur, et unum corpus efficitur,[1]) qua vel quo mortuo ab intestato bona illa dividantur in tres partes quarum una tertia debetur viro vel uxori superviventi alia tertia filiis secundi matrimonii praedicti, et in reliqua tertia praemortui parentis ab intestato tam filii primi quam secundi matrimonii succedant per capita.

TITULUS XXII.

De subventionibus parentibus a filiis faciendis.

Consuetudo unica.

Parentes inopes egestate gravati secundum summariam provisionem curiae dictae civitatis de substantia filiorum alantur, et si contingerit eos ab hostibus esse captos ab ipsis filiis redimantur.

TITULUS XXIII.[1])

Consuetudo unica.

Haeres suus vel extraneus ab aliquo institutus contentus sit ea parte super qua est institutus: nulla Falcidia ab eo extrahenda, vel aliquatenus exigenda.

TITULUS XXIV.

De divisione bonorum patrimonialium.

Consuetudo unica.

Parentibus, fratribus, filiis, et nepotibus volentibus bona eorum patrimonialia dividere[1]) majori natu vel habenti causam ab eo datur divisio: minoribus vero gradatim optio capienda.

---

1) N. efficiatur.
1) Die Ueberschrift fehlt.
1) N. dividi re.

TITULUS XXV.

Unde solvenda sunt debita contracta tempore primi matrimonii secundi vel plurimorum inter utrumque.

Consuetudo unica.

Debita quae apparuerint fore contracta per jugales constante matrimonio inter eos : solvi debeant de bonis communibus parentum, et filiorum si vero per maritum tantum contracta fuerint. solvantur de bonis communibus mobilibus ipsorum jugalium: excepta causa mutui, et fidejussionis contracti per maritum tantum : in quibus mariti portio tantum obligatur, debita autem secundi matrimonii contracta per eosdem jugales de tertia mariti quae cum ipsis filiis natis ex secundo matrimonio confusa est, et de communibus bonis secundi matrimonii solvantur. si vero per maritum tantum modo quo supra exsolvantur debita vero quae rationabiliter contracta apparuerunt medio tempore inter primum, et secundum matrimonium videlicet pro alendis filiis primi matrimonii, pro augmentanda seu recuperanda [1]) communi substantia, de bonis communibus inter parentes superstites, et filios primi matrimonii exsolvantur si vero non fuerint ex ipso matrimonio filii suscepti solvantur de bonis acquisitis jugalium praedictorum.

TITULUS XXVI.

De venditione rerum debitoris.

Consuetudo unica.

Executione facta per curiam in bonis mobilibus debitoris distractio eorum stabitur arbitrio judicantis dummodo dies quindecim non excedat : si vero in bonis stabilibus consistentibus duorum mensium debitor gaudeat induciis quibus elapsis fiat distractio eorumdem reservato debitori inter alios duos menses posse redimere res ipsas [1]) stabiles a qualibet detentione : quod si forte debitor non fuerit confessus debitum in taedium ipsius ad medietatem sibi praedicti termini contractetur quod si forte non apparuerit emptor subhastationis sollennitatibus observatis, creditori dationis nomine in solutum tradantur praevia [2]) aestimatione sincera debitoribus ipsis nullo ulterius jure servato post lapsum in confitentes mensium quatuor, et negantes duorum ut praedicitur in recuperatione ipsorum bonorum.

---

1) N. f. h.: et.

1) N. reipsas. 2) N. praetia.

TITULUS XXVII.

Quomodo a debitore iniquo debitum exigatur.

Consuetudo unica.

Si quis alioqui certo termino teneatur in unciis duabus vel ultra qui non imminentibus sibi casu incendii, naufragii, aut incursus hostium seu latronum, sed ex fraude, et iniqua causa, cui dolus vel fraus causam proximam dederit, vel remotam quae extra casus praedictos in praesenti consuetudine sunt praesumpti, dictum debitum creditori solvere recusaret: vel solvendo non esset tamdiu detineatur per eandem curiam in mala paga: quousque universum debitum creditori restituat, et persolvat: si vero debitori acciderint dicti casus vel aliqui eorumdem propter quos solvendo non sit: debitor ipsae [1]) non detineatur in mala paga: sed juret in manibus creditoris vel curiae civitatis ipsius quod de toto eo quod acquiret vel lucrari poterit (deductis expensis ejus vittui [2]) necessariis secundum qualitatem personae per eandem curiam moderandis) creditori [3]) suo fideliter integram debiti solutionem exhibeat, et assignet.

TITULUS XXVIII.

De solutionibus faciendis per tabernarios, et poenis eorum.

Consuetudo unica.

Quod tabernarii non possint aliam vegentem vini vendere, nisi primo satisfaciant domino de vegente vini jam vendita: et quod possint carcerari pro debito vini venditi quantumcumque debita sint in modica vel minima summa vel quantitate.

TITULUS XXIX.

De locatione apothecarum domorum tabernarum magazenorum, et rusticorum praediorum.

Consuetudo unica.

Domus locata pro habitatione conductoris auferri non possit ab ipso conductore per dominum seu locatorem infra constitutum tempus locationis: praeterquam in casibus infrascriptis, videlicet si domino fuerit necessaria pro habitatione sua, vel pignorare, seu vendere vel in dotem dare de qua necessitate stabitur sacramento domini: nisi conductio sit facta ad non modicum

1) sic! So passim. 2) sic statt victus. 3) N. creditore.

tempus (id est a quinquennio ultra) vel nisi in duobus de tribus casibus praedictis videlicet pignoris, et venditionis inquilinus aeque utiliter contractum domino facere sit paratus.

TITULUS XXX.

Quo modo conductor potest rem conductam renuntiare.

Consuetudo I.

Conductori etiam permisso quod in casibus similibus scilicet si domum emerit, in dotem acceperit, aut forte de civitate migraverit vel in pignore coeperit [1]) (dummodo juret quod non fiet in fraudem locatoris) ipsam possit renunciare domino infra tempus locationis praedictae, et si latenter, et sine mandato domini ab ea discesserit vel aliis domino ignaro locaverit ipsam integram pensionem totius anni solvere teneatur.

Idem similiter de apothecis locatis ad annuam pensionem alicujus ministerii. Si vero conductor ab eo infra tempus locationis discedere voluerit, et aliae personae aequae [2]) idoneae ad eumdem usum locare eligent: pro residuo tempore locationis data optione domino eligendi pagatorem vel utrumque pro residuo tempore locationis ejusdem ipsae locator necessario eidem locationi consentire cogatur: ita quod novus inquilinus locatorem in dominum cognoscat: vel si nolit dominus consentire ab inquilino recipiat praedicti temporis solitam ratam domo vel apotheca domino remansura.

Consuetudo II.

Tabernis vero et magaseniis locatis ad annum vel mensem infra tempus locationis per conductorem, vel locatorem nec renunciare licet nec auferri.

Consuetudo III.

De magaseniis, et domibus locatis ad mensem si in principio mensis per quatuor dies tantum conductor illud tenuerit integram pensionem totius mensis teneatur solvere locatori, et infra mensem non liceat domino a conductore rem ipsam conductam auferre: quod si infra mensem locationis conductor non renunciaverit illud vel illam domum teneatur ad pensionem mensis sequentis ac si conduxisset eandem.

---

1) sic! 2) sic statt aeque.

TITULUS XXXI.

De capiendo pignore ab inquilino sine licentia curiae.

Consuetudo unica.

Authoritate semper praestita locatori praesentis vigore consuetudinis : in omnibus locationibus praedictorum bonorum, quod quoties expedierit ab inquilino suo vel quolibet alio habitante in domo locata donec in ea morabitur ab eo licite pignus possit auferre, de domo praedicta licentia a curia non petita : si vero inquilinus pignus ab eo auferri non patiatur vel contradixerit ipso facto teneatur patricio ad poenam tareni unius de qua inpacientia vel contradictione stabitur sacramento locatoris.

TITULUS XXXII.

Quando liceat patrono servitorem licentiare.

Consuetudo unica.

Liceat patronis licentiare servitorem conductum ad annum vel mensem causa legitima interveniente : de qua stabitur juramento patroni satisfacto in omnibus servitio pro rata temporis quo servivit.

TITULUS XXXIII.

Quod persona conducta infra tempus locationis non recedat a servitiis locatoris.

Consuetudo unica.

Et si forte persona conducta infra tempus locationis a servitiis locatoris ab eo licentia non obtenta recesserit teneatur restituere patrono quicquid pro solidis receperit ab eodem; exceptis calceamentis, et vidanda. Si vero patronus ipsae infra tempus locationis licentiaverit : liceat sibi licentiare solutis sibi primitus solidis pro eo tempore quo servivit ut supra proxima consuetudine declaratur.

TITULUS XXXIV.

Quod sit licitum colono seu conductori renunciare segetes seu magisias dominis praediorum.

Consuetudo unica.

Quod licitum sit colono seu conductori, terras burgensium in quibus magisias fecerit, seu segetes seminaverit, domino renunciare : dummodo praedictas magisias per totum mensem

Novembris renunciet, et segetes tempore messium vicinorum nisi locatio facta fuerit in gabellam de qua stetur conventionibus inde factis : segetes vero ita demum colonus seu conductor renunciare debeat : quod in totum ipsi domino renuncient : nec liceat tantum praecium segetum separare, et pro parte renunciare, et pro parte colligere.

TITULUS XXXV.

Qualia, et qualiter terragia terrarum dominis sint solvenda.

Consuetudo unica.

Teneatur, et debeat conductor colonus, seu gabellotus, terragia dominis solvere seu ipsam gabellam in vittualibus existentem de vittualibus sata, et recolletta ex satis proventuris de terris locatoris ejusdem qualiscunque sint existentia tempore recollettionum victualium praedictorum : quae vittualia dominus recipere teneatur per conductorem colonum vel gabellotum ad domos dominorum praeterea deferenda praestito prius sacramento per colonos seu gabellotos ejusdem quod ipsa vittualia sint de satis terrarum ipsarum : et si conductor colonus, sive gabellotus terragia solvere seu exigere dominis terrarum ipsarum aliquatenus noluerint[1]) licitum sit dominis terrarum conductores, colonos, et gabellotos in terris ejusdem vel in porta[2]) civitatis cum victualia eorum intrant per portam eandem absque licentia curiae de eorum terragiis authoritate propria expignorare. et tantum de victualibus ipsis accipere quod eis de eorum terragiis integre ex inde satisfiat post[3]) positis prioribus creditoribus ex quocunque contractu.

TITULUS XXXVI.

De alienatione, et obligatione bonorum minorum.

Consuetudo unica.

Inminente justa necessitate pro qua res minorum obligari, vel alienari debeant : eadem necessitatis causa per curiam summarie cognita possint res minorum cum decreto curiae obligari vel alienari nec aliquando retractetur.

---

1) N. non locarent. 2) N. importa. 3) N. potest.

TITULUS XXXVII.

De contentionibus oriundis inter locatorem, et conductorem de locationibus quorumlibet praediorum.

Consuetudo unica.

Si de quantitate praecii locationis praedii rustici vel urbani : aut locatione operarum, et solutione mercedis alicujus oriatur contentio : et ex parte locatoris, et patroni defectus probationis forte affuerit : usque ad tarenos quindecim inclusive, soli tantum locatoris,[1]) et patroni juramento credatur : usque ad unciam auri unam ipsius locatoris, et patroni et unius testis idonei sufficiat juramentum dummodo persona locatoris, et patroni de levitate minime argui possit, et de sententia inde lata minime audiatur appellans, vel provocans quacumque via nec nullitas dici possit.

TITULUS XXXVIII.

Quid fieri debet de possessione quando utraque pars possidere contendit, et de ejus fructibus, et pronuntiatione juris alteri competentis.

Consuetudo unica.

Possessione fundi quem duo vel plures se possidere contendunt, si de solvendo toto terragio gabella seu pensione agitur ad manus curiae avocata : cognito[1]) summarie per sacramentum coloni seu inquilini vel per alias probationes legitimas sine libello et judicii strepitu, curia ex suo officio de pensione tantum rei locatae quis contendentium in jure possessionis ipsius sit potior sibi gabellam pensionem fructus seu terragia solvi mandet possessione fundi restituta . nihil potiori[2]) et durante causa cognitionis praedicti terragii gabelloti ad solvendum terragium seu gabellam ipsis litigantibus vel eorum alteri donec de possessione agitur minime molestentur, et si fuerit terragerius vel gabellotus minus forte sufficiens terragium ipsum seu gabella interea, donec accordium tractetur inter litigantes vel saltem donec per curiam terminetur per curiam sequestretur.

---

1) N. locationis.

1) N. cognitio. 2) nihil potiori statt nihilominus cf. Cons. Syrac. XXVII.

TITULUS XXXIX.

De duplicanda arra, et poena mercenariorum.

Consuetudo unica.

Locantes opera personarum ad duas[1]) hebdomadas seu mensem ac etiam ad extaleum arra accepta : si tempore statuto ad conductoris servitia non fuerint,[2]) dupplicate arram domino, et patricio ad poenam[3]) tarenorum duorum inremisibiliter teneantur, de quantitate vero arrae, usque ad aureum unum, et tempore constituto, ac defectu servitoris non conplentis promissum conductoris sacramento stabitur, dummodo quod de levitate conductor ipsae nullatenus arguatur.

TITULUS XL.

De jure prothomiseos, et quibus competat.

Consuetudo I.

Jus prothomiseos competit civibus habitatoribus civitatis Cataniae, et non[1]) aliis, tam jure sanguinis quam jure contiguitatis loci, solutis primo praecio emptori, et necessariis expensis in emptione rei venditae factis,[2]) appellatione, et nullitate poenitus amputatis : via gravaminis in suo robbore permansura.

Consuetudo II.

Venientes ad jus prothomiseos jure sanguinis usque ad quartum gradum admittantur inclusive scilicet ex parte ascendentium, descendentium, et collateralium. Ascendentes sunt hij : pater avus, et proavus : descendentes sunt filii, nepotes et pronepotes; collaterales, fratres, primi consobrini, et secundi avunculi, et materterae patrui et amitae ejusdem gradus, et utriusque sexus.

TITULUS XLI.

Infra quod tempus competat jus prothomiseos.

Consuetudo I.

Re vero stabili vendita, et contractu exinde celebrato majores praesentes possint ipsam rem venditam recuperare infra dies quindecim a die publicae bannitionis in antea nu-

---

1) N. dictas. 2) N. fuerit. 3) N. frenam.
1) N. in. 2) N. fatis.

merandos : si vero absentes sint hij quibus jus prothomiseos competit, et infra sex menses redierint : usque ad quindecim dies post primum eorum reditum : si vero minores praesentes, et patre carentes infra duorum mensium spatium audiantur.

Consuetudo II.

Venientes jure sanguinis praeferantur in recuperatione omnibus venientibus ratione contiguitatis loci (etiam si contiguitatem loci habentes in venditione seu recuperatione ipsa in tempore pervenissent) quam aliis consanguineis dummodo consanguinei recuperare volentes instrictiori gradu persistant.

TITULUS XLII.

De bannitione rei venditae.

Consuetudo I.

Vendita re stabili tribus diebus assiduis banniri debeat publice in Logia Magna civitatis Cataniae quae publica bannitio in actis curiae civilis civitatis ejusdem redigatur in scriptis : post quam scripturam redactam : infra dies quindecim ab inde in antea jus prothomiseos competat recuperare volenti, si vero bannita non fuerit duret dictum jus prothomiseos recuperare volenti usque ad annum unum a die celebrati contractus in antea dummodo dicti praedii venditi interveniat traditio corporalis.

Consuetudo II.

Consanguineus in aliquo praedictorum graduum constitutus habens jus prothomiseos et etiam contiguitatis loci praeferatur alteri consanguineo secum in eodem gradu existenti : etiam si ipsae consanguineus ejusdem gradus sit emptor rei stabilis supra vendite.

TITULUS XLIII.

De habentibus jus prothomiseos ratione contiguitatis loci.

Consuetudo unica.

Omnes habentes praedia tam urbana quam rustica sese quocumque modo tangentia vel introitu vicinali existentia jus prothomiseos habere noscantur : si vero praedium in ipso introitu vicinali alienetur, primo qui possidet pro indiviso in totum vel in partem, secundo qui magis contiguus est tam ementi quam recuperanti praeferatur.

TITULUS XLIV.

Quid fieri debeat de re vendita extraneo duobus vel pluribus habentibus jus prothomiseos, et recurrentibus ad eandem eodem die.

Consuetudo unica.

Si praedium rusticum vel urbanum fuerit venditum, duo vel plures consanguinei in eodem gradu existentes vel vicini habentes jus prothomiseos, una eadem die concurrant cum oblatione, et consignatione praecii ad recuperationem praedii venditi aequaliter admittantur.

TITULUS XLV.

De prohibita alienatione rei empte in qua quis jus prothomiseos se habere asserit.

Consuetudo unica.

Si vero res aliqua vendatur in qua quis se jus prothomiseos habere asserit post emptionem ipsam rem alienari non liceat infra tempus quo competat jus praedictum.

TITULUS XLVI.

Quod res recuperata jure prothomiseos per recuperantem infra annos duos alienari non potest nisi justa [1]) *de causa, et approbata.*

Consuetudo unica.

Jure prothomiseos res recuperata a recuperante infra duos annos alienari non possit, nisi justa, et legitima causa immineat: quae probetur, et si alienata fuerit irritetur, et primo emptori res ipsa penitus reassignetur; quae alienatio probetur summarie per testes vel instrumenta seu acta contractus alienationis ipsius.

TITULUS XLVII.

Quibus causis praedia non dicuntur esse contigua.

Consuetudo unica.

Praedia non dicuntur esse contigua: inter quae via publica est in medio, vel flumen continuo defluat, seu discurrat.

---

1) N. juxta.

TITULUS XLVIII.

De non habentibus jus prothomiseos.

Consuetudo unica.

Ecclessiae monasteria : et barones : in jure prothomiseos nullatenus admittantur.

TITULUS XLIX.

Quod jus prothomiseos competit in bonis stabilibus, cum mobilibus permutatis, vel stabilibus cum adjuncto.

Consuetudo unica.

Re stabili cum mobili commutata cum adjuncto, praecio aliquo vel sine : consanguineus vel vicinus volens recuperare dictam rem stabilem, audiatur; facta aestimatione per curiam ipsius rei stabilis permutatae : quam aestimationem recuperans commutatori solvere compellatur : si vero res stabiles inter se permutatae fuerint cum adjuncto, et etiam sine : habentes jus prothomiseos, facta aestimatione modo quo supra, ad recuperationem ipsius infallibiliter audiantur.

TITULUS L.

De simulatis contractibus in fraudem juris prothomiseos.

Consuetudo unica.

Si praedium rusticum vel urbanum fuerit pro parte venditum, et pro parte donatum, liceat habenti jus prothomiseos recuperare illud a donatario emptore, soluto prius per eum qui recuperare voluerit praecio aestimationis praedii per curiam faciendae.

TITULUS LI.

De praesentatione pecuniae, et probatione rei venditae.

Consuetudo unica.

Habens jus prothomiseos, recuperare volens praedium venditum, debeat praecium rei venditae curiae offerre, emptore primo citato : et si ipse emptor praecium recipere recusaverit. ipsum praecium per curiam deponatur : et si dictus emptor praecium ipsum recipere noluerit, infra triduum sibi resignetur, alias dictus recuperans non audiatur, et a jure suo cadat ipso facto. Cum vero contentio fuerit de praecio inter emptorem et recuperare [1]) volentem, defectu aliarum probationum stetur sacramento miseri venditoris.

1) N. recuperantem.

TITULUS LII.

De venditione bonorum mortuorum, et carceratorum pro redemptione eorum.

Consuetudo unica.

Bona mortuorum, et defunctorum pro executione eorum ultimae voluntatis, et carceratorum pro liberatione ipsorum vendita, trina subhastatione precedente per singulos dies, cum additione dierum octo ad minus, ultimo emptori, et plus exinde offerenti remaneant, habentibus jus prothomiseos omnino exclusis.

TITULUS LIII.

De celebratione contractuum rei venditae per notarium observanda.

Consuetudo unica.

Notarius qui intervenerit contractui rei stabilis alienatae conferre se debet ad locum alienatum una cum judice (solutis eis pedagiis) et omnes fines loci alienati cum diligentia perscrutari ipsosque in dicto contractu scribere, et si vanellas vel introitum communem invenerit, debet ipsos mensurari, et mensuras in ipso instrumento apponere[1]) : et si servitutes erunt in eadem re vendita secundum relationem venditorum debeat ipsas in instrumento apponere : quod si non fecerit penam unciarum duarum ipso facto incurrat, dictis patricio et judicibus applicanda.

TITULUS LIV.

Quod non liceat a venditione seu permutatione perfecta in fraudem jus prothomiseos habentis[1]) *discedere.*

Consuetudo unica.

Si quis rem suam stabilem alicui vendiderit seu permutaverit, post emtionem seu permutationem factam contrahentes ipsi non possint nec debeant ab ipsis contractibus vel aliquo ipsorum in fraudem habentis jus prothomiseos discedere; quod si fecerint, res ipsa empta seu permutata petenti ipsam jure praedicto, judicis officio summarie et ex abrupto sine figura et strepitu judicii per curiam assignetur, soluto praetio per recuperantem cuicumque debenti recipere, aestimatione per curiam penitus inde facta.

---

1) N. apparere.

1) N. juris prothomiseos habentes.

TITULUS LV.

Qualiter quis efficiatur civis et qualiter cadat a civitate.

Consuetudo unica.

Cives autem in civitate praedicta dicantur et habeantur pro civibus tam in jure doanae quam in immunitatibus omnibus civitatis ipsius, qui per annum, mensem, hebdomadam et diem cum uxore et familia continue habitaverint [1]) in civitate praedicta ut cives : dummodo quod alia civilitate non gaudeant nec fruantur : si vero ab eadem civitate [2]) discesserint, et alibi cum familia sua per tantum temporis spatium, ut superius dicitur, moram traxerint, ab eadem civilitate frustrentur.

TITULUS LVI.

De creatione notariorum publicorum.

Consuetudo unica.

Promovendus ad officium notariatus publici debeat per patricium et judices civitatis Cataniae, et alios expertos, et probos viros examinari, eligi et approbari si dignus invenitur; de quibus examinatione, approbatione et relatione fieri debeat publicum decretum subscriptione patricii, et judicum subsignatum, sigillo universitatis Cataniae roboratum; deinde praesentari debeat episcopo seu vicario majoris Catinensis ecclesiae, qui electionem, et approbationem postea confirmet.

TITULUS LVII.

De teste in falso depraehenso.

Consuetudo unica.

Quod liceat patricio seu judicibus dictae civitatis testem in falso per curiam interceptum; ac etiam producentes, vinctum ad regiam curiam destinare.

TITULUS LVIII.

De cessione seu donatione juris, et quo tempore possit illae [1]) cui ceditur experiri.

Consuetudo unica.

Si vero aliquis aliquam cessionem seu donationem fecerit, illae cui facta fuit, non possit cessionem ipsam ante lapsum

1) N. habitaverit u. weiterhin : gaudeat, fruatur, dissesserit, traxerit, frustretur. 2) N. civilitate.

1) sic! So passim.

anni experiri : et cedens ipsae pro eo cui cessit, et donata sunt jura, non possit in hoc testimonium perhibere, imo teneatur subire interrogationes sub juribus, et exceptionibus partis adversae. Et illae qui agit aut convenitur in judicio jure cesso, non valeat uti ampliori privilegio quam cedentis.

TITULUS LIX.

De cognitione, et decisione servanda in servitutibus.

Consuetudo unica.

Si contingat oriri quaestionem aliquam de servitutibus : stillicidiis, cursu aquarum, viis, aquae ductibus, aquis pluvialibus, parietibus, exitibus, introitibus, et caeteris aliis servitutibus quocumque nomine censeatur : curia dictae civitatis conferat se ad locum, et summariae [1]) sine figura, et strepitu judicii, tam per inspectionem oculorum, et instrumenta quam per testes, quos ibi recipiat : causam ipsam super loco vel in curia fine debito terminet, et decidat : appellatione seu nullitate non admissis *via gravaminis* [2]) in suo robore permansura.

TITULUS LX.

Quod sit licitum omnibus super cortili [1]) *communi privato communitatem habentibus, fenestras et alias aperturas facere.*

Consuetudo unica.

Si vero duo vel plures habeant domos suas terraneas sive soleratas, et juxta ipsas domos sit aliquod cortile commune privatum inter eos, quod omnibus in dicto cortili privato communitatem habentibus, liceat portas, fenestras, et alias quascumque aperturas prospicientes ad ipsum cortile commune privatum fieri facere, juxta velle eorum; eodem jure, et potestate servatis in vanellis quae inter aliquos sint communes, in quibus stillicidia domorum in ipsis vanellis communitatem habentibus defluunt, et discurrunt, non obstante quod ipsae portae, fenestrae, sagittarolae [2]), et aliae aperturae factae non fuerint ab antiquo in dominibus supradictis.

---

1) sic! 2) Die Worte via gravaminis fehlen im Text, sind aber zu ergänzen cf. tit. LXI i. f.

1) N. cortile. 2) N. sagittalorae. So passim. Die richtige Lesart ergiebt Palermo 29.

TIULUS LXI.

(uod non sit licitum alicui facere fenestras seu aperturas in pariete proprio vel communi in quo sit contiguum cortile privatum, vel commune alterius, nisi in ipso cortili communi portam vel aperturam habuerit.[1])

Consuetudo unica.

Si quis habet domum suam contiguam alicui cortili privato, vel alterius contigui seu vicini, in quo nullam communitatem habet, et domum ipsam voluerit altius extollere, fenestras in pariete ipsius domus per quam prospectum habere posset ad cortile praedictum facere non audeat nec presumat: sed si habitare noluerit[2]) in domibus obscuratis[3]), et ex illo pariete voluerit habere lumen, licitum sit patrono dictae domus facere in dicto pariete proprio vel communi sagittarolas, et tales aperturas quae sunt amplitudinis palmi unius et dimidii et longitudinis palmorum quattuor : in medio cujus sagittarolae imponatur quaedam virga ferrea per quam non possit habere prospectus sed et non lumen ad cortile privatum : tantum sublimes facere a solario domus seu solo, ad quos nullus possit attingere per palmos decem; reservata tamen licentia domino dicti cortilis privati, (si in eo domum aedificare voluerit adeo quod adhaerere habet de jure parieti praedicto) claudendi sagittarolas easdem, ad quas claudendas si is qui sagittarolas fecerit, et aperturas, non permiserit: summarie, et ex abrupto judicis arbitrio eas claudere compelletur: omni appellatione seu nullitate remotis, via gravaminis in suo robore permanente.

TITULUS LXII.

De communicandis muris propriis ubi non sit antiquitus aedificata fenestra vel porta cum vicinis habentibus praedia contigua muris ipsis.

Consuetudo unica.

Si quis voluerit aedificare prope domum seu aedificium alicujus pro ampliore aedificatione domi[1]) suae cum aedificiis seu muris dicti vicini sui, et communitatem habere, quod compellatur vicinus officio judicis, ad communicandum aedificium seu murum suum proprium, dummodo quod in ipso muro proprio antiquitus non appareat aedificata porta seu fenestra : soluta prius domino

1) N. habuerint. 2) N. voluerit. 3) N. oscuritatis.

1) sic!

dicti muri seu aedificii medietate extimationis dicti sui muri. Ita tamen quod stillicidia domus dicti muri seu aedificii quod [2]) petitur communicari, nullatenus pervertantur. Si vero murus qui petitur communicari, non sit illius firmitatis quae possit utriusque onera domus substinere, qui petit communicationem teneatur murum illum reaedificare de novo suis sumptibus; ita quod utrumque onus substineat. Et si ultra quod extimatus fuerit reaedificatio ipsa ascenderit, reaedificare de suo proprio teneatur; sin autem minus, residuum partis contingentis reservatur domino dicti muri.

TITULUS LXIII.

De cloacis.

Consuetudo unica.

Item pro aevitanda [1]) namque ruina cloacarum, et murorum integritate servanda, statuimus quod in muris communibus nulle cloacae aedificentur vel construantur.

TITULUS LXIV.

Quod meniana et pennatae fieri non debeant super locis publicis.

Consuetudo unica.

In decoranda civitate nostra providimus quod meniana quae excedunt muros domorum super locis publicis nemo facere seu aedificare praesumat. Et quod meniana facta quae destruentur ab aliquo non reficiantur nisi secundum hoc capitulum: neque pennatas in via publica faciat nisi murus domus in quo talis pennata petitur aedificari sit ad minus altitudinis palmorum quatuordecim: poena imminente magistris construentibus meniana seu pennatas contra formam praesentis consuetudinis unicae, auri unius curiae dicti patricii civitatis applicanda.

TITULUS LXV.

Quod nemo audeat intrare vineam alterius.

Consuetudo unica.

Item quod nullus civis vel habitator civitatis Cataniae vel etiam exterus, post bannum emissum dicto extero in civitate existente vel in ea per mensem morante vel conversante audeat

2) N. qui.
1) sic!

intrare in vineis territorii ejusdem aequester[1]) vel pedester: causa venandi vel faciendi herbas invitis dominis ipsarum vinearum sub poena unciae unius regiae curiae solvendae.

TITULUS LXVI.

De tendis non apponendis in apothecis.

Consuetudo unica.

Quod non liceat mercatoribus artificis[1]) apothecariis, et aliis personis apothecas tenentibus: tendas in eisdem apothecis tenere, nec reponere ultra charamides pennatarum apothecarum ipsarum. Et quod pro regenda dicta tenda non apponantur ligna seu canne; sub poena augustalis unius curiae patricii, et judicibus pro[2]) solvenda: sed ipsa tenda appendatur in lignis seu charamidis[3]) praedictarum pennatarum.

TITULUS LXVII.

De ductu curruum.

Consuetudo unica.

Carrerius seu alia persona currum ducens; postquam ad portam civitatis pervenerit: de curru ipso descendere debeat: et in eundo, et reddeundo per ipsam civitatem, pedester vadat; dictusque carrerius currum ipsum post se trahat atque ducat; si secus inde fecerit pro poena uncia auri una, curiae patricii, et judicum dictae civitatis exhibeatur, et persolvatur, et omne damnum et interesse quod propterea quis incurrerit per eundem carrerium satisfiat.

TITULUS LXVIII.

Quod vilis mulier manere non debeat in convicinio honestarum mulierum.

Consuetudo unica.

Quod mulier quaestum sui corporis faciens, vel lenocinium tractans, aut brigosa *si*[1]) fuerit vel rixosa ex consuetudine ultra duas vices: in domo propria vel aliena habitans: ab ipso honestarum mulierum convicinio poenitus repellatur: ad cujus rei probationem duo testes idonei sufficiant etiam si singulariter testes ipsi deponant.

1) sic!
1) sic! 2) sic! 3) sic!
1) N. f. si.

TITULUS LXIX.

De probanda consanguinitate.

Consuetudo unica.

Cognatio, et agnatio: in ascendentibus, et collateralibus: probari sufficiat ex tenuta tractatione, et vocatione tantum, et quod consanguinei ad probationem hujusmodi poenitus admittantur.

TITULUS LXX.

Usque ad quam summam arnesii licitum sit in dotem promittere, et dotare.

Consuetudo unica.

Quod nemini civi civitatis Cataniae cujuscunque conditionis, et gradus existat, licitum sit ultra quantitatem unciarum auri triginta quinque in arnesio promittere neque dare; quod si secus fecerit, et perveniat casus restitutionis dotis, ipsum arnesium ultra dictam quantitatem maritus lucrifaciat ipso facto: nulla actione servata ei cui competere possit ratione restitutionis arnesii supradicti: cui consuetudini renuntiari non possit, etiam si in hoc sacramentum intervenerit, nulla accusatione ratione juramenti praedicti servata.

TITULUS LXXI.

De modo servando in tabernis quae sunt extra civitatem.

Consuetudo unica.

Si contingat aliquem vel aliquos facere tabernas extra civitatem Cataniae tempore messium vel recollectionum vittualium, non liceat in eis vinum, carnes, pisces, panem, fructus, seu aliquid pro victualibus vendere, seu permutare, nec ad manum nec ad credentiam, vel etiam ad taleam: sub poena unciae auri unius curiae quam accusator elegerit applicanda, quam si accusatus solvere noluerit, carceretur per menses duos: inhibentes etiam quod dicti tabernarii seu vinum vendentes, extra moenia dictae civitatis victualia aliqua emere non audeant sub poena praedicta: eandem etiam poenam decernimus infligendam omnibus, et singulis qui per areas cum roncineis vel aliis animalibus iverint: vinum et praedictas res vendendo aut permutando.

---

1) sic!

TITULUS LXXII.

De offitio tabellionatus.

Consuetudo prima.

Quod notarii publici teneantur, et debeant contractus quoslibet in quibus pro notariis publicis intervenerint quolibet anno in quinternis eorum per eos de novo faciendis, et non in cartulis cum omnibus sollemnitatibus, stipulationibus, et renuntiationibus, et aliis opportune scribere.

Consuetudo secunda.

Item si aliquem notarium publicum in eadem civitate mori contingerit: quod ipsius quinterni, et omnia acta patricio, et judicibus qui fuerint pro tempore in eadem debent assignari: dictique officiales acta ipsa alicui personae publicae quam dictus notarius defunctus elegerit debeant committere, et assignare: et si dictus notarius defunctus neminem elegerit, quod ipsi officiales acta ipsa alicui notario publico mandent, et facient assignari, pro cautelis personarum quibus interest conservandis.

TITULUS LXXIII.

De onere servando in offitio judicatus.

Consuetudo unica.

Quod si aliquem notarium publicum civitatis ejusdem sua exigente virtute ad offitium judicatus civitatis Cataniae contingerit promoveri: quod eo anno quo gerit dictum officium judicatus, et anno sequenti ab exercitio dicti offitii se totaliter debeat abstinere, ad quod offitium nullatenus admittatur, nisi prius juret dictam consuetudinem inviolabiliter observare.

TITULUS LXXIV.

De observatione dictarum consuetudinum.

Consuetudo prima.

Si judex advocatus vel procurator [1]) contra consuetudinem aliquam praedictarum sententiam protulerit seu allegaverit: nulla sit ipso facto, et talis sententia seu allegatio non audiatur: et procurator respuatur, et praedicti judices, advocati, et procuratores qui talia commiserint, ab eorum cadant offitio per annum.

1) N. pretor.

Consuetudo secunda.

Item si per alterutram partium litigantium ponatur in juribus vel exceptionibus eorum consuetudo : loco probationum eorum per judicem vel notarium tempore interrogationis faciendae scribatur, cofitetur,[1]) prout in quinterno consuetudinum continetur.

Consuetudo tertia.

Et quia ex commemoratione aliarum consuetudinum, quae olim in praedicta civitate Cataniae pro tempore fuerunt magna crescit asperitas, et litigiorum crudelitas invalescit : provisum et ordinatum est per universitatem eamdem causa cognita, et discussa : ut constitit, dictas antiquas consuetudines omnimodo infirmari, et in posterum omnem earum memoriam aboleri et presentes consuetudines in causis omnibus, quae nondum judiciali sententia, vel sunt conventione sopitae habere perpetuam robboris firmitatem, contractibus tantum venditionum, et permutationum a die factis in eorum robbore duraturis.

TITULUS LXXV.
et ultimus.

De confirmatione dictarum consuetudinum.

Consuetudo unica atque finalis.

Majestati nostrae fuit humiliter supplicatum ut praedictas consuetudines acceptare, ratificare, et confirmare, de benignitate Regia dignaremur : ea itaque supplicatione per nos benigne admissa, quia praedictis consuetudinibus per curiam nostram diligenter examinatis, apparuit illas esse rationi consonas, et eidem civitati tranquillum statum, et commodum adducere : eas juxta ipsarum tenorem de certa scientia, et assensu incliti, et spiritualis Domini Joannis Ducatuum Athenarum, et Neopatriae Ducis, et Marchionis Randatii Gubernatoris Nob. Civitatis Messanae ac Regni Siciliae Generalis Bajuli tutoris, et patrui nostri carissimi : acceptamus, et pleno Regio favore offeramus : majoris tamen Catinensis Ecclesiae: In omnibus, et per omnia juribus, semper salvis : ad hujus tamen authoritatis nostrae confirmationis memoriam, et robbur perpetuo valiturum praesentes constitutiones eidem universitati exinde fieri fecimus :

1) Der Text erscheint verderbt und deshalb sein Inhalt nicht völlig verständlich.

et nostro pendente sigillo munimine robboratas, datae Cataniae per No. Raimundum Peralta Comitem Calatebellotae Regni Siciliae Cancellarium, et majorem Cambarerium atque regni admiratum: anno Dominicae Incarnationis millesimo tricentesimo quadragesimo quinto Mensis,[1]) Decembris Septimo ejusdem.

Cosmi Nepitae ad Lectorem Praefatio.

Saepe numero (benignissime lector) a majoribus meis, et ab aliis nonnullis authoritate, ac scientiarum culmine viris praestantissimis, audivi rationem inquiri cur nostrae Catinenses consuetudines typis depromptae non adhuc extiterint, maxime cum et Panhormitanae, et Messanenses jam a multis annis traditae fuerint impressioni, cujus antidoto ab oscuritate, ac oblivione subtractae in lucem, et immortalem omnium hominum memoriam prodierunt; quod quidem summae civium negligentiae tribuendum existimabant, quae ut omnibus in rebus damnari solet, ita et in negotio ad patriam pertinente vehementer exagitari debet, atque acerbissime reprehendi, praesertim cum praedictas consuetudines impressoribus committendas quasi sibi antiquum, ac dotale debitum ipsammet[1]) *Catina expostulet, ut quam a suis filiis dotem sortitae fuere consorores ejus Panormus, et Messana, eandem a suis liberis clarissima scientiarum mater Catina, et ipsa sortiri mereatur, quamobrem ego ut materno juri debitoque benevoli filii munus persolverem ac reipublicae (cujus utilitatem, ac ornamenta unius cujusque boni civis cogitationes omnes spectare debent) aliqua in re proficerem, praedictas consuetudines in communem studiosorum utilitatem non sine labore maximo imprimendas decrevi, et ne nudae sibi prodirent nonnulla ex antiquis nostris doctoribus adjicere volui corollaria, seu adjectiones, quibus praesentes nostri commentarii divino annuente praesidio accesserunt. Habes itaque (candide lector) consilii, ac instituti mei rationem: habes opus argumento quidem, et inscriptione tibi notum, caeterum si ex eo utilitatem percipies accepto ferendum sit Deo, sin me in errorem aliquem (quod absit) incidisse animadvertes, humanae imperfectioni adscribito, isque piae correctioni subjiciatur, quam pati perjucundum, longeque amoenissimum mihi fore arbitrabor, si bene, ac recte examinentur, et ponderentur errores, habita prius diligenti, ac copiosa materiae nostrae cognitione, tunc enim ut*

1) N. Mensae.
1) sic!

defectuosum, vel imperfectum nequaquam redarguetur opus cum et nostri subjecti natura nullis pene finibus claudi possit, et nos continuo publicarum lectionum munere, publicorumque offitiorum onere maximopere distenti vix animum ad haec pauca traducere, convertereque potuerimus, iis vero, qui injusti has nostras lucubrationes, et vigilias convitiis urgere, infectarique audebunt, satis sit ut eo in errore persistant, quo nos versari arbitrantur. Vale lector, sisque longaevus.

CONSUETUDINES
FIDELISSIMAE CIVITATIS SYRACUSARUM

CONFIRMATAE PER REGIAM MAJESTATEM

ANNO DOMINI 1318. 2do IND^{ta}.

Consuet. I.[1])

De damno dato in rebus exteris.

Quoties contingit aliquod damnum inferri aliquibus patronis in vineis, olivetis, viridariis, agricolturis et areis eorum per animalia aliquorum, et ipsa animalia inventa et capta fuerint in damno dato per dominum vel colonum, de quo per testem unum constiterit etiam juramentum cujuslibet capientis et bajulo assignata, seu alii nomine suo de animalibus ipsis subscripta poena pro jure bajulationis officii et bajulo persolvantur: etc. videlicet: Pro quolibet animali grosso cujuscumque sexus foeto vel sterilibus scilicet sumeris vel jumentis si fuerint usque viginti, solvantur bajulo per patronum animalium pro jure pasculi gr. quinque pro quolibet; et si fuerint ultra viginti, quantumcumque fuerint, solvantur bajulo per patronum animalium tar. quinque; et pro quolibet centenario[2]) animalium parvorum scilicet ovium, caprarum aut porcorum utriusque sexus usque ad summam aliorum quingentorum, solvantur tar. 2. pro quolibet centenario;[3]) et si fuerint ultra quingenta, quantumcumque fuerint, tar. 10 pro eis exigendis persolvantur; nulla defentione, appellatione seu nullitate admissis.

Consuet. II.

De ipso damno emendando.

Animalia vero ipsa per ipsum bajulum minime restituantur

---

1) Zu den durch La Mantia mitgetheilten Consuet. (IV, VI, IX, X, XII, XIV, XVI, XVII, XVIII, XXXI, XXXII, XXXVIII) sind die von den unsrigen abweichenden Lesarten der dort benutzten Handschrift (ohne weitere Verweisung auf La Mantia) angegeben. f. = fehlt, f. h. = fügt hinzu, bedeutet die Auslassung oder Hinzufügung eines oder mehrer Worte bei La Mantia. Offenbare Schreibfehler unserer Handschrift sind durch die Bezeichnung Ms. (Manuscript) kenntlich gemacht. Das Ms. bezeichnet die einzelnen Consuetudines mit arabischen Zahlen. Der Uebereinstimmung wegen mit den übrigen Consuetudines haben wir auch hier die Bezeichnung mit röm. Ziffern durchgeführt. 2) Ms. centrio. 3) Ms. centino.

eorum patrono vel custodi nisi cum satisdatione sufficienti de emendando damno dato patrono, cui sit illatum, juxta arbitrium duorum proborum virorum electorum per judices civitatis Syracusarum. Ad quod arbitrium, si patronus vel custos animalium adesse noluerit requisitus semel tantum per illum [1]) cui damnum fuerit datum, is qui damnum passus est in absentia patroni animalium vel custodis, fiat per praedictos viros electos ut supra extimari, ut juxta talem extimationem fidejussor ad id solvendum sine judicii strepitu per judices vel eorum exequutione exinde compellatur, modis et temporibus infrascriptis, scilicet, quod si agricolturis vel areis damnum sit datum quod fiat emenda in ea specie victualium lini seu leguminum in qua sit datum, vel aera [2]) in qua damnum datum est, et solvatur tempore recolletionis victualium. Et si vineis, viridariis, olivetis, vel ortis seminatis ferragine damnum datum extiterit, emenda fiat in paecunia numerata, et statim facta extimatione solvatur, nulla appellatione, defentione seu nullitate admissis.

Consuet. III.

De probatione damni dati in quantitate animalium damnum dando captorum. [1])

Et si forte plura sint animalia grossa damnum dando inventa, de quibus non nisi unum aut aliqua capi possunt et duci ad bajulum per patronum vel colonum, ad ipsorum captionem et quantitatem probandam summarie et sine strepitu judicii, sufficiat unus testis [2]) qui non sit de ejusdem rei vel loci custodia in quo sit damnum illatum, et praedictum jus pasculi de animalibus inventis omnibus bajulo persolvatur, et de damno illato patrono satisfiat de captione et quantitate praedictorum animalium minimorum damnificantium, aliquem ut praescribitur quia sunt difficilia ad ducendum, similiter sine judicii strepitu uni testi credatur cum sacramento cujuslibet capientis et solvatur de ipsis animalibus omnibus jus praescriptum, et de damno dato patrono etiam satisfiat, nulla defentione, appellatione seu nullitate admissis.

---

1) Ms.: illud. 2) aeram. Bezüglich des Wortes aera und seiner Bedeutung cf. Catania tit. 1 cons. I.

1) Ms.: caprorum. 2) Ms. testes.

Consuet. IV.

De bonis acquisitis constante matrimonio.

Contracto legitimo matrimonio inter N. N. cum N. N.[1]) et per carnis copulam consumato, et ex eo filiis procreatis, si alter[2]) parentum decesserit relictis[3]) filio vel filiis, et in decessu testari voluerit de tertia parte omnium bonorum acquisitorum, post praedictum[4]) matrimonium consumatum possit facere velle suum.

Alia[5]) tertia parte parenti[6]) superstiti et reliqua filiis vel filio[7]) remanentibus. Si vero ab intestato alter parentum ipsorum[8]) decesserit relictis filio vel filiis, tertia pars praedictorum bonorum remaneat parentum[9]) superstiti : reliquae vero duae[10]) partes praedictis filio vel filiis debeant remanere.

Consuet. V.

De bonis patrimonialibus viri et uxoris.

Bona stabilia patrimonialia, sive sint viri sive uxoris, non confunduntur inter maritum, uxorem et filios. Itaque maritus non habeat partem in hujusmodi bonis uxoris, nec uxor in bonis mariti, reservata semper ipsis parentibus potestate, dum simul advinxerint[1]) de bonis praedictis omnibus nihil dandi alicui filiorum, aut nisi voluerint dotandi alteram vel alterum de liberis eorum ad libitum ipsorum, et faciendi sive per modum obligationis sive alienationis inter vivos tantum in omnibus velle suum, non obstante filiorum eorum contradictione, marito tamen licebit ignorantibus invitis et contradicentibus uxore, filiis et filiabus distrahere et alienare bona mobilia communia inter eos : praedicta vero distratio[2]) et alienatio prohibitae sunt uxori, itaque si quid dicta uxor filio,[3]) filiae vel alteri latenter et sine voluntate mariti in dotem vel alia quavis causa promiserit, promissio non valet, et ad ipsam promissionem complendam cogi non possit, in casu vero mortis licitum sit cuilibet jugalium praedictorum faciendi, disponendi et testandi de parte contingente unumquemque ipsorum de bonis acquisitis juxta suae arbitrium voluntatis reservato et concesso patri tantum invitis, uxore et filiis suis quod possit de tota communi substantia

1) inter virum et uxorem. 2) Ms.: aliter. 3) relicto. 4) f. praedictum. 5) altera. 6) f. parenti. 7) filio et filiis. 8) istorum. 9) parenti. 10) Ms.: duo.

1) sic statt: advixerint. 2) sic statt distractio. 3) Ms.: filii.

extrahere et satisfacere pro liberatione animae suae de male ablatis[4]) et male acquisitis per eum post contractum matrimonium inter eos, de quibus stabitur ipsius patris juramento jure aliquo consuetudini huic contrario non obstante.

Consuet. VI.

Quod filia dotata non admittatur ad successionem reliquorum bonorum parentum.

Filia vero maritata et dotata[1]) non admittatur ad successionem reliquorum bonorum parentum, sed illa bona residua remanent[2]) fratribus vel sororibus in familia remanentibus in capillo, nisi sit decepta in dotis tempore[3]) ultra dimidiam[4]) dotis suae: in quo casu deceptionis, et[5]) computatis dotibus una cum fratribus et sororibus, decepta mulier parentis defuncti haereditati succedat equaliter[6]): quod si alii filii vel filia[7]) praeter dictam maritatam non superstiterint[8]) ipso,[9]) non obstante quod maritata et dotata fuerit admittatur[10]) in haereditate praedicta.

Consuet. VII.

De filio ducente uxorem absque voluntate patris.

Si filius absque consensu patris, qui partem non habuerit, uxorem duxerit, pater non cogatur sibi dare partem bonorum ipsorum patrimonialium in vita sua.

Consuet. VIII.

De filia deviante de domo paterna egressa.

Si filia juvenili calore de domo paterna egressa, si postea nupserit sive innupta remanserit, pater sive mater vel etiam fratres non cogantur dare eidem partem bonorum ipsorum.

Consuet. IX.

De successione bonorum filii et fratris.

Si quis autem aut si qui filiorum liberati a patria potestate morte vel emancipatione patris, aut remanentes orfani morte

---

4) Ms.: oblatis.

1) dotata et maritata. 2) remaneant. 3) in datis a patre. 4) dimidium. 5) f.: et. 6) f.: equaliter. 7) filie. 8) supersint. 9) f.: ipso. 10 admictitur (= admittitur).

matris, decesserint[1]) post mortem alterius parentum infra pupillorum[2]) aetatem, aut etiam majores nullo condito testamento, fratres vel[3]) sorores[4]) eodem tamen[5]) matrimonio susceptі[6]) veniant ad successionem eorum equaliter cum altero parentum[7]) superstite, aliis fratribus et sororibus alterius matrimonii, et nepotibus a successione defuncti fratris exclusis. Si quis enim[8]) defecerit[9]) in minori aetate vel in majori ab intestato qui careat utroque parente, nullisque[10]) superstitibus sibi filio, fratre vel sororibus[11]) succedunt[12]) ei[13]) proximiores ex parte patris in una medietate tantum, et ex parte matris proximiores[14]) in reliqua medietate ejus substantiae.

Consuet. X.

De non alienandis rebus dotalibus absque liberis.[1])

Maritus,[2]) uxor seu ambo simul, de rebus stabilibus sibi in dotem a parentibus collatis nihil[3]) possint[4]) vendere vel alienare, nisi gravi necessitate urgente, de qua curiae manifeste constabit liberis non extantibus vel extantibus.[5])

Consuet. XI.

De non facienda fidejussione per maritum sine assensu uxoris.

Si maritus absque assensu uxoris suae fidejusserit pro aliquo tam in criminalibus quam in civilibus causis, uxor non teneatur de rebus in dotem ipsi marito datis fidejussione mariti sui adimplere liberis extantibus vel non extantibus.

Consuet. XII.

De tutela materna.

Viro ab intestato defuncto, vel ab eodem in testamento[1]) nihil[2]) de tutore disposito, uxor superstes filiorum suorum pupillorum tutelam[3]) gerere possit[4]) si fuerit honesta et diligens admi-

1) Ms.: successerint. 2) pupillarem. 3) et. 4) f. h. ex. 5) tantum. 6) Ms.: sumpti. 7) parente. 8) autem. 9) deficit. 10) f. que. 11) sorore. 12) succedant. 13) f. ei. 14) proximiores ex parte matris.

1) bonis totalibus, auch f.: absque liberis. 2) f. h. vel. 3) nil. 4) possit. 5) f.: vel exstantibus.

1) Ms. intestato. 2) testato nil in f. bei L. M. 3) tutelam filiorum. f.: suorum pupillorum. 4) potest.

nistratrix, quamdiu [5]) ad secunda vota non transierit [6]) : Si vero ad secunda vota convolaverit, tutor legitimus si fuerit ad administrandum idoneus authoritate curiae ipsorum [7]) pupillorum [8]) gerere possit [9]) : Si autem legitimus non fuerit, curia ex officio suo idoneum ipsis pupillis tutorem constituat, post *mortem* [10]) vero praedicti patris infra [11]) viginti dies fiant tria inventaria de omnibus bonis filiorum, omnibus suis solemnitatibus [12]) observatis, quae in talibus requiruntur, quorum unum in archivio actorum curiae civitatis ejusdem, aliud penes proximiorem et digniorem consanguineum ipsorum pupillorum ex parte defuncti patris, et tertium penes ipsum tutorem siquidem [13]) deponatur. [14])

Consuet. XIII.

De tutore testamentario.

Viro testato defuncto, tutor ab eodem in testamento constitutus ex sola testamenti authoritate tutelam minorum dummodo tamen idoneus fuerit administret, facto nihilominus inventario de bonis minorum et aliis solemnitatibus secundum jura debite observatis.

Consuet. XIV.

De successione parentum ad filios.

Si vero primus vel ultimus filius vel filia decesserit in minori aetate vel in [1]) majori et intestatus liberis non relictis, altero parentum superstite succedat ei ipse parens superstes in una medietate [2]) avus vel avia ex parte parentis [3]) si supervixerit, et in [4]) eorum defectu alii proximiores ex eodem latere ex parte parentis defuncti succedant usque ad tertium gradum alioquin revertatur ad parentem viventem esset etiam [5]) iniquum, ut si de una substantia personis pluribus aequa de jure successio debeatur, alii exinde abbundanter [6]) affluant, [7]) alii nequiter ipsi [8]) substractioni [9]) ingemiscant.

---

5) quousque. 6) transiverit. 7) eorundem. 8) f. h. tutelam, facto inventario de bonis ipsorum. 9) potest. 10) Ms. f. mortem. 11) in. 12) omnibus juribus et solemnitatibus. 13) f. siquidem. 14) deponantur.

1) f.: in. 2) f. h.: sue substantie tantum, et in altera medietate. 3) f. h.: defuncti. 4) f.: in. 5) enim. 6) Ms.: abbundantur. 7) f. h.: et. 8) f.: ipsi. 9) f. h.: substantie.

Consuet. XV.

De bonis stabilibus provenientibus sive a patre sive a matre.

Bona stabilia patrimonialia provenientia sive a patre sive a matre vel ab aliis recta linea ascendentibus, liberis non extantibus, posset reliquere quibuscumque personis testator per testamentum, si vero filias habuerit eis jus comune quidem reservatur.

Consuet. XVI.

De restitutione dotis.

Si matrimonium dissolvi contingerit morte mariti liberis non susceptis, uxor superstes habere debet[1]) tam[2]) bona stabilia quam quantitatem[3]) pecuniae in dotem collatam[4]) eidem marito suo super bonis ipsius mariti, arnesia et jocalia tamen eidem mulieri restitui debent sicut extant et quatenus apparent, non obstante extimatione in traditione ipsius dotis prehabita atque[5]) facta. Indumenta vero omnia quae[6]) praedictus maritus eidem uxori suae fecerit durante matrimonio inter eos esse debeant praedicti mariti, nec minus si uxor praemoriatur, quod maritus teneatur restituere dotanti vel ejus haeredibus tres partes paecuniae in dotem sibi traditae et collatae, reliqua quarta parte dictae[7]) pecuniae dotis ipsius sibi propter onera matrimonii praedicti[8]) remanente.[9]) Arnesia vero et jocalia sicut extant et apparent idem maritus restituere praedicto dotanti vel ejus haeredibus teneatur; et si forte durante matrimonio bona aliqua[10]) inter dictum[11]) virum et uxorem fuerint acquisita, et uxor in vita[12]) remanens partem suam dictorum bonorum acquisitorum maluerit eligere quod habeat medietatem omnium bonorum praedictorum[13]) acquisitorum cum arnesio et jocalibus sicut apparent : dotali vero pecunia haeredibus et successoribus praedicti mariti in hoc casu penitus remanente.

Consuet. XVII.

De beneficio facto in fundo[1]) *alterius jugalium.*

Beneficia autem quaecumque edita in fundis mariti vel

1) debeat. 2) tantum. 3) pro quantitate. 4) dote collate. 5) f.: praehabita atque. 6) Ms.: prae. 7) f.: parte dictae. 8) dicti matrimonii. 9) remaneant. 10) f.: aliqua. 11) f.: dictum. 12) f.: in vita. 13) monium praedictorum bonorum.

1) Ms.: funda.

uxoris post matrimonium consumatum, ipso matrimonio dissoluto morte alterius jugalium liberis non relictis, viventibus jugalibus[2]) in bonis et inter bona acquisita siquidem[3]) computentur, non obstante si de jure dicta beneficia solo cedant, ita tamen quod alter jugalium cujus solum fuerit, vel haeres ejus,[4]) solvant medietatem beneficii praedicti alteri jugalium praedictorum vel haeredibus ejus[5])[6]) solo sibi cum dicto[7]) beneficio remanente.

Consuet. XVIII.

Filii majores existentes in potestate patris qualiter legare possint.[1])

Si vero mater praemortua sit, filii et[2]) filiae majores effecti scilicet post decimum quartum annum, et masculi[3]) post decimum octavum[4]) patre vivente *licet*[5]) emancipati non sint et[6]) in potestate patris existant, possint[7]) legare in eorum decessu usque ad medietatem omnium eorum[8]) bonorum non obstante contradictione paterna.

Consuet. XIX.

De alienatione et obligatione bonorum minorum.

Imminente justa necessitate pro qua res minorum obligari debeant vel alienari necessitatis causa, per curiam summarie cognita[1]) possint res minorum cum authoritate tutorum si habeant, et si non habeant per curiam sibi dati[2]) cum decreto curiae obligari vel alienari et numquam deinde retractentur.

Consuet. XX.

Bona presentium vel absentium majorum qualiter alienari[1]) *possint.*

Res etiam majorum presentium vel absentium per curiam bajulorum et judicium civitatis ejusdem cum causae cognitione alienatae vel in solutum datae in posterum irretractabiles remanebunt.

---

2) f. liberis non relictis, viventibus jugalibus. 3) f. siquidem. 4) ejus heredes. 5) Ms.: jus. 6) ejusdem. 7) praedicto.

1) qualiter possunt legare filii majores existentes in potestate paterna. 2) vel. 3) masculus. 4) f. h.: annum. 5) So L. M. Ms.: totaliter. 6) sed. 7) possunt. 8) f.: eorum.

1) Ms. cognitam. 2) Ms.: dari. Zu dati ist zu ergänzen: tutoris.

1) Ms.: alieri.

Consuet. XXI.

De divisione communis substantiae.

In divisione vero communis substantiae inter alterum parentum superstitem et filios, vel ipsis praemortuis ambobus parentibus inter fratres, sicut erat antiquitus consuetum et hactenus observatum per ipsam universitatem provisum et statutum est de caetero procedi debere perpetuo videlicet quod parens superstes et ipsorum parentum defectu major frater vel soror bona ipsa dividat et aequales faciat portiones, et portione prima data minori quam ipse minor vel alius pro eo cum expedierit praeeligat et capiat partium qualem velit, et deinde ascensive gradatim procedatur in divisione praedicta ultima portione majori fratri vel parenti superstiti remanente.

Consuet. XXII.

De venditione rerum debitoris.

Debitore ad solutionem debiti condemnato de mobilibus ejus vel se moventibus si apparent et in ipsorum defectu de stabilibus, creditori integre satisfiat; ita tamen quod creditor res mobiles sibi pro debito assignatas teneat per dies 15. a die assignationis in antea numerandos, infra quos dies nisi debitor satisfecerit creditori ipsis diebus elapsis, deinde creditor cum notitia et de mandato curiae faciat res ipsas mobiles vendi praetio videlicet quo poterit meliori, debita subhastatione praemissa, ut sibi de debito satisfiat, et si quod de praetio venditionis rerum illarum supererit debitori creditor assignabit. Si vero creditor non nisi rem stabilem a debitore per curiam pro suo receperit debito, ne sic de facili his bonis suis stabilibus spolietur, et eorum possessio ad alios devolvatur, presenti ordinatione statutum est quod creditori[1]) bona stabilia sibi pro debito assignata tenere tantum datur per quatuor menses si confessus fuerit debitum a principio in judicio a die assignationis in antea numerando, infra quos nisi a debitore sibi de debito fuerit satisfactum cum notitia et de mandato curiae post ipsum terminum rem ipsam stabilem vendat praetio quo poterit meliori, similiter debita subhastatione praemissa ut sibi de debito satisfiat. Et si quod de venditione rei stabilis supererit debitori ipsius rei domino, creditor assignabit fructibus rei stabilis medio tempore pro creditore perceptis computandis in sortem. Si

1) Ms. creditor.

vero debitor negaverit debitum in judicio a principio et de ipso debito postmodum convincatur non nisi duorum mensium spatium habet in praemissis.[2])

Consuet. XXIII.

De iniquo debitore.

Et quia pro communi bono perspectum est per universitatem eamdem quod auferatur ab omnibus quelibet causa et materia malignandi, presenti ordinatione ordinatum et confirmatum est, quod si quis iniquus debitor fugitivus existerit[1]), aut res suas abscondat, ut appareat non solvendo et etiam si solvendo non sit constito et judicato prius de debito detineatur in carcere cum compedibus ferreis per bajulum civitatis Syracusarum spatio triginta dierum usque ad summam unciae unius auri, spatio duorum mensium usque ad summam duarum unciarum, et sic deinde seriatim usque ad summam duodecim auri, et si praedictum debitum transcendat summam dictarum unicarum auri duodecim, tam diu detineatur in carcere in forma praedicta donec solvat debitum universum quod non possit de sua malitia gloriari, et si dictus debitor defecerit solvere creditori infra terminos praedictos ipsis terminis elapsis liberetur a carcere et juret retinere sibi tantum necessaria victus sui de eo quod lucratus fuerit et reliquum tradere creditori, ut per eum suum debitum persolvatur praeter in majori debito quod praedictam summam duodecim unciarum transcendat pro quo perpetuo carceratus remanebit dum solvat debitum prout superius est expressum, non tamen locum habet in viris et mulieribus venerandis qui non propter malitiam sed ex casu fortunae ad inopiam constiterit esse reductos et si pro debitore intervenerit fidejussor, non inventis bonis principalis, de quibus possit satisfieri creditori post condemnationem ipsius ad petitionem fidejussoris[2]) carceretur praedictus principalis debitor modis praescriptis, et per ipsum fidejussorem si bona debitoris sufficiant, satisfiat plenarie creditori, non tamen fidejussor praedictus propteria[3]) carceretur quantumcumque appareat non solvendo nulla appellatione, nullitate et defentione admissis

---

2) Ms. tantum.

1) sic! 2) Ms. fügt hier, anscheinend in Folge eines Schreibfehlers, die nicht verständlichen Worte hinzu: fidejussionem non facientis et debitum. 3) sic!

remanente nihilominus principali debitore obligato fidejussori in forma praescripta ad totum id quod solverit pro eodem.

Consuet. XXIV.

Quod testimonium Judeorum et aliorum infidelium contra Christianum non sit admittendum.

Insuper ad comprimendam eorum iniquitiam [1]) et perfidiam Judeorum, statutum et ordinatum est per universitatem eamdem quod testimonium Judei et infidelis neque per scripturam publicam vel privatam nec per vivam vocem contra Christianum de quacumque causa tam criminali vel civili in aliquo judicio reperiatur; nec etiam admittatur testimonium Christiani contra Judeum seu aliquem infidelem tamquam dignioris in qualibet causa in judicio valituro.

Consuet. XXV.

De locatione domorum, apothecarum, tabernarum et magazenorum.

Domus locata ad annum pro habitatione conductoris auferri non potest ab ipso conductore per patronum seu locatorem infra constitutum [1]) tempus locationis praeterquam in casibus infrascriptis, videlicet : si dominus indiguerit ea pro usu et habitatione propria : si voluerit ipsam tradere in dotem vel si vendere aut pignorare voluerit conductori permisso quod in similibus casibus, scilicet si [2]) domum dederit in dotem vel in pignus caeperit, aut forte de civitate recesserit ad habitandum alio profecturus, ipsam possit renunciare dicto domino infra tempus locationis praedictae, et si latenter et sine mandato domini ab ea recesserit vel alii domino ignaro locaverit ipsam integram pensionem totius anni solvere teneatur.

Item similiter de apothecis locatis ad annum pro exercitio alicujus ministerii. Si vero conductor ab ea infra tempus locationis discedere voluerit, et personae idoneae ad eumdem usum locare voluerit pro residuo tempore locationis ipsius, satisfacto integre locatori pro toto tempore locationis ejusdem, ipse locator necessario eidem conductori consentire cogatur ut novus inquilinus locatorem in dominum recognoscat, vel si

---

1) sic!

1) Ms. constitutivum. 2) Hier fehlen offenbar einige Worte. Es soll vermuthlich heissen: si quis ei domum dederit in dotem et.

nolit ab inquilino recipiat praeteriti temporis solam ratam. De tabernis vero et magazenis locatis ad annum infra locationis tempus per conductorem vel locatorem nec renunciari liceat nec auferri.

De magazenis autem locatis ad mensem in principio primi mensis per dies 8 tantum conductor illud tenuerit integram totius mensis pensionem locatori exsolvere : diebus vero 8 elapsis, similiter pro ipso toto mense teneatur solvere, etiam si non fuerit in locatione expressum.

Consuet. XXVI.

De capiendo pignore ab inquilino sine licentia curiae.

Authoritate semper praestita locatori vigore presentis consuetudinis in omnibus locationibus praedictorum bonorum quod quoties expedierit ab inquilino suo vel quolibet alio habitante in ea, donec in domo locata morabitur, ab ipso licite possit pignus auferre de domo praedicta, licentia curiae non petita defensa, et patrono proinde imposita in hac parte cessante.

Consuet. XXVII.

[De[1])] his qui unam et eamdem rem se possidere contendunt.

Quoties vero contingerit quod duo vel plures fundum eumdem se possidere contendunt, quia olim contingebat multoties quod terragerii, gabelloti seu inquilini a personis illis contendentibus de solvendo toto terragio vel gabella seu pensione indebite vexabantur, ordinatum est per universitatem[2]) praedictam quod possessione fundi hujusmodi ad manus curiae advocata constito curiae summarie per colonum, gabellotum seu inquilinum vel vicinum de eadem possessione sine libello et judicii strepitu, curia ipsa suo officio de possessione tantum rei locatae quis contendentium[3]) jure possessionis ipsius[4]) sit potior judicet, et gabellam, pensionem, fructus seu terragium solvi mandet possessione fundi restituta nihilominus potiore, durante vero tempore recognitionis praedicti pensionarii, terragerii seu gabelloti ad solvendum terragium, pensionem seu gabellam ab ipsis litigantibus vel eorum altero minime molestentur, et si fuerit pensionarius, terragerius vel gabellotus minus forte

---

1) f.: de. 2) Ms. universam. 3) Ms. contemnentium. 4) Ms. hat den Schreibfehler: ipsis.

sufficiens, terragium ipsum seu gabella interea donec[5]) per eos concorditer tractetur vel saltem donec per curiam terminetur per curiam sequestretur.

Consuet. XXVIII.

De solidis et merce servitiorum quod credatur juramento patroni.

De solutionibus autem mercedis vel solidorum, vineatorum, agricolarum, tabernariorum vel quorumcumque servitiorum operariorum[1]), conductorum ad annum vel mensem vel extalium, fidei et juramento patroni stabitur usque ad tarenos 15; et deinde in antea sibi et uni testi credatur, nisi sit levis aut reprobabilis sit persona, nisi etiam secus probaretur per operarium vel conductorem.

Consuet. XXIX.

Quod persona conducta infra tempus locationis non recedat a servitiis locatoris.

Et si forte persona conducta infra tempus locationis a servitiis locatoris illicentiata recesserit, teneatur restituere patrono totam mercedem quam caeperat ab eodem non obstante quod servierit tempore longo vel brevi anni unius tantum, dummodo dictus patronus non sit molestus personae conductae et promissum pretium sibi solvat. Si vero patronus infra tempus locationis licentiaverit ipsum, dummodo ex malitia vel protervitate servitoris non habeat evenire patronus totum conventum pretium mercedis seu locrii sui sibi solvere teneatur, et alias ipsum licentiare infra tempus non possit.

Consuet. XXX.

De jure prothomiseos.

§ 1. Jus prothomiseos competit tam ratione sanguinis quam contiguitatis loci et habens prothomisim ex consanguinitate usque ad tertium gradum inclusive a fratribus seu sororibus numerando praefertur ei qui habet ex contiguitate loci,

5) Unser Ms. ist an dieser Stelle durch Auslassungen und Schreibfehler vollständig verderbt. Der Text muss aus Catania tit. XXXVIII i.f., wie geschehen, restituirt werden. Zunächst fehlt im Ms. hinter interea donec, dann ist das Wort tractetur in totaliter verschrieben und vel ausgelassen. Endlich fehlen darin die Worte: donec per curiam terminetur gänzlich.

1) Ms. operarorium.

dummodo is qui petit sit ex ea consanguinitate a qua res venalis provenisse dignoscitur, etiam qui accipit prothomisi rem [1]) venditam debet restituere justas expensas.

§ 2. Re stabili vendita et publico notario locum venditum disignante praemissa denuntiatione per notarium ipsius contractus eis qui habent jus prothomiseos ex contiguitate loci, quousque publicum instrumentum venditionis solita solemnitate non fuerit peractum, habens prothomisim ex quocumque casu jure prothomiseos uti potest, peracto vero et solemnizato in praemissa forma precluditur petendi via cujuscumque petenti; nisi forte petens fuerit absens venditionis tempore dummodo instrumentum ante [2]) peractionem ipsius steterit tribus diebus per acta curiae civitatis, quindecim tamen dierum spatio ut infra consanguineis reservato.

§ 3. Vendita re stabili absente eo cui jus prothomiseos competit, si idem absens infra annum redierit, et usque ad quintum decimum diem post ejus reditum se curiae *praesentaverit* [3]) et rem venditam jure prothomiseos habere petierit restituto integro pretio primo emptori et solutis justis expensis eamdem rem habere possit.

§ 4. Venditiones quidem rerum stabilium debent celebrari per curiam civitatis scilicet quod per notarium publicum fiat venditionis instrumentum et per bajulum et omnes judices subsignetur, ita tamen quod inter omnes bajulum et judices ipsos non [4]) pluris salarii jure subsignationis solvatur quam fuerit hactenus per unum tantum judicem recipi consuetum quod inter se dividant equaliter, et non sit opus deinde instrumentum aliis testibus subsignari.

§ 5. Antiquum usum in jure prothomiseos in civitate Syracusarum observatum per quem paecunia oblata in judicio pro re stabili vendita recuperanda alicui fideli personae in deposito praestabatur usque ad finem contractationis [5]) ipsius in melius corrigentes, statuimus et ordinamus ut ipsa paecunia oblata in judicio per 8 dies tantum fide dignae personae per judices deponatur post elapsum vero praedictorum 8 dierum terminum [6]) ipsa paecunia domino restituatur et in consecutionem suis terminis procedatur.

§ 6. Requisitionem vicinorum consuetudinibus declarantes

1) Ms. prothomisorem. 2) Ms. antea. 3) Ms. f. praesentaverit. 4) Ms. f. non. 5) sic! 6) Ms. termino.

statuimus et ordinamus ut requisitio vicinorum per notarium contractus [7]) celebretur ut supra : sed consanguinei aliter requirantur videlicet quod praedicta venditio per servientem publice semel in curia infra triduum banniatur, qui consanguinei per bannitionem eamdem quindecim dierum spatium habeant ad praedictum jus prothomiseos exigendum, si contractus tempore ipsi consanguinei fuerint in terra presentes, si vero absentes fuerint praedictum anni terminum habeant ut est supra.

§ 7. Et quod praedictum jus prothomiseos competit tam jure sanguinis quam contiguitatis loci ex omni contractu celebrato inter contrahentes ex quo transferatur dominium utile vel directum, excepto in dotibus dandis, haereditatibus, legatis, divisionibus et quibuscumque contractibus initis inter parentes et liberos in infinitum, et fratres et sorores et liberos fratrum [8]) siquidem et sororum.

§ 8. Donatio autem si pure sine colludio facta fuerit propter jus ipsius prothomiseos [9]) minime revocatur.

§ 9. Ecclesiae, monasteria, comites et barones jus prothomiseos in civitate Syracusarum habere non possunt.

§ 10. In quibus vero praedicti juris prothomiseos consanguinitatis et vicinitatis coram dictis bajulo et judicibus praedictae civitatis Syracusarum movendis summarie procedatur et de eis nulla appellatio audiatur.

Consuet. XXXI.

De civibus et habitatoribus civitatis Syracusarum.

Cives autem in civitate Syracusarum dicantur et habeantur pro civibus tam in jure dohanae, quam in muneribus, immunitatibus et omnibus aliis juribus quibuscumque ipsius civitatis qui per annum, mensem hebdomadam et diem cum uxoribus et filiis eorum habitaverint continue in civitate praedicta. In honoribus autem officiorum promoveri licebit hos tantum qui habitaverint in civitate praedicta cum uxoribus et familia [1]) eorum per septemnium, et licet [2]) aliqui in civitate praedicta [3]) et territorio [4]) suo burgensatica bona stabilia habeant cum civibus et habitatoribus Syracusarum [5])

---

7) sic! 8) Ms. fratruum. 9) Ms. perprothomiseos.

1) Die gesperrt gedruckten Worte fehlen im Ms. Sie sind aus La Mantia ergänzt. 2) Ms. tot. 3) f.: praedicta. 4) vel tenimento. 5) f.: Syracusarum.

civitatis ejusdem conferant et concurrant[6]) [7]) in exactionibus et aliis juribus[8]) nisi per septemnium cum eorum familia in civitate morentur a juribus et beneficio prothomiseos de recuperanda re stabili vendita per consanguineos vel vicinos a quocumque emptore omnino expertes remaneant; nec in tali actione proponenda aliquatenus admittantur[9]) quia istud concessum est tantum[10]) civibus habitatoribus in civitate praedicta in forma praemissa, prout in consuetudine juris[11]) prothomiseos continetur, nisi aliunde veniens nativitate Syracusanus existat aut uxorem duxerit Syracusanam, qui eo die quo Syracusas[12]) habitandi proposito venerit honoribus, oneribus et consuetudinariis juribus ipsius civitatis ut quilibet civis utatur.

Consuet. XXXII.

De jure cesso colludiose celebrato.

Provisum est etiam salubriter et consulte[1]) malitiis[2]) hominum[3]) obviandum quia[4]) plures non ex puro dilectionis zelo qui est omnibus permittendus,[5]) aliter dicunt quam sentiunt[6]) et aliter quam sentiunt dicere non verentur et quandocumque[7]) colludiose[8]) cedunt jus quod habere se asserunt in aliquibus rebus in aliorum possessione existentibus alicui privilegiato[9]) vel potenti personae tum quia de suo jure diffidunt, tum etiam[10]) propter vexationes multimodas litium nituntur ab aliis fraudolenter et illicite paecuniam extorquere quod quaecumque persona jus suum quod in habendo[11]) alicujus possessionis[12]) habere se asseruit[13]) alii cesserit vel donaverit[14]) testimonium de eadem re perpetuo perhibere[15]) non possit, et quod ea persona cui jus suum cesserit[16]) etsi prohibitum[17]) vigore presentis consuetudinis repellatur, nec sit[18]) ipso jure profiguum[19]) producenti *eo scilicet quia*[20]) contigit multoties quod in illo jure

6) f.: concurrant. 7) f. h. et. 8) angariis. 9) Ms.: admittatur. 10) Ms.: tamen. 11) de jure. 12) sic!

1) f. h. fore. 2) Ms.: molitus. 3) Ms. habitantium. 4) quum. 5) Ms.: praemittendus. 6) Ms. seniunt. La Mantia sentiant. 7) quandoque. 8) Ms.: cullodiose. 9) privilegiatae. 10) f. h. quia. 11) Ms.: habendi. 12) in hujusmodi rebus aliene possessionis. 13) asserit. 14) f. h. contra quamcunquepersonam. 15) Ms.: prohibere. 16) Die gesperrten Worte fehlen im Ms.: und sind von uns aus La Mantia ergänzt. 17) Ms.: et si licitum. 18) Ms.: et si. 19) profiquum. 20) Ms.: vel contra. Da diese Worte völlig perplex, haben wir die Lesart La Mantia's in den Text aufgenommen.

quod dicitur cessum, *cum adipiscatur*[21]) fraudolentes[22]) cessores[23]) partecipant[24]) cum agente[25]) et ideo magis in caussa sua quam aliena perhibent[26]) testimonia minus justa, nec is[27]) cui jus cessum fuerat[28]) nisi post lapsum anni a die cessionis in antea illo jure cesso volens agere audiatur.

Consuet. XXXIII.

De officialibus Syracusarum.

Statutum et ordinatum est etiam per universitatem praedictam quod nullus civis qui officialis fuerit alicujus officii civitatis ad aliquod officium usque ad elapsum annum tertium admittatur.

Consuet. XXXIV.

De officialibus infra tempus officii extra civitatem euntibus.

Ordinatum est etiam per universitatem praedictam quod quicumque officialium civitatis Syracusarum infra tempus sui officii recedat a civitate praedicta, extra vel alibi profecturus, cadat ab officio ipso, et in defectu ipsius per universitatem ipsam loco sui alius eligatur.

Consuet. XXXV.

De debitoribus universitatis.

Provisum et ordinatum est insuper ac consonum rationi videtur, quod nullus civis debitor universitatis praedictae cujuscumque sit debiti, priusquam dictum debitum primum exsolvat[1]) in locationibus gabellarum et jurium civitatis aliquatenus audiatur.

Consuet. XXXVI.

De nolentibus partecipare et comunicare cum civibus.

Qui forte cum vicinis et civibus in singulis et variis contingentibus universitatem praedictam comunicare recusaverit privilegiis et immunitatibus concessis universitati praedictae minime gaudeat[1]), sed sit omni officio carituras.

---

21) Ms.: cui ad ipsos cogitur. Auch hier haben wir die Lesart La Mantias in den Text gesetzt, da die Worte unseres Ms. völlig perplex. 22) Ms.: fraudolente. 23) cessores fraudolentes. 24) participant. 25) Ms.: assente. 26) Ms.: prohibent. 27) Ms.: ei. 28) fuerit.

1) Ms.: exidnat.

1) Ms. gaudeant.

Consuet. XXXVII.

De sommaria cognitione servitutum per curiam celebranda.[1])

Pro celeri namque decisione litium et causarum procuranda quoties aliqua controversia vertebatur olim inter cives civitatis Syracusarum de servitutibus, viis, et aqueductibus, stillicidiis, parietibus, limitibus, operibus construendis et his similibus, consuevit curia Syracusana ad loca ipsa accedere et per instrumenta, testes et inspectionem oculorum de dicta controversia ibidem quando cognoscere summarie sine libello, strepitu et figura judicii, et quandoque in ipso loco sententialiter judicare praeter appellationem quam consuetudinem dicta universitas acceptando et ratificando concorditer voluit et vult perpetuo tanquam ratificatam et innovatam ut supra dictum est habere robur perpetuae firmitatis.

Consuet. XXXVIII.

De portis et finestris[1]) *faciendis lex.*[2])

Presentis consuetudinis auctorithate sit licitum civibus Syracusanis portas, finestras et alias aperturas in eorum domibus et muris ipsorum[3]) et aliis quibuscumque possessionibus facere ex parte scilicet[4]) viarum publicarum, preterquam tabernas et aphotecas[5])[6]) ubi mercimonia publice venduntur, nisi sit[7]) antiquitus consuetum : in domibus vero propriis ubi habitaverint[8]) et morantur possit vinum includere[9]) et vendere aphotecas etiam[10]) pro rebus venalibus facere et tractare.

Consuet. XXXIX.

De pecunia mutuata in ludo azardi.

Si quis autem mutuaverit alicui paecuniam ludendi causa ad azardum vel ad alium ludum quemlibet taxillorum, et expedierit creditori convenire in curiam debitorem, talis creditor minime audiatur et debitor ad solvendum creditori hujusmodi turpe debitum minime compellatur, nisi sit res pignorata.

Consuet. XL.

De visitatione defuncti.

Ut omnis omnino singulis turbationis materia auferatur

---

1) Ms. celebrandam.

1) fenestris. 2) f. lex. 3) f. ipsorum. 4) videlicet. 5) statt: apothecas. 6) in tabernis et apothecis. 7) f. sit. 8) habitant. 9) inducere. 10) Ms.: viam.

statutum et ordinatum est quod in quocumque funere et visitatione cujuscumque defuncti seu defunctae, fiat visitatio per propinquos vel alios homines civitatis ipsius a die obitus defuncti usque ad horam tertiam sequentis diei et non ultra, nam qui[1]) contra hujusmodi ordinationem venire presumserit, ad penam unciae unius auri justitiario vel capitanio persolvendam[2]) teneatur, *vigore*[3]) presentis consuetudinis obtentam.

Consuet. XLI.[1])

De prohibitione tarcarum.

Cum a Sacra Regia Majestate sit editum ut mulieres tarcam minime deferant in funeribus mortui et aliis partibus civitatis, ac sit licitum prohibitiones et edictum hujusmodi facere observari, statuitur per universitatem praedictam quod nulla mulier in funeribus mortui et aliis partibus civitatis tarcam deferat sive gerat, nisi sit mulier vidua quae ab edicto hujusmodi eximatur, nam quae[2]) contrafecerit ad paenam unciarum duarum auri teneatur justitiario persolvendam.[3])

Consuet. XLII.

Quod vilis mulier non debeat manere in vicino honestarum mulierum.

Et consequenter satis directe provisum et mandatum est per universitatem praedictam quod nulla mulier quae prostret se, vel lanonizet[1]) in convicinio honestarum mulierum nec in domo conductitia, nec propria, debeat habitare, quia sepe contingit *quod*[2]) una ovis morbida totum gregem contaminat[3]), sic et mulieres pravae honestarum mulierum pudicitiam contaminare dicuntur.

Consuet. XLIII.

De exceptione fori.

Ad cohartandos fugitivos et eos qui semper dignoscuntur judicium fugere et ab actoribus[1]) conveniri dolosi evitant allegantes[2]) aliquando magnorum et potentiorum hospiciorum fori privilegia, aliquando aliorum officialium forum bajuli et judicium civitatis

1) Ms. namque. 2) Ms.: persolvendum. 3) Ms. f. vigore.

1) Das Ms. hat: consuetudo quatragesima prima. 2) Ms. namque. 3) Ms. persolvendum.

1) sic! 2) Ms. f. quod. 3) Ms. contamineat.

1) Ms. auctoribus. 2) Ms. alligantes.

praedictae taliter declinantes in ipsorum actorum dispendium et gravamen, statutum est quod tales cives incolae, talia privilegia contra justitiam allegantes, nullatenus per curiam audiantur, sed ad respondendum actoribus per curiam civitatis ipsius in judicio expellantur inviti.

Consuet. XLIV.

De faciendis furnis, centimolis, et cloacis.

Syracusanorum civium controversias dividundo quas habeant hactenus in cloacis, furnis et centimolis faciendis, statuimus et ordinamus quod cuilibet Syracusanorum in eorum domibus et locis sit licitum furnos, centimola et cloacas facere, dummodo a vicinis muris dicta eorum opera duobus palmis distare [1]) noscantur.

Consuet. XLV.

De mercibus vendendis.

Ut cives Syracusani festivitatibus gaudeant, statutum est ac etiam ordinatum ut quarumcumque mercium Syracusas seu in porta ejus adductarum seu venditarum [1]) pro usu domorum eorum habeant portionem pro eodem praetio tantum quo emptores [2]) primitiis extiterunt.

Consuet. XLVI.

De immoderata impositione paenarum.

Immoderatam impositionem paenarum quam [1]) Syracusani cives in eorum controversiis aliqui utebantur, presenti consuetudine statutum et ordinatum est quod nulla paena a quibuscumque personis in contentionibus imposita valeat nec teneat [2]), nisi publicis contractibus et preter eam quae imponitur ab officialibus auctoritatem habentibus, excepto tamen si contemptor paenarum ad injurias actuales excesserit similia crimina et majora, tunc paena ipsa passa injuria curiae denunciata [3]) secundum legum auctoritatem legitimum vigorem assumat.

Consuet. XLVII.

Quod nullus deducat seu deduci faciat animalia ab ecclesia S. Antonii infra.

Introitus et exitus Syracusanorum salubriter preparetur,

---

1) Ms. dixtrare.

1) Ms adducturam und vendituram. 2) Ms.: emptore.

1) statt: qua. 2) Ms. valeant. teneant. 3) Ms.: denunciatam.

presenti consuetudine statutum et ordinatum est quod nulla persona cujuscumque gradus, status et conditionis existat, audeat de caetero deduci seu perduci facere oves, boves, vaccas, capras et jumenta ab ecclesia S. Antonii versus civitatem praedictam noctandi quam morandi causa [1]) ibidem, exclusis item [2]) ovibus et capris quas ibidem adduci contingerit cum eorum faetibus causa vendendi faetus praedicti, nec non aliis animalibus in macello vendendis, quibus faetibus venditis statim reliqua animalia a locis praedictis recedant, exceptis animalibus adducendis et vendendis [3]) in nundinibus quae fiunt in civitate praedicta et his quae ab ordinariis dicuntur, quod si quis contra praedictam ordinationem venire presumpserit tarenum unum poenae [4]) nomine justitiario regio pro quolibet animale persolvat.

Consuet. XLVIII.

Quod de bonis mariti usque ad quartam partem dotalis pecuniae preter dotem acquiritur uxori.

Fredericus Dei gratia Rex Siciliae notum fieri volumus universitatis, tam presentibus quam futuris, quod cum habuerit inter alia tenorem petitionis quae pro parte universitatis hominum civitatis Syracusarum quae dictat:

Quoties matrimonium dissolvitur non superstitibus liberis per mortem mulieris, dos revertitur ad dotantem, maritum [1]) verum tamen sibi quartam partem pecuniae retinere: Si vero per viri obitum nonnisi uxori supersiti redditur non aequa nimiter [2]) a nostris dictis fidelibus supportatur nostro culmini, proinde supplicato eisdem [3]) nostris fidelibus per nostram celsitudinem [4]) provideri ipsorum supplicationi [5]) benignius annuentes, quia postquam vir et mulier ad matrimonii legem conveniunt equalis est conditio recensenda, consulti ac deliberati providimus ac statuimus, quod quoties matrimonium in eo casu quo filii non existant per viri obitum dissolvatur de bonis mariti usque ad quartam partem dotalis pecuniae preter dotem acquiratur uxori presentis scripti tenore, mandantes universis officialibus civitatis praedictae presentibus et futuris quod *id quod* [6]) provisum [7])

1) M. f. causa. 2) Ms.: idem. 3) Ms.: vendentis. 4) Ms.: pene.

1) Ms.: marito. 2) statt: nimis. 3) Ms. eidem 4) Ms.: celestitudinem. 5) Ms.: supplicatione. 6) Ms. f. id quod. 7) Ms. provisionem.

statutum et ordinatum est ex nunc in antea in perpetuum habeant inviolabiliter observare et observari facere, in cujus rei testimonium ac cautelam presens scriptum eis exinde fieri fecimus, nostro sigillo munitum; dat. etc.

Consuet. XLIX.

De non immittendo vinum.

Ut nullus tam civis quam exterus cujuscumque conditionis et gradus existens audeat immittere seu immitti facere in civitate Syracusana vinum preter de vineis civium civitatis ejusdem existentibus in territorio seu territorio civitatis ipsius, tam per mare quam per terram, quod si quis hoc fecerit in praemissis quilibet civis dictae civitatis, possit libere capere vinum ad opus regiae curiae conservandum, et si voluerit in terra seu in mare, concedatur et[1]) fidelitate nostra et haeredum nostrorum semper in omnibus salva.

Consuet. L.

De juribus acathapanorum.

Acathapani sunt contenti juribus infra scriptis:

In primis recipiant a quolibet bucherio Syracusano patrono macelli in festo nativitatis Domini, coxiam unam de carnibus porcinis, et coxiam unam in festo resurrectionis castrasinorum:

Item recipiant a quolibet bucherio seu patrono macelli habente rotulos pro uno macello mercandum pro mercatura ponderum et rotulorum ipsorum pro toto anno tarenorum unum, et si forte bucherii ipsi sive patroni aliquo casu pondera[1]) nullo praetio mercare facere teneantur. A patronis vero et mercatoribus vendentibus ac vendi facientibus carnes ad rotulum seu aedas et agnas vivas[2]), jus nullum acathapani praedicti exigere teneantur:

Item a quolibet vendente tam[3]) species quam caseum, oleum et alias merces ad minutum pro mercatura rotulorum et ponderum apothecae ipsius pro toto anno recipiant *tt.* 2 ad plus minusve juxta facultatem speciarii:

---

1) Ms. f. h. de.

1) Hier ist zu ergänzen: amittant cf. Note XXXII. 2) aedas statt haedos, agnas statt agnos. 3) Ms. tamen.

Item recipiant a quolibet aphotecario[4]) seu a rigatterio pro mercatura rotulorum et ponderum per totum annum tarenum unum:

Item recipiant pro mercatura cafesi et mondei a qualibet[5]) persona quae cum dictis cafesis et mondeis lucratur et lucrari intendit oleum:

Item recipiant a qualibet extero mercatore deferente oleum ad vendendum in civitate Syracusana tam per mare quam per terram si fuerint a cafesis quatraginta olii[6]) infra rotulos duos:

Item si fuerint cafesi a quinquaginta usque ad centum recipiant olei rotulos sex et ad centum supra cafisum unum. Ita tamen quod dicti acathapani teneantur accomodare seu accomodari facere mercatori, seu patrono dicti olei cafesum dimidium et rotulum:

Item recipiant predicti acathapani a qualibet persona ferente fructus per mare ad vendendum in civitatem praedictam pro qualibet barca si fuerit a salmis duabus infra mundium unum, item in salmis ultra tuminos duos.

4) sic! 5) Ms.: quolibet. 6) sic!

ORDINATIONES, CONSUETUDINES ET INSTITUTA FACTA ET EDITA PER UNIVERSITATEM TERRAE

N O T I.

Ordinationes [1]), consuetudines et instituta facta et edita per universitatem terrae Noti [2]), et consulta deliberatione, et solemnitatibus observatis, et in his necessariis pro bono statu et melioratione terrae praedictae, ad honorem Sacrae Regiae Majestatis pro legibus, et tamquam leges de caetero observanda, derogatura legibus, constitutionibus, consuetudinibus, et statutis, subscriptis ordinationibus forsan adversantibus, oblata nuper eidem Majestati Regiae per Jacobum Furectum, et Paulum de Cholo ipsius universitatis proprios Syndicos, et per eamdem Majestatem Regiam confirmata, videlicet:

L.[1]) Viri et uxoris bona omnia et a quacumque parte perveniant, natis filiis confunduntur [2]) : et volentibus viro et uxore dividere cum filiis, tertia pars bonorum debetur patri, altera matri, et reliqua tertia filio vel filiis [3]) viventibus cum patre vel matre superstite, tertia pars praemortui cedit filiis. Et sic iidem filii debent habere duas partes tertias, unam debitam sibi jure naturae, alteram [4]) parentis praemortui, si vero praemoriatur testatus, ejus stabitur testamento, dummodo in eodem testamento de eorum tertia filios recognoscat. Si vero praemoriatur mater, potest de mobilibus tertiae portionis suae pro velle suo testari. Stabilia vero, quomodocumque ea mortua fuerit, cedunt filiis natis ex ipsorum jugalium matrimonio. Et si non sunt ei mobilia, potest ex stabilibus portionis suae, usque ad medietatem valoris dictae portionis suae [5]), juste [6]) aestimatam [7]), testari. Ita tamen, ut sublatis lucris sordidis et male

1) Die von der hier benutzten H.-Schrift abweichenden Lesarten der Ausgabe des Vincent. Littara sind in den Noten mit L. die der Ausgabe des Sbano durch Sb. kenntlich gemacht. Offenbare Schreibfehler des Ms. sind im Text verbessert, aber in den Noten angegeben. f. = fehlt, f. h. = fügt hinzu, L. f. = fehlt bei Littara, L. f. h. = Littara fügt hinzu ct. 2) L. Neti.

1) Im Original fehlt die Bezeichnung der Capitel durch Zahlen. 2) L. und Sb. f. h.: et unum corpus efficiuntur. 3) L. und Sb. f. h.: praemortuo vero patre, vel matre ab intestato, et filio vel filiis. 4) Ms.: altera. 5) L. f. suae. 6) L. und Sb. justa. 7) L. und Sb. aestimatum.

quaesitis, de residuo tantum praefatis patri et matri et filiis tertia debeatur. Propter quod si testator, idemque maritus et pater in ultimis suis, vel quolibet mortis periculo constitutus, vel constituendus[8]) brevi, puta ad bellum, vel alio, ubi imminet mortis periculum, sit iturus, juraverit de sordidis lucris seu male quaesitis habere se aliquid, illud vel tandumdem de[9]) universo patrimonio, tamquam restitutioni subjectum, sicut et alias constantis matrimonii debita[10]) deducatur per patrem vel per quem ipse constituerit illis, a quibus ablatum fuerit, vel piis locis resignandum, vel[11]) residua tantum uxori et filiis ac patri per tertiam dividantur[12]), ne maritus et pater in perpetuum lugeant, et uxor ac filii irrationabiliter lucrifaciant aliena. Si vero non sit in ultimis, nec in mortis periculo constitutus, vel in brevi constituendus, sed in senectute vel senio, quo casu non est verisimile ipsum, ut suae salutis immemorem dejerare, et juravit ut praedictum est, lucra sordida et male quaesita se habere, ita demum de medio ea, ut praedictum est, detrahat: sic infra mensem ad summum praesenti pecunia restituat, sicut superius est expressum.

II. Vir, praemortua uxore, vel uxor, praemortuo marito, ad secunda vota cum sua tertia potest transire libere, et tertia illa cum bonis secundi viri, vel secundae uxoris, natis filiis unum corpus efficitur[1]), quo, vel qua mortua ab intestato, omnia bona illa in tres partes dividuntur, quorum tertia debetur viro, vel uxori superviventi, tertia filiis ipsius secundi matrimonii, et in reliqua tertia praemortui tam filii primi quam secundi matrimonii succedunt in capita. Si vero testamentum condiderit, et de tertia filios primi matrimonii non recognoverit, tamquam ab intestato filii succedant.

III. Debita, quae apparuerint tempore primi matrimonii, solvi debent ex bonis filiorum primi matrimonii, et etiam ex tertia, cum qua pater vel mater ad secunda vota transivit. Debita vero facta tempore secundi matrimonii solvi debent ex bonis secundi matrimonii, et ex[1]) praedicta tertia, quae cum ipsis filiis natis confusa est. Debita vero, quae rationabiliter

8) L. und Sb. f. h. in. 9) L. tantum deinde. 10) Ms. debito. 11) L. und Sb. et. 12) Ms. dividatur.

1) Ms. efficiuntur. So auch: L. und Sb.

1) L. und Sb. f.: ex.

facta apparuerint medio tempore inter primum et secundum matrimonium, ex communibus bonis solvi debent.

IV. Viro praemortuo, filiis non susceptis, mulier superstes dotem et dotarium suum consequi debet. Et si non fuerit dotarium constitutum, quod dicta uxor habeat omnia vestimenta sibi facta a dicto viro suo, reliqua bona praemortui ab intestato pertinent ad proximiores, ex testamento tamen pertinent ad eos, quibus ipse in testamento reliquerit. Uxore praemortua extinguitur dotarium, et dos ad dotantem revertitur et restituitur in hunc modum, videlicet: quod omnia bona stabilia data in dotem restituantur statim dissoluto dicto matrimonio; et de quantitate pecuniae datae in dotem, tres partes debent restitui tantum infra sex menses a die dicti soluti matrimonii numerandos. Sed si vir voluerit eam sepelire propriis sumptibus habeat, seu habere debeat, de lecto sibi dato in dotem, mataratium unum, plumatium unum, par linteaminum unum [1]), culcitram unam de melioribus, tota vero alia roba [2]), arnesia et jocalia [3]) data in dotem, quatenus extant et apparent, restituantur statim dissoluto dicto matrimonio. Et si dicta uxor testari voluerit, potest quidem de mobilibus usque ad quartam partem ipsorum tantum; de stabilibus autem minime, nec marito, nec extraneis.

V. Pater et mater viventes si voluerint filiam viro tradere, licet eis dare de bonis suis pro voluntate eorum. Si vero filium emancipare voluerint, de tertia sua possint [1]) ei pro voluntate sua dare ultra partem ei contingentem de tertia, quam cum fratre vel cum fratribus habet communem. Quod si omnes filios vel filias efamiliaverint, et partem illi suam acceperint, inter patrem et matrem reliqua bona dividantur.

VI. Patre mortuo, filiis minoribus cum matre remanentibus, et in minori aetate praemortuis, vel ab intestato, bona eorum stabilia, si pervenerunt eis a matre, ad eamdem revertantur [1]), et si a patre pervenerint, ad proximiores patris. Praemortua matre, patre superstite [2]), de mobilibus tertia pars, quae eis suo jure pervenit [3]), ad patrem vel matrem superstitem devolvitur.

1) L. und Sb. par unum linteaminum. 2) L. und Sb. robba. 3) L. und Sb. jogalia.

1) Ms. possit.

1) L. revertuntur. 2) Zu ergänzen: vel praemortuo patre matre superstite. 3) L. und Sb. provenit.

Reliqua vero tertia, quae jure maternae vel paternae successionis eis acquisita est, ad proximiores patris defuncti, vel matris revertitur, ita tamen ut pater superstes habeat et habere debeat usumfructum omnium bonorum stabilium, donec vixerit. Utroque vero parente praemortuo, et filiis eorum in minori aetate. vel ab intestato postea defunctis, bona eorum stabilia ad eamdem partem revertuntur, a qua pervenerunt. De mobilibus vero una medietas ad proximiores patris revertitur, alia ad proximiores matris devolvitur. Utroque parente vivente, filius etiam factus major, de bonis communibus portionem petere non potest.

VII. Si mortua matre, filius factus major noluerit in familia patris manere, sed per se voluerit vivere, vel et filius non habeat unde possit vivere ex facultatibus vel industria, quod pater teneatur aut praestare filio alimenta de tertia secundum facultates suas, aut tertiam a matre praemortua pervenientem. Et si pater convolaverit ad secunda vota, cogatur pater praestare filio dictam tertiam partem a matre pervenientem, et non alimenta. Reliquam tertiam, eidem filio jure naturali debitam, pater, quoad usumfructum, sibi retinere potest, proprietate tamen filio reservata, patre vero praemortuo, et matre superstite, si filius in communi cum matre vivere noluerit, duas partes sibi contingentes ab ipsa matre petere potest.

VIII. Filio nato et praemortuo, patre et matre superstitibus, quilibet eorum in tertia ejusdem filii pro medietate succedit : et sic omnia bona inter eos sunt communia. Et in hoc casu, defuncto viro [1]), uxor superstes habet et habere debeat [2]) dimidiam partem [3]) omnium dictorum bonorum.

IX. Salvo jure cognatis ejusdem viri legitimis successoribus, si bona fuerint stabilia, provenientia ex parte dicti viri, retinendo ea quanti fuerint juste aestimata valere, et viceversa. Salvo jure cognatis dictae uxoris legitimis successoribus, si bona fuerint stabilia provenientia ex parte dictae uxoris, retinendo ea, quanti juste [1]) fuerint aestimata valere : ita ut dicta uxor superstitibus sibi parentibus, vel fratribus, vel sororibus, aut filiis fratrum et sororum non possit testari de bonis dotalibus, seu de bonis, quae sibi pervenerunt ex aliqua successione, nisi usque ad quartam partem dictorum bonorum suorum : dictis

1) L. u. Sb. viro defuncto. 2) sic! 3) L. u. Sb. f. h. suam.
1) Ms. justi.

vero personis non existentibus, seu aliqua ipsarum, quod possit testari, et disponere, ac relinquere omnia bona sua ad libitum suum.

X. Viro et uxore sine dote et dotario, cum uterque nil in bonis habeat, matrimonium contrahentibus, filiis non susceptis, vel susceptis et[1]) praemortuis, quaecumque acquisita sunt bona, communia sunt.

XI. Minor post quartum decimum annum testari potest, et decimo octavo anno completo major efficiatur : et deinde res suas legitime administrat.

XII. Nullus contractus privatus valet, aut tenet, nisi a duobus vel pluribus idoneis testibus fuerit roboratus.

XIII. Facta vel pacta a partibus aliquo compromisso sub poenae appositione firmantur arbitrorum sententia in civili negotio.

XIV. Vir et uxor susceptis filiis ex ipsorum jugalium matrimonio, et constante matrimonio possunt vendere et alienare, et obligare quaecumque bona voluerint, tam mobilia, quam stabilia, sine consensu dictorum filiorum suorum. Et quod dicta venditio, seu obligatio, seu alienatio facta per dictos jugales sine consensu dictorum filiorum suorum, sit rata et firma, et nullo modo, seu caussa[1]) a dictis filiis eorum possit retractari.

XV. Filia vero maritata et dotata non admittitur ad successionem reliquorum bonorum parentum suorum : sed illa bona residua remaneant fratribus et sororibus non maritatis in familia dictorum parentum suorum, vel alterius eorum remanentibus, nisi sit decepta in dote ultra dimidiam partem contingentem sibi tempore dotis constitutae, in quo casu deceptionis computatis dotibus una cum fratribus et sororibus, decepta mulier in parentis defuncti haereditatem succedat.[1]) Quod si alii filii, vel filius, praeter dictam maritatam, non supersit, ipsa, non obstante quod maritata et dotata fuerit, admittatur in haereditate praedicta.

---

1) L. f. : et.

1) Ms. cassa, so auch Sb.

1) Ms. haereditates (so auch L. u. Sb.) succedant. (L. u. Sb. succedat.)

XVI. Si filius vel filia absque consensu patris, uxorem vel virum duxerit, pater non cogatur ei dare partem bonorum suorum patrimonialium in vita sua.

XVII. Si filia vel soror, juvenili calore, deviaverit, et luxuriata fuerit, si postea nupserit, vel innupta remanserit, pater sive mater, vel etiam fratres, non cogantur inviti dare eidem partem bonorum suorum.

XVIII. Si quis, aut si qui filiorum liberati a patria potestate morte, vel emancipatione patris, aut remanentes orphani morte suae matris, decesserint post mortem alterius parentis infra pupillarem aetatem, aut etiam majores nullo condito testamento, fratres et sorores ex eodem tantum matrimonio suscepti veniant ad successionem eorum aequaliter cum altero parente superstite: aliis fratribus et sororibus alterius matrimonii et nepotibus a [1]) successione defuncti fratris exclusis.

XIX. Maritus vel uxor seu ambo similiter de rebus stabilibus sibi in dotem collatis nihil possint vendere vel alienare, nisi dotante vel ejus haerede consentiente, aut gravi [1]) necessitate urgente, de qua curiae manifeste constabit [2]), liberis ex matrimonio ipsorum mariti et uxoris non procreatis. Et in casu quo maritus sit prodigus vel dilapidator, alienatio dictorum bonorum stabilium dotalium nullo modo fieri possit.

XX. Si maritus absque consensu uxoris suae fidejusserit pro aliqua causa tam in criminalibus quam in civilibus causis, uxor non teneatur de rebus in dotem ipsi marito collatis, nec de parte ei [1]) contingente de bonis acquisitis per ipsam et dictum virum suum, fidejussionem dicti mariti sui adimplere, liberis extantibus, vel non extantibus.

XXI. Viro ab intestato defuncto, vel eodem testato, et nihil de tutore disposito, uxor superstes filiorum suorum pupillorum tutelam gerere possit, si fuerit honesta, et diligens administratrix, quamdiu ad secunda vota non transierit. Si vero ad secunda vota convolaverit, tutor legitimus, si fuerit ad administrandum idoneus, auctoritate curiae ipsorum pupillorum tutelam, facto inventario de bonis eorum, gerere possit. Si autem tutor legitimus non fuerit, curia ex officio suo idoneum

1) L. e.

1) Ms. pravi, so auch Sb. 2) Ms. costabit.

1) L u. Sb. eam.

ipsis pupillis tutorem constituat. Post mortem vero praedicti [1]) intra viginti dies fiant tria inventaria de omnibus bonis filiorum, omnibus juris solemnitatibus observatis, quae in talibus requiruntur: quorum unum in archivo [2]) curiae terrae ejusdem, aliud penes proximiorem et digniorem consanguineum ipsorum pupillorum ex parte defuncti patris, et tertium penes ipsum tutorem, deponantur.

XXII. Imminente justa necessitate, pro qua res minorum obligari [1]) debeant, vel alienari [2]), necessitatis causa per curiam summarie cognita, possint res minorum cum auctoritate tutoris, si habent, et si non habent, per curiam illis dati [3]), cum decreto curiae obligari, vel alienari, numquam deinde retractandae.

XXIII. Data alicui possessione, rei de qua agitur, per contumaciam adversarii [1]) causa rei servandae, sive ante [2]) contestatam, sive post contestatam litem, si infra dies quinquaginta [3]) se in judicio praesentaverit, data fidejussoria cautione judicio sistendi, actore citato, et praesente, possessionem recuperat; perseverante vero in contumacia usque ad menses quatuor inclusive, apud eum, cui data fuerit, remanebit.

XXIV. Fratribus nolentibus in communi vivere, et volentibus paternam, vel maternam haereditatem inter se dividere, majori natu datur divisio celebranda, minori optio eligenda concedatur, et sic gradiatur usque ad majorem.

XXV. Duabus de causis contractus gabellae rescinditur, pro venditione, et data dote: praeterquam rei dominus, qui locaverit, expresse se obligaverit non posse pro altero istorum gabellam [1]) infringere vel impedire, vel renunciata consuetudine terrae Noti. Quia omnis contractus ex conventione legem accipit.

XXVI. Domus locata auferri non potest ante constitutum tempus locationis, praeterquam si dominus, qui locat, in ipsa domo habitare voluerit, vel res suas ex necessitate in ea reponere. Si vero conductor ante finitum tempus conductionis ad propriam domum, postea per eum acquisitam, ad habitandum migrare voluerit, seu ad alias terras domicilium mutare potest, exceptis

1) Zu ergänzen: patris. 2) Ms. arcivo.

1) Ms. u. Sb. obligare. 2) L. f. h. ex. 3) Ms. datum, so auch L. u Sb.

1) Ms.: adversariis, so auch L. 2) Sb. f. ante. 3) L. u. Sb. 50.

1) L. cabellam.

tabernis, et domibus locatis, in quibus impositum sit vinum, dummodo transacti temporis solvat conductionis pretium; ultra non teneatur.

XXVII. Locator vero domus pro pensione sibi non soluta potest per se res in ea existentes auferre, et retinere, donec pensio sibi solvatur usque ad octo dies: quibus elapsis, si conductor requisitus non solverit, locator possit ipsas res vendere sine licentia curiae, debita tamen subhastatione praemissa.

XXVIII. Si quis pecuniam mutuaverit ad taxillos, vel ad quemlibet ludum perditionis [1]), ei actio denegatur et mutuatam pecuniam amittit. Si autem promiserit, aut convenerit, seu juraverit aliquid dare, is, cui promissum est, actionem non habet, et datum non repetitur: cum in turpi causa melior sit conditio [2]) possidentis.

XXIX. Venditiones, seu distractiones rerum majorum praesentium, vel absentium citatorum vel contumacium, pro debitis, pro quibus appareant publica instrumenta, per curiam bajuli, et judicum terrae ejusdem cum [1]) causae cognitione factae permanebunt.

XXX. De solutionibus autem mercedis, vel solidorum custodum vinearum, vinitorum, agricolarum, tabernariorum vel quorumcumque servitiorum et operariorum [1]) conductorum ad annum vel ad mensem fidei et juramento domini stabitur usque ad tarenos auri septem et medium, deinde usque ad tarenos auri quindecim, illis, et uni testi creditur, nisi levis aut reprobabilis sit persona: nisi etiam secus probetur per operarium vel locatum: ita tamen ut si quaestio fuerit inter dominum seu conductorem et personam locantem operam, et servitia suae personae, de solidis seu mercede, quod ipsa persona, quae locaverit operas suas, non possit petere, nisi solidos, seu mercedem unius mensis: et dicto domino credatur de solutione mercedis, ut praedictum est. Et si forte persona locata infra tempus locationis a servitiis conductionis indimissa recesserit, teneatur restituere domino totam mercedem, quam ab eodem receperat, dummodo ex malitia vel protervitate domini hoc non eveniat. Si vero dominus infra dictum tempus locationis sine justa causa dimiserit operarium vel servitorem, ipse dominus totum conventum pretium mercedis ei solvere teneatur.

---

1) Ms. perdictionis. 2) 2) Ms. condictio.

1) Ms. non.

1) Ms.: operationum Sb. operarorium.

XXXI. Et consequenter provisum est, et statutum per universitatem praedictam, quod nulla mulier, quae publice prostituat se, vel faciat quaestum sui in convicinio honesto stare, nec in domo conducta, nec in domo propria habitare possit : quia saepe contingit, quod una ovis morbida totum gregem contaminat. Sic et mulieres pravae, et inhonestae nituntur pudicitiam suis maculis sordidare.

XXXII. Ut habitatores dictae terrae fertilitatibus gaudeant et exultent, statutum et ordinatum est, ut quarumcumque mercium ad praedictam terram adductarum et venditarum pro usu domorum eorum habeant portionem pro eodem pretio tantum, quo emptae prius extiterunt, intra duos vel tres dies, postquam fuerint venditae, praestito tamen per illum, qui hujusmodi sortem voluerit, quod [1]) merces [2]) ipsas ad opus proprium, ut supra, voluerit [3]), debito sacramento.

XXXIII. Acatapani terrae ipsius, eo quod retroactis temporibus diversas exactiones, et extorsiones irrogare solebant, recipiant a quolibet apothecario, seu ricatterio, et buccherio terrae ipsius pro mercatura rotulorum, et aliorum ponderum et mensurarum per totum annum tarenum unum. Et si forte aliquo casu infra dictum annum dicti rotuli et pondera, seu mensurae amitterentur, praedicti acathapani rotulos ipsos, et ipsa pondera, seu mensuras nullo pretio propterea eis soluto mercari facere teneantur. Item de quolibet quartucio tabernarii grana decem : et pro quartucio burgensis grana quinque [1]) : item pro justatura [2]) tumini grana quinque : etiam pro quartucio molendini grana quinque.

A patronis vero, et mercatoribus vendentibus, seu vendi facientibus carnes ad rotulum, seu haedos, seu agnos vivos, nullum jus praedicti acathapani exigere seu recipere teneantur.

Item si aliquis exter pisces aut oleum vendendum ad praefatam terram apportaverit, acathapani ipsi pro jure ponderum seu mensurarum ad rationem de rotulo uno tantum pro quolibet cantario ipsorum piscium, seu olei, possint exigere et habere; a cantarii vero dimidio infra, nihil.

---

1) L. quo. 2) L. mercedes. 3) Zu ergänzen: habere.
1) L. u. Sb. 5. 2) Ms. justatuta.

XXXIV. Item quod nullus de terra praedicta possit et valeat exercere choreas noctis tempore cum cereis sub poena unciae unius universitati ipsius terrae solvendae ab eo qui contrafecerit, ob contemptum consuetudinis praefatae.

XXXV. Ut omnino singulis turbationis materia superflua auferatur, statutum et ordinatum est quod in quocumque funere et visitu [1]) cujuscumque defuncti seu defunctae fiat visitatio per propinquos vel alios homines terrae ipsius a die, scilicet, obitus defuncti vel defunctae usque, et [2]) per totum diem sequentem, et non ultra. Nam contra hujusmodi ordinationem, qui temerarie venire praesumserit solvat pro poena augustales duos, cujus medietas solvatur justitiario vel capitaneo dictae terrae Noti, et altera medietas commodis dictae universitatis acquiratur, dummodo poena [3]) ipsius denuntietur per juratos terrae ipsius.

XXXVI. Si animalia alicujus inveniantur inferentia seu facientia damnum in sato, seu seminato, segetibus, vineis, viridariis, seu hortis alicujus alterius, quod dominus seu patronus dicti seminati, segetum, vinearum, viridariorum, seu hortorum, quibus dictum damnum illatum seu factum fuit, qui invenerit dicta animalia inferentia seu facientia dictum damnum, possit auctoritate propria capere ipsa animalia causa emendationis et satisfactionis sibi faciendae de dicto damno, et quod de inventione dictorum animalium inventorum inferentium, seu facientium ipsum damnum, credatur et stetur fidei et juramento ipsius domini seu patroni, cui illatum seu factum fuerit dictum damnum; sed si dicta animalia non fuerint inventa, inferentia seu facientia dictum damnum, a dicto domino seu patrono, cui factum est ipsum damnum, sed ab alio, quod eo casu est necesse, quod inventio ipsorum animalium inferentium dictum damnum probetur saltem per unum testem fide dignum, non obstante quod testis ipse sit filius vel famulus patientis damnum praedictum. Aestimatio vero dicti damni debet fieri per personas de communi partium voluntate ad [1]) hoc electas et constitutas: ita tamen ut si dominus dictorum animalium, inferentium dictum damnum, requisitus ad eligendum et constituendum dictas personas, per quas fieri debeat aestimatio dicti damni, noluerit,

1) Sb. visita. 2) L. u. Sb. f.: et. 3) L. poenae.
1) Ms. ab.

seu distulerit hoc facere, quod dictus dominus seu patronus, cui factum est dictum damnum possit licite eligere et constituere personas, per quas fiat seu fieri debeat dicta aestimatio ipsius damni.

XXXVII. Quod si aliquis invenerit in seminato, seu segete vinea, et viridario seu horto suo, vel patris, vel domini sui animalia alicujus inferentia, seu facientia sibi damnum in dictis rebus, licite, et auctoritate propria potest capere dicta animalia inventa facere dictum damnum, et ea potest deducere ad terram Notum[1]) ad palum, ubi debet retinere, seu retineri facere eadem animalia in hunc modum, videlicet : si dicta persona quae duxerit dicta animalia applicuerit cum ipsis animalibus in ipsam terram ante meridiem, debet ea retinere seu retineri facere in dicto loco usque ad occasum solis; et si ante occasum solis dominus ipsorum animalium, seu alius pro eo comparuerit qui velit ei praestare idoneam fidejussoriam cautionem de emendando seu reficiendo ei dictum damnum, tenetur restituere dicta animalia domino eorum, vel alii pro eo praestanti dictam fidejussoriam cautionem. Si vero usque ad occasum solis non comparuerit aliquis qui fidejubeat post occasum solis dicti diei, tenetur assignare seu assignari[2]) facere dicta animalia bajulo dictae terrae Noti. Sed si dicta animalia adducta applicuerint ad dictam terram post meridiem, dicta persona, quae duxerit ipsa, debet dicta animalia retinere, seu retineri facere ad palum usque ad occasum solis, et deinde debet ipsa animalia adducere et retinere tota nocte in aliquo loco tuto ad expensas domini ipsorum animalium. Et postea die sequente[3]) debet ipsa animalia reducere ad praedictum palum, et ibi retinere, seu retineri facere usque ad occasum solis ipsius diei sequentis. Et si non comparuerit dominus ipsorum animalium, seu aliquis pro eo, qui praestet dictam fidejussoriam cautionem de emendando, reficiendo damno, post occasum solis dicti diei sequentis debet assignare[4]), assignari facere dicta animalia praedicto bajulo ipsius terrae Noti.

XXXVIII. Si animalia alicujus intraverint vineas, viridaria, hortos, et alia loca clausa alicujus alterius, et dicta vinea, viridaria, horti et alia loca sint ita clausa, ut boves habentes

1) sic! 2) Sb. assignare. 3) L. u. Sb. sequenti. 4) L. f. h.: seu.

compedes, seu profluram [1]) in pedibus anterioribus non possint intrare ipsa loca, dominus ipsorum animalium intrantium dicta loca solvat, et solvere debeat pro ipsis animalibus pro poena, seu nomine poenae in hunc modum, videlicet : pro quolibet animali grosso, scilicet [2]) bove, juvenco, equo, asino, et similibus tarenos auri duos : et etiam pro quolibet animali minuto, scilicet [3]), ove, capra, porco, et similibus grana auri duo [4]); cujus poenae una medietas applicetur, seu acquiratur commodis universitatis terrae Noti, et altera medietas domino dictarum possessionum seu locorum : ita tamen si dominus dictorum locorum quae dicta animalia intraverint, fecerit accusationem. et hujusmodi petierit dictam poenam solvi.

XXXIX. Cum effraenatus aditus intrandi loca clausa alterius sine licentia domini, seu custodis ipsorum, praestet materiam inferendi in ipsis locis damnum; quandocumque res ibi [1]) existentes furtive subtrahuntur, statutum est, quod nullus intret seu intrare audeat vineas, viridaria, hortos, et quaelibet alia loca clausa alterius sine licentia, conscientia, et voluntate domini, seu custodis dictarum vinearum, viridariorum, hortorum, et aliorum locorum clausorum. Et si aliquis contrafecerit, et dominus dictarum possessionum seu locorum accusaverit eum de dicto facto commisso, solvat pro poena, seu nomine poenae augustale unum, cujus una medietas commodis universitatis terrae Noti acquiratur, et altera medietas domino possessionum seu locorum praedictorum. Et nihilominus ipse transgressor hujus statuti teneatur emendare et reficere damnum per eum illatum dictis rebus.

XL. Quia sub praetextu cessionis jurium et actionum, simulationes, fraudes, vexationes, et actiones indebitae fiunt, et saepius committuntur deliberate et consulto, provisum est ac praesente [1]) ordinatione in perpetuum valitura constitutum, quod nullus possit [2]), sub quocumque titulo, seu specie contractus cedere, dare, transferre, seu mandare jura et actiones sibi competentes adversus qualemcumque personam nomine et occasione alicujus debiti seu cujuscumque rei, in qua, seu pro qua

---

1) L. u. Sb. pasturam. 2) L. sive Sb. s. 3) L. sive Sb. f. scilicet. 4) Sb. duos.

1) Ms. sibi, so auch L. u. Sb.

1) L. u. Sb. praesenti. 2) L. u. Sb. posset.

diceret se habere [3]) jus, privilegiatae, seu potenti personae, seu cuilibet alii. Et si contra praesentem ordinationem, seu in fraudem ordinationis hujus, aliqua cessio jurium et actionum facta fuerit, siquidem dicta cessio facta fuit simulata, seu privilegiatae, seu potenti personae, quod ipsa cessio sit nulla, et nullius roboris vel valoris. Si vero dicta cessio facta sit alii personae, et praetendatur vera esse, quod persona, cui ipsa cessio jurium et actionum facta sit, vigore dictae cessionis non possit aliud petere, nec agere, seu quaestionem movere, nec ipsis actionibus cessis experiri, nisi post elapsum annum a die dictae cessionis antea numerandum [4]) : excepto, si cessio jurium et actionum facta fuerit fidejussori, et solventi debita creditori pro debitore principale [5]), quo casu dicta cessio facta fidejussori, ut praefertur, statim sit efficax ad agendum et petendum dictum debitum.

XLI. Cum xenia [1]) seu strena [2]), quae indistincte a quocumque solebant fieri, seu dari sponsae post disponsationem et concubitum sequenti die in lecto jacenti seu existenti, videatur esse extra honestatem, statutum est, quod nullus faciat, det, seu offerat [3]) dictae sponsae dicto die sequenti post disponsationem et concubitum in lecto existenti, seu alii pro parte sua aliqua xenia, seu strenum [4]), praeter parentes, fratres, et sorores sponsi, vel sponsae, quos honeste hoc facere posse videtur. Et si contra praesentem ordinationem factum fuerit, tam donans quam recipiens dicta xenia, seu strena [5]), scilicet, quilibet [6]) eorum vel ipsorum solvat pro poena vel nomine poenae augustales duos : cujus [7]) poenae medietas una applicetur, seu acquiratur commodis universitatis dictae terrae Noti, et altera medietas solvatur justitiario regionis seu capitaneo ipsius terrae.

XLII. Satis dignum et rationabile censetur, quod quisque secundum laborem commodum sequatur : nam spes commodi pro labore inducit quemlibet in agendis negotiis solicitum et attentum; et si pro labore commodum non speratur, aut ex hoc negligens efficitur, aut quaeritur materia extorquendi; igitur quia officium juratorum est onerosum, et in multis, ratione

3) L. u. Sb. f. h. aliquod. 4) L. u. Sb. numerando. 5) L. u. Sb. principali.
1) L. u. Sb. enxenia. 2) sic statt strenae. 3) Ms. offeret. 4) sic. 5) sic L. u. Sb. haben hier strenam. 6) Ms. cuilibet 7) L. cum.

officii, sustinet gravamina et labores, provisum et per praesentem ordinationem statutum est, quod quilibet juratorum terrae Noti, pro labore officii sui [1]) totius anni habeat, et habere debeat uncias auri duas ponderis justi [2]) de pecunia, seu rebus universitatis dictae terrae Noti.

XLIII. Res stabiles sitae in dicta terra Noti [1]), seu ejus territorio, si vendantur alicui ab aliquo pro certo pretio pecuniae inter eos convento, consanguinei usque ad tertium gradum, secundum gradus prerogativam venditioris ejusdem rei stabilis, possunt ipsum stabile venditum petere, exigere, et ad se revocare a quocumque emptore ipsius [2]) rei stabilis eodem pretio pecuniae, quo venditum fuerit, intra annum, numerandum [3]) a die venditionis ipsius; elapso vero anno, a recuperatione dicti stabilis excludantur. Et si forte consanguineus vel vicinus dicti stabilis venditi extra dictam terram Noti [4]) et ejus territorium habitaverit, intra annos duos, numerandos ut supra, possit recuperare et habere stabile venditum praedictum [5]); quibus duobus annis elapsis minime audiatur. Et si extra Siciliam aliquo casu habitaverit, intra annos quatuor possit recuperare ut supra, stabile antedictum, quibus elapsis, a recuperatione dicti stabilis excludatur omnino. Et si forte dictus consanguinens vel vicinus fuerint requisiti per dictum emptorem, quod habeant tantum dies quindecim ad recuperandum stabile praedictum.

XLIV. Jus prothomiseos [1]) competit tam jure vel ratione sanguinis, quam contiguitatis loci et hominis. Prothomisis ex consanguinitate usque ad tertium gradum inclusive, a fratribus seu sororibus numerandum, praefertur ei, qui habet ex contiguitate loci: et qui accepit per prothomisium [2]) rem venditam stabilem, debet restituere justas expensas.

XLV. Ecclesia, monasteria, comites, seu barones jus prothomiseos in dicta terra Noti [1]), et ejus territorio habentes, non habeant in bonis burgensaticis venditis, vicinis, seu contiguis ecclesiis, monasteriis, comitibus, seu baronibus supradictis.

---

1) Ms. seu. 2) L. *p. g.* Sb. *p. g.*

1) L. Noto. 2) L. f. ipsius. 3) L. u. Sb. numerando. 4) L. u. Sb. Netum. 5) L. u. Sb. supra dictum.

1) Ms. prothomiseus. 2) sic!

1) Sb. Noto.

XLVI. Antiquum usum in jure prothomiseos in terra Noti[1]) observatum, per quem pecunia oblata in judicio pro re stabili vendita, recuperanda, alicui fideli personae in depositum praestabatur usque ad finem cujusvis temporis, in melius corrigentes statuimus et ordinamus, ut ipsa pecunia oblata in judicio per octo dies tantum fide dignae personae per judices deponatur. Post lapsum vero praedictorum octo dierum ipsa pecunia domino restituatur : et in quaestione suis terminis procedatur.

XLVII. Si vero pro uxore, tempore contracti matrimonii inter eos ante, vel post, fundus, hortus, solum, seu casalenum aliquod datum fuerit in dotem, et in ipso fundo, horto, solo, seu casaleno, constructum seu aedificatum fuerit aliquod aedificium, seu fuerit plantatum vel insertum per virum seu maritum praedictum, durante matrimonio praedicto, et uxor praemortua fuerit, filiis ex eodem matrimonio non susceptis, totum aedificium factum in ipsis horto, seu casaleno, cum introitu et cortile[1]) spectante ad ipsum aedificium : et totum quod plantatum vel insertum fuerit in dicto fundo, communiter dividatur inter dictum virum, et proximiores venientes ad successionem dictae uxoris praemortuae. Et si forte in rebus praedictis in partem fuerit aliquod aedificium plantatum vel insertum, quod in ea parte, in qua fuerit aedificatum, plantatum, vel insertum, similiter divisio fiat, ut superius est expressum : in reliquis vero partibus, in quibus nihil extitit aedificatum, plantatum, vel insertum, dicti proximiores dictae uxoris praemortuae succedunt, tamquam in rebus dotalibus, stabilibus, eis per virum restitutis.

XLVIII. Antiquum usum praedictae terrae, per quem litigantes in curia civili terrae Noti duplicatam tricesimam exolvebant, videlicet, pro qualibet uncia, tarenos duos, in melius corrigendo, statutum et ordinatum est, quod, juxta quod observatur in magna regia curia litigantes in curia civili supradicta justam[1]) tricesimam, videlicet, tarenum unum pro qualibet uncia solvere teneantur bajulo et judicibus ipsius terrae, scilicet, quaelibet pars ipsorum litigantium grana decem.

XLIX. Quia aquaeductus, qui fiunt in viis publicis, devastant et impediunt communem aditum, sive[1]) transitum, et ex his

1) L. u. Sb. Noto.
1) L. u. Sb. cortili.
1) L. u. Sb. justa.
1) L. u. Sb. seu.

imminet et infertur periculum transeuntibus per ipsas vias, statutum et ordinatum est, quod quilibet, qui facit aquaeductum [2]) in aliqua via publica sita, seu existente in territorio dictae terrae Noti, causa ducendi aquas ad irrigandum vineas, viridaria, seminata, seu aliquas terras, quod teneatur et debeat in ipsa via publica, ubi est, sive sit aquaeductus facere seu fieri facere pontem tali modi, quod transeuntes sine impedimento dicti aquaeductus [3]) et absque aliquo [4]), praejudicio, seu periculo possint bene, et decenter transire per ipsas vias: sub poena augustalium duorum, cujus poenae medietas solvatur justitiario regionis seu capitaneo dictae terrae Noti, et [5]) altera medietas applicetur commodis universitatis ejusdem terrae.

L. Ut de salariis debitis notariis publicis pro confectione instrumentorum tam contractuum quam testamentorum, dubitatio aliqua minime oriatur, statutum est, et ordinatum est, quod si quantitas pecuniae, seu rei, de qua factus est dictus contractus seu testamentum, sit a quinque unciis infra, quod notarius pro confectione dicti instrumenti habeat et habere debeat tarenum unum auri. Si vero dicta quantitas fuerit ab unciis auri quinque usque ad uncias auri viginti [1]), notarius habeat et habere debeat pro confectione dicti instrumenti, seu testamenti tarenos auri duos. Et si dicta quantitas fuerit ab unciis viginti usque ad uncias auri quinquaginta, notarius habeat et habere debeat si est instrumentum contractus tarenos auri tres: et si sit testamentum, tarenos auri quatuor: si fuerit a dicta quantitate unciarum auri quinquaginta [2]) ultra, quod notarius habeat et habere debeat pro salario confectionis instrumenti, seu testamenti, ad rationem granorum duorum [3]) pro qualibet uncia.

LI. Praeterea provisum est per praedictam universitatem, et salubriter ordinatum, quod nullus possit seu debeat immittere taxum, seu herbas venenosas in fluminibus existentibus in territorio terrae Noti. Si quis autem contra praesentem ordinationem temerarius venire praesumpserit, in poenam augustalium auri duorum se noverit incursurum, quae poena acquiratur

---

2) Ms. aquaedum. 3) In dem mir vorliegenden Ms. fehlen die gesperrt gedruckten Worte. Sie waren des richtigen Zusammenhanges wegen aus Littara zu ergänzen. 4) Ms. alio. 5) Ms. ed.

1) L. u. Sb. 20. 2) L. u. Sb. 50. 3) Sic! Der Text ist hier perplex. Vermuthlich soll es heissen: ad rationem quantitatis granos duos (oder grana duo).

justitiario regionis, seu capitaneo dictae terrae Noti, et universitati praedictae.

LII. Pro evitandis periculis, quae saepius accidere solent habitatoribus praedictae terrae, pro salubriori statu terrae ipsius, statutum et ordinatum est, quod nullus possit nec debeat ludere ad rundulum seu rollum intra maenia [1]) dictae terrae, sub poena augustalium duorum, justitiario vallis Noti, et universitati praedictae ab eo, qui contrafecerit, exolvenda. Amen.

Datum Messanae anno Dominicae Incarnationis, millesimo tercentesimo quatrigesimo primo [2]) 1341, die secundo Junii nonae indictionis.

---

1) L. u. Sb. media. 2) L. u. Sb. f. millesimo — primo.

CONSUETUDINES

CIVITATIS CALATAGIRONIS.

I. M. I.[1])

Fridericus Tertius Dei Gratia Rex Siciliae, Ducatus Apuliae et Principatus Capuae.

Regiae Majestati non solum convenit leges et jura condẽre, sed etiam bonos mores, locorumque probatas consuetudines confirmare; inde est, quod per praesens privilegium notum facimus omnibus Regni nostri fidelibus tam praesentibus qnam futuris, quod nos considerantes fidem puram, et devotionem sinceram, quam homines Calatagironi[2]) *fideles nostri presentis turbationis tempore circa nostra servitia nobis exhibuerunt, quam etiam in Guerrarum expeditionibus prompto zelo perfectum opus comprobarunt, cum eidem fideles nostri quasdam eorum consuetudines in quibusdam cartis insimul conscriptas nostro conspectui praesentarent, asserentes se eas ex antiquis ejusdem Calatagironi consuetudinibus compilasse, resecatis superfluis, et necessariis additis, ipsique fideles nostri Calatagironenses nostrae celsitudini supplicarent, ut ipsas consuetudines confirmare dictis nostris fidelibus de benignitate Regia dignaremur eorum supplicationibus, quas benemerentium inclinati, eliminatis primo, et emendatis ipsis consuetudinibus per jurisperitos de mandato nostrae serenitatis easdem consuetudines sic noviter compilatas, correctas et constructas prout eas nobis obtulerunt, juxta ipsarum continentiam et tenorem, hominibus ipsius Calatagironis urbis originariis, burgensibus, incolis, municipibus, et inter eos quaestionibus,*[3]) *quas in dicta civitate oriri, et quacumque alia Regni nostri Siciliae moveri contingerit, in omni curia perpetuo valituras de cetero ex nostra scientia confirmamus, et ratificamus, et eis robur accomo-*

---

1) Die offenbaren Schreibfehler des Ms. sind im Text verbessert aber in den Noten angemerkt. Zu den von La Mantia a. a. O. p. 107—111 mitgetheilten Cons. XXII—XXIV, XXXVII—XXXIX, XLI—XLIV sind die bei ihm abweichenden Lesarten angegeben. L. M. = La Mantia. 2) sic und weiterhin noch einmal, später: Calatagironis. 3) sic! Das Ms. erscheint an dieser Stelle durch Schreibfehler entstellt.

damus, et in praesens privilegium eas transcribi mandamus, quarum consuetudinum tenor talis est.

In nomine Domini nostri Jesu Christi amen.

Incipiunt consuetudines civitatis Calatahieronis [1]), quas universitas ipsa per viros utique sapientes jurisperitos per universitatem eamdem ad haec electos ex diuturnis moribus antiquisque consuetudinibus ipsius compilavit subtrahendo superflua, et addendo necessaria, et iniquitates quae [2]) eis inerant protinus corrigendo, quas consuetudines praesentes quae eadem universitas tanti voluit esse vigoris, ut si qua consuetudo ex praedictis veteribus consuetudinibus in judiciis, vel extra recitaretur [3]); quae his noviter [4]) consuetudinibus adversarent, nullam vim haberet [5]) sed pro cassa, correcta, et irrita haberetur [6]), et si qua alia sit ex veteribus extra earum continentiam, et tenorem sit irrita, et inanis.

Incipit tractatus de jure prothomiseos.

Consuetudo I.

Si quis vendiderit alicui aliquod praedium, seu bonum stabile pro certo pretio, proximior consanguineus, vel affinis ipsius venditoris, seu vicinus, hoc est, habens aliquod praedium, seu bonum stabile venditum vicinum ipsi bono vendito, potest ipsum praedium seu bonum stabile venditum recuperare, et habere ab emptore post traditionem et assignationem factam ipsi emptori, vel alio pro parte sua de ipso bono vendito, soluto ipsi emptori eodem pretio quo emptum fuit bonum ipsum, publicata venditione ipsius boni per praeconem Calatagironis semel tantum in locis consuetis, et hoc potest facere proximior consanguineus, vel affinis, vel habens vicinum bonum, ut dictum est, scilicet in dies quindecim a die publicationis, seu banni praedicti in anthea [1]) numerandos, connumerato tamen die ipso banni emissi, et etiam die celebratae venditionis, et factae traditionis, soluta prius per eum, vel alium nomine suo emptori praedicto pecunia integra praedicti boni venditi ipsius, et expensis necessario factis in bono praedicto vendito.

1) sic! 2) Ms. quas. 3) Ms. recitarentur. 4) Zu ergänzen: factis oder compilatis. 5) Ms. haberent. 6) Ms. haberentur.

1) sic, hier und passim.

Consuet.[1]) II.

Item si forte aliquis consanguineus, seu affinis venditoris, vel habens vicinum bonum, ut dictum est, probaverit se fuisse tempore banni praedicti alibi quam Calatajeronii[2]), et in ejus territorio, si sit in insula habet jus prothomiseos in ipso bono vendito inter mensem unum, videlicet infra triginta dies a die banni emissi praedicti, et die celebratae venditionis et factae traditionis ipsius boni venditi in anthea numerandos; si sit extra Siciliam, infra menses sex, ut supra declaratum est in anthea numerandos.

Consuet. III.

Item proximior consanguineus in gradu ipsi venditori praefertur in emptione praedicta in re praedicta ceteris consanguineis in inferiori gradu constitutis, affinibus et habentibus vicinum bonum.

Consuet. IV.

Item affinis proximior in gradu praeferatur aliis affinibus in inferiori gradu existentibus.

Consuet. V.

Item affinis in tertio gradu, ut filius, vel filia, cognati, vel cognatae et nepotes ex his, durante affinitate, praefertur cuilibet habenti vicinum bonum stabile in recuperando bono vendito jure prothomiseos.

Consuet. VI.

Item habens plura bona stabilia, seu praedia vicina bono vendito praefertur illi, qui pauciora habet, nisi illa pauciora bona, etiamsi unum bonum sit, sint viciniora seu proximiora bono vendito, quia tunc habens bonum vicinius praefertur.

Consuet. VII.

Item si plures sunt habentes plura praedia, seu bona vicina bono vendito, is praefertur aliis, cujus[1]) vicinius bonum sit bono vendito.

---

1) Von hier ab findet sich das Wort consuetudo abgekürzt (consuet.)
2) sic.

1) Ms. qui.

Consuet. VIII.

Item si plures sunt qui habeant bona vicina praedio vendito, aequaliter is praefertur cujus bonum ex longiori ambitu, et circuitu protendit seu circuit bonum venditum, et si equali ambitu, et circuitu sint vicina, equaliter admittuntur ad jus prothomiseos.

Consuet. IX.

Item si venditor boni venditi uxorem habuerit, ex qua pervenerit dictum bonum venditum, consanguineus dictae uxoris suae, qui est affinis ipsi venditori, praefertur ceteris consanguineis dicti venditoris in emptione predicta, sive duret affinitas, sive dissoluta sit per mortem utriusque conjugis, vel alterius tantum.

Consuet. X.

Item non praejudicat cuicumque competit jus predictum alienatio aliqua facta vel facienda per praedictum emptorem de praedicto bono vendito per quascumque manus possessio ambulaverit, sive titulo venditionis, sive donationis, sive permutationis, et quocumque alio modo possessio boni venditi transitum faciat de persona emptoris ad alias personas, dummodo infra predicta tempora jus suum prosequatur agendo in curia, et incipiendo judicium per litis contestationem, quod quidem intelligitur in quolibet casu juris prothomiseos.

Consuet. XI.

Item si in pari gradu fuerit ille, cui competit jus prothomiseos, ratione consanguineitatis [1]), vel affinitatis cum eo, qui litem ceperit, seu sententiam obtinuerit, societur cum eo simul praedictum bonum communiter jure praedicto, scilicet infra praedictum terminum. Idem intelligendum est et si plures fuerunt in pari gradu cum eo, qui litem ceperit, ut dictum est, ut omnes ad praedictum jus equaliter admittantur in tempus praedictum, ut dictum est, solutis tamen ipsi, qui litem ceperit ab aliis quibus equaliter competit jus ipsum justis et moderatis expensis taxandis per judicem ipsius civitatis. Si [2]) quas is, qui litem ceperit, fuerit in prosequutione [3]) juris predicti, idem intelligendum est in duobus, vel pluribus habentibus bona equaliter vicina bono vendito.

---

1) sic! 2) Der Text ist hier verderbt. Anscheinend fehlen einige Worte. 3) Ms. prosequtione.

Consuet. XII.

Item si consanguineus simul fuerit, et vicinus dicti venditoris, ut dictum est et supra expositum, praeferendus erit in ipsa emptione cuilibet alio consanguineo ejusdem gradus, si autem sit in proximiori gradu consanguineitatis praefertur ei, qui in inferiori gradu est consanguineus pariter, et vicinus.

Consuet. XIII.

Item si is, qui potior, seu prior est in jure prothomiseos expresse renunciat juri suo praedicto, vel non incipiat litem super jure praedicto infra praedictum tempus, sequens consanguineus, affinis, vel vicinus ad praedictum jus admittatur infra praedictum tempus, et sic gradatim, nec propterea expellitur is, qui renunciavit, etiamsi potior sit in jure praedicto.

Consuet. XIV.

Item si quis emerit aliquod bonum stabile cum expresso consensu et voluntate ejus, qui potior est, quacumque ratione in jure prothomiseos, emptor efficitur securus, et bonum venditum non potest aufferri, seu peti ab ipso emptore, nec ab eo, vel iis, qui consenserunt[1]) et potiores sunt, nec ab aliis, qui consequenter admittuntur, nisi alius sit unus, vel plures, qui aequaliter admittantur ad praedictum jus, quo casu admittuntur ad partes eorum aequaliter, nisi ipsi similiter consenserint venditioni praedictae.

Consuet. XV.

Item in jure prothomiseos sublata est differentia agnationis, et cognationis in bono vendito acquisito per ipsum venditorem, ut is *qui*[1]) proximior est ipsi venditori, sive sit agnatus, hoc est ex linea paterna, sive cognatus, hoc est ex linea materna, sive masculi sive feminae sint, admittantur ad jus praedictum; et si plures sint in equali gradu, equaliter admittuntur, sed in bono vendito, quod pervenit ex linea paterna agnati praeferuntur cognatis, in bono vendito, quod pervenerit[2]) ex linea materna cognati agnatis, et quantum ad hoc sit differentia agnationis et cognationis in[3]) jure prothomiseos

---

1) Ms. consensierunt.

1) Ms. f. qui. 2) Ms. quae pervenerint. 3) Ms. a.

Consuet. XVI.

Item si vendatur bonum stabile non publicata ipsa venditione per praeconem semel in locis consuetis dictae civitatis Calatajeronis [1]), ut dictum est, tunc is, cui competit jus ipsum, sive absens, sive praesens sit, potest jus suum prosequi infra annum, mensem, hebdomadam, et diem a die celebratae venditionis, et factae traditionis ipsius boni venditi, connumerato ipso die venditionis, et factae traditionis, ut dictum est, in anthea numerando, oblato tamen ab eo ipsi emptori, vel possessori ipsius boni, qui a venditore causam habet per quascumque manus, et quocumque modo possessio ambulaverit, integro praetio ipsius boni venditi.

Consuet. XVII.

Item si quis permutaverit rem mobilem cum stabili, si addatur pecunia alteri ab altero, eo ipso praesumitur factum in fraudem juris prothomiseos, et si forte constare poterit per legitimas probationes de praetio ipsius boni venditi, bonum ipsum recuperari possit ab eo, cui jus ipsum competit, soluto praedicto praetio, ut supra dictum est.

Consuet. XVIII.

Item si emptor boni venditi transegit, vel alias concordatus fuit cum eo, vel iis, qui potiores sunt in jure praedicto, ita ut bonum venditum remaneat apud ipsum emptorem, statim emptor fit securus, nec possit inquietari jure praedicto ab iis cum quibus transegit, nec ab aliis inferiori gradu, et in minore vicinitatis [1]) constitutis.

Consuet. XIX.

Item si infra praedicta tempora, seu terminos lis aliqua juris prothomiseos cepta fuerit, et etiam sententialiter terminata. non praejudicat ei, cui magis competit jus praedictum, sed ei tantum praejudicat, qui litem cepit, seu pro quo, vel contra quem sententiatum fuerit; is autem qui praefertur omnibus in jure prothomiseos potest, vel possunt si plures sint, jus suum praedictum prosequi infra praedictos terminos, tam ab emptore, etiam pendente lite cum primo actore, quam etiam ab eo qui bonum illud obtinuerit modo praedicto.

---

1) sic.

1) sic.

Consuet. XX.

Item excluduntur praeterea a jure praedicto in praedicta civitate Calatagironi, et in ejus tenimento in bonis scilicet burgensaticis, stabilibus venditis, barones, pheudatarii, ecclesiae, ecclesiasticae personae, ratione vicinitatis comitatuum, baroniarum, pheudorum et bonorum ecclesiasticorum ratione etiam consanguineitatis [1]) venditoris ipsorum bonorum, et vicinorum comitatibus, baroniis, pheudis et bonis ecclesiasticis, quibus in praedictis casibus non competit jus praedictum vigore praesentis consuetudinis.

Explicato tractatu juris prothomiseos, sequitur de irritando contractu, qui solet fieri in fraudem juris prothomiseos.

Consuet. XXI.

Item quod nullus burgentium Calatajeronis vendere, seu donare, vel quoquo modo alienare potest bonum suum stabile burgensaticum alicui comiti, vel baroni, quod bonum confinat cum pheudo ipsius comitis, vel baronis, et si contravenerit venditio, vel donatio, aut alienatio non tenet, nec valet, imo bonum praedictum ob contemptum dictae consuetudinis applicetur, et acquiratur demanio [1]) universitatis dictae civitatis Calatajeronis.

De communicandis bonis inter jugales.

Consuet. XXII.

Constante matrimonio inter jugales per annum, mensem, hebdomadam et diem vel ultra numerando a tempore desponsationis eorum in anthea, filiis non susceptis, dotis nomen extinguitur, et omnia bona ipsorum jugalium, mobilia et stabilia, sese moventia, patrimonialia, dotalia, quoquo modo acquisita et etiam nomina efficiuntur communia inter eos; et altero eorum mortuo, superstes debet habere medietatem ipsorum bonorum, et jurium, et proximiores defuncti ab intestato vel etiam quilibet ex testamento institutus aliam medietatem, usufructu aliquo bonorum dicti defuncti superstiti nullatenus reservato.

---

1) sic!

1) statt domanio.

De non alienandis bonis sine consensu uxoris et filiorum.

Consuet. XXIII.

Alter jugalium sine expresso consensu, et voluntate alterius eorum, et filiorum suorum majorum non potest alienare quoquo modo, seu obligare bona eorum stabilia, et si talis alienatio, seu obligatio facta fuerit, est ipso jure nulla; de mobilibus vero bonis et sese moventibus maritus et pater absque consensu uxoris et filiorum potest alienationem facere, et pro suo velle tractare, dummodo non sit dilapidator bonorum.

In quibus casibus filii possunt petere partem suam viventibus parentibus.

Consuet. XXIV.

Viventibus utrisque parentibus, filii vel filiae cujuscumque aetatis sint, non possunt petere vel habere partem ad eos contingentem de bonis parentum, videlicet tertiam eorum, nisi pater emancipat eum, vel eam.

De communicandis bonis inter jugales, susceptis filiis.

Consuet. XXV.

Habita prole ex legitimo matrimonio nomen dotis extinguitur, et tertia pars omnium bonorum ipsorum jugalium acquiritur viro, alia uxori, et alia tertia adquiritur filiis inter se equaliter dividenda; et altero ipsorum jugalium mortuo, superstitibus filiis, tertia defuncti seu defunctae adquiritur quantum ad usufructum marito, vel uxori superstiti, dum steterit in viduitate, et si convolaverit ad secunda vota, praedictus usufructus est ipso jure finitus.

Consuet. XXVI.

Uxor et filii vel heredes eorum post mortem patris eorum et mariti pro rata parte bonorum, quae habent in bonis communibus tenentur ad quaelibet debita et male ablata per maritum et patrem tempore contracti matrimonii quo simul permanserunt; et credatur ipsis parentibus, seu marito et uxori de debitis, et male ablatis cum hoc dixerint in testamento suo vel codicillo, vel coram quinque testibus.

Consuet. XXVII.

Uxor nulla debita contrahere potest sine consensu mariti, et si aliter factum fuerit, est ipso jure nullum.

Consuet. XXVIII.

Si quis ex secunda uxore vel secundo marito filium seu filiam procreaverit, tertia pars sua sibi adquisita ex primo matrimonio cum bonis secundae uxoris vel secundi mariti confunduntur, et efficiuntur unum corpus; et tertia pars ad eumdem maritum vel uxorem contingens post mortem ejus dividitur proportionaliter inter omnes filios tam primi matrimonii, quam secundi in capita, et non in stirpes.

Consuet. XXIX.

Si mortua matre, aliquis filiorum sine liberis decesserit intestatus, pater succedit ei in usufructu bonorum stabilium in vita sua, et in omnibus bonis mobilibus in proprietate et usufructu; et fratres succedunt ei in proprietate dictorum immobilium tantum; quibus fratribus mortuis, eorum liberis non extantibus, mortuo patre praedicto post mortem filiorum et nepotum si nati fuerint, testamento vel intestato, bona stabilia, quae pervenerunt in patrem dictorum filiorum ex parte matris filiorum suorum defunctorum, post eorum mortem revertantur ad proximiores matris unde bona ipsa perventa sunt.

Consuet. XXX.

Si matrimonium dissolvatur infra annum inter jugales, morte alicujus ipsorum, liberis non relictis, si morte viri, dos revertitur ad mulierem; scilicet eadem bona, quae portavit in dotem, sive extimata fuerunt sive non, cujuscumque conditionis seu valoris existant [1]) tempore dissoluti matrimonii, et in eorumdem bonorum defectu [2]), praetium valoris ipsorum cum quotidianis indumentis, ligamentis et concimentis [3]) suis, vel sibi factis per maritum suum; et si morte mulieris acquiritur marito ultra bona sua, cum quibus duxit ipsam mulierem in uxorem, de dote praedicta pro lecto saccum unum, mataratium unum, plumatium unum, linteaminum paria duo et culcitra una [4]) de mediocriter valentibus.

---

1) L. M. extantia. 2) L. M. defectum. 3) L. M. cingimentis. 4) Ms. culcitram unam.

Consuet. XXXI.

Bona patrimonialia defuncti sine liberis redire debent ad proximiores defuncti ex eo latere, unde bona ipsa provenerunt; et in testamento et quibuslibet aliis ultimis voluntatibus seu [1]) donationibus causa mortis non potest quis bona sua patrimonialia alicui causa mortis donare, legare, seu quoquo modo relinquere nisi haeredibus suis ex recta linea descendentibus seu fratribus et sororibus suis vel eorum filiis tantum debentibus sibi de jure succedere, et non alterius praeter medietatem valoris ipsorum bonorum patrimonialium, quam legare potest, et donare causa mortis, seu quoquo modo relinquere cuicunque voluerit praedictis vero haeredibus non existentibus potest relinquere seu donare causa mortis, vel legare bona praedicta sua omnia patrimonialia personis ecclesiasticis, pauperibus, indigentibus, et venerabilibus locis; de reliquis vero bonis suis tam stabilibus, quam mobilibus, et sese moventibus potest libere facere velle suum.

De successione agnatorum, et cognatorum.

Consuet. XXXII.

Item si quis decesserit intestatus, praemortuis parentibus et filiis, proximiores ipsius defuncti ex parte patris succedere debent ei in bonis omnibus suis, praeterquam in bonis stabilibus quae pervenerunt ex parte matris, in quibus succedere debent proximiores ex parte matris, in quibus succedere debent proximiores ex parte matris ex eo latere unde ipsa bona provenerunt.

In quibus casibus succedant filiae maritatae.

Consuet. XXXIII.

Item maritatae, et dotatae per parentes, vel eorum alterum, ad beneplacitum eorum, vel per fratres vel eorum alterum pro modo facultatum omni alia parte priventur; et existentibus fratribus vel sororibus non conjugatis, vel filiis eorum excluduntur [1]) a successionibus parentum, fratrum et sororum suarum, his autem non existentibus, praeferuntur ceteris agnatis et cognatis ulteriori gradu existentibus.

1) Bei L. M. fehlt seu.

1) L. M. excludentur.

De privilegio minorum in divisione facienda cum fratribus.

Consuet. XXXIV.

Item fratrum et sororum viventium, et possidentium bona eorum stabilia in communi, cum ipsa dividere voluerint, major natu tenetur et debet bona ipsa dividere, et reliqui eorum gradatim incipiendo a minore partes eorum accipere.

Consuet. XXXV.

Item si quis locaverit operas suas alicui ad certum tempus ad suum servitium faciendum pro certa mercede inter eos statuta, et infra illud tempus recesserit inlicentiatus a dicto servitio, absque aliqua [1]) necessaria et justa causa, tenetur reddere patrono, qui praedictas ejus operas conduxit, totum id, quod ab eo recepit pro mercede praedicta, et credatur juramento ipsius conductoris, seu patroni, de toto eo, quod ille solverit, et dederit pro praedicta causa, dummodo sit bonus homo, bonae conditionis, et vitae, credatur et ejus solo [2]) juramento de praemissis, si licentiatus fuerit per eum infra tempus locationis praedictae, etiam completo tempore.

Consuet. XXXVI.

Item patronus, seu conductor potest licentiare locatorem operarum, seu servientem suum infra tempus locationis praedictae, quandocumque voluerit, dummodo satisfecerit ei de mercede sua, sic ut eidem acciderit pro ratha [1]) praedicti temporis, quo servierit conductori, seu patrono praedicto.

Consuet. XXXVII.

Item si quis conduxit domum ab aliquo ad certum tempus, et voluerit recedere, seu recesserit a domo praedicta vel ipsam domum dimiserit inter tempus locationis praedictae, tenetur solvere locatori, seu domino domus praedictae pecuniam pensionis seu loherii [1]) domus praedictae [2]) pro toto tempore locationis ipsius, et econverso dictus locator, seu dominus dictae domus si licentiaverit infra dictum tempus conductorem seu inquilinum suum de dicta domo tenetur ipsi inquilino restituere tantam quantitatem pecuniae, quantam ab eo receperit pro pensione domus praedictae.

---

1) Ms. alia. 2) Ms. suo. Solo hier statt soli.

1) sic!

1) L. M. loheris. 2) L. M. f.: praedictae.

Consuet. XXXVIII.

Item praedictus inquilinus si infra dictum tempus voluerit, seu tentaverit dictam domum alteri locare, possit; sed liceat locatori seu domino ipsius domus ipsam domum sibi retinere pro eadem pensione pro qua locaverit eam vel locare vellet inquilino praedicto.

Consuet. XXXIX.

Item inquilinus domus tenetur solvere pensionem, seu pecuniam pensionis domus sibi locatae, locatori seu domino ipsius domus tertiatim videlicet, in continenti in principio locationis domus ejus unam tertiam; item elapsis primis quatuor mensibus aliam tertiam, et elapsis reliquis quatuor mensibus sequentibus aliam tertiam, et si defecerit in principiis, vel aliquo praemissorum, liceat locatori seu domino dictae domus autoritate propria sine aliqua poena expignorare dictum inquilinum suum pro toto eo, in quo sibi tenetur pro pensione praedicta.

Consuet. XL.

Item si quis locaverit domus suas alicui infami, seu rixoso viro, vel mulieri infami, vel meretrici, vel rixosae, ad certum tempus pro certa pensione, qui vel quae displiceat convicinis, liceat iis de convicino quatuor ad minus, qui magis vicini sunt, inquilinos[1]) licentiare praedictos virum, et mulierem conditionis[2]) praedictae de domo praedicta infra praedictum tempus locationis ejusdem, quandocumque voluerint, et ipsam domum alteri bonae famae locare etiam invito domino, seu locatore ipsius domus, satisfacto prius per eos dicto locatori, seu domino dictae domus, in tantum quod sit ei cautum, de tota pecunia pensionis dictae domus, pro toto tempore locationis praedictae.

Consuet. XLI.

Item licitum sit cuicumque burgensi et habitatori civitatis Calatajeronis venari et venari facere atque sumi facere pascua in terris burgensium dictae civitatis Calatajeronis, libere sine aliquo jure praestando seu solvendo, praeterquam in vineis et vinealibus et clausuris adjacentibus ipsis vineis, jardinis et ortis.

---

1) Ms. inquilino. 2) Ms. condictionis.

Consuet. XLII.

Si quis viam fecerit per fundum alterius per longum seu longissimum tempus et ultra, non propterea adquirit sibi jus aliquod servitutis, nisi ex aliqua justa causa jus ipsum fore sibi obstenderet [1]) acquisitum, quod etiam intelligitur de fontibus, puteis et aquaeductis.

Consuet. XLIII.

Si quis occupaverit solum publicum, tenetur edificium in eo factum, seu coeptum destruere et solvere nomine poene curiae praedictae civitatis Calatajeronis tarenos auri quatuordecim.

De praescriptione redhibitoriae actionis.

Consuet. XLIV.

In venditionibus bestiarum jus redhibitionis competit emptoribus inter dies quindecim a die celebrati contractus venditionis ipsarum; in venditionibus vero servorum, et ancillarum seu servarum infra mensem unum a die praedicto et non ultra.

Consuet. XLV.

Item pignora mobilia judicialia, praeter ea quae pertinent ad proventus bajulationis, post lapsum quindecim dierum ex quo capta fuerint, vendantur plus offerenti, praetio quo potuerint meliori in foro publico ad terminum octo dierum, denuntiato hoc eodem die, vel sequenti domino ipsorum in persona, vel domi, ut si velit infra praedictum tempus, et terminum, valeat ipsa pignora redimere; et si non redemerit, elapso praedicto octo dierum spatio, sit ipso jure transacta emptori, et dominium ipsorum pignorum acquiratur emptori, nisi ipsorum pignorum dominium sit alterius, quam ejus a quo fuerint capta, et quod ultra quantitatem sibi debitam creditor ex venditione ipsorum habuit domino ipsorum pignorum restituere teneatur et de venditione, et denuntiatione praedicta credatur sacramento venditoris pignorum praedictorum, si est bonus, et legalis homo. Id intelligendum est de pignoribus captis ab inquilinis domorum.

Consuet. XLVI.

Item pignora mobilia capta per bajulos vel alios de mandato judicum pro proventibus bajulationis banci justitiae, vendi non possunt, nec debent per totum annum bajulationis prae-

1) statt : ostenderet.

dictae, et etiam expleto anno per dies quindecim, infra quos bajulus seu judices praedicti anni praeteriti possunt licite expignorare debitores proventuum bajulationis anni praedicti. quibus diebus elapsis licite vendi possunt pignora supradicta, modo, requisitione et terminis supradictis. Si vero praedicta pignora tam judicialia, quam provenientia bajulationis praedictae capta fuerint, animalia per totum tempus praedictum quo vendi non possunt, modo praedicto, teneatur dominus ipsorum eis alimenta praestare et praebere in fundacis publicis, ubi creditor ipsa tenere [1]) debet per tempus praedictum et dominus pignorum si voluerit, possit creditor [2]) ipsis animalibus uti, et ad opus suum [3]) tamquam bonus paterfamilias eis alimenta praestando in domo sua, ad hoc ut ipsorum dominus tedio affectus citius ea redimere procuret, et si forte penes creditorem ipsa animalia perierint sine dolo et culpa ipsius, nihilominus potest habere recursum ad debitorem.

Consuet. XLVII.

Item pignora vero stabilia vendi non possunt nisi elapsis anno, mense, hebdomada et die a tempore captionis ipsorum, quibus elapsis vendi possunt ad terminum quindecim dierum per triduum, subhastatione praemissa, modo, et forma praedictis, non tamen credatur de requisitione, seu denuntiatione praedicta tantum sacramentum venditoris, sed stetur juri communi, et in omnibus praedictis venditionibus pignorum, quibus cavetur, quod ultra certa tempora vendantur, excipitur si forte dominus pignorum consentiat, quod dicta pignora vendantur infra ipsa tempora, et tunc etiam quandoque infra ipsa tempora pignora ipsa libere distrahantur. [1])

Ad hanc autem nostrae confirmationis memoriam, et robur perpetuo valiturum praesens privilegium exinde fieri, et majestatis [1]) *nostrae sigillo pendenti jussimus communiri.*

Datum apud Castrumjoannem per nobilem Vinciguerram de Policio militem Regni Siciliae Cancellarium, anno Dominicae incarnationis, millesimo biscentesimo nonagesimo nono mensis Octobris, quinto decimo ejusdem tertiae decimae Indictionis, Regni nostri anno quarto.

Finis.

1) Ms.: teneri. 2) Ms.: creditori. 3) Zu ergänzen: vertere oder conferre.

1) Ms. distrahant.

1) Ms. majestati.

CONSUETUDINES

CIVITATIS PACTARUM,

SECUNDUM QUAS SINGULI CIVES PACTENSES,

ET CIVITAS IPSA VIVUNT.

Statutum I.[1])

Si aliquis de civitate praedicta vendiderit possessionem aliquam alicui personae, quod vicinus habens possessionem contiguam possessioni venditae possit ipsam recuperare et habere ab emptore, praetio sibi restituto, pro quo emit ipsam infra annum, mensem, hebdomadam et diem venditionis ipsius et si forte possessio ipsa vendita pertinet ad aliquem jure sanguinis, quod ipse possit recuperare et habere ipsam ab emptore non obstante si non habet contiguam possessionem possessioni venditae, et praeferatur jus sanguinis juri prothomiseos, seu vicinitatis usque ad tertium gradum consanguinitatis secundum statutum Messanae,[2]) praefertur consanguineus, ut dictat statutum Messanae.

Statutum II.

Si aliqua possessio fuerit vendita, et pro parte donata quod tota pro pura venditione habeatur, et vicinus possit ipsam recuperare modo et forma praedicta, ita quod jus sanguinis semper praeferatur vicinis ut supra.

Statutum III.

Si aliquis locaverit opem[1]) alicui per annum vel mensem seu per aliud tempus, et ille qui locat operas suas recesserit inlicentiatus a conductore vel patrono suo ante consuetum tempus conductionis ipsius, quod ipse amittat totum illud, quod

1) Das Ms. bezeichnet die Zahlen, mit denen die einzelnen Statuta gezählt werden, mit Worten. Der Kürze wegen und, um der Uebereinstimmung willen, mit den übrigen, von uns herausgegebenen Sicil. Stadtrechten haben wir die Bezeichnung durch Ziffern (römische) vorgezogen. 2) An dieser Stelle scheinen einige Worte ausgelassen zu sein.

1) So im Ms. La Mantia a. a. O. p. 105 liest: opera, (letzteres Wort hier statt operas gebraucht) cf. Lipari IV.

recipere habuerit a conductore, restituta mercede, vel toto illo quod habuerit a conductore illo de solidis suis.

Statutum IV.

Si aliquis fidejubet pro aliquo de quacumque re, pecunia sive causa, quod creditor habeat electionem conveniendi quem vellet, fidejussorem vel principalem.

Statutum V.

Locator domorum et aliarum possessionum suarum, si conductor vel colonus non solverit pensionem eidem locatori domus, seu possessionis, possit sua auctoritate intrare et capere pignus pro pensione non soluta.

Statutum VI.

Item quod nullus de eadem civitate possit, seu valeat dare ad comedendum, seu ad bibendum, nec aliquid[1]) aliud companagium alicui operario, nisi solidos suos tantum[2]) conductos per ipsum ad dictam[3]), exceptis muratoribus, carpenteriis, messoribus, et laboratoribus cum bobus, quibus sit licitum conductori ministrare pro usu eorum secundum libitum ejusdem conductoris necessaria alimenta : et si aliquis contrafecerit, ille, qui dederit, solvat pro vice qualibet poenae[4]) unum augustale *et ille qui receperit augustale*[5]) auri dimidium convertendum[6]) in operam maragmatis murorum ipsius civitatis.

Statutum VII.

Item, si contigerit, quod aliquis invenerit animalia in vineis, vinealibus, segetibusque, quod[1]) dominus vineae, seu possessionis habeat *arbitrium*[2]) faciendi sibi emendare damna a patrono animalium, seu ab eo exigendam poenam ipsius animalis: verbi gratia pro quolibet bove, vacca, seu jumento tarenum auri unum, et si vacca habuerit vitulum lactantem, vitulus ipse sit liber; et si fuerit equus, seu jumentum, tarenum auri unum, et si jumentum habuerit pullum, seu pullam lactantem, sit liber; et pro quolibet asino, seu asina, granos decem auri, et si habuerit pullum, seu pullam, qui lactet, sit liber.

---

1) sic! 2) Ms. duos tamen cf. Lipari VIII. 3) sic. 4) Ms. poena. 5) Die cursiv gedruckten Worte fehlen im Ms. sind aber aus Lipari VIII zu ergänzen. 6) Ms. convertendorum.

1) Ms. qui. 2) Ms. f. arbitrium. Cf. Lipari VIII.

Statutum VIII.

Item pro quolibet centenario ovium, caprarum, sive arietum, tarenos auri duos, et granos decem, vel ad arbitrium domini possessionis ipsius, qui receperit damnum ipsum, si vult damnum;[1] et pro quolibet centenario porcorum, et scrufarum[2] auri tarenos quinque, vel ad extimationem dicti damni, et stetur de omnibus supradictis juramento supradicti domini, et patroni possessionum, vel juramento unius testis.

Statutum IX.

Item quod nullus de eadem civitate audeat nec possit ire, vel transire per vineas, vineales, seu viridaria aliquorum: et si aliquis transierit per loca ipsa, et dominus ipsorum locorum denuntiaverit; pro qualibet vice, ille qui transierit, solvat pro poena tarenos auri duos convertendos in constructione murorum civitatis ipsius et si dederit damnum in locis ipsis, quod emendet damnum domino, et patrono ipsorum, secundum quod aestimatum fuerit damnum ipsum, et stetur de transeuntibus juramento domini, seu patroni locorum.

Statutum X.

Item solvatur bajulo pro jure pedagii pro quolibet centenario ovium granos decem, et pro quolibet centenario porcorum tarenum unum, pro quolibet bove, seu vacca granos tres, et pro quolibet jumento, seu equo granos tres, et pro quolibet asino, seu asina granos duos.

Statutum XI.

Item si aliquis vel aliqua nutrierit porcum, seu porcos mannarinos in civitate praedicta,[1] et ipsi porci invenirentur in viridariis, seu vineis sive lignis, sive laudonibus; quod licitum sit patronis vinearum, et viridariorum, requisitis prius dominis, et patronis dictorum animalium, quod ipsi custodiant, eisque non inferant damnum in dictis vineis, ac viridariis, et petita similiter licentia a bajulo libere, et absolute[2] ipsos porcos interficere et porci ipsi taliter interfecti remaneant, et sint

1) Die Worte: „si vult damnum" scheinen durch ein Versehen des Schreibers hinzugefügt zu sein. Cf. Lipari VIII. 2) statt: scrofarum.

1) Ms. civitatis praedia. Dass dies ein Schreibfehler, erhellt aus der Vergl. mit Lipari X. 2) Ms. fügt hier das Wort possit ein, was keinen Sinn giebt.

dominis, et patronis vinearum, et jardinorum pro damno sibi illato, et bajulus habeat pro quolibet porco sic interfecto quartum cum capite.

Statutum XII.

Item, quaelibet persona de eadem civitate possit anno quolibet interficere, et vendere in macello animalia tria de suo allevio libera, et franca, et vendat pro quolibet rotulo denario uno ultra quam vendiderit macellarius.

Statutum XIII.

Viri, et uxoris bona omnia a quacumque parte pervenerint, natis filiis confundantur, et unum corpus efficiuntur, et volentibus viro, et uxore dividere cum filiis, tertia pars bonorum detur patri, altera matri, et reliqua tertia filio, vel filiis.

Statutum XIV.

Praemortuo patre vel matre ab intestato, filio vel filiis viventibus cum patre vel matre superstite: tertia pars praemortui cedit filiis: et sic idem filius habet duas tertias partes bonorum: unam debitam sibi jure naturae, alteram parentis praemortui.

Statutum XV.

Si vero praemoriretur pater testatus, ejus stetur testamento, dummodo in eodem testamento de tertia sua filios suos recognoverit.

Statutum XVI.

Si vero praemoriatur mater, potest[1]) de mobilibus portionis suae pro velle testari; stabilia autem, matre praemortua, cedunt filiis, et si non sunt ei mobilia, potest de stabilibus portionis suae usque ad medietatem valoris eorumdem bonorum stabilium juxta aestimationem testari.

Statutum XVII.

Vir, praemortua uxore, vel uxor praemortuo viro ad secunda vota cum tertia sua libere potest transire, et tertia illa cum bonis secundi matrimonii viri, vel secundae uxoris natis filiis confundantur, et unum corpus efficiuntur: quo mortuo, vel qua

1) Ms. pater. Es muss aber, wie oben, gelesen werden, cf. Messina V.

mortua ab intestato omnia bona illa in tres partes dividuntur, quarum, vel quorum bonorum tertia debetur viro, vel uxori superviventi, et alia tertia filiis secundi matrimonii jure naturae, in reliqua vero tertia tam primi, quam secundi matrimonii filii succedunt in capita.

Statutum XVIII.

Si vero testamentum condiderit de tertia sua, et filios primi matrimonii non recognoverit, tamquam ab intestato filii succedunt.

Statutum XIX.

Debita vero, quae apparuerint tempore primi matrimonii esse facta, solvi debent de bonis filiorum primi matrimonii et de tertia, quam pater vel mater ab illis filiis divisit, cum qua ad secunda vota transierit.

Statutum XX.

Debita vero facta tempore secundi matrimonii solvi debent de bonis secundi matrimonii et de praedicta tertia quae cum ipsis bonis natis filiis confusa est.

Statutum XXI.

Debita vero, quae rationabiliter facta esse apparuerint tempore medio infra primum, et secundum matrimonium, de bonis eo tempore inter patrem, et matrem, et filios communibus solvi debeant.

Statutum XXII.

Viro praemortuo filiis non susceptis mulier superstes dotem et dotarium suum consequi debet. Reliqua vero bona praemortui ab intestato pertinent ad proximiores: et facto per eum testamento pertinent ad eos quibus ipse in testamento reliquerit.

Statutum XXIII.

Uxore praemortua extinguitur dotarium: et dos ad dotantem revertitur. Sed si vir voluerit eam propriis sumptibus sepelire lectum cum toto apparatu suo, quo fuit prima nocte nuptiarum, habere debet, si extat. Si autem non extat, cum meliori apparatu, qui eo tempore in domo invenitur. Quae si testari

voluerit, potest quidem de mobilibus : de stabilibus autem minime : nec marito, nec extraneis testari potest quoad proprietatem.

Statutum XXIV.

Pater et mater viventes si voluerint filiam viro tradere : liceat eis dare in dotem de bonis suis pro velle eorum.

Statutum XXV.

Si vero filium [1]) emancipare voluerint, de tertia eorum possunt ei pro velle eorum dare ultra partem sibi contingentem de tertia quam cum fratre et fratribus habet communem, et si omnes filios, vel filias suas exfamiliaverint *et* [2]) partem bonorum acceperint, inter patrem et matrem bona reliqua dividuntur.

Statutum XXVI.

Patre praemortuo filiis minoribus cum matre remanentibus et in minori aetate vel ab intestato praemortuis, bona eorum stabilia si pervenerint eis a matre, ad eamdem revertantur : si a patre pervenerint, ad proximiores patris, similiter praemortua [1]) *matre* [2]) patre superstite, revertantur.

Statutum XXVII.

De mobilibus vero tertia pars, quae eis jure [1]) suo venerit, ad patrem, vel ad matrem superstites devolvitur, reliqua vero tertia, quae jure paternae, vel maternae successionis eis acquisita est, ad proximiores patris, vel matris defunctae revertantur.

Statutum XXVIII.

Utroque parente praemortuo, et filiis eorum in minori aetate, vel ab intestato defunctis, bona stabilia ad eamdem partem revertantur, a qua provenerint: de mobilibus vero una pars ad proximiores patris, altera vero ad proximiores matris devolvitur.

---

1) Ms. filiam. 2) Das Ms. hat hier mehrere Schreibfehler: *is* familiaver*it*, partem *eorum*, und das Wort et ist weggelassen. Wegen der richt. Lesart. cf. Messina II.

1) Ms. praemortuos. Wegen der richtigen Lesart cf. Mess. X. 2) Ms. f. matre.

1) Ms. viro.

Statutum XXIX.

Utroque parente vivente, filius factus major de bonis communibus [1]) eorum portionem petere *non* [2]) potest.

Statutum XXX.

Si mortua matre, filius factus major noluerit in familia patris remanere, sed per se vivere voluerit, patre volente [1]) ei pro posse fideliter administrare, non cogatur pater dare ei, nisi tertiam partem tantum a matre praemortua provenientem [2]); reliquam vero tertiam eidem filio suo debitam jure naturae, potest quoad usufructum sibi retinere, proprietate tamen filio reservata, donec ad secunda vota non convolaverit. Si vero secundam duxerit uxorem, filius medietatem ususfructus alterius tertiae partis sive paternae *petere* [3]) potest, altera medietate patri remanente.

Statutum XXXI.

Patre vero praemortuo, matre superstite, si filius in communi cum matre vivere noluerit, duas partes sibi contingentes petere potest.

Statutum XXXII.

Filio nato, et praemortuo, matre, et patre superstitibus, quilibet eorum in tertia ejusdem filii pro media parte succedit [1]), et sic omnia bona inter eos sunt communia, et in hoc casu, viro defuncto, uxor superstes electionem [2]) habet vel dimidiam suam omnium bonorum retinere, vel dotem suam repetere: salvo tamen quod cognati legitimi successores defuncti viri stabilia, quae a parte ejusdem viri provenerint, ab ipsa uxore pro justo pretio redimere possint.

Statutum XXXIII.

Viro, et uxore sine dote, et dotario, cum utrique in bonis

---

1) Ms. omnibus. Dass dies ein Schreibfehler ergiebt die Vergl. mit Messina III und Lipari XIX. 2) Im Ms. fehlt non. Dass dies aber im Text zu ergänzen ist, ergiebt der Vergleich sowohl mit Messina III und dem, erst wieder aus den Stat. von Patti abgeleiteten Rechte von Lipari XIX, als auch der Vergleich mit dem gleich folgenden Text in St. XXX.

1) Ms. nolente ut, wegen der richtigen Lesart cf. Messina VI. 2) Ms.: proveniente. 3) M. f.: petere. Dieses Wort war aus Messina VI zu ergänzen.

1) Ms. succedunt. 2) Ms. actionem.

nil habeant, matrimonium contrahentibus, et filiis vero non susceptis, vel susceptis, et praemortuis, quaecumque bona acquisita sunt eis communia.

Statutum XXXIV.

Minor post quartumdecimum [1]) annum testari potest, et decimo octavo anno completo major efficitur, et deinde res suas legitime administrat.

Statutum XXXV.

Viro ab intestato praemortuo, vel *si* [1]) ab eodem testatore non fuerit de tutore dispositum, uxor superstes filiorum tutelam gerere potest, nulla juris observantia perquisita, si fuerit honesta et diligens administratrix, quousque ad secunda vota convolaverit.

Statutum XXXVI.

Tutor legitimus si fuerit administrandi idoneus, auctoritate curiae praedictorum pupillorum tutelam gerere potest, facto tamen inventario; si autem legitimus non inveniretur, curia ex officio suo virum [1]) idoneum ipsis pupillis constituat.

Statutum XXXVII.

Viro testato, et defuncto, tutor ab eodem in testamento constitutus, ex sola testamenti auctoritate tutelam minoris [1]) administrat.

Statutum XXXVIII.

Puella vero minor, si nupserit majori, cum viri sui auctoritate res suas a tutore petere potest.

Statutum XXXIX.

Minores apud tutorem suum [1]) educari debent, excepto si mater, vel amita eos educare voluerint; tunc a tutore pro eorum educatione vitae necessaria eidem matri, vel amitae dentur.

---

1) Ms. quarto decimum.

1) Ms. f. si.

1) Ms. unum.

1) Ms. minori.

1) Ms. a patre tutore suo. Dass dies ein blosser Schreibfehler leuchtet ein, cf. Lipari XXII.

Statutum XL.

Imminentibus justis necessitatibus, pro quibus res minorum obligari debeantur [1]), vel alienari, necessitatis causa per curiam discussa, ac cognita, possunt res minorum cum decreto obligari, vel alienari, nec aliquando retractantur. [2])

Statutum XLI.

Res etiam majorum [1]), vel absentium per curiam cum causae cognitione alienantur, vel in solutum datae [2]) irretractabiliter remaneant.

Statutum XLII.

Nullus contractus privatus valet, aut tenet, nisi a duobus vel pluribus testibus fuerit corroboratus, praeter judicem et notarium.

Statutum XLIII.

Uxor cum marito, susceptis filiis, obligari potest, non susceptis vero filiis similiter obligari potest, si pro communi utilitate, et necessitate obligatio facta fuerit.

Statutum XLIV.

Mulier vero virum non habens in aetate constituta, se et sua bona obligare potest.

Statutum XLV.

Ex quacumque causa viro, vel uxori bona provenerint natis filiis communia fiunt inter eos.

Statutum XLVI.

Facto a partibus aliquo compromisso cum poenae appositione, firma est arbitrorum sententia in civili, ac etiam in criminali, in quo poena sanguinis non esset per curiam infligenda. Sententia arbitrorum promulgata, si aliqua partium dixerit, se habere arbitrum suspectum [1]), contra eum, in quem sententiam [2]) pronunciaverit, potest arbiter se inde [3]) juramento purgare.

---

1) Ms. debeatur.

1) Ms. retractant.

1) Ms. minorum. 2) Ms. dari.

1) Ms. schaltet hier sic ein, was keinen Sinn giebt. 2) Ms. sententia. 3) Ms. deinde. Cf. aber Messina XXIX.

Statutum XLVII.

Lata sententia in praesentem [1]), in continenti appellari potest vel infra triduum, si fuerit protestatus, et infra decem dies processus negotii peti potest.

Statutum XLVIII.

Lata sententia in absentem per contumaciam ab ea non potest appellari, nisi quamdiu figura judicii duraverit.

Statutum XLIX.

Lata sententia in absentem, et non per contumaciam, is, contra quem pronuntiata est, potest appellare, si quam cito sciverit, in vocem appellationem prorumpit.

Statutum L.

Appellatione legitime facta, habet is, qui appellavit, *infra* [1]) terminum sibi datum a curia prosequi appellationem; post terminum vero non est audiendus, nisi apparuerit eum [2]) justa causa impeditum [3]), quominus appellationem infra terminum prosecutus fuerit.

Statutum LI.

Poena defensionis alicui ab aliquo imposita non valet, nec tenet, nisi fuerit a bajulo, vel judice, vel aliquo ex eis juste imposita.

Statutum LII.

A sententia arbitri contumaciae, et possessionis de jure, et prothomiseos, de re vili, de divisionibus praediorum, vinearum, domorum, de cursu aquarum, de aquis pluvialibus, de viis vicinalibus, et his similibus, quae per inspectionem oculorum, definiuntur, et per publica instrumenta, in quibus hujusmodi divisiones, et fines continentur, de quibus etiam summarie cognoscitur, appellari non potest.

Statutum LIII. [1])

Si aliquis rem immobilem per annum, mensem, hebdomadam,

---

1) Ms. f. h. et was keinen Sinn giebt.

1) Ms. f. infra. 2) Ms. cum. 3) Ms. impeditus.

1) mit d. St. LIII—LVI stimmt fast buchstäblich überein das Stadtr. von Trapani Tit. De Praescriptionibus (cf. Vito La Mantia, Consuet.

et diem justo titulo, et quiete, nulla calumnia interposita, possiderit [1]), in facie ejus qui petit per constitutionem regis Guglielmi divae memoriae in civitate obtentam, absolvitur a petitione.

Statutum LIV.

Si vero per decennium bona fide sine titulo in facie ejus possiderit, non apparente justa causa, per quam suum jus protestari, vel consequi non potuit, ab imploratione contra eum proposita liberatur.

Statutum LV.

Similiter contra absentes viginti annorum praescribuntur, et absolvuntur praeterquam inter fratres, et consanguineos usque ad tertium gradum.

Statutum LVI.

Triginta autem annorum praescriptio quemlibet possessorem tuetur, praeterquam contra eum, qui se in captivitate detentum probaverit.

Statutum LVII.

Filia nupta, et dotata a patre, et matre, vel altero eorum, remanentibus fratribus, vel sororibus in familia, mortuo patre, vel matre ab intestato potest filia si voluerit, facta collatione dotis ad paternam, vel maternam successionem venire cum fratribus, et sororibus, qui in familia remanserunt; idem potest facere filius emancipatus.

Statutum LVIII.

Fratribus nolentibus in communi vivere, ac volentibus paternam, et maternam hereditatem inter se dividere, majori

delle citta di Sicilia p. 104.): Si quis rem immobilem per annum, mensem, hebdomadam et diem justo titulo et nulla calupnia [*sic*] interposita possiderit in facie ejus qui petit per constitutionem regis Guglielmi Secundi divae memoriae in civitate obtemtam absolvitur. Si vero per decennium bona fide sine titulo in facie ejus possiderit, non apparente justa causa, per quam suum jus protestari vel consequi non potuit, ab imploratione contra eum proposita liberatur. — Similiter contra absentem viginti annorum prescriptione absolvitur, praeterquam inter fratres et consanguineos usque ad tertium gradum. — Triginta autem annorum praescriptio quemlibet possessorem tuetur, praeterquam contra eum, qui se in capitivitate detentum probaverit.

1) sic, so auch bei La Mantia a. a. O. p. 106.

natu datur divisio celebranda, et minori actio eligendi conceditur. et sic graduatim usque ad majorem; adventitia vero, et legata inter haeredes, et legatarios sorte [1]) dividuntur.

Statutum LIX.

Ecclesiae, monasteria, comites, et barones jus prothomiseos in civitate Pactarum non habent.

Statutum LX.

Domo, vinea, quacumque possessione in gabella data ex [1]) duabus causis contractus gabellae rescinditur. Verbi gratia, pro venditione, et danda dote, praeterquam si verbi gratia dominus *qui*[2]) in gabellam dedit, expresse se obligavit, pro neutro istorum gabellam impedire, vel infringere, obrenunciata consuetudine civitatis; omnis enim contractus etiam conventione legem accipit.

Statutum LXI.

Domus locata auferri non potest ante constitutum tempus locationis, praeterquam si dominus, qui locat, vel in ipsa domo habitare voluerit, vel res suas ex necessitate in ea reponere. Si vero conductor ante finitum tempus locationis, vel conductionis ad domum propriam migrare voluerit, seu ad alias partes domicilium mutare potest, dummodo transacti temporis loherium solvat, ultra vero non tenetur: locationis vero dominus [1]) pro pensione non soluta, potest per se *res*[2]) inquilini auferre, vel retinere, donec pensio sibi solvatur.

Statutum LXII.

Uxurae [1]) datae non petuntur, nec in sortem debiti computantur : dandae vero non dari coguntur, praeterquam in viduis, et pupillis, dummodo sint moderatae.

Statutum LXIII.

Si quis pecuniam mutuaverit ad taxillos, vel ad quemlibet ludum perditionis [1]), actio ei denegatur, et mutuatam pecuniam

---

1) Ms. forte.
1) Ms. etiam cf. Messina XXXII. 2) Ms. f. qui.
1) Ms. locationi vero domus. 2) Ms. f. res.
1) statt: usurae.
1) Ms. petitionis.

amittit; nisi per receptionem pignoris sibi cautum fuerit; si autem promiserit, vel juraverit aliquid dare, is, cui promissum est, actionem non habet, et datum non repetitur, et[1]) in turpi causa melior fit conditio possidentis.

Statutum LXIV.

Filius, vel filia a paternis, vel maternis bonis ex his causis a patre vel matre exhaereditantur, ex quibus per leges exhaereditantur.

Statutum LXV.

Re mobili pignori obligata, si in termino constituto solutum non fuerit quindecim diebus individuis debitori datis, infra quos solvere tenetur, et si pignus ipsum non redemerit, creditor cum auctoritate curiae pignus ipsum vendere potest pro sui debiti satisfactione. Si vero de quantitate debiti inter creditorem, et debitorem quaestio orta fuerit, sacramento creditoris pignori incumbentis statur usque ad pignoris valorem, nisi debitor per testes in contrarium legitime probaverit.

Statutum LXVI.

Res stabilis dotalis, qualis fuerit tempore restituendae dotis, sive melior, sive deterior facta, dotanti, vel ei cui debetur, reddatur. Si vero maritus fundum vacuum, vel solum in dotem receperit, et de propriis eum aedificaverit, *is*[1]) ad quem revertitur utiles, et necessarias expensas in aedificio ipso factas reddet ei[2]) in ea quantitate, qua[3]) tunc ipsum aedificium aestimabitur valere, quia[4]) aedificium solo cedit, guarnimenta, ac supellectilia, qualia eo tempore fuerint, restituuntur.

Statutum LXVII.

Filius familias, utroque parente vivente, de bonis eorum praeter voluntatem, et consensum eorum testari non potest; de peculio vero suo testari potest.

Statutum LXVIII.

Re stabili communi inter aliquos de communi voluntate divisa, postquam de portione sua quilibet eorum recognoverit,

1) soll wohl heissen: etenim.

1) Ms. f. is. cf. Messina XIV. 2) Ms. ac. 3) Ms. quam. 4) Ms. per.

et de ea contentus fuerit, nullo tempore, nec ex aliqua causa per aliquem eorum, vel ipsorum haeredes ipsa divisio retractari non potest. Nulla poena in contractu apposita solvitur, praeterquam in arbitrali instrumento apposita.

Statutum LXIX.

Spurii, et qui non legitime nati sunt, non haereditantur.

Statutum LXX.

Rem stabilem [1]) nec vir cum consensu uxoris, nec uxor cum consensu viri, non susceptis filiis, aut non extantibus, vendere, vel alienare possunt, nisi urgente magna necessitate, cognita, ac discussa fideliter per nostram curiam in omnibus, et per omnia, cujuslibet alterius juribus semper salvis.

Conclusio statutorum.

Ad cujus auctoritatem, rei memoriam, et robur perpetuo valiturum, jussimus exinde praesens privilegium et fieri, et parvo nostro sigillo secreto pendenti muniri. Datum Messanae per nos Fridericum de Fatisa de Sacco militem Cancellarium nostrum anno dominicae incarnationis, et nativitatis millesimo tercentesimo duodecimo 1312 mensis Julii, undecimo ejusdem, decimae inditionis.

Finis consuetudinum civitatis Pactarum.

---

1) Zu ergänzen: dotalem cf. Messina XIII. Noto XIX. Syracus X. vergl. auch oben St. LXVI.

CONSUETUDINES SCRIPTAE HUJUS

CIVITATIS LIPARAE.

Universitas[1] *civitatis Liparis*[2] *moderari, gubernari, vivere de caetero praeelegit, cassatis, et cassandis*[3] *omnibus aliis consuetudinibus, quibus dicta universitas retroactis temporibus utebatur, et proinde petiit in scriptis reduci consuetudines ipsas, et per nos ratificari, ut habitatoribus dictae universitatis, et ejus tenimenti uti, tam in judiciis, quam extra, de caetero confirmari. Nos autem, examinatis prius per nos, aliosque jurisperitos, ac plena deliberatione dimissis consuetudinibus, ac etiam attendentes*[4] *fidem, et devotionem sinceram, quam universitas hominum dictae civitatis Liparis erga nos, et nostram ecclesiam prompto zelo gessit, et gerit, per quem gratum ducimus*[5]*, et habemus, ut ipsi cives in tranquillitate gaudeant, hujusmodi consuetudines nobis per sindacum civitatis praesentatos tamquam bonas, laudatas et approbatas per universitatem praedictam in nostra ecclesia acceptamus, ratificamus, ac habitatoribus dictae civitatis Liparis, ejusque tenimenti in perpetuum, et episcopalis favoris plenitudine confirmamus, volentes et praesentibus scriptis tenore mandantes deinceps per se, haeredes, et successores eorum in perpetuum, in praedicta civitate Liparae, et tenimento suo, in judicio, et extra, inviolabiliter observari; quarum consuetudinum tenor est videlicet.*

I.[1]) In primis si quis de civitate praedicta vendiderit possessionem aliquam alicui personae, quae[2]) vicinam habeat[3]) possessionem contiguam possessioni venditae, possit ipsam recuperare, et habere ab emptore, praetio sibi restituto, pro quo emit, infra annum, mensem, hebdomadam, et diem a die venditionis ipsius.

1) Ms. universitatem.* 2) so hier und weiterhin noch einmal, während sonst Lipara, (Gen. Liparae). 3) Ms. cassantibns. 4) Ms. ostendentes. 5) Ms. dicimus.

1) Im Ms. sind die Capitel nicht gezählt. 2) Ms. quod. 3) Ms. habens.

II. Et si forte possessio ipsa vendita pertinet alicui consanguineo, possit ipse recuperare ipsam ab emptore, non obstante si non habeat possessionem contiguam possessioni venditae, et praeferatur jus sanguinis juri prothomiseos, seu vicinitatis.

III. Item si aliqua possessio fuerit pro parte vendita, et pro parte donata, quod tota pro pura venditione habeatur, et vicinus possit recuperare modo, et forma praedictis, ita quod jus sanguinis semper praeferatur vicinis, ut supra.

IV. Item si aliquis conduxerit [1]) opera sua [2]) alicui per annum, per mensem, vel per aliquod tempus, et ille qui locat operas suas recesserit inlicentiatus [3]) a conductore, vel patrono suo ante completum tempus conductionis ipsius, quod ipse amittat totum illud, quod recipere habuerit a conductore, restituta mercede vel toto illo, quod recipere habuerit a conductore illo de solidis suis.

V. Item si aliquis fidejubet pro aliquo pro quacumque [1]) *re* [1]) sive [2]) caussa, quod creditor habeat electionem conveniendi quem velit primo convenire [3]), fidejussorem, vel principalem debitorem.

VI. Item quod locator domorum, et aliarum possessionum suarum, si conductor, vel colonus non solverit pensionem eidem locatori domus, sive possessionis [1]), idem locator possit sua auctoritate intrare, et capere pignus pro pensione sua.

VII. Item quod nullus de eadem civitate possit, seu audeat dare ad comedendum, seu ad bibendum, nec aliquid aliud [1]) companagium alicui operario mercennario nisi solidos suos tantum conductos per ipsum ad dictam [2]) exceptis muratoribus, carpenteriis, mossoribus, et laboratoribus in bobus, quibus sit licitum conductori ministrare pro usu [3]) eorum secundum [4]) libitum conductoris necessaria alimenta; et si aliquis contra-

---

1) sic statt locaverit cf. Patti III. 2) sic st. operas suas. 3) Ms. et licentiam, wegen der richtigen Lesart cf. Patti III.

1) Ms. f. re cf. Patti IV. 2) Ms. sine. 3) Ms. f. h. debet, was keinen Sinn giebt.

1) Ms. possessionum.

1) Ms. nec aliquis illud cf. Patti VI. 2) sic! 3) Ms. per usum. 4) Ms. solum.

fecerit, ille, qui dederit, solvat pro vice qualibet pene [5]) augustale unum, et ille qui receperit, augustale auri dimidium convertendum [6]) in opera maragmatis [7]) civitatis ipsius.

VIII. Item si contigerit, quod aliquis interceperit animalia in vineis, vinealibus, jardinis, et segetibus, quod dominus vineae, seu possessionis habeat arbitrium faciendi sibi emendare damnum a patrono animalium, seu ab eo exigendi poenam ipsius animalis pro quolibet bove, bacca [1]), sive gencone grana 12, et si bacca habuerit vitulum lactantem, vitulus ipse sit liber, si fuerit equus, vel jumentum gr. 12, et si jumentum habuerit pullum, sive pullam lactantem, sit liber; pro quolibet asino, sive asina gr. 4, et si habuerit pullum, sive pullam lactantem sit liber; pro quolibet centenario ovium, caprarum, sive arietum tarenos auri duos, et gr. 10, vel arbitrium possessionis ipsius domini, qui receperit damnum ipsius; et pro quolibet centenario porcorum tarenos 5, vel ad aestimationem damni dati [2]), et stetur de omnibus [3]) supradictis juramento supradicti domini, vel patroni dictarum possessionum, vel ad juramentum unius testis.

IX. Item quod nullus audeat ire, vel transire per vineas, vinealia, sive viridaria aliquorum, et si aliquis transierit per loca ipsa, et dominus ipsorum locorum denuntiaverit, pro qualibet vice ille qui transierit, solvat pro poena tarenos auri duos convertendos in constructione murorum civitatis ipsius, et si fecerit damnum in locis ipsis, quod emendet damnum ipsum domino, et patrono ipsorum locorum secundum extimatum fuerit damnum ipsum, et stetur de transeuntibus juramento domini, sive patroni locorum, et quod solvatur bajulo pro jure pedagii pro quolibet primo centenario ovium gr. 10, pro quolibet centenario porcorum tarenum 1, pro quolibet bove, seu bacca gr. 3, pro quolibet jumento, sive equo gr. 3, pro quolibet asino, vel asina gr. 2.

X. Item [1]) si aliquis, vel aliqua nutrierit porcos mannarinos in civitate praedicta, et ipsi porci inveniantur in viridariis, seu vineis seu lignis, seu laudonibus, quod licitum sit patronis vinearum, vel viridariorum, requisitis prius dominis, et patronis dictorum porcorum, quod ipsi custodiant eos, quod non inferant damnum in dictis vineis, et viridariis, et petita similiter licentia

5) statt: poenae. 6) Ms. vice vertendum. 7) Ms. maremis.
1) statt vacca. 2) Ms. datur. 3) Ms. ovibus.
1) Ms. f. h. quod, was keinen Sinn giebt.

a bajulo, libere, et absolute[2]) ipsos porcos interficere, et porci ipsi taliter interfecti remaneant, et sint domini, et patroni vinearum, et viridariorm pro damno sibi illato; bajulus autem habeat[3]) pro quolibet porco sic interfecto quartum unum cum capite.

XI. Item quod quaelibet persona de eadem civitate possit anno quolibet interficere, et vendere in macello animalia tria de suo allevio franca, et libera, et vendat pro quolibet rotulo denario uno ultra quam vendiderit macellarius.

XII. *De bonis viri, et uxoris natis filiis comunicandis et per tertiam dividendis.*[1])

§ 1. Viri et uxoris bona omnia, a quacumque parte proveniant, natis filiis confunduntur, et unum corpus efficiuntur.

§ 2. Et volentibus viro, et uxore dividere cum filiis, tertia pars bonorum debetur patri altera matri, et reliqua filio vel filiis.

§ 3. Praemortuo vero patre, vel matre ab intestato, et filio, vel filiis viventibus cum patre, vel matre superstite, tertia pars praemortui cedit filiis, et sic iidem filii habent duas partes, unam debitam jure naturae, alteram parentis praemortui.

§ 4. Si vero praemoriatur pater testatus ejus[2]) stabitur testamento, dummodo in eodem testamento de tertia suae portionis suos filios recognoverit.

§ 5. Si vero praemoriatur mater, potest de mobilibus portionis suae pro velle testari, stabilia autem, matre praemortua, cedunt[3]) filiis, et si non sint ei mobilia, potest de stabilibus portionis suae usque ad medietatem valoris eorumdem stabilium justae extimationis testari.

XIII. *Quando pater, et mater cum*[1]) *tertia transit ad secunda vota, quomodo filii primi et secundi matrimonii succedunt in ejus tertia ab intestato.*

Vir, praemortua uxore, vel uxor, praemortuo viro, ad secunda vota cum tertia sua libere potest transire, et tertia illa cum bonis secundi viri, vel secundae uxoris, natis filiis efficitur[2])

---

2) Ms. f. h. possit, was hier sinnlos.

3) Ms. habendi.

1) Während den Capiteln I—XI die Ueberschriften fehlen, finden sich diese bei einigen der nachstehenden Capitel hinzugefügt. Der leichteren Uebersichtlichkeit wegen haben wir die einzelnen (im Ms. übrigens scharf abgesonderten) Abschnitte dieses Capitels mit §§ versehen. 2) Ms. eis. 3) Ms. cadunt.

1) Ms. aut. 2) Ms. efficiuntur.

unum corpus; quo mortuo, vel qua mortua ab intestato, omnia bona in tres partes dividuntur, quorum tertia debetur viro, vel uxori superviventi[1]), alia tertia filiis secundi matrimonii jure naturae, in reliqua vero tertia tam primi, quam secundi matrimonii, filii succedunt in capita. Si vero testamentum condiderit, et de tertia sua filios primi matrimonii non recognoverit, tamquam ab intestato filii succedunt.

XIV. *Unde solvenda sunt debita.*

§ 1.[1]) Debita vero, quae apparuerint facta *tempore*[2]) primi matrimonii, de bonis filiorum primi matrimonii solvi debent, et de tertia qua pater vel mater ab illis filiis divisit, et cum qua ad secunda vota transivit.

§ 2. Debita vero facta tempore secundi matrimonii solvi debent de bonis ejusdem secundi matrimonii, et de ipsa tertia, quae cum ipsis bonis natis filiis confusa est.

§ 3. Debita vero, quae rationabiliter apparuerint facta tempore medio, infra primum et secundum matrimonium, de bonis eo tempore inter patrem et matrem et filios communibus[1]) solvi debent.

XV. Viro praemortuo, filiis non susceptis, mulier superstes dotem et dotarium consequi debet; reliqua vero bona praemortui ab intestato pertinent ad proximiores, et ex testamento pertinent ad eos, quibus ipse testator reliquerit.

XVI. Uxore praemortua extinguitur dotarium, et dos ad dotantem revertitur; sed si vir voluerit eam propriis sumptibus sepellire, lectum cum toto apparatu suo, quod fuit in prima nocte matrimonii nuptiarum, habere debet, si extat; si autem non extat, cum meliori apparatu, qui in domo eo tempore invenitur; quae si testare voluerit, potest quidem de mobilibus; de stabilibus autem minime; nec marito, nec extraneis testari potest quoad proprietatem.

XVII. *Pater et mater quod possunt filiae nubenti, vel filio emancipato donare.*

Pater, et mater viventes, si voluerint filiam viro tradere, liceat ei dare in dotem de bonis suis pro velle eorum. Si vero filium emancipare voluerint, de tertia eorum possunt ei pro

1) Ms. supervenienti.

1) Auch hier haben wir der besseren Uebersichtlichkeit wegen die einzelnen Abschnitte mit §§ versehen. 2) Ms. f. tempore.

1) Ms. communiter.

velle eorum dare ultra partem sibi contingentem de tertia, quam cum fratre, vel fratribus habet communem; et si omnes filios vel filias suas exfamiliaverint [1]), et partem bonorum[2]) acceperint; inter patrem, et matrem bona reliqua dividantur.

XVIII. *Patre, vel matre praemortua, filiis cum superstite remanentibus in minori aetate, de bonis praemortui quid fieri debet?*

§ 1.[1]) Patre praemortuo, filiis minoribus cum matre remanentibus, et in minori aetate, vel ab intestato praemortuis, bona eorum stabilia, si provenerint eis a matre, ad eamdem revertuntur; et si a patre provenerint, ad proximiores patris: similiter, praemortua matre superstite, revertuntur.

§ 2. De mobilibus vero tertia pars, quae eis jure suo provenerit, ad matrem, vel patrem superstitem devolvitur; reliqua vero tertia, quae jure paternae, vel maternae successionis eis acquisita est, ad proximiores patris, vel matris defuncti revertitur.

§ 3. Utroque parente vero praemortuo, et filiis eorum in minori aetate, vel ab intestato postea defunctis, bona stabilia ad eamdem partem revertuntur, a qua provenerint.

§ 4. De mobilibus vero, una pars ad proximiores patris, altera vero ad proximiores matris devolvitur.

XIX. Utroque parente vivente, filius etiam factus major, de bonis communibus eorum portionem petere non potest, nec etiam testari.

XX. *Matre praemortua, filio vel filiis remanentibus, et cum patre nolentibus* [1]) *in commune vivere, quam partem bonorum petere potest filius?*

Si mortua matre, filius factus major noluerit in familia patris remanere, et per se vivere voluerit, patre volente[2]) pro posse fideliter administrare, non cogitur pater dare ei nisi tertiam partem tantum a matre praemortua ei provenientem; reliqua vero tertia eidem filio ex jure naturae debitam, pater quoad usufructum retinere potest, proprietate tamen filio reservata, donec ad secunda vota pater ipse convolare voluerit.

---

1) Ms. sfamiliaverint. 2) Ms. eorum.

1) Wegen der Hinzufügung der §§ s. oben.

1) Ms. volentibus. 2) Ms. nolente.

XXI.[1]) Si vero ad secunda vota convolaverit, tutor legitimus, si fuerit administrandi idoneus auctoritate curiae[2]) ipsorum pupillorum tutelam gerere potest, facto tamen inventario; si autem legitimus non invenitur, curia ex officiolsuo virum idoneum ipsis pupillis tutorem constituat. Viro testato[3]) defuncto, tutor ab eodem in testamento constitutus, ex sola testamenti auctoritate tutelam minorum administret. Puella vero minor, si nupserit majori, cum viri sui auctoritate res suas a tutore petere potest.

XXII. Minores apud tutorem suum educari debent, excepto si mater, vel amita eos educare voluerit, tunc a tutore pro eorum educatione vitae[1]) necessaria eidem matri, vel amitae dentur.

XXIII. *De rebus minorum sine decreto curiae non alienandis.*

Imminente justa necessitate pro qua res minorum obligari debeant, vel alienari, necessitatis causa per curiam discussa, et cognita, possunt res minorum cum decreto obligari, et alienari; nec aliquando retractantur: etiam rerum majorum, vel absentium per curiam cum causae cognitione in solutum datio fieri potest, et irretractabilis permanet.

XXIV. Nullus privatus contractus valet vel tenet, nisi duobus, vel pluribus testibus fuerit roboratus propter judicis et notarii deficientiam.

---

1) Unsere Handschrift weist hier zwischen den c. XX u. XXI eine grössere Lücke auf cf. Patti XXXI u. XXXV. 2) Ms. autem vir. Wegen der richtigen Lesart cf. Messina XVI. Patti XXXVI. 3) Ms. testando.

1) Ms.: tute.

CONSUETUDINES, ORDINATIONES ET CAPITULA

CIVITATIS AGRIGENTI.

Fridericus Dei gratia Rex Siciliae etc. Universis Officialibus Curiae per Siciliam constitutis, et constituendis, nec non justiciariis Vallis Agrigenti tam praesentibus, quam futuris gratiam suam, et bonam voluntatem. Pro parte Universitatis hominum Civitatis Agrigenti nostrorum fidelium oblata fuerunt culmini nostro nuper consuetudines, ordinationes, et capitula infrascripta, facta et edita inter eos per evidentem consensum Universitatis ipsius, videlicet:

I.[1]) Viri, et uxoris bona omnia a quacumque parte proveniant natis filiis confunduntur, et unum corpus efficiuntur, et volentibus viro, et uxore dividere cum filiis, tertia pars bonorum datur patri altera matri, reliqua tertia filiis, vel filio viventibus cum patre, vel matre superstite.

II. Tertia pars praemortui cedit filiis, et sic eidem filii habeant duas partes, unam debitam de jure naturae, alteram parentis mortui.

III. Si vero praemoriatur testatus, ejus stabitur testamento, dummodo in eodem testamento filios recognoscat de tertia parte. Si vero praemoriatur mater, potest de mobilibus suae portionis pro velle testari; immobilia vero ipsa mortua cedunt[1]) filiis; si vero non sint ei mobilia, potest de stabilibus usque ad medietatem valoris eorumdem stabilium juste[2]) aestimatorum testari.

IV. Vir praemortua uxore, vel uxor praemortuo viro ad secunda vota cum tertia sui parte potest transire, et tertia illa cum bonis secundi viri, vel secundae uxoris natis filiis unum corpus efficiunt. Quo, vel qua mortua ab intestato omnia

1) Die Capitel sind bei Testa nicht durch Zahlen bezeichnet. Wir haben die Zahlenbezeichnung möglichst der im Stadtr. v. Messina befolgten angepasst. Offenbare Schreib- oder Druckfehler sind im Texte verbessert, in den Noten aber angegeben. T. = Testa.

1) T. caedunt. 2) T. juxti.

bona illa in tres partes dividuntur, quarum tertia debetur viro. vel uxori superviventi, et tertia filiis; in reliqua vero tertia praemortui tam primi, quam secundi matrimonii filii succedunt in capita.

V. Debita quae apparuerint facta tempore primi matrimonii solvi debent de bonis filiorum primi matrimonii, et de tertia, cum qua pater, vel mater ad secunda vota transierint. Debita vero facta tempore secundi matrimonii solvi debent de bonis secundi matrimonii, et de tertia, quae cum ipsis bonis confusa est. Debita vero, quae rationabiliter facta creduntur tempore medio infra primum, et secundum matrimonium, de bonis communibus solvi debent.

VI. Viro praemortuo filiis non susceptis, mulier superstes dotem, et dotarium consequi debet. Reliqua bona praemortui ab intestato pertinent ad proximiores; ex testamento pertinent ad eos, quibus ipse testator reliquerit.

VII. Uxore praemortua extinguitur dotarium, et dos ad dotantem revertitur; sed si vir voluerit eam propriis sumptibus sepellire, lectum cum toto apparatu, quo fuit prima nocte matrimonii, habere debet, si extat; si autem non extat, cum meliori apparatu, qui in domo eo tempore invenitur. Quae si testari voluerit, potest quidem de mobilibus; de stabilibus autem minime, non marito, non extraneo, quoad [1]) proprietatem.

VIII. Pater, et mater viventes, si voluerint filiam viro tradere, liceat eis dare in dotem de bonis suis pro velle ipsorum; si vero filium emancipaverint, de tertia eorum possunt ei pro velle suo dare, ultra partem sibi contingentem [1]) de tertia, quam cum fratre, vel fratribus habet [2]) communem.

IX. Patre mortuo, vel matre, filiis minoribus cum matre. vel patre remanentibus, et in minore aetate praemortuis, bona omnia stabilia si pervenerint [1]) a matre, ad proximiores matris revertuntur, et si a patre pervenerint, ad proximiores patris; similiter praemortua matre, patre superstite. De mobilibus vero tertia, quae eis jure suo pervenit, ad patrem, vel matrem superstitem devolvitur. Reliqua vero tertia quae jure paternae,

---

1) T. quod ad.
1) T. contigentem 2) T. habent.
1) statt provenerint.

vel maternae successionis eis acquisita est, ad proximiores patris vel[2]) matris revolvitur.

X. Utroque[1]) parente praemortuo, vel altero eorumdem, filiis eorum in minori aetate defunctis, bona stabilia ad eam partem revertantur, a qua pervenerint. De mobilibus vero una medietas ad proximiores patris, altera ad proximiores matris devolvitur.

XI. Utroque parente vivente, filius factus major de bonis communibus portionem petere non potest; si mortua matre filius factus major noluerit in familia patris permanere, sed per se vivere voluerit, patre volente ei[1]) pro posse fideliter administrare bona sua, non cogitur pater ei dare, nisi tertiam a matre praemortua provenientem. Reliquam tertiam eidem filio suo jure debitam, pater quoad usumfructum sibi retinere potest, proprietate inde filio reservata, donec ad secunda vota convolaverit. Si vero secundam duxerit uxorem, filius medietatem ususfructus alterius tertiae partis suae petere potest.

XII. Si quis uxorem duxerit liberis non susceptis, et bona acquisita erunt inter eos ex qualibet fortuna insperata, mortuo uno ipsorum jugalium, superstes medietatem ipsorum bonorum habere debet, et altera medietas cedit proximioribus morientis ab intestato, et de medietate sua debet sepelliri.

XIII. Si quis solderius locaverit operas personae suae ad certum tempus patrono, et termino non completo sine probabili causa recesserit a serviciis patroni, si quid mercedis acceperit et illicentiatus recesserit a patroni servicio, teneatur ipsi patrono restituere, et nihil habere de servicio medio tempore praestito. Et si forte oriatur contencio de solidis inter patronum et, mercenarium, debet se patronus sacramento purgare, et sibi creditur usque ad quantitatem tarenorum auri quinque. Praeterea si fuerit error temporis de servicio praestito, vel praestando, creditur sacramento ipsius solderii, ex-

2) Bei Testa finden sich hier statt des Wortes vel die Worte altera ad proximiores. Dass dies ein Schreib- resp. Druckfehler, ergiebt die Vergleichung mit dem Schluss des folgenden c. X sowie mit Messina X. Patti XXVII. Lipari XXVIII. § 2.

1) T.: unoque.

1) T. et.

ceptione aliqua non obstante, usque ad summam ascendentem tarenos auri quinque, et non ultra.

XIV. Si quis deprehenderit cujuslibet animalia, seu pecudes in vineis, agriculturis, cottoneriis, hortis, seu aliquibus aliis locis, unde possent dapna [1]) oriri per armenta ejus, creditur sacramento, si dapnum, quod accusatur, non excedat summam unius augustalis, et bajulus exigat ab ipso pro quolibet bove domito grana quinque, pro indomito grana duo, et dimidium; pro quolibet ove granum unum; pro qualibet capra granum unum, et dimidium; pro quolibet porco granum unum, pro quolibet asino grana quinque; ipso denunciante sacramento purgato de denunciatione praedicta, quod non irato, vel calumnioso animo hoc faciat.

XV. Nihilominus teneatur bajulus ipse cogere patronum ipsorum animalium, antequam sibi restituantur, ad resarciendum dapna, patrono, constito prius de dicto dapno, et si majorem summam ascendit ipsa accusatio, seu denunciatio, quam unius augustalis praedicti, probetur ipsorum animalium captio per duos testes omni exceptione majores, et si ultra accusationem ipsam ascenderit, et probare non poterit, accusatus dapnum aliquod minime patiatur.

XVI. Si quis mercator ordinaverit aliquem famulum secum in magazeno, super receptione frumenti, ordei, vini, cuttonis, vel alicujus rei recipiendae a suis debitoribus, constita assignatione legitime facta famulo supradicto, sic habetur ac si ipsa patrono fuerint assignata, et sigilletur apodixa per ipsum famulum sigillo mercatoris praedicti.

XVII. Si aliquis sensarius fuerit ordinatus in civitate praedicta, primo praestet idoneam fidejussoriam cautionem, ac etiam juratoriam, quod fideliter debeat dictum officium exercere, et si aliqua disceptatio oriatur inter mercatorem, et venditorem, quod stetur sacramento sensarii infra duos augustales, ultra vero probatione communi agatur; et sic de actis ipsius sensarii alicui praestitis credatur ipsi sensario de uno augustali, et non ultra. Recipiatur fidejussio a quolibet sensario unciarum vigintiquinque, et quicumque sensariorum exercuerit sine fidejussione officium sensariae solvat bajulo nomine poenae augustalem unum, et pro sensario minime habeatur.

1) sic statt damna.

XVIII. Si aliquis locaverit domum suam sive annuatim, sive ad certum tempus, quod non possit conductorem, sive colonum expellere termino non completo; quod si faciat, reddat ipsi colono totam pecuniam, quam ab eo percepit, praeterquam si voluerit ipsam pro sua habitatione, vel pro *dote*[1]) dare, seu eam alicui pignorare, vel vendere.

XIX. Et si praedictus colonus recedere voluerit a domo, ipso termino non completo, solvat locatori pecuniam totius temporis, pro quo locavit praedictam domum.

XX. Erat ejus olim quidam rithus per aliquos observatus in civitate praedicta in ipsius universitatis praejudicio, et jactura, quo cogebatur primo ad solvendum fidejussor, quam debitor, quod valde videbatur inhumanum, et incongruum rationi; cassato ipso rithu, et abolito, de his stetur juri communi, et nullam habeat firmitatem. —

Et humiliter supplicatum, ut super observari faciendo eis Consuetudines, Ordinationes, et Capitula ipsa nostras vobis literas dirigere dignaremur. Nos autem attendentes fidem puram, et devotionem sinceram, quam dicti Cives Civitatis Agrigenti erga celsitudinem nostram prompto zelo gesserunt, et gerunt, huic supplicationi eorum benigniter duximus annuendum fidelitati vestrae mandantes, quatenus Consuetudines, Ordinationes et Capitula supradicta dictis Civibus Agrigenti observetis, et faciatis inviolabiliter observari. Datum Cataniae Vicesimo tertio Novembris Secundae Indictionis.

Am Eingange und am Schlusse der consuetudines Agrigenti findet sich in der Ausgabe von Testa die folgende urkundliche Bestätigung ihrer Authenticität:

In nomine Domini amen. Anno Dominicae Incarnationis Millesimo trecentesimo decimo nono Mense Januarii, quartodecimo ejusdem, Tertiae Indictionis. Regnante Serenissimo Domino nostro Rege Friderico Dei gratia inclyto Rege Siciliae, anno vigesimo quarto ejus felicis Regiminis feliciter amen.

Nos Datus de Mohac Judex Civitatis Agrigenti, Martinus de Pactis Regius publicus ejusdem Civitatis notarius, et Testes subscripti ad haec vocati specialiter, et rogati praesenti scripto publico notum facimus et testamur, quod Silvester de Policio

1) Bei Testa fehlt: dote. Es war aus La Mantia a. a. O. p. 91 zu ergänzen. cf. Catania tit. XXIX; Syracus XXV.

habitator dictae Civitatis veniens coram nobis nomine, et pro parte D. Pernae de Blanco Uxoris suae, exposuit quoddam mandatum regium esse in Archivio Regiae Curiae Civitatis ejusdem pro parte Universitatis hominum ipsius Civitatis, universis Officialibus Curiae per Siciliam constitutis, et constituendis, nec non Justiciariis vallis Agrigenti tam praesentibus, quam futuris directum super observatione Consuetudinum, Ordinationum, et Capitulorum ipsius Civitatis, quae in eodem mandato Regio continentur, ipsumque Silvestrum oportere pro parte dictae Uxoris suae dictum mandatum regium in forma publica habere redditum pro quadam quaestione, quam dicta ejus Uxor habet contra Bartholomaeum Scursonum Civem dictae Civitatis in M. R. C. super restitutione quorundam bonorum stabilium, de quibus agitur inter eos sibi suo loco, et tempore valiturum. Ideoque nos requisivit attente nostrum in hac parte officium implorando, ut praedictum mandatum ex praedicto Archivio habitum sibi in formam publicam redigere deberemus. Cujus perquisitione per nos admissa, utpote consona rationi, praedictum Archivium per Notarium actorum ipsius Curiae requiri fecimus, et ita invenimus dictum Regium mandatum sigillo justitiae noto et consueto de cera rubea sigillatum, non abolitum, non abrasum, non cancellatum, nec in aliqua sui parte vitiatum, sed in sui propria figura existens, quod vidimus, inspeximus, et legimus diligenter, nihilque per nos in eo diminuto, addito, vel mutato, sed verbo ad verbum secundum quod in eo vidimus contineri, auctoritate praedicti nostri officii per manus mei praedicti Notarii ad cautelam dictae D. Pernae, pro cujus parte exponitur, in praesentem formam publicam duximus redigendum. Cujus mandati tenor per omnia talis est:

[*Nachdem hier der Text der cons. Argrigenti inserirt, heisst es weiter:*]

Unde ad futuram memoriam, et praedictae D. Pernae cautelam praesens publicum instrumentum sibi exinde factum est per manus mei praedicti Notarii, nostrorum, qui supra, Judicis, et Notariorum subscriptorum Testium subscriptionibus testimonio roboratum. Actum Agrigenti Anno, Mense, Die, et Indictione praemissis.

Ego Datus de Mohac, qui supra, Judex Civitatis Agrigenti me subscripsi.

Ego Notarius Thomasius de Recupero me subscripsi.

Ego Vinchiguerra de Milichio me subscripsi.

Ego Franciscus de Collo me subscripsi.

Ego Notarius Bonsignorus Thomasii de Terrana me subscripsi.

Ego Salamon Jacobi de Sancto Miniato me subscripsi.

Ego Martinus de Pactis, qui supra, Regius Publicus Notarius Civitatis Agrigenti rogatus praesens publicum instrumentum conscripsi, et meo sigillo signavi.

Praesentatum [1]) Messanae penes acta M. R. C. decimo quarto Julii decimae secundae Indictionis ad instantiam Ugolini de Labro Militis praesenti [2]) in judicio.

[*Ex tabulario Ecclesiae Agrigentinae.*]

1) Testa: praesentatus. 2) Testa: praesentatus.

ANHANG.

I.

Auszüge aus dem Stadtrecht von Corleone.

(cf. Vito La Mantia, Consuetudini delle città di Sicilia p. 112—115.)

II. Bona viri et uxoris undecumque provenientia, natis liberis, confunduntur; et una tertia pars debetur patri, altera matri, reliqua filiis vel filiabus; non natis filiis vel filiabus, elapsis anno, mense, hebdomada, et die, similiter confunduntur et una medietas debetur marito, reliqua uxori.

III. Patre vel matre praemortuis ab intestato, filio vel filiis superstitibus cum alterutro parentum ipsorum, tertia pars praemortui parentis remanet filio vel filiis; et sic iidem filii habent duas partes bonorum; unam videlicet debitam eis vigore dictae consuetudinis et alteram ratione successionis parentis praemortui: ita tamen quod si locus est collationi bonorum, servetur in hoc jus commune; si vero parentum aliquis testatus deficiat, ipsius standum est testamento, dummodo quod in eodem testamento de sua tertia liberos legitima non defraudet.

IV. Ante elapsum anni, vel filiorum procreationem, si alter ipsorum conjugum deficiat, hoc quidem casu dos revertit ad uxorem, eo salvo, quod si dos consistens in arnesio deteriorata in totum fuerit vel in parte propter communem usum, ex hujusmodi deterioratione viro nullum praejudicium generatur, sed talis restituatur qualis fuerit tempore restitutionis ipsius. Si vero uxor praemoriatur infra annum, antequam liberi procreentur, nihil maritus acquirat de dotibus antedictis, nisi lectum unum, videlicet cum uno mataracio, et uno plumacio, pare unum linteaminum alborum, et una culcitra de mediocribus, considerata utriusque conjugis qualitate et conditione. Si donatio facta fuerit uxori per maritum, donatio vero propter nuptias seu dotarium facta uxori per virum [1]), in eo casu extinguitur et

1) verschrieben u. desshalb nicht völlig verständlich.

revertatur ad donantem. Mortuo viro, uxore superstite, ante elapsum anni et procreationem filiorum, lucretur uxor dotarium seu donationem propter nuptias, ac dotem recuperet ut dictum est, et[1]) pactis dotalibus nihilominus, si qua pacta sunt super his, per omnia observandis.

V. Contracto matrimonio inter habitantes in eadem terra secundum consuetudinem antedictam, vel more Graecorum, videlicet quod bona dotalia uxoris salva remaneant, nec cum bonis viri misceantur; si vero uxor in proximo casu praemoriatur. dos cum dotario constituto a viro vel donacione propter nuptias redit[1]) ad dotantem prout dos ipsa tempore contracti matrimonii data fuit, etiam si durante matrimonio in totum fuerit vel in parte consumpta; ceterum si extimata fuerit tempore contractus matrimonii, etsi nihil aut parum ex ea soluto matrimonio remanserit vel deteriorata fuerit, ejus extimatio cum qualibet integritate reddatur, vel ipsae res dotales cum deterioratione earumdem; hoc idem observandum est, si vir praemoriatur uxori, tum omnimodo dos et dotarium, seu donatio propter nuptias mulieri salva remaneant, pactis dotalibus in suo robore duraturis.

VI. Mariti, uxoris et filiorum tam in agendo, quam in defendendo actio et exceptio sint communes viventium more latinorum.

VII. Debita contracta constante matrimonio per maritum tantum vel per maritum et uxorem simul solvi debent de communi viri, uxoris et filiorum, vel mariti et uxoris, si confusa sunt discursu temporum vel nativitate filiorum, debitis fidejussionum quarumcunque, gabellarum et ludi dadorum dumtaxat exceptis. Si vero maritus dotem promittat pro extraneo, vel donacionem fecerit cuicumque, in his uxor et filii non participent quoquo modo.

VIII. Mulier virum habens non habet caput standi in judicio sine viri auctoritate, nisi vir esset absens longa absentia.

IX. Constante matrimonio mulier si contrahat sine viri conscientia cujuscumque generis contractus ipse sit ipso jure

---

1) La Mantia ex.

1) La Mantia reditur.

nullus, ac si contractus non fuisset, nisi maritus sit absens longa absentia, quia tunc poterit contrahere cum magistratus decreto.

X. Mulier si nupserit, licet in minori aetate fuerit constituta, maritus ipsius rerum suarum habet administrationem, tutela vel cura cessantibus.

XI. Matre praemortua, marito et filiis superstitibus, eodem marito ad secunda vota transeunte, licet filiis eorum agnoscere portionem, seu portiones sibi debitas tam jure dictae consuetudinis, quam successionis maternae, vel alio quocumque jure per se vel per alios nomine ipsorum; qua divisione celebrata horum bonorum pater remaneat retemptor [1]), et usufructuarius eorumdem.

XII. Imminenti necessitate, causa cognita, res minorum obligari vel alienari possunt decreto praetoris interveniente, nec in posterum quavis causa poterunt retractari contractus vel rescindi super his proinde facti, nisi evidens dolus, seu manifesta deceptio intervenerit.

XVII. Locator potest expignorare inquilinos, seu colonos suos propria auctoritate, pensione non soluta, quae solvatur in tribus feriis, ut una tertia pars in principio anni, altera in festo natalis, et reliqua in principio mensis maji anni ejusdem. [1]) Si vero alio tempore facta fuerit locatio, solvatur pensio per tres [2]) secundum tempus locationis ejusdem, nisi inter contrahentes fuerit aliter ordinatum; ubi autem inquilinus, seu colonus reperiatur non solvendo, liceat locatori eos expellere. Ad quam solutionem obligata intelligantur in subsidium etiam bona dotalia data viro secundum leges et jura communia; vel data *alla grichisca;* pro rata videlicet temporis, quo uxor habitaverit in re locata cum viro suo; in casu tamen quo inquilinus exierit de domo locata ante finitum tempus locationis, integram pensionem solvere teneatur.

XXIII. Patronis et dominis licitum sit eorum propria auctoritate inquilinos, colonos et quoscumque alios in eorum possessionibus habitantes expignorare pro mercede non soluta; ad quam solutionem pupilli filiifamilias, minores, et uxores

1) sic flir retentor.

1) Zu ergänzen: solvatur. 2) Zu ergänzen: vices.

habentes dotes secundum jura communia vel *alla grichisca,* omni cessante privilegio adstringuntur.

XXVI. Actionibus redhibitoriae et quanti minoris cessantibus, si quis emat servum vel servam, equum vel equam, mulum vel mulam, vel cujuscumque generis alterius animalia infra quatraginta dies a die venditionis et assignationis in antea numerandos possit emptor ipsis actionibus experiri, quibus transactis quantumcumque animalia ipsa fuerint morbosa, actionibus iis locus non sit; tamen si venditio ipsorum animalium facta fuerit ad modum nundinarum, quod vulgariter dicitur *a modu di fera,* nec infra quadraginta dies nec post possit emptor ipsis actionibus uti.

XXXIII. Conjugatae mulieres agentes vel conventae, accusantes vel accusatae praeterquam in crimine publico vel privato ultra penam relegationis inclusive, caput non habent standi in judicio sine maritorum auctoritate vel consensu, ac etiam non possint [1]) contrahere; nisi maritus absens esset et de facili ejus haberi non possit praesentia, vel nisi in carcere esset; quibus omnibus casibus contrahere possint.

XXXVII. Super quacumque causa fidejussores accepti non aliter ab eo erga quem fidejusserint, sunt conveniendi, nisi prius excusso principali (debitore) vel eo absente, quibus casibus terminum habeant dierum viginti unius ad perquirendum de bonis principalis debitoris; et ipsis inventis propria auctoritate capere et assignare creditori; si vero fidejussores fuerint et renunciaverint juri de primo principali conveniendo, possunt principaliter conveniri: gaudent vero eisdem induciis ad perquirendum et assignandum de bonis principalis debitoris [1]), nisi renunciaverint supradictis induciis.

---

1) La Mantia possit.

1) La Mantia debitores.

II.

Die Reformation des Grafen Bernardo Caprera „pro jure prothomisios in Comitatu Mohac" v. J. 1406.

Bernardus de Caprera Comes Comitatus Mohac, et Regni Siciliae Magister Justitiarius universis, et singulis habitatoribus, et burgensibus dicti nostri Comitatus vasallis, et fidelibus nostris salutem, et sincerae dilectionis affectum: inter nostras cogitationes, et curas scripta est illa, quam circa gentem pacificam et communem utilitatem subjectorum nostrorum, assidua et indefessa gerimus intentione; quam ob rem veteris consuetudinis abolendum [1]) atque damnosam prolixitatem amputare et ad salubriorem et utiliorem formam reducere cupientes, praesenti nostra provisione in perpetuum (annuente Deo) valitura mandamus, et volentes praedia vendere urbana sive rusticana, jure prothomisios, sanguinis, vel loci vicinitatis redimere, vel recuperare, non ut latius fiebat infra annum, mensem, hebdomadam, et diem, scilicet solummodo infra dies quindecim a die celebrati contractus venditionis praedictae numerandos ad dictam redemptionem et recuperationem venire permittimus, oblato prius integro pretio, et expensis ipso pretio sacramento venditori declarando et penes notarium Juratorum consignando. Decursis vero ipsis quindecim diebus, nemini liceat alteri dicta praedia vendita jure sanguinis, vel loci vicinitatis petere, vel redimere, decernentes nihilominus ut non de momento ad momentum praetaxentur quindecim dies numerati, scilicet dies celebrati contractus quousque fuerit hora competenti unus et integer, ab ortu vero solis alterius diei usque ad solis occasum dicatur secundus dies et sic de singulis usque ad diem decimum quintum completum; volentes tamen quod in prima die celebrati contractus emptor et venditor faciant publice bannire in platea et convicinio venditoris, qualiter dictus venditor vendidit tale corpus tali emptori, ut nemo valeat ignorantiam allegare, de quo quidem banno, cum notarii instrumentum [2]) venditionis simpliciter faciat mentionem; per totum vero tempus volumus currere inter praesentes tantum, si vero convicini vel consanguinei venditoris fuerint absentes tempore celebrati contractus, quod eo casu

1) sic! 2) Ms. instrumento.

dicti absentes habeant spatium quadraginta dierum ad redimendum et recuperandum bona praedicta; et si extra insulam Siciliae fuerint absentes praedicti, tunc duorum mensium tantummodo spatium habeant ad bona praedicta redimenda. Hanc autem nostram reformationem ab omnibus nostris officialibus et subditis tam praesentibus, quam futuris, in omnibus terris et locis dicti nostri Comitatus et dominii firmiter praecipimus et inviolabiliter observari mandamus ex eadem die in antea quod dicta nostra provisio in eisdem nostris terris et locis publice bannita et insinuata fuerit. Data in Castro nostro Ragusiae dominicae incarnationis 1406 mense februarii, 21 ejusdem mensis, XV inditionis.[2])

III.

Novella Rogerii Siciliae et Apuliae Regis anno 1150 promulgata.[1])

Ἐκ τῶν νεαρῶν τοῦ ἀοιδίμου καὶ εὐσεβεστάτου ῥηγὸς Ῥογερίου.

Ex novellis illustris ac piissimi regis Rogerii.

Μηνὶ Ἰουνίου Ἰνδικτιῶνος ιγ' ἐν ἔτει ς'χνή.

Mense Junio Indictione XIII, anno 6658.

Τὰς διατριβὰς ποιουμένου τοῦ Θεοστέπτου Κράτους αὐτοῦ, καὶ καταντήσαντος ἐν τῇ βαθείᾳ Γράτῃ, πλησίον τῇ πόλει Βισιννιανοῦ εἰς τὴν ιέ

Moram faciente ipsa a Deo coronata Potestate, et perveniente in valle Crathis apud civitatem Bisiniani, die XV supradicti mensis divina et

2) Auf Antrag der Jurati v. Ragusa wurde der Inhalt dieser Reformation durch eine spätere, italienisch abgefasste Verordnung des Admirals und Grafen v. Modica v. 18. April 1506, publicirt 4. Februar 1509 nochmals mit der Massgabe für die Grafschaft Modica bestätigt: dass nach Ablauf der in ersterer festgesetzten Fristen auch keine restitutio in integrum der vordem zum Retract berechtigten Personen mehr stattfinden solle.

1) von Bartholomeo Capasso im Jahre 1867 zu Neapel nach zwei Handschriften herausgegeben, von denen die eine, vollständige, der Markus-Bibliothek in Venedig, eine andere, defecte, der Bibliothek des Vaticans in Rom angehört.

Wir bringen hier den Text nach der erstgenannten Handschrift mit der lateinischen Uebersetzung des Capasso (p. 25—28 seiner Ausgabe.)

τοῦ εἰρημένου μηνὸς τὸ ἔνθεον καὶ γαλήνιον Κράτος αὐτοῦ, προσέταξε πᾶσι τοῖς κριταῖς τῆς Καλαβρίας καὶ βαθείας Γράτη περὶ τῆς τῶν παίδων κληρονομίας· πῶς ὀφείλουσι κληρονομεῖν τοὺς ἑαυτῶν γονεῖς, τά τε ἄῤῥενα καὶ θηλυκὰ παιδία.

serena potestas ejusdem edixit omnibus judicibus Calabriae et Vallis Crathis de successione liberorum : quomodo *vid.* debeant filii succedere eorum genitoribus, tam masculi quam foeminae.

Τοίνυν ἐὰν γονεὺς ἐν τῷ βίῳ ἐγέννησε παῖδας τρεῖς, ἄῤῥενας μὲν τοὺς δύο, θῆλυ δὲ, τὸ ἔτος[2]) ἀπὸ πάσης τῆς περιουσίας αὐτῶν, λαμβάνειν αὐτὸν τὸ δείμοιρον· ἤγουν τὰς ὀκτὼ οὐγκίας· οἱ παῖδες δὲ μετὰ τῆς ἀδελφῆς αὐτῶν ἐχέτωσαν τὸ τρίτον, τουτέστι τὸ τετραούγκιον. ὥστε λαμβάνειν τὴν τούτων ἀδελφὴν τῶν τεσσάρων οὐγκίων τὸ τρίτον, ἤγουν μίαν καὶ τρίτον.

I. Igitur si genitor in vita habuerit tres liberos, masculos scilicet duos, foeminamque, consuetudo(?) *est* ex omni substantia eorum ipsum (*patrem*) obtinere duas partes, idest octo uncias; filios autem cum sorore eorum habere tertiam partem, idest uncias quatuor; ita ut soror istorum obtineat tertiam partem quatuor unciarum, idest sescuncem.[3])

Τελευτῶντος δὲ τοῦ πατρὸς μηδεμίαν ἔχειν ἄδειαν ἐπιζητεῖν τὴν θυγατέρα τοὺς ἀδελφοὺς αὐτῆς ἐκ τῆς τοῦ πατρὸς κληρονομίας, πλέον τῆς δηλωθείσης οὐγκίας μίας καὶ τρίτου. Τὴν δὲ λοιπὴν πᾶσαν περιουσίαν, ἔτοι τὰς δέκα οὐγκίας καὶ δείμοιρον τοῖς ἀῤῥενικοῖς ἐπικυρούσθω παισί. Καὶ κἂν οἱ παῖδες οἱ ἄῤῥενες ἐπὶ τῷ πατρὶ τελευτήσωσι, οὕτως ἀρ-

Moriente vero patre non habeat filia potestatem requirendi a fratribus suis ex hereditate patris plus quam declaratam unciam unam et tertiarium. Reliqua omnis substantia sive decem unciae et binae partes obveniant filiis masculis. Et quamvis filii mares ante patrem mortui sint, filia *tamen* supradicto sescunce ita contenta esse debet; decem unciae

2) ἔτος statt ἔθος (?) cf. Capasso p. 25 Note 2.

3) Sescunx = 1½; es ist aber hier nur von 1¼ die Rede. Statt sescuncem würde demnach richtiger zu übersetzen sein: unam unciam cum tertia unciae parte.

κεῖσθαι τὴν θυγατέρα εἰς τὴν προδηλωθεῖσαν οὐγκίαν καὶ τρίτον τὰς δὲ δέκα οὐγκίας καὶ τὸ δείμοιρον ἐπιμένειν εἰς τοὺς ἄῤῥενας.

autem et binae partes remanere debent in masculis.

Τελευτησάντων δὲ τῶν ἀῤῥένων παιδίων, ἡ τούτων εἰρημένη κληρονομία τῷ Φίσκῳ προσκυρούσθω.

Morientibus vero filiis masculis, supradicta hereditas ipsorum adjudicetur Fisco.[4])

Εἰ δέ τις τυχὸν ἐν τῷ βίῳ παῖδας ἔτεκε τεσσάρας, αἱ τούτων θήλυαι μὲν τρεῖς καὶ ἄῤῥεν, τὸ ἔτος μοιράζεσθαι τὴν πατρικὴν αὐτῶν κληρονομίαν οὕτως· λαμβάνειν μὲν ὁ πατὴρ αὐτῶν τὸ ἥμισυ τουτέστι τὸ ἐξαούγκιον καὶ αἱ θυγατέρες μετὰ τοῦ υἱοῦ τὸ ἕτερον ἐξαούγκιον· ἦγουν ὅλης τῆς κληρονομίας τὸ ἥμισυ· καὶ μοιράζειν τοὺς παῖδας ἐξ ἴσου ὅ καθ' αὑτῶν ἀνὰ οὐγκίαν μίαν.

II. Si quis autem fortasse in vita habuerit quatuor liberos, quorum quidem tres foeminae et mas, consuetudo? *est* paternam eorum hereditatem dividere sic. Obtinebit enim pater eorum dimidium, idest semissem et filiae cum filio alium semissem, sive totius hereditatis dimidium. Liberi vero dividere debent ex aequo; quisque ex eis ana unciam unam (*et dimidium unciae*).

Τελευτήσαντος δὲ τοῦ πατρὸς αὐτῶν, μηδεμίαν ἄδειαν ἔχειν τὰς θυγατέρας ἐπεισέρχεσθαι εἰς ἕτει μοῖραν πλέον, ἀλλ' ἀρκεῖσθαι τὴν πᾶσαν μίαν αὐτῶν εἰς μίαν οὐγκίαν, ἥνπερ ἔλαβε πρώτερον, δηλονότι εἰς τὰς τούτου ἀδελφὰς οὐγκίας δ', τὰς δὲ ἕτει οὐγκίας ζ' εἰς ἴδιον κέρδος τῷ ἀῤῥενικῷ παιδίῳ προσποριζεσθαι.

Moriente vero patre eorum filiae nullam habeant potestatem venire etiam amplius in partem; sed unaquaeque earum contenta esse debet illa uncia una (*cum dimidio*), quam primitus accepit, videlicet sorores ipsius *masculi* unciis quatuor (*cum dimidio*); unciae septem (*et dimidium*) etiam in proprium lucrum filio masculo transeant.

---

4) Die Stelle erscheint perplex und der Text verderbt, cf. Capasso p. 27 Note 5. Vgl. ferner die correspondirende, in den Schlussworten freilich anscheinend ebenfalls verderbte Stelle der Vaticanischen H. Schrift. Der richtige Sinn ergiebt sich aus dem Vergleich mit dem Inhalt des folgenden c. II. Hiernach ist anzunehmen, dass auch im Falle des c. I. der Antheil der vorverstorbenen Söhne dem parens superstes und erst nach dessen Tode, als bonum vacans dem Fiscus anheimfiel.

Εἰ δὲ υἱὸς πρὸ τοῦ πατρὸς ἄπαις τελευτήσῃ, τὰς εἰρημένας ἑπτὰ οὐγκίας πρὸς τὸν πατέρα ἐπανεστρέφεσθαι.

Si autem filius ante patrem absque liberis mortuus fuerit, statutum est supradictas uncias septem (*et dimidium*) ad patrem reverti.

Μετὰ δὲ καὶ τὴν τοῦ πατρὸς τελευτὴν τῷ Δημοσίῳ αὐτὰς ἐπεισέρχεσθαι καὶ ἀρκεῖσθαι τὰς θυγατέρας ἐν τῇ δηλωθείσῃ μερίδι αὐτῶν.

Post mortem denique patris ipsae (*unciae septem cum dimidio*) Aerario acquirantur, et filiae contentae sint supradicta parte earum.

Καὶ οὕτως ἐπὶ τὸ ἑξῆ καὶ πλεώνων ἐννοείσθω σοὶ ἡ ὑπόθεσις.

Et sic etiam deinceps et in pluribus *liberis* res tibi perspecta sit.

Capitulum „Cum varia“ [1]) Regis Federici Panhormi editum anno Domini M. CCC. XXII. die mensis Septembris anni sextae indictionis [2]) super executionibus debitorum.

CAP. C.

Cum varia rerum natura novum continue procreet, quod rationabili indiget sanctione; idcirco nova juris propago dilucidet, et correctionis lima reformet, quod licet antiquitus pro bono fuerit introductum, ab experto nuper repertum est, ad ad cavillationis, et frustrationis materiam fuisse reductum. Et ob hoc nihil veterum, et communium legum auctoritati detrahitur; si, unde cavillationis materia videatur oriri, per Majestatem Regiae dignitatis, ut legis vivae, floridae, corrigatur, quae solet continuo contra abusus veteres nova consilia, et remedia reperire. Cavillosa namque debitorum improbitas communis juris frustrationes amplectitur; et debitorum solutiones, cum dispendiis

1) Capitula regni Siciliae I p. 241—244. Panhormi 1741. (ed. Testa.) Das capitulum „cum varia“ ist in die unter König Alphons I. (V.) i. J. 1446 neu redigirte Processordnung, den Ritus magnae curiae aufgenommen. Es bildet in der angeführten Ausgabe der capitula regn. Sic. unter den capitula dieses Königs die cap. C-CIX. 2) So die Datirung in c. XCIX reg. Alphonsi (Cap. regni Sic. I. p. 241).

creditorum dilatat. Circa quod dum sacra Majestas Regia, voluntarios labores appetens, volendo dictorum debitorum fraudibus obviare, de communi consilio procerum, et consiliariorum suorum consulte providit, et suo decreto, perpetuo valituro, firmavit, quae inferius continentur, non obstantibus legibus, juribus, constitutionibus, seu consuetudinibus his adversantibus quibuscumque; eis de expressa, et propria ejus conscientia abrogando.

CAP. CI.

Quicumque igitur creditor ostendat coram Judice competente, videlicet coram Magistro Justitiario, et Judicibus magnae Curiae, seu Praetore, et Judicibus felicis urbis Panhormi, vel Straticoto, et Judicibus nobilis Civitatis Messanae, instrumentum publicum, et in publica forma redactum, confectum in Sicilia, et omni juris solemnitate completum, quod de jure probet obligationem expressam, et praesentem, scilicet petitionis tempore inducat, quod non egeat probatione extrinseca; citato praesente, vel contumace debitore; non audita excusatione absentiae, ponatur incontinenti in possessionem bonorum ipsius, ad minus duplum valentium, quam debitum ipsum consistat; data fidejussione de duplo solvendo, prout inferius particulariter continetur: in qua possessione missus ipse per quindecim dies stet: eis transactis procedatur ad distractionem bonorum, et satisfiat ipsi creditori: nisi debitor causa rei publicae abfuerit: in quo casu, pro ut de jure fuerit, procedatur.

CAP. CII.

Et hoc intelligatur de instrumentis mutui, commodati, depositi pecuniae, et rerum datarum ad negotiandum, ac venditionis mercium, et de inventariis bonorum pupilli; ex quibus instrumentis obligatio, et petitio incipit competere ab annis decem proxime praeteritis citra, vel quae spatio ipsorum decem annorum competit tempore petitionis in judicio proponendae. In aliis vero instrumentis, vel de jure communi, vel secundum antiquum ritum, prout pars actrix eliget, procedatur.

---

1) So muss nach einer von Testa bezeugten handschriftlichen Lesart gelesen werden u. nicht filii, wie in der Ausgabe der Capitula sich gedruckt findet.

CAP. CIII.

Et, si obligatio non in personam petentium, vel personam petitorum contracta fuerit, sed in persona, vel contra personam eorum, quibus succeditur; sive creditor, sive debitor, vel ambo inveniantur defuncti, quicumque haeredes existant, sive sui [1]), sive extranei, usque ad primos, et secundos haeredes, summatim, praesente, vel, ut supra, contumace impetito, probata morte, et successione, vel amborum, vel alterius, ut eveniet, procedat executio supradicta. Et si invenitur emptor bonorum ipsorum distrahendorum, procedat venditio; alias *si* [2]) sit pingue, ut dictum est, tradatur res in duplum valens in solutum creditori, cum termino infra menses quatuor redimendi.

CAP. CIV.

Praedicta quidem fidejussio contineat duplum quantitatis petitae debere restitui debitori; si de debito apparuerit satisfactum; si vero satisfactum non asseritur, sed ex aliis petitionibus mutuis debitum compensari, vel pacto, vel alio jure debiti petitionem suspendi, vel non competere creditori, denunciato hoc ipsi creditori, eo in petitione perseverante, procedat dupli petitio, ut in satisfactionis casu.

CAP. CV.

Creditore quidem in pacifica possessione posito, liceat debitori incontinenti si elegerit, vel postea, duplum repetere a creditore praedicto, summarie, vel scilicet per termini dationem; et quatenus creditor condemnatus fuerit ratione dupli, executionem fieri sive contra ipsum creditorem, sive contra fidejussorem, pro ut debitor elegerit: quae causa, scilicet petitionis, executionis, et dupli, utraque procedat omni appellationis, supplicationis, et restitutionis, post sententiam, beneficio denegato.

CAP. CVI.

Et, si infra praedictos quindecim dies, vel postea, antequam scilicet procedatur ad venditionem, sive petendo duplum, sive restitutionem possessionis ratione dissolutae obligationis, ob quam facta est executio, pars debitoris clare, et perfecte intentionem suam lucidaverit, pro lucidato restituatur possessio,

---

1) So die richtigere Lesart statt filii, wie die von Testa zu Grunde gelegte H. Schrift liest. cf. Testa Note a zu dies. Stelle. 2) „si“ ergänzt Testa mit Recht Note c zu dies. St. Es fehlt in der Ausgabe.

et tantumdem, quantum fuerit exsolutum. Praedictus vero creditor tempore petitionis praedictae, teneatur procuratorem in judicio dimittere ad respondendum debitori suo, super dupli petitione : quem si non reliquerit, nec concedatur sibi missio. et si concessa fuerit, revocetur, restituendo expensas debitori.

CAP. CVII.

Potente vero duplum debitore secundum ejus petitionem, et locorum distantiam, competens dilatio tribuatur ad probandum intentionem ejusdem : et ea gaudeat creditor, qui jam in possessionem missus est.

CAP. CVII.

Ad petitionem vero creditoris, qui jam secundum Ritum in possessionem missus est, non minor dilatio in ipsa quaestione dupli, quam quindecim dierum, detur.

CAP. CIX.

Si vero creditorem debitor de possione ejiciat, in qua, ut supra, per curiam positus fuerat, vel ipsum in ea aliter turbet, vel alius rationabiliter se opponat, ut creditor ipsam possessionem pacifice habere non possit, non audiatur debitor super petitione dupli; nec alia currant tempora creditori; quousque sibi pacifica possessio dimittatur.

SYSTEMATISCHE DARSTELLUNG.

Inhalts-Übersicht

der systematischen Darstellung.

Erstes Buch. Familienrecht.

Seite

§ 1. Vorbemerkung 5

I. Capitel.

Das eheliche Güterrecht.

Abschnitt I. Die Gütergemeinschaft.

§ 2. I. Im Allgemeinen. Ursprung der Gütergemeinschaft im sicilischen Städterechte 6
§ 3. II. Gegenstand der Gütergemeinschaft 25
§ 4. III. Stellung des Ehemannes innerhalb der Gütergemeinschaft. Beschränkung seiner Dispositionsbefugnisse zu Gunsten von Frauen und Kindern 28
§ 5. IV. Rechte der Ehefrau am Gemeingut 30

Abschnitt II. Die Institute des getrennten ehelichen Güterrechts.

§ 6. I. Im Allgemeinen 31
§ 7. II. Die dos 32
§ 8. III. Das dotarium 37
§ 9. IV. Die donatio propter nuptias 39
§ 10. V. Das Güterrecht von Todeswegen. Die Errungenschaft . 40
§ 11. Anhang. Das eheliche Güterrecht der Griechen 45

II. Capitel.

Das Verhältniss zwischen Eltern und Kindern.

§ 12. I. In Betreff der Personen 48
§ 13. II. In Betreff des Vermögens 50
§ 14. III. Die väterliche Gewalt, und deren Beendigung durch die Emancipation der Kinder 61

III. Capitel.

Das Vormundschaftsrecht.

§ 15. Vorbemerkung 64
§ 16. I. Begründung der Vormundschaft 65
§ 17. II. Rechte und Pflichten des Vormundes bezüglich der Person und des Vermögens der Mündel 66
§ 18. III. Beendigung der Vormundschaft 68
§ 19. IV. Cura 69

Seite

Zweites Buch. Erbrecht.

I. Capitel.

Das Intestaterbrecht.

§ 20. Vorbemerkung 73
§ 21. I. Die Successionsordnung 73
§ 22. II. Das Fallrecht (Jus recadentiae), und die Theilung des nachgelassenen Vermögens ohne Rücksicht auf dessen Herkunft 75
§ 23. III. Die Ehe und das eheliche Gülterrecht im Verhältniss zum Intestaterbrecht 80
§ 24. IV. Die Abschichtung der Kinder in ihrem Einfluss auf das Intestaterbrecht 82
§ 25. V. Die Erbunfähigkeit der unehelichen Kinder 84
§ 26. VI. Die erblosen Verlassenschaften 85

II. Capitel.

Das testamentarische Erbrecht. Das Notherben- und Pflichttheilsrecht.

§ 27. Vorbemerkung 86
§ 28. I. Die Testirfähigkeit im Allgemeinen 87
§ 29. II. Die Beschränkungen der Testirbefugniss mit Bezug auf gewisse Gegenstände oder bestimmte Quoten des Vermögens des Erblassers 89
§ 30. III. Das Notherben- und Pflichttheilsrecht 92
§ 31. IV. Aufhebung der Quarta Falcidia 99

III. Capitel.

§ 32. Die Erbtheilung 99

Drittes Buch. Sachenrecht.

§ 33. Vorbemerkung 105

I. Capitel.

Das jus protimiseos (der Retrakt).

§ 34. I. Im Allgemeinen 105
§ 35. II. Einzelheiten 110
§ 36. (Fortsetzung) 116
§ 37. (Fortsetzung) 124

II. Capitel.

Die übrigen, das Sachenrecht betr. Bestimmungen.

§ 38. I. Das Eigenthum im Allgemeinen. 1) Der Unterschied zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen . . . 127

Seite
§ 39. 2) Das Ober- und Untereigenthum. — Das Quasidominium . 128
§ 40. II. Beschränkung der Eigenthumsbefugnisse 129
§ 41. III. Ersitzung (Verjährung) 132
§ 42. IV. Servituten 138
§ 43. V. Superficies und Emphyteusis 140
§ 44. VI. Pfandrecht 143

Viertes Buch. Obligationenrecht.

§ 45. Vorbemerkung 151

I. Capitel.

Von Obligationen überhaupt.

§ 46. 1) Form und Wirkung der Verträge 151
§ 47. 2) Zinsen 155
§ 48. 3) Strafen 159
§ 49. 4) Cession 162

II. Capitel.

Die einzelnen Obligationen.

§ 50. I. Aus Verträgen. 1) Das Darlehn (Spielschuld) 164
§ 51. 2) Der Kauf 166
§ 52. 3) Miethe, Pacht und analoge Rechtsverhältnisse 168
§ 53. 4) Die Dienstmiethe 179
§ 54. 5) Bürgschaft 183
§ 55. Anhang: Handelsrechtliche Bestimmungen 185
§ 56. II. Aus Delicten. 1) Injurien 188
§ 57. 2) Flurbeschädigungen (Pfändung) 189
§ 58. (Fortsetzung) 196

Fünftes Buch. Process.

I. Capitel.

Die Gerichtsverfassung.

§ 59. Einleitung. — Die Gerichtsverfassung des Königreichs Sicilien. 201
§ 60. Die Gerichtsverfassung der sicilischen Städte 212
§ 61. I. Die Gerichtsverfassung der kleinen und Mittelstädte . . 212
§ 62. II. Die Gerichtsverfassung Palermo's 217
§ 63. III. Die Gerichtsverfassung Messina's 229

II. Capitel.

Der Civilprocess.

§ 64. Vorbemerkung 236
§ 65. I. Allgemeine Lehren. 1) Der Gerichtsstand (forum) . . . 239
§ 66. 2) Die Fähigkeit zur Processführung 243
§ 67. 3) Die Beistände und Vertreter der Parteien 344

Seite

§ 68. 4) Die Zeitbestimmungen, der Ungehorsam der Parteien . . 247
§ 69. II. Das ordentliche Verfahren. 1) Das erste Verfahren . . 254
§ 70. 2) Das Beweisverfahren. a) Im Allgemeinen 261
§ 71. b) Die einzelnen Beweismittel 264
§ 72. 3) Die Rechtsmittel 269
§ 73. 4) Die Execution. (Vollstreckung) 278
§ 74. III. Der Executivprocess. 1) Nach älterem Recht (Capitulum: Cum varia) 283
§ 75. 2) Nach der Processordnung König Alphons' V. 293
§ 76. IV. Der summarische Process 302
§ 77. (Fortsetzung) 307
§ 78. V. Kosten und Strafen 315

III. Capitel.

Der Criminalprocess.

§ 79. Vorbemerkung 322
§ 80. I. Accusations- und Inquisitionsprocess 324
§ 81. II. Gerichtsstand und Processfähigkeit 330
§ 82. III. Das erste Verfahren 330
§ 83. IV. Das Beweisverfahren 331
§ 84. V. Das Strafurtheil 333
§ 85. VI. Die Rechtsmittel 333
§ 86. VII. Das summarische Verfahren 334

Anhang.

§ 87. I. Defensae 335
§ 88. II. Notariat 341

Sechstes Buch. Strafrecht.

§ 89. Vorbemerkung 355
§ 90. I. Die Strafmittel 355
§ 91. II. Einzelne Verbrechen und deren Bestrafung 357

Siebentes Buch. Polizeirecht.

§ 92. Vorbemerkung 363
§ 93. I. Die Organe der Polizeiverwaltung 363
§ 94. II. Die verschiedenen Arten der polizeilichen Fürsorge . . 366

Anhang.

Ungefähre Werthbestimmung der sicilischen Münzen 370
Nachtrag 373

ERSTES BUCH.

FAMILIENRECHT.

§ 1.

Vorbemerkung.

Das Familienrecht der sicilischen Städte begreift ausser dem Vormundschaftsrecht, das wir an den Schluss desselben stellen, die vermögensrechtlichen Beziehungen der Eheleute unter einander und zwischen diesen einer- und den Kindern andrerseits.

Der Schwerpunkt fällt in die Lehre von der Gütergemeinschaft. Diese Lehre ist nicht sowohl für das eheliche Güterrecht, sondern ebenso auch für die Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern von tiefgreifender Bedeutung.

Beide Seiten des Instituts lassen sich nicht immer auseinander halten. Es war nicht zu umgehen, schon im ersten, der Darstellung des ehelichen Güterrechts gewidmeten Capitel, neben den Rechten der Ehegatten auch der Rechte der Kinder in so weit zu gedenken, als es sich um deren Stellung in der Gemeinschaft bei Lebzeiten beider Eltern handelt. Dem zweiten Capitel waren die, vermöge jener Gemeinschaft zwischen Eltern und Kindern enstehenden Rechtsverhältnisse, zur Vermeidung von Wiederholungen, nur mit Beschränkungen zu überweisen. Es werden dort allein die bei erfolgender Abschichtung der Kinder, während beide Eltern noch am Leben sind, sowie die nach dem Tode des Vaters oder der Mutter zwischen dem überlebenden Theil und den Kindern erwachsenden Rechtsverhältnisse mit Rücksicht auf Fortsetzung oder Auflösung der bisher bestandenen Gemeinschaft zu erörtern sein.

I. Capitel.

Das eheliche Güterrecht.

Abschnitt I. Die Gütergemeinschaft.

§ 2.

I. Im Allgemeinen. Ursprung der Gütergemeinschaft im sicilischen Städterecht.

Sobald in einer Ehe Kinder geboren werden, entsteht nach den sicilischen Stadtrechten unter den Eheleuten Gütergemeinschaft. An dieser nehmen die Kinder vom Momente ihrer Geburt ab als Miteigenthümer Theil. Allen Kindern zusammen wird ein ideeller Antheil von einem Drittel am Gemeingut zugeschrieben, während beide Eheleute, oder Vater und Mutter daran ebenfalls mit je einem Drittel betheiligt sind.[1])

Dem Princip der Personalität der Rechte gemäss erstreckt sich diese Gütergemeinschaft nur auf die sg. Lateiner. d. h. auf die normannisch-französischen Bewohner Siciliens nicht auch auf die Griechen. Letztere leben nach dem, ihnen von den Normannen belassenen römisch-griechischen Recht in getrennten Gütern.[2])

---

1) Palermo 41. 43. 44. 45. Messina 1. 2. 3. 4 debitam (sc. partem) sibi jure naturae 5. 6. 7. 8. 9. Catania tit. 3. Noto 1. Caltagirone 22. Patti 63. Lipari 12. Girgenti 1. Syracus 4. cf. c. 6. Cap. Friderici II (III). De uxoribus proditorum et filiis (cap. reg. Sic. I p. 50, der einzigen mir bekannten Stelle der Sic. Landesgesetzgebung, welche auf die Gütergemeinschaft Rücksicht nimmt.) Hier wird bezüglich der beim crimen laesae majestatis resp. bei Hoch- u. Landesverrath eintretenden Vermögensconfiscation zu Gunsten der Ehefrauen und Töchter der verurtheilten Hochverräther bestimmt: „Si ob notam proditionis aliquorum bona fisco nostro fuerint acquisita, ipsorum uxoribus, quae tamen non consenserint erroribus maritorum, de ipsis virorum suorum viventium bonis, ad Curiam devolutis, pro modo facultatum alimenta praestentur. Si vero praedicti eorum mariti mortui fuerint, si quidem non existentibus liberis, dotes suae restituantur eisdem, liberis autem existentibus, tertia pars bonorum communium tempore constantis matrimonii dictis mulieribus relaxetur; de duabus vero partibus praedictorum bonorum filiabus tantum, (cf. l. 5 § 3 C. ad leg. Jul. de maj. 9, 8) humanitatis intuitu, volumus alimenta praestari, masculis omni emolumento bonorum hujusmodi penitus excludendis."

2) Wir werden auf das Griechenrecht bei Besprechung der Institute des getrennten ehelichen Güterrechts und im Erbrecht näher eingehen. Man vgl. einstweilen Palermo c. 47. Testa, De vita et reb. gestis

Die Geburt von Kindern ist, den meisten Rechten zufolge, ein absolutes Erforderniss des Eintritts der Gütergemeinschaft. [1]) Palermo und Caltagirone lassen jedoch auch bei kinderloser Ehe die Gütergemeinschaft dann existent werden, wenn ein Zeitraum von einem Jahr resp. von Jahr und Tag seit Eingehung derselben vergangen ist. [2]) Es participiren in diesem Falle beide Eheleute zu gleichen Hälften am Gemeingut, gleich wie dies dann geschieht, wenn die Ehe mit Kindern gesegnet war,

---

Friderici II Sic. reg. (Panormi 1775) p. 189 Not. a spricht sich gelegentlich der Erwähnung der vom König Friedrich II (III) von Sicilien bestätigten Statuten von Girgenti über das Verhältniss des lateinischen und griechischen Eherechts dahin aus: „Tunc temporis matrimonia in Sicilia contrahebantur more Latinorum, id est consuetudine a Nortmannis inducta, qua susceptis liberis bona uxoris cum viri bonis confundebantur, inter maritum, uxorem, et filios dispertienda, et non more Graecorum, id est secundum Romanorum legem, qua dos solida mulieri reservabatur, quaque Siculi, antequam in potestatem Nortmannorum venissent utebantur. Siculi enim, quia Orientis fuerant Imperatoribus subjecti, Graecorum numero ponebantur. Contra Nortmanni, aliique Occidentis populi Latinorum nomine designabantur." (Vgl. auch Testa in Note a zu c. 6 Frid. reg. cap. reg. Sic. I p. 50. 51.) Diese Bemerkungen bedürfen insofern der Richtigstellung, als sie zu der Meinung verleiten möchten, mit dem Ende des 13., Anfang 14. Jahrhunderts, also zur Regierungszeit König Friedrich II (III) (1291 resp. 1303—1337) habe in Sicilien, oder doch in den sicilischen Städten allein noch das Eherecht der Lateiner gegolten, und sei das Griechenrecht daneben nicht mehr in Kraft gewesen. Dass dem nicht so, erhellt aus dem, erst im 15. Jahrh. (1439) redigirten Stadtr. von Corleone c. 5. 17. 23. Man vgl. auch die von La Mantia, Consuetudini delle città di Sicilia p. 117 mitgetheilte Stelle aus den Statuten von Vizzini c. 16, wo bezüglich der Gütergemeinschaft gesagt wird: „Non essendo, l'intendono alla greca." Beiläufig bemerkt, nahm, wie uns derselbe Testa Note a zu Cap. 6 Friderici reg. (Cap. regn. Sic. I, 50) versichert, die Geschichte des ehelichen Güterrechts in neuerer Zeit eine, der mittelalterlichen gerade entgegengesetzte Richtung. Während früher die Gütergemeinschaft der Lateiner vorherrschte, wurden zu Testa's Lebzeiten, im achtzehnten Jahrhundert, die Ehen gemeinhin auf der Grundlage des Dotalrechts abgeschlossen.

1) Messina, Catania tit. 3. Noto 1, Patti 13, Lipari 12, Girgenti 1, Syracus 4. Ueber die in den R. von Catania, Noto, Girgenti und Syracus selbst bei kinderloser Ehe und sonst getrennten Gütern vorkommenden Spuren einer, lediglich auf die Errungenschaft eingeschränkten Gemeinschaft wird besser im Zusammenhange mit den Instituten des getrennten Güterrechts gehandelt. S. unten. § 10.

2) Palermo 41. 43. 44. 45. (So auch Corleone 2) Caltagirone 22.

letztere aber sämmtlich vor den Eltern hinwegstarben [1]), oder aber von diesen ausgestattet und mit ihrem Antheil am Gemeingut abgefunden sind. [2])

Stirbt andererseits, wenn Kinder vorhanden sind, der Vater oder die Mutter vor denselben, ohne über sein oder ihr Drittel letztwillig verfügt zu haben, so vererbt der Theil des Verstorbenen auf die Kinder [3]); diese erhalten zwei Antheile des Gemeingutes, während der überlebende Ehegatte sich mit seinem einen Drittel zu begnügen hat.

Die gleiche Gütergemeinschaft zwischen den Ehegatten einer- und den Kindern andererseits, findet sich im alten Gewohnheitsrecht der Bretagne, dessen Entstehung in das 14., nach Meinung Einiger sogar schon in das 13. Jahrhundert fällt [4]) Freilich wird sie darin mit der Einschränkung statuirt, dass sie blos das Mobiliarvermögen ergreift, wogegen die Mehrzahl [5]) der sicilischen Stadtrechte allgemeine, und das Stadtrecht von Syrakus [6]) Mobiliar- und Errungenschaftsgemeinschaft anordnen. In der Très ancienne Coustume de Bretaigne c. 43 heisst es [7]): „Les meubles ès bourgeois, et ès gens de basse condition sont partis par coustume entre eux, leurs femmes et leurs enfans, tiers à tiers"; und ferner c. 206: „Meubles, vel les biens meubles, doivent estre départis après la mort de l'homme, ou de la femme, ou cas qu'ils ont enfans. C'est assavoir le tiers au mort pour faire son obseque, et pour accomplir son testament; le tiers à l'homme, ou à la femme, qui demouroient, et l'autre tiers à enfans de eux deux. Et seroient les dettes communellement poyées et l'obseque et le testament au mort accompli sur son tiers; et les enfants auront le demourant de la partie au mort. — Il est entendu entre bourgeois et gens de basse condition. — Et si les bourgeois,

---

1) Palermo 45, Messina 9. 2) Messina 2. 3) S. hierüber unten im Erbrecht. §§ 20 ff.

4) Brunner in v. Holtzendorff's Encyclopädie I S. 218 (2. Auflage) Warnkönig und Stein. Französ. R. Gesch. II S. 38.

5) Palermo 43. 44. Messina 1. Catania tit. 3. Noto 1. Caltagirone 22. 25. Patti 13. Lipari 12. Girgenti 1.

6) Syracus 4. 5. 15.

7) Citirt nach der Ausgabe von Bourdot de Richebourg, Coutumier général (IV).

ou autres gens de basse condition n'ont hoir de leur chair, leurs biens seront départis moitié par moitié, ou cas qu'ils auroient esté ensemble par mariage, par an et par jour." [1])

Dass diese Mobiliargemeinschaft weder dem gemeinfranzösischem Recht angehört, noch etwa allein dem Rechte der Bretagne eigenthümlich war, sondern normännisches Recht enthält, ist unschwer zu erweisen. Vorweg ist hier an die längere Zeit hindurch bestandene politische Verbindung zwischen der Bretagne und der Normandie zu erinnern. Hiervon aber abgesehen, so ergiebt sich der normännische Ursprung der angeführten Stellen der Bretagner Coustume ancienne aus ihrer Vergleichung mit einzelnen, auf die Erbtheilung des Mobiliarvermögens nach dem Tode des Mannes zwischen der Wittwe und ihren Kindern bezügliche Bestimmungen des späteren, im 16. Jahrhundert codificirten normannischen Land- und Localrechtes. In diesen hat das eheliche Güter- und Erbrecht der Roturiers Berücksichtigung gefunden. Dagegen herrscht im älterem norman-

1) Die Gütergemeinschaft beginnt nach den meisten französ. coutumes, schon mit dem Augenblick der Trauung, Warnkönig u. Stein. frz. R. Gesch. II S. 251. Particularrechtlich nimmt sie ihren Anfang erst mit Ablauf von Jahr und Tag seit Eingehung der Ehe. Ausser in der Bretagne war dies in Maine (508), Anjou (511), in Chartres (57—59), Dreux (48—50), Catheauneuf (66, 68), in Grand-Perche (102—103) und Lodunois (XX, I) der Fall. Man vergl. ferner die bei Ginoulhiac, Histoire du régime dotal et. p. 315 Not. 1 angeführte Stelle aus dem Grant Coustumier de France u. Ginoulhiac selbst a. a. O. p. 315—316. 317. Die von einigen (Laferrière u. Laboulaye) aufgestellte Meinung, die Entstehung der Gütergemeinschaft durch Zeitablauf sei aus der, unter Leibeigenen (gens de poote) entstehenden, von der Ehe und dem ehelichen Güterrecht unabhängigen communauté mobilière d'an et jour hervorgegangen, ist von Ginoulhiac a. o. O. S. 316. 317 durch den Nachweis widerlegt, dass gerade diejenigen französischen Rechtsquellen, die jene Gemeinschaft der Leibeigenen aufstellen, wie namentlich Beaumanoir (Cout. de Beauvoisis ch. 21) die eheliche Gütergemeinschaft nicht erst mit dem Ablauf von Jahr und Tag, sondern schon mit der Eheschliessung beginnen lassen. Andererseits ist den meisten von denjenigen fr. R. Qe., welche die Gütergemeinschaft der Eheleute erst mit Jahr u. Tag existent werden lassen, die stillschweigende Mobiliargemeinschaft der Leibeigenen unbekannt. (Ginoulhiac a. o. O. p. 317). Uebrigens findet sich das Erforderniss des Zeitablaufs von Jahr und Tag für Begründung der Gütergemeinschaft bei kinderlosen Ehen auch in einzelnen deutschen Particularrechten (Warnkönig u. Stein. a. a. O. Note 3. Gengler D. Privatr. II S. 1003. u. die dort abgedruckte Stelle aus der Reformat. der Stadt Wimpffen v. 1540. S. x.)

nischen Recht des 13. Jahrhunderts: im Grand Coutumier ancien (oder der Somma de legibus consuetudinum Normanniae)[1] das Lehns- und Adelsrecht dermassen vor[2], dass der Rechtsverhältnisse des Bürgerstandes darin nur sehr wenig gedacht wird. Diese Thatsache kann somit nicht zu der Annahme berechtigen, es seien jene, auf die Rechtsverhältnisse der Roturiers bezüglichen Rechtsgrundsätze dem normannischen Recht der früheren Zeit (vor dem 16. Jahrhundert) überhaupt fremd gewesen. Dabei mag hier zugleich bemerkt werden, wie in dem erwähnten Prävaliren des Lehns- und Adelsrechts in der Normandie vermöge der, mit diesem verbundenen, sehr weit gehenden ehevormundlichen Gewalt[3] des Mannes über die Frau und deren Vermögen, der Grund dafür zu suchen ist, dass ein Recht der Gütergemeinschaft unter den Ehegatten sich dort nicht behaupten konnte. Die fernere Entwickelung der ehelichen Güterverhältnisse musste hier vielmehr dahin führen, dem Manne bei Lebzeiten beider Ehegatten ein freies Verfügunfisrecht, oder sogar ein Allgemeineigenthum am Vermögen der Frau, wenigstens in so weit zuzuschreiben, als dies in fahrender Habe oder Mobilien bestand[4], um so das System der Gütertrennung für die Dauer der Ehe zu proclamiren.[5]

Dass andererseits der Gedanke der Gemeinschaft des Vermögens der Ehegatten an und für sich den Bewohnern der Normandie ursprünglich ebensowenig, wie den in die Bretagne herübergekommenen Normannen fremd gewesen sein kann, folgt aus dem Umstande, dass wir noch unzweideutige Spuren einer, von Todes wegen, nach dem Ableben des Ehemannes, eintretenden Mobiliargütergemeinschaft in einzelnen Bestimmungen des späteren normannischen Rechts aufzufinden vermögen. So heisst es in dem Grand Coutumier de la Normandie von 1583 (Bourdot de Richebourg a. a. O. IV) art. 392 und, damit übereinstimmend, in dem, anscheinend älteren Lokal-

---

1) Brunner in v. Holtzendorffs. Encyclop. I. S. 228.

2) Cf. z. B. Grand Cout. anc. ch. 26.

3) garde noble oder bail. s. hierüber Ginoulhiac. Histoire du régime dotal p. 228 u. vgl. z. B. Grand Cout. anc. de la Normandie ch. 100. S. auch Warnkönig und Stein R. G. II S. 245.

4) Grand Cout. v. 1583 art. 390 Warnkönig u. Stein R. Gesch. II S. 253. 254 vergl. mit S. 245.

5) Grand Cout. v. 1583. 389. 391.

statut der normannischen Stadt Lyons (Bourdot IV p. 97): „Après le decez du mary la femme a le tiers au meubles s'il y a enfans vivans — en contribuant aux debtes pour sa part, hormis les frais des funerailles et laiz testamentaires; et s'il n'y a enfans vivans dudit mariage, elle a la moitié aux meubles en contribuant pour moitié aux debtes." Ferner besagt art. 418: „le testateur ayant enfans vivans ou descendans d'eux ne peut disposer de ses meubles (par) testament en plus avant que d'un tiers, sur le quel tiers sont portez les frais des funerailles et laiz testamentaires."

Hiernach erhält die Frau nach dem Ableben des Mannes bei beerbter Ehe ein Drittel des gesammten Mobiliarnachlasses, welcher nach art. 390 sowohl ihre eigene als des Mannes Fahrniss umfasst. Den Kindern fällt von der gemeinsamen Mobiliarmasse ein weiteres Drittel zu; das letzte Drittel ist auf die Ausführung der testamentarischen Dispositionen des Erblassers und die Kosten seines Begräbnisses zu verwenden. So gelangen wir für den Fall des Ablebens des Ehemannes zu genau demselben Resultat der Dreitheilung des Mobiliarvermögens zwischen Vater, Mutter und Kindern, wie solche im Rechte der Bretagne statuirt wird.

Wo ist nun aber die eigentliche Quelle dieser, dem sicilischen Städterecht, wie dem bretagnisch-normannischen Recht, eigenen Gütergemeinschaft der Ehegatten, Eltern und Kinder?

Einem Analogon wird man im Rechte des Mittelalters kaum anderswo [1]) begegnen, als im nordisch-skandinavischen und zwar im dänischen Recht von Seeland und Schonen aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts.[2]) Nachdem neuere Forschungen erwiesen haben [1]), dass die nordischen Eroberer der

1) Die l. Burgundionum I § 1 XXIV § 5 51 § 1 kennt zwar auch eine Vermögensgemeinschaft zwischen dem Vater und den Kindern — communis facultas —, verbindet aber mit dieser nicht zugleich eine Communion der Güter der Ehegatten cf. XXIV § 1 das. Dasselbe gilt vom altfriesischen Recht. S. hierüber v. Amira, Erbenfolge S. 201 ff.

2) Konrad Maurer in v. Holtzendorff's Encyclop. I. S. 227. 278. Das etwas später entstandene Jütisch-dänische Recht kennt zwar eheliche Gütergemeinschaft, lässt jedoch die Kinder daran nicht mehr Theil nehmen.

Normandie nicht sowohl von Norwegen, als von Dänemark ausgegangen sind, hat jenes ältere dänische Recht für die Rechtsgeschichte des normannischen Rechts ein erhöhtes Interesse und grössere Bedeutung erlangt.

Nach den altdänischen Rechtsquellen tritt kraft Rechtsvorschrift unter den Eheleuten Gütergemeinschaft ein. Diese begreift ausser der Fahrniss, oder dem beweglichen Gut (fae munae) die von ihnen während der Ehe durch Kauf erworbenen Grundstücke (köpae jorth). Werden Kinder geboren, so participiren diese, und zwar die Söhne, mit einem vollen Kopftheil (houaethlot), die Töchter nur mit einem halben Kopftheil (half lot). Dem Vater wie der Mutter verbleibt dann nur ein voller oder Sohnestheil. Bei kinderloser Ehe dagegen tritt Halbtheilung des Gemeingutes unter den Ehegatten zu gleichen Hälften ein. Ausgeschlossen von dieser, nur particulären Vermögensgemeinschaft bleiben diejenigen Grundstücke, welche von den Ehegatten mit in die Ehe gebracht werden, oder ihnen während derselben durch Schenkung oder Erbschaft von dritten Personen, insbesondere von ihren Eltern oder Ascendenten zufallen.[2]) Jedoch wird hinsichtlich der letzteren, an sich von der Gemeinschaft ausgeschlossenen Grundstücke zwischen den der Frau und den dem Manne gehörigen ein Unterschied gemacht. Mit der Geburt von Kindern wird am Frauengut ohne Rücksicht der Art seines Erwerbs und seiner Herkunft ebenfalls ein Miteigenthum des Mannes und der Kinder existent. Die Frau participirt dagegen ihrerseits am

---

1) Steenstrup, Normannerne (Kjöbenhavn 1876) S. 143 ff. 163 168 ff. u. dazu v. Amira in v. Sybel's Historisch. Zeitschrift N. F. III. S. 141—268.

2) Erik Sjellandske Lov (ed. Kolderup Rosenvinge. Samling af gamle danske Love II) I, 1 I, 7, I, 28 I 31 (cf. Jydske Lov I, 6) Lex Scaniae Andr. Sunon. (Kolderup Rosenvinge a. a. O. I.) 1 „si: spem future prolis inanem fuisse constiterit, omnia — mobilia — vel immobilia precio tempore matrimonii comparata equis sunt partibus dividenda I, 4 — pares — partes omnes cum a communione recesserint, optinebunt, salva sexus prerogativa, ut masculus duplo (majus) quam femina consequatur, nisi uxor fuerit vel mater, que marito vel filiis adaequatur et tum consortii masculini gratia prefertur filiabus. Huic divitioni eciam immobilia subjacent, a tempore nuptiarum precio comparata. Alia praedia, nova quoque hereditas (Erbe im Sinne des deutschen Rechts, gleich Erbgut oder ererbtes Grundstück), que post contractas nuptias alteri accessit conjugum, suos semper dominos comitantur" I, 6 I, 9.

Erbgute des Mannes selbst im Falle beerbter Ehe niemals.[1])

Auf diese Weise wird durch die Geburt von Kindern am gesammten Vermögen der Frau und Mutter eine Gemeinschaft zwischen dieser, dem Manne und den Kindern hergestellt. Hinwiederum unterliegt das Vermögen des Mannes und Vaters der Gütergemeinschaft immer nur insoweit, als diese eine blos particuläre bleibt und deshalb die zum Erbgut gehörigen Liegenschaften nicht mit umfasst. Auch die Kinder nehmen an diesem Sondergute des Vaters keinen Theil. Ihr Recht an letzterem ist kein Miteigenthum. Es beschränkt sich auf blosses Erbenwartrecht[2]) d. h. ein bis zur Höhe einer bestimmten Quote des väterlichen Vermögens, nicht sowohl durch Verfügungen von Todes wegen, sondern auch unter Lebenden unentziehbares Erbrecht. Hierzu tritt die Befugniss, unter gewissen Voraussetzungen Abschichtung zu fordern. Dieses in vielen Rechtsquellen germanischen Ursprungs, unter andern auch im langobardischen Recht[3]), anerkannte Erbenwartrecht darf, unbeschadet seiner nahen Verwandtschaft und seines historischen Zusammenhanges, nicht mit dem, von uns characterisirten förmlichen Miteigenthum der Kinder am väterlichen Vermögen verwechselt werden. Es gehört, rechtsgeschichtlich betrachtet, einer jüngeren Periode des Cultur- und Rechtslebens an. Jene Vermögensgemeinschaft der Eltern und Kinder reicht dagegen in die ältesten Zeiten zurück und verweist uns auf das, ehemals wohl bei allen Indogermanen in Uebung gewesene Familieneigenthum.

Wenden wir uns jetzt wieder dem von den Normannen im Laufe des 11. Jahrhundert aus Frankreich nach Süditalien und Sicilien verpflanzten Rechte zu.

Der ersten Spur einer Vermögensgemeinschaft innerhalb

---

1) Die Stelle der lex Scaniae I, 4 führt im Anschluss an die citirten Worte also fort: „nisi patrem ad bonorum omnium tam mobilium quam immobilium, vocet consortium superstes procreata suboles matrimonium, matre tamen ad paternorum bonorum participium nullatenus aspirante et."

2) E. S. L. I, 31.

3) Lex Burgund. I. § 1 XXIV § 5. Lex Bajuv. 1 § 1. L. Ripuar. 48. 49. Edict. Rotharis 168. 270. Ed. Liutpr. 65. 101. f. 113. Aist. 14. Longobard. Urk. v. 713 (Mem. di Lucca V. 6. no. 4.) v. 770. (Mem. di Lucca IV. a. No. 9) Heusler, Gewere S. 45. 46 v. Amira in v. Sybels histor. Zeitschrift N. F. III S. 249. 252. ff.

der Familie begegnen wir in einer Novelle des Königs Roger II. vom Jahre 1150.[1])

Sie hat zum Gegenstande legislatorischer Regelung das Particularrecht der Bewohner Calabriens, insbesondere der Einsassen der dort gelegenen, Val Crathis genannten Landschaft. Mit Rücksicht auf die dortige, aus Elementen normannisch-romanischer und griechischer Nationalität gemischten Bevölkerung ist sie in griechischer Sprache abgefasst. Wir sind aber darum nicht etwa genöthigt, zu glauben, das Gesetz habe es lediglich mit Griechen und deren Recht zu thun. Es enthält, mit Ausnahme einiger Modificationen, in denen sich römischrechtlicher Einfluss geltend machte, durchaus germanisches Recht. Bloss um seiner griechischen Form willen es den Rechtsquellen griechischen Ursprungs einzureihen, würde ebenso wenig angehen, wie die in Italien entstandenen griechischen Uebersetzungen der langobardischen Gesetze[2]) und der constitutiones Regni Siciliae.[3])

Die Vermögensgemeinschaft zwischen Vater und Kindern hat hier mit der, dem römischen Pflichttheilsrecht abgeborgten Modification[4]) Aufnahme gefunden, dass der Antheil der letzteren am Vatergute, je nach ihrer Anzahl $^1/_3$ oder $^1/_2$ betragen sollte. Auch wird man es dem Umstande, dass nach römischem Rechte unter den Ehegatten Gütertrennung galt, und dem Einflusse römischer Rechtsanschauung zuzuschreiben haben, dass die von den Normannen eingeführte Vermögensgemeinschaft auf das Verhältniss zwischen Vater und Kindern eingeschränkt blieb, ohne dass damit zugleich eine Gütergemeinschaft der Ehegatten und Eltern mit einander verbunden ward.

---

1) S. Anhang III. oben S. 240 ff.

2) S. d. Fragm. versionis Graecae leg. Rothar. Langob. ed Zachariae Heidelb. 1835 wieder abgedruckt in d. Monum. Germ. LL. IV p. 225—234.

3) Man vgl. die von Carcani Neapel 1786 in fol. veranstaltete Ausgabe und die darin enthaltene griechische Uebersetzung.

4) Nov. Roger II c. I u. II, (vgl. mit Nov. Justinian 18) s. Capasso in der Einleit. zu seiner Ausgabe p. 12. Möglicher Weise wurde die Ausdehnung der Vermögensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern auf die mit Normannen untermischten Griechen Calabrien's mit durch den Umstand erleichtert und begünstigt, dass auf Grund der Ecloga der Isaurischen Kaiser Leo und Constantin (740) selbst in das griechisch-byzantinische Recht eine Art eigenthümlicher Gütterverbindung Eingang

Jenes Gesetz Rogers des II. ist für den Beweis des Zusammenhanges zwischen dem altdänischen und dem normannischen Rechte Italiens auch noch um deshalb von Bedeutung,

gefunden und zeitweilig bis zur erfolgten Wiederherstellung des Justinianeischen Rechts unter Basilius dem Macedonier (867—886) Geltung erlangt hatte. Dieselbe fand nicht sowohl zwischen den Ehegatten und deren Vermögen, sondern namentlich auch zwischen dem überlebenden Vater oder der Mutter und den Kindern statt. Ecloga II c. 5—7 Epanagoge XIX, c. 5—9 in collect. libror. I. G. R. ed. Zachariae a Lingenthal Lips. 1852 vgl. desselben: Geschichte des griech.-röm. R. (2. Aufl.) Berlin 1877 § 11 § 67—71.) Immer aber war diese, im Princip mehr mit der sg. Gütereinheit sammt dem Rechte des Beisitzes der Mutter neben den, in der Were bleibenden Kindern (cf. Sachsenspiegel I. 11—13, 20 §§ 3. 4 31 § 1. Gerber, Syst. des deutsch. Privatr. §§ 230. 236. Gengler deutch. Privatr. II S. 942.) als mit der Gütergemeinschaft unter Lebenden, beziehungsweise deren Fortsetzung nach dem Tode eines der beiden Ehegatten übereinstimmende byzantinische Gütervereinigung von der dänisch-normannischen Vermögensgemeinschaft sehr wesentlich verschieden. Es ergiebt sich dies daraus, dass hiernach, wenn die Abschichtung der Kinder erfolgte, der überlebende Ehegatte das ganze, ihm eigenthümliche Vermögen vorweg aus der bisher bestandenen Verbindung mit dem Mutter- und Vatergute der Kinder herausnehmen durfte (Eclog. II, 5—7, Epanagone XIX, 5—8. Von einem Miteigenthum der Kinder am Vermögen des Vaters bei Lebzeiten desselben, wie solches die Novelle Rogers II. anerkennt, war demnach keine Rede. Höchstens liesse sich ein Erbenwartrecht derselben bezüglich des elterlichen Vermögens auf Höhe $^1/_3$ resp. $^1/_2$ desselben aus Ecloga V, 5. 7 XVI. 1. 4. herleiten. Die Kinder theilten lediglich den Nachlass des verstorbenen Ehegatten mit dem überlebenden, der hiervon nunmehr als Erbtheil die Proprietät eines Kindestheils erhält. (Ecloga l. c. cf. Nov. Leonis 22, 85 Zachariae Jus Graec.-Rom. III), während ihm bis zur Trennung von den Kindern der Niessbrauch an der ganzen Hinterlassenschaft des Verstorbenen zugestanden hatte. (Epanag. XIX 5. 8.) Andererseits waren die Kinder bei stattfindender Wiederverheirathung des überlebenden Ehegatten befugt, von diesem die Herausgabe des ganzen väterlichen resp. mütterlichen Vermögens zu verlangen, ohne dass der überlebende Elterntheil ausser seinem eigenen Vermögen irgend etwas aus der bisher bestandenen Güterverbindung mit herausnehmen durfte. (Ecloga II c. 7. Nov. Leonis 85). Wenn deshalb Zachariae von Lingenthal diese mehr äusserlich als innerlich bestehende Güterverbindung mit dem Namen der Gütergemeinschaft bezeichnet (Geschichte S. 67, 172 u. passim), so ist dieser Ausdruck nur im uneigentlichen Sinne zu verstehen. Dass er selbst sich des Unterschiedes zwischen derselben und der deutschen und französischen Gütergemeinschaft vollkommen bewusst war, wird dem aufmerksamen Leser nicht entgehen (S. Gesch. S. 69, 70. 82. 83.) Spuren des Rechts der Ecloga dürften sich übrigens im Rechte von Amalfi (Cons. Amalphiae Rubr. VI vgl. mit Ecolg. II c. 5 nachweisen

als es rücksichtlich der Theilung des väterlichen Vermögens zwischen Söhnen und Töchtern ein ähnliches Quotenverhältniss festsetzt, wie wir ihm in den seeländisch-schonischen Rechtsquellen begegneten. Während nämlich die Töchter immer nur Einen Antheil des Vatergutes bekommen, und zwar den, welcher ihnen bereits bei Lebzeiten des Vaters in gleicher Höhe mit dem Antheil der Söhne ausgewiesen ist, erhalten die letzteren nach seinem Tode von der Erbschaft zu der früher schon erhaltenen noch eine zweite Portion. Dieser Theilungsmodus kommt im Princip mit dem halben, beziehungsweise vollen Kopftheil der dänischen und schonischen Rechtsbücher überein.[1])

Ein ferneres Zeugniss für die Verbreitung der von den Normannen nach Süditalien eingeführten Vermögensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern und für dessen Aufnahme in das dortige Particular- und Statutarrecht erbringen die Statuten von Amalfi und Sorrent.[2]) Auch hier konnte es freilich zur Ausbildung einer, nicht sowohl die Eltern und Kinder, als auch die Eltern und Ehegatten unter einander verbindenden Communion nicht kommen. Aehnlich wie in Calabrien, wo vermuthlich das

---

lassen; hier jedoch in eigenthümliche Verbindung gebracht mit dem getrennten ehelichen Güterrecht der Langobarden und der dänisch-normannischen Vermögensgemeinschaft der Eltern und Kinder. S. die nächstfolgende Seite. Das Sonderrecht der Griechen auf Sicilien, namentlich der griechischen Bewohner Palermos, enthält dagegen keine Andeutung, die auf eine Beeinflussung desselben durch das Familiengüterrecht der Ecloga schliessen liesse.

1) Auch in Frankreich, und zwar wieder in der Bretagne, begegnen wir diesem Theilungsprincip, wenngleich nur lokalrechtlich statuirt und mit Beschränkung auf die Grundstücke der Roturiers. Die Usances de Porhoët (Bourdot de Richebourg a. a. O. IV, p. 415) schreiben in dieser Beziehung vor: „au partage des terres roturières entre roturiers en succession directe, les coheretiers masles en quelque nombre qu'ils soient, emportent les deux tiers, et les filles le tiers en quelque nombre quelles soient."

2) Cons. civit. Amalphiae (ed. Luigi Volpicella Napoli 1849) 11— „statutum ex quo quilibet filius nascitur venit ad aetatem, habet partem in bonis paternis et maternis, considerato numero parentum et liberorum." Cons. delle città di Sorrentino (ed. idem Nap. 1869) Rubr. 42 — „Si quis filius in aetate constitutus petit portionem in judicio patri et matri vel alicui ipsorum de bonis eorum, quod pater et mater, postquam fuerint legitime citati a filiis eorum de portione ipsos contingente de bonis dictorum patris et matris seu alicujus ipsorum, nullam alienationem facere possint de bonis eorum."

römische Dotalrecht dem entgegenstand, wurde die eheliche Gütergemeinschaft in Amalfi und Sorrent durch das hier, für das Eherecht massgebende langobardische Recht ausgeschlossen.[1]) Diesem ist bekanntlich, wenn man absieht von einzelnen, in der Morgengabe und deren Fortbildung auffindbaren Spuren und Ansätzen, das Institut der Gütergemeinschaft unbekannt.[2]) Hinwiederum konnte das Institut der Vermögensgemeinschaft der Kinder und zwar hier, ausser mit dem Vater, auch mit der Mutter und deren Gut, unbehindert durch entgegenstehende Rechtsbildungen, um so leichter Eingang und Anwendung finden, als das langobardische Recht, vermöge des dort den Kindern, insbesondere den Söhnen zustehenden Erbenwart- und Pflichttheilsrechts[3]) ohnehin Momente enthielt, die der altdänisch-normannischen Vermögensgemeinschaft sehr nahe kamen.

Wie in der Novelle König Roger II. weicht die im Amalfitanischen und Sorrentinischen Recht statuirte Gemeinschaft von der altdänischen Gütercommunion darin ab, dass sie nicht, wie jene, ausser den Mobilien bloss die wohlgewonnenen Güter (bona acquisita), sondern das gesammte Vermögen des Vaters, beziehungsweise beider Eltern ergreift. Es erklärt sich diese Abweichung von den Grundsätzen des dänisch-normannischen Rechts am einfachsten daraus, dass dem römischen, wie dem griechisch-römischen Recht jene, nur den germanischen Rechten eigene Unterscheidung der verschiedenen Güterbestandtheile fremd ist. War das Miteigenthum der Kinder am Gute der Eltern in Lokal- und Particularrechten Süditaliens durch die Normannen in das dortige Rechtsleben erst einmal eingeführt, so ergab die, bei dem dortigen Völkergemisch unvermeidliche Berührung des erobernden Stammes mit Romanen und Griechen, und die Bekanntschaft der Normannen mit dem Inhalte der römischen und griechischen Satzungen die Ausdehnung der Vermögensgemeinschaft zwischen Kindern und Eltern auf die gesammte Habe der letzteren gewissermassen von selbst.

1) Amalphi. 6. Sorrent Rubr. 7. Ueber die hier vorkommende quarta und deren langobard. Ursprung. s. Schröder, Gesch. d. ehel. Güterr. I S. 84—98.

2) Schröder a. a. O.

3) Ed. Roth. 168. 170. L. Lintpr. 65. 101. 113 Aist. 14. S. ferner die von Heusler, Gewere S. 45. 46 angeführt. Lang. Urk. aus den Memor. di Lucca V^{b}. No. 4 IV^{a}. No. 9.

Dieser Thatsache ist aus dem Grunde keine untergeordnete Bedeutung für das Familiengüterrecht der sicilischen Städte beizumessen, weil sich daraus die auffallende Erscheinung erklärt, dass, mit Einer Ausnahme die Gütergemeinschaft aller ihrer Statuten keine bloss particuläre, sondern allgemeine ist. Sie stehen in diesem Punkte in Gegensatz sowohl zum altdänischen, wie zum französischen und namentlich auch zu dem, ihnen besonders nahe verwandten Bretagner Recht, das seiner Seits wieder auf normannisch-dänisches Recht zurückweist.

Forscht man aber weiter nach der Ursache, weshalb in Sicilien anders als auf dem süditalischen Festlande die Gütergemeinschaft nicht auf das Verhältniss der Kinder und Eltern eingeschränkt blieb, sondern zu einem, die gesammte engere Familie, also auch die Ehegatten und deren Vermögen untereinander verknüpfenden Bande erweitert ward, so ist die Erklärung hierfür meines Dafürhaltens am einfachsten wohl in folgendem Umstande zu suchen. Während auf dem Festlande das dort geltende langobardische Recht der Einführung der Gütergemeinschaft entgegenstand, fanden die Normannen auf Sicilien nach Unterwerfung der Sarazenen in rechtlicher Beziehung gewissermassen tabula rasa vor. Sehen wir von den, durch sie geduldeten Sonderrechten der dortigen griechischen und jüdischen Bevölkerung ab, so waren sie bei der Neugestaltung des Rechtslebens auf der Insel und in der Einführung ihrer altheimischen Institutionen, durch kein Landesrecht behindert, das irgendwie ins Gewicht fiel. Der Einfluss des römischen Rechts aber machte sich nicht gleich beim Beginn der normannischen Eroberung, sondern erst im Laufe der Zeit geltend. Auf dem Gebiete des Familien- und ehelichen Güterrechts war derselbe überdies nicht stark genug, um dem, von der herrschenden Bevölkerung mitgebrachten germanischen Stammesrecht wirksam zu begegnen.

In Erwägung der hiernach den Normannen in Sicilien gebotenen Möglichkeit zur freien Ausbildung ihres angestammten Familiengüterrechts könnte man versucht sein, auch die Erscheinung, dass daselbst nicht sowohl Errungenschafts- und Mobiliargemeinschaft, sondern allgemeine Gütergemeinschaft galt, auf den Einfluss nordischen Rechts zurückzuführen. Ist ja doch bereits dem, an Alter die erwähnten seeländischen und schonischen Rechtsquellen weit übertreffenden älteren Is-

ländischen Recht der sg. Grágás [1]) eine allgemeine Gütergemeinschaft der Ehegatten bekannt; ebenso den älteren norwegischen Rechtsquellen: dem Gulathings- und dem Frostathings-Lov. Freilich wurde diese dort regelmässig im Wege des Vertrages begründet. Unter gewissen Voraussetzungen trat sie jedoch auch schon kraft gesetzlicher Vorschrift ein. Das altdänische Recht ferner, welches gesetzliche, wenngleich bloss particuläre Gemeinschaft anordnet, bildet insofern den Uebergang der Mobiliar- und Errungenschaftsgemeinschaft zur allgemeinen Gütercommunion, als darin, wie oben gezeigt, die Geburt von Kindern die Folge hat, dass das Sondergut der Mutter in die Gemeinschaft zwischen den Ehegatten und ihren Kindern hineingezogen wird.[2]) Trotz alledem bleibt wenig wahrscheinlich, dass sich im Rechte der Normannen Siciliens die Gütergemeinschaft der Ehegatten allein schon auf Grund von Reminiscenzen an die Rechte ihrer ursprünglichen nordischen Heimath entwickelt und ausgebildet haben sollte. Denn das dänisch-nordische Recht kam ja nach Sicilien nicht rein und unvermittelt, sondern doch immer erst mit dem Umwege über Frankreich, wo es in der Normandie und Bretagne der starken Beimischung und Beeinflussung fränkischen Rechts unterworfen ward. Hätte daher nicht die Bekanntschaft mit dem römischen Recht, und der Umstand, dass die Vermögensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern in süditalischen Rechten das gesammte elterliche Vermögen begriff, den Anstoss hierzu gegeben, so würde die Verallgemeinerung der ehelichen Gütergemeinschaft schwerlich erfolgt sein. Man würde höchst wahrscheinlich sich damit begnügt haben, nach dem Vorbilde des französischen Rechts, speciell nach dem im bretagnisch-

---

1) Grágás (ed. Schlegel. Havniae 1827) Festa-þáttre c. 22. 23. Gulathings-Lov 53. Frosth. XI, 6. 7. 8. (Norges Gamle Love. Udgivne af R. Keyser og P. A. Munch. I. Christiania. 1846).

2) Der hierin zweifellos auf dänischrechtlicher Grundlage fussende Wendisch-Rügianische Landgebrauch des Matthäus von Normann hat denn in der That die particuläre zur allgemeinen Gütergemeinschaft ausgebildet. Daselbst heisst es Tit. 121. „Im Wendischen, wort ein bur mit sinem ehegaden beervet, dat kind, sobalde id up de welt kumpt, samet und scheidet dat gut siner oldern. id samet also, dat de olden und dat kind werden glik rik. id scheidet edder deilet also, dat denne dem vater hört ein deel, der moder dat ander, dem kinde — dat drüdde deel" et. (S. hierüber Schröder, Geschichte des ehel. Güterrechts in Deutschland III. S. 303. 415).

normannischen Rechte für die Bürger in den Städten aufgestellten Rechtsgrundsätzen, (um welche es sich in den sicilischen Stadtrechten doch wesentlich allein handelte), die Gemeinschaft des Vermögens der Ehegatten mit gleichzeitiger Betheiligung der Kinder an derselben, als eine bloss particuläre, auf das Mobiliar- und Errungenschaftsgut der Eheleute zu beschränken.

Ein Rest dieser ursprünglich nur particulären rechtlichen Gütergemeinschaft hat sich denn auch im Rechte von Syracus erhalten. Dort wird die Vermögensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern auf die bona acquisita und die Mobilien beschränkt. Gleicher Weise ist auch die eheliche Gütergemeinschaft eine blosse Mobiliar- und Errungenschaftsgemeinschaft. In allen übrigen Städten Siciliens entspricht dagegen, jener Novelle Rogers II und den Rechten von Amalfi und Sorrent conform, der Generalisirung der Vermögensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern die allgemeine Gütergemeinschaft der Eheleute.

Nicht auf den Einfluss römischen Rechts ist dagegen die in den sicilischen Stadtrechten beliebte Art und Weise der Theilung des Gemeingutes in den Familien der Lateiner zwischen Mann, Frau und Kindern zurückzuführen. Man möchte vielleicht sich das Sachverhältniss in der Weise zurechtlegen, dass man annähme, mit der Geburt von Kindern, werde das beiderseitige Vermögen Gemeingut beider Ehegatten, und zwar in der Art, dass an und für sich jedem von beiden die gleiche ideelle Hälfte daran zustehe. Von dieser seiner Hälfte müsse dann jeder von ihnen nach gesetzlicher Vorschrift ein Drittel, mithin $^1/_6$ des Gesammtgutes den Kindern gewissermassen als Pflichttheil abtreten, und behalte demnach in Uebereinstimmung mit dem Sonderrechte der Griechen Palermos [1]) die übrigen $^2/_3$ seines Vermögens zu seiner freien Verfügung. Nach dieser Art zu theilen würden die Kinder zweimal $^1/_6$, gleich $^1/_3$ der Gesammtmasse erhalten, während den beiden Eltern und Ehegatten je $^2/_3$ ihrer Hälfte, gleich $^2/_6$, oder $^1/_3$ des Gemeingutes verblieben. Es ist hier vorerst daran zu erinnern, dass wenigstens nach dem, jenem Sonderrechte der Griechen zu Grunde liegenden römischen Pflichttheilsrecht der Antheil der Kinder am Vatergut keineswegs immer nur $^1/_3$, sondern, wenn mehr

1) Palermo c. 47 S. hierüber im Erbrecht § 20 ff.

als drei Kinder concurriren, $^1/_2$ desselben beträgt. Dem entsprechend würde aber der Antheil des Vaters bald $^2/_3$ bald $^1/_2$, und also nicht immer bloss $^1/_3$ ausmachen. Ausserdem spricht gegen diese Annahme der Umstand, dass wir dieses Drittheilsrecht nicht bloss im Stadtrechte von Palermo, Messina und den übrigen sicilischen Stadtrechten mit allgemeiner Gütergemeinschaft, sondern auch im Stadtrechte von Syracus antreffen. Letzteres aber ist von dem Einfluss römischer Rechtsanschauung am wenigsten berührt worden, kommt seiner Seits vielmehr den oben angegebenen Bestimmungen der alten Bretagner Coutume sehr nahe. Von jener haben wir gesehen, dass sie denselben Theilungsmodus für die Mobiliargemeinschaft der Roturiers aufstellt.

Nach französichem Recht ist nun bei Beurtheilung dieser Dreitheilung nicht von der Portion des Vermögens auszugehen, die der Vater oder die Mtter den Kindern gesetzlich lassen muss, sondern umgekehrt von demjenigen Theil des Vermögens, welcher der freien Verfügung des Vaters, beziehungsweise der Mutter vorbehalten wird (dem sog. Freitheil, portion disponible).[1]) Dieser betrug nach dem Recht der Normandie und Bretagne $^1/_3$ des Vermögens.[2]) Wendet man diesen Grundsatz auf das zwischen dem Vater und den Kindern gemeinsame Vermögen an, so wäre darnach immer nur ein Drittheil der freien Disposition des ersteren vorbehalten. Zwei Drittheile würden dagegen den Kindern ganz zufallen, käme nicht ausser ihnen noch das Recht der Mutter und Ehefrau in Frage. Diese hat nach dem fränkischen Volks- und Capitularienrecht[3]),

1) Warnkönig u. Stein. Franz. R. Gesch. S. 488. 489 vgl. Cod. civ. Art. 913ff.

2) Cout. ancienne de Bretaigne 42. „Toute personne, qui est pourveu de sens, peut donner le tiers de son heritage à autres personnes que à ses hoirs" 43. 206 (s. oben S. 8.) Grand. Cout. de la Normandie v. 1583 art. 418. 392 (s. oben S. 10. 11.) 423. „La femme veuve ayant enfans vivans habiles à lui succeder — ne peut disposer par testament ou donation à cause de mort que d'un tiers de ses meubles."

3) Langobard. Notariats-Formel (nr. 8) „Si est Romanus vel Salichus, die carta dotis et de tertia portione" cf. Capitulare ad Theodonis villam v. J. 821 (Mon. Germ. LL I, 229) c. 9. „Volumus, ut uxores defunctorum post obitum maritorum tertiam partem conlaborationis, quam simul in beneficio conlaboraverunt, accipiant. Et de his rebus, quas is, qui beneficium habuit, aliunde adduxit vel comparavit, vel ei ab amicis suis conlatum est, has volumus tam ad orphanos defunctorum quam ad uxores

welches hierin als die geschichtliche Grundlage des späteren gemeinen nordfranzösischen, wie des bretagnisch-normannischen Particularrechts angesehen werden muss, wenn nicht $^1/_2$, so doch mindestens $^1/_3$ der Errungenschaft zu fordern. Wo aber, wie in der Bretagne, Gütergemeinschaft bestand, kam ihr von der gemeinen Mobiliarmasse wenigstens $^1/_3$ zu. Sonach verblieb von jenen zwei Dritteln, nach Abzug des Frauentheils, für die Kinder nur ein Drittel. Es ergab dies, mit Hinzurechnung des, der freien Verfügung des Mannes vorbehaltenen, anderweiten einen Drittheils, die Dreitheilung des Gesammtgutes in drei gleiche Theile, an deren Stelle bei kinderloser Ehe, oder nach erfolgtem Ableben der Kinder bei Lebzeiten der Ehegatten Halbtheilung trat. In letzterem Falle kam der im Laufe des Mittelalters im französischem Recht auf die Hälfte der Errungenschaft[1]) und der Mobilien[2]) erhöhte Anspruch der Frau auf den Nachlass des Mannes, oder, wo Gütergemeinschaft galt, auf das Gemeingut, selbst da zu seiner vollen Geltung, wo, wie in der Normandie und in der Bretagne, je nachdem, ob die Frau mit Kindern concurrirt oder nicht, eine Combination des älteren Drittheils- und des späteren Halbtheilungsrechtes Gesetz geworden war.[3])

Nicht minder muss auf den Einfluss des französischen, zwar nicht des gemeinen, wohl aber des Particularrechts[4]), die in zweien der sicilischen Städte, in Palermo und Caltagirone geltende Anordnung[5]) zurückgeführt werden, dass selbst bei kinderloser Ehe die Gütergemeinschaft unter den Ehegatten dann eintreten soll, wenn die Ehe 1 Jahr oder Jahr und Tag gedauert hat. Zwar findet sich eine ähnliche Vorschrift im

---

eorum pervenire." L. Rip. 37, 2 — „tertiam partem de omni re quam simul conlaboraverint." Schröder, Gesch. d. ehel. Güterrechts I, S. 89—94 Warnkönig u. Stein a. a. O. II S. 246.

1) Assis. de Jérusalem, Cour des bourgeois c. 183 (Beugnot II. S. 122.) Establissem. de St. Louis I, 136 (Ordonnances des rois de France I).

2) Establissem. de St. Louis I, 139. (S. unten die folg. S.)

3) Cout. anc. de Bretaigne 206. Grand. Cout. de Normandie 392 (S. oben S. 10. 11.)

4) Cout. ancienne de Bretaigne 206 (s. oben S. 8.) Cout. d'Anjou et du Maine v. 1411. 348. (Cout. et institutions de l'Anjou et du Maine. Beautemps-Beupré I Paris 1877). Ginoulhiac, Histoire du régime dotal p. 236 347.

5) S. oben S. 7 Note 2.

älteren norwegischen Recht[1]) dahingehend, dass die regelmässig nur vertragsmässig herzustellende Gütergemeinschaft der Ehegatten kraft Gesetzes dann existent werden soll, wenn die Ehe zwölf Monate gedauert hat. Dem älteren dänischen Recht aber, dessen Einwirkung auf das normannisch-französisch-italienische Recht wir anderweitig constatirt haben, war diese Art der Constituirung der Gütergemeinschaft unter Ehegatten durch Zeitablauf nicht bekannt.[2])

Eine Reminiscenz aber an das Recht ihrer nordischen Heimath, und zwar an das Recht derselben aus einer Zeit, die noch höher hinaufreicht, als die mehrgedachten dänisch-schonischen Rechte des 13. Jahrhunderts, hat sich unverkennbar in einer singulären Bestimmung des Palermitaner und Messineser Stadtrechts erhalten.[3]) Ich meine die Vorschrift, welche den Character einer Ausnahme hat gegenüber den sonstigen über die Art der Enstehung der Gütergemeinschaft geltenden Regeln, dass selbst bei kinderloser Ehe und einerlei, ob die Ehe eine gewisse Zeit gedauert hat, oder schon vor Ablauf derselben wieder aufgelöst wird, Gütergemeinschaft zwischen den Ehegatten sofort mit Eingehung der Ehe dann Platz greifen soll, wenn beide Theile gleich arm zusammenkamen und ohne Bestellung von dos und dotarium sich heiratheten.

Diese Bestimmung findet sich im älteren französischen Recht nicht. Dasselbe schreibt im Gegentheil vor, es komme bei der Begründung der Gemeinschaft der Ehegatten nicht darauf an, ob beide Theile gleich arm oder gleich reich sind. Selbst wenn ein reicher Mann eine arme Frau heirathet und umgekehrt, sollen die Mobilien beziehungsweise auch die Errungenschaft Gemeingut werden.[4]) Auch die von uns be-

1) Frostathings-Lov XI. 6. 8. (cf. Gulath. 53.)

2) Wohl aber kennt es diese Art der Begründung und die Frist von Jahr und Tag bei andern Gemeinschaften. Erik Sjellandske Lov I, 4 „dagh ok iaemlinggae."

3) Palermo 46 „viro et uxore cum nihil in bonis habeant matrimonium contrahentibus absque dote filiis non susceptis, vel susceptis et praemortuis, quaecumque per eos acquisita fuerint inter eos per medium dividantur." vgl. mit 43 u. 45 das. Messina 15.

4) Establissements de St. Louis I c. 139. „Et si une fame bien riche prenoit un home povre, et ele morust, si auroit — il la moitié des meubles." —

sprochenen dänischen und schonischen Rechtsquellen erklärten mit Bezug auf die Entstehung der Gütergemeinschaft es für irrelevant, ob der Mann reich und die Frau arm sei oder umgekehrt [1]), und enthalten deshalb keine Bestimmung darüber, dass Gütergemeinschaft bei vorhandener Vermögenslosigkeit etwa nur dann eintreten soll, wenn beide Theile gleich arm in die Ehe eintreten. Wohl aber findet sich diese exceptionelle Vorschrift im älteren isländischen und norwegischen Recht.

Im Eherecht (Festa-Þáttre) der Grágás, im Capitel XXII von der Gütergemeinschaft der Ehegatten (of hiona felag) lesen wir die nachstehenden Worte: „Hiu II eigo at göra felag sitt, ef þau vilia, ef meþ þeim er jafnmäli", (die beiden Ehegatten mögen Gütergemeinschaft stiften, wenn si wollen, wofern ihre Vermögensverhältnisse gleicher Art sind) — „Ef þau öxla fe or öreigþ, þa leggia lög fe þeirra saman" (waren sie Anfangs arm und erwarben Vermögen, dann legt das Gesetz ihr Vermögen zusammen). Dieselbe Bestimmung enthält das norwegische Frostathings-Lov XI, 8, indem darin verordnet wird, dass mit Ablauf von 12 Monaten die sonst nur vertragsmässig zu begründende Gütergemeinschaft kraft gesetzlicher Vorschrift eintreten, dasselbe aber auch in dem Fall stattfinden soll, wenn beide Ehegatten unvermögend heirathen und nachher Vermögen erwerben. „Ef — þau hafa. XII. manaði saman verit. þá leggia lög fé þeirra saman. En ef öreigar II koma saman at lands lögum oc aucaz theim fé."

§ 3.

II. Gegenstand der Gütergemeinschaft.

Mit Ausnahme von Syrakus [2]), dessen Gemeinschaft als bloss particuläre ausser der fahrenden Habe nicht auch die Immobiliarerbgüter (bona stabilia patrimonialia) der Eheleute umfasst, besteht das Gemeingut activ aus ihrem gesammten

---

Cout. d'Anyou et dou Maigne aus dem 13. Jahrhundert (Beautemps-Beaupré I) 149: „Si aucunt home qui auret grant moble prenoit i. fame qui n'eust riens, et l'ome se mourust, tout n'eussent il nul hair, si auret la fame la moitié de ses mobles."

1) E. S. L. I, 1. vgl. v. Stemann, das Güterrecht der Ehegatten im Gebiete des jütischen Lovs. S. 4.

2) Syrac. 4. 5. 15.

beweglichen und unbeweglichen Vermögen, sowohl dem vorehelichen als dem während der Ehe erworbenen.[1])

Palermo (43) begreift darunter sogar diejenigen Grundstücke, welche die Eheleute nicht zu vollem, sondern nur zu sg. Nutzeigenthum (dominium utile) erwerben, und schliesst somit anscheinend nicht einmal die Lehne von der Gemeinschaft aus. Indessen ist dies, von etwaigen feudis impropriis und veräusserlichen Lehnen abgesehen, dahin zu restringiren, dass nur die Früchte, nicht auch die Substanz der Lehne darin einbegriffen sein sollten. Dagegen nimmt dasselbe Stadtrecht[2]), im ausdrücklich betonten Gegensatz zum römischen Recht, vom Begriff des Vermögens, und damit zugleich von der allgemeinen Gütergemeinschaft die, dem einen oder dem andern der Ehegatten zustehenden, persönlichen und dinglichen Klagerechte (actiones et vindicationes) aus.

2) Passiv umfasst die Gütergemeinschaft principiell alle Schulden der beiden Ehegatten, sowohl die vorehelichen, wie die während der Ehe vom Manne oder von der Frau mit Ermächtigung des Mannes gemachten Schulden.[4])

Dieser Grundsatz erleidet jedoch in unseren Stadtrechten

---

1) Palermo 43. 44. Messina 1. Catania tit. 3 Noto 1. Caltagirone 22. 25. Patti 13. Lipari 12.

2) Palermo 43. vgl. int l. 49 D. de verb. sign. (50, (b) i. f. l. 91 ibid. Das St. R. von Corleone, welches im Uebrigen in c. 21 dem Palermitanischen Recht folgt, kennt diese Ausnahme nicht. Es proclamirt bezüglich der Klagen wie der Einreden schlechthin die Gemeinschaft der Eheleute und der Kinder, welche nach dem Rechte der Lateiner leben, S. c. 6 „Mariti, uxoris et filiorum tam in agendo, quam in defendendo actio et exceptio sint communes viventium more latinorum."

3) cf. Muta in seinem Commentar zu c. 43. Palermo. No. 5—7 insbesondere die Worte: „Nisi loquamur de fructibus ipsorum feudorum a solo separatis — ratio est quia fructus feudi non sunt feudales sed burgensatici" et.

4) Palermo 79. Corleone 9. 33. Caltagirone 26. 27. Messina 27. Catania 5. Ausnahmsweise wird auch der Frau die Befugniss eingeräumt, die Gemeinschaft durch einseitig von ihr eingegangene Obligationen zu verpflichten, wenn es sich um die Auslösung und Befreiung des Mannes oder eines Kindes aus der Gefangenschaft handelt. Catania l. c. In Corleone 9. 33 konnte die Frau bei längerer Abwesenheit oder Gefangenschaft des Mannes zur selbständigen Abschliessung von Verträgen durch richterliches Decret autorisirt werden. Vorweg werden von dem Gemeingut bei erfolgender Auftheilung desselben (namentlich im Falle des Todes des Ehemannes und Vaters) alle, durch unerlaubte Handlungen, Dieb-

erhebliche Modificationen, welche namentlich durch die Rücksicht auf die Theilnahme der Kinder an der Gemeinschaft bedingt sind.

a) Nach den Stadtrechten von Messina, Noto, Patti und Lipari, denen sich, mit einigen, gleich zu erwähnenden Einschränkungen, auch Catania anschliesst [1]), sollen die Schulden aus einer früheren, durch den Tod des einen Gatten getrennten gütergemeinschaftlichen Ehe bei einer Wiederverheirathung des Wittwers oder der Wittwe die in der zweiten Ehe mit der Geburt von Kindern eintretende Gütergemeinschaft nicht berühren.

Sie werden allein aus dem Vermögen der Kinder erster Ehe und aus dem Drittheil gedeckt, welches ihrem Vater oder ihrer Mutter nach erfolgter Abschichtung mit ihnen aus dem Gemeingut der Vorehe zufiel und sodann in die zweite Ehe eingebracht wurde. [2]) Es haften demnach die Kinder zweiter Ehe mit ihrem Antheil in der neu entstandenen Gemeinschaft für die Schulden der Vorehe ebensowenig wie der zweite Ehegatte. Desgleichen werden die in der Zwischenzeit zwischen der ersten und zweiten Ehe von dem derzeitigen Wittwer oder der Wittwe contrahirten Schulden ausschliesslich auf dasjenige Vermögen angewiesen, welches dieser oder diese bis zur Wiederverehelichung gemeinschaftlich mit den Kindern besass. Indess wird hier, wenn die letzteren mit verpflichtet werden sollen, vorausgesetzt, dass die Aufnahme der Schulden aus triftigen Gründen (rationabiliter) erfolgte, worunter

---

stahl u. s. w. der Gemeinmasse einverleibte Gegenstände in Abzug gebracht. Dieser, an sich selbstverständliche Grundsatz bekommt in unsern Stadtrechten insofern eine gewisse Bedeutung, als diese den Beweis der Thatsache, dass das Gemeingut durch derartige unerlaubte Handlungen eine ungerechtfertigte Bereicherung erfahren hat, gegenüber etwaigen gegentheiligen Behauptungen der übrigen Theilnehmer an der Gemeinschaft, namentlich der Kinder, wesentlich erleichtern. Messina 48. Catania tit. 7. Syracus 5. Noto 1. Caltagirone 26. Hiervon abgesehen, haben die einschlagenden, ziemlich ausführlichen Bestimmungen über die lucra sordida et male ablata für uns lediglich ein culturgeschichtliches Interesse. Wir können daraus auf die, in sittlicher Hinsicht wenig erfreulichen Zustände im mittelalterlichen Sicilien schliessen.

1) Messina 8 Noto 3. Patti 19. 20. 21. Lipari 14 §§ 1—3. Catania 25. Girgenti 6.

2) Waren aus der Vorehe keine Kinder hervorgegangen, so sollten in Catania (a. a. O.) die Schulden derselben aus der während ihres Bestehens erworbenen Errungenschaft der Ehegatten gedeckt werden.

Catania solche Schulden versteht, die entweder zum Unterhalt der Kinder oder zur Wiedererlangung oder Wiederherstellung, beziehungsweise Vermehrung des Gemeingutes contrahirt wurden.[1]) Hinwiederum wird, ohne dass die Kinder der Vorehe dafür mit aufzukommen hätten, durch die, während einer späteren Ehe contrahirten Schulden allein die in dieser neu entstandene Gütergemeinschaft betroffen. In diese geht der Antheil mit auf, den der parens binubus aus der Gütergemeinschaft der früheren Ehe empfing und in die spätere Ehe mit hinüberbrachte.

b) Noch mehr eingeschränkt erscheint die Möglichkeit, die Gemeinschaft durch Schulden zu verpflichten, im Rechte von Catania. Darnach wird das Gemeingut einer ersten, wie einer zweiten oder weiteren Ehe in seiner Gesammtheit lediglich durch solche Schulden betroffen, die von beiden Ehegatten zusammen aufgenommen wurden. Für Verpflichtungen, die der Mann allein für seine Person eingegangen ist, haftet nur das Mobiliarvermögen der Gemeinschaft, nicht auch der Grundbesitz, und selbst die bewegliche Habe nicht in allen Fällen. Darlehns- und Bürgschaftsschulden[2]) des Mannes sollen allein aus dessen Antheil am Gemeingut bezahlt werden.

c) Am weitesten geht in der Einschränkung der Befugniss des einen oder andern Ehegatten, die Gemeinschaft einseitig zu verpflichten, das Recht von Palermo.[3]) Die Ehefrau wird hier ausdrücklich von jeder Verhaftung für die vom Manne contrahirten Schulden befreit, und zwar nicht nur von Delictschulden, sondern schlechthin von allen, sei es rein persönlichen, sei es durch Verpfändung von Vermögensstücken gesicherten Obligationen des Mannes. Die Gläubiger des letzteren sind behufs ihrer Befriedigung lediglich auf seinen Antheil an der Gemeinschaft angewiesen. Denn auch die Kinder sollen mit ihrem Drittheil am Gemeingut nicht einzustehen haben für die vom Vater einseitig gemachten Schulden, ebensowenig wie für die der Mutter. Selbst für die von beiden

---

1) tit. 25. vgl. mit tit. 3 ibidem.

2) Die Nichtverhaftung der Frau für Bürgschaften des Mannes, welchen sie ihrerseits nicht beitrat, sprechen auch Syracus. 11 und Noto 20 aus.

3) 79 (80). Vgl. Const. Sic. Nov. const. I, 57 H. B. IV, p. 181—182.

Eltern zusammen übernommenen Verbindlichkeiten haften sie anscheinend nicht.[1])

§ 4.

III. Stellung des Ehemannes innerhalb der Gütergemeinschaft. Beschränkung seiner Dispositionsbefugnisse zu Gunsten von Frau und Kindern.

Der Mann ist der Herr der Gemeinschaft.[2]) Als solcher hat er das Gemeingut selbständig zu verwalten. Seine Veräusserungs- und Dispositionsbefugniss ist dagegen mehrfach beschränkt.

Von Todes wegen kann er immer nur über das ihm am Gemeingut zustehende Drittheil verfügen. Die Veräusserungen unter Lebenden[3]) anlangend, so ist zu unterscheiden, ob diese das Mobiliar- oder das Immobilarvermögen der Gemeinschaft betreffen.

In Uebereinstimmung mit dem französch-normannischen Recht der ancienne coustume de Bretaigne[4]) durfte der Mann, so lange er nicht etwa gerichtlich als Verschwender erklärt war, die zum Gemeingut gehörigen beweglichen Sachen frei veräussern.[5])

---

1) Die im Uebrigen aus dem Palermitaner Recht abgeleiteten Statuten von Corleone weichen hier von ihrem Mutterrecht ab. Sie stellen in c. 7, (s. auch c. 17. 23) die Mitverhaftung der Antheile von Frau und Kindern für die vom Manne, beziehungsweise von beiden Ehegatten contrahirten Schulden als Regel auf. Nur für Acte der Liberalität, (Dosbestellung an einen extraneus und Schenkungsversprechen) des Ehemannes, für Bürgschaften, Steuerreste und Spielschulden sollen Frau und Kinder mit ihren Antheilen nicht haften. Aus dieser, der Regel nach eintretenden Mitverhaftung von Frau und Kindern für die Schulden des Ehemannes ist auch die das. c. 6 statuirte Processgemeinschaft von Mann, Frau, und Kindern bei Lateinern abzuleiten.

2) Stein und Warnkönig. Franz. R. G. II S. 250.

3) Palermo 38. 43. Messina 7. Catania tit. 3. 6. Syracus. 4. Noto 1. In wie weit die Testirfreiheit des Mannes und Vaters bezüglich dieses seines Drittels zu Gunsten der Kinder eingeschränkt war, werden wir unten beim Erbrecht zu erörtern haben.

4) 82. „Les meubles sont par coustume au mary attribuez, et en peut faire sa volonté faisant providence advenante à sa femme durant le mariage entre eux, jusques à tant que le mary soit trouvé mal usant des choses." cf. 83 ibid.

5) Catania tit. 4. Syracus. 5. Caltagirone 23.

Zur Veräusserung von Grundstücken bedurfte er dagegen der Zustimmung seiner Ehefrau.[1])

Die hiernach von beiden Ehegatten gemeinsam vorzunehmenden Veräusserungen des unbeweglichen Gemeingutes werden ferner aber in einigen unserer Stadtrechte, um gültig zu sein, auch von der Einwilligung der Kinder abhängig gemacht.[2]) Man darf annehmen, dass dieses Erforderniss der Zustimmung der Kinder bei Veräusserung der ihnen und den Eltern gemeinschaftlichen Liegenschaften ursprünglich allen sicilischen Stadtrechten angehört hat. Bei beweglichen Sachen überwog nach Anschauung des mittelalterlichen germanischen Rechts der Charakter der Verzehrbarkeit[3]), und damit zugleich auch der einer gewissen Vertretbarkeit der Art, dass die dem Manne und Vater als Vorsteher der Gemeinschaft zustehende umfassende Verwaltungsbefugniss von selbst auch das Recht nach sich zog, die Mobiliarmasse umzusetzen und darüber, ohne an die Zustimmung von Frau und Kindern gebunden zu sein, frei zu verfügen. Andererseits musste bei Liegenschaften für die Kinder als Theilhaber der Gemeinschaft das Erforderniss ihrer Einwilligung bei Veräusserungen sich um deshalb besonders geltend machen, als es hier für die Interessenten meist gerade auf die Erhaltung der in specie vorhandenen Grundstücke ankam. In den Städten schwächte sich indessen im Laufe der Zeit bei dem steigenden Verkehr, in den allmählig auch das unbewegliche Vermögen hineingezogen ward, das Bestreben ab, dasselbe innerhalb der Familien zu stabilisiren. Es trat für die Eltern, namentlich für den Ehemann und Vater als den Verwalter des Gemeingutes das Bedürfniss hervor, nicht bloss über die fahrende Habe, sondern auch über das unbewegliche Gut der Gemeinschaft in Handel und Wandel frei zu verfügen.

In Palermo suchte man dem dadurch zu entsprechen, dass man zwar für grossjährige Kinder die Nothwendigkeit ihrer Genehmigung bei Veräusserungen gemeinschaftlicher Liegenschaften durch die Eltern festhielt, bei minderjährigen Kindern

---

1) Palermo 40. Catania tit. 4. Caltagirone 23.

2) Palermo 40. Caltagirone 23.

3) Man denke an das deutsche Rechtssprichwort: „Was die Fackel verzehrt, ist Fahrniss."

aber diese als geschehen fingirte, wenn sie die Feder berührten, mit welchen der Notar (tabellio) das Verkaufsinstrument niederschrieb.[1])

Noch mehr tritt das Erforderniss der Zustimmung seitens der Kinder im Stadtrecht von Catania zurück. Hier können Mann und Frau oder Vater und Mutter zusammen mit gegenseitigem Consens nicht sowohl die Mobilien, sondern auch die Grundstücke der Gemeinschaft ohne Einwilligung der Kinder veräussern. Ausgenommen sind allein solche Veräusserungen, die einen Act der Liberalität unter Lebenden darstellen, oder zu dem Behuf vorgenommen werden, um eine Delicts- Quasidelicts- oder Bürgschaftsschuld zu erfüllen.[2]) Am weitesten aber geht in dieser Hinsicht das Stadtrecht von Noto.[3]) Es gewährt den Eltern bezüglich des gesammten Gemeinvermögens eine schlechthin unbeschränkte Veräusserungsbefugniss unter Lebenden.

§ 5.

IV. Rechte der Ehefrau am Gemeingut.

Wie sich dies aus der überwiegenden Stellung des Mannes als Vorsteher der Gemeinschaft ergiebt, kann die Frau einseitig ohne sein Zuthun keinerlei Veräusserung von Vermögensstücken der Gemeinmasse unter Lebenden gültig vornehmen.[4])

Von Todes wegen ist sie an sich befugt, über das ihr zustehende eine Drittheil durch Testament oder sonstige letztwillige Disposition zu verfügen.

Zu Gunsten der Kinder wird jedoch in mehreren unserer Stadtrechte[5]) diese Testirfreiheit der Mutter dahin eingeschränkt, dass sie allein über den ihr, an der fahrenden Habe der Gemeinsbhaft zustehenden Antheil letztwillig disponiren darf. Grundstücke unterliegen ihrer Testirbefugniss nur in dem Falle, wenn kein Mobiliarvermögen vorhanden ist, und auch dann nur in so weit, dass sie über die Hälfte des Werths ihres Antheils gültig soll testiren dürfen.

---

1) Palermo 40 vgl. hiermit cons. di Amalfi 11. 42. Sorrent. 42. 43.
2) Catania tit. 3 vgl. mit tit. 25 s. o. S. auch Corleone c. 7.
3) Noto 14.
4) Palermo 41. Messina 5. 27. Catania tit. 4. Syracus. 5.
5) Messina 5. Patti 16. Noto 1. Girgenti 3.

Abschnitt II. Die Institute des getrennten ehelichen Güterrechts.

§ 6.

I. Im Allgemeinen.

Von einem getrennten Güterrecht der Ehegatten konnte nach den vorstehend dargelegten Grundsätzen über die Gemeinschaft immer nur in Ermangelung von Kindern, oder so lange die Rede sein, als die Ehe noch nicht ein Jahr oder Jahr und Tag gedauert hatte. Allein in Syrakus, wo eine bloss particuläre Gütergemeinschaft mit der Geburt von Kindern eintrat, war für die Institute des ehelichen getrennten Güterrechts auch neben der Gütergemeinschaft Platz.[1])

Bei den Griechen, namentlich bei den in Palermo ansässigen, und allen denen, die dort nach griechischem Recht eine Ehe eingingen, trat die Gütergemeinschaft überhaupt nicht ein. Sie lebten stets in getrennten Gütern, dessen Institute von den entsprechenden im Rechte der Lateiner in mancher Hinsicht abwichen, in andern wieder damit übereinstimmten. Wir verweisen die Erörterung des griechischen ehelichen Güterrechts an den Schluss dieses Abschnittes. Dort werden auch die wechselseitigen Beziehungen zwischen ihm und dem getrennten Güterrecht der Lateiner festzustellen sein, soweit wir hierauf nicht schon vorher werden Rücksicht zu nehmen haben.[2])

Als Institute des getrennten ehelichen Güterrechts sind in den sicilischen Stadtrechten namentlich zwei: die dos und das dotarium von Bedeutung.[3]) Daneben findet sich lokal noch die donatio propter nuptias vor. Endlich, theils dem gemeinen,

---

1) S. oben S. 20. Ueber die zum Sondergut gehörenden Erbgüter (bona patrimonialia) konnten dort die Eltern frei verfügen, sie veräussern, beziehungsweise mit Schulden belasten, ohne auf etwaigen Widerspruch der Kinder Rücksicht nehmen zu müssen. Syrac. c. 5. S. jedoch wegen der „bona stabilia a parentibus in dotem collata" c. 10 und unten §. 7.

2) S. unten bei der donatio propter nuptias § 9.

3) Die in den Statuten des italischen Festlandes z. B. im Stadtr. von Bari Rubr. XII nr. 5 vorkommende, dem langobardischen Recht entstammende Morgengabe ist den sicilischen Statuten fremd. Die im Stadtrecht von Noto 41 erwähnte Sitte, Geschenke (xenia seu strenae) der jungen Ehefrau am Tage nach der Hochzeitsnacht, während diese sich noch im Ehebett befindet, darzubringen, hat mit der germanischen Morgengabe nichts

theils nur dem particulären sicilischen Recht gehören gewisse Vortheile an, die dem überlebenden Ehegatten aus dem Nachlass des andern verstorbenen Theils, oder doch aus dem, von beiden Ehegatten während der Ehe, bei sonst getrennten Gütern, gemachten gemeinsamen Erwerb zukamen.

§ 7.

II. Die Dos.

Obschon das Palermitanische Recht an Einer Stelle wegen der rechtlichen Natur der dos unzweideutig auf die Vorschriften des römischen Dotalrechts hinweist[1]), wird es sich gegenüber dem sonstigen Inhalt unserer Stadtrechte nicht bestreiten lassen, dass die dos, mit der wir es hier zu thun haben, nicht die wahre, eigentliche dos der Römer ist, sondern das Product einer Vermischung römischer und germanischer Rechtsbildung. Die Modificationen des römischen Dotalrechts lassen sich dahin zusammenfassen, dass auf die dos die germanischen Grundsätze über das, in die Verwaltung des Mannes übergehende, gesammte Illatenvermögen der Frau Anwendung fanden. Hieraus ergiebt sich zunächst negativ, dass dem Manne, anders als nach römischem Recht[2]), das Eigenthum der dos nicht zu Theil wurde. Wir

---

gemein. Es erhellt dies schon daraus, dass als Geschenkgeber dabei keineswegs der Ehemann, vielmehr seine, oder der Frau Eltern und Geschwister figuriren, ja früher sogar beliebige dritte Personen sich dabei betheiligten, bis dies aus Gründen der Sittlichkeit und des Anstandes bei Strafe verboten ward. Der Ursprung dieser Sitte dürfte auf Griechenland zurückweisen, wofür wenigstens der Name xenia spricht. Jene Geschenke haben gewisse Aehnlichkeit mit dem θεώρητρον des späteren byzantinisch. Rechts. Letzteres freilich kommt nicht nur in der Gestalt von Geschenken der Verwandten des Mannes vor, sondern als ein, von diesem selbst der Frau am Tage nach der Hochzeitsnacht gegebenes praeminum virginitatis, der Morgengabe entsprechend. S. Zachariae v. Lingenthal Geschichte S. 76. 77. Note 23.

1) Palermo 79 (80). Vgl. hier namentlich die Worte: „Licet maritus, et uxor tam de jure civili, quam etiam naturali ambo sint domini rei dotalis" vgl. mit l. 30 C. de jure dot. 5, 12 — „sive ex naturali jure ejusdem mulieris res esse intelligantur, sive secundum legum subtilitatem ad mariti substantiam pervenisse." Man vgl. ferner das aus dem Palermitaner R. abgeleitete St. R. von Corleone. Hier wird c. 17. 23 mit Bezug auf die Ehen der Lateiner geradezu gesagt, der Mann empfange die bona dotalia „secundum leges et jura communia."

2) l. 7 § 3 9 § 1 D. de jur. dot. (23, 3) l. 23 c. eod. (5. 12).

ersehen dies aus denjenigen Bestimmungen unserer Stadtrechte, welche sich auf die Befugniss der Frau, über die Dotalgüter zu testiren, beziehen.

Nach dem Rechte Palermos (43) soll die Frau innerhalb des ersten Jahres nach Eingehung der Ehe, mithin so lange, als bei kinderlos gebliebener Ehe vor Ablauf dieses Zeitraumes die Gütergemeinschaft noch nicht existent geworden, über die dos gültig zu testiren, nicht befähigt sein. Diese Vorschrift bekommt erst einen Sinn, wenn man davon ausgeht, dass nach Meinung des Gesetzgebers der Mann mit Eingehung der Ehe Eigenthümer derselben nicht werden sollte. Ohnedem würde sich der Mangel der Befugniss, über die dos, wie überhaupt, so letztwillig zu verfügen, auf Seiten der Ehefrau von selbst verstanden haben.

Andere sicilische Stadtrechte räumen der Frau das Recht zu testiren, bezüglich gewisser Gegenstände oder Theile der dos ein.[1]) Soweit sie ihre Testirfreiheit einschränken, hat dies seinen Grund nicht in dem Eigenthum der Frau an der dos. Massgebend waren vielmehr Rücksichten auf dritte Personen, welchen im Falle des Todes der ersteren an den Dotalsachen Erb- oder Rückfallsrechte zustanden, die ihnen nicht entzogen werden sollten.[2])

Im Erbrecht werden wir hierauf näher einzugehen haben.[3]) Im Einklang mit dem, hiernach der Frau, und nicht dem Manne an den Gegenständen der dos zuerkannten Eigenthumsrecht, stehen verschiedene, auf Einschränkung des Verfügungsrechtes des letzteren bezüglich derselben abzielende Verordnungen. In Palermo[4]) haftet die dos für keinerlei vom Manne einseitig contrahirte Schulden, anscheinend selbst nicht einmal dann, wenn die Frau die vom Manne eingegangenen Verpflichtungen ihrer Seits genehmigt hat. Wenigstens scheint im letzteren Falle ihre Mitverhaftung dann ausgeschlossen gewesen zu sein, wenn die von der Frau mit übernommene Obligation in Handlungen ihren Grund hatte, die allein vom Manne herrührten z. B. in Delicten, deren alleiniger Urheber er gewesen. Nicht so weit gehen in dieser Hinsicht die Rechte von Syrakus und

1) Messina 12. Catania tit. 16. 17 Noto 4. Patti 23.
2) Vgl. hier namentlich Catania tit. 16.
3) S. unten § 29.
4) 79 (80).

Noto.[1]) Hier wird die Nichtverhaftung der dos bloss für Bürgschaften ausgesprochen, welche der Mann für dritte Personen in deren Civil- oder Criminalprocessen übernahm. In Patti (43) wird anderer Seits bei kinderloser Ehe die Verpflichtung der Frau neben dem Manne aus allen Obligationen statuirt, deren Eingehung im Interesse beider Ehegatten nothwendig oder nützlich waren.

Aus der Gleichstellung der dos mit den gesammten Illaten der Frau folgt ferner, dass ein besonderer, zur Tragung der Ehelasten als solcher bestimmter Theil des Frauenvermögens dem Güterrechte der sicilischen Städte unbekannt war. Damit aber war die Möglichkeit einer dos im engeren und eigentlichen Sinne der Römer ausgeschlossen. Unter dos wird vielmehr das gesammte, von der Frau in die Ehe eingebrachte Vermögen verstanden, im Gegensatze zu dem, auf Zuwendungen des Mannes beruhenden dotarium, beziehungsweise der donatio propter nuptias.[2]) Waren sonach ihre Illaten schlechthin der Verwaltung und Verfügung des Mannes unterworfen, so durfte die Frau auch nicht einseitig darüber unter Lebenden verfügen, noch konnte sie das Ihrige ohne Zustimmung des Mannes mit Schulden belasten. Einzig und allein in dem Falle, wenn es sich in Abwesenheit des Mannes darum handelte, diesen oder ein Kind aus feindlicher Gefangenschaft zu befreien, wird ihr im Rechte von Catania (tit. 15) nicht bloss bei obwaltender Gütergemeinschaft, sondern auch bei getrennten Gütern, die Möglichkeit, sich einseitig gültig zu verpflichten, offen gelassen.

Mehr in Uebereinstimmung mit dem römischen Recht, dessen Einfluss sich hier nicht verkennen lässt, stehen die Vorschriften über die Veräusserung des fundus dotalis und über die Restitution der dos bei Auflösung der Ehe.

Was zuvörderst die Dotalgrundstücke anbetrifft, so wiederholen mehrere unserer Stadtrechte[3]) das römische Veräusserungsverbot: mit der Massgabe, dass selbst bei erfolgter Zustimmung der Frau und beiderseitigem Consense der Eheleute eine Veräusserung des fundus dotalis schlechthin verboten und nichtig. Allein im Falle echter, durch gerichtliche causae cognitio fest-

1) Syracus. 12. Noto 20.

2) Palermo 79 (80). Catania tit. 5.

3) Messina 13. Syracus. 10. Noto 19. Patti 70 cf. pr. J. quib. al. (2, 8) l. un. § 15 C. de rei ux. act. (5, 13).

zustellenden Noth wird von diesem Veräusserungsverbot im Anklang an germanische Rechtsanschauungen abstrahirt.[1]) In Syrakus (10) galt überdies das Veräusserungsverbot nur bei kinderloser Ehe, also nicht neben der, mit der Geburt von Kindern eintretenden particulären Gütergemeinschaft.

Bei Auflösung der Ehe durch des Mannes Tod gelangt die dos in den Besitz der Frau.[2]) Zur Sicherung ihrer Restitutionsansprüche bezüglich derselben wird ihr in Catania[3]) in Uebereinstimmung mit dem römischen Recht, ein gesetzliches (stillschweigendes) Pfandrecht, am Vermögen des Mannes beigelegt. Die Rückgabe in natura soll an sie selbst dann erfolgen, wenn die ganze dos, oder doch die Dotalgrundstücke dem Manne seiner Zeit gegen eine Taxe übergeben wurden. An Stelle der zur Zeit der Auflösung der Ehe nicht mehr vorhandenen Sachen muss ihr der Taxwerth derselben erstattet werden.[4]) Etwaige Meliorationen der Liegenschaften musste sie ihrer Seits den Erben des Mannes ersetzen. In Catania griff jedoch hier das Recht der fränkischen tertia ein, dessen wir weiterhin noch zu gedenken haben werden; und in Syrakus sowie in Noto wurde der Werth der Besserungen zwischen der Frau und den Erben des Mannes halb und halb getheilt.[5]) Auch hierauf wird unten noch einmal zurückzukommen sein.

Stirbt die Frau, so fällt die dos an den Besteller derselben zurück, mithin, wenn die Frau aus eigenem Vermögen dotirt ist, an deren gesetzliche, oder, auch, soweit sie hierüber letztwillig verfügen durfte, an ihre Testamentserben, sonst aber an den dotans extraneus oder dessen Rechtsnachfolger.[6]) Nach dem Rechte von Syrakus, wo, wegen der bloss particulären Gütergemeinschaft, eine dos auch bei, mit Kindern gesegneter Ehe vorkommen konnte, wird man die letztgedachte Möglichkeit des Heimfalles derselben an einen dritten Besteller auf den Fall kinderloser Ehe einzuschränken haben. Die beweglichen

---

1) Messina 13. Syracus. 10. Noto 19. Patti 70.

2) Palermo 43. in fine. Messina 12. Catania 18. Syracus. 16. Caltagirone 30. Noto 4. Patti 22. Lipari 15.

3) Catania tit. 13.

4) Catania tit. 18. Caltagirone 30. Syracus. 16.

5) Syracus. 17. Noto 47.

6) Palermo 43. Messina 12. Catania tit. 14. Lipari 16. Girgenti 7.

Sachen sind vom Manne der Regel nach sofort nach erfolgter Auflösung der Ehe mit dem Tode der Frau in dem Zustande zurückzugeben, in dem sie sich in diesem Momente befinden, mögen sie ihm bei Bestellung der dos gegen eine Taxe oder ohne solche übergeben worden sein.[1])

Für die Abnutzung oder den gänzlichen Verbrauch der zur eigentlichen Aussteuer (arnesium) im engeren Sinne gehörenden, oder solcher Gegenstände, die der gemeinsamen häuslichen Einrichtung beider Ehegatten zu dienen bestimmt sind, hat der Mann nicht aufzukommen.[2]) Das Gleiche galt in Syrakus (16) und in Noto (4) von den Schmucksachen der Frau (jocalia franz. joyaux). Sie waren nur, so weit sie vorhanden, zurückzugeben; und die von ihm während der Ehe der Frau geschenkten Kleider (indumenta) darf er in Syrakus sogar schlechthin für sich behalten. Im Uebrigen musste der Mann alle, nicht mehr in natura vorfindliche bewegliche Habe nach Jahresfrist dem Werthe nach ersetzen. Baares Geld musste in Noto (4) sogar schon nach sechs Monaten erstattet werden. In wie weit hiervon dem Manne in Syrakus ein Antheil zugestanden ward, werden wir weiter unten sehen. Die Dotalgrundstücke sind ebenfalls der Regel nach in natura, sofort nach Auflösung der Ehe, an die Erben der Frau, oder an den dritten Besteller der dos herauszugeben.[3]) In Catania behielt der Mann den fundus aestimatus und hatte nur dessen Schätzungswerth zu erstatten.[4]) Bezüglich der etwaigen Verbesserungen der zur dos gehörigen Immobilien gehen unsere

1) Palermo 43 vgl. mit Corleone 4. 5. Messina 14. Catania tit. 15. Syracus. 16. Patti 56. Der hier für Bezeichnung der Aussteuer der Frau gebrauchte Ausdruck arnesium (italien. arnese) bedeutet eigentlich apparatus bellicus und hängt etymologisch mit dem deutschen Wort: Harnisch (französ. harnois) zusammen, erhält dann aber auch den weiteren Sinn von Ausstattung im Allgemeinen. S. Du Cange verb. arnesium.

2) S. die vorige Note. In Streitfällen entschied darüber, was zu den Gegenständen des arnesium gehörte und der Abnutzung durch den gewöhnlichen Gebrauch unterlag, richterliches Ermessen. Catania tit. 15. Lediglich als ein Luxusgesetz ist die hier tit. 70 getroffene Verordnung anzusehen, wonach das arnesium den Werth von 34 Unzen Goldes nicht übersteigen durfte, widrigenfalls bei Restitution der dos der Mann das darüber hinaus Gegebene für sich sollte behalten dürfen.

3) Messina 14. Catania tit. 15. S. jed. die folg. Note. Syracus. 16. Noto 4. Patti 66.

4) Catania tit. 18.

Stadtrechte auseinander. In Messina (14) und Patti (66) konnte der Mann regelmässig keinen Ersatz der Meliorationen verlangen, hatte dafür aber auch nicht für Verschlimmerungen der Dotalgrundstücke aufzukommen. Nur wenn er auf dem, bei Bestellung der dos ihm als leere Baustelle überwiesenen Grundstück während der Ehe ein Gebäude errichtet hatte, waren ihm die hierauf verwandten nothwendigen und nützlichen Impensen zu erstatten.[1]) Nach Catanischem Recht (tit. 18) kommt hier der, an die Erben übergehende Anspruch der Frau auf die fränkische tertia zur Geltung, deren späterhin zu erwähnen sein wird. Hier sei nur bemerkt, dass diese selbst dann Anwendung fand, wenn es sich um einen fundus aestimatus handelte, der in natura dem Manne verblieb, wofern er die Frau überlebte.

Endlich, in Syrakus und Noto werden, ebenso wie im Falle des Ueberlebens der Frau bei Trennung der Ehe durch den Tod des Mannes, auch in dem andern Falle, wenn die Frau vor dem Manne hinscheidet, die Verbesserungen der Dotalgrundstücke halb und halb zwischen dem Manne und den Erben der Frau getheilt.[2])

§ 8.

III. Das dotarium.

Dem französischen douaire, welches seine Entstehung einer Combination der fränkischen dos (dem Muntschatz der Volksrechte) und der Morgengabe verdankt[3]), entspricht in den sicilischen Stadtrechten das dotarium.[4]) Es ist eine Zuwendung des Mannes an die Frau, welche unter Lebenden bei Eingehung der Ehe stattfindet, und die Bestimmung hat, für den Fall seines Todes ihr als Wittwenversorgung (Witthum) zu dienen.[5]) Die Bestellung des dotarium, welches in Catania (tit. 13) nicht mehr als den fünften Theil der dos ausmachen durfte, konnte in zwiefacher Weise geschehen.

1) Messina 14.

2) Hiervon später § 10.

3) Ginoulhiac, Histoire du régime dotal p. 207—213. Schröder, Gesch. des ehel. Güterr. I, S. 91.

4) Palermo 41. 43. Messina 12. Catania 13. Noto 4. Patti 23. Lipari 16.

5) Vgl. Warnkönig und Stein Franz. R. Gesch. II S. 254 ff.

Entweder wurde das zum dotarium bestimmte Gut aus dem Vermögen des Mannes in das der Frau, jedoch unbeschadet des ehemännlichen Niessbrauchs- und Verwaltungsrechtes förmlich übertragen; oder aber, die Frau bekam nur einen, durch ein Pfandrecht an den Gütern des Mannes gesicherten Anspruch auf Ueberlassung eines, zu ihrem Witthum bestimmten Theils seines Vermögens nach erfolgtem Ableben desselben.[1])

In beiden Fällen aber erlischt das dotarium, wenn die Frau vor dem Manne verstirbt.[2]) Es gilt daher das Eigenthum an den etwa bereits der Frau bei Lebzeiten des Mannes übereigneten Gegenständen als ein revocables, welches in gedachtem Falle an den letzteren wieder heimfällt. Nur in Palermo (43)[3]) konnten, wie es scheint, unter Umständen auch die Erben der Frau gegen den überlebenden Mann Anspruch auf das dotarium erheben, und gingen desselben allein verlustig, wenn bei Eingehung der Ehe ausgemacht war, dass die noch ausser dem dotarium der Frau vom Mann bestellte Eheschenkung (donatio propter nuptias) der letzteren, beziehungsweise deren Erben zu absolutem und unwiderruflichem Eigenthume zufallen solle.

Ebenso wie die dos, unterlag auch das dotarium der Verwaltungsbefugniss des Mannes. Veräussern durfte er die zum Witthum der Frau bestimmten Güter indessen nicht anders als mit ihrer Zustimmung.[4]) In Palermo galt überdies auch die Nichtverhaftung derselben für die vom Manne contrahirten Schulden.[5]) Nach Catanischem[6]) Rechte hat die Frau auch bei nicht ausdrücklicher Zusicherung derselben durch den Ehemann einen Anspruch auf das dotarium in Höhe des oben angegebenen Satzes der dos. Zur Sicherung derselben wird ihr, analog dem bei dieser geltenden Pfandrecht, eine stillschweigende Hypothek am gesammten Gattenvermögen zugeschrieben.

Die sehr fragmentarischen Verordnungen unserer Stadtrechte über dieses Institut wären hiermit erschöpft.

---

1) Palermo 41. 43. Catania tit. 13.

2) Messina 12. Noto 4. Lipari 16. Girgenti 7.

3) cf. die, übrigens ziemlich unklar gefasste Bestimmung in c. 4 des Corleonischen Tochterrechts: „Si donatio facta fuerit — in eo casu extinguitur", wo der Text offenbar verderbt ist. S. im übrigen ibid. c. 5.

1) Palermo 41.

2) ibid. 79.

3) Catania tit. 13.

§ 9.

IV. Die donatio propter nuptias.

Das Palermitanische Recht kennt neben dem dotarium auch noch die donatio propter nuptias [1]) (Eheschenkung). Dass dieses Institut seine Aufnahme in das eheliche Güterrecht der lateinischen Bewohner Palermos dem Einflusse des Rechts der dort lebenden Griechen verdankte, wird sich füglich nicht bezweifeln lassen. Es spricht hierfür der Umstand, dass die donatio propter nuptias in keiner der andern sicilischen Städte Geltung gefunden hat, als eben allein in Palermo, wo man dem griechischen Sonderrechte besondere Beachtung geschenkt und dieses zum Gegenstande eigener stadtrechtlicher Verordnungen gemacht hatte. Ferner aber ist dem Rechte Palermos auch sonst die Erscheinung einer wechselseitigen Beeinflussung des griechischen und lateinischen Rechts in einem gewissen Masse eigenthümlich. Ebenso wie einer Seits das dem lateinischen Rechte angehörende Institut des dotarium in das Recht der Griechen überging [2]), ward hinwiederum aus dem letzteren in das Güterrecht der Lateiner das, in dem römischen Rechte wurzelnde, von den Griechen conservirte Institut der Eheschenkung hinübergenommen.

Die sehr dürftigen Bestimmungen lassen sich, soweit sie das Recht der Lateiner betreffen, in Kürze dahin zusammenfassen:

Die donatio propter nuptias wird der Frau bei Eingehung der Ehe entweder widerruflich oder unwiderruflich vom Manne bestellt. Stirbt die Frau, ehe und bevor die Gütergemeinschaft eintritt, so fällt die ihr bloss widerruflich zu Theil gewordene Eheschenkung an den letzteren zurück. Die unwiderruflich gegebene gelangt dagegen an ihre Erben, welche sie gewissermassen als Entschädigung für das ihnen in diesem Falle entgehende dotarium erhalten. [3])

Beim Ableben des Mannes vor Ablauf eines Jahres, be-

---

1) Palermo 43. Das Stadtrecht von Corleone 5 stimmt auch hierin mit seinem Mutterrecht überein.

2) S. hierüber unten § 11.

3) Palermo 43. S. oben § 38.

ziehungsweise von der Geburt von Kindern lucrirt die überlebende Frau die donatio propter nuptias einzig und allein dann, wenn sie ihr bei Eingehung der Ehe zu absolutem und unwiderruflichen Eigenthum constituirt worden war. Andernfalls muss sie sich, abgesehen von ihrer dos, mit dem dotarium begnügen.[1])

Die Eheschenkung haftet nicht für die vom Manne contrahirten Schulden. Der Gegenstand derselben durfte daher vermuthlich auch nicht einseitig von ihm veräussert werden.[2])

§ 10.

V. Das Güterrecht von Todeswegen. Die Errungenschaft.

Es erübrigt jetzt noch die Erörterung der in unsern Stadtrechten vorkommenden, mehr oder weniger singulären Ansprüche, welche der überlebende Ehegatte gegenüber dem Nachlass des verstorbenen an einzelnen Gegenständen desselben, oder auch hinsichtlich der, von beiden Ehegatten, bei sonst getrennten Gütern, während der Dauer der Ehe gemachten gemeinsamen Erwerbungen erheben durfte.

1) Das Recht des überlebenden Ehemannes auf das Ehebett.

Dem gemeinen sicilischen Stadtrechte gehört die Bestimmung an, dass der Ehemann im Falle des Ablebens der Frau aus deren beweglicher Dotalhabe das Ehebett nebst Zubehör oder auch nur gewisse einzelne Stücke desselben an Bett- und Leinenzeug bei der Restitution der dos zurückbehalten darf.[3])

Ursprung dieses Rechts ist germanisch. Es entspricht ihm der im deutschen, insbesondere im fränkischen Recht vorkommende Vorbehalt des Mannes an einzelnen Stücken der weiblichen Gerade. Als die nächste Rechtsquelle, aus welcher dasselbe in die sicilischen Stadtrechte übergegangen ist, dürfte auch hier wieder das bretagner Recht anzusehen sein.[4])

---

1) ibid.

2) Vgl. c. 43 mit c. 41.

3) Palermo 43. Messina 12. Catania tit. 15. Noto 4. Caltagirone 30. Patti 23. Lipari 16. Girgenti 7.

4) cap. Chlodovechi pacto leg. Salic. addit. c. 8 (Mon. leg. 2, 3. Lex Salic. ed. Merkel 72) — „duas partes dotis recoligant et dua lectaria demittant" vgl. Schröder, Gesch. d. ehel. Güterr. I, S. 173. Grimm, R. Alterth.

Die très ancienne coustume de Bretaigne bestimmt: wenn die Ehe nicht Jahr und Tag gedauert habe, so dass keine Mobiliargemeinschaft eintrat, solle beim Tode der Frau der hinterbleibende Ehemann das Bett derselben erhalten.[1])

Die Mehrzahl unserer Stadtrechte macht übrigens diesen Anspruch davon abhängig, dass der Mann die Frau auf eigene Kosten begraben lässt.[2])

2) Die tertia, und das Recht auf die Hälfte der Errungenschaft.

Von bloss lokaler Geltung waren die, dem einen, beziehungsweise beiden Ehegatten zustehenden Ansprüche auf den, von ihnen während der Dauer der Ehe, bei sonst getrennten Gütern, gemachten gemeinsamen Erwerb. In Catania erhielt die Frau, oder deren Erben, selbst im Falle kinderloser Ehe, mithin auch bei nichtstattfindender Gütergemeinschaft, den dritten Theil von dem, in der Ehe von beiden Eheleuten gemachten Erwerb (bona acquisita), während die übrigen zwei Drittheile der Errungenschaft an den Mann oder dessen Erben gelangten.[3]) Da auch die Meliorationen des fundus dotalis als erworbenes Gut angesehen wurden, ergab sich hieraus die Verpflichtung des überlebenden Theils, den Erben des andern, je nachdem, ein oder zwei Drittheile ihres Werths zu vergüten.[4])

S. 580. „Dit gehöret in dat gerade — alle geschneden laken to frawenklederen alle bedde, utgescheden ein bedde sall man dem manne to maken und twee laken darauf decken." — (v. Steinen, Westphäl. Geschichte 2, 83. 84) ibid. S. 580—581. „Folget wat in een gerade gehört. — alle de bedde, so op der weer sin, unterhalf dat beste bedde, dat moet to gespreiet werden, als de man met sin vrouw darop geschlapen heft, met een par laken op dat reck bi dat bedde" cf. Sachsenspiegel III, 38. § 5.

1) ch. 206. — „s'il est ainsi que l'homme ou la femme n'ayent esté par an et jour en mariage ensemble — si le mary demouroit, il auroit le lict de sa femme."

Von italienischen Rechtsquellen vgl. man Consuetudini di Sorrentino Rubr. 86.

2) Messina 12. Catania tit. 15. Noto 4. Patti 23. Lipari 16. Girgenti 7.

3) tit. 16. Ueber dieses ihr Drittel an der Errungenschaft kann übrigens die Frau schon bei Lebzeiten des Mannes frei testiren.

4) tit 18. Dass selbst der fund. dot. aestimatus nicht immer an die Seite des Mannes fiel, sondern nur dann, wenn er die Frau überlebt, ist oben S. 37 bemerkt worden.

Die Entstehung dieses Anspruches der Frau auf den dritten Theil der Errungenschaft ist zweifellos aus der fränkischen tertia collaborationis herzuleiten.[1]) Obwohl mit dem Institut des dotarium verwandt, unterscheidet es sich im Catanischen Rechte, von anderm abgesehen, dadurch von jenem, dass, während letzteres seinem Betrage nach in einem gewissen Verhältniss zur dos stehen musste (tit. 13)[2]), dieses allein sich auf die Errungenschaft der Eheleute bezog und davon einen bestimmten, den dritten Theil für sich erforderte. Auffallend ist die, dem Catanischen Rechte eigene Normirung dieser fräulichen Gerechtsame auf ein Drittheil des gemeinschaftlichen Erwerbs der Eheleute bei übrigens, in Ermangelung von Kindern, dort ausgeschlossener Gütergemeinschaft. Ist doch sonst den sicilischen Stadtrechten, soweit nicht die Rücksicht auf die Kinder und deren Theilnahme an der Gemeinschaft in Frage kommt, nicht Drittheils- sondern Halbtheilungsrecht charakteristisch.[3]) Man darf deshalb wohl vermuthen, dass wir es in vorliegenden Falle mit einer Reminiscenz an das, im älteren fränkischen Recht anerkannt gewesene Drittheilsrecht zu thun haben, welches später, bei weiterer Ausbildung der Gütergemeinschaft auf die Hälfte des beiderseitig gemachten Erwerbes ausgedehnt ward und nur in dem Falle auf ein Drittheil reducirt blieb, wo den Kindern eine Theilnahme an derselben zugeschrieben wurde.[4])

Auf ähnlichen, der Errungenschaftsgemeinschaft entlehnten Principien beruht die Verordnung in den Rechten von Syrakus und Noto, wonach die Verbesserungen der Dotalgrundstücke ihrem Werthe nach halb und halb zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des verstorbenen zu theilen sind.[5]) Desgleichen ist hierauf die, allein im Syrakusaner Rechte (16) statuirte Wahlbefugniss der überlebenden Ehefrau zurückzu-

1) S. oben S. 22 Note 1 und dazu Schröder, Gesch. des ehel. Güterrechts I S. 89 ff.

2) Nicht mehr als $^1/_6$ derselben. S. oben S. 37.

3) S. oben S. 7. 8. und unten im Text.

4) S. oben S. 22. 23.

5) Syrac. 17. Noto 47. Das Eintreten dieser Art von Errungenschaftsgemeinschaft war übrigens weder von der Geburt von Kindern noch von Ablauf einer bestimmten Zeit (1 Jahr oder Jahr und Tag) abhängig. Die daraus folgenden Ansprüche wurden vielmehr schon vom Momente der Eheschliessung an existent. Auch hierin unterscheidet sich, von anderm

führen, vermöge dessen es dieser frei stand, statt der Herausgabe ihres baaren Dotalvermögens (pecunia dotalis) die Hälfte der Errungenschaft zu fordern. Dem Rechte von Girgenti (12) endlich gehört die Bestimmung an, dass bei kinderloser Ehe alle, den Eheleuten während der Dauer derselben aus unverhofften Glücksfällen zufallenden Gewinnste von Todeswegen zwischen dem überlebenden Theil und den Erben des verstorbenen, denen indess die Kosten seines Begräbnisses zufallen, halb und halb getheilt werden sollen.

3) Das Recht des Mannes auf ein Viertel der pecunia dotalis, und der diesem entsprechende Anspruch der Frau.

In keinerlei Verbindung mit dem Rechte an der Errungenschaft steht ein anderer, singulärer Anspruch, welchen das Syrakusaner Recht dem überlebenden Manne einräumt. Gewissermassen als Entschädigung für die, von ihm getragenen Ehelasten darf dieser den vierten Theil des baaren, der Frau zur dos bestellten Geldes bei deren Restitution für sich zurückbehalten.[1]) Ein späteres Gesetz König Friedrich III von Sicilien gab, diesem Rechte des Mannes entsprechend, der kinderlosen Frau das Recht auf einen, dem Betrage des Dotalgeldes gleichkommenden Theil des ehemännlichen Nachlasses.[2])

Bei oberflächlicher Betrachtung könnte man versucht sein, dieses Recht des Mannes auf den vierten Theil des Dotalgeldes, beziehungsweise den, diesem correspondirenden Anspruch der Ehefrau, mit dem Institut der quarta des langobardischen Rechts in Zusammenhang zu bringen, welches dort aus einer Verbindung der meta und der Morgengabe hervorging.[3]) Diese Annahme würde jedoch schon dadurch ausgeschlossen, dass, während die langobardische quarta das Recht der Frau an einem Theil des Mannesvermögens zur Grundlage hat, das Syrakusaner Recht umgekehrt vom Rechte des Mannes auf einen Theil des Frauengutes ausgeht. Ward später analog auch der Frau ein Anspruch auf einen gewissen, dem baaren

---

abgesehen, diese blosse Errungenschaftsgemeinschaft von der allgemeinen, wie der particulären Gütergemeinschaft im Rechte der sicilischen Städte, und von Syrakus insbesondere.

1) Syracus. 16.

2) Syracus. 48.

3) Schröder, Gesch. des ehel. Güterr. S. 84—89.

Dotalvermögen entsprechenden Antheil an der ehemännlichen Hinterlassenschaft gegeben, so geschah dies lediglich aus Gründen der Billigkeit, und aus dem Gefühl, dass ausgleichende Gerechtigkeit hier geboten sei [1]), nicht etwa in Folge einer irgend nachweislichen Einwirkung des langobardischen, oder eines sonstigen auswärtigen Rechts. Es bleibt daher wohl nichts übrig, als die Entstehung jener singulären Ansprüche dem rein lokalen Gewohnheitsrecht von Syrakus zuzuschreiben.[2])

4) Das Recht der Wittwe, zwischen der Hälfte des Gemeingutes und ihrer dos zu wählen.

Ist der Antheil der Kinder am gemeinsamen Vermögen mit deren Tode an die Eltern zurückgefallen, so tritt, wie bereits erwähnt, unter den Ehegatten Halbtheilung des Gemeingutes ein. Stirbt demnächst der Mann, so fällt an und für sich die eine Hälfte des Vermögens seiner überlebenden Ehefrau, die andere seinen Intestat- oder Testamenterben zu. Nach dem Rechte Messinas[3]) soll aber in diesem Falle die Wittwe befugt sein, zu wählen, ob sie die Hälfte des Gemeingutes für sich nehmen, oder unter Verzicht hierauf ihre dos zurückfordern will. Der Ursprung dieses Wahlrechts der Wittwe darf auf französisches Particularrecht zurückgeführt

---

1) Vgl. in dem angeführten c. 48 die Worte: „non aequa und quia — equalis est conditio recensenda."

2) Noch die meiste Aehnlichkeit haben diese mit dem *χάσσος ἐξ ἀπαιδίας* im Rechte der Ecloga der byzantinischen Kaiser Leo und Constantin (Ecl. II, 4. 10 Epan. XIX, 5. 7). Hiernach konnte nämlich, wenn keine Kinder vorhanden waren, der überlebende Mann beim Tode der Frau ein Viertel der dos und donatio propter nuptias für sich behalten, während die Frau im gleichen Falle aus dem ehemännlichen Gute soviel lucrirte, als der vierte Theil des *προικοϊπρόβολον* (d. h. der dos und don. propt. nupt. zusammen genommen) betrug. S. Zachariae von Lingenthal, Gesch. S. 65. 69). An irgend eine Beeinflussung des Syracusaner Rechts durch das byzantinische ist aber um so weniger zu denken, weil gerade dieses Statutarrecht sich in weiterem Masse als andere sicilische Stadtrechte an das französische Recht anschliesst und von jeder Einwirkung des griechischen Eherechts frei zu halten gewusst hat (S. oben S. 21). Hiervon aber selbst abgesehen, findet sich auch im eigenen Sonderrechte der Griechen in Sicilien, zum wenigsten in Palermo, keine Spur von jenem *χάσσος ἐξ ἀπαιδίας*, obwohl wir darin anderweitigen Anklängen an das Recht der Ecloga begegnen (S. hierüber unten S. 46. 47).

3) Messina 9.

werden.[1]) Ebenfalls im französischen Rechte scheint die Befugniss ihre Quelle zu haben, welche andererseits den Erben des Mannes im genannten Falle eingeräumt wird. Diese sollen die auf die Hälfte der Ehefrau entfallenden Liegenschaften zu ihrem wahren Taxwerth von ihr anzukaufen berechtigt sein. Es lässt sich dieses Recht dem retrait my-denier vergleichen.[2])

§ 11.

Anhang: Das eheliche Güterrecht der Griechen.

Wie schon bemerkt wurde[3]), schliesst das eheliche Güterrecht der Griechen, über welches uns das Stadtrecht von Palermo Aufklärung giebt, die Gütergemeinschaft der Ehegatten schlechthin aus. Von den Instituten des getrennten Güterrechts kennt es ausser der dos und donatio propter nuptias auch das dotarium.[4]) Während dos und Eheschenkung römischen Ursprungs sind, ist das dotarium dem französischen Recht der Lateiner Palermos entlehnt, welches letztere seiner Seits wiederum dem Griechenrecht das Institut der Eheschenkung verdankt.[5])

Spricht die Thatsache der Reception des dotarium dafür, dass die Griechen sich den Einflüssen der lateinischen Rechtsbildung nicht gänzlich zu entziehen vermochten, so haben wir in ihrem Statutarrecht andererseits Modificationen des römischen Dotalrechts zu verzeichnen, bei welchen es dahin gestellt bleiben muss, ob und in wie weit diese auf germanischen, und speziell französischen Rechtsanschauungen beruhen, oder aber ihre Entstehung dem byzantinischen Rechte verdanken, dessen Geschichte in der Gesetzgebung der Ecloga der Isaurischen Kaiser

1) cf. Cout. von Angoumois (43—47), La Rochelle (46) und Xaintonge (80—92) Warnkönig und Stein R. Gesch. II S. 249.

2) Warnkönig und Stein a. o. O. II S. 579 Note 7.

3) S. oben S. 6.

4) Palermo 41. 47. Hiermit übereinstimmend Stadtr. von Corleone c. 5. Die bei den Griechen nach deren Sonderrecht dem Ehemann bestellte dos wird hier mit dem italienischen Beiwort alla grichisca c. 17 und 23 bezeichnet; im Gegensatz zu dem, bei den Lateinern geltend. ehelich. Güterrecht.

5) S. oben S. 39.

Leo und Constantin ein, vom römischen wesentlich verschiedenes eheliches Güterrecht aufweist.[1])

Wenn in c. 47 des Palermitaner Rechts, im Gegensatz zu dem gemeinen Recht, den griechischen Ehefrauen untersagt wird, über ihr Dotalgut während des ersten Jahres der Ehe unter Lebenden, wie von Todeswegen zu verfügen, so folgt hieraus, dass ihnen an und für sich die Dispositionsbefugniss über die dos von Todeswegen nicht abgesprochen werden sollte. Da nämlich diese anders, als bei den Lateinern, wo sie eventuell in die Gütergemeinschaft überging, nicht schon mit Ablauf des ersten Jahres der Ehe zu existiren aufhörte, musste hiernach die Frau für befugt gelten, über die Dotalsachen durch Testament zu verfügen, sobald nur das erste Jahr der Ehe verflossen war.

Damit aber ist hier die Annahme des Eigenthums des Ehemannes an den Dotalgütern der Frau, wie es das römische Recht statuirt, ausgeschlossen.

Nach der ganz allgemeinen Ausdrucksweise des citirten Capitels[2]) ist ferner zu schliessen, dass unter dos nicht ein besonderer, ad onera matrimonii ferenda bestimmter Theil des Frauengutes, sondern deren sämmtliche Illaten begriffen wurden. Dieser Auffassung des, in die Ehe gebrachten Frauenvermögens entspricht die, dem Griechenrecht Palermos eigenthümliche, vom Rechte der Lateiner wesentlich abweichende Ausdehnung des römischen Veräusserungsverbotes der lex Julia de fundo dotali auf das gesammte Dotalgut. Demgemäss durfte der Mann keinerlei Bestandtheile der dos, nicht bloss die Grundstücke, sondern ebensowenig auch die beweglichen Sachen, selbst mit Zustimmung der Frau, nicht veräussern, sondern war zu deren Erhaltung für alle Fälle (in omnem eventum) verbunden.[3]) Es erinnert dies an das System der Ecloga im byzantinischen Recht, dem zufolge der Mann zur unverminderten Bewahrung

---

1) Zachariae v. Lingenthal, Geschichte S. 67 ff.

2) Vgl. die Worte: „omnia bona dotalia, quae tempore contracti matrimonii a muliere marito sive mobilia fuerint sive stabilia tribuuntur."

3) C. 41. 47. übereinstimmend Corleone 5. In Corleone wurde dies Princip nur in so weit verlassen, als ebenso wie die lateinische, so auch die griechische Ehefrau mit ihrem Dotalgut in subsidium für die Bezahlung des, von ihrem Ehemanne geschuldeten Mieths-, Pacht-, oder Grundzins haften sollte c. 17. 23.

des gesammten, in der Ehe befindlichen Vermögens der Frau verpflichtet ist, in der Regel also nicht die Befugniss hat, über dessen Substanz zu verfügen.[1])

Die sonstigen, die dos betreffenden Vorschriften (47) stimmen im Wesentlichen mit denen des römischen Rechts überein. Stirbt die Frau vor dem Manne, so kehrt die dos an den Besteller zurück. Ist sie ganz oder theilweise während der Ehe consumirt, so muss der Mann für das Fehlende Ersatz leisten. Die noch vorhandenen Sachen sind von ihm in natura zurückzugeben, sofern es sich nicht um eine dos aestimata handelt. Letztere darf er gegen Erstattung des Taxwerthes behalten.

Beim Ableben des Mannes erhält die Frau ihre dos zurück. In wie weit sie ihrer Seits für die etwa consumirten Stücke derselben von den Erben des Mannes Ersatz zu verlangen hatte, ist nicht gesagt. Es ergiebt sich aber der Ersatzanspruch aus dem allgemeinen Princip, dass die dos für alle Fälle intact zu bewahren ist.

Ueber die rechtliche Behandlung der Eheschenkung (donatio propter nuptias) erfahren wir nur, dass sie beim Tode des Mannes, (in dessen Händen sie während der Dauer der Ehe blieb,) an die Frau gelangt (47). Und zwar scheint dieser das Alleineigenthum daran zugestanden zu haben, da nirgends erhellt, dass sie es mit den, etwa aus der Ehe hervorgegangenen Kindern theilen musste.[2]) Stirbt die Frau vor dem Manne, so fällt die Eheschenkung an diesen, als an den Besteller derselben (47). Was schliesslich das dotarium anbetrifft, so war dasselbe in gleichem Umfange, wie die dos der Veräusserungsbefugniss des Mannes entzogen: dergestalt, dass dieser, selbst mit ihrer Genehmigung, unter keinen Umständen irgend etwas davon gültig zu verkaufen, oder sonst zu veräussern im Stande war (41). Es erlosch mit dem Tode der Frau und kehrte in das Vermögen des Mannes zurück. Beim Hinscheiden des letzteren fiel es der Frau als Witthum zu, die hierauf noch, neben und ausser der donatio propter nuptias, Anspruch erheben durfte. Anderweite eherechtliche oder erbrechtliche Vor-

1) Zachariae v. Lingenthal a. a. O. 68. Die einschlagende Stelle steht Ecl. II, 3 „ἀδιάπτωτος καὶ ἀμαίωτος φαραφυλακὴ καὶ συντήρησις", womit die Worte Palermo 47 zu vergleichen: „omnia bona dotalia — in omnem eventum salva remanent mulieri."

2) mithin anders als nach R. R. Nov. 98 c. 1, 127 c. 3.

theile erwuchsen ihr dagegen aus dem Nachlasse des Mannes nicht, es sei denn, dass ihr solche im Ehevertrage ausbedungen, oder durch testamentarische Verfügung des verstorbenen zugewendet worden waren (47).

II. Capitel.
Das Verhältniss zwischen Eltern und Kindern.

§ 12.

I. In Betreff der Personen.

Die persönliche Seite des Verhältnisses zwischen Eltern und Kindern berühren die sicilischen Stadtrechte an zwei Punkten: die väterliche beziehungsweise elterliche Zustimmung zur Eheschliessung der Kinder, und die gegenseitige Alimentationsverbindlichkeit zwischen Kindern und Eltern.

Abweichend vom römischen [1]), und älteren germanischen [2]) Recht, wohl aber conform der, seit dem dreizehnten Jahrhundert in der Theorie der Kanonisten zur Herrschaft gelangten Ansicht [3]), war der väterliche, oder elterliche Consens kein wesentliches Erforderniss der Eheschliessung. Sein Mangel bedingt nicht die Ungültigkeit der von den Kindern eingegangenen Ehen.[4])

Immerhin waren mit der Verabsäumung der Einholung der elterlichen Erlaubniss zur Verheirathung für die Kinder vermögensrechtliche Nachtheile verbunden. Dies sprechen wenigstens einige unserer Stadtrechte ausdrücklich aus. So weit die Kinder an sich berechtigt wären [5]), bei oder nach

---

1) pr. I. de nupt. (1,10) l. 2. D. de rit. nupt. (23,2) l. 5. C. de nupt. (5,4) l. 20 C. eod.

2) Man vgl. Z. B. l. Alam. Hloth. 54, l Gregor. v. Tours 9, 33. „Quia sine parentum consilio eam conjugio copulasti, non erit uxor tua." E. Rothar. 193. Vgl. ferner Kraut, Vormundsch. I, S. 320 ff. Schröder, Gesch. d. ehel. Güterr. I S. 7.

3) Petr. Lombard. Lib. IV dist. 28 S. auch Innocenz IV ad c. 3 X qui matr. accus. poss. (4, 18) Walter, Kirchenr. § 291. Anders nach älterem K.R., das hierin dem R. u. älteren germ. R. folgte. Conc. Aurel. IV (651) c. 22. Paris III (557) c. 6. Turon. II (567) c. 20.

4) Catania tit. 19 (vgl. hierzu Com. des Nepita p. 199 nr. 85) Syracus. 7. 8 Noto 16. 17.

5) S. hierüber unten S. 58 ff.

ihrer Verheirathung die Herausgabe eines Theils ihres Vermögens vom Vater zu fordern, sollte nach den Rechten von Syrakus und Noto[1]) dieser Anspruch nicht geltend gemacht werden dürfen, wenn sie ohne seine Zustimmung heiratheten. Töchter, welche sich wider deren Willen aus dem Hause der Eltern entfernen und demnächst heirathen, verlieren überdies jedes Recht an dem, ihnen sonst zustehenden Vermögenstheil. Selbst nach des Vaters Tode können sie dessen Herausgabe weder von der Mutter, noch von den Geschwistern verlangen.[2]) Auch in Catania[3]) konnten die heirathsfähigen Töchter, wenn der Vater ihnen gerechtfertigter Weise seine Genehmigung zur Eheschliessung versagte, diesen nicht zur Herausgabe ihres Vermögens zwingen. Andererseits war ihnen dann, wenn er seine Zustimmung grundlos verweigerte, die Möglichkeit, zur Eheschliessung zu gelangen, dadurch eröffnet, dass sie auf Ergänzung des mangelnden Consenses antragen durften. Sie hatten dieserhalb fünf achtbare Verwandte von Mutter Seite anzugehen. Ertheilten diese ihre Zustimmung, welche übrigens zur Gültigkeit der Ehe an und für sich ebenso wenig erforderlich war, wie der väterliche, beziehungsweise elterliche Consens[4]), so hatte dies die Wirkung, dass der, sonst mit dem Mangel der väterlichen Zustimmung verbundene Vermögensnachtheil nicht eintrat. Der Vater war dann vielmehr gezwungen, ihnen ihr ganzes Vermögen ohne jeden Abzug auszuantworten.[5])

Die Verpflichtung des Vaters zur Alimentation der Kinder wird als selbstverständlich vorausgesetzt, so lange diese bei Lebzeiten beider Eltern, oder nach dem Tode der Mutter mit ihm zusammen leben. Es geschieht dieser Verbindlichkeit daher nur mit Rücksicht auf den Fall Erwähnung, dass die Kinder das Zusammenleben aufgeben und sich selbständig machen. Diejenigen unserer Stadtrechte, welche ihnen bei ihrem Aus-

---

1) Syracus. 7 Noto 16.

2) Syracus. 8 Note 17. Derselbe Verlust trifft sie übrigens hier auch dann, wenn sie, ohne zu heirathen, sich einem liederlichen Leben hingeben.

3) Catania tit. 19. Söhne konnten dagegen, wie es scheint, selbst in dem Falle, wenn sie gegen den Willen des Vaters sich verehelichten, die Ausantwortung ihres Vermögens verlangen cf. ibid. tit. 20 c. 1.

4) Nepita con. ad com. Catan. tit. 19 nr. 85.

5) Catania tit. 19.

scheiden aus dem elterlichen oder väterlichen Hause den Anspruch auf Ausantwortung eines Theils ihres Vermögens dem Vater gegenüber absprechen, verpflichten dafür den Letzteren zur Darreichung von Alimenten an die Kinder.[1]) Nach dem Rechte von Noto wurde hierbei vorausgesetzt, dass das, aus der Gemeinschaft ausscheidende Kind nicht im Stande sei, sich durch eigene Thätigkeit zu erhalten, oder aus den Einkünften eines, ihm etwa gehörigen Sondervermögens (peculium castrense vel quasi castrense, oder adventicium irregulare) seine Subsistenz zu bestreiten.

Hinwiederum waren auch die Kinder zur Alimentation bedürftiger Eltern verbunden. Zu dem Zwecke durfte in Catania selbst die Substanz des Kindergutes angegriffen werden, wozu jedoch richterliche Genehmigung einzuholen war.[2])

§ 13.

II. In Betreff des Vermögens.

Bei der Darstellung der ehelichen Gütergemeinschaft, welche wir zugleich als eine Vermögensgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern haben kennen lernen, ist die prävalirende Stellung des Ehemannes und Vaters als Familienhaupt und Herr der Gemeinschaft auch den Kindern gegenüber bereits in Betracht gezogen worden. Wir haben festzustellen gesucht, ob und in wie weit derselbe berechtigt war, über das Gemeingut mit der Wirkung zu verfügen, dass durch seine Dispositionen die Kinder mit ihrem Antheil am Gemeingut verpflichtet wurden. Bei Erörterung jener Frage wurde indessen der Fortbestand der Gütergemeinschaft sowohl unter beiden, noch als lebend gedachten Ehegatten, wie auch zwischen diesen und ihren Kindern vorausgesetzt.

Nunmehr haben wir diejenigen Rechtsverhältnisse nach ihrer vermögensrechtlichen Seite klar zu legen, welche eintreten, wenn die Kinder das Zusammenleben mit den Eltern aufgeben; oder aber wenn die Gemeinschaft in ihrem ursprünglichen Bestande dadurch alterirt wird, dass entweder der Vater oder die Mutter stirbt. Im letzteren Falle ist wieder zu unter-

---

1) Messina 49 Noto 7.

2) Catania tit. 22 Analog wird die hier ebenfalls statuirte Verpflichtung der Kinder zum Loskauf der Eltern aus feindlicher Gefangenschaft behandelt.

scheiden, ob die Kinder sich von dem hinterbliebenen Elterntheil trennen, oder ob der Wittwer, beziehungsweise die Wittwe zu einer zweiten Ehe schreitet, und damit das Band des bisherigen Gemeinlebens zwischen den Kindern der Vorehe und dem conjux binubus zerrissen wird.

Es fragt sich hier zunächst, ob die Eltern, so lange bei ihrem beiderseitigen Leben die eheliche Gütergemeinschaft unter ihnen besteht, zur Auftheilung des Gemeingutes mit den Kindern, die aus dem Elternhause scheiden, verpflichtet sind, um diese mit dem, ihnen gebührenden Theile abzuschichten.

Da ist nun zu constatiren, dass die sicilischen Stadtrechte in diesem Punkte von den Grundsätzen der nordischen, und zwar der älteren dänischen Rechtsquellen abweichen, von denen wir im übrigen gesehen haben, dass die darin anerkannte Gütergemeinschaft zwischen Ehegatten unter einander und mit ihren Kindern als die Urquelle der normannisch-sicilischen Gütergemeinschaft gelten darf.

„Ein Sohn, der in Gutsgemeinschaft ist mit Vater und Mutter", heisst es in Eriks Seeländischem Recht I, 7.[1]), „mag, grossjährig geworden und zu Verstand gekommen, wenn er sich eine Frau nehmen und sein eigner Herr sein will, herausgehen aus der Gemeinschaft mit einem Kopftheil (houaeth lot) von aller beweglichen Habe und von den gekauften Grundstücken. Aber von seines Vaters übrigen Grundstücken kann er nichts fordern, es sei denn, dass der Vater ihm etwas geben will."

Die hier anerkannte Abschichtungspflicht des Vaters, oder der beiden Eltern, den grossjährigen Kindern gegenüber, welche sich übrigens selbst in der eigentlichen Heimath jener, eigenthümlich gestalteten Gütergemeinschaft im Gebiete des älteren

1) Der altdänische Text (Samling af gamle Danske love, udgivne af Kolderup Rosenvinge II) lautet: „Worthaer son swa gamael innaen fathaers flaet ok mothaers . at han kombaer til aldaer ok til wit . ok wil sik frughae bithiae . ok wil with sit eghaet waerae . tha ma han af farae maeth sin houaeth lot i allae fae munae . oc i köpae jorth. Aen af hans fathaers jorth annaer . tha a hann ykky af at bethaes . num thaes at enae at father wil hannum giuae af." Vgl. Waldemar S. R. I, 1 § 1 u. Kjöbenh. St. R. (a. 1294) c. 91 v. Amira in v. Sybel's Histor. Zeitschrift N. F. III S. 252. 253; woselbst sich auch bezüglich der im älteren Schwed. R. geltenden Abschichtungspflicht Nachweisungen finden.

dänischen Rechts nicht überall zu behaupten vermochte[1]), begegnen wir auch in Süditalien an einzelnen Orten. So findet sich diese z. B. noch im Stadtrecht von Sorrent[2]) statuirt. Sie erleidet dort nur in so weit Einschränkungen, als diese durch die, den Kindern gegen die Eltern obligende Alimentationspflicht geboten erscheinen.

Im Gegensatz hierzu, dagegen in Uebereinstimmung mit andern italienischen Statuten, welche ebenfalls jene Abschichtungspflicht der Eltern fallen lassen[3]), stehen die sämmtlichen sicilischen Stadtrechte.[4]) Sie proclamiren für die Dauer des Lebens beider Eltern die Ausschliessung jeder, zwangsweise durchzusetzenden Verpflichtung derselben zur Auftheilung des Gemeingutes mit den majorennen Kindern, und deren Abschichtung mittelst Herausgabe des, ihnen hiervon zustehenden Drittels, beziehungsweise derjenigen Portion von letzterem, welche bei einer Mehrzahl von Kindern einem jeden einzelnen davon zukommt. Es galt dies anscheinend, — immer vorausgesetzt, dass beide Eltern noch lebten, — selbst in dem Falle, wenn die Kinder heiratheten und damit, dem, weiterhin zu er-

---

1) Man vgl. z. B. Lex Scaniae (Andr. Sun.) I, 10. — „Nec cogendus est pater emancipato aliquid de suis bonis supra sue voluntatis beneplacitum assignare."

2) Consuet. di Sorrentino Rubr. 43. „Quod si quis filius in aetate constitutus petit portionem in judicio patri et matri vel alicui ipsorum de bonis eorum, quod pater et mater, postquam fuerint legitime citati a filiis eorum de portione ipsas contingente de bonis dictorum patris et matris seu alicujus ipsorum, nullam alienationem facere possint de bonis ipsorum." Rubr. 68. „Quod si aliquis homo habet filium et filios, et ipsi filii vel aliquis ex eis portionem petunt sibi dari et assignari de bonis paternis et maternis a parentibus suis, et ipsi jugales vel aliquis ex eis non possunt commode vivere et substentari ex fructibus bonorum, quod non teneantur nec debeant in vita eorum dare et exhibere aliquam portionem de bonis eorum, maxime si ipsi jugales vel aliquis ipsorum sunt in senio constituti."

3) Stat. di Amalfi VI. — „pater non potest de bonis suis plus uni filio quam alteri donare seu legare: si pater pervenerit ad divisionem cum filiis tantum ex convenientia ipsorum, potest facere de portione sua quicquid voluerit sine contractione filiorum."

4) Palermo 48. Messina 1. 2. 3. Catania tit. 3. Noto 1. Caltagirone 24. Patti 29. Lipari 12 § 2. Girgenti 2. Ebensowenig waren in Syrakus, wo nur particuläre Gütergemeinschaft galt, die Eltern zur Ausstattung der Kinder aus den, den ersteren gehörigen Erb- und Sondergütern (bona patrimonialia) verbunden. Syracus. 5. 7.

wähnenden Princip zufolge, für emancipirt angesehen wurden.[1]) Sobald jedoch der Vater aus freien Stücken, sei es bei Gelegenheit ihrer Verheirathung, sei es ausserdem ihre Emancipation vornahm, war, wenigstens an einzelnen Orten[2]), für ihn damit zugleich die Verpflichtung verknüpft, sie abzuschichten und ihnen den aus der Gemeinschaft zustehenden Antheil auszuantworten.

Auf der andern Seite stand, wofern die Eltern diese Auftheilung wünschten und die Kinder abschichten wollten, diesem Vorhaben rechtlich kein Hinderniss entgegen. Nur musste, wenn die Abschichtung noch während der Minderjährigkeit der Kinder geschehen sollte, den letzteren ein Theilungscurator bestellt werden, um ihr Interesse den Eltern gegenüber wahrzunehmen.[3])

Die Theilung des Gemeingutes zwischen den Eltern und Kindern geschah in der Weise, dass von der Masse vorweg die Schulden in Abzug gebracht wurden. Den Kindern wurde demnächst ihr Antheil nur in Activis ausgeworfen, während die Passiva nach wie vor mit den, von den Eltern zurückbehaltenen Theilen des Gemeingutes verbunden blieben.[4])

Hatten so alle Kinder ihren vollen Antheil aus der Gemeinschaft erhalten, und war diesen demnach das ganze Kindesdrittheil ausgeantwortet, so hörte damit jede fernere Theilnahme derselben an der Gütergemeinschaft der Eltern auf. Das, was diesen hiernach vom Gemeingut übrig geblieben war, fiel ihnen fortan, ebenso wie Alles, was sie etwa nach der Abschichtung der Kinder dazu erwarben, allein und ausschliesslich zu, und zwar zu zwei gleichen ideellen Hälften.[5]) Neben und ausser der Auftheilung des gütergemeinschaftlichen Vermögens zwischen den Eltern und ihren sämmtlichen Kindern war es

1) S. unten § 14.

2) Caltagirone 24.

3) Catania tit. 3.

4) Catania tit. 3.

5) Messina 2 Noto 5 Patti 24 Lipari 17. Die hier zur Bezeichnung der Abschichtung der Kinder gebrauchten Zeitworte: „forisfamiliare" und „exfamiliare" gehören als technische Bezeichnungen dieses rechtlichen Vorganges den germanischen, insbesondere auch den anglonormannischen Rechtsquellen an. Vgl. Ranulphus Glanvilla tract. de legib. 7. c. 3. § 8. „Potest si quidem filius in vita patris sui ab eo forisfamiliari" ct. und dazu v. Amira, in v. Sybel's Gesch. Zeitschrift. N. F. III, S. 249 ff.

den ersteren freigestellt[1]), dem einen, oder dem andern Kinde, sei es der Tochter bei ihrer Verheirathung, sei es dem Sohne, welcher einen selbständigen Haushalt gründen wollte, eine Ausstattung zu geben. Diese war nicht sowohl aus dem Kindesdrittheil zu entnehmen, beziehungsweise aus der Quote, die hiervon auf das betreffende Kind entfiel, sondern aus den eigenen Antheilen der Eltern am Gemeingut.[2]) Die von der Ehefrau und Mutter aus ihrem Antheil zu gebende Ausstattung bedurfte daher, um gültig zu sein, der Zustimmung des Ehemanns. Wir haben anderwärts schon erwähnt, dass im Allgemeinen jedem der beiden Ehegatten, vornehmlich aber dem Ehemanne und Vater die Befugniss zustand, über die, einem jeden mit je einem Drittel am Gemeingut zustehenden Antheile sowohl unter Lebenden wie von Todeswegen zu verfügen. Dem entsprechend waren die Eltern bezüglich der, dem einzelnen Kinde zu gewährenden Ausstattung durch Rücksichten gegen die übrigen, im Hause verbleibenden Kinder nicht eingeschränkt. Sie konnten aus eigenem Vermögen und, abgesehen von dem, was diesem zusammen mit seinen Geschwistern vom Gemeingute zukam, dem auszustattenden Kinde so viel, oder so wenig geben, wie ihnen beliebte. Die übrigen Kinder vermochten einer Bevorzugung des emancipirten Kindes nicht wirksam zu widersprechen, noch durften sie etwa verlangen, dass ein jedes von ihnen an Ausstattung gleich viel erhalte. Letzteres wird in andern Rechtsquellen statuirt, und zwar in solchen, die entweder ebenfalls den Kindern ein förmliches Miteigenthum am Gute der Eltern, oder doch ein Erbenwartrecht vindiciren.[3])

---

1) Diese Dotation der Kinder durch die Eltern, insbesondere durch den Vater aus dem elterlichen, oder väterlichen Vermögen war eine durchaus freiwillige. Die Vorschriften des R. R. über die Dotationsverbindlichkeit des Vaters und der väterl. Ascendenten, wie über die gleiche, subsidiäre Obligation der Mutter fanden keine Anwendung.

2) Palermo 48. Messina 3. Catania tit. 5. Syracus 5. Noto 5. Caltagirone 33. Patti 25. Lipari 17. Girgenti 8.

3) cf. St. v. Amalfi VI — „pater non potest de bonis suis plus uni filio quam alteri donare seu legare." Aus älterer Zeit ist hier auf das langobardische Recht hinzuweisen, wo indessen in l. Liutpr. 113 (60) jener Grundsatz bereits modificirt erscheint. Von ausseritalischen R. Qu. ist hier namentlich wieder das seeländisch-dänische Recht anzuführen. In Eriks S. R. I, 7 wird, in unmittelbarem Anschluss an die, oben S. 51. Note 1. mitgetheilte Stelle, also fortgefahren: „Aen giuaer han nokaet sin sön . tha

In unsern Statuten war für eine derartige Beschränkung kein Raum. Die Kinder hatten hier kein, das gesammte elterliche Vermögen begreifendes und die elterlichen Dispositionsbefugnisse einschränkendes Recht. Statt dessen war ihnen ein bestimmter ideeller Antheil am Gemeingute von Zeit ihrer Geburt an vom Rechte zuertheilt. An diesem participirte wiederum ein jedes einzelne von ihnen mit der gleichen Quote. Dafür aber durften andererseits die Eltern auch die freie beliebige Verfügung über die, ihnen, abzüglich jenes Kindesdrittheils, verbleibenden anderweiten zwei Drittel für sich beanspruchen, so weit hier nicht zu Gunsten der Kinder vom positiven Rechte ausdrücklich Ausnahmen gemacht wurden.[1])

Wenden wir uns zu der Betrachtung der Sachlage, die sich darbietet, wenn mit dem Tode des einen, oder des andern der beiden Ehegatten die Gütergemeinschaft in der bisherigen Weise zu bestehen aufgehört hat. Wir fassen da zunächst die Rechtsverhältnisse in's Auge, welche zwischen den Kindern und dem überlebenden Vater, oder der Mutter Platz greifen.

Vorweg ist darauf hinzuweisen, dass, wenngleich die Gütergemeinschaft in der ursprünglichen Gestalt mit ihrem Miteigenthum von Mann, Frau und Kindern zu drei gleichen ideellen Antheilen in Folge des Ablebens und Ausscheidens des einen der beiden Eheleute aufgehoben ist, damit noch nicht ohne Weiteres auch die Vermögensgemeinschaft zwischen dem parens superstes und den nicht emancipirten Kindern ihr Ende erreicht.[2]) Diese wird vielmehr bis auf Weiteres fortgesetzt, nimmt aber eine, in mehrfacher Hinsicht von der früheren, bei Lebzeiten beider Ehegatten zwischen diesen und den Kindern bestandenen Gemeinschaft, verschiedene rechtliche Gestalt an. Schon was die Quotenverhältnisse der Miteigenthumsantheile anbetrifft, ist daran zu erinnern, dass, während der überlebende

skal hann hwaer sön giuae aem mykaet. aer af far. af sin jorth." (Und giebt er dem Sohne etwas davon [sc. von seinen, zum Sondergut gehörigen Erbgütern], so soll er einem jeden seiner Söhne gleich viel geben.) S. ferner Grand cout. anc. de Normendie ch. 36. „Len doibt sçavoir que quand le pere a plusieurs filz, il ne peut pas faire de son heritage l'un meilleur de l'autre — et ce qui a esté dict des fils, doibt aussi estre entendu de filles."

1) S. hierüber oben S. 31.

2) Palermo 39. 63. (vgl. auch Corleone 11) Messina 4. 6. Catania tit. 19. Syracus. 7. 8. 18. Noto 7. Caltagirone 25. 28. Patti 14. Lipari 12 § 3. Girgenti 1.

Ehegatte nach wie vor nur mit seinem einen Drittel betheiligt bleibt, den Kindern vom Gemeingut nun mehr regelmässig ein bei weitem grösserer ideeller Antheil zusteht. Neben dem, ihnen kraft eigenen Rechts ohnehin schon gehörigen einen Drittel besitzen sie jetzt, falls kein letzter Wille des verstorbenen Elterntheils vorliegt, auch noch das ihnen, ab intestato von jenem zugefallene Drittel. Sie participirten demnach in diesem Falle jetzt mit zwei Dritteln am Gemeingut. War aber der Vater oder die Mutter mit Hinterlassung eines Testaments verstorben, so gehörte den Kindern, wenn wir von dem Falle einer gänzlichen Enterbung abgesehen, doch ausser ihrem eigenen Kindesdrittheil immer noch so viel von dem Drittel des verstorbenen Elterntheils, als ihnen dieser hiervon letztwillig zugewandt hatte.[1]) Was sodann die Befugnisse des überlebenden Ehegatten innerhalb der von ihm mit den Kindern fortgesetzten Gemeinschaft anlangt, so behielt dieser zwar die Verwaltung und den Niessbrauch des, aus dem eigenen und dem Vermögen der Kinder zusammen bestehenden Gemeinguts. Seine Dispositionsfreiheit war aber, verglichen mit den Verwaltungs- und Verfügungsrechten, die bei Lebzeiten beider Eheleute vom Ehemanne allein, oder mit Zustimmung der Ehefrau bezüglich des Gemeingutes und des darin einbegriffenen Kindervermögens ausgeübt wurden, eine mehr eingeschränkte.

So war, wie wir oben sahen[2]), den Eltern, so lange beide noch lebten, die Veräusserung der gemeinschaftlichen Grundstücke in dem Falle gestattet, wenn die Kinder noch minderjährig waren. Dahingegen durfte nach dem Tode des einen, oder des andern von ihnen der überlebende Elterntheil die zum Vater- oder Muttererbe der Kinder gehörigen Grundstücke, bei noch nicht erreichter Grossjährigkeit derselben, nicht anders, als mit gerichtlicher, nach vorgängiger Prüfung der Sachlage zu ertheilender Genehmigung veräussern. Waren sie bereits majorenn, so war die Zustimmung der Kinder, wie erforderlich, so andererseits auch genügend. Allein die zur Gemeinmasse gehörigen Mobilien konnten anscheinend sogar ohne Weiteres, und ohne, dass zwischen den, zum Vater- oder Muttererbe der

1) Palermo 39. 43. Messina 4. 5. Catania tit. 8. Noto 7. Caltagirone 25. Patti 14. Lipari 12 §§ 3. 4. Girgenti 2.

2) S. 30.

Kinder gehörigen Stücken, und den übrigen Bestandtheilen des gemeinschaftlichen Vermögens unterschieden ward, vom parens superstes frei veräussert werden.[1])

Die Möglichkeit ferner, das Gemeingut durch Schulden zu belasten, war für den Wittwer oder die Wittwe während des Zusammenlebens mit den Kindern von der Voraussetzung abhängig, dass die Schulden, wenn sie die Kinder mit verbinden sollten, zum Besten der Gemeinschaft zweckentsprechend, und aus triftigen Gründen contrahirt worden waren.[2])

Fragt man dem gegenüber nach den Dispositionsbefugnissen der Kinder betreffs ihres, in der Gemeinschaft mit dem überlebenden Vater oder der Mutter befindlichen Vermögens, so stellen sich diese als äusserst geringfügig und beschränkt heraus. Sieht man ab von dem erwähnten Recht der Mitwirkung der grossjährigen Kinder bei vorzunehmenden Veräusserungen der Grundstücke, so reduciren sie sich darauf, dass es nach einigen unserer Stadtrechte auch den noch nicht emancipirten, jedoch schon testirfähigen Kindern gestattet war, von Todeswegen über einen Theil ihres, in der Gemeinschaft befindlichen Vermögens zu verfügen.[3]) Bei Lebzeiten beider Eltern war ihnen dies entweder nur mit deren Zustimmung gestattet, oder es war ihnen schlechthin untersagt.[4])

Wir gehen an die Erörterung der vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen dem überlebenden Vater, beziehungsweise der Mutter und den Kindern bei Auflösung der, bis dahin von ihnen fortgesetzten Gemeinschaft. Was hier vorerst die Eventualität anlangt, dass das Zusammenleben von Seiten der Kinder, oder einzelner derselben aufgegeben wird, so sind dabei zwei Fälle auseinander zu halten. Unsere Stadtrechte treffen

1) Palermo 39.

2) Messina 8. Catania tit. 25. Patti 21. Lipari 14 § 3. Girgenti 5.

3) So in Catania tit. 20 c. 2 hinsichtlich des, den Kindern von der Mutter zugefallenen Erbes; in Syracus 18 bezüglich der Hälfte ihres ganzen Vermögens, mithin einschliesslich ihres Antheils an der dort nur particulären Gütergemeinschaft.

4) Messina 20. Patti 6. 7. Lipari 19. Ueber ein etwa vorhandenes, von der Gemeinschaft ausgeschlossenes peculium, (worunter übrigens nur ein pec. castrense oder quasi castr. verstanden sein kann), durften sie übereinstimmend mit den Vorschriften des gem. R. R l. 3 § 1 l 11. 12 C. qui test. fac. poss. (6,22) pr. J. quib. non est perm. fac. test. (2,12) frei verfügen, Messina 20.

verschiedene Entscheidungen, je nachdem, ob neben den Kindern als parens superstes der Vater, oder die Mutter in Frage kommt. In ersterem Falle kommt hier die, wenn auch nicht durchaus, so doch in manchen und nicht unwichtigen Momenten nach den Grundsätzen der römischen patria potestas geregelte, bevorzugte Stellung zur Geltung, die der Vater als solcher gegenüber den Kindern und deren Vermögen in den Stadtrechten Siciliens einnimmt.

War die Mutter der überlebende Theil, so war diese verpflichtet, den grossjährigen Kindern, sobald sie beim Tode des Vaters das Zusammenleben mit ihr aufzuheben wünschten, ihr ganzes Vermögen auszuliefern, nicht bloss denjenigen Theil, der ihnen schon bei Lebzeiten des Vaters vom Gemeingut zugestanden hatte, sondern auch das ihnen bei seinem Tode von jenem angefallene Erbe.[1])

Ganz anders und wesentlich ungünstiger gestaltet sich ihre Vermögenslage beim Tode der Mutter, wenn sie die, mit dem Vater fortgesetzte Gemeinschaft aufgeben, sei es, dass sie heirathen, sei es, dass sie sonstwie sich selbständig etabliren. Einem älteren Statut des Messineser Rechts zufolge, an dem die, aus letzterem abgeleiteten Rechte von Patti, Lipari und Girgenti festhalten[2]), können die Kinder vom Vater nicht mehr verlangen, als die Herausgabe des einen, ihnen von der Mutter im Wege der gesetzlichen Erbfolge zugefallenen Drittels. Das andere Drittel, mit dem sie am Gemeingut schon bei Lebzeiten beider Ehegatten und Eltern kraft eigenen Rechts betheiligt waren, bleibt auch nach ihrem Ausscheiden aus dem elterlichen Hause dem Niessbrauche und der Verwaltung des Vaters unterworfen. Umgekehrt durfte in Catania der Vater zwar das Muttererbe der Kinder zur Nutzniessung für sich zurückbehalten, musste dafür aber das andere Drittel an diese herausgeben.[3]) Dass er überdies, bei grundloser Versagung des Heirathsconsenses gehalten war, der Tochter, die sich verehelichte, neben deren Muttererbe auch den, ihr sonst aus der Gemeinschaft zukommenden Antheil auszuantworten, ist schon anderweitig von uns bemerkt worden.[4]) Eine neue, die Rechte des

1) Messina 6. Patti 31. Noto 7.
2) Messina 6. Patti 30. Lipari 20. Girgenti 11.
3) Catania tit. 19.
4) S. oben S. 49.

überlebenden Vaters wesentlich erweiternde Regelung fand im späteren Messineser Rechte statt. Unter Aufhebung der vorhin erwähnten Bestimmungen wurde darnach[1]) der Vater, so lange er nicht etwa zu einer weiteren Ehe schritt, überhaupt von der Verpflichtung befreit, den Kindern irgend etwas von ihrem Vermögen herauszugeben. Er behielt Verwaltung und Niessbrauch am ganzen Kindergut und sollte allein zur Darreichung von Alimenten an die, ausserhalb des väterlichen Hauses lebenden Kinder verbunden sein.[2])

Aehnlich, wenn auch nicht ganz so ungünstig für die Kinder, finden sich die betreffenden Vermögensverhältnisse im Rechte von Noto[3]) geordnet. Hier wird es dem Vater freigestellt, den Kindern, die sich selbständig machen wollen, entweder ihr Muttererbe auszureichen, oder aber ihnen Alimente zu verabfolgen, und zwar aus den Einkünften desjenigen Drittels, das ihnen kraft eigenen Rechts von Zeit ihrer Geburt ab als Miteigenthümern der Gemeinschaft zukommt. Es hängt jedoch diese alternative Verpflichtung von der, bereits erwähnten Voraussetzung ab, dass die Kinder nicht im Stande sind, sich durch eigene Thätigkeit, oder aus den Einkünften eines Peculiengutes allein zu erhalten.[4])

Die zwischen dem parens superstes und den Kindern bestehende Gemeinschaft erreicht aber nicht allein dann ihre Endschaft, wenn die Kinder aus dem elterlichen Hause ausscheiden. Sie hört ebenfalls auch in dem Falle auf, wenn der Vater oder die Mutter die bisherige Gemeinschaft ihrer Seits aufgeben, und zwar durch Eingehen einer zweiten Ehe. Jedoch ist da wieder zu unterscheiden, ob der überlebende Theil der Vater, oder die Mutter ist. Nur in Caltagirone[5]) wurde in dieser Hinsicht kein Unterschied gemacht. Dort war es Rechtens, dass beide, die Wittwer so gut, wie die Wittwe, bei etwaiger Wiederverheirathung den Niessbrauch des, vom verstorbenen Ehegatten den Kindern angefallenen Erbes ohne Weiteres verlor. Es erhellt dagegen nicht, ob damit auch der Niessbrauch des conjux binubus an dem andern Drittel in Wegfall kam, dessen Proprietät den Kindern schon ohnehin gehörte.

Im Uebrigen darf es als Regel gelten, dass, wenn die

1) Messina 49. 2) S. oben S. 49. 50. 3) Noto 7. 4) S. oben S. 50. 5) Caltagirone 25.

Mutter als der überlebende Elterntheil eine zweite Ehe einging, sie den Kindern schlechthin deren ganzes Vermögen herauszugeben hatte, mithin nicht bloss deren Vatererbe, sondern auch den, ihnen von vornherein am Gemeingut gehörigen Antheil.[1])

Nach andern Grundsätzen wird die Auflösung der Gemeinschaft bei stattfindender Wiederverheirathung des Vaters beurtheilt. In Messina war nach älterem Recht[2]) der Vater bei seiner Wiederverehelichung verpflichtet, den Kindern ausser ihrem Muttererbe noch die Hälfte ihres sonstigen Antheils am Gemeingute herauszugeben. Er behielt demnach allein den Niessbrauch des andern halben Kindesdrittheils.

Später wurde jene Bestimmung zu Ungunsten der Kinder dahin abgeändert, dass er, selbst bei seiner Wiederverheirathung den lebenslänglichen Niessbrauch des ganzen, den Kindern vermöge eigenen Rechts gebührenden Drittheils behalten und in die zweite Ehe mit hinübernehmen durfte. Allein das Muttererbe war von ihm an die Kinder herauszugeben.[3])

Mit dieser neueren Messinesischen Satzung stimmte das Statut von Noto überein. Das ältere Messineser Statut[4]) hatten dagegen dessen Tochterrechte: die Rechte von Patti, Lipari und Girgenti beibehalten.

Hinwiederum in Catania[5]) büsst der Vater in Folge seiner Wiederverheirathung zwar Verwaltung und Niessbrauch an dem, den Kindern als solchen gebührenden einen Drittel ein, er behält aber den lebenslänglichen Niessbrauch von deren ganzem Muttererbe.

Der ungünstigsten Beurtheilung unterlagen die Kinder anscheinend im Palermitanischen Recht. Wenigstens ist dies, bei dem Schweigen des Mutterrechts selbst, aus einer Stelle in

1) Palermo 63 (vgl. Corleone 11). Jedoch stand es in Palermo dem Vater und Ehemanne frei, seiner überlebenden Ehegattin durch testamentarische Verfügung das Recht der Verwaltung und des Niessbrauches am Kindervermögen mit der Maassgabe einzuräumen, dass ihr dies selbst dann erhalten bleiben sollte, wenn sie den Wittwenstuhl verrückte. Von den andern sicilischen St. R. sind zu vgl. Messina 6. 7. 49. Catania tit. 19. Noto 7. 31.

2) Messina 6.

3) Messina 49.

4) Noto 7.

5) Patti 30. Lipari 20. Girgenti 11 vgl. mit Messina 6.

dem, daraus abgeleiteten Statut von Corleone zu entnehmen. Darnach sollte zwar der Wiederverheirathung des Vaters eine Realtheilung des Gemeingutes, und Ausweisung der, ihrer Proprietät nach, den Kindern, theils schon an sich, theils als Muttererbe, gebührenden Antheile vorangehen. Der Vater behält aber demnächst den Niessbrauch an dem ganzen Kindesvermögen und nimmt diesen mit in die zweite Ehe hinüber.[1])

Bevor wir die, mit der Auflösung der fortgesetzten Gemeinschaft zwischen dem überlebenden Elterntheil und den Kindern eintretenden Rechtsverhältnisse verlassen, erübrigt schliesslich noch, Folgendes zu bemerken.

Der überlebende Theil der Ehegatten und Eltern nimmt den, ihnen am Gemeingut zustehenden dritten Theil bei etwaiger Wiederverheirathung frei und unbehindert aus der, bisher mit den Kindern, und deren Vermögen bestandenen Verbindung heraus und bringt ihn so in die zweite Ehe. Greift demnächst, in Folge der Geburt von Kindern, oder durch Ablauf der Zeitfrist von Jahr und Tag, auch in der neuen Ehe die Gütergemeinschaft Platz, so participiren an letzterer immer nur die Kinder der zweiten Ehe. Denn das Institut der Einkindschaft ist den sicilischen Stadtrechten unbekannt. Die Kinder der Vorehe, und deren Vermögen stehen daher zu der neuen Gütergemeinschaft der zweiten Ehe in keiner Beziehung.[2])

Den, sich im Uebrigen hieran knüpfenden Rechtsfolgen werden wir im Erbrecht unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden haben.

§ 14.

III. Die väterliche Gewalt, und deren Beendigung durch die Emancipation der Kinder.

In die, von dem überlebenden Elterntheil mit den Kindern fortgesetzte Gütergemeinschaft fällt immer nur dasjenige Kindergut, welches den Kindern, sei es auf Grund der gesetzlichen Erbfolge, sei es in Folge testamentarischer Verfügung von einem der verstorbenen Eltern oder Geschwister[3]) zugefallen ist. Nicht zum Gemeingut gehört dagegen, wenn wir einmal ab-

1) Corleone 11.

2) Palermo 44. Messina 7. Catania tit. 21. Noto 2. Caltagirone 28. Patti 17. Lipari 13. Girgenti 4.

3) Caltagirone 25. 29.

sehen von einem, etwa vorhandenen peculium castrense oder quasi castrense, alles dasjenige, was die Kinder von dritten Personen durch Schenkung, Testament, oder Vermächtniss zugewendet erhalten.[1]) Am Kindervermögen dieser Art stand nun dem Vater das Recht der Verwaltung und des Niessbrauches nicht sowohl in seiner Eigenschaft als Haupt und Vorsteher der Gemeinschaft zu, sondern lediglich insoweit, als die Kinder und deren Vermögen seiner väterlichen Gewalt unterworfen waren.[2])

Wie schon angedeutet ward, ist aber die väterliche Gewalt in unsern Stadtrechten nicht bloss nach den Grundsätzen des römischen Rechts zu beurtheilen. Es scheint diese im Allgemeinen eher mit dem germanischen Mundium übereinzukommen, was jedoch nicht ausschliesst, dass auch manche der römischen Rechtssätze darauf Anwendung fanden, so namentlich bezüglich der Rechte des Vaters am Kindervermögen.

Für die mehr germanisch, als römisch gefärbte Auffassung der rechtlichen Stellung des Vaters zu den Kindern spricht hauptsächlich die Art und Weise der Beendigung der väterlichen Gewalt.

Diese wird, nicht sowohl durch förmliche Emancipation, die der Vater freiwillig vornimmt[3]), sondern ipso jure auch dann schon aufgehoben, wenn die Kinder nach erlangter Grossjährigkeit sich verheirathen. Damit gelten sie rechtlich für emancipirt; auch wird in dieser Beziehung zwischen Töchtern und Söhnen kein Unterschied gemacht, noch dabei vorausgesetzt, dass mit ihrer Verehelichung immer zugleich die Begründung eines selbständigen Haushaltes verbunden sei.[4]) Unsere Stadtrechte stehen hierin in vollem Einklang mit den betreffenden Rechts-

---

1) Palermo 39.

2) Demnach werden wir diese Rechte des Vaters in solchen Fällen als fortfallend zu denken haben, wo der Schenkgeber, oder Testator die Verwaltungs- und Nutzniessungsbefugnisse des Vaters ausdrücklich ausgeschlossen und dem, von ihm den betreffenden Kindern zugewendeten Vermögen den Charakter des pec. adventic. irregulare beigelegt hatte. Der Mutter kam nur während der Minderjährigkeit das Recht der Verwaltung zu, und auch nur dann, wenn sie zugleich Vormünderin ihrer Kinder war. Cf. Palermo 39.

3) S. oben S. 53.

4) Caltagirone 24.

sätzen des älteren und neueren französischen Rechts [1]). Von dort ist jene Art der Emancipation offenbar entlehnt worden.[2])[3])

Mit ihrer Verheirathung, zu der es, vornehmlich bei Söhnen nicht einmal immer, noch überall der Zustimmung des Vaters bedurfte [4]), erlangten die Kinder die Fähigkeit, über ihr Vermögen, sowohl unter Lebenden, wie von Todeswegen frei zu verfügen.[5]) Eine Beschränkung bestand für sie nach dieser Richtung hin fortan allein noch bezüglich desjenigen Theils ihres Vermögens, welches während des Lebens beider Eltern, oder nach dem Tode eines derselben einen Bestandtheil der Gemeinmasse innerhalb der Gütergemeinschaft bildete. Soweit die Kinder nicht etwa überhaupt wegen Nichteinholung des elterlichen Heirathsconsenses jeden Anspruch hieran verloren hatten [6]), konnte dies, zur Gemeinschaft gehörige Kindergut bei Lebzeiten beider Eltern denselben wider deren Willen nicht entzogen werden. War aber der Vater oder die Mutter

1) Palermo 48. Catania tit. 20.

2) „homme ou femme mariez sont tenus pour emancipez." Bouteiller, Somme rural I, 100. Cout. de Touraine 351 Aujoumois 120 S. Warnkönig und Stein Franz. R. Gesch. II S. 289. Code civ. art 476. Auch in Deutschland hatte im Mittelalter, wie in späterer Zeit jener Grundsatz particularrechtlich in manchen R. Qu. Eingang gefunden, Kraut Vormundsch. § 50 S. 62. Daraus lässt sich jedoch seine, für das heutige deutsche Recht von Einigen (vgl. Kraut a. a. O. S. 662 663) behauptete gemeinrechtliche Bedeutung nicht deduciren. S. dagegen Gengler D. Privatr. II S. 1205 Not. 17 Gerber d. Privatr. § 242 Noto 9 Sächs. Civilgesetzb. § 1833.

3) An sich wäre es nicht unmöglich, dass die Abschwächung der röm. patria potestas, und insbesondere die Ansicht, dass sie mit der Verheirathung der Kinder von selber ihr Ende erreiche, auf Sicilien in dem dort, von den Lateinern vorgefundenen Griechenrecht Unterstützung und Entgegenkommen gefunden hätte. Eine Novelle des Kaisers Leo, die anscheinend mit dem Rechte der Ecloga zusammenhängt, (Col. II Nov. 25 Zachariae J. G. R. IV) verordnete nämlich, ein Kind solle auch schon dann für *αὐτεξούσιος* gelten, wenn der Vater zulässt, dass dasselbe eine selbständige Wirthschaft führt (*εἰ πρὸς διαγωγὴν ἰδιογνωμονοῦσαν ὀφθείη ὁ παῖς καταστὰς κἂν ᾖ γαμικῆς ὁμιλίας ἔξω.*) Ob man die Worte „*κἂν ᾖ γαμικῆς ὁμιλίας ἔξω*" bei richtiger Interpretation nur darauf wird beziehen dürfen, dass auch schon die Verheirathung als solche, und ohne gleichzeitig damit verbundene separata oeconomia von selbst die väterliche Gewalt aufhebe, erscheint allerdings zweifelhaft. Immer aber wäre es nicht unmöglich, dass man in der That daraus jene Schlussfolgerung, wenn auch irrthümlich gezogen hätte. S. Zachariae v. Lingenthal Gesch. S. 90. 91.

4) S. oben S. 49.

5) S. oben S. 49. Catania tit. 20.

verstorben, so konnte das heirathende Kind von jenem Theil seines Vermögens immer nur so viel herausgegeben verlangen, als davon nicht dem Niessbrauche des, überlebenden Elterntheils, insbesondere dem des Vaters nach gesetzlicher Vorschrift vorbehalten blieb.[1]) Eine Disposition des, durch Heirath emancipirten Kindes über den, zum Gemeingut gehörigen Theil seines Vermögens war daher immer nur möglich unbeschadet der Rechte der beiden Eltern, beziehungsweise des überlebenden Theils derselben.

III. Capitel.
Das Vormundschaftsrecht.

§ 15.
Vorbemerkung.

Kein anderer Theil des Privatrechts ist in den sicilischen Stadtrechten dermassen vom Einflusse des römischen Rechts, beherrscht wie das Vormundschaftsrecht. Nicht allein, dass darin auf die römischrechtlichen Vorschriften, als auf die subsidiäre Rechtsquelle verwiesen wird; auch die, übrigens wenig zahlreichen statutarischen Bestimmungen, welche das Vormundschaftswesen berühren, erscheinen, mit wenigen Ausnahmen, den betreffenden römischen Rechtssätzen und Lehren nachgebildet. So darf denn auch in dem Umstande, dass man an einzelnen Orten das römische Recht vermuthlich als die, zur Ergänzung der vorhandenen Lücken zugleich geeignete und ausreichende Quelle ansah, der Grund gefunden werden, weshalb zwei, der von uns edirten Stadtrechte: das von Caltagirone und das von Girgenti über das Vormundschaftsrecht überhaupt gänzlich schweigen. Die Verordnungen unserer Stadtrechte beziehen sich fast sämmtlich auf die Altersvormundschaft über Minderjährige. Eine Geschlechtsvormundschaft über Frauen als solche, mithin abgesehen von der ehemännlichen Vogtei über verheirathete Frauen, ist denselben fremd.[2]) Neben der Vormund-

1) S. oben S. 58. 59. Dass nach Catan. R. tit. 19 die Tochter, wenn sie ohne väterlichen Consens, jedoch nach erfolgter Ergänzung desselben durch die zuständigen Verwandten heirathete, vom Vater die Herausgabe ihres gesammten Vermögens fordern durfte, ist oben S. 49 bemerkt worden.

2) Messina 27. Catania 5. Caltagirone 27.

schaft (tutela) finden sich bezüglich der cura über Minderjährige, wie bei Grossjährigen nur vereinzelt einige wenige Andeutungen.

§ 16.

I. Begründung der Vormundschaft.

1) Berufung.

Den Vorschriften des römischen Rechts[1]) gemäss erfolgt die Berufung zur Vormundschaft über einen Unerwachsenen durch letzten Willen, Gesetz, und obrigkeitliche Ernennung.

Zunächst zur Uebernahme der Vormundschaft berechtigt ist der testamentarisch Ernannte.[2]) Als befugt zur letztwilligen Ernennung erscheint allein der Vater. Der Grossvater, dem die Römer bekanntlich jene Befugniss gleichfalls zuschreiben, sofern das zu bevormundende Kind in seiner Gewalt stand, kann hier nicht in Frage kommen Scheidet ja doch, wie oben gezeigt wurde, der Haussohn mit seiner Verheirathung aus der väterlichen Gewalt aus.[3]) Damit aber war selbstverständlich die Möglichkeit ausgeschlossen, dass seine Kinder der grossväterlichen Gewalt anheim fielen.

Ist der Vater mit Hinterlassung eines Testaments verstorben, oder zwar mit Hinterlassung eines solchen, jedoch ohne darin für Anordnung einer Vormundschaft über seine Kinder Fürsorge getroffen zu haben, so tritt die gesetzliche Berufung ein.

Vor andern, nach den Regeln der Intestaterbfolge zur Vormundschaft berufenen Personen kann die überlebende Mutter verlangen, zur Führung der Vormundschaft über ihre Kinder von der Obrigkeit zugelassen zu werden. Hierbei wird indessen vorausgesetzt, dass sie sich eines guten Rufes erfreut und die zur sorgsamen Verwaltung des Kindergutes erforderlichen Eigenschaften besitzt.[4]) Ist die Mutter nicht mehr am

---

1) Vgl. Windscheid, Band. § 433.

2) Palermo 50. Messina 16. Syracus. 12. 13. Noto 21. Patti 35.

3) S. oben S. 62.

4) Palermo 50. Messina 16. Syracus. 12. Noto 21. Patti 35. Man vgl. l. 2. 3. C. quando mul. (5, 35) Nov. 118 c. 5. Ausserdem sind hier auch die Const. Regni Sic. (II. B.) IV, 242, 243 zu vgl. Der Grossmutter, welche nach R. R. ebenfalls zur Vormundschaft verstattet zu werden verlangen durfte, geschieht im sicil. St. R. keine Erwähnung.

Leben, oder will, beziehungsweise kann sie nicht Vormünderin werden, so tritt als tutor legitimus der, in der Berufungsordnung nächstberechtigte Verwandte der Pupillen an ihre Stelle. Dasselbe geschieht dann, wenn sie aus irgend einem Grunde die Fähigkeit zur Fortführung der Vormundschaft verliert. Es ist dies namentlich dann der Fall, wenn sie zu einer zweiten Ehe schreitet.[1])

2) Antritt.

Wer durch Testament zur Vormundschaft berufen ist, bedarf nicht, wie der tutor dativus, der gerichtlichen Bestätigung, noch Bestallung. Sein Recht zur Uebernahme der Vormundschaft beruht allein schon auf der Autorität der letztwilligen Verfügung des Testators.[2]) Auch der gesetzliche Vormund bedarf einer besonderen Bestallung nicht. Wohl aber muss er die Genehmigung der Obrigkeit (curia) zur Uebernahme der Vormundschaft nachsuchen, wobei diese zu prüfen hat, ob ihm die, hierzu erforderlichen persönlichen Eigenschaften beiwohnen.[3])

§ 17.

II. Rechte und Pflichten des Vormundes bezüglich der Person und des Vermögens der Mündel.

Die, aus der Führung der Vormundschaft sich ergebenden Rechte, und Verpflichtungen betreffen:

1) Die Fürsorge für die Person der Mündel.

In dieser Hinsicht verordnen einige unserer Stadtrechte, dass, der Regel nach, die Erziehung der Pupillen bei dem Vormunde stattzufinden habe. Will indessen die Mutter, oder Vatersschwester (Tante, amita) der Mündel sie bei sich erziehen, so soll dem stattgegeben werden. Der Vormund hat in dem Falle den genannten Personen die, zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse erforderlichen Mittel aus den Einkünften des Mündelgutes herzugeben: als Aequivalent für die übernommene Erziehungslast.[4])

---

1) Palermo 50. Messina 16. Syracus. 12. Noto 21. Patti 35. 36.
2) Messina 16. Syracus. 12. Patti 37.
3) Messina 16. Patti 36.
4) Messina 17. Patti 39. Lipari 22.

2) Die Verwaltung des Mündelvermögens.

Die bezüglichen Bestimmungen entsprechen im Wesentlichen den römischen Grundsätzen.

a) Bei Uebernahme der Vormundschaft ist der Vormund gehalten, von dem gesammten Mündelgut ein Inventar aufzunehmen. Dabei sind die, im gemeinen Recht vorgeschriebenen Förmlichkeiten zu beobachten.[1]) Nach den besonderen Vorschriften in den Rechten von Syrakus und Noto ist ihm hierfür eine Frist gesetzt: innerhalb von 20 Tagen nach dem erfolgten Ableben des Vaters der Pupillen. Auch wird dort die Anfertigung des Vermögensverzeichnisses in drei Exemplaren angeordnet. Von diesen ist das eine im Archiv der curia, das andere bei dem nächsten und angesehensten Verwandten der Mündel von Vaters Seite niederzulegen. Das dritte behält der Vormund für sich zurück.[2]) Von dieser Verpflichtung zur Inventarisirung des Mündelgutes, und der Beobachtung der dabei vorgeschriebenen Förmlichkeiten war in Messina und Patti allein die Mutter bei Uebernahme der Vormundschaft über ihre Kinder befreit. Nicht minder wurde dort von den, sonst bei Zulassung der Mutter als Vormünderin nach gemeinem Recht erforderlichen Erklärungen und Verpflichtungen der letzteren Abstand genommen.[3]) Das Palermitaner Recht dagegen stimmt auch in diesem Punkte mit den Grundsätzen des römischen Rechts überein.[4])

b) Zur Verpfändung, und Veräusserung des Mündelgutes bedarf der Vormund, gleich wie nach römischem Recht[5]) der obrigkeitlichen Genehmigung. Ihm gemäss soll diese allein dann ertheilt werden, wenn der Fall dringender Nothwendigkeit vorliegt. Sein Eintreten ist durch vorgängige richterliche Prüfung der Sachlage festzustellen.[6]) Zwischen beweglicher Habe und

1) Palermo 50. Syracus. 12. Noto 21. Messina 16. Patti 36. Lipari 21. cf. l. 24 C. de adm. (5, 37) l. 13. C. arb. tut. (5, 51).

2) Syracus. 12. Noto 21.

3) Entsagung der Rechtswohlthat des SC. Vellejanum und Verpfändung ihres gesammten Vermögens l. 2. 3. C. quando mulier (5, 35) Nov. 22 c. 40. Nov. 94. 155.

4) Palermo 50.

5) Oratio Divi Severi l. 1. § 2. D. de reb. eor. qui sub tut. (27, 9) l. 3 §§ 4. 5. 6. D. l. 4. 5. pr. eod. l. 22. 25 C. de adm. (5, 37).

6) Palermo 51. Messina 18. Catania tit. 21. Syracus. 19. Noto 22.

Liegenschaften wird nicht unterschieden. Es darf deshalb auch das Mobiliarvermögen der Minorennen vom Vormunde nicht ohne Weiteres umgesetzt, noch veräussert werden.

Sind andererseits alle, dieserhalb zu beobachtenden gesetzlichen Vorschriften erfüllt, so ist jede spätere Anfechtung einer stattgehabten Veräusserung von Mündelgütern ausgeschlossen.[1])

§ 18.

III. Beendigung der Vormundschaft.

Die Vormundschaft als Altersvormundschaft wird beendigt durch Eintritt der Grossjährigkeit des Bevormundeten. Der von Kaiser Friedrich II.[2]) getroffenen gesetzlichen Verordnung gemäss, tritt die Grossjährigkeit bei beiden Geschlechtern, jungen Männern und Mädchen mit dem vollendeten achtzehnten Lebensjahre ein.[3])

Dieser, auch in zahlreichen deutschen Statuten des Mittelalters anerkannte Termin der Majorennität beruht im italienischen Recht auf einem langobardischen Gesetz; und zwar auf einem Gesetze Liutprands.[4]) Dieses schob den, ursprünglich[5]) mit dem zwölften Lebensjahre eintretenden Zeitpunkt der Grossjährigkeit auf den Ablauf des achtzehnten Jahres hinaus.

Patti 40. Lipari 23. Vgl. hierzu die, in der vorigen Note angeführten römischen Belegstellen, und dazu Windscheid Pand. § 441. Note 14.

1) S. die, in der vorigen Note angeführten Stellen der sic. St. R.

2) Const. Sic. II, 42 (H. B. IV p. 113) „minores autem tam masculos quam feminas intelligimus eos easve qui vel que nondum etatis sue decimum octavum annum excesserint: quo completo, ipsos tam in contractibus quam judiciis et in omnibus perfecte etatis volumus reputari." Der von Hartwig in Forsch. z. d. Gesch. VI. S. 640 behauptete Gegensatz zwischen der, dort mitgetheilten Constitution Konrad IV. § 9 und den obigen Bestimmungen ist nicht vorhanden. Denn der, von Konrad IV. von 18 auf 14 Jahre herabgesetzte Grossjährigkeitstermin gilt nur für die Kinder der Barone und Kronvasallen, gehört somit dem Adels- und Lehnrecht, nicht dem gemeinen, und Landrecht an.

3) Palermo 49. 21. Messina 19. Catania tit. 20 c. 1. Patti 34. Nur Syrakus unterscheidet zwischen beiden Geschlechtern und lässt bei Mädchen die Grossjährigkeit schon mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahre beginnen.

4) Leg. Liutpr. 19 (I).

5) Ed. Roth. 155.

Die Unterscheidung der Unmündigkeit (impubertas) und Minorennität (minor aetas) findet sich in den sicilischen Stadtrechten nicht.[2]) Bei der Altersvormundschaft wird demnach auch nicht zwischen der Vormundschaft im römischen Sinne (tutela) und der cura unterschieden. Neben der, mit dem vollendeten achtzehnten Lebensjahre eintretenden Grossjährigkeit kommt ein früherer Lebensabschnitt, — das vollendete vierzehnte Lebensjahr, — bei Minderjährigen nur noch in so weit in Betracht, als einige unserer Stadtrechte mit Ablauf desselben die Testirfähigkeit beginnen lassen.[3])

2. Von anderen Gründen der Beendigung der Vormundschaft, sei es überhaupt, sei es nur mit Bezug auf die Person des jeweiligen Vormundes, haben darin nur noch die nachstehenden Berücksichtigung gefunden.

a) Schon anderweitig wurde von uns bemerkt, dass die Mutter die Vormundschaft über ihre Kinder verliert, sobald sie zu einer zweiten, oder weiteren Ehe schreitet.[4]) An ihre Stelle tritt der gesetzliche, oder, in Ermangelung eines solchen der von der Obrigkeit bestellte Vormund.

b) Aehnlich wie die väterliche Gewalt mit Verheirathung der Tochter erlischt, hört auch die Vormundschaft über ein minderjähriges Mädchen dann auf, wenn diese einen grossjährigen Mann ehelicht.

An die Stelle der Altersvormundschaft tritt die ehemännliche Vogtei des Gatten. Mit Genehmigung des letzteren kann deshalb die Frau von dem bisherigen Altersvormund die Ausantwortung ihres Vermögens fordern.[5])

§ 19.
IV. Cura.

Einer cura geschieht ausdrücklich nur im Catanischen Recht an Einer Stelle Erwähnung. Bei der, zwischen Eltern

1) Mit dem vollendeten zwölften Lebensjahre sollte nur noch der Beginn der Ehemündigkeit verbunden sein Leg. Liutpr. 12. 112. 129.

2) Vgl. die in Note 2 angeführten Stellen, und dazu noch Messina 17. 18.

3) S. hierüber unten im Erbrecht § 28.

4) S. oben S. 66.

5) Messina 21. Patti 38. So auch nach französ. R. (vgl. Warnkönig und Stein R. Gesch. S. 289 Note 1); und zwar nicht bloss nach dem, früher in Geltung gewesenen, sondern auch nach heutigem Recht: Code civil art. 476. Rivier in v. Holtzendorff's Encyclopädie (2. Aufl.) I. S. 548

und Kindern erfolgenden Auftheilung des Gemeingutes und Abschichtung der letzteren soll diesen, wofern sie noch minderjährig sind, ein Theilungscurator bestellt werden.[1]) Im Uebrigen kann man aus einzelnen Stellen in einigen unserer Stadtrechte den Schluss ziehen, dass auch bei grossjährigen Personen, welche durch Abwesenheit, oder, weil sie im Gefängniss sich befanden, an der eigenen Besorgung ihrer Angelegenheiten verhindert waren, eine Art Curatel stattfinden und durch das Gericht selbst ausgeübt werden konnte. Wenigstens deutet hierauf die Bestimmung hin, dass letzteres befugt sein sollte, nach vorgenommener Prüfung der Umstände, ihr Vermögen, insbesondere auch ihr Immobiliargut im Wege der öffentlichen Versteigerung zu veräussern: mit der Massgabe, dass die Repräsentirten den Veräusserungsact wider sich gelten lassen mussten. Es wird nämlich hierbei anscheinend nicht immer als ein nothwendiges Erforderniss vorausgesetzt, dass von Seiten eines, oder mehrerer Gläubiger bei Gericht ein Antrag auf Execution, beziehungsweise Subhastation, oder Concurseröffnung vorangegangen ist.[2])

1) S. oben S. 53.

2) Catania tit 52. Messina 18. Patti 41 vgl. mit Syracus. 20. Noto 29. Die beiden letztgenannten St. R., namentlich das von Noto scheinen allerdings derartige Veräusserungen nur im Wege der Execution resp. Subhastation zu gestatten.

ZWEITES BUCH.

ERBRECHT.

I. Capitel.

Das Intestaterbrecht.

§ 20.

Vorbemerkung.

Das sicilische Städterecht setzt die Geltung des römisch-justinianeischen Intestaterbrechts auf Grundlage der Nov. 118 voraus. Die gemeinrechtlichen Principien erleiden aber verschiedene und tief eingreifende Modificationen, deren Quelle in germanischen Rechtsanschauungen beruht. Eine der wichtigsten ist aus dem Bestreben erwachsen, das Vermögen innerhalb der Familie, und zwar innerhalb desjenigen Kreises von Verwandten zu erhalten, von dem die betreffenden Güter herrühren und auf den Erblasser gediehen sind. Das Fallrecht (jus recadentiae) hat in dem Rechtssprichwort seinen Ausdruck gefunden: „paterna paternis, materna maternis.“ [1])

§ 21.

I. Die Successionsordnung.

1. Als die nächsten gesetzlichen Erben gelten die Kinder des Erblassers.[2]) Dass unter den filii et filiae nicht sowohl die Kinder, sondern alle Descendenten begriffen wurden, kann man unbedenklich annehmen.[3]) Ob die Kinder aus ein und derselben Ehe, oder aus verschiedenen Ehen entsprossen sind, macht keinen Unterschied. Neben den Kindern der letzten

1) Vgl. Kaiserrecht (Endemann) B. II c. 95. Ostfries. Landr. c. 112. 113. (Kraut, Grundriss § 147 nr. 13) Beseler d. Privatr. I. S. 560 Warnkönig und Stein Franz. R. Gesch. II. S. 451.

2) Palermo 43. 47. Messina 4. Catania tit. 8. Noto 1. Caltagirone 25. Patti 14. Lipari 12 § 3. Girgenti 2. Syracus. 9.

3) arg. Catania tit. 24. Caltagirone 29.

Ehe, in welcher der Erblasser verstarb, sind ebenfalls auch die Kinder einer früheren Ehe zur gesetzlichen Erfolge. dem verstorbenen Vater, oder der verstorbenen Mutter gegenüber berufen. Heirathet ein Wittwer, oder eine Wittwe zum zweiten Male, und entsteht in der neuen Ehe nach lateinischem Eherecht. in Folge der Geburt von Kindern, Gütergemeinschaft, so fällt das, dem verstorbenen conjux binubus am Gemeingut zustehende Drittheil ab intestato zu gleichen Theilen (in capita) an die Kinder der zweiten, wie der ersten Ehe.[1])

2. Sind keine Kinder, oder deren Descendenten vorhanden. so erben neben den Geschwistern die Ascendenten des Erblassers. Unter Geschwistern sind in dieser Erbklasse nur die, aus derselben Ehe hervorgegangenen, d. h. die vollbürtigen Geschwister gemeint. Andererseits sind darunter auch deren Kinder, Söhne und Töchter einbegriffen, nicht aber die weiteren Descendenten.[2])

Für die Geschwisterkinder gilt Repräsentationsrecht. Sie erben demnach anstatt ihrer vorverstorbenen Eltern in stirpes, während die Geschwister selbst viriliter berufen sind.[3]) Dass zu Gunsten einer Succession in capita etwa dann eine Ausnahme gemacht ward, wenn die Geschwisterkinder, ohne mit Ascendenten und Geschwistern zu concurriren, allein erbten. erhellt nicht.[4])

In Ermangelung von Geschwistern sind die Eltern, beziehungsweise die Ascendenten überhaupt, die allein zur Erbschaft ab intestato berufenen Erben.[5])

3. In der dritten Erbklasse folgen die halbbürtigen Geschwister und deren Kinder.[6])

Endlich werden:

---

1) Palermo 44. Messina 7. Catania tit. 8 tit. 21. Noto 2. Caltagirone 28. Patti 17. Lipari 13. Girgenti 4.

2) Catania tit. 9. Die Kinder der Geschwister werden hier nepotes genannt, weil sie im Verhältniss zu den, eventuell miterbenden Ascendenten die Stellung der Enkel (resp. Urenkel) einnehmen. S. ferner Syracus. 9. Caltagirone 29.

3) Catania tit. 9.

4) Auch bei Cosm. Nepita, dem Commentator des Catanischen Rechts, findet sich keine Andeutung dahingehend, dass der Ansicht des Azo vor der des Accursius der Vorzug zu geben sei.

5) Messina 9. Catania tit. 12. Noto 8. Patti 32.

6) Catania tit. 9. 10. Sysacus. 9. Caltagirone 29.

4. alle übrigen Verwandten des Erblassers von Vater- und Mutterseite berufen.[1])

§ 22.

II. Das Fallrecht (jus recadentiae) und die Theilung des nachgelassenen Vermögens ohne Rücksicht auf dessen Herkunft.

Die Successionsordnung der genannten vier Erbklassen und die Berufung der innerhalb der einzelnen Klassen Berechtigten nach der Nähe des Grades zum Verstorbenen erfährt in den sicilischen Stadtrechten Einschränkungen in zwiefacher Hinsicht.

Zunächst greift hier das schon erwähnte Fallrecht ein: paterna paternis, materna maternis. Es werden demnach derjenigen Seite der väterlichen oder mütterlichen Verwandten des Erblassers die von ihr herrührenden Theile des Nachlasses wiederum zugeführt. Es gilt dies namentlich von Grundstücken. Aber auch bei Mobilien macht es sich insoweit geltend, als die zwischen den Eltern des Verstorbenen und diesem selbst bestandene Gütergemeinschaft hierbei mitspricht. Demzufolge musste es darauf ankommen, festzustellen, welcher Theil des Mobiliarnachlasses dem Erblasser schon kraft eigenen Rechts am Gemeingut zugestanden hatte, und welcher, sei es aus der väterlichen, sei es aus der mütterlichen Erbschaft, auf ihn gediehen war.

Nächst dieser Auflösung des Nachlasses, je nach seinen Bestandtheilen und deren Ursprung, sowie der hiernach zu bewirkenden Theilung desselben zwischen den verschiedenen gesetzlichen Erben kommt ausserdem noch eine andere Art der Theilung unter den Intestaterbberechtigten vor. Es wird die Erbschaft schlechthin und ohne Rücksicht auf ihre Bestandtheile zwischen den, an sich nächstberechtigten Intestaterben und den entfernteren Verwandten der väterlichen oder mütterlichen Linie getheilt. Endlich kommt es auch vor, dass der ganze Nachlass einfach zwischen den Verwandten der Vater- und der Mutterseite halb und halb aufgetheilt wird. Letzteres ist namentlich dann der Fall, wenn allein noch gesetzliche Erben der vierten Erbklasse vorhanden sind.

---

1) Catania tit. 10. Syracus. 9.

Gehen wir jetzt auf die einzelnen der einschlagenden statutarischen Bestimmungen näher ein.

1. Wir beginnen mit dem Messineser Recht. Damit stimmt ausser den Tochterrechten von Patti, Lipari und Girgenti auch das Nettiner Recht überein.

a) Wenn nach dem Tode des einen der beiden Ehegatten die sämmtlichen, mit dem überlebenden Elterntheil zurückgebliebenen Kinder versterben, so werden vorweg die Immobilien (bona stabilia) und die Mobilien des Nachlasses von einander gesondert. Beide unterliegen einer verschiedenen rechtlichen Behandlung.[1])

α) Die Grundstücke der verstorbenen Kinder werden, je nachdem, ob sie vom überlebenden Elterntheil herrühren, oder dem Erblasser von dessen verstorbenen Vater, oder der verstorbenen Mutter durch Erbrecht zugefallen sind, entweder dem parens superstes zu Theil, oder aber den väterlichen oder mütterlichen Verwandten von der Seite des vorverstorbenen parens des Erblassers.

β) Bei Mobilien wird wiederum unterschieden zwischen demjenigen Theil derselben, welcher den verstorbenen Kindern auf Grund eigenen Rechts aus der Gütergemeinschaft mit den Eltern gehörte, und demjenigen, den sie von dem verstorbenen parens im Wege der gesetzlichen Erbfolge erwarben.

Nur ersterer wird dem überlebenden Elterntheil zuerkannt, letzterer fällt den nächstberechtigten gesetzlichen Erben von Seiten des verstorbenen Vaters, oder der verstorbenen Mutter des Erblassers zu.

In beiden genannten Fällen muss der, an sich der Successionsordnung nach nächstberechtigte Ascendent: der überlebende Vater, oder die überlebende Mutter vor andern, weiter entfernten gesetzlichen Erben in so weit zurückstehen, als der Nachlass des Erblassers seinem Ursprunge nach aus Vermögen herrührt, das vordem nicht dem parens superstes, vielmehr dem verstorbenen Elterntheil, oder dessen Verwandten, insbesondere seinen Voreltern angehört hat.

b) Nach demselben Princip wird in dem Falle verfahren, wenn nach dem Tode beider Eltern die Kinder ohne Testament hinwegsterben. Sie werden ohne Rücksicht auf die Successions-

1) Messina 10. Patti 26. 27. Lipari 18 § 1. Girgenti 9. Noto 6.

ordnung und die Nähe der Erbklasse, wie des Grades derjenigen Seite der väterlichen, oder mütterlichen Verwandtschaft der verstorbenen Kinder überwiesen, von der sie herstammen. Erst innerhalb der einzelnen Kreise der, so zur Erbschaft in den Immobiliarnachlass berufenen Personen entscheidet dann wieder die Nähe der Erbklasse und des Grades der Verwandtschaft mit dem Erblasser. Einfacher regulirt sich die Erbfolge in das Mobiliarvermögen. Dasselbe wird schlechtweg zu gleichen Hälften getheilt. Von diesen bekommen die väterlichen Verwandten die eine, die mütterlichen die andere Hälfte.[1]) Wer innerhalb der beiden Linien der nächstberufene Intestaterbe ist, richtet sich dann wieder nach den allgemeinen Grundsätzen der gesetzlichen Erbfolge.

2. Nach ähnlichen, jedoch in einigen Punkten abweichenden Maximen wird die Intestaterbfolge im Rechte von Caltagirone[2]) geregelt.

Hier werden:

a) wenn nach dem Tode der Mutter, und dem ebenfalls erfolgten Absterben eines von mehreren Kindern der überlebende Vater als Intestaterbe mit den Geschwistern des Erblassers concurrirt, die Grundstücke ihrer Proprietät nach den

1) Messina 11. Patti 28. Lipari 18 §§ 3. 4. Girgenti 10. Noto 6. Wenn es im Messineser Rechte a. a. O. heisst, von den Mobilien solle eine tertia den väterlichen, die andern den mütterlichen Verwandten anheimfallen, so ist dies eine, vermuthlich auf Rechnung eines Schreibversehens zu bringende Unrichtigkeit des Ausdrucks. Denn nach dem, hier vorausgesetzten vorgängigen Absterben beider Eltern ab intestato, besteht das Vermögen der Kinder nicht mehr allein aus zwei Drittheilen des ehemaligen Gemeingutes, sondern letzteres ist seiner Totalität nach auf diese gediehen. Zu dem Kindesdrittheil, welches den Kindern vermöge ihres Miteigenthums ohnehin schon aus der Gütergemeinschaft zukam, sind durch Beerbung beider Eltern im Wege der Intestaterbfolge noch die beiden Drittel des Vaters und der Mutter hinzugetreten. Es soll ja nun aber der gesammte Nachlass unter die resp. väterliche und mütterliche Seite der Verwandtschaft getheilt werden. Kämen nur zwei partes tertiae zur Vertheilung, so bliebe ein Drittel unvertheilt übrig. Die betreffende Stelle des Messineser Rechts muss deshalb aus den entsprechenden Bestimmungen der Tochterrechte von Patti (a. a. O.) Lipari (a. a. O.) und Girgenti (a. a. O.) berichtigt werden, welche übereinstimmend die im Text angegebene Theilung des ganzen Nachlasses zu zwei gleichen Hälften anordnen.

2) Caltagirone 29. 31. 32.

Geschwistern allein zugewiesen. Der Vater muss sich mit dem lebenslänglichen Niessbrauche derselben begnügen.

Dafür wird andererseits der Mobiliarnachlass ausschliesslich dem parens superstes zu Theil, ohne dass die Geschwister des Verstorbenen hierauf Anspruch machen dürfen. Ob der bezüglich der Liegenschaften den Geschwistern eingeräumte Vorzug vor dem, nach den Regeln der gesetzlichen Erbfolge an sich mitberechtigten Vater allein bei vollbürtigen Geschwistern gelten sollte, wird nicht ausdrücklich gesagt. Allem Anscheine nach gehen, in Ermangelung von vollbürtigen, auch die nur halbbürtigen Geschwister dem parens superstes vor. Und abgesehen von seinem Niessbrauchsrechte gelangen die Grundstücke an den letzteren erst dann, wenn weder vollbürtige, noch halbbürtige Geschwister des Erblassers mehr vorhanden sind. Rührt der Immobiliarnachlass von dessen Mutter her, so fällt dieser demnächst, nachdem auch der überlebende Vater mit Tode abgegangen ist, an die mütterlichen Verwandten des vordem verstorbenen Kindes zurück.[1])

b) Stirbt Jemand kinderlos und ohne, weder Eltern, noch Geschwister zu hinterlassen, so kehren die Liegenschaften, die er durch Erbschaft erwarb, ab intestato an seine nächsten gesetzlichen Erben von Seiten des Vaters oder der Mutter zurück, je nachdem, ob sie auf den Erblasser von da, oder von dort her gediehen sind.[2]) Hinwiederum werden die Intestaterben der Vaterseite insoweit vor den mütterlichen Verwandten bevorzugt, dass ihnen der ganze Mobiliarnachlass des Erblassers, sowie die, etwa von diesem durch Kauf erworbenen Grundstücke allein zugesprochen werden.[3])

Eigenthümlich sind die Bestimmungen im Catanischen und Syrakusaner Recht wegen der Theilung der Erbschaft zwischen dem, an sich dem Grade nach nächstberechtigten Ascendenten, und den entfernteren Ascendenten, beziehungsweise den nächstberechtigten Verwandten des verstorbenen Vaters, oder der Mutter des Erblassers.

a) Beim Ableben Jemandes, der weder Kinder, noch Geschwister hat, von näheren Ascendenten aber entweder nur

1) Caltagirone 29.
2) Caltagirone 31. 32.
3) Caltagirone 32.
4) Catania tit. 11.

den Vater, oder die Mutter zurücklässt, wird in Catania der überlebende Elterntheil nicht alleiniger Intestaterbe. Dieser ist vielmehr genöthigt, die Erbschaft mit den Grosseltern des Verstorbenen, nämlich mit den Eltern des, diesem im Tode vorangegangenen parens defunctus in der Weise zu theilen, dass er zwei Drittheile, jene entfernteren Ascendenten aber ein Drittel vom Nachlass erhalten. Erst wenn auch diese schon verstorben sind, soll der überlebende Vater, oder die überlebende Mutter als alleiniger gesetzlicher Erbe gelten und den ganzen Nachlass empfangen.

b) Aehnlich wird in Syrakus[1]) die Erbschaft im beregten Falle zu zwei gleichen Hälften zwischen dem überlebenden Theil der Eltern und den Grosseltern des Erblassers, oder den Eltern von dessen vorverstorbenem parens getheilt. In Ermangelung aber solcher ferner stehenden Ascendenten wird die eine Hälfte des Nachlasses den sonstigen nächstberufenen Intestaterben von Seiten des parens defunctus des Erblassers überantwortet: mit der Massgabe, dass von letzteren nur Verwandte bis zum dritten Grade erben sollen. Weiter entfernten Verwandten geht wiederum der überlebende Vater, oder die überlebende Mutter des Erblassers vor und gelangt demnach vor diesen zum alleinigen Besitz der Erbschaft.

4. Gleichfalls dem Rechte Catania's und Syrakus'[2]) gehört die Verordnung an, dass, wofern nur allein noch Intestaterbberechtigte der vierten Erbklasse in Frage kommen, die Erbschaft schlechthin, und ohne zwischen den Bestandtheilen derselben zu unterscheiden, einfach zwischen den Verwandten des Erblassers von Vater- und Mutterseite getheilt werden soll.

Uebrigens sollte in Catania eine Vertheilung des Nachlasses nach zwei gleichen Hälften erst dann eintreten, wenn selbst nicht einmal mehr die Geschwister der Eltern, noch deren Abkommen (consobrini) lebten.[3]) So lange diese vorhanden waren, gingen sie den weiter entfernten Verwandten der vierten Erbklasse vor.

Erst mit Fortfall der genannten Personen kam es bei der,

1) Syracus. 14.
2) Catania tit. 10. Syracus. 9.
3) Catania tit. 10.

dann platzgreifenden Vertheilung der Erbschaft in zwei Hälften nicht weiter darauf an, ob die väterliche, oder die mütterliche Linie an und für sich dem Grade nach näher berufen gewesen wäre, oder nicht. Die Gradesnähe gab nur noch innerhalb einer jeden der beiden Linien den Ausschlag.

§ 23.

III. Die Ehe und das eheliche Güterrecht im Verhältniss zum Intestaterbrecht.

1. Der Umstand, ob der Erblasser verheirathet gestorben ist; ferner ob er in einer gütergemeinschaftlichen Ehe gelebt hat, oder in einer solchen mit getrennten Gütern ist auf den Gegenstand von Einfluss, der der Nachlass bildet. Hat in der Ehe des Verstorbenen Gütergemeinschaft bestanden, so kann nur das Drittheil, beziehungsweise die Hälfte, die ihm vom Gemeingut zukommt, seinen Erben ab intestato zufallen. Demnach erhalten die Kinder der Lateiner beim Tode eines ihrer Eltern ohne Testament regelmässig dessen Drittel vom gütergemeinschaftlichen Vermögen. Da sie ohnehin schon kraft eigenen Rechts (jure naturae) mit einem Drittel betheiligt sind, haben sie nunmehr zwei Drittheile, während der überlebende Vater, oder die verwittwete Mutter nach wie vor nur ein Drittel behalten.[1]) In den selteneren Fällen, wo sämmtliche Kinder bei Lebzeiten der Eltern von diesen mit ihrem Kindestheil, beziehungsweise ein jedes mit der, ihm hiervon gebührenden Quote abgeschichtet sind, geht mit dem Tode eines der Eltern nicht allein dessen Drittel vom Gemeingut, sondern die Hälfte desjenigen Vermögens auf die Kinder und Descendenten über, welches beide Eltern nach der Abschichtung der Kinder für sich zurückbehielten und etwa nachher während der weiteren Dauer der Ehe neu dazu erwarben.[2]) Ist der Erblasser nicht verehelicht gewesen, oder zwar verheirathet, jedoch ohne in einer Gütergemeinschaft gelebt zu haben, wie dies bei den Griechen stets der Fall ist[3]), so bildet den Gegenstand des Nachlasses Alles, was er in die Ehe gebracht, oder während derselben erworben hat, ausgenommen allein diejenigen Ver-

1) Palermo 43. Messina 4. Noto 1. Patti 14.
2) cf. z. B. Messina 2 (i. f.)
3) Palermo 47.

mögenszuwendungen, die der etwa überlebende Ehegatte nach den Grundsätzen des getrennten ehelichen Güterrechts zu beanspruchen hat.[1])

Der Gütergemeinschaft ist auch noch deshalb beim Intestaterbrecht zu gedenken, weil darin die Erklärung für eine Erscheinung zu suchen ist, die, oberflächlich angesehen, eine Abweichung von den Regeln der Successionsordnung zu involviren scheint. Das, den Kindern vom Momente ihrer Geburt mit einem Drittel zustehende Miteigenthum am gütergemeinschaftlichen Vermögen der Eltern kommt diesen ohne Rücksicht auf die Anzahl der daran participirenden Theilnehmer zu. Es ist daher irrelevant, ob mehrere, oder nur ein einziges Kind darauf angewiesen sind. Das Kindesdrittel hört als solches erst dann rechtlich zu existiren auf, wenn entweder alle Kinder von den Eltern bei deren Lebzeiten abgeschichtet und gänzlich abgefunden werden, oder vor den Eltern sämmtlich hinwegsterben. Im letzteren Falle fällt der Antheil der Kinder am Gemeingut nach den Regeln der gesetzlichen Erbfolge[2]) an die Eltern, als die nächsten Intestaterbberechtigten. Sie bekommen auf diese Weise nunmehr ein jeder die ideelle Hälfte vom gemeinschaftlichen Vermögen, während sie bisher daran ein jeder nur mit einem Drittel participirten.

Ein ganz anderes Rechtsverhältniss tritt dagegen dann ein, wenn bei Lebzeiten beider Eltern eines, oder einige von mehreren Kindern mit Tode abgehen. Es wachsen sodann die Quoten der verstorbenen Kinder, mit welchen diese an dem Kindesdrittheil berechtigt waren, ihren übrigbleibenden Geschwistern zu. Die Eltern haben hierauf keinen Anspruch. Handelt es sich doch hier nicht um eine Anwendung der Grundsätze des Intestaterbrechts, sondern allein und ausschliesslich um einen Zuwachs erledigter Antheile zu Gunsten der übrigen Theilnehmer am Kindesvermögen. Nach den Regeln der Intestaterbfolge würden die Eltern als Ascendenten an sich neben den Geschwistern das, oder die verstorbenen Kinder beerben müssen. Von dieser kann aber um deshalb nicht die Rede sein, weil es sich um das Kindesdrittel handelt, das den

---

1) S. oben im Familienrecht § 10.

2) S. oben 7. S. Messina 9. Catania tit. 12. Noto 8. Patti 32.

3) Messina 9. Catania tit. 12. Noto 8. Patti 32.

Kindern als solchen gehört, mögen deren mehrere vorhanden oder nur ein einziges derselben noch am Leben sein.[1])

2. Ein gesetzliches Erbrecht steht den Ehegatten unter einander nicht zu. Wenigstens wird ihnen dies in den, uns vorliegenden Statuten überall aberkannt, so lange noch irgend welche Blutsverwandte des Erblassers, die ein Intestaterbrecht geltend machen, am Leben sind.[2]) Der überlebende Theil der Ehegatten vermag gegen die Erben des verstorbenen allein die, ihm kraft ehelichen Güterrechts zustehenden Ansprüche[3]) zu erheben. Selbst diejenigen unserer Stadtrechte, die, wie es z. B. in Caltagirone geschieht, Gütergemeinschaft ausser durch Kindergeburt durch Zeitablauf von Jahr und Tag entstehen lassen, sprechen dem überlebenden Ehegatten jedes Erbrecht ab bezüglich der, an die Intestaterben des verstorbenen Theils entfallende Güterhälfte. Nicht einmal der Niessbrauch soll ihm hieran zustehen.[4])

Ob, in Ermangelung irgend welcher bekannter blutsverwandten Intestaterben des Erblassers, die römische bonorum possessio unde vir et uxor dem überlebenden Ehegatten eröffnet ward, ist aus unsern Quellen nicht zu entnehmen. Eine Stelle im Palermitanischen Recht[5]) spricht eher für das Gegentheil. Es wird darin nirgends der Eventualität einer subsidiären Intestatberufung des überlebenden Gatten gedacht. Die Erbschaft wird vielmehr, in Ermangelung sonstiger bekannter Intestaterben als erbloses Gut behandelt.

§ 24.

IV. Die Abschichtung der Kinder in ihrem Einfluss auf das Intestaterbrecht.

Im Allgemeinen ist die Thatsache, dass eines, oder etliche von mehreren Kindern bei Gelegenheit ihrer Verheirathung,

1) Vgl. die in der vorigen Note angeführten Stellen. Diese setzen bezüglich der Succession der Eltern in das Kindesdrittheil immer ausdrücklich voraus, dass alle Kinder vor beiden Eltern fortsterben. Jener Erbfall tritt demnach nicht ein, so lange auch nur ein einziges Kind noch lebt, an welches beim Tode aller seiner Geschwister das Kindesdrittheil nunmehr seinem vollen Betrage nach gelangt.

2) Palermo 43. 47. Messina 12. Patti 22. 23.

3) S. oben Familienr. §§ 4. 5. §§ 7.—10.

4) Caltagirone 22.

5) Palermo 38.

oder sonstwie von den Eltern eine Ausstattung erhalten haben, von keinem Einfluss auf ihr Intestaterbrecht diesen gegenüber. Freilich liegt dem ausgesteuerten Kinde die Verpflichtung ob, die empfangene Aussteuer einzuwerfen. Ist es hierzu jedoch bereit, so nimmt es neben den, im Elternhause verbliebenen, nicht ausgestatteten Kindern gleichen Theil an der, den Kindern und Descendenten eröffneten Intestaterbschaft. Andererseits zieht allerdings die Weigerung, zu conferiren, die Ausschliessung von der Succession in den Nachlass der Eltern nach sich.[1]) Als Gegenstand der Collation gilt Alles, was das Kind von den Eltern bei Gelegenheit seiner Verheirathung, beziehungsweise Emancipation als dos, oder anderweitig lucrativa causa empfing. Ebenso aber, wie in einzelnen französischen Coutumes[2]), wusste sich auch in mehreren sicilischen Stadtrechten die Ansicht Geltung zu verschaffen, die ausgestatteten Kinder, namentlich die ausgesteuerten Töchter seien von jeder Erbfolge in das Vermögen der Eltern auszuschliessen, so lange ausser ihnen noch andere, unausgestattete Geschwister da sind. Die Statuten von Syrakus, Noto und Caltagirone gehören hierher. Darnach werden die ausgestatteten Töchter, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob sie zur Collation bereit sind oder nicht, zur Erbfolge in den Nachlass der Eltern nicht verstattet. Nur wenn keine unausgestatteten Geschwister mehr da sind, werden auch sie zur Succession zugelassen.[3]) Eine Ausnahme wird im Syra-

---

1) Palermo 48. Messina 23. Catania tit. 8.

2) Vgl. die Cout. v. Auvergue XII, 25. 35. Marche 221. Poitou 220. Maine 258. Touraine 284. Loudunois XXVII, 26 Anjon 241. Bourbonnais 305. S. ferner De Laurière in seiner Ausgabe der Establ. de St. Louis (Ordonnanc. des rois de France I. p. 219 Noto c. u. p. 274 Note 16.) Warnkönig und Stein, franz. R. G. II S. 500—501. Auch dem byzantinischen Rechte, und zwar dem Rechte der Ecloga und späterem hierauf fussenden Gewohnheitsrecht ist die Ausschliessung der emancipirten Kinder vom Intestaterbrecht gegen die Eltern eigenthümlich. Zachariae v. Lingenthal Gesch. S. 175—176. An einen Einfluss jenes Rechts auf unsere Stadtrechte ist aber in dieser Materie nicht zu denken. Gerade die Rechte von Palermo und Messina, in denen noch am ehesten eine Einwirkung griechischer Rechtsanschauung möglich gewesen wäre, kennen die Ausschliessung der abgeschichteten Kinder nicht. Umgekehrt findet sich letztere im Syrakusaner Recht, das mehr denn die übrigen Statuten unter der Herrschaft französischen Rechts steht.

3) Syracus. 6. Noto 15. Caltagirone 33.

kusaner und Nettiner Recht allein dann statutirt, wenn die betreffende Tochter bei ihrer Dotirung durch den Vater über die Hälfte benachtheiligt ist. Nach Analogie der, der laesio enormis schon von den Zeiten der Glossatoren[1]) an gegebenen Ausdehnung ist hierunter vermuthlich der Fall zu verstehen, dass der dotirten Tochter die, ihr als Mitgift bestimmten Sachen, zu einem, die Hälfte ihres wahren Werths übersteigenden Betrage, bei ihrer Abfindung vom Vermögen der Eltern angerechnet worden sind.[2]) Nach dem Rechte Caltagirone's soll übrigens die Ausschliessung der ausgestatteten Töchter nicht bloss von der Erbschaft der Eltern, sondern auch gegenüber dem Nachlass verstorbener Geschwister stattfinden. Unter den letzteren sind als Erblasser jedoch nur die noch unausgestatteten Geschwister zu verstehen. Auch für diese Verordnung lassen sich als Vorbild einzelne französische Coutumes anführen.[3]) Sie galt übrigens ebenfalls nur mit der Massgabe, dass die Ausschliessung wegfällt, wenn keine nicht ausgestatteten Geschwister als concurrirende Miterben in Frage kommen.

§ 25.

V. Die Erbunfähigkeit der unehelichen Kinder.

Ueber die rechtliche Stellung der unehelich geborenen Kinder spricht sich nur das Messineser Recht aus.[4]) Hierin wird nicht sowohl den im Incest erzeugten, sondern schlechthin allen unehelichen Kindern (spurii) jedes Erbrecht gegen die Eltern aberkannt. Sie beerben weder Vater noch Mutter.

Diese Strenge des Rechts, die soweit es die Stellung der unehelichen Kinder zur Mutter anbetrifft, dem römischen Rechte

---

1) gl. (Accursii) ad l. 2 C. de rescind. vend. (4, 44) Azo in summa ad tit. de resc. vend. (Lugduni 1540), Chambon, Beiträge zum Obl. R. S. 117.

2) Hierbei mag die missverständliche Auslegung von l. 6 § 2 l. 12 § 1 D. de jure dot. (23,3) mitgewirkt und die Anwendung der Theorie der laesio enormis auf den angegebenen Fall begünstigt haben.

3) Auvergne XII, 25. Marche 221. Warnkönig und Stein a. a. O. S. 500.

4) Messina 22 vgl. aber auch Patti 69.

fremd ist[1]), gehört germanischer, speziell altfranzösischer Rechtsanschauung an.[2])

§ 26.

VI. Die erblosen Verlassenschaften.

Stirbt Jemand, ohne ein Testament gemacht zu haben, und sind keine bekannten Erben da, so soll nach einer Bestimmung im Palermitanischen Recht[3]) das Gericht den Nachlass des Verstorbenen an sich nehmen. Hier soll dasselbe Jahr und Tag, oder genauer 1 Jahr 1 Monat 1 Woche und 1 Tag aufbewahrt, und abgewartet werden, ob sich ein gesetzlicher Erbe des Dahingeschiedenen melden und seine Ansprüche darauf geltend machen und darthun werde. Meldet sich ein solcher, dann wird seine Erbeslegitimation im summarischen[4]) Verfahren geprüft. Je nach Ausfall desselben wird ihm die Erbschaft ausgeantwortet, oder vorenthalten. Erscheint Niemand innerhalb der genannten Frist, so wird das asservirte Vermögen

---

1) Bei den Römern gelten nur die ex complexibus nefariis, incestis aut damnatis erzeugten der Mutter und den mütterlichen Verwandten gegenüber für erblos. Andere uneheliche Kinder stehen bezüglich des Erbrechts gegenüber der Mutter und deren Verwandten den ehelichen gleich. Nov. 89 c. 15 l. 6 C. de inc. nupt. (5, 5) § 3 J. de S. C. Orphitian. (3, 4) l. 5 c. eod. (6, 57).

2) Establ. de St. Louis II, 28. Beaumanoir Cout. de Beauvoisis XVIII, 2, 19. S. ferner die neueren Coutumes v. Paris 310. Orléans 310. Bretagne 484. Normandie 275. In Frankreich erhielt sich während des Mittelalters und selbst noch später in vielen Landschaften des geschriebenen Rechts die Meinung, dass uneheliche Kinder de jure keine Mutter haben. Warnkönig u. Stein Franz. R. Gesch. II S. 274. Von deutschen R. Qu. vgl. man Sachsensp. I, 51 § 2 Schwabensp. (Lassberg.) 41. Günstiger war die rechtliche Stellung der liberi naturales zwar nicht aller, wohl aber der im Concubinat erzeugten bei den Langobarden (Ed. Rothar. 154—162 171. 222 (223) ll. Grimoald. 5. Liutprand. 65 (VI. 11.). Am günstigsten sind sie im älteren nordischen Recht bezüglich der Erbfähigkeit den Eltern gegenüber gestellt cf. Grágás, Arfa-þáttr. c. 1. In Deutschland macht sich eine fortschreitende Besserung in der Lage der unächt Geborenen mit zuerst im friesischen Recht bemerkbar v. Amira Erbenfolge S. 186. 194. 195.

3) Palermo 38. Vgl. hierzu Sachsensp. I, 28 III 80 § 1, 81 § 1. Schwabensp. (Lassberg) 36. 155 (I) Assis. de Jérusalem cour. des bourgeois c. 175.

4) Eine, die Erleichterung der Erbeslegitimation bezweckende Vorschrift enthält auch das Catanische Recht tit. 69.

als erbloses Gut angesehen. Nach Abzug der Schulden[1]) und Begräbnisskosten wird die Hälfte davon den Armen gespendet, um für das Seelenheil des Verstorbenen zu sorgen.[2]) Die andere Hälfte fällt an den Fiscus.

II. Capitel.

Das testamentarische Erbrecht. Das Notherben- und Pflichttheilsrecht.

§ 27.

Vorbemerkung.

In noch höherem Grade als beim Intestaterbrecht äussert sich der Einfluss germanischer Rechtsbildung in den, das testamentarische Erbrecht betreffenden Normen der sicilischen Stadtrechte. Auch hier tritt das Bestreben hervor, das Vermögen, oder doch gewisse, besonders wichtige Stücke desselben der Familie des Erblassers, beziehungsweise desjenigen zu erhalten, von dem dasselbe auf den letzteren gekommen ist.

Neben der Beobachtung der Grundsätze des römischen Notherben- und Pflichttheilsrechts erforderte jene Rücksicht Beschränkungen der Testirfreiheit in anderer Weise, als wie das gemeine Recht sie kannte.

Manche Testatoren dürfen nur über einen gewissen Theil, oder über einzelne Gegenstände ihres Vermögens letztwillig verfügen. Anderes ist ihrer Disposition entweder gänzlich entzogen, oder wird ihr nur unter Umständen überlassen. Damit aber war das Aufgeben des allgemeinen, das römische Erbrecht beherrschenden Princips: nemo pro parte testatus, pro parte intestatus decedere potest von selbst geboten.

Hinwiederum hat die Thatsache, dass die Kinder vermöge

1) Als passiva gelten auch die, etwa vom Erblasser unrechtmässig erworbenen Sachen (male ablata).

2) Man vgl. hierzu Schwabensp. (Lassberg) 166. Auch dem späteren, byzantinischen Rechte war die Vorschrift eigenthümlich, dass ein Theil der, dem Fiscus anheimfallenden bona vacantia, zum Besten des Seelenheils des Verstorbenen, frommen Zwecken bestimmt werden sollte. Man sehe z. B. Nov. Leo des Weisen Coll. II Nov. 40. (Jus G. R. IV ed. Zachariae v. Lingenthal u. vgl. dazu dessen Geschichte des G. R. R. S. 116 ff. S. 120).

der, bei den Lateinern bestehenden Gütergemeinschaft schon bei Lebzeiten der Eltern ein Miteigenthum an deren Vermögen erlangen, nach einzelnen Statuten die Folge, dass Eltern in der testamentarischen Verfügung über die, ihnen am Gemeingut mit je einem Drittheil zustehenden Antheile völlig unbeschränkt sind. Es fallen dort, gegensätzlich zu den übrigen Stadtrechten, selbst die, dem römischen Notherben- und Pflichttheilsrecht angehörenden Testirbeschränkungen fort.

Andere Abweichungen vom römischen Testamentsrecht werden bei den einzelnen statutarischen Festsetzungen zu berücksichtigen sein, zu deren Darstellung wir nunmehr übergehen.

§ 28.

I. Die Testirfähigkeit im Allgemeinen.

1. Wie im R. R.[1]) beginnt nach den Stadtrechten die Testirfähigkeit nicht erst mit der Grossjährigkeit. Sie tritt schon mit vollendetem vierzehnten Lebensjahre ein, ohne dass in dieser Hinsicht, anders als bei den Römern, zwischen jungen Männern und Mädchen unterschieden worden wäre.[2])

Syrakus weicht in so weit hiervon ab, als es jungen Männern die Testirfähigkeit erst mit dem vollendeten achtzehnten Lebensjahre, also mit Beginn der Grossjährigkeit[3]) gewährt. Mädchen können auch hier schon mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahre testiren.[4])

2. Nach R. R. sind bekanntlich Hauskinder (filii familias), abgesehen von bona castrensia vel quasi, nicht fähig, über ihr Vermögen letztwillig zu verfügen.[5])

Dahingegen galten in Frankreich, in den Ländern des Gewohnheitsrechtes nach dem Grundsatz: puissance paternelle n'a pas de lieu die Hauskinder für testirfähig.[6])

Zwischen diesen entgegengesetzten Standpunkten suchen manche sicilische Statuten zu vermitteln. Nach dem Messineser Recht können die Hauskinder bei Lebzeiten beider Eltern über ihr Drittheil am Gemeingut nur mit Willen und Zustimmung

1) § 1 J. quib. non est permiss. (2, 12) l. 5 D. de test. (28, 1).
2) Palermo 49. Messina 19. Noto 11. Patti 34.
3) S. oben Vormundschaftsrecht § 18. S. 68.
4) Syracus. 18.
5) l. 11 C. qui test. fac. poss. (6, 22) Puchta, Pand. § 463.
6) Warnkönig u. Stein Franz. R. G. II S. 487.

derselben testiren. Freie Disposition haben sie allein über ein, etwa daneben noch vorhandenes peculium, wobei man an ein castrense oder quasi castrense zu denken hat.[1])

Catania legt den Hauskindern die testamenti factio activa mit nachstehenden Massgaben bei. Während im Allgemeinen die Testirfähigkeit auch hier bereits mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahre beginnt[2]), sollen Hauskinder erst mit erlangter Grossjährigkeit, also nicht vor vollendetem achtzehnten Lebensjahre testiren dürfen. Ferner muss ihnen, ausser ihrem Kindesdrittheil, beziehungsweise der hiervon auf das einzelne Kind entfallenden Portion, in Folge des Todes der Mutter aus deren Erbschaft anderweitiges Vermögen angefallen sein. Dann können sie über dieses, ihr Muttererbe letztwillig verfügen, ohne dass es dabei auf die Zustimmung des Vaters weiter ankäme. Im Uebrigen ermangeln sie der Testirfähigkeit.[3])

Noch anders ist wiederum die Testirfähigkeit der Hauskinder im Syrakusaner Rechte geregelt. Sobald sie hier überhaupt für testirfähig angesehen werden[4]), steht ihnen, ohne der väterlichen Zustimmung zu bedürfen, die Fähigkeit durch Testament, oder Codicill von Todeswegen zu verfügen bezüglich der Hälfte ihres gesammten Gutes zu.[5]) Zum Schluss sei noch der Hinweis gestattet, dass im byzantinischen Rechte während des Mittelalters gleichfalls die Neigung hervortrat, den Hauskindern (ὑπεξουσίοις) testamenti factio zu geben.[6]) Eine Einwirkung jener byzantinischen Gewohnheit auf das sicilische Statutarrecht ist aber kaum anzunehmen, um so weniger als es sich dabei in Ostrom selbst mehr um particuläre Sitte, als um die Bildung eines gemeinen, überall anerkannten Gewohnheitsrechtes handelte.[7]) Gerade das Palermitanische Recht, welches sonst auf das Griechenrecht näher eingeht,

---

1) Messina 20. S. oben S. 87.

2) arg. Catania tit. 9. S. dazu Cosm. Nepita nr. 59. 60. — „majores filii in textu nostro dicuntur effecti quando decedunt post decimum quartum annum, nam haec major aetas consideratur quoad testamenti confectionem."

3) Catania tit. 20. c. 2. Andererseits sind verheirathete, und damit für emancipirt geltende Kinder, Töchter so gut, wie Söhne zur letztwilligen Verfügung über ihr gesammtes Vermögen befugt und befähigt ibid. tit. 20 c. 1.

4) S. darüber oben S. 87.

5) Syracus. 18.

6) S. hierüber Zachariae v. Lingenthal Gesch. des Gr. R. S. 125.

7) Zachariae v. Lingenthal a. a. O. S. 125.

enthält keine, die Erweiterung der Testirfähigkeit der Hauskinder bezweckende Verordnung.

§ 29.

II. Die Beschränkungen der Testirbefugniss mit Bezug auf gewisse Gegenstände, oder bestimmte Quoten des Vermögens des Erblassers.

1. Den sicilischen Städten und ihrem Recht eigenthümlich ist die, bei verheiratheten Personen bezüglich der Testirbefugnisse statuirte Unterscheidung zwischen dem Ehemann und der Ehefrau.

Von dem, weiterhin besonders zu erörternden Notherben- und Pflichttheilsrecht abgesehen, ist der Ehemann und Vater im Allgemeinen in der Freiheit, über sein Vermögen letztwillig zu verfügen, nicht beschränkt.[1]) Selbstverständlich erstreckt sich, bei stattfindender Gütergemeinschaft, seine Testirbefugniss immer bloss auf denjenigen Antheil, mit dem er selbst zu einem Drittel am Gemeingut participirt. Er darf also nicht etwa auch über die beiden, mit je einem Drittel der Ehefrau und den Kindern zustehenden Miteigenthumsantheile testiren.

Im Uebrigen besteht für ihn eine Einschränkung der Testirbefugniss allein nach den Rechten von Caltagirone und Syrakus. Selbst dort gelten diese Schranken nicht durchaus, sondern nur wegen der bona stabilia patrimonialia, oder den, dem Erblasser von seinen Eltern resp. Voreltern als Erbgüter angefallenen Liegenschaften.[2]) Diese sollen in Syrakus den Söhnen erhalten bleiben. Sind solche nicht vorhanden, so kann auch über die Erbgüter von Todeswegen verfügt werden. Töchter dürfen dem nicht widersprechen. Ihnen bleibt, dem gemeinen Recht gemäss, nur ihr Pflichttheil vorbehalten.[3]) In Caltagirone darf, so lange noch Descendenten, Geschwister, und Geschwisterkinder am Leben sind, der Mann und Vater, und ebenso die Mutter über die Substanz der Erbgüter gar nicht, und über deren Werth nur zum halben Betrage desselben von Todeswegen verfügen: einerlei, ob durch Testament, Codicill,

---

1) Palermo 38. 43. Messina 5. Catania tit. 6. Noto 1. Patti 15. Lipari 12 § 4. Girgenti 3.

2) Diese entsprechen den propres des französ. R. vgl. Warnkönig und Stein, Franz. R. Gesch. S. 488—490.

3) Syracus. 15.

oder donatio mortis causa. Erst in Ermangelung der genannten Intestaterbberechtigten können auch die bona patrimonialia dritten Personen zugewandt, und damit beispielsweise Arme Kirchen und Stiftungen (pia corpora) bedacht werden.[1])

2. Bei der Testirbefugniss der verheiratheten Frauen hat man zwei Fälle zu unterscheiden, je nachdem ob diese in getrennten Gütern, oder in einer Ehe mit Gütergemeinschaft leben.

a) Bei getrenntem Güterrecht.

In anderm Zusammenhange ist bereits der Beschränkungen gedacht worden, denen die Ehefrauen wegen der letztwilligen Verfügung über die, in die Ehe mitgebrachte dos unterworfen waren.[2]) In Palermo darf die Frau darüber nicht vor dem Ablauf des ersten Jahres der Ehe testiren. Es gilt dies nicht bloss für die Ehen der Lateiner, die, ausser durch Kindergeburt, durch Zeitablauf von Jahr und Tag zu gütergemeinschaftlichen Ehen werden; die Frauen der Griechen, deren Ehen stets getrenntes Güterrecht behalten, dürfen ebensowenig innerhalb des ersten Jahres der Ehe über ihre Mitgift verfügen. Auch betrifft diese Testirbeschränkung bei[3]) letzteren, ausser den Dotalsachen, ebenso die Gegenstände des Witthums (dotarium) und der Eheschenkung (donatio propter nuptias).

Nach dem Rechte Messina's und seiner Tochterrechte dürfen Ehefrauen, die in Ermangelung von Kindern hier immer in getrennten Gütern leben, nur über die beweglichen Sachen, nicht auch über die Liegenschaften der dos testiren.[4]) Hinwiederum unterscheidet das Catanische Recht nicht zwischen den beweglichen und unbeweglichen Dotalsachen. Die Testirbeschränkung der Ehefrauen ist hier lediglich zu Gunsten eines etwaigen dritten Bestellers der dos eingeführt. Hat die Frau sich selbst dotirt, oder ist die Mitgift von dem Dotanten, z. B. von dem Vater ihrem eigenen Vermögen entnommen, so kann sie darüber unbeschränkt von Todeswegen verfügen.[5])

Dagegen ist die, aus dritter Hand und aus fremdem Vermögen empfangene dos ihrer Disposition von Todeswegen fast ganz entzogen. Ueber deren Grundstücke darf sie gar nicht testiren, von den beweglichen Sachen sind zwei Drittheile

1) Caltagirone 31. 2) S. Familienrecht § 7. 3) Palermo 43. 47. 4) Messina 12. 5) Catania tit. 17. 16. Ebenso auch über $^1/_3$ der Errungenschaft, die ihr bei kinderloser Ehe gebührt, während $^2/_3$ davon dem Manne zustehen.

ihrer Verfügung entzogen. Nur über ein Drittel derselben kann sie testiren.[1]) In Noto waren ebenfalls die Liegenschaften der dos der Testirbefugniss kinderloser, und deshalb in getrennten Gütern lebender Ehefrauen entzogen. Und von den beweglichen Dotalsachen konnte sie hier sogar nur den vierten Theil vergaben.[2])

b) Bei Gütergemeinschaft.

Bezüglich der Testirbefugnisse der in Gütergemeinschaft lebenden Ehefrauen divergiren unsere Quellen.

α) Einige, wie das Palermitanische und Catanische, das Syrakusaner Recht, und das von Caltagirone geben der Frau die gleiche Testirfreiheit wie dem Manne.[3]) Eine Schranke besteht demnach, vom Noth- und Pflichttheilsrecht abgesehen, für sie nur da, wo die Erbgüter (bona stabilia patrimonialia), wie des Mannes, so auch der Frau letztwilliger Verfügung entzogen sind. Wir haben vorhin der, jene Ebgüter betreffenden Festsetzungen im Rechte von Syrakus und Caltagirone gedacht.[4])

β) Nach dem Messineser Recht und den hieraus abgeleiteten Statuten darf die Ehefrau über ihren Antheil am gütergemeinschaftlichen Vermögen nur insoweit letztwillig disponiren, als dasselbe in Mobilien besteht. Ueber ihren Antheil an den Grundstücken vermag sie nicht zu testiren. Dieser fällt de jure den Kindern und anderen Descendenten, beziehungsweise, wenn diese vor der Erblasserin verstarben, ihren andern gesetzlichen Erben zu. Es gilt dies unbedingt von der Substanz des Immobiliargutes. Ueber den Werth der Grundstücke kann sie unter Umständen, nämlich in dem Falle von Todeswegen verfügen, wenn sich keine Mobilien in der Gütergemeinschaft vorfinden, jedoch auch dann nur über die Hälfte des Werthbetrages. Letztere gilt als Freitheil (portion disponible) und kommt mit dem entsprechenden Institute des französischen Rechts überein.[5])

---

1) Catania tit. 16.

2) Noto 4.

3) Palermo 38. 43. Catania tit. 6. Syracus. 4. Caltagirone 31.

4) Syracus 15. Caltagirone 31. S. oben S. 89. In Syrakus bilden überdies die Erbgüter keinen Theil des gütergemeinschaftlichen Vermögens. S. oben S. 20. 24.

5) Messina 5. Patti 16. Lipari 12 § 5. Girgenti 3. Vgl. Warnkönig und Stein Franz. R. Gesch. II. S. 488 ff.

Die andere Hälfte bleibt den gesetzlichen Erben reservirt. Aehnlichen Beschränkungen unterliegt bei bestehender Gütergemeinschaft die Testirbefugniss der Frau nach Nettinischem Recht. So lange die Kinder oder deren Abkommen am Leben sind, darf sie nur unter denselben Einschränkungen testiren, die wir bei Messina kennen gelernt haben.[1]) Anders aber, wenn die Kinder schon bei Lebzeiten beider Eltern verstarben, und demzufolge durch Anwuchs des Kindesdrittheils zu den Antheilen der Eheleute unter letzteren die ideelle Halbtheilung des Gemeingutes eingetreten ist. Die Ehefrau soll dann allein noch über den vierten Theil ihres gesammten Vermögens, mithin nur über den achten Theil des Gemeingutes testiren dürfen. Dieses Viertel gilt als Freitheil. Alles übrige bleibt ihren gesetzlichen Erben.

Erst wenn von letzteren weder Eltern, noch Geschwister, noch Geschwisterkinder mehr vorhanden sind, erlangt die Frau die freie Testirbefugniss über ihren ganzen, der Hälfte des gütergemeinschaftlichen Vermögens gleichkommenden Nachlass.[2]) Die genannten Testirbeschränkungen galten übrigens anscheinend nicht bloss so lange, als bei Lebzeiten beider Eheleute die Ehe andauert. Vielmehr waren ihnen, wenigstens an manchen Orten[3]), auch die Wittwen in gleicher Weise unterworfen. Es erstreckten sich demnächst, nach Auflösung der Ehe durch den Tod des Mannes, die Dispositionsbeschränkungen auch auf dasjenige Gut, das der Frau, abgesehen von ihrem Ehevermögen, späterhin anderweitig durch Erbschaft zufiel.

§ 30.

III. Das Notherben- und Pflichttheilsrecht.

In Uebereinstimmung mit dem römischen Recht wird im Städterecht Siciliens zwischen formellem und materiellem Notherben- oder Pflichttheilsrecht unterschieden.

1) Das formelle Notherbrecht.

Die Kinder müssen von den Eltern im Testamente entweder ausdrücklich als Erben eingesetzt, oder enterbt werden.[4])

1) Noto 4 vgl. mit Messina 5.
2) Noto 8. 9.
3) Noto 8. 9.
4) Palermo 44. Messina 7. 22. Catania tit. 6. Noto 1.

Sollen sie enterbt werden (exheredari), so muss dies unter Angabe eines der, in den leges, d. h. im römischen Recht (Nov. 115) fixirten Enterbungsgründe geschehen.[1]) Unter den Kindern sind im weiteren Sinne des Wortes alle Descendenten einbegriffen. Dagegen scheiden selbstverständlich alle unehelich geborenen Kinder (spurii et non legitime nati) aus.[2]) So wenig wie sie zur Intestaterbfolge berufen sind, ebensowenig kann bei ihnen von einem Notherbrecht die Rede sein.

Eine wirkliche, nicht bloss scheinbare Ausnahme wird man nach einigen unserer Rechte bei den ausgestatteten Töchtern zu statuiren haben. Wo sie, wie in Syrakus, Noto und Caltagirone neben den, nicht abgeschichteten, oder unausgestatteten Geschwistern des gesetzlichen Erbrechts gegenüber den Eltern darben, ist auch von einem Notherbrecht derselben zu abstrahiren. Die Nothwendigkeit einer Einsetzung, oder Enterbung kann bei ihnen nur dann Platz greifen, wenn unausgestattete Geschwister neben ihnen nicht in Frage kommen. Eine weitere Abweichung von den Grundsätzen, nicht zwar des römischen Rechts überhaupt, wohl aber des römisch-justinianeischen Rechts, der Nov. 115 gehört dem Messineser Rechte an. Der Vater, nicht auch die Mutter sollte dort[3]) genöthigt sein, die Kinder ausdrücklich zu enterben. Als Grund dieser Bestimmung nennt Apulus in einem Zusatz[4]) zu der betreffenden Stelle den Mangel der väterlichen Gewalt Seitens der Mutter. Um deshalb soll es genügen, wenn sie die Kinder stillschweigend übergeht. Die Richtigkeit dieser Ansicht zugestanden, an der zu zweifeln keine Veranlassung vorliegt, sind wir berechtigt, die Redactoren des Messineser Statuts einer falschen Auffassung der Bedeutung des justinianeischen Notherbenrechts in seinem Verhältniss zum früheren römischen Recht zu zeihen. Bekanntlich wird durch Nov. 115 c. 3 den sämmtlichen Ascendenten ohne Unterschied, der Mutter, ebenso wie dem Vater, untersagt, die Kinder und Descendenten

---

1) Messina 22. Selbstverständlich ist diese Enterbung bei bestehender Gütergemeinschaft auf denjenigen Antheil zu beziehen, der den Eltern vom Gemeingut gehört. Ueber das Kindesdrittheil vermögen diese nicht zu testiren; mithin kann dieser den Kindern auch nicht durch Enterbung entzogen werden. S. oben S. 89. 2) Messina l. c. 3) Messina 22. 4) Zu c. 22 cit.: „quos non habet in potestate; sed tacite praeterire."

zu übergehen. Sie alle müssen fortan ihre Nachkommen im Testamente entweder förmlich als Erben einsetzen, oder mit ausdrücklicher Erwähnung eines, der im Gesetz aufgezählten Gründe förmlich enterben, oder doch mindestens in einer Weise von der Erbschaft ausschliessen, die bestimmt erkennen lässt, dass die betreffende Verfügung, und der darin benannte Ausschliessungsgrund sich auf die Person des Ausgeschlossenen, beziehungsweise Nichteingesetzten bezieht.[1]) Wenn es deshalb im Messineser Recht a. a. O. heisst: „mater — eos exhaeredare non dicitur", so setzt dies die Annahme voraus, es komme hier nicht das Recht der Nov. 115 zur Anwendung, sondern das vor dieser in Geltung gewesene römische Recht. Dem letzteren zufolge war eine ausdrückliche Enterbung allein bei sui, d. h. den in väterlicher Gewalt stehenden Kindern erforderlich.[2]) Da die Mutter ihre Kinder nicht in potestate hat, war eine exhaeredatio derselben durch sie nicht nothwendig. Es genügte, wenn sie diese im Testament mit Stillschweigen überging.[3])

2) Das Pflichttheilsrecht.

Bezüglich der Nothwendigkeit, den Notherben eine bestimmte Quote des Vermögens, oder genauer desjenigen Theils desselben letztwillig zu hinterlassen, der, in Ermangelung eines Testaments, dem einzelnen Erbberechtigten gesetzlich zugefallen sein würde, gehen unsere Quellen auseinander.

a) Die Rechte Palermo's und Messina's, denen hier neben den Tochterrechten des letzteren auch Noto's Statuten folgen, schreiben im Einklang mit dem gemeinen Recht vor, dass die Eltern den Kindern den Pflichttheil (legitima) zu hinterlassen haben.[4]) Auch hier ist nicht zu bezweifeln, dass unter den Kindern auch die Enkel und sonstigen Descendenten verstanden werden. Nur da, wo, wie in Noto[5]), die ausgestatteten Töchter des gesetzlichen Erbrechts ermangeln, oder doch nur unter gewissen Umständen berufen werden, wird man, ebenso wie vom formellen, so auch vom Pflichttheilsrecht bei diesen zu

1) Windscheid Pand. §§ 588. 589.

2) pr. §§ 1—5 J. de exhered. lib. (2, 13) l. 4 C. de lib. pract. (6, 28).

3) pr. u. § 7 J. de exhered. lib. (2, 13).

4) Palermo 38. 43. 44. 47. Messina 5. 7. Patti 15. 18. Lipari 12 § 4. 13. Girgenti 3. Noto 1. 2.

5) S. oben S. 83. 84.

abstrahiren haben. Ein Anspruch hierauf könnte hier erst beim Wegfall der nicht ausgestatteten Geschwister existent werden.

Ueber die, den Kindern und Descendenten obliegende Verpflichtung, ihren Ascendenten den Pflichttheil zu hinterlassen, erfahren wir nichts. Es spricht aber auch nichts für die Annahme, dass diejenigen Statuten, die überhaupt ein materielles Notherbenrecht anerkennen, in dieser Hinsicht zum Nachtheil der Ascendenten sich von den Principien des R. R. entfernt haben sollten.[1])

Nicht minder schweigen unsere Stadtrechte über die Höhe der legitima fast ganz. Auch in dieser Beziehung liegt aber gegen die Geltung des römischen und zwar des justinianeischen Erbrechts. als subsidiärer Rechtsquelle kein Bedenken vor. An einer, das griechische Sonderrecht betreffenden Stelle des Palermitaner Rechts begegnen wir der Verordnung, dass der Vater von allem seinem Gut, sowohl von dem, was er in die Ehe gebracht, als während deren Dauer erworben hat, gehalten sein soll, seinen sämmtlichen Kindern mindestens den dritten Theil als legitima zuzuwenden. Ebenso wird die Mutter für verbunden erklärt, hier, wo die Gütergemeinschaft keine Anwendung findet, von ihrer dos, donatio propter nuptias, und dem dotarium allen Kindern zusammen wenigstens ein Drittheil zu hinterlassen. Von einer Erhöhung des Pflichttheils auf die Hälfte der Intestaterbportion in dem Falle, wenn mehr Abkömmlinge concurriren, verlautet nichts. Es muss dahingestellt bleiben, ob diese Eventualität unabsichtlich nicht erwähnt worden ist[2]), oder ob der Gesetzgeber in bewusster Weise sich von dem Inhalte der Nov. 18. pr. c. 1 Justinian's hat entfernen wollen.[3])

---

1) Dasselbe gilt übrigens auch vom formellen Notherbenrecht der Ascendenten, sowie von der Notherbfolge der Geschwister.

2) Der Ausdruck: tertia (*τρίτον*) wird übrigens im griechisch. R. des Mittelalters geradezu *κατ' ἐξοχήν* für legitima (*νόμιμος μοῖρα*) gebraucht, ohne dass aus diesem Sprachgebrauche folgte, es solle damit die ev. Erhöhung des Pflichttheils auf die Hälfte ausgeschlossen sein und in Abrede gestellt werden cf. Zachariä v. Lingenthal Gesch. S. 147 Note 96 S. 156. 157.

3) Dagegen sollen, nach Meinung der Ausleger (cf. den Zusatz zu dieser Stelle in der Ausgabe des Muta, der sich dieserhalb auf Boniornus in auth. lucr. C. de sec. nupt. beruft), die gemeinrechtlichen Nachtheile einer zweiten Ehe cessiren. Vorbehaltlich der, den Kindern zu hinterlassenden

b) Den Gegensatz zu den erwähnten Statuten bildet das Recht Catania's. Während es am formellen Notherbenrecht und an der Nothwendigkeit der Einsetzung der Berechtigten festhält, entbindet es die Eltern von der Verpflichtung, den Kindern eine bestimmte Quote der, ihnen am gütergemeinschaftlichen Vermögen zustehenden Antheile von Todeswegen zu hinterlassen. Es soll genügen, wenn sie die Kinder nur überhaupt in ihrem Testament als Erben einsetzen und irgendwie, wenn auch nur mit einem, noch so geringen Erbtheil bedenken. Die Vorschriften des R. R. über die Höhe der legitima, (hier, gemäss der im Mittelalter beliebten Verwechselung mit der falcidischen Quart, Falcidia genannt[1]), werden ausdrücklich ausser Kraft gesetzt.[2]) Ebenso sollen alle, den Notherben wegen Verletzung des Pflichttheilsanspruches im gemeinen Recht gewährten Rechtsmittel, insbesondere die auf Ergänzung der legitima gerichteten Klagen cessiren.[3])

c) Auch den Rechten von Syrakus und Caltagirone ist ein materielles Notherbenrecht unbekannt.[4]) Bleiben hier einerseits die Erbgüter (bona stabilia patrimonialia) der letztwilligen Verfügung der Eltern schlechthin vorenthalten, so steht diesen andererseits die völlig freie, durch keine Rücksicht auf ein Notherben- oder Pflichttheilsrecht der Kinder beschränkte

---

tertia, darf daher der conjux binubus über die übrigen $^2/_3$ seines Vermögens beliebig, mithin auch in favorem des überlebenden Ehegatten testiren. Die l. 6. C. (hac edictali) de sec. nup. (5, 9) und die Auth. de nupt. § venient (auth. lucrum [Nov. 22. c. 25] zu l. 3 C. eod.) sind angeblich in Palermo nicht Rechtens geworden. Der von Muta erwähnte Boniornus ist identisch mit dem Commentator Ferdinando Bongiorno, von dem im J. 1592 zu Palermo Adnotationes ad Consuetudines urbis Panhormi erschienen sind.

1) S. v. Savigny Gesch. des R. R. im Mittelalter (2. Ausg.) II S. 129. S. 328 (Petr. exc. l. R. I, c. 12). Dieselbe Confundirung der Bestimmungen der lex Falcidia mit den, die Höhe der legitima betreffenden Vorschriften begegnen wir im oström. R. des Mittelalters. Zachariä v. Lingenthal, Gesch. S. 177. 177. S. 156. 157.

2) Catania tit. 6.

3) Vermuthlich mit Rücksicht auf den Inhalt von l. 30 C. de inoff. (3, 28) sowie Nov. 115 c. 5 wird im Cat. R. a. a. O. das, die Ergänzung des Pflichttheils (repletionem legitimae) bezweckende Rechtsmittel, — die actio suppletoria der Neueren, — eine condictio ex lege genannt.

4) Syracus 4. 5. (cf. verb.: „juxta suae arbitrium voluntatis") Caltagirone 31 i. f. (cf. verb. „de reliquis — bonis suis, tam stabilibus quam mobilibus facere velle suum").

Verfügung zu über Alles dasjenige, was sie, ausser jenen Erbgütern an beweglichem oder unbeweglichem Vermögen besitzen. Die Kinder galten hier schon dadurch für genügend abgefunden, dass ihnen, ausser dem Theil, mit dem sie kraft eigenen Rechts am gütergemeinschaftlichen Gute betheiligt waren, die den Eltern angeerbten Liegenschaften de jure erhalten bleiben mussten.

Hiervon wurde in Syrakus nur insofern eine Ausnahme gemacht, als die Töchter, während sie auf die Erbgüter an sich keinen Anspruch hatten, einer, in Ermangelung männlicher Descendenz, von den Eltern über diese Liegenschaften getroffenen letztwilligen Disposition gegenüber, das gemeinrechtliche Notherben- und Pflichttheilsrecht geltend machen durften.[1])

3) Die Rechtsfolgen der Benachtheiligung der Notherben.

Anlangend die Rechtsfolgen, welche die Nichtbeobachtung der Vorschriften über das formelle Notherbenrecht, wie über das Pflichttheilsrecht nach sich zieht, erhellt aus den sicilischen Statuten Folgendes: Ist ein Kind entweder überhaupt nicht, oder doch nicht auf Höhe des Pflichttheils im Testamente der Eltern bedacht worden, so wird in Palermo und Messina die gesetzliche Erbfolge eröffnet. Es wird dies namentlich für den Fall ausdrücklich hervorgehoben, wenn der Vater, oder die Mutter nach Auflösung einer, mit Kindern gesegneten früheren Ehe, und dem Tode des einen der beiden Eheleute eine weitere Ehe eingeht.

Entsteht in letzterer demnächst durch Kindergeburt Gütergemeinschaft, so ist der conjux binubus gehalten, mit seinem, ihm vom Gemeingut der zweiten oder späteren Ehe zukommenden Antheil nicht sowohl seine Kinder zweiter Ehe, sondern ebenso auch die eigenen Kinder aus der Vorehe zu bedenken; d. h. ihnen mindestens den Pflichttheil (legitima) davon zu hinterlassen.[2]) Widrigenfalls wird es ganz so gehalten, als sei die Intestaterbfolge eingetreten. Demnach erben die nichtbedachten Kinder der früheren Ehe zu gleichen Theilen (in capita) neben ihren Halbgeschwistern aus der späteren Ehe.

Fragt man, welchen von den verschiedenen Systemen[3]),

1) Syracus. 15. 2) Palermo 49. Messina 7. 3) Bekanntlich reichen die Controversen hierüber bis in die Zeit der Glossatoren hinauf. S. Keller, Pand. II. § 521.

die rechtliche Natur und Geltung der Rechtsmittel der Notherben und Pflichttheilsberechtigten betreffend, die Redactoren der genannten Statuten den Vorzug gegeben haben, so wird sich dies mit Sicherheit kaum jemals feststellen lassen.

Nach dem Wortlaut der angezogenen Stellen möchte man darauf schliessen, dass sie dem sogen. reinen Nullitätssystem haben folgen wollen. Wenn es nämlich heisst, bei Nichtberücksichtigung (non recognoscere) einzelner Kinder und der Vorenthaltung der legitima solle ohne Weiteres Intestaterbfolge eintreten, und es sollen demnächst alle Kinder in capita succediren, so setzt dies die Ansicht voraus, dass die Durchführung der Erbschaftsklage durch die benachtheiligten Kinder nicht bloss die, diesen entgegenstehende Erbeinsetzung verdrängt. Vielmehr scheint damit gemeint zu sein, es solle auch für die übrigen Kinder das Testament in so weit aufgehoben werden, als es Verfügungen über Erbeinsetzung und Nachlassvertheilung enthielt. Das Catanische Recht, von dem wir gesehen haben, dass es kein Pflichttheilsrecht kennt, sondern nur die Beobachtung des formellen Notherbrechts verlangt, spricht sich über die Verletzung der auf letzteres bezüglichen Vorschriften nicht aus. Nach der Ansicht seiner Ausleger tritt Nichtigkeit des Testaments ein, wenn der Vater die Kinder weder instituirt, noch enterbt. Ihre Nichtberücksichtigung durch die Mutter soll ihnen nur die Möglichkeit geben, das Testament anzufechten.[1])

---

1) Cosm. Nepita in tit. 6 Cat. nr. 20 ff. 21. 22. Derselbe beruft sich auf tit. Inst. de exhered. liberor. (2, 13). Auch hier begegnen wir wieder der Erscheinung, deren wir bereits oben beim Messineser Recht gedacht haben. Man war sich der Bedeutung der Verordnungen der Nov. 115 in ihrem Verhältniss zum früheren römischen Notherbrecht nicht bewusst. Demnach wird auf Grund der Bestimmungen des älteren Rechts nach wie vor zwischen Vater und Mutter unterschieden. Für den ersteren wird an der Nothwendigkeit der Erbeinsetzung, oder ausdrücklicher Enterbung der Kinder festgehalten. Bei der Mutter soll schon die blosse Präterition genügen, nicht zwar um das Testament als nichtig anzugreifen, wohl aber um mittelst der querela inofficiosi testamenti die Rescission seines Inhalts ganz oder theilweise herbeizuführen. Dass die letztere Klage hier, wo nach dem Statut der Anspruch auf Hinterlassung eines bestimmten Pflichttheils überhaupt fortfällt, keinen rechten Sinn hatte, dessen war man sich offenbar gleichfalls nicht klar bewusst.

§ 31.

IV. Aufhebung der quarta Falcidia.

Das Catanische Recht[1]) verbietet den sui heredes, worunter gleich wie im R. R. die in väterlicher Gewalt stehenden Kinder des Testator verstanden werden[2]), den Vermächtnissnehmern die quarta Falcidia in Abzug zu bringen. Ebenso, wie sie auf Hinterlassung des Pflichttheils keinen Anspruch haben, müssen sie auch denjenigen gegenüber, die vom Erblasser mit Vermächtnissen bedacht worden sind, sich allein mit dem begnügen, womit sie im Testament als Erben instituirt sind. Aber auch die heredes extranei sollen nicht befugt sein, die quarta Falcidia für sich in Abzug zu bringen. Die Vermächtnisse sind stets ihrem vollen Betrage nach den bedachten Personen auszuantworten.

Bei dem Schweigen der übrigen Statuten über die quarta Falcidia ist eine Abweichung derselben vom R. R. hierin nicht zu vermuthen. Sie ist um so weniger wahrscheinlich, als dafür, dass gerade in Catania die gemeinrechtlichen Vorschriften bezüglich der quarta Falcidia ausser Kraft gesetzt wurden, sich ein besonderer, nur diesem Stadtrecht eigenthümlicher Grund anführen lässt. Die schon erwähnte[3]), im Mittelalter beliebte Verwechselung zwischen legitima und quarta Falcidia musste es dort nahe legen, neben der Aufhebung des Pflichttheilsrechts zugleich auch den Anspruch des instituirten Erben zu beseitigen, mit dem dieser den Vermächtnissnehmern gegenüber sich einen gewissen Theil des Nachlasses zu reserviren vermochte.

III. Capitel.

Die Erbtheilung.

§ 32.

Die Lehre vom Erwerb der Erbschaft ist im Allgemeinen kein Gegenstand statutarischer Beliebung in den uns vorliegenden Quellen. Das R. R. scheint hierin durchaus massgebend gewesen zu sein.

1) Catania tit. 23. 2) cf. Cosm. Nepita zu dies. Tit. nr. 1 ff. 3) S. oben S. 96. Note 1.

Von Eigenthümlichkeiten germanischer Rechtsbildung ist im Allgemeinen hier nichts zu verzeichnen. Während das französische Recht nach andern Richtungen hin vielfach auf das sicilische Recht influirt hat, hat das so wichtige, den Erbschaftserwerb bestimmende Princip: le mort saisit le vif (der Todte erbt den Lebendigen) in den Städten Siciliens keine Geltung erlangt.

Einzig und allein die Art der Erbtheilung unterliegt einem, dem römischen und gemeinen Recht unbekannten, in germanischen Anschauungen beruhenden Verfahren.

In den sämmtlichen der uns vorliegenden sicilischen Stadtrechten gilt bei der Theilung des Nachlasses der Eltern unter mehreren Kindern oder Descendenten das Kürrecht (jus optionis).[1])

Darnach hat immer der älteste von mehreren Brüdern, oder die älteste Schwester die Theilung vorzunehmen. Der jüngste Bruder aber, oder die jüngste Schwester hat vor den andern das Recht, sich den ihm oder ihr zusagenden Theil auszuwählen. Nach derselben Reihenfolge richtet sich, nach vollzogener Wahl durch den Jüngsten, das Wahlrecht betreffs der Nachlasstheile unter den übrigen Geschwistern, indem immer der nächstjüngere die Vorhand in der Wahl hat vor den andern. Ebenso wird übrigens auch selbst dann verfahren, wenn mehrere Geschwister mit dem überlebenden Vater, oder der überlebenden Mutter das bisher gemeinsame Vermögen theilen. In diesem Falle hat der parens superstes die Theilung zu besorgen. Zum Wahlrecht wird dagegen immer wieder das jüngste, oder jüngere von mehreren Kindern und so fort berufen, während dem Vater oder der Mutter zufällt, was nach der von den Kindern vollzogenen Wahl von den gemachten Theilen übrig bleibt. Dagegen gilt das Kürrecht nicht bei der Theilung solcher Güter, die mehreren Kindern, sei es durch Erbschaft, sei es durch Vermächtniss (legatum), oder anderweitig durch Verfügung von Todeswegen, oder unter Lebenden von andern Personen, als von den Eltern oder Grosseltern ungetheilt zufallen. Bei der Theilung von derartigem Gut, von dem das Messineser Recht

1) Palermo 56. Messina 24. Catania tit. 24. Syracus. 21. Noto 24. Patti 58. Vgl. Sachsensp. III, 29 § 2. Schwabensp. (Lassberg) 26. 288. Grimm, Rechtsalterthümer S. 488.

(a. a. O.) den Ausdruck bona adventicia gebraucht, soll das Loos entscheiden.

Fragen wir nach der Herkunft des Kürrechts in den sicilischen Statuten, so lässt sich zunächst negativ feststellen, dass dasselbe nicht normannischen Ursprungs ist. In der Normandie galt, wegen des dort vorherrschenden Feudal- und Adelsrechts und des Rechts der Erstgeburt, das umgekehrte Verfahren. Es hatte der jüngste oder jüngere Bruder zu theilen, und dem ältesten stand das Wahlrecht zu.[1]) Im übrigen Frankreich gab bei Erbtheilungen entweder das Loos den Ausschlag, oder man räumte dem einen oder dem andern von mehreren Miterben die Befugniss der ersten Wahl ein. Das Wahlrecht des jüngsten Erben findet sich beispielsweise in Anjou anerkannt.[2])

Sonach wird man es müssen dahin gestellt sein lassen, ob jenes Princip dem einen oder dem andern der französischen Coutumes entlehnt, oder anderwärts her, vielleicht auf Grund einer weiteren Fortbildung langobardischen Rechts[3]) im späteren italienischen Städterecht in den Städten Siciliens Aufnahme gefunden hat.

Wenn schon einigermassen modificirt, findet sich nämlich das Kürrecht auch im Stadtrechte von Bari anerkannt.[4]) Dieses aber weist vor andern süditalischen Statuten die Signatur langobardischer Rechtsbildung auf.[5])

---

1) Somma de leg. consuet. Normann. I c. 27. §§ 6. 10. 11. c. 35 (de Ludewig, Reliqu. Mss. VII, 213) Grand contum. de Normendie (Bourdot de Richebourg IV) ch. 26 „L'ainsné doibt premierement choisir" ibid. c. 35. Grimm R. A. S. 480.

2) Cout. d'Anjou 279. Warnkönig und Stein Frz. R. G. II S. 504.

3) Nach älterem Langobardischen Recht gab freilich wohl nur das Loos den Ausschlag bei Erbtheilungen, cf. L. Liutpr. 69 (16).

4) Consuetudini Baresi (ed. Giulio Petroni, Napoli 1866) Rubr. XLIV, 3. — „minor namque in divisione a majore fratre confecta in eligendo praeponitur, post cum secundo servatur electio, majori tertia portio relaxatur." Vgl. aber wegen der Modification jenes Princips ibid. Rubr. XLIV, I.

5) Cf. Cons. Baresi Rubr. XII. XLIII, 1. 3. 5. ferner Rubr. XIV, XL und vgl. Ed. Rothar. 199. Schröder Gesch. des chel. Güterr. I. S. 35.

DRITTES BUCH.

SACHENRECHT.

§ 33.

Vorbemerkung.

Das Sachenrecht der sicilischen Städte, soweit es eigenthümliche, dem römischen und gemeinen Recht unbekannte, Bildungen aufweist, ist seinem Hauptinhalte nach für gleichbedeutend zu nehmen mit dem jus protimiseos oder dem Retrakt. Hierüber enthalten die Stadtrechte ebenso wichtige und zahlreiche, wie detaillirte Vorschriften. Damit aber ist im Wesentlichen ihr sachenrechtlicher Inhalt erschöpft. Was sie sonst noch davon enthalten, sind einzelne, verhältnissmässig weniger bedeutende Ergänzungen, und Modificationen des römischen und gemeinen Sachenrechts.

Eine eigentlich systematische Darstellung dieses Theils des Privatrechts ist sonach ausgeschlossen. Die ihm, im Rechtssysteme unserer Quellen zukommende Bedeutung empfiehlt es, das jus protimiseos voranzustellen. Gewissermassen Anhangsweise lassen wir demnächst die übrigen, das Eigenthum und die Rechte an fremden Sachen betreffenden Bestimmungen folgen.

I. Capitel.

Das jus protimiseos. (Der Retrakt.)

§ 34.

I. Im Allgemeinen.

Die Quelle des jus protimiseos ist das byzantinische Recht, und zwar, wenn wir absehen von einer, vermuthlich apokryphen Novelle Leo des Weisen[1]), die berühmte Novelle des Kaiser Romanus senior Lacapenus vom Jahre 922.[2])

1) Jus Graeco-Roman. (ed. Zachariä a Lingenthal) III Col. II Nov. 114. Zachariä von Lingenthal Gesch. des Griech. Röm. R. S. 213 Not. 731. (2. Aufl. Berlin 1877.) 2) Jus Graeco-Rom. III Col. III Nov. 2 c. 1.

Nach den Untersuchungen Zachariä's von Lingenthal in seiner „Geschichte des Griechisch-Römischen Rechts“ [1]) darf es, gegenüber früher von Manchen angeregten Zweifeln [2]), nunmehr als festgestellt gelten, dass, wie dies im prooemium der Novelle mit ausdrücklichen Worten ausgesprochen wird, die Einführung des jus protimiseos, welches hiernach von Gesetzeswegen den Verwandten, sowie den Miteigenthümern und Nachbarn eines Grundeigenthümers bezüglich der Veräusserung von Liegenschaften eingeräumt ward, in engstem Zusammenhange stand mit der Grundsteuerverfassung des oströmischen Reiches, insbesondere mit der Institution des Zuschlages. Demgemäss hatten „alle Besitzer von Theilen oder Stücken einer possessio oder Gemeindeflur nach einer gewissen Ordnung für die Grundsteuer der ganzen possessio oder Flur zusammen einzustehen.“ [3]) Es musste daher den Gemeindemitgliedern daran gelegen sein, bei eintretenden Besitzveränderungen zu verhindern, dass Grundstücke der Gemeindeflur in die Hände ihnen unbekannter dritter, ihrer Solvenz nach zweifelhafter Käufer übergingen, da sie sonst Gefahr liefen, für die, von jenen zu zahlenden, möglichen Falls aber ausfallenden Steuern aus eigenen Mitteln aufkommen zu müssen. Ebenso unzweifelhaft ist es aber andererseits, dass bereits im byzantinischen Recht der späteren Zeit, wohl in Folge der theilweisen Wiederaufhebung des Zuschlages durch Romanus Argyrus, oder, weil diese Institution sonstwie ausser Gebrauch gekommen war [4]), jener Zusammenhang des jus protimiseos mit der Grundsteuerverfassung keine Berücksichtigung mehr fand und daher einfach auf Verwandtschaft, Gemeinschaft und Nachbarschaft gegründet wurde. In dieser Gestalt ist dasselbe nun auch in das Recht der Griechen Süditaliens und von da aus in das gemeine und Statutarrecht Neapels und Siciliens überhaupt recipirt worden. Weder die

---

1) Zachariä von Lingenthal Gesch. § 58 S. 201 ff.

2) Cujacius opp. ed. Neap. p. 342. J. Gothofredus ad I. 6. C. Theod. (3,1.) D. Gothofredus in notis ad 1. 14. C. Just. (4, 38.) Reitz ad Harmenop. III, 3, 103, 599.

3) Zachariä von Lingenthal Gesch. § 59 S. 211.

4) Zachariä von Lingenthal Gesch. a. a. O. S. 210 Note 715. S. 222. 223. Vergl. auch den kleinen Commentar zur Nov. des Romanus senior. J. G. R. III. p. 234 ff. Harmenopulus, Procheiron (ed. Dionysius Gothofredus) III, 3. 118. 119.

dem Kaiser Friedrich II. zugeschriebene constitutio de jure protimiseos [1]), welche nichts anderes ist, als eine, wenngleich freie Uebersetzung der Novelle des Romanus senior [2]), noch

1) In Mon. Germ. Hist. L. L. II p. 332—333. gedr. nach einem Ms. des Museo Borbonico (jetzigen Museo Reale) zu Neapel aus dem Anfang des 15. Jahrh. (Ein anderweiter Abdruck nach einer wesentlich correcteren, auch vollständigeren Handschrift findet sich bei Matth. de Afflictis, Tract. de jure protimiseos p. 3—6 (Spirae Nemetum 1622. 8). Vgl. meinen Aufsatz in: Zeitschrift der Savigny Stift. für R. Gesch. Germ. Abth. I, S. 125 ff. Die von Huillard Bréholles: Hist. dipl. Friderici II. IV. p. 229—233 veranstaltete Ausgabe beruht nicht auf Mss. Sie kombinirt in eklektischer Weise die Lesarten Mon. (Pertz) a. a. O. und Sarcyna, Const. Regn. Sic. (Lugduni 1568 fol.) und zieht zur Vergleichung und Ergänzung den Cujacischen Text, und den Abdruck bei Beck Corp. jur. civ. II, p. 604 heran.

2) Cujacius a. a. O. in notis. Zachariä von Lingenthal, Gesch. S. 215 Note 734, S. 217 Note 740. Aller Vermuthung nach rührt übrigens diese Constitution, deren Datum nicht feststeht, gar nicht von Friedrich II. (I.) her, wie dies schon Giannone: Istor. civile t. II. lib. 3 c. 3 § 3 und nach ihm Pecchia, Stor. civ. e polit. t. I. lib. I c. 41 behauptet haben. Sie ist vielmehr wohl nur als die Privatarbeit eines süditalischen Juristen griechischer Herkunft anzusehen, welcher der von ihm verfassten Uebersetzung der Novelle des Romanus durch den Namen des Kaisers Friedrich II. legale Autorität geben und so dem, für sein Stammesrecht so wichtigen Institut des jus protimiseos in Italien die Erhaltung sichern, beziehungsweise weitere Verbreitung über sein ursprünglich engeres Geltungsgebiet hinaus verschaffen wollte. Für diese Annahme dürfte auch die Thatsache sprechen, dass in einer Palermitaner Originalhandschrift die Const. de jure prot. die Ueberschrift aufweist: „Lex Graeca consuetudinaria de jure prothomiseos edita a Friderico Imperatore." (Man sehe Codice di leggi e diplomi Sicil. del medio evo publ. da Diego Orlando, (Palermo 1857) p. 51. 53 u. dazu Hartwig, Forsch. z. Deutsch. Gesch. VI. S. 633). Hätte jenes Gesetz wirklich Kaiser Friedrich II. zum Urheber, so wäre es schwer begreiflich, woher es kommt, dass desselben, und seines kaiserlichen Autors nirgends in gleichzeitigen, oder doch nicht allzulange nach der Zeit jenes Kaisers redigirten Stadtrechten, wie z. B. in dem von Palermo, Messina und Caltagirone gedacht wird. Ferner im Stadtrecht von Bari: Rubr. XI. 1. geschieht nur der Graecorum prudentia Erwähnung, ohne jede Andeutung an ein Gesetz aus Staufischer Zeit. Die von Huillard Bréholles a. a. O. zur Unterstützung der von ihm behaupteten Urheberschaft Friedrich II. aufgestellte Vermuthung, derselbe habe das jus protimiseos nach dem Vorbilde des Rechts der Assises de Jérusalem in Neapel und Sicilien eingeführt, beziehungsweise aus den griechischen Quellen wiederhergestellt, ist gänzlich grundlos. Die angeführten Stellen: Cour des bourgeois ch. 30 (Beugnot II p. 35) Abrégé I ch. 33 (Beugnot II p. 260) enthalten rein germanisches Recht, in specie die Bestimmungen des älteren nord-französischen Rechts über den retrait lignager. Dies deutet schon der, für

die Statuten des süditalischen Festlandes[1]), noch endlich die sicilischen Stadtrechte enthalten irgend eine Andeutung an jenen ursprünglichen Zusammenhang zwischen dem jus protimiseos und der Grundsteuerverfassung.

Ebensowenig wird sich in Abrede stellen lassen, dass das, vom Kaiser Romanus senior im Wege der Gesetzgebung eingeführte jus protimiseos bereits im griechisch-römischen Recht, nicht sowohl die Bedeutung eines bloss obligatorisch wirksamen Vorkaufsrechts, sondern zugleich die eines wahren Retrakts gehabt hat.[2]) Es konnte daher nicht allein gegen den Verkäufer, vielmehr auch, nach erfolgter Tradition des zu retrahirenden Grundstücks an den Käufer, gegen letzteren von dem, zu seiner Ausübung durch das Gesetz Berufenen geltend gemacht werden.[3])

---

den Retrakt hier gebrauchte Ausdruck chalonge an (cour des bourgeois c. 31 [Beugnot II, p. 35] Abrégé I ch. 33 [Beugnot II p. 260]). Er findet sich sonst nur in flandrischen Coutumes (Keure v. Staffelaere 1264 art 21 Warnkönig, Flandr. R. G. III. 1 Anh. S. 41 Stadtr. v. Mecheln v. 1535 (ed. Paul. Christianaeus, Antwerpen 1642) tit. XI), im Sinne von Retrakt gebraucht. (Ueber die ursprüngliche Bedeutung gleich calumnia s. Du Cange verb. calengia, calangia.) Auf griechisches Recht ist etwa nur die Statuirung der Nachbarschaft als Retraktsgrund neben der Verwandtschaft zurückzuführen. Diese aber gehört nicht dem ursprünglichen Recht der Assisen an, sondern erst der, für das Königreich Cypern im 14. Jahrhundert daraus gefertigten, abgekürzten Bearbeitung (Abrégé I ch. 33).

Gewissermassen als eine Novelle zu der constitutio de jure protimiseos Kaiser Friedrich II. sind die capitula König Alphons V. (1416—1458) 192—202 Cap. regni Sic. I p. 270—271 (Palermo 1741) anzusehen. Sie sollten jedoch nur da zur Anwendung kommen, wo keine entgegenstehenden Statuten, oder Gewohnheitsrechte galten. S. das. c. 202 — „praedicta capitula de jure protimiseos in omnibus terris, et locis Regni locum habeant, nisi in iis, in quibus essent consuetudines in contrarium obtentae, et observatae."

1) Man vergl. z. B. das Stadtrecht von Bari (Cons. Baresi ed. Giulio Petroni Nap. 1860) Rubr. XI. 37.

2) Im Gegensatz mithin zu den, im corpus juris verschiedentlich begegnenden, vertragsmässigen, wie legalen Vorkaufsrechten von lediglich obligatorischer Bedeutung. l. 122 S. 3. D. de verb. obl. (45, 1) l. 6. S. D. de in diem (18. 2.) l. 16 D. de reb. auct. jud. poss. (42, 5) l. 3 C. de jur. emphyt. (4, 66) (l. 1 C. de mettallar. (11, 6 (7) Puchta, Vorl. über das heut. R. R. II. S. 320. 221. Keller, Pand. § 326. Walch, Näherrecht S. 92 ff.

3) Man vergl. die folg. Worte im cap. I. der Nov. „*τοὺς δὲ ξένους ἀγοραστὰς ἀποθοῦνται τελείως τὸ τίμημα μετὰ τῶν αὐτῶν τόκιόν τε καὶ δαπανημάτων ἀναδιδόντες αὐτοῖς*" (externos vero emptores in totum summovent, pretium cum usuris ac sumptibus ipsis restituentes) Zachariä v. Lingenthal Gesch. S. 214.

Diese Qualität des jus protimiseos verliert, selbst vom Standpunkte des römischen, wie des griechisch-römischen Rechts aus betrachtet, den Character einer singulären und abnormen Erscheinung, wenn man mit Laband[1]) und Stobbe[2]) bei dem Retrakt von dem Versuche, denselben in die Kategorien der dinglichen und persönlichen Rechte einzuordnen, gänzlich abstrahirt. Dieser ist lediglich als ein Modus der Eigenthumsentziehung einer- und der Eigenthumsübertragung andrerseits aufzufassen. Die Quelle der letzteren ist nicht in einem subjectiven Recht, sondern in einem Satz des objetiven Privatrechts (Gesetz oder Gewohnheit) zu suchen, analog der, vom positiven Staatsrecht im Wege der Gesetzgebung eröffneten Möglichkeit, vermöge der Expropriation oder Zwangsenteignung dem bisherigen Eigenthümer im öffentlichen Interesse sein Eigenthum gegen Entschädigung zu nehmen und auf den Staat, oder andere juristische oder physische Personen zu übertragen.

Speciell das byzantinische Recht anlangend, musste diese, der Expropriation[3]) analoge Behandlung des Retrakts um so weniger bedenklich erscheinen, als in dem obenerwähnten, ursprünglich vorhandenen Zusammenhange des jus protimiseos mit der Grundsteuerverfassung für die rechtliche Beurtheilung desselben ein Moment des öffentlichen Rechts hinzutrat. Letzteres mochte den, mit seiner Zulässigkeit gegen dritte Erwerber der zu retrahirenden Grundstücke unvermeidlich verbundenen Eingriff in erworbene Privatrechte weniger schroff erscheinen lassen, als dies der Fall gewesen wäre, hätte man lediglich um Privatrücksichten willen den Retrakt in das Rechtsleben eingeführt.

Noch unzweideutiger findet sich die, dem jus protimiseos sonach bereits im byzantinischen Recht beiwohnende Eigenschaft als Retrakt im mittelalterlichen Rechte Neapels und Siciliens anerkannt.

Wer etwa hieran noch zweifeln möchte[4]), ist, von anderen

---

1) Im Archiv für civilistische Praxis Bd. LII S. 151—190.

2) Handbuch des deutsch. Privatr. II § 89. S. 127. 128.

3) Ueber die Expropriation im römischen, beziehungsweise byzantinischen Recht vgl. z. B. l. 9 C. de oper. publ. 8, 11 (12) Georg Meyer, das R. der Expropriation (Leipzig 1868) S. 9 ff.

4) Gengler, d. Privatr. II 1 1. 381 s. dagegen Stobbe, Handbuch d. deutsch. Privatr. II. S. 122. Note 13.

Quellenzeugnissen abgesehen[1]), auf das Recht von Caltagirone als eines der ältesten der sicilischen Stadtrechte zu verweisen. Hier wird mit ausdrücklichen Worten dem Berechtigten das jus protimiseos, nicht sowohl gegen den ersten Erwerber, der ihm im Ankauf und Eigenthumserwerb streitigen Liegenschaft zuvorkam, sondern auch gegen jeden spätern Eigenthümer gegeben, welcher hinwiederum von diesem das betreffende Grundstück erwarb.[2])

§ 32.

II. Einzelheiten.

Gehen wir jetzt näher auf die Casuistik des jus protimiseos in unseren Stadtrechten ein, und suchen wir festzustellen, in wie weit diese mit dem griechisch-römischen Recht übereinstimmen, oder davon abweichen.

1) Die Retraktsgründe.

Der Retrakt wird auf Verwandtschaft (consanguinitas, jus sanguinis) beziehungsweise Schwägerschaft (affinitas) mit dem Veräusserer, sowie auf Nachbarschaft (vicinitas, contignitas loci) gegründet.[3]) Der erstere Retraktsgrund wird in den meisten Stadtrechten auf einen bestimmten, nähern Grad der

---

1) Stadtr. von Bari. Rubr. XI. 1. — „jus prothomiseos, quod in praediis in vicem servitutis inheret."

2) tract. de jure prot. cons. 1. — „potest ipsum praedium seu bonum stabile venditum recuperare, et habere ab emptore post traditionem et assignationem factam ipsi emptori, vel alio pro sua parte — soluto ipsi emtori eodem pretio quo emptum fuit bonum ipsum." —

cons. 10. „Item non praejudicat cuicumque competit jus praedictum alienatio aliqua facta vel facienda per praedictum emptorem de praedicto bono vendito per quascumque manus possessio ambulaverit, sive titulo venditionis, sive donationis, sive permutationis, et quocumque alio modo possessio transitum faciat de persona emptoris ad alias personas."

3) Palermo 26. Messina 31. 53. Catania tit. 40. Caltagirone tract. de jur. prot. cons. 1. Syracus. 30 §§ 1. 7. Noto 43. 44. Patti 1. Lipari 1. Die letztgenannten beiden Stadtrechte bezeichnen den auf Verwandtschaft gegründeten Retrakt mit dem Namen jus sanguinis. Der Ausdruck jus protimiseos dient hier allein zur Bezeichnung des nachbarlichen Retrakts. Im Rechte von Girgenti hat das jus protimiseos keine Berücksichtigung gefunden.

Verwandtschaft (1—3 oder 4 Grad) eingeschränkt. Messina lässt überdem nur Diejenigen zum jus protimiseos zu, welche in grader Linie von dem ersten Erwerber der zum Verkauf gestellten Liegenschaft abstammen.[1]) Dahingegen kommt es, gegensätzlich zum Rechte der Novelle des Romanus senior c. 1.[2]) und der constitutio Friderici II nicht darauf an, ob die Verwandten zugleich Besitzer von Grundstücken sind, welche mit dem verkauften Grundstück im Gemenge liegen. Es ist dies eine, keineswegs bedeutungslose Emancipation unserer Stadtrechte von den Principien des griechischen Rechts, welche sich nicht füglich anders erklären lässt, als indem man hier das Eingreifen des Einflusses germanischer Rechtsanschauungen anerkennt. Das germanische Recht sieht auf Seiten der retraktberechtigten Verwandten von dem Erforderniss des Besitzes eines, mit dem veräusserten im Gemenge liegenden Grundstücks ebenfalls ab. Das Beispruchsrecht der nächsten Erben, aus welchen bei den Germanen der verwandtschaftliche Retrakt hervorging, beruhte auf wesentlich andern Momenten, als die Gemeinschaft des griechischen Rechts. Es verlangt keineswegs den Besitz eines, pro diviso oder pro indiviso mit dem veräusserten Gute zusammenhängenden Grundstücks. Sein Fundament ist das Familienrecht, und die Familienverbindung, nicht ein Miteigenthum des Beispruchsberechtigten am Grund und Boden des Veräusserers.[3])

Der Begriff der Nachbarschaft wird in Sicilien regelmässig enger gefasst, als in der Novelle des Romanus und der Constitution Friedrichs II. Es wird darunter ein solches Sachverhältniss verstanden, bei dem das Grundstück des Retrahenten

1) Palermo 26. Messina 31. Catania tit. 40 c. 2. Syracus. 30 § 1. Noto 43. Patti 1.

2) Zachariä v. Lingenthal, Gesch. S. 214.

3) Stobbe, Handb. d. d. Pr. R. II. S. 119 S. 108 Note 5. S. 109. Warnkönig und Stein, Franz. R. G. II. S. 568 ff. S. auch die unten S. 122 aus der Très ancienne Coust. de Bretaigne 46 angeführten Stellen, sowie Assis. de Jérusalem, Cour des bourgeois ch. 30. (Beugnot II p. 35) Bezeichnend ist der, in der vorigen Note erwähnte Umstand, dass manche unserer St. R. den gentilicischen Retrakt nicht jus prot. sondern jus sanguinis nennen. Man mag hiermit haben sagen wollen, dass die Regeln des, dem Griechenrecht entlehnten jus protimiseos hauptsächlich dem nachbarlichen und weniger dem gentilicischen Retrakt galten.

unmittelbar an das dem Retrakt unterworfene Grundstück anstösst.[1])

Das Verhältniss zwischen Verwandtschaft und Nachbarschaft anlangend, so hat das, auf Verwandtschaft gegründete jus protimiseos den Vorzug vor dem, aus Nachbarschaft abgeleiteten.[2]) Concurriren mehrere Verwandte mit einander, so entscheidet der Regel nach die Gradesnähe, für deren Berechnung in der Seitenlinie Palermo die canonische Computation massgebend sein lässt. Gleich nahe Verwandte üben, sofern nicht die Priorität in der Geltendmachung des Rechts den Ausschlag giebt, den Retrakt zu gleichen Rechten und Antheilen am veräusserten Grundstück aus.[3])

Von mehreren Nachbarn wird bisweilen demjenigen ein Vorzug im Retrakt eingeräumt, dessen Besitzthum das zu retrahirende Grundstück weiter und enger einschliesst, als die Grundstücke der übrigen Angrenzer. Palermo giebt ferner dem, der sein Gut im freien allodialen Eigenthum hat, den Vorzug vor solchen Adjacenten, welche ihre Liegenschaften nur zu emphyteutischen, oder Zinsrechten besitzen. Bei an sich gleich guter Berechtigung geschieht auch hier ebenso, wie bei dem, aus Verwandtschaft abgeleiteten Retrakt die Ausübung desselben zu gleichen Rechten und Antheilen.[4])

---

1) Palermo 26. 28. Messina 31. Catania tit. 40 cons. 1. vgl. mit tit. 47. Syracus. 30 § 1. Cf. die Capit. de jure prot. König Alphons V. c. 199 (Cap. Regn. Sic. I. p. 270). Nur Caltagirone fasst den Begriff der Nachbarschaft anscheinend weiter. Es dehnt ihn auch auf solche, nahe gelegene Liegenschaften aus, welche nicht unmittelbar an das zu retrahirende Grundstück angrenzen, tract. de jur. prot. cons. 6. 7.

2) Palermo 26. Catania tit. 41 cons. 2. Caltagirone tract. d. j. pr. cons. 5.

3) Palermo 26. 28. Catania tit. 44. Caltagirone tract. de j. prot. cons. 3. 4. Dem letzteren Stadtrecht ist ausserdem der Vorzug der Agnaten vor den Cognaten eigenthümlich, jedoch nur bei solchen Grundstücken, welche von einem gemeinsamen Ascendenten des Veräusserers und des Retrahenten herstammen. ibid. cons. 15. —

4) Caltagirone, tract. de j. prot. cons. 8. Cf. di cap. de jure protimiseos König Alphons V. Cap. Regn. Sic. I, p. 271 c. 200 — „qui pro majori parte praedii, aut domus contiguitatem habet, alteri praefertur." Palermo 26. Ein späterer Zusatz zu dem letztgenannten Recht aus der Zeit des Königs Ludwig bestimmte für den Fall, wo an sich mehrere gleich gute Retraktberechtigungen von Nachbarn oder Verwandten in Frage kamen, und deshalb eine Theilung der retraktpflichtigen Liegenschaft erforderlich ward, es solle dem einen Retrahenten, dem andern gegenüber gestattet sein,

Das in der Constitution Friedrich II, im Anschuss an die byzantinische Gesetzgebung, noch neben der Verwandtschaft und Nachbarschaft aufgeführte, und zwar als einer der wichtigsten Retraktsgründe hingestellte[1]) Moment der Gemeinschaft im Erwerb eines Grundstücks, beziehungsweise des noch fortbestehenden Miteigenthums ist der Mehrzahl der sicilischen Stadtrechte unbekannt. Nur in Catania gewährt dasselbe in der Reihe derer, die ihre Retraktsansprüche nicht aus Verwandtschaft ableiten, einen Vorzug, indem die Miteigenthümer des Veräusserers den blossen Adjacenten vorgehen sollen.[2])

2) Gegenstand des Retrakts.

Der Retrakt setzt, wie nach griechisch-römischen[3]), so auch nach den Bestimmungen unserer Stadtrechte, eine unbewegliche Sache voraus.

Im Recht von Palermo[4]) werden beispielsweise Häuser, Kaufläden, Waarenlager, oder Speicher, Weinberge, Gärten und Landgüter genannt.

---

statt des Theils die Ueberlassung, beziehungsweise Uebernahme des ganzen Grundstückes zu fordern: gegen Erstattung des festgestellten Kaufpreises und der gehabten Auslagen. Jedoch sollte diese Befugniss an Einhaltung derselben Frist von Jahr und Tag gebunden sein, die in Palermo für die Ausübung des Retrakts überhaupt galt. Nun waren aber die Fristen zur Geltendmachung des Retrakts für die verschiedenen Klassen der retraktsberechtigten Verwandten oder Nachbarn an und für sich die gleichen. Erklärte sich ein vorgehender Berechtigter nicht, ob er von seinem Recht Gebrauch machen wollte, so lief der, ihm in der Rangordnung nachstehende consanguineus, oder vicinus, Gefahr, mit dem Retraktsanspruch lediglich nur deshalb präcludirt zu werden, weil sein Vormann schwieg. So lange nämlich musste er in Zweifel darüber sein, ob er seiner Seits zum jus protimiseos um deshalb werde zugelassen werden, weil sein Vormann davon keinen Gebrauch für sich machte. Um diesem Nachtheil abzuhelfen, traf König Alphons V. in seinen cap. de jure prot. die Anordnung, dass dem an sich zur Ausübung des Rechts näher berufenen Verwandten resp. Nachbarn auf Antrag der entfernter Berechtigten vom Richter eine billig zu bemessende Frist gesetzt werde. Machte er innerhalb derselben keinen Gebrauch von seinem Rechte, so sollte der Nächstbefugte zur Ausübung seines jus prot. zugelassen werden. Cf. cap. 201 Alphons. reg. (Cap. Regn. Sic. I, p. 271).

1) Zachariä von Lingenthal Geschichte S. 215.

2) Tit. 43. — „primo qui possidet pro indiviso in totum vel in partem, secundo qui magis contiguus est tam ementi quam recuperanti praeferatur."

3) Zachariä von Lingenthal a. a. O. S. 219.

4) C. 26.

3) Die Rechtsgeschäfte, bei welchen der Retrakt Platz greift.

Nach byzantinischem Recht, mit dem die constitutio Friderici im Wesentlichen übereinstimmt, soll das jus protimiseos dann statthaben, wenn ein Grundstück [1]) in Emphyteuse gegeben, oder sonst auf längere Zeit an Jemand zur Cultur ausgethan wird. Bei einer Veräusserung des Grundstücks durch Bestellung desselben zur dos, oder donatio propter nuptias, oder durch simplex oder mortis causa donatio, durch Legat, oder im Wege des Vergleiches, endlich bei Tauschgeschäften gilt das Näherrecht nicht, es sei denn, dass diese Geschäfte nur simulirt sind, um den wahren Sachverhalt eines, dadurch verschleierten Verkaufs, oder einer sonstigen, dem Retrakt unterworfenen Art der Veräusserung zu verdecken.[2])

Im Anschluss an diese letzteren Bestimmungen des byzantinischen Rechts, beziehungsweise in näherer Ausführung einzelner derselben, schliessen unsere Stadtrechte den Retrakt aus: bei Schenkungen unter Lebenden oder von Todeswegen, beim Eigenthumsübergang von Grundstücken durch Erbschaft, auf Grund testamentarischer Dispositionen, oder durch Vermächtniss, endlich bei Erbtheilungen, und anderen zwischen Eltern und Kindern, sowie zwischen Geschwistern und deren Kindern abgeschlossenen Rechtsgeschäften. Jedoch sollten hierunter in Messina, nach einer späteren authentischen Interpretation des älteren Rechts, nur Akte der Liberalität, nicht auch Kaufgeschäfte verstanden werden.[3]) Andererseits war die im griechischen Recht statuirte Zulässigkeit des Retrakts bei blosser Uebertragung des sog. Nutzeigenthums (dominium utile) auf den emphyteuta in den sicilischen Städten nicht allgemein, oder doch nicht von vornherein anerkannt.[4]) In Messina beruht sie erst auf einer später eingeführten Neuerung und Abänderung des älteren Rechts. Hinwiederum wurden die Tauschgeschäfte nicht durchweg und schlechthin, sondern, in einigen Städten wenigstens, den Aus-

---

1) Die capitula des Königs Alphons V. Cap. Sic. I. p. 270. c. 194 heben neben dem Verkauf noch ausdrücklich die datio in solutum als einen Fall hervor, wo das jus protimiseos Anwendung finde.

2) Zachariä a. a. O. S. 220.

3) Palermo 26. Messina 53. 54. Syracus. 30. § 7.

4) Palermo 26 vgl. mit der Nova declaratio in den Zusätzen. Messina 53. 54. Syracus 30. § 7.

nahmefällen, bei welchen der Retrakt cessiren sollte, nur dann zugerechnet, wenn es sich um den Tausch von Liegenschaften gegen solche handelte, nicht aber beim Tausch von beweglichen Sachen gegen Grundstücke.[1])

Das byzantinische Recht und die constitutio Friderici bestimmen noch ausserdem, das jus protimiseos solle gegen den Willen des Veräusserers nicht von solchen, an sich zum Retrakt befugten Personen geltend gemacht werden dürfen, welche diesem gegegenüber eine feindselige Gesinnung documentirt haben. Diese Ausnahme ist unsern Stadtrechten gänzlich unbekannt.

4) Schutz des Retrakts gegen simulirte Rechtsgeschäfte.

Sehr ausführliche und detaillirte Vorschriften enthalten einige Stadtrechte bezüglich des Schutzes der Retraktberechtigten gegen simulirte, die Umgehung des jus protimiseos bezweckende Rechtsgeschäfte.[2]) Palermo's[3]) Verordnungen stehen hier in Einklang mit dem griechischen Rechte. Bei solchen Arten von Veräusserungen, die an sich den Retrakt nicht begründen, soll der Veräusserer, ebenso wie sein Mitcontrahent eidlich erhärten, dass sie in Wahrheit das vorgetragene Rechtsgeschäft, z. B. eine Schenkung, und nicht etwa einen Kauf, oder einen andern, dem Retrakt unterliegenden Veräusserungsvertrag abzuschliessen beabsichtigen. Von der sonstigen hierher gehörigen Casuistik, auf welche des Näheren einzugehen, zu weit führen würde, wollen wir nur noch Einer Bestimmung Erwähnung thun. Bei gemischten, aus Kauf und Schenkung, oder Kauf und Tausch zusammengesetzten Rechtsgeschäften über Immobilien wird die Schenkung, beziehungsweise der Tausch für unwirksam erklärt, und dem Retrahenten gestattet, die Rückgewähr des ganzen Grundstücks zu verlangen: gegen

---

1) Palermo 26. Catania tit. 49.

2) Palermo 26. S. ferner die Zusätze zu dies. St. R. Catania tit. 50.

3) Palermo 26 und die Nova declaratio Königs Friedrich II. (III.) v. 1330 in den Zusätzen und bei De Vio, Priv. Panorm. p. 103. Diese Vorschriften des Palermitanischen Rechts erhielten durch die, später von König Alphons V. erlassenen cap. de jure protimiseos allgemeine, für das ganze Reich geltende Gesetzeskraft Cf. Cap. Regni Sic. I. p. 271 c. 202.

Erstattung des gerichtlich festgesetzten Taxwerthes des Schenkungs- oder Tauschobjects an den Erwerber.[1]) Im Zusammenhang hiermit steht die, oben bereits in anderem Zusammenhange erwähnte Thatsache, dass Tauschobjecte, bei welchen bewegliche Sachen gegen unbewegliche hingegeben werden, den Retrakt selbst nach denjenigen Stadtrechten nicht ausschliessen, welche, übereinstimmend mit dem byzantinischen Rechte den Tausch an sich dem Retrakt nicht unterwerfen. In Palermo mussten überdies Tauschverträge, soweit sie nach Obigen den Retrakt überhaupt auszuschliessen geeignet waren, mithin solche, bei welchen Grundstücke gegen Grundstücke ausgetauscht wurden, und ebenso Schenkungsverträge unter Lebenden gerichtlich abgeschlossen werden, wenn der Retrakt cessiren sollte. Andernfalls stand es dem Inhaber des jus protimiseos frei, das betreffende verschenkte, oder in Tausch gegebene Grundstück gegen Erstattung seines, durch gerichtliche Taxe ermittelten Werthes zu retrahiren.[2]) Dem Rechte Catania's (tit. 54) ist die Bestimmung eigenthümlich, dass, bei einmal erfolgtem Abschluss eines Kauf-, beziehungsweise Tauschgeschäfts, die Contrahenten zum Nachtheil des zum jus protimiseos Berufenen vom Vertrage nicht mehr zurücktreten, noch diesen wieder aufheben dürfen. Geschieht es dennoch, so soll die protimesis, obschon sie hier eigentlich nicht als Retrakt, sondern nur als Vorkauf in Frage kommen könnte, in der Weise zur Geltung gebracht werden, dass das betreffende Grundstück gerichtlich abgeschätzt und dem Verkaufsberechtigten zugeschlagen wird.

§ 36. (Fortsetzung.)

5) Fristen, innerhalb deren der Retrakt geltend zu machen ist.

Nach der Novelle des Romanus senior und der, hierin damit übereinstimmenden constitutio Friderici II muss dem Näherberechtigten, oder dessen Vertretern von der Veräusserung Anzeige gemacht werden, ohne dass gesagt wäre, von wem, und in welcher Form diese stattzufinden habe.[3]) Vom

---

1) Palermo 26. Catania tit. 50.
2) Palermo 26.
3) Zachariä v. Lingenthal Gesch. S. 220. 221.

Tage der Denunciation an hat der Näherberechtigte dreissig Tage Zeit, um den Kaufpreis zu zahlen und das Grundstück von dem Erwerber an sich zu ziehen. Nur bei entschuldbarer Abwesenheit, oder bei Minderjährigkeit des Retrahenten wird diese Frist auf 4 Monate ausgedehnt, innerhalb deren seine Curatoren das jus protimiseos für ihn wahrnehmen sollen.[1])

Wesentlich anders sind die Fristen, innerhalb deren das jus protimiseos, bei Vermeidung seines Verlustes, geltend gemacht werden muss, in den sicilischen Stadtrechten geordnet.

Die Rechte von Palermo, Patti und Lipari enthalten über die Art und Weise, wie die Veräusserung der, dem Retrakt unterworfenen Liegenschaften den Interessenten bekannt zu geben, keine Vorschriften. Sie beschränken sich lediglich darauf, festzusetzen, dass die Fristen zur Ausübung desselben Jahr und Tag, oder 1 Jahr 1 Monat 1 Woche und 1 Tag, in Palermo beim gentilicischen Retrakt 2 Jahre betragen solle. Palermo bestimmt daneben noch, dass, vom Tage der Veräusserung an gerechnet, bei Abwesenden jene Fristen erst vom Tage der Rückkehr, und der dadurch erlangten Kenntniss von der

---

1) Der letzte Theil der, in den Monum. Germ. ll. II p. 332—333 abgedruckten Handschrift der constitutio Friderici II. beginnend mit den Worten: „Scriptum est enim in Grecorum legibus" gehört der constitutio selbst nicht mehr an, sondern ist ein späterer Zusatz. Cf. Matthaeus de Afflictis, Tract. de jure protimiseos p. 216. 222. Die hier, (in directem Widerspruch zu denen der constitutio von 30 Tagen resp. 4 Monaten) erwähnten Fristen: von resp. 1 Jahr und 4 Monaten gehören dem Lokal- und Particularrechte Süditaliens, und zwar ursprünglich dem Lokalrechte der dortigen Griechen an. Dieses ging im Laufe der Zeit in das Recht einzelner Städte über und erlangte dort, nicht nur für die Griechen, sondern auch für die übrigen Bürger und Einwohner Geltung. Vgl. Stadtrecht von Bari Rubr. XI, 1. 2. Den scheinbaren Widerspruch anlangend, zwischen der, in den gedachten Zusätzen zur const. de jure protimis. vorkommenden Frist von 1 Jahr und der anderweitig, durch ein Gesetz Friedrich II. (H. B. hist. dipl. IV. p. 144) vollzogenen Aufhebung der Verjährung von Jahr und Tag, so hebt schon Matthaeus de Afflictis a. a. O. p. 229. 230. mit Recht hervor, dass sich letzteres nur auf den Fall der unentgeltlichen Erwerbung des Eigenthums durch Ersitzung beziehen lasse, (für welche der Kaiser anstatt der germanischen Verjährung von Jahr und Tag die Grundsätze des R. R. über die Ersitzung einführte S. unten § 41), nicht aber auf die Entziehung des Grundeigenthums im Wege des Retrakts, unter Erstattung des Erwerbspreises durch den Retrahenten an den Käufer, oder dritten Besitzer einer Liegenschaft.

erfolgten Veräusserung laufen sollen.[1]) In den übrigen sicilischen Statuten steht dagegen die Einrichtung der, für Ausübung des Retrakts festgesetzten Fristen in Zusammenhange mit den, ihnen eigenthümlichen Bestimmungen über die Art und Weise der Bekanntmachung der Veräusserung und deren Wirkungen.

Der Inhalt der über retraktpflichtige Grundstücke in notarieller Form abzuschliessenden Veräusserungsverträge wird hiernach den Retraktberechtigten der Regel nach durch das Gericht, bei welchem der Notar zu diesem Behufe das Verkaufsinstrument zu den Akten einzureichen hat, beziehungsweise auf gerichtlichen Befehl durch den öffentlichen Ausrufer der Stadt (praeco) an drei, auf einander folgenden Tagen mit der Aufforderung bekannt gemacht: ihre Rechte, bei Vermeidung des Ausschlusses, binnen einer kurz bemessenen Frist geltend zu machen. Diese betrug in der Regel funfzehn Tage, vom Tage der Publication, oder von der solennen Vollziehung und der Uebergabe des veräusserten Grundstückes ab gerechnet.[2])

---

1) Patti 1, Lipari 1 (beide weichen hier von ihrem Messinesischen Mutterrecht ab, vgl. Messina 31). Palermo 26. Auch in Modica betrug die Retraktsfrist ursprünglich Jahr und Tag und zwar, ohne dass hier ein Unterschied gemacht worden wäre zwischen gentilicischem und nachbarlichem Retrakt (S. die im Anh. zu den Texten S 239—240 mitgetheilte Reformatio des Graf. Caprera de jure protimiseos v. 1406). Ueber das Verhältniss der Statuten, welche diese Frist beim Retrakt beibehielten, zu dem Ges. Friedrich II, das die Verjährung von Jahr und Tag beseitigte, s. die vor. Note. Die in den späteren, das jus protimiseos betreffenden Zusätzen zum Palermitanischen Recht enthaltene Bestimmung, (vgl. die nova declaratio), dass Uebertragung von Grundstücken zu emphyteusis oder Zinsrecht öffentlich in der unmittelbaren Nachbarschaft (in convicinio) des betreffenden Grundstückes, resp. des Wohnsitzes der Retraktberechtigten vollzogen werden solle, ist lediglich als eine Massregel zum Schutz des Retrahenten gegen simulirte Rechtsgeschäfte anzusehen. Sie steht in keinem Zusammenhang mit etwaigen Vorschriften über die Art der Bekanntmachung der Veräusserung und den hiernach, je nach der Möglichkeit einer früher, oder später erlangten Kenntniss der Berechtigten von der stattgehabten Veräusserung, verschieden zu bemessenden Fristen für Ausübung des Retrakts.

2) Caltagirone, tract. de jur. pr. cons. 1. Catania tit. 41 cons. 1. tit. 42. Messina 30. 52. Das letztere Stadtrecht räumte den anwesenden Inhabern des jus protimiseos nicht einmal diese verhältnissmässig kurze Frist von 15 Tagen ein, sondern nöthigte sie, ihr Recht sofort nach der, ihnen gerichtsseitig zugestellten Anzeige vom Verkaufe geltend zu machen.

In Syrakus[1]) sollte beim jus protimiseos des Nachbarn schon notarielle Bekanntmachung der Veräusserung durch einen öffentlichen Notar genügen, während dem gentilicischen Retrakt gegenüber auch hier das gerichtliche Publicationsverfahren vorgeschrieben war. In Noto (43) hatte selbst schon die bloss private, durch den Käufer der retraktpflichtigen Sache an die Berechtigten ergehende Aufforderung die Wirkung, sie vom jus protimiseos auszuschliessen, wenn sie dasselbe nicht innerhalb von 15 Tagen nach erfolgter Anzeige vom Verkaufe auszuüben sich entschlossen.

Die Bekanntmachung der stattfindenden Veräusserung retraktpflichtiger Liegenschaften äussert, mit Ablauf der gesetzlich bestimmten Frist, ihre präclusivische Wirkung nicht sowohl gegen die, am Orte anwesenden, sondern auch gegen die abwesenden Inhaber des jus protimiseos. Zwischen den letzteren, und den zur Zeit der Veräusserung an Ort und Stelle anwesenden Retraktberechtigten besteht nach den meisten unserer Stadtrechte nur insofern ein Unterschied, als abwesende auch dann noch zum Retrakt verstattet werden, wenn sie innerhalb einer, in den verschiedenen Stadtrechten verschieden bemessenen längeren Frist von 6 Monaten[2]) oder 1 Jahr[3]) zurückkehren und sodann innerhalb von 15 Tagen nach erfolgter Rückkehr ihr Recht geltend machen. In Calta-

---

Widrigenfalls hatten sie zu gegenwärtigen, dasselbe dadurch zu verlieren, dass inzwischen der vom Notar bei dem Gericht eingereichte Vertrag über die, an einen Dritten erfolgte Veräusserung der retraktpflichtigen Liegenschaft, dort mit dem Präsentationsvermerk versehen und hierdurch den Retrahenten gegenüber unanfechtbar gemacht worden war. Andererseits wurde in Catania den vaterlosen Minorennen, selbst wenn sie anwesend waren, der Zeitraum zur Ausübung des Retrakts von 15 auf 30 Tage, oder Monatsfrist verlängert.

1) Syracus. 30 §§ 2. 4. 6. Die auch hier vorkommende Frist von 15 Tagen konnte beim nachbarlichen Retrakt unter Umständen noch mehr abgekürzt werden: dergestalt, dass, ähnlich wie in Messina die Ausübung des Retrakts nur so lange gestattet war, bis das vom Notar bei Gericht eingereichte Verkaufsinstrument gerichtlich legalisirt und vollzogen worden war. (30 § 2). Diese Frist von funfzehn Tagen wurde an Stelle der früher dort allgemein üblich gewesenen Frist von Jahr und Tag im Jahre 1509 für praesentes auch in Modica eingeführt.

2) Catania tit. 41 cons. 1.

3) Messina 31. Syracus. 30 § 5. 6.

girone[1]) aber musste der Abwesende, den Retrakt innerhalb einer Frist ausüben, die auf 1 oder 6 Monate bemessen war, je nachdem, ob er sich innerhalb oder ausserhalb von Sicilien aufhielt. Es kam dann weiter nicht darauf an, ob und wann seine Rückkehr in die Stadt erfolgte. Andererseits hat das Unterlassen der, nicht überall unbedingt erforderlichen Bekanntmachung nicht die Bedeutung, den Retrakt im einzelnen Falle zu verewigen. Keineswegs ist etwa das Recht des Erwerbers einer retraktpflichtigen Liegenschaft ein gegen den Retrahenten niemals, oder doch erst nach Ablauf einer zehn-, zwanzig- oder dreissigjährigen Verjährungszeit gesichertes. Die Nichtvornahme der Bekanntmachung hat vielmehr nur die Wirkung, dass keine Präclusion der anwesenden, oder auch der abwesenden Inhaber des jus protimiseos mit dem Ende der oben erwähnten, verhältnissmässig kürzer bemessenen Fristen eintrat, sondern erst mit Ablauf einer, im Vergleich zu denselben längeren Verjährungsfrist. Letztere betrug in Caltagirone Jahr und Tag, oder 1 Jahr 1 Monat 1 Woche und 1 Tag[2]), in Noto 1 Jahr für praesentes und 2 bis 4 Jahre für absentes.[3])

Dass diese Frist von Jahr und Tag, die, wie bemerkt, auch im Palermitanischen Rechte vorkommt, und zwar dort beim nachbarlichen Retrakt die allgemein massgebende Zeit für dessen Ausübung war, ihre Quelle im germanischen Rechte hat, bedarf keiner weitern Ausführung.[4]) Aber selbst die in Noto statuirte Frist von 1 Jahr, der wir auch anderweitig schon in unsern Stadtrechten begegnet sind, muss aus Quellen germanischen Ursprungs hergeleitet und

---

1) tract. de jure prot. cons. 2. In ähnlicher Weise setzte die, erst dem fünfzehnten Jahrhundert angehörige Verordnung des Graf. Bernardo di Caprera über den Retrakt in Modica die Frist für Geltendmachung derselben durch Abwesende auf 40 Tage resp. 2 Monate fest, je nachdem sie innerhalb oder ausserhalb von Sicilien weilten.

2) tract. de. jur. prot. cons. 16.

3) Noto 43.

4) Im französischen Rechte des Mittelalters bildet die Frist von Jahr und Tag, beginnend entweder mit der Auflassung, oder, wo diese nicht herkömmlich war, mit der Besitzübergabe des retraktpflichtigen Grundstücks (traditio im römischen Sinne) die Regel. Beaumanoir, Cout. de Beauvoisis XLIV, Nr. 9. 14—16. Establissem. de St. Louis I., c. 154. Warnkönig u. Stein Frz. R. Gesch. II, S. 338, 572.

lediglich als eine Abkürzung und Vereinfachung der Frist von Jahr und Tag angesehen werden.[1]) Dagegen wird man die in letzterem Stadtrechte bezüglich der absentes verordneten Fristen von 2 und 4 Jahren, sowie die in Palermo bestehende Frist von ebenfalls 2 Jahren für die Ausübungdes gentilicischen Retrakts lediglich auf lokales, in Sicilien selbst entstandenes Gewohnheitsrecht zurückzuführen haben.

Für die gerichtliche Bekanntmachung der Veräusserung der, dem Retrakt unterworfenen Grundstücke wird in den Stadtrechten von Caltagirone (tract. de jur. prot. cons. 1. 2.), Catania (42) und Syrakus (30 § 6) der Ausdruck bannum[2]) oder bannitio gebraucht. Derselbe soll andeuten, dass die zum jus protimiseos berufenen, an sich retraktberechtigten Personen mit ihrem Recht präcludirt werden, wenn sie, der vorangegangenen gerichtlichen Aufforderung ungeachtet, es nicht innerhalb der bestimmten gesetzlichen Fristen geltend machen. Wenn, seinem Begriffe nach, der Bann im Rechte des Mittelalters die Machtbefugniss enthält, Befehle und Verordnungen zu erlassen, deren Nichtbefolgung eine Busse, oder sonstige Nachtheile für den, welchen es angeht, herbeiführt[3]), so involvirt auch in diesem Falle der Gerichtsbann neben der Aufforderung zur rechtzeitigen Wahrnehmung ihres Rechts, gegenüber den Inhabern des jus protimiseos die Androhung des Verlustes für den Fall, dass sie es versäumen, ihr Recht innerhalb der bestimmten Frist geltend zu machen.

Auch hier leuchtet von selbst ein, dass es germanische Rechtsquellen waren, aus welchen die sicilischen Stadtrechte das Institut des Gerichtsbannes herüber übernahmen. Es lässt sich aber sogar die specielle Rechtsquelle aufweisen, welcher der hier vorkommende Gebrauch des bannum oder der bannitio mit Bezug auf den Retrakt seine Entstehung verdankt.

Die très ancienne Coustume de Bretaigne sagt Art. 41.[4])

„Titre de bannies — est de telle maniere et de telle condition, vel est de telle condition et de telle nature, especia-

---

1) Loisel, Inst. cout. A. 6. Cout. d'Anjou 346, Maine 361 (Bourdot de Richebourg, Cout. génér. IV p. 502. 566).

2) S. auch die Reform. für Modica v. 1406 (im Anhang zu den Text. d. St. R. S. 239—240).

3) Walter, R. Gesch I, § 60. S. 63.

4) Bourdot de Richebourg, Cout. général IV.

lement de vente et d'achat, que après les trois bans faits ô vel ou suffisantes intervalles, et les jours vel les huit jours[1] accomplis après le derrain ban, après celny qui tendroit la saisine du saisi, seroit deffendu de ceux du Duché, vel de la Duché. Et de ceux dehors le Duché il conviendroit tenir par an et par jour hors des empeschements, et aussi il seroit deffendu de tous.

Nachdem hier[2]) die, dem Bretagner Recht eigenthümliche Einrichtung[3]), dem Erwerber vermittelst des Gerichtsbannes Dritten gegenüber nach Ablauf gewisser Fristen unanfechtbares Eigenthum zu verschaffen (appropriances par bannies et prescriptions) für den Eigenthumserwerb überhaupt, und den Kauf und Verkauf von Liegenschaften behandelt ist, wird in art. 46 davon speciell Anwendung gemacht auf die Kaufgeschäfte über retraktpflichtige Grundstücke.

Da heisst es nämlich:

„premesse[4]) est octroyée à tous ceux qui sont du lignaige, dedans le neufviesme degré du ramaige du fief, et au prouchain du ramaige siet la premesse, pour le prix qui est convenu entre le vendeur et l'achateur, qu'il en doit avoir sans fraude et sans barat, et ont leur lieu ceux qui sont dedans le Duché, dedans le huitiéme jour, dedans le derrain ban; et ceux dehors le Duché, ung an et un jour."

Sucht man aber nach einer Erklärung für diese immerhin

---

1) Eine ähnliche Frist von 7 Tagen findet sich in den Assises de Jérusalem für praesentes angeordnet, während Abwesende auch dort den Retrakt noch innerhalb von Jahr und Tag ausüben dürfen. Abrégé I, 33. 40. II, 15 (Beugnot p. 35. 260. 272. 310.) Cour des Bourgeois 31.

2) Vgl. auch noch art. 45. „Quiconque achate terre, ou autre heritaige, ne doit faire poyement avant que bannie soit faite, qu'il ne soit assigné de la garentir à la coustume, pourceque l'en ne sceet si elle est obligée à nul autre, ne s'il en a contracté ô nul autre, ne si l'en ne veut debattre, tant que l'achateur en soit approprié, car à ung chacun son droit est reservé, selon droit dedans le temps de la coustume. Et il est de coustume que l'en doit poyer tiers à tiers, par chacune bannie, le poyment vel du poyement, pourceque chacun ne se veut lesser desaproprier, vel desaproprié sans estre poyez, et ne doit l'en passer bannie sans poyment; mais ou cas que le vendeur ne dourra plege de garentir la vente, l'achateur mettra le poyment devers la Cour, et aura sa bannie" et.

3) Warnkönig und Stein R. Gesch. S. 330.

4) Das Wort premesse gleich proximitas wird hier zur Bezeichnung des gentilicischen Retrakts gebraucht. Vgl. Bourd. de Richebourg, Cout. générale IV p. 307 note 9.

auffallende Erscheinung, dass ein Institut, wie die Bretagner appropriances par bannie, von bloss particulärer[1]) Geltung, im mittelalterlichen Rechte Frankreichs seinen Einfluss bis nach Sicilien hin erstreckte, und dem dortigen Publikations- und Präclusivverfahren bei Veräusserungen retraktpflichtiger Liegenschaften zu Grunde gelegt werden konnte, so ist hier einer Thatsache zu gedenken: Abgesehen von den ersten normannischen Eroberern kamen späterhin im Wege der friedlichen Einwanderung ganze normannische Familien aus Frankreich[2]) nach Italien und Sicilien. Dass sich unter diesen Colonisten aus der Bretagne, und zwar solche normannischer Abkunft befunden haben, ist um deshalb anzunehmen, weil diese französische Provinz im Mittelalter bekanntlich längere Zeit der Botmässigkeit der Normannen unterworfen gewesen ist. Ihre Bevölkerung umfasste ausser den einheimisch celtischen und fränkischen Elementen auch solche von normännischem Origin. Letztere namentlich durften bei den ihnen stammverwandten normannischen Eroberern Siciliens Anhalt und Unterstützung zu finden erwarten. Schon anderweitig sind wir dem, in der Bretagne eigenthümlich gestalteten, normännischen Recht und seinem Einflusse auf die geschichtliche Entwickelung des sicilischen Rechts begegnet.[3]) Hier sei nur noch bemerkt, dass dem in der Normandie selbst geltenden Recht, wenigstens dem der späteren Zeit —, denn die Rechtsbücher des Mittelalters schweigen hierüber gänzlich[4]) —, zwar der Gebrauch des Gerichtsbannes zu diesem Zwecke, nicht aber auch die Einrichtung der Bekanntmachung, und die präclusivische Wirkung derselben bei Veräusserungen retraktpflichtiger Liegenschaften unbekannt war. Statt durch den Richter geschah dort die Verkündigung des Verkaufes durch den Geistlichen der Parochie, zu deren Bezirk das retraktpflichtige Grundstück gehörte, in der Kirche, vor einer gewissen Anzahl von Zeugen, nach Beendigung der Messe[5]). Sie erzeugte jedoch nicht schon nach 8 Tagen, wie in der Bretagne, oder nach 15 Tagen, wie in Sicilien, son-

1) Warnkönig und Stein a. a. O. II. S. 330.

2) v. Amira in v. Sybel's historischer Zeitschrift Neue Folge. Bd. III., S. 275. 3) S. oben S. 8. 9.

4) Man vgl. Grand. Coutum. anc. de Normendie ch. 31.

5) Cout. de Normandie 1583. 455.

dern, wenn bis dahin kein Widerspruch gegen die Veräusserung erhoben war, erst nach Jahr und Tag dem Retrahenten gegenüber unanfechtbares Eigenthum auf Seiten des Erwerbers. Immerhin war auch hier die Publication nicht ohne wesentliche Bedeutung, weil bei ihrem Unterbleiben der Retrakt noch innerhalb von 30 Jahren geltend gemacht werden konnte.[1])

§ 37. (Fortsetzung.)

6) Beschränkung, resp. Ausschliessung des Retrakts.

Im Vorstehenden sind diejenigen, auf das jus protimiseos bezüglichen Vorschriften der sicilischen Stadtrechte von uns erörtert worden, welche, ungeachtet mancher, theilweise allerdings nicht unwesentlicher Modificationen germanischen Ursprungs, in den Grundprincipien auf das griechisch-römische Recht der Novelle des Romanus senior, beziehungsweise auf die constitutio Friderici II zurückführen. Nunmehr erübrigt noch die Erwähnung einzelner, dem Particular- und Lokalrechte des süditalischen Festlandes und Siciliens entsprungener Bestimmungen. Dieselben sind auf die Beschränkung, resp. Ausschliessung des Retrakts in gewissen Fällen gerichtet. Mit dem griechisch-byzantinischen Recht hängen sie etwa nur in Einer Beziehung zusammen: Die, jenem angehörenden, zwar nicht das jus protimiseos betreffenden, wohl aber auf den Schutz des kleineren Grundbesitzes, und des Bauernstandes gegen Mächtige (*δυνατοὶ*, potentes[2])) abzielenden Gesetze mögen die Veranlassung gegeben haben, zur Aufstellung einzelner, mutatis mutandis dem Rechte Italiens, insbesondere dem dortigen Feudalwesen angepasster, den Retrakt beschränkender Verordnungen.

Abgesehen davon, dass manche unserer Stadtrechte

---

1) Cout. de Normandie 1583. 452.

2) Nov. des Rom. senior v. 922. c. 2. Man vgl. ferner die, ebenfalls von diesem Kaiser ausgegangene Novelle von 934. J. G. R. III. Coll. III. Nov. 5. und die Nov. des Constantinus Porphyrogenitus v. J. 947 (ibid. Coll. III Nov. 6). Bezüglich der übrigen, hier einschlagenden griechischen Novellen ist Zachariä v. Lingenthal, Geschichte S. 251 ff. nachzulesen. Aus der constitutio Friderici gehört hierher der letzte Absatz ihres eigentlichen Textes, mit dem Cujacius Feud. libr. V daher auch richtiger Weise seine Ausgabe abschliesst, beginnend mit den Worten: „prohibemus autem potentes personas“ et.

zum jus protimiseos ohnehin nur die Ortseingesessenen verstatten[1]), werden nämlich Grafen und Barone, in Caltagirone sogar alle Lehnsbesitzer (feudatarii), auch wenn sie innerhalb des Weichbildes wohnen, vom Retrakt entweder überhaupt, oder wenigstens den Bürgern, und deren Grundstücken gegenüber ausgeschlossen.

Dasselbe privilegium odiosum ward sodann analog auch auf gewisse juristische Personen ausgedehnt. Demnach sollten der Fiscus, die Kirchen und Klöster[3]) zum Retrakt nicht zugelassen werden. In Caltagirone wurden überdies alle dem geistlichen Stande angehörenden Personen vom Retrakte bezüglich der Bürgergüter (bona burgensatica) ausgeschlossen.[4]) Dem Palermitanischen Recht (27) eigenthümlich war die Ausschliessung der Juden und Saracenen vom Retrakt. Eine gleichfalls rein

---

1) Palermo 27. Syracus 31. In dem letzteren Recht werden die Bedingungen für Erlangung des Bürgerrechts, wie überhaupt, so besonders mit Rücksicht auf das jus protimiseos, und dessen Erwerb in der Stadt des näheren bestimmt.

2) Palermo 27. Messina 31. Catania tit. 48. Noto 45. Caltagirone tract. de jur. prot. cons. 20. Im Rechte der letztgenannten Stadt wird tract. de jur. prot. c. 20. 21 neben der Ausschliessung der genannten Grundherrn vom Retrakt sogar die Ungültigkeit aller, durch Bürger der Stadt an sie vorgenommenen Grundstücksveräusserungen ausgesprochen. Dieses stimmt durchaus mit den einschlagenden Bestimmungen des byzantinischen Rechts (Zachariä von Lingenthal, J. G. R. col. III. Nov. 2. c. 2. Nov. 5. c. 1. derselbe, Gesch. S. 252), wie mit der const. Frider. II und mit den dort getroffenen Massnahmen zum Schutze der kleineren Grundbesitzer gegen die Mächtigen überein. Es wird so das bestätigt, was wir im Text über den Zusammenhang zwischen den bezüglichen Retraktsbeschränkungen unserer Stadtrechte mit der byzantinischen Agrargesetzgebung gesagt haben.

3) Palermo l. c. Messina l. c. Catania l. c. Noto l. c. Caltagirone l. c. cons. 20. Patti 59. Der Beschränkung des fiscus, resp. der civitas, so wie auch der der Kirchen begegnen wir bereits in den, auf ursprünglich griechischem Lokalrecht (cf. Matthaeus de Afflict tract. de jur. prot. p. 216) beruhenden Zusätzen zur constitutio Friderici: „Est autem de generali consuetudine approbatum, quod tria sunt quae prothomisem non habent, videlicet via publica, ecclesia et civitas.“ Was speciell die Kirchen und Klöster, resp. die Personen geistlichen Standes (s. die folgende Note) anbetrifft, so ist hier die oben angeführte Novelle des Kaiser Romanus senior v. 934 col. III. Nov. 5. c. 1. J. G. R. III zu vergleichen. Nach dieser sollten Metropoliten, Erzbischöfe, Bischöfe, Vorsteher von Klöstern und andern geistlichen Besitzungen als Mächtige (*δυνατοί*) gelten. Zachariä v. Lingenthal Gesch. S. 251.

4) tract de jur. prot. c. 20.

lokale Vorschrift findet sich im Stadtrecht von Noto (47) Hiernach sollen Grundstücke nicht als benachbart und anstossend gelten, und ihre Eigenthümer daher nicht zum nachbarlichen Retrakt verstattet werden, wenn zwischen ihnen und dem retraktpflichtigen Gut ein öffentlicher Weg, oder Fluss sich befindet. Es steht dies offenbar im Zusammenhang mit der in den Zusätzen[1]) zu der constitutio Friderici enthaltenen, dort fälschlich als allgemeines Gewohnheitsrecht (generalis consuetudo) bezeichneten Bestimmung, dass die via publica kein jus protimiseos haben solle. Damit kann nur gemeint sein, dass der Staat, beziehungsweise die Gemeinde als Eigenthümerin der öffentlichen Wege den Retrakt nicht sollte ausüben dürfen. Hierdurch war aber, wenn man nicht etwa die Existenz des zwischenliegenden Weges, oder Flusses juristisch gänzlich ignoriren wollte, zugleich die Ausschliessung der jenseits desselben liegenden Grundstücke, und ihrer Besitzer vom nachbarlichen Retrakt geboten.[2])

Schliesslich ist noch einer, nach dem Rechte von Catania[3]) stattfindenden Ausschliessung jeder Art von jus protimiseos zu gedenken. Der Retrakt soll dort in allen den Fällen nicht Platz greifen, wo im Wege öffentlicher Versteigerung an den Meistbietenden Grundstücke verstorbener, oder im Gefängniss, und zwar im Schuldgefängniss befindlicher Eigenthümer verkauft werden: zu dem Behufe, um den letzten Willen der ersteren zu erfüllen, beziehungsweise die Befreiung der letzteren herbeizuführen.

---

1) Siehe die vorige Anmerkung.

2) Dieses bestimmen denn auch die von König Alphons V. (1416—1458) erlassenen Capitula de jure protimiseos cap. 199 (Capitula Regni Siciliae Panormi 1741. I p. 270) — „si praedio, ob cujus vicinitatem jure protimiseos agitur, praedium alterius sit intermedium, jus protimiseos non competit. Idem, si via publica intermedia fuerit, censendum est."

3) Catania tit. 52.

II. Capitel.

Die übrigen, das Sachenrecht betreffenden Bestimmungen.

I. Das Eigenthum im Allgemeinen.

§ 38.

1) Der Unterschied zwischen unbeweglichen und beweglichen Sachen.

Die Unterscheidung der Eigenthumsobjecte in unbewegliche und bewegliche, beziehungsweise sich selbst bewegende ist auch im sicilischen Städterecht von tiefeinschneidender Bedeutung. Sie macht sich jedoch nur im Familienrecht und im Erbrecht geltend. Dem Sachenrecht als solchem fehlt es an Instituten und Rechtssätzen, in denen die Relevanz jenes Unterschiedes sich bemerkbar machen könnte. Beim jus protimiseos liesse sich davon etwa in dem Sinne sprechen, als Gegenstand des Retrakts zwar Grundstücke, nicht aber bewegliche Sachen sind. Dagegen mangelt es beispielsweise dem sicilischen Statutarrecht ebenso an einer besonderen, nur für Liegenschaften bestimmten Form der Eigenthumsübertragung, wie andererseits an Rechtssätzen, welche die Beschränkung der Eigenthumsverfolgung (Vindication) der beweglichen Sachen bezwecken. Selbst die, in den constitutiones Regni Siciliae [1]) mit dem zufälligen Verlieren beweglicher Sachen verbundene Rechtsfolge, dass diese dem Fiscus anheimfallen, wenn der vom Verlust betroffene Eigenthümer, oder Besitzer sie nicht innerhalb eines Jahres reclamirt und sein Recht daran darthut, ist wenigstens in Palermo anscheinend nicht in Kraft getreten. Die einschlagende Stelle seines Stadtrechts spricht allein davon, dass entlaufene Thiere, oder Sklaven ihrem Eigenthümer, oder Besitzer zu restituiren sind.[2]) Und zwar soll innerhalb zweier Monate eine bloss summarische Ermittelung der Eigenthumsbeziehungsweise Besitzrechte genügen, um dem Verlierenden die Restitution seines Gutes zu verschaffen. Nach Ablauf dieser Frist kann dieser sein Recht allein noch im Wege des ordent-

1) III, 34—36. (H. Br. IV. 142, 143).
2) Palermo c. 20

lichen Verfahrens geltend machen. Dass er damit nach Ablauf von Jahresfrist etwa gänzlich ausgeschlossen wurde, und die Fundsachen dem Fiscus zuzuschlagen seien, davon verlautet nichts.

§ 39.

2) Das Ober- und Untereigenthum. Das Quasi-dominium.

Die von einigen unserer Stadtrechte gemachte Unterscheidung zwischen solchen Grundstücken, die Jemandem von seinen Eltern, oder Voreltern durch Erbschaft zugefallen sind (Erbgüter, bona stabilia patrimonialia), und den von ihm selbst aus eigenem Vermögen erworbenen (bona acquisita) ist, gleichwie der Unterschied zwischen Mobilien und Immobilien nur für das Familien- und Erbrecht relevant. Hier im Sachenrecht ist dagegen der Theorie vom sg. getheilten Eigenthum zu gedenken.

Wie wir bei Darstellung des ehelichen Güterrechts gesehen haben, geschieht des getheilten Eigenthums bei der Feststellung der, den Gegenstand der Gütergemeinschaft bildenden Vermögensbestandtheile Erwähnung. Gegenstand derselben sollen nicht sowohl diejenigen Sachen sein, an denen dem einen, oder dem andern der Eheleute das dominium directum (Obereigenthum) zusteht, sondern auch Alles, was sie zu blossem dominium utile besitzen.[1])

Bekanntlich sind die Glossatoren die Urheber der, durch eine missverständliche Auffassung der römischen Eintheilung der Klagen in actiones directae und utiles entstandenen Meinung, dass gewisse, weitgreifende dingliche Rechte an fremden Sachen als ein Eigenthum, wenn auch nur von untergeordneter Art (dom. utile) anzusehen seien, welches neben dem ursprünglichen Eigenthum (dominium directum) stattfinde.[2]) Die Art und Weise, wie im Palermitaner Recht c. 43 seiner Erwähnung geschieht, lässt keinen Zweifel daran zu, dass jenes Dogma zur Zeit der Redaction der betreffenden Stelle als eine allgemein anerkannte und gemeingültige Rechtswahrheit betrachtet wurde.

Dem Begriff des Allodialgutes entspricht innerhalb des

---

1) Palermo 43. S. oben S. 25.

2) gl. ad. l. 1 et 2 D. de bon. poss. (37, 1) ad. l. 2 D. de superf. (43, 18) ad l. 1 D. si ager. vect. (6, 3) ad. l. 3 D. de usurp. (41, 3) ad l. 1 C. de thes. (10, 15). Gerber, System des d. Privatr. § 77.

Weichbildes der sicilischen Städte das Bürgergut (terra burgensatica). Es steht als solches im Gegensatz sowohl zum Lehn, (feudum), wie zu den bäuerlichen Grundstücken des platten Landes. An letzteren, wenn sie nicht bloss auf Zeit verpachtet waren, fanden ebenfalls nur abgeleitete Besitzrechte, resp. ein dominium utile statt, wie solches bei den emphyteutischen und Zinsgütern statuirt ward.

Neben der Eintheilung des Eigenthums in Ober- und Untereigenthum begegnen wir in demselben Capitel des Palermitaner Rechts noch einem andern Gegensatze: dem zwischen wirklichen und Quasi-Eigenthum (dominium directum vel quasi). Das letztere ist nicht etwa als eine Zwischenstufe zwischen dem Ober- und Untereigenthum anzusehen. Es ist dies dominium quasi directum nichts anderes, als der, analog dem wirklichen Eigenthum mittelst der actio Publiciana geschützte Anspruch des redlichen Erwerbers.[1]) Entsprechend der, bei der Eigenthumsklage üblich gewordenen Cumulation der rei vindicatio mit der actio Publiciana ward es Gebrauch, das petitum dahin zu richten, dass dem Kläger das Eigenthum vel quasi zustehe. Deshalb pflegte man schon seit dem Mittelalter die bonae fidei possessio als ein Quasi-dominium zu bezeichen und mit dem wirklichen dominium zusammen zu stellen.[2])

Jenem Gebrauche entspricht es nun auch, wenn dominium directum vel quasi zu dem weiteren Begriffe des ungetheilten Eigenthums (wahren, resp. analogen) zusammengefasst erscheint und als solches in Gegensatz gestellt wird zu dem, seinem Umfange nach schwächeren Rechte des dominium utile.[3])

§ 40.

II. Beschränkungen der Eigenthumsbefugnisse.

Gesetzliche Beschränkungen des Eigenthums kennt das sicilische Städterecht nur an Gebäuden.

1. Das Anlegen von Fenstern in den Giebelwänden eines Hauses nach dem Hofe des Nachbarn hin war verboten, wofern nicht der Bauende das Miteigenthumsrecht an dem zwischen sei-

1) Palermo 42, und Muta im Commentar zum Stadtr. von Palermo c. 43 nr. 6. Gregorio, Storia di Sicilia (Italia 1847.) p. 96.

2) Puchta, Vorles. über das heut. R. R. I. § 173 a. f.

3) Vgl. die Worte im angezogen. c. 43 „jure dominii directi vel quasi, vel etiam utilis."

nem, und dem Nachbargrundstück belegenen Hofe, oder Zwischenraum (vanella) für sich in Anspruch nehmen, oder den Erwerb einer dahingehenden Servitut geltend machen konnte. Dasselbe galt in Palermo auch von andern Oeffnungen[1]) zum Einlassen des Lichts. In Catania war das Anbringen derartiger, nicht als Fenster dienender Oeffnungen gestattet. Jedoch mussten diese, um die Aussicht (prospectus) auf das Nachbargrundstück zu verhindern, mit eisernen Gittern verwahrt und in einer bestimmten Höhe vom Erdboden angelegt werden. Auch durften sie eine gewisse Breite und Länge nicht überschreiten.[2])

2. Uebereinstimmend mit dem R. R. war das Bauen bis dicht an die Grenze des Nachbarhauses in unmittelbarem Anschluss an die Giebelwand im Allgemeinen gestattet.[3]) Auf die in der Grenzmauer befindlichen Lichtöffnungen[4]) brauchte keine Rücksicht genommen zu werden, es sei denn, dass seit rechtsverjährter Zeit sich darin Thüren, oder Fenster befunden hatten.[5]) In letzterem Falle stand dem Recht des Bauenden von Seiten des Nachbarn eine Servitut auf Nichtentziehung des Lichts[6]), beziehungsweise des freien Ein- und Ausganges entgegen.

Eine lokalrechtliche Besonderheit des Catanischen Rechts ist die Vorschrift[7]), dass der Bauende, wenn er sein Haus unmittelbar an die Giebel- und Grenzmauer des Nachbarn anlehnen will, diesem die Hälfte des Werthes der, so gemeinschaftlich gewordenen Mauer zu erstatten hat. Auch war der Bauherr gehalten, auf eigene Kosten eine neue Giebel- und Grenzwand herzustellen, wenn sich herausstellte, dass die alte.

---

1) Palermo 29. Catania tit. 60. 61.

2) Man vgl. die ähnlichen Vorschriften im älteren und neueren franz. R. (— fenêtres à verre dormant et fer maillé —) Beaumanoir XXIV, 24. Warnkönig und Stein R. Gesch. II. S. 415 Note 1 u. 2, Code civil 678—677. Von deutsch. Gesetzb. vgl. Pr. A. L. R. §§ 137, 138. I, 8 (cf. Neues Lüb. R. III, 12 Art. 13. Förster, Theorie und Prax. des preuss. R. (2. Aufl.) III, S. 151). Das röm. und gem. R. kennt keine gesetzliche Beschränkungen der bezeichneten Art.

3) Catania tit. 62. Palermo 29.

4) Wohl aber auf die Dachtraufe des Nachbarhauses. Diese durfte durch den Neubau nicht verdorben, noch verändert werden. Catania l. c.

5) Palermo l. c. Catania l. c.

6) servitus ne luminibus officiatur cf. § 1. J. de serv. (2, 3) Windscheid, Pand. § 211 a.

7) Catania l. c.

schon vorhandene Mauer des Nachbarhauses zu schwach war, um die Last zweier Gebäude zu tragen.

3. Gewisse Anlagen, die mehr oder weniger mit unvermeidlichen Beschwerden für die Anwohner verbunden sind, weil sie Hitze, Rauch und Staub erzeugen, Lärm verursachen, oder einen unangenehmen Geruch verbreiten, darf zwar Jedermann auf eigenem Grund und Boden errichten; er muss aber damit eine bestimmte Entfernung von der Grenze des Nachbargrundstückes abbleiben. Als solche Anlagen werden im Rechte von Syrakus: Backöfen, Mühlen und Cloaken genannt.[1]) Strenger sind die, dem Rechte Palermo's[2]) eigenthümlichen Bestimmungen, bezüglich der Anlage von Gasthäusern (fundici, hospitalia)[2]), Weinschenken (buttilariae), Schmieden, und Kesselschmieden[3]) (ferrariae, calderariae). Sie durften ohne Genehmigung der Nachbarn auf Grundstücken, die zwischen andern Häusern lagen, überhaupt nicht neu errichtet werden.

4. Rein polizeiliche, namentlich baupolizeiliche Beschränkungen des Eigenthums an Gebäuden bezweckten einige Verordnungen, denen zufolge es untersagt war, in Häusern, welche an der Strasse, oder an einem öffentlichen Platze lagen, gewisse bauliche Anlagen zu machen, oder dort zu gewissen gewerblichen Zwecken bestimmte Gebäude aufzuführen.

---

1) Syracus. 44. Die Entfernung von der Grenze wird auf 2 palmi festgesetzt. Unter palmus ist hier wohl zweifellos der palmus major, gleich 12 Zoll, oder einem röm. Fuss zu verstehen. Cf. Catania tit. 63. Analoge Vorschriften enthalten die franz. Cout. v. Paris 188—192 Nivernois X, 11—13. Melun 205. Blois 23 u. a. sowie auch der Grant Coust. de France II tit. vues et égouts, Warnkönig und Stein R. G. II. S. 114 Note 5. Von deutschen R. Qu. vgl. Sachsensp. II, 51 § 1. Beiläufig bemerkt, stand an sich es jedem Bürger frei, auf eigenem Grunde Mühlen zu errichten (Syracus. l. c. Palermo 58), ohne dieserhalb der obrigkeitlichen Genehmigung zu bedürfen. Beschränkungen durch entgegenstehende Bannrechte, oder durch ein Mühlenregal sind anscheinend dem sicilischen Städterecht des Mittelalters fremd geblieben.

2) Palermo 29.

3) Das Wort fundicus (vgl. unten § 44.) bedeutet an dieser Stelle, ebenso wie das synonyme hospitale ein Gasthaus cf. Biundi Diz. Sic. v. fùndacu, fùnnacu, gleich albergo, osteria, und Muta im Commentar zu c. 29. Palermo nr. 2. 3. 7.

In Catania[1]) durften Balkone (maeniana) auf der Strassenseite nicht anders, denn in einer gewissen Höhe vom Erdboden angebracht werden.

Kaufläden (apothecae) und Schenken (tabernae) konnte in Syrakus zwar jeder Eigenthümer in dem von ihm bewohnten Hause einrichten. Die Errichtung besonderer Gebäude zu dem Behufe war aber an Strassen und Plätzen allein da gestattet, wo von Alters her derartige Lokalitäten vorhanden gewesen.[2]) Gerade umgekehrt war in Palermo auf grossen öffentlichen und freien Plätzen, wo der Bauende nicht durch anstossende Nachbarhäuser und die Rücksichtnahme auf solche beschränkt ward, die Neuerrichtung von Schenken gestattet, sofern man sich nur im rechtmässigen Besitz des Baugrundes befand.[3]) Das Anbringen von Zinnen (merguli[4])) und Schutzwehren (propugnacula) an den Mauern der Privathäuser zu Vertheidigungszwecken war der Regel nach nicht gestattet. Eine Ausnahme machten in Palermo die in der Hauptstrasse Cassero belegenen Häuser.[5])

§ 41.

III. Ersitzung. (Verjährung).

Die im germanischen, voraus im fränkischen Recht ausgebildete Verjährung von Jahr und Tag hatte auch im älteren sicilischen Recht, wie es sich in den Statuten von Patti und

---

1) Catania tit. 64. Für den, hier ausser maeniana vorkommenden Ausdruck pennatae habe ich in keinem, der mir zugänglichen Wörterbücher eine ausreichende Erklärung gefunden. Ich vermuthe, dass damit nur eine besondere Art von Balkon, oder Erker bezeichnet werden soll, da sich in der angeführten Stelle unter andern die Worte finden: „maeniana seu pennatas." Vielleicht soll damit ein Vorbau bezeichnet werden, dessen Fenster (Fensterflügel) nach aussen (d. h. nach der Strasse) geöffnet werden konnten. (Man vgl. das Adjectiv: pennatus, a, um, geflügelt).

2) Syracus. 38.

3) Palermo 29. Auf den Eigenthümer einer, dort bereits vordem errichteten Schenke sollte nur in soweit Rücksicht genommen werden, als die Thür der neuen nicht gerade gegenüber der Thür der alten Schenke angelegt werden durfte.

4) S. Biundi, Dizionar. Sizil. verb. mèrgula.

5) Palermo 65.

Trapani [1]) noch erhalten hat, Ausdruck gefunden. Laut einer, in den genannten Stadtrechten angeführten Constitution des Normannenkönigs Wilhelm II. soll der Besitzer eines Grundstücks gegen die Vindication des Eigenthümers unter Umständen schon dann geschützt sein, wenn er während des gedachten Zeitraumes im ruhigen und ungestörten Besitz desselben gewesen ist. Unter Jahr und Tag versteht das sicilische Statutarrecht die Frist von 1 Jahr, 1 Monat, 1 Woche, 1 Tag. Diese Zeitbestimmung kommt nicht überein, weder mit der, im gemeinen Sachsen-, und im deutschen Recht [2]) unter Jahr und Tag begriffenen Zeitdauer von 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tagen, noch mit den, im übrigen Italien, einschliesslich des neapolitanischen Festlandes herhömmlichen Verjährungsfristen. Die libri feudorum (I, 22) verstehen darunter einen Zeitraum von 1 Jahr und 1 Monat; die weiterhin zu erwähnende Constitution Kaiser Friedrich II. einen solchen von 1 Jahr, 1 Monat, 1 Tag und 1 Stunde.[3]) Von den Italien eigenthümlichen Fristen kommt die des sicilischen Städterechts der gemeinen sächsischen Frist von 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tagen noch am nächsten. Rechnet man den Monat zu 30 Tagen, so ergibt dieses eine Zeitdauer von 4 Wochen, oder 28 Tagen und 2 Tagen. Fügt man demnächst die Frist von 1 Woche und 1 Tage hinzu, so erhält man als Resultat eine Frist von 1 Jahr 5 Wochen und 3 Tagen; mithin einen, nur um 1 Woche geringeren Zeitraum, als die sächsische Frist. Nach Sohm [4]) ist die echte Dingfrist im Grafengericht des fränkischen Gerichtsverfahrens die Zeit von 6 Wochen, und die echte Dauer des Gerichts die Dauer von 3 Tagen. Ihm zufolge ist die Frist

---

1) Patti 53. Vgl. hierzu den, aus den Consuet. di Trapani von La Mantia: Cons. delle città di Sicilia p. 104 mitgetheilten Abschnitt de praescriptionibus. S. oben Note 1 zu Patti 53.

2) Stobbe, Handb. d. deutschen Privatr. I, S. 463 ff.

3) Aehnlich, und nur durch Weglassung der 1 Stunde davon unterschieden, war die auf der Insel Sardinien übliche Frist von 1 Jahr 1 Monat und 1 Tag. S. Stobbe a. a. O. I, S. 465. Note 11.

4) Zeitschrift der (Savigny-Stiftung) für Rechtsgesch. Germanische Abth. I, S. 58. 59. Die herrschende Meinung leitet die Frist von 1 Jahr, 6 Wochen und 3 Tagen aus der Zusammensetzung des Zeitraumes von 1 Jahr (als der Zeit innerhalb deren drei ungebotene Dinge stattfanden) und der Zeit von drei gebotenen Dingen her. Stobbe, Handb. d. deutschen

von Jahr und Tag dadurch entstanden, dass man dem Zeitraum eines Jahres ursprünglich einen Tag zulegte (eine Zugabe zur Frist entsprechend der, in andern Fällen vorkommenden Zugabe zur Zahlung). Später verwandelte sich der Zeitraum eines Tages in sechs, oder wie in Sicilien in fünf Wochen und 3 Tagen. Es entsprach diese letztere Zugabe der fränkischen Dingfrist von 6 Wochen, sowie der Dauer eines echten Dingtages, gleich 3 Tagen. So bedeutete nunmehr Jahr und Tag eine Frist von einem Jahre und einem Gerichtstage (Gerichtstermin). Dass man sich dieses ursprünglichen Zusammenhanges dieser Frist mit dem Gerichtsverfahren und den Gerichtszeiten im späteren Mittelalter stets bewusst geblieben, soll nicht behauptet werden. Es deutet im Gegentheil die Abkürzung des einen Theils derselben von 6 auf 5 Wochen, wie sie im sicilischen Städterecht erfolgte, sowie die sonstige, in andern italienischen Quellen bei jener Frist begegnende Abrundung auf Zahleneinheiten darauf hin, dass allmählig der eigentliche Sinn, und die Bedeutung derselben in Vergessenheit gerieth. Bei der Zugabe der kleineren Zeiträume zu der Dauer eines Jahres verfuhr man mehr, oder weniger willkürlich. Nur auf die Zahl Eins legte man anscheinend insofern Gewicht, als man bestrebt war, dem einen Jahre verschiedene, der Zahl Eins entsprechende kleinere Zeitfristen zuzugeben, bis man schliesslich bei der Dauer 1 Tages, ja sogar bei der 1 Stunde, als der in Praxi relevanten kleinsten Zeiteinheit anlangte.

Gehen wir jetzt näher auf die einschlagenden Bestimmungen in den Rechten von Patti und Trapani ein, so ergeben diese im Allgemeinen für die rechtsgeschichtliche Untersuchung zunächst das negative Resultat, dass nach ihnen von einer Ersitzung im Sinne des R. R. beim Grundeigenthum noch keine Rede sein konnte. Durchaus im Einklang mit den Grundsätzen des germanischen Rechts erscheint die Verjährung von Jahr und Tag, an und für sich betrachtet, auch nach dem älteren sicilischen Statutarrecht als eine blosse Extinctivverjährung (praescriptio). Auf der andern Seite hat aber nicht sowohl die Ver-

---

Privatr. I, S. 463 Note 6. 7. Gegenüber dieser allzu künstlichen Erklärung verdient die Sohm'sche Ansicht, ihrer Einfachheit und Schlüssigkeit wegen, m. E. entschieden den Vorzug.

jährungslehre des römischen Rechts, vielmehr dessen Theorie von der Ersitzung des Eigenthums an Immobilien den Grund abgegeben, um Modificationen des germanischen Instituts einzuführen. Dahin gehören die, für die Verjährung von Jahr und Tag, neben dem Requisit ununterbrochenen und ungestörten Besitzes während der entscheidenden Zeit, aufgestellten beiden Erfordernisse des guten Glaubens (bona fides) und eines rechtsbegründeten Titels (justus titulus).

Auf diese Vermischung der Grundsätze der Extinctivverjährung und der römischen Ersitzungslehre sind dann ferner die Arten der ausserordentlichen Verjährung zurückzuführen, die in unsern Quellen noch, neben und ausser der Verjährung von Jahr und Tag, statuirt werden. Sie greifen da Platz, wo es zu der eigentlichen Verjährung nicht kommen kann, weil es an einem, oder dem andern der genannten Erfordernisse, oder sogar an beiden gebricht. Vermöge des guten Glaubens für sich allein und ohne Titel soll der Besitzer eines Grundstücks gegen die Vindication des Eigenthümers erst nach Ablauf von 10 Jahren, und, wenn letzterer abwesend, oder sonstwie aus gegründeter Ursache (justa causa) an Wahrnehmung seiner Rechte verhindert war, erst nach 20 Jahren geschützt sein.

Diese Verjährung entspricht demnach materiell der ausserordentlichen Ersitzung des R. R. Von dieser unterscheidet sie sich allein durch die anders, als bei dieser normirten Fristen. Letztere sind nicht der ausserordentlichen, sondern der ordentlichen longi temporis possessio entlehnt, während die longissimi temporis possessio bekanntlich der Regel nach 30 Jahre erfordert. Wiederum der römischen Extinctivverjährung (praescriptio) ist die Bestimmung der genannten Statuten entnommen, dass, wenn es dem Besitzer eines Grundstücks sowohl an der bona fides, wie am Titel mangelt, die Eigenthumsklage wider ihn erst nach 30 Jahren verjährt. Dem Lokalrecht gehört nur die Besonderheit an, dass gegen den in feindliche Gefangenschaft gerathenen Eigenthümer jede, auch die dreissigjährige Verjährung ausgeschlossen bleiben soll.

Desgleichen ist hier noch einer Spezialverordnung zu gedenken. Bei Streitigkeiten unter Geschwistern und Blutsverwandten bis zum dritten Grade soll, auch wenn diese wegen Vorhandenseins der bona fides auf Seiten der Beklagten an sich statthaft wäre, nicht schon die zehn- oder zwanzig-

jährige Verjährung, sondern erst die dreissigjährige stattfinden. Ihren Ursprung hat diese Satzung im langobardischen Recht. Dieses bestimmte dass bei Klagen, welche aus Erbtheilungen unter Brüdern herrührten, unter gewissen Umständen erst nach vierzig Jahren der Anspruch des Klägers erlöschen sollte.[1])

Jenes ältere Verjährungsrecht, welches, ausser in den sicilischen Städten, vordem auch in andern Theilen des Königreichs Neapel und Sicilien Geltung hatte, hob demnächst ein Gesetz Kaiser Friedrich II.[2]) auf. Dies der Grund, weshalb wir es im Messineser Rechte, das uns heute nur noch in der Edition des Apulus erhalten ist, nicht mehr antreffen. An die Stelle der Verjährung von Jahr und Tag trat nunmehr beim Immobiliareigenthum die römische ordentliche Ersitzung von 10 und 20 Jahren mit ihren Voraussetzungen: der bona fides und dem justus titulus. Zugleich ward als ausserordentliche Ersitzung die dreissigjährige eingeführt. Aus dem älteren germanischen Recht wurde allein die, der langobardischen Gesetzgebung entnommene Verjährung von 40 Jahren für ge-

---

1) l. Liutprand. 70 (69) [16].

2) Const. Regni Sic. III, 37 (de praescript.) (H. B. IV p. 143 — 144) „Duram consuetudinem et iniquam que circa praescriptiones in aliquibus regni nostri partibus optinebat in posterum silere praecipimus et presentem legem circa ipsas inducimus omnibus aliis ipsi contrariis inter regni nostri fideles omnino sublatis. Sancimus igitur praescriptionem anni, mensis, diei et hore, per quam aliquis de dominio rei sue cadebat, penitus amoveri; sed generales praescriptiones communis juris locum habere, scilicet inter presentes decennii, inter absentes vicennii, precedente scilicet titulo et bona fide ex utraque parte undique concurrente. Per tricenalem etiam prescriptionem inter privatos, excepta hypothecaria actione cujus vita interdum ad quadraginta annos protenditur, omne jus et omnem actionem volumus submoveri. Quadragenaria etiam prescriptione inter fratres Langobardorum inducta, super adequatione stantium partium minime facienda, et super rebus, quas alter ex fratribus tempore predicte possessionis aliunde habere se jurat, in suo robore duratura [et ad omnes regni nostri fideles per presentem constitutionem nostri culminis prorogata; usucapionibus que in rebus mobilibus juris communis inducte sunt, in sua firmitate servatis.“]

3) Es ist hier auf das in der Einleitung zur vorliegenden Ausgabe §§ 1. 2. Gesagte zu verweisen.

wisse, aus der Erbtheilung, oder gelegentlich derselben entstehende Klagen beibehalten.[1])

Endlich einem, wohl erst später gemachten Zusatz zu jener Constitution gehört die Vorschrift an, worin für die Mobilien die Beobachtung der römischen Gesetze über die Usucapion eingeschärft wird.

Schliesslich sei hier nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, dass das Gesetz Friedrich II sich immer nur auf die Verjährung von Jahr und Tag in ihrer Anwendung auf die Eigenthumsklage (rei vindicatio) bezog, mithin auf solche Fälle, wo es sich für den Verklagten, wenn derselbe im Process unterlag in der Hauptsache um die unentgeltliche Herausgabe des von ihm besessenen Grundstücks handelte. Unberührt davon blieben daher alle andern, mit dem Ablauf des Zeitraums von Jahr und Tag im sicilischen Statutarrecht verbundenen Rechtsfolgen.[2])

---

1) Dagegen ist die, in der Constitution noch ausserdem enthaltene Bestimmung, dass die actio hypothecaria in gewissen Fällen erst nach 40 Jahren für präscribirt zu erachten sei, dem R. R. entnommen. l. 7. §. 1. 2. C. de praescr. XXX. ann. (7, 39) Puchta, Pand. § 215.

2) Es gilt dies insbesondere von der Klage aus dem Retrakt, mit welcher der Kläger zwar auch die Ueberlassung eines Grundstücks vom Beklagten, jedoch nicht unentgeltlich, sondern gegen ein Aequivalent fordert. Wo beim jus protimiseos nach Stadtrecht die Verjährung von Jahr und Tag für die Retraktsklage Rechtens war, wurde das betreffende Statutarrecht auch durch die Constitution über die anderweite Regelung der Ersitzung des Grundeigenthums nicht berührt, blieb vielmehr nach wie vor in Kraft. Cf. Matthaeus de Afflictis, Tract. de jure protimiseos p. 229—230. Derselbe sagt bezüglich der rechtlichen Bedeutung des Inhalts der Constitution: — „ibi tolluntur praescriptiones anni, mensis, diei et horae, per quas tollitur dominium, non autem sublatae praescriptiones anni, mensis, diei et horae, per quas non tollitur dominium absque pretio, prout est in materia juris congrui“ (S. oben S. 117. Note 1.) Abgesehen vom Retrakt, finden wir die Frist von Jahr und Tag (in der, in Sicilen üblichen Dauer von 1 Jahr, 1 Monat, 1 Woche und 1 Tag), im Rechte von Caltagirone, als Art der Begründung der Gütergemeinschaft bei kinderloser Ehe anerkannt (S. oben S. 7). Im Erbrecht sind wir ihr bei erblosen Gütern und deren Erledigung zum Besten des Fiscus im Palermitanischen Recht begegnet. Eine Anwendung derselben bei der Subhastation von Immobilien werden wir noch weiterhin beim Pfandrecht zu erwähnen haben. Endlich sei noch darauf

§ 42.

IV. Servituten.

Zur Lehre von den Servituten oder Dienstbarkeiten lassen sich nur wenige und dürftige Satzungen aus unsern Quellen anführen. Während bei Gebäudeservituten, nach einer Stelle im Palermitaner Recht[1]) zu schliessen, im Einklang mit dem R. R die ordentliche Ersitzung von 10 resp. 20 Jahren stattfand, schreibt bezüglich einzelner Felddienstbarkeiten das Stadtrecht von Caltagirone vor, es solle selbst bei der ausserordentlichen, ja sogar bei der unvordenklichen Verjährung bona fides und Zeitablauf für sich allein zum Erwerb einer Wege- oder Wassergerechtigkeit niemals ausreichen. Zur Ersitzung derartiger Gerechtsame soll stets die Anführung eines Erwerbtitels (justa causa) erfordert werden.[2])

Gleichfalls dem Rechte von Caltagirone gehört das, allen Bürgern und Einwohnern der Stadt auf den Ländereien der ersteren eingeräumte Recht an: zur freien und unentgeltlichen Jagdausübung und Weidenutzung, von dem allein die Weinberge, Zier- und Nutzgärten ausgenommen waren.

Soweit es sich dabei um Jagd und Weide auf ihrem eigenen Grund und Boden handelt, sind die genannten Befugnisse lediglich als Ausflüsse des Eigenthums der berechtigten Bürger anzusehen. Als Servituten kommen sie hinwiederum in allen denjenigen Fällen in Betracht, wo ihre Ausübung durch die Mitbürger auf fremdem Terrain stattfindet.[3])

---

hingewiesen, dass in manchen Orten der Erwerb des Bürgerrechts mit dem Aufenthalt in der Stadt während der Zeit von Jahr und Tag eintrat, (Palermo 30. Catania tit. 55. Syracus 31) ähnlich wie wir dies in Deutschland bezüglich des Erwerbs der Gemeinderechte, insbesondere im Falle der früheren Leibeigenschaft der neu angezogenen Gemeindeglieder statuirt finden (Stobbe, Handb. I 467).

1) Palermo 29.

2) Caltagirone 42. Vermuthlich hängt diese Bestimmung mit dem, im französ. R. des Mittelalters anerkannten Satz zusammen, dem zufolge ein Erwerb von Servituten durch Ersitzung entweder überhaupt nicht, oder doch nicht bei gewissen Arten von Dienstbarkeiten zulässig war. S. Warnkönig und Stein. Franz. R. Gesch. II. S. 416.

3) Das, allen Bürgern, resp. Einwohnern hier beigelegte Recht der

Einem ähnlichen, allgemein, und unentgeltlich allen Stadtbürgern als solchen zustehenden, gemeinschaftlichen Weiderecht begegnen wir im Palermitanischen Rechte, nur mit dem Unterschiede, dass ihm dort nicht die Grundstücke der Bürger selbst unterworfen waren. Dasselbe erstreckte sich auf das gesammte, im Stadtgebiete belegene landesherrliche Domanialgut (domanium), und die Güter der grossen Grundherren (Grafen und Barone).[1]) Desgleichen hatten sich daselbst die Bürger eines freien Holzungsrechtes zu erfreuen, sowohl in den Wäldern und Gebüschen der Stadt, wie in denen der Barone. Es begriff ausser abgestorbenem, zur Feuerung dienendem Holze auch noch frische Stämme. Es durften die Palermitaner daher auch zum Bauen ihrer Häuser von jenem Rechte Gebrauch machen.[2]) Fragt man nach dem rechtlichen Charakter der genannten Jagd-, Weide- und Holzgerechtigkeiten, so sind diese unter den Begriff der römischen Felddienstbarkeiten (servitutes praediorum rusticorum) nicht zu subsummiren. Es erhellt nirgends, dass die betreffenden, auf den dienenden Grundstücken ruhenden Dienstbarkeiten allein und ausschliesslich den Bedürfnissen anderer herrschender Grundstücke zu dienen bestimmt waren. Jedenfalls aber sind die Grundstücke, welche den, zur Ausübung jener Rechte berufenen Bürgern gehörten, im Verhältniss zu den dienenden Liegenschaften nicht als fundi vicini im Sinne

---

freien Jagd innerhalb des Weichbildes der Stadt lässt sich mit dem, vormals in Deutschland in Uebung gewesenen Recht der freien Pürsch vergleichen. S. Stieglitz, Geschichtl. Darstell. der Eigenthumsverh. an Wald und Jagd § 23 S. 139 ff.

1) Palermo 32. Im deutschen Recht wird ein derartiges Rechtsverhältniss, wo mehrere Servitutberechtigte auf Grundstücken dritter Eigenthümer ein gemeinsames Weiderecht ausüben, mit dem Namen der Koppelhude (jus compascui, compasculationis) bezeichnet. Beseler Syst. d. d. Privatr. II, S. 796. Aber auch der andere, aus den Statuten von Caltagirone vorhin angeführte Fall gemeinsamer Weidenutzung fällt unter den Begriff der Koppelhude (jus compasculationis reciprocum) Stobbe, Handb. d. d. Privatr. II, S. 201.

2) Palermo a. a. O. Es stützten sich diese Gerechtsame der Palermitaner auf kaiserliche und königliche Privilegien. Das älteste ist von 1228 und rührt von Kaiser Friedrich II her (De Vio Privil. Palermitan. Panormi 1706) p. 16. 17; ein späteres, von dem Arragonischen König Friedrich II (III), aus dem Jahre 1306 (De Vio l. c. p. 39) cf. Testa, De vita Friderici II monum. nr. 42, p. 282.

des R. R.[1]) zu erachten. Ja, in Caltagirone[2]), wo, ausser den eigentlichen Bürgern, auch die sonstigen Einwohner (habitatores) der Stadt zur Theilnahme an den fraglichen Gerechtsamen berufen waren, scheint es nicht einmal unbedingt erforderlich gewesen zu sein, dass der Servitutenberechtigte zugleich Eigenthümer eines im Stadtbezirke belegenen Grundstückes war.

Wollte man es versuchen, die beregten Dienstbarkeiten in eine der römischen Kategorien zu bringen, so liessen sich dieselben nur als sogen. irreguläre Servituten charakterisiren.[3]) Nur von ihrer passiven Seite, und ihrem Objecte nach kommen sie mit den Felddienstbarkeiten überein. Von Seiten der berechtigten Servitutinhaber erscheinen sie lediglich als Personalservituten, wenngleich die persönliche Berechtigung an gewisse Bedingungen: den Erwerb des Bürger- oder doch Einwohnerrechts geknüpft war, und damit, wenigstens in den meisten Fällen, zugleich auch der Besitz von Grund und Boden innerhalb des städtischen Weichbildes verbunden sein mochte.

Es empfiehlt sich bei Beurtheilung derartiger, dem R. R. fremder Erscheinungen auf dem Gebiete des Servitutenrechts im Rechte des Mittelalters, wie der Gegenwart von den römischen Klassificationen überhaupt abzusehen und jene Gerechtsame als eigenthümliche, in germanischer Rechtsanschauung erwachsene Arten von Dienstbarkeiten gelten zu lassen.

§ 43.

V. (Superficius) und Emphyteusis.

1) Superficius (Platzrecht.)

Wie es den Privaten im Allgemeinen verboten war, auf den öffentlichen, dem Verkehr entzogenen Sachen, als Strassen, Plätzen u. s. w. zu bauen, oder sonst welche Veränderungen daran vorzunehmen[4]), so durften auch die Mauern und

---

1) l. 5. § 1 D. de s. p. r. (8, 3) l. 6 § 5 D. de a. e. v. (19, 1). Windscheid, Pand. § 209. not. 9.

2) Caltigirone 41, vgl. die Worte „cuicunque burgensi et habitatori."

3) Windscheid, Pand. § 202. not. 2.

4) cf. Caltagirone 43. Nur Wasserleitungen bildeten an manchen Orten insofern eine Ausnahme, als es gestattet war, durch die öffentlichen Strassen hindurch das Wasser in die Häuser der Privateigenthümer zu

Festungswerke der Stadt nicht als Fundamente, um darauf Wohnhäuser zu errichten, benutzt werden.

Eine Ausnahme machten die Stadtmauern und Befestigungen von Palermo, namentlich die der dortigen Hauptstrasse Cassero.[1]) Nach alter Gewohnheit stand es den Bürgern frei, darauf Wohnhäuser zu erbauen.

Ueber die dortigen Gebäude konnte frei verfügt werden. Man durfte sie verkaufen, vertauschen, verschenken und von Todeswegen andern Personen beliebig zuwenden.

Das hiernach sehr umfassende Besitzrecht der Bürger an diesen, auf fremdem Grund und Boden stehenden Häusern wird man nicht anders, denn als ein, der Superficies der Römer analoges Platzrecht juristisch zu bestimmen haben. Von der römischen Superficies unterscheidet sich dasselbe dadurch, dass kein Grundzins (solarium), oder sonstige Abgabe von den Hausbesitzern an die Stadt (curia), als die Eigenthümerin des Grundes, auf dem die Häuser standen, zu entrichten war.[2])

Eine fernere Eigenthümlichkeit dieses Palermitanischen Platzrechts war die der Stadt, als der Eigenthümerin des Grundes obliegende Verbindlichkeit, das Mauerwerk, auf dem die Häuser der Bürger standen, wenn es schadhaft ward, oder einstürzte, bis zu einer gewissen Höhe[3]) über dem Erdboden auf eigene Kosten wiederherzustellen. Ohne irgend ein Aequivalent, ja selbst ohne auch nur eine Recognitionsgebühr für die Benutzung der ihr gehörigen Mauern oder Befestigungen

leiten. Jedoch waren letztere verbunden, die von ihnen angelegten Rinnen und Kanäle zu überbrücken, behufs Verminderung jeder Benachtheiligung des öffentlichen Gebrauches und Verkehres auf den Strassen. Note 49.

1) Palermo 65.

2) Dass nach römischer Rechtsanschauung das solarium ein, der superficies immanentes und wesentliches Moment war, scheint mir durch Degenkolb, Platzr. u. Miethe S. 42 ff., wenn nicht erwiesen, doch höchst wahrscheinlich gemacht zu sein. Man vgl. Paulus in l. 74 D. de r. v. (6, 1). Das mittelalterliche Recht wusste sich im einzelnen Falle über dies Erforderniss hinwegzusetzen, obschon auch bei der germanischen Erbleihe die Entgeltlichkeit die Regel bildete. Arnold, zur Gesch. des Eigenthums in den deutsch. Städten 1861 S. 31. 111. 192. 205. 249. Darüber, dass nach heut. R. die Leistung des Grundzinses kein Essentiale der superficies ist, s. Dernburg, Lehrbuch d. Preuss. R. I, S. 674. (Preuss. A. L. R. I, 22 § 243 ff.) Sächs. Bürgerl. G. B. § 661 (anders nach Oesterr. Bürgerl. G. B. § 1147).

3) Palermo l. c. — „usque ad frisum, sive usque ad primum solarium" (bis zum Fries, oder bis zum ersten Stockwerk).

von den Bürgern zu erhalten, lag der Stadtgemeinde, als Grundherrin diese, unter Umständen nicht unerhebliche Reparaturlast ob. Nach dem Vorbilde der servitus oneris ferendi[1]) ward die belastete Commune dadurch nicht allein zu einem blossen Dulden verpflichtet: der Reallast gleich zwang jenes Onus vielmehr in entstehenden Fällen zu einer activen Thätigkeit zum Vortheil der Hausbesitzer.

2) Emphyteusis.

In demselben Palermitanischen Rechte geschieht an einer Stelle der Emphyteusis Erwähnung. Freilich ist es nicht dieses Rechtsverhältniss im Allgemeinen, welches den Gegenstand statutarischer Festsetzung bildet, wohl aber die emphyteutische Verleihung der Grundstücke der Kirchen, und pia corpora, sowie der dem Fiscus gehörigen Liegenschaften.

Auf Grund alten Gewohnheitsrechtes sollen die, im römischen und kanonischen Recht[2]) getroffenen Anordnungen, betreffend die Beschränkung der Veräusserung der Kirchen- und Klostergüter u. s. w. beim Austhun solcher Immobilien zu Emphyteuses in Palermo keine Anwendung finden.[3])

Nicht minder werden für Palermo die, in der sonstigen Landesgesetzgebung[4]), nicht schon im römischen Civilrecht, eingeführten Beschränkungen bezüglich der Emphyteusis am domanium (demanium) oder dem fiscalischen Grund und Boden ausser Kraft gesetzt.

Ferner wird eine andere, im römischen Recht nur als singuläres Gesetz gegebene Verordnung in unserem Stadtrecht in gewissem Masse generalisirt. Die von Justinian für

---

1) A. Pernice, Labeo I, S. 479.

2) l. 14 C. de sacros. eccl. (1, 2) Auth. de non alien. et permut. (Nov. 7 c. 1.) Auth. de alienat. et emphyt. (Nov. 120 c. 1. 6. 7. 11) C. 5. 6 X. de reb. alien. (3, 13).

3) Palermo 66. Desgleichen sollten übrigens auch die Vorschriften cessiren, welche die in der vorig. Note cit. röm. Gesetze über das Verbot des Austausches von Kirchengütern et. enthalten, sowie die auf die Beschränkung der Zeitpachten (nicht über eine gewisse Zeitdauer) bezüglichen Bestimmungen. Nicht minder sollte dies von der Verleihung zu Zinsrecht gelten, auf die jene röm. Sätze im Mittelalter analog ausgedehnt wurden.

4) Novae Const. Regn. Sic. I, 38 de locat. demanii (H. B. IV, § 7 p. 210).

kirchliche Emphyteusen [1]) sanctionirte Bestimmung, dass, wenn der Emphyteuta mit Zahlung des Canon zwei Jahre lang im Rückstand geblieben ist, Privation einzutreten hat, wird nicht allein bestätigt, sondern auf die vom König zu Emphyteusis verliehenen Ländereien ausgedehnt und erweitert. Es geschah dies mit der Massgabe, dass die Grundstücksüberlassung im betreffenden Falle im Wege des ordentlichen Processverfahrens wieder aufgehoben werden konnte.

§ 44.

VI. Pfandrecht.

Die wenigen Bestimmungen, welche das Pfandrecht betreffen, lassen sich kurz dahin zusamenfassen:

1) Gesetzliche Pfandrechte.

Das im R. R. [2]) der Ehefrau beigelegte gesetzliche Pfandrecht am gesammten Vermögen des Ehemannes wegen ihrer Forderung auf Herausgabe der dos wird ihr im Rechte von Catania unter der Voraussetzung zugeschrieben, dass sie sich selbst dotirt hat, oder wenigstens die, von einem Andern, z. B. dem Vater, oder Vormund besorgte Ausstattung dem eigenen Vermögen der dotirten entnommen ist. Andernfalls soll jenes Pfandrecht allein derjenige geltend machen dürfen, der die Frau aus eigenen Mitteln dotirt hat. [3])

Der Ehefrau selbst wird dagegen unter allen Umständen, und selbst dann, wenn dies bei Eingehung der Ehe nicht ausdrücklich ausbedungen wurde, wegen ihres Anspruches auf eine Wittwenversorgung (dotarium, douaire) ein gesetzliches, und allgemeines Pfandrecht am ganzen Vermögen des Mannes zugeschrieben. [4])

Wie wir im Obligationenrecht sehen werden, hat der Vermiether das Recht, den Miether der rückständigen Miethe wegen zu pfänden. Ob, abgesehen von dieser Befugniss, und schon

1) Nov. 7 c. 3 § 2. Nov. 120 c. 8. cf. 4 X. de loc. (3, 18). Bei andern, nicht kirchl. Emphyteus. trat erst im Falle der Nichtentrichtung des Canon innerhalb von 3 Jahren Privation ein l. 2 C. de jure emphyt (4, 66).

2) l. 30 C. d. j. d. (5, 12) l. un. § 1 C. de rei ux. act. (5, 13) § 29 J. de act. (4, 6).

3) Catania tit. 13.

4) Catania ibid.

vor bewirkter Auspfändung des Miethers, ihm ein, dem römischen[1]) entsprechendes, gesetzliches Pfandrecht an den, in das Miethsgrundstück eingebrachten Mobilien zustand, erhellt aus unsern Quellen nicht.

2) Antichresis.

Nach älterem Recht war in Palermo[2]) es dem Pfandgläubiger, der sich im Besitze eines ihm verpfändeten, fruchttragenden Grundstücks befand, gestattet, die Nutzung statt der Zinsen zu beziehen, ohne sie auf das, seinem Schuldner dargeliehene Capital in Abrechnung bringen zu müssen. Hierzu war er allein in dem Falle verbunden, wenn er die auf dem Pfand gewachsenen Früchte nicht selbst durch eigenen Landbau hervorgebracht, sondern das verpfändete Grundstück an einen Dritten verpachtet hatte.

Es muss dahingestellt bleiben, ob es sich hier um eine antichresis im eigentlichen Sinne handelte, und man daher voraussetzen muss, dass dabei stets ausdrücklich verabredet wurde, es sollten die Früchte dem Gläubiger statt der Zinsen dienen. Es kann dabei ebensogut auch an die andere Eventualität gedacht werden, die von den Neueren als sg. antichresis tacita gekennzeichnet wird. Demnach aber würde der Gläubiger auch dann zur Fruchtziehung für befugt zu halten sein, wenn keine Zinsen versprochen wurden.

Immerhin scheint die Unterscheidung zwischen den, durch eigenen Landbau vom Gläubiger selbst gezogenen Naturalfrüchten, und den fructus civiles, die ihm aus der Verpachtung des Pfandgutes zufliessen, der römischen Casuistik der l. 17 C. de usur. (4,32) entnommen zu sein. Darnach aber giebt bei der eigentlichen Antichrese für Beurtheilung der Frage nach dem wucherischen Charakter der, statt der Zinsen aus dem Pfandgute gezogenen Nutzung, die Erwägung den Ausschlag, ob der dem Gläubiger zufallende Gewinn ein gewisser, oder ein ungewisser ist. Letzteres darf von den, durch eigenen Landbau hervorgebrachten Früchten gelten. Ersteres aber muss in dem Falle statuirt, und deshalb der Wucher als vorhanden angenommen werden, wenn der Gläubiger den unter Umständen

1) l. 2. 3. 4 pr. l. 6 D. in quib. caus. pign. vel hypoth. tac. contr. (20, 2) l. 4 pr. D. de pact. 2, 14.

2) Palermo c. 37.

höheren, immerhin aber ungewissen Gewinn aus der Ernte einem Dritten pachtweise überlässt, und dafür sich einen bestimmten, regelmässig wiederkehrenden Vortheil in dem Pachtzinse sichert.

Im Obligationenrecht[1]) werden wir sehen, wie die Rücksicht auf die kanonischen Zinsverbote die spätere Gesetzgebung veranlasste, dem Pfandgläubiger durchaus, und in allen Fällen die Befugniss abzusprechen, statt der Zinsen die Früchte des verpfändeten Grundstücks zu beziehen, ihn vielmehr stets zu deren Verrechnung auf das geschuldete Capital nöthigte.

3) Verkauf der Pfandsache.

Ueber die Art und Weise, wie der Verkauf der verpfändeten Gegenstände zu geschehen hat, enthalten die sicilischen Statuten einzelne Bestimmungen. Man wird darnach zwischen beweglichen und unbeweglichen Pfandsachen zu unterscheiden haben.

a) Grundstücke, die gerichtlich gepfändet, durften in Caltagirone[2]) regelmässig erst nach Ablauf von Jahr und Tag[3]) seit geschehener Pfändung zur Subhastation gestellt werden. Der Verkaufstermin selbst war demnächst auf weitere 15 Tage hinauszurücken, die erst vom Ende jenes längeren Zeitraumes zu laufen begannen. Während dieser 15 Tage stand dem Schuldner, resp. dem Eigenthümer der gepfändeten Immobilien das Recht der Einlösung derselben mittelst Tilgung der Schuld zu.

Ein früherer Verkauf war nur mit Zustimmung des debitor gestattet.

b) Bewegliche Sachen durften der Regel nach nicht anders, denn durch Vermittelung des Gerichts zum Zwangsverkauf gestellt werden.[4]) Allein dem Vermiether war es erlaubt, die durch ihn ohne Mitwirkung des Gerichts abgepfändeten Mobilien des Miethers ebenfalls aussergerichtlich zu verkaufen. Jedoch

1) S. unten § 47 S. 158.

2) Caltagirone 47.

3) Die hier auf Jahr und Tag festgesetzte Frist dürfte, ihrem Ursprung nach aus der missio in bannum des fränkischen Rechts herzuleiten sein. S. Sohm in der Zeitschrift (der Savigny-Stift.) für R. Gesch. Germ. Abth. I, 553 Cap. Aquisgran. a. 817 leg. add. c. 11 (Mon. Germ. L. L. I, p. 212.)

4) Palermo 52, Messina 41, Patti 65, Caltagirone 45.

sollte dies nicht anders, als im Wege der Versteigerung geschehen.[1])

Anlangend die Fristen, welche bei dem Verkaufe beweglicher Pfandsachen einzuhalten waren, so setzen unsere Stadtrechte zunächst allgemein fest, der Verkauf solle nicht früher als 15 Tage nach der Verfallzeit betrieben werden. Es galt dies sowohl von den, dem Gläubiger als Faustpfand übergebenen, als von den gerichtlich, oder anderweitig abgepfändeten Sachen. Innerhalb dieser Frist stand dem Gläubiger noch immer die Einlösung des Pfandes zu.[2])

In Caltagirone[3]) aber wurde noch ausserdem während jener ersten Frist von 15 Tagen dem Schuldner die Möglichkeit zur Einlösung seiner Sachen innerhalb einer weiteren Frist von 8 Tagen dadurch eröffnet, dass bei dem gerichtlichen Verkauf der Käufer den Zuschlag der verkauften Gegenstände stets nur unter einer aufschiebenden Bedingung erhielt. Der Kauf sollte nämlich nur dann gelten, und das Eigenthum der verkauften Sachen erst dann auf den Käufer übergehen, wenn der debitor, der dieserhalb von dem stattgehabten Verkauf in Kenntniss zu setzen war, auch die endliche Präclusivfrist von 8 Tagen zur Wiedereinlösung seines Gutes ungenutzt vorübergehen liess. Besondere Verordnungen galten daselbst für die, behufs Beitreibung der dem Bailli zustehenden Gebühren (proventus bajulationis) vom Gericht abgepfändeten Mobilien.[4]) Sie durften nicht vor Ablauf eines Jahres seit stattgehabter Pfändung zum Verkauf gestellt, und der Verkaufstermin nicht eher, als nach Verlauf von weiteren 15 Tagen anberaumt werden. Im Uebrigen fanden wegen der dem debitor bewilligten Einlösungsfrist die angegebenen Bestimmungen Anwendung. Handelte es sich dabei um die Abpfändung von Thieren, so waren diese inzwischen bis zum Verkaufe auf Veranlassung des Gläubigers in einem öffentlichen Gebäude[5]) unterzubringen und vom Pfandschuldner

1) Noto 27, Caltagirone 45.

2) Palermo 52, Messina 41.

3) Caltagirone 45.

4) Caltagirone 46.

5) Das aus dem Arabischen: al fondiga abgeleitete Wort fundicus ital. fondaco hat hier die Bedeutung von Magazin. Unter den fundici publici verstand man namentlich die, von der Douane (zuerst unter Kaiser Friedrich II) errichteten grossen Magazine, in denen die, dem Staatsmono-

auf eigene Kosten mit Futter zu versehen. War jedoch letzterer damit einverstanden, dann konnte der Gläubiger von den Thieren für sich Gebrauch machen. Er durfte sie daher zu sich nach Hause nehmen. Ihm lagen andererseits die Unterhaltungskosten ob, auch musste er, wie ein sorgsamer Hauswirth mit ihnen umgehen. Gingen die Thiere ohne seine Schuld zu Grunde, so hatte er hierfür nicht aufzukommen, behielt vielmehr seine Forderung gegen den Schuldner, ihrem vollen Umfange nach.[1])

pol unterworfenen Gegenstände: wie Salz, Eisen, Kupfer ct. von Staatswegen aufgespeichert wurden. Vgl. Winkelmann, Geschichte Kaiser Friedrich II. I, S. 355. Note 7, u. Andreas de Isernia in Fragm. varia ad res fiscal. pertinentia bei Huillard Bréholles, Hist. dipl. IV, 250.

1) Mithin anders, als wie im älteren deutschen R., wo der Pfandgläubiger zwar auch nicht für die, ohne seine Schuld in seiner Gewahrsam zu Grunde gegangenen Thiere einzustehen hat, dafür aber den Schaden mit dem Schuldner insofern gemeinsam tragen muss, als mit dem Untergange der Pfandsache zugleich die Forderung, welche dadurch gesichert werden sollte, erlosch. cf. Sachsensp. III, art. 5. § 1. 5.

VIERTES BUCH.

DAS OBLIGATIONENRECHT.

§ 45.

Vorbemerkung.

Eine Erörterung des Obligationenrechts ist hier nur in soweit zu erwarten, als es sich darum handelt, die in den sicilischen Stadtrechten enthaltenen, vom römischen und gemeinen Recht abweichenden Besonderheiten hervorzuheben. Nur diese bilden den Gegenstand statutarischer Beliebung.

Wir beginnen mit den allgemeinen, die Forderungen überhaupt betreffenden Bestimmungen und gehen sodann zu den einzelnen, in den Stadtrechten berührten Obligationen aus Verträgen und Delicten über.

I. Capitel.
Von Obligationen überhaupt.

§ 46.

I. Form und Wirkung der Verträge.

Von den Stipulationen der Römer finden sich keinerlei Spuren in unseren Stadtrechten. Ebensowenig aber bekennen sich diese zu dem, im französischen Recht [1]) in Uebereinstimmung mit dem Rechte des Sachsenspiegels und anderer deutscher Rechtsquellen des späteren Mittelalters [2]) proklamirten Princip der Formlosigkeit der Verträge. Nicht sowohl um des Beweises und der Klagbarkeit willen, wie in Frankreich [3]), sondern geradezu, weil ihre Rechtsbeständigkeit und verbindliche Kraft davon abhing, ward die Beobachtung gewisser Formen bei Abschliessung der Contracte erfordert.

1) Warnkönig und Stein. R. Gesch. II, S. 529 ff.

2) Sachsenspiegel I, 7. Stobbe, zur Gesch. des deutsch. Vertragsr. 1855. S. 215—217, 242 ff. und in seinem Handb. des deutsch. Privatr. III, S. 64, 65.

3) Warnkönig u. Stein a. a. O. S. 534 ff.

In Palermo [1]) mussten die Contrahenten, um sich wirksam gegenseitig zu verpflichten, ihre Verträge vor einem öffentlichen Notar und schreibenskundigen Zeugen abschliessen. Das ältere Recht hatte sogar noch ausserdem die obrigkeitliche Bestätigung der notariellen Verträge durch Unterschrift von Beamten, oder Magistratspersonen verlangt. Dies wird in cap. 36 unseres Stadtrechts aufgehoben. Gleichzeitig wurde, dem Princip der Personalität der Rechte gemäss, den Sarazenen (Arabern), Juden und Griechen verstattet, ihre Verträge in ihrer Sprache vor eigenen Notaren abzuschliessen, ohne dass es dabei auf Beobachtung der, für die Notariatsakte der Christen vorgeschriebenen Solennitäten ankommen sollte.[2])

Messina, und die ihm folgenden Stadtrechte von Noto, Patti und Lipari [3]) verlangen zwar der Regel nach weder notarielle, noch gerichtliche [4]) Abschliessung der Verträge. Die Rechtsbeständigkeit derselben hing aber auch hier, in Ermangelung richterlicher, oder notarieller [5]) Abfassung von der Zuziehung wenigstens zweier, wenn nicht mehrerer Zeugen ab. Fragt man nach dem Ursprung dieser Formvorschriften, so möchte man zur Erklärung des Umstandes, dass gerade hierin unsere Stadtrechte so wesentlich von den Principien des älteren französischen Rechts abweichen, geneigt sein, an einen Einfluss des byzantinischen Rechts zu glauben. Im oströmischen Recht machte sich zeitweilig, namentlich im achten Jahrhundert, die, erst wieder mit der Republication des Justi-

1) C. 36. 67. i. f. „nullus contractus teneat, nisi tabellio, vel notarius publicus, et testes saltim aliqui litterati — intersint." et. cf. Const. Regn. Sic. I, 82 (II. B. IV.)

2) S. d. Einl. § 2.

3) Messina 26. „nullus privatus contractus valet aut tenet nisi ab duobus vel pluribus idoneis testibus fuerit roboratus." Noto 12. Patti 42. Lipari 24.

4) Ueber die, bei Grundstücksveräusserungen erforderliche gerichtliche Bestätigung der, von den Notaren aufzunehmenden Verkaufsinstrumente (Messina 30.) s. unten beim Kauf § 51.

5) Bei notariell geschlossenen Verträgen, oder anderen Rechtsgeschäften war es für die Gültigkeit derselben wesentlich, dass nicht nur der Tenor selbst in Gegenwart der Parteien niedergeschrieben und von ihnen unterschrieben, sondern ebenso auch die Beglaubigung durch Unterschrift von Notar und Zeugen unter Hinzufügung von Zeit und Ort (publicatio) im Beisein der dabei interessirten Personen vollzogen wurde. Messina 51.

nianeischen Rechts in den Basiliken verschwindende Neigung geltend, neben den, dort niemals aufgehobenen Stipulationen neue Formen für den Abschluss der Verträge einzuführen. Und zwar war die Bedeutung derselben die, dass ihre Beobachtung nicht nur zur Vermeidung der Nichtigkeit rathsam, sondern für die Rechtsbeständigkeit des Geschäfts durchaus nothwendig erschien.[1]) Es gehört hierher die, in der Ecloga der Isaurischen Kaiser getroffene Anordnung, dass Vergleiche stets schriftlich und vor drei Zeugen abgeschlossen werden sollen.[2]) Eine Novelle der Kaiserin Irene[3]) aber ging weiter: Es sollten alle Verträge, schriftliche sowohl, als mündliche, unter Zuziehung von 5 oder 7 Personen geschlossen werden. Für gewisse Verträge (Eheverträge, und contractus emphyteuticarius) wird ausserdem die notarielle Form erfordert. Die Notare (*ταβουλάριοι*) sollen die Urkunde schreiben, und die Zeugen sie unterschreiben.[4]) Sieht man von der grossen Anzahl der Zeugen ab, so lässt sich eine gewisse Aehnlichkeit dieser Formvorschriften mit denen des Palermitanischen[5]) und Messinesischen Rechts kaum verkennen.

Uebrigens war die Regel von der Formalität der Verträge in den sicilischen Stadtrechten nicht ohne alle Ausnahmen. Bei der Miethe und Dienstmiethe genügte unter Umständen der blosse, formlos erklärte Consens zur Entstehung der Obligation. Wenigstens folgt dies meines Erachtens aus gewissen, hierfür statuirten Beweisregeln[6]), die wir später im speciellen Theil des Obligationenrechts kennen lernen werden.

Hiervon abgesehen, konnte anscheinend eine selbst formlos übernommene Verpflichtung des Schuldners dadurch wirksam werden, dass der Gläubiger sich für die Schuld ein Faustpfand geben liess. Entstand demnächst Streit zwischen den Contrahenten über die Grösse der Schuld, so sollte, vorbehaltlich des Gegenbeweises durch Zeugen und Urkunden von Seiten des debitor, der alleinige Eid des Gläubigers über den Schuldbetrag insoweit den Ausschlag geben, als der Werth des Pfandes reichte. Nur, wenn dieser die Forderung des Gläubi-

1) Zachariä v. Lingenthal, Gesch. S. 274, 277 ff., 280, 281.
2) Ecloga tit. XV. § 1.
3) Zachariä v. Lingenthal, J. G. R. Coll I Nov. 27.
4) Zachariä v. Lingenthal, Gesch. S. 275.
5) Cf. namentlich Palermo 36 67. i. f.
6) Palermo 34. Catania tit. 37. Syracus. 24. Noto 29.

gers nicht deckte, ward andererseits der Schuldner zum Eide über den Restbetrag (residuum) verstattet, und dem Gläubiger bloss der Gegenbeweis offen gehalten. In beiden Fällen wird übrigens vorausgesetzt, dass der Schwörende eine, an sich unverdächtige Person sei.[1])

Zur Gültigkeit eines Vertrages ist, ausser der Beobachtung der für seine Eingehung vorgeschriebenen Form, weiter nichts erforderlich, als die Fähigkeit des Contrahenten, sich zu obligiren. Unfähig zum Abschluss von Verträgen sind Sklaven, Kinder, Minderjährige, und der väterlichen Gewalt unterworfene Personen.[2])

Den Frauen geht diese Fähigkeit nur dann ab, wenn sie verheirathet sind, aber auch hier allein insofern, als sie der Zustimmung ihrer Ehemänner zur Eingehung der Verpflichtung bedürfen.[3]) Mit deren Genehmigung können sie sich gültig obligiren. In gewissen singulären Ausnahmefällen wird ihnen sogar die Fähigkeit zur selbständigen Eingehung von Verpflichtungen beigelegt.[4])

Unverheiratheten Frauen, welche grossjährig sind, steht die Fähigkeit, sich zu verpflichten, in der Regel uneingeschränkt zu.[5]) Das Institut der Geschlechtsvormundschaft ist den Stadtrechten unbekannt.

Anlangend die verbindliche Kraft der in gesetzlicher Form geschlossenen Verträge, so wird diese in manchen der sicilischen Stadtrechte rechtssprichwörtlich dahin qualificirt: „omnis contractus ex conventione legem accipit."[6]) Wenngleich dieser Satz wohl zunächst nur darauf zu beziehen ist, dass der Inhalt eines dispositiven Gesetzes durch ein anderweitig gefasstes, vertragsmässiges Abkommen von den Parteien, unter Verzicht

---

1) Palermo 53. Messina 41. Patti 65. Die hier massgebende Auffassung des Beweises, und des Eides in specie, als eines Rechts, nicht als einer Pflicht, wie im R. R., ist durchaus germanisch.

2) Palermo 21. 31. Wer von einem Sklaven, einem Kinde, oder einem Haussohn eine Sache käuflich, oder sonst auf Grund eines onerosen Rechtsgeschäfts erwirbt, muss diese dem Herrn, oder Gewalthaber unentgeltlich herausgeben und verfällt ausserdem noch in eine arbiträre Geldbusse. Man vgl. hierzu Ed. Rotharis 236, 237, l. Wisigoth V, 4. 13.

3) Palermo 79. Messina 27. Catania tit. 5. Caltagirone 27.

4) S. oben im Familienrecht, S. 25. Note 4.

5) Messina 27. Patti 44. Wegen der Bürgschaften und Intercessionen s. unten § 54.

6) Palermo 67. Messina 32. Patti 60.

auf die, dem einen, oder dem anderen Theil vom Gesetz gewährten Vortheile, gültig abgeändert werden darf[1]), so lässt sich andrerseits nicht leugnen, dass der Inhalt einer Stelle im Stadtrecht von Palermo[2]) eine weitergehende Deutung erfordert. Es macht sich darin die Neigung geltend, die Bedeutung der Verbindlichkeit der Verträge für die Parteien dahin zu erweitern, dass sie selbst ein entgegenstehendes, positives und absolutes Gesetz ausser Kraft zu setzen vermögen.[3]) Dies glaubte man namentlich in dem Falle statuiren zu müssen, wenn die Contrahenten ausdrücklich darauf verzichteten, den Inhalt eines anderweitigen, ihnen günstigen Rechtssatzes auf sich und ihre Verhältnisse anwenden zu lassen.[4])

§ 47.

2) Zinsen.

Im Einklang mit den kanonischen Zins- und Wucherverboten[5]) hatte die sicilische Reichsgesetzgebung das Stipuliren von Zinsen verboten. Nachdem bereits zur Normannenzeit durch eine Verordnung König Wilhelm's II. die genaue Befolgung der päpstlichen Gesetze den Gerichten eingeschärft worden war[6]), hatte Kaiser Friedrich II. seinen christlichen Unterthanen alles Zinsennehmen durchaus untersagt und nur

1) Messina 32 „renuntiando consuetudini nobilis civitatis Messanae."

2) Man vgl. Palermo 67 „pacto scilicet, et conventione, vel expressa alterius consuetudinis renuntiatione, cum omnis contractus ex conventione legem suscipiat", und cap. 18 ibid. Wir werden auf diese beiden, anscheinend sich widersprechenden Capitel des Palermitan. Rechts noch einmal bei den Strafen zurückkommen. S. § 48. S. 159. 160.

3) Bezüglich des ähnlichen französischen Rechtssprichworts: „convenance loi vaint", vgl. Beaumanoir, Cout. de Beauvoisis 34, 2 „Toutes convenences sont à tenir, et par ce dit on: convenence loi vaint. „Assis. de Jérusalem, Cour des bourgeois ch. 103 (Beugnot II p. 75). Haute cour ch. 123. Pierre de Fontaines, Conseil ch. 15 Wr. 4—6. Warnkönig u. Stein, R. Gesch. II, S. 531—532.

4) Man s. die Worte in c. 67: oben Note 2.

5) c. 14 qu. 4. 5. X, 5. 19. in VI°, 5, 5 in Cl., 5, 5. Die Kirche berief sich, zur Begründung ihres Zinsverbotes, bekanntlich auf Stellen der heiligen Schrift. Mos. II, 22 V. 25; III, 25 V. 35—37; V, 23 V. 19. 20.

6) Const. Regni Sicil. I. (H. B. IV. p. 10.) Vgl. hierzu das. die Note 1 des Herausgebers.

den Juden gestattet, sich jährlich zehn Procent an Zinsen auszubedingen.[1]) „Niemals aber hatte das Wucherverbot volle practische Geltung gehabt, seitdem es in die Kreise der Laien hinübergetragen wurde.“ „Sobald das Städtewesen sich hob, der Handel sich neu erholte, war die absolute Zinslosigkeit nicht zu ertragen.“[2])

Diese Behauptung eines neueren, in der Wirthschafts- und Rechtslehre des Mittelalters bewährten Schriftstellers findet ihre Bestätigung in einzelnen sicilischen Statuten.

Nach den Stadtrechten von Messina und Patti kann der Schuldner die einmal von ihm gezahlten Zinsen nicht wieder zurückfordern. Ebensowenig tritt hiernach eine Abrechnung derselben auf das geschuldete Kapital, und eine Kürzung des letzteren um den Betrag der gezahlten Zinsen ein.

Zinsen, die Jemand seinem Gläubiger zu zahlen versprochen hat, vermag der letztere zwar nicht beizutreiben, vielmehr versagt das Stadtrecht der Zinsforderung die Klagbarkeit; aber selbst das ist nicht ohne Ausnahmen. Wittwen, und Pupillen können die ihnen ausbedungenen Zinsen einklagen, wofern sie sich mit einem mässigen Zinssatz begnügen.[3]) Ueber die Höhe derselben ist nichts gesagt; vielleicht war die Festsetzung dem richterlichen Ermessen überlassen, oder man wandte in diesem Falle die Vorschriften des römischen Civilrechts an und fand die Grenze der erlaubten Procente in den semisses usurae Justinian's.[4])

Wenn demnächst Papst Clemens V. (1305—1314)[5]) alle diejenigen Communen, ihre Magistrate und Richter mit der Excommunication bedroht, welche innerhalb von drei Monaten nicht die, den kanonischen Zinsverboten widersprechenden Statuten ihrer Städte wieder aufheben würden, so ist es nicht unwahrscheinlich, dass der päpstliche Gesetzgeber dabei gerade auch an das Messineser Stadtrecht gedacht und dessen Reprobation bezweckt hat. Neben der Eventualität, dass das betreffende Stadtrecht das Zinsnehmen schlechthin gestatte, wird nämlich

---

1) Const. Regni Sicil. I. 6 (Huillard Bréholles a. a. O. p. 10—11).

2) Endemann, Studien in der romanisch-kanonistischen Wirthschafts- und Rechtslehre I (Berlin 1874) S. 8.

3) Messsina 25. Patti 62.

4) l. 26. § 1. C. de usur. (4, 32).

5) C. unic. pr. de usuris Cl. (5, 5.)

in diesem Decret ausdrücklich auch die andere Möglichkeit betont und hervorgehoben [1]), dass zwar in einem Lokalrecht das Zinsversprechen als klaglos hingestellt wird, die einmal gezahlten Zinsen aber nicht wieder zurückgefordert werden dürfen. Diese Annahme gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, dass die genannte Clementina aus einer Zeit stammt, die unmittelbar auf den Freiheitskampf der Sicilianer wider die Anjous, und ihren päpstlichen Beschützer folgte. Sein glücklicher Verlauf musste es den sicilischen Städten wesentlich erleichtern, ihre Autonomie der kirchlichen Gesetzgebung gegenüber zu bewahren, beziehungsweise durch neueingeführte Satzungen sich von den Fesseln derselben mehr, oder weniger wieder zu befreien. Trotzdem wird sich das Alter des fraglichen Zinsstatuts im Messineser Recht kaum feststellen lassen. Sprechen die angeführten Thatsachen dafür, dass es erst einer verhältnissmässig späten Zeit seine Entstehung verdankt, so darf andererseits Folgendes hier nicht unerwähnt bleiben: Auch das byzantinische Recht aus der Zeit vor Abfassung der Basiliken, welche schlechthin die Justinianeische Zinsgesetzgebung wiederherstellten [2]), hatte nicht immer gestattet, Zinsen zu nehmen, oder sich auszubedingen.[3]) Unter andern Rechtsquellen des achten und neunten Jahrhunderts hatte die Epanagoge [4]) das Nehmen von Zinsen, ausgenommen bei Minderjährigen, verboten.[5])

Dieselbe Ausnahme findet sich nun, wie wir oben gesehen haben, auch im Messineser Stadtrecht. Es muss demnach dahingestellt bleiben, ob und in wie weit etwa Einflüsse

---

1) Man vgl. die Worte in der cit. Clementina: „Nos igitur, perniciosis his ausibus obviare volentes — statuimus, ut, quicunque communitatum ipsarum potestates, capitanei, rectores, consules, judices, consiliarii aut alii quivis officiales statuta hujusmodi de caetero facere, scribere vel dictare, aut quod solvantur usurae, vel quod solutae, quum repetuntur, non restituantur plene ac libere, scienter judicare praesumserint, sententiam excommunicationis incurrant." ct.

2) Basilic. XXIII, 3.

3) Ebenso, wie im Occident berief sich auch hier die kirchliche, und demnächst die weltliche Gesetzgebung zur Begründung des Zinsverbotes auf Stellen der heiligen Schrift, und der canones. Zachariä v. Lingenthal Gesch. S. 290 Not. 32.

4) XXVIII, 2 (Zachariä v. Lingenthal, Collect libr. jur. G. R.)

5) Zachariä v. Lingenthal in der Gesch. des G. R. R. S. 290, 291.

byzantinischer Rechtsbildung auf dieses Stadtrecht eingewirkt haben. Wäre dies anzunehmen, so müsste man freilich die Zinsgesetzgebung Messina's, ihrem Ursprung nach, in eine weit frühere Zeit zurückverlegen. Nur die darin statuirte Ausschliessung der Condiction von einmal gezahlten Zinsen würde dann noch auf Rechnung eines später fühlbar gewordenen wirthschaftlichen Bedürfnisses zu bringen sein.

Einen andern Entwicklungsgang nahm die Zinsgesetzgebung in Palermo. Der Inhalt des c. 37 des Stadtrechts über die Behandlung der Antichrese lässt darauf schliessen, dass man in älterer Zeit, ähnlich wie in Messina, sich über die Satzungen des kanonischen Rechts bis zu einem gewissen Grade hinwegzusetzen gewusst hatte.

Es war darnach dem Gläubiger und antichretischen Besitzer eines Hauses, oder sonstigen städtischen, oder ländlichen Grundstückes gestattet, dasselbe für sich und seine Familie als Wohnung zu gebrauchen, beziehungsweise landwirthschaftlich auszunutzen, ohne den hierdurch gehabten Gewinn bei Rückgabe der Pfandsache an den Pfandgläubiger auf das Capital abrechnen zu müssen. Nur wenn er dasselbe vermiethet, oder verpachtet hatte, war er gehalten, die bezogene Miethe, oder Pacht vom Capital in Abzug zu bringen.

Diese Bestimmung wurde jedoch durch ein Mandat König Friedrichs II. von 1320 für gänzlich aufgehoben und beseitigt, und daher der Gläubiger für verbunden erklärt, sich in jedem der genannten Fälle den aus dem Pfandbesitz gezogenen Nutzen vom Capital in Abzug bringen zu lassen. Als Motiv dieser Verordnung wird ausdrücklich die Thatsache genannt, die Rechtsverständigen der Stadt hätten das bisherige Gewohnheitsrecht dem Könige als wucherisch bezeichnet. Man darf jedoch vermuthen, dass der eigentliche Grund zu jener Anordnung der Gesetzgebung die Rücksicht auf das Kanonische Recht war. Diese aber mag hinwiederum durch den Umstand bedingt worden sein, dass die Palermitanischen Behörden nicht in demselben Masse, wie die von Messina im Stande gewesen sind, ihre Selbständigkeit der kirchlichen Gesetzgebung gegenüber zu behaupten. Hiernach wird man das im übrigen beobachtete Schweigen unseres Stadtrechts über Zinsen dahin zu deuten haben, dass man sich in Palermo officiell dem gemeinen Recht unterwarf. Letzteres war damals im Punkte der

Zinsen mit dem kanonischen identisch. Deshalb mochte es überflüssig erscheinen, darüber irgendwelche statutarische Festsetzungen zu treffen.

§ 48.

3) Strafen.

Fast alle sicilischen Stadtrechte enthalten eine Beschränkung der Klagbarkeit, beziehungsweise Gültigkeit der, in Verträgen, und den hierüber aufgenommenen Urkunden für den Fall des Vertragsbruches festgesetzten Strafen.[1])

Klagbar sollen allein solche Strafstipulationen sein, die in öffentlichen, d. h. vor Gericht, oder Notar errichteten Urkunden getroffen werden.

Hiervon abgesehen, sollte es nur noch bei Compromissen gestattet sein, sich gültig einer Strafe zu unterwerfen. Letztere konnte von dem Schiedsrichter für den Fall festgesetzt werden, dass dem Schiedsspruche von der einen, oder andern Partei nicht nachgekommen würde. Aber auch die Parteien selbst konnten bereits bei Eingehung des Schiedsvertrags sich einer Strafe unterwerfen: mit Rücksicht auf die Möglichkeit, dass der Eine, oder Andere sich hinterher dem Schiedsspruch nicht gutwillig fügen würde.[2])

Eigenthümlich ist die Behandlung der Strafen im Palermitanischen Recht. Während in c. 18 ausnahmslos alle, dem urkundlichen Vertragsinhalt zugefügten Strafclauseln für unwirksam und klaglos erklärt werden, lässt man sie in c. 67

---

1) Palermo 18. Messina 28. Noto 13. Patti 68. Syracus. 46.

2) Messina 28. 29. Noto 13. Patti 68. Später erklärte die Processordnung König Alphons V v. 1446 (Ritus magnae Regiae curiae) cap. Alphons. 144 (Cap. Regn. Sic. I, p. 258) die Hinzufügung von Strafclauseln, mit Ausnahme der, bei schiedsrichterlichen Compromissen stipulirten Strafen, für durchaus ungültig und unwirksam. Selbst ein eidlicher Verzicht auf die Anwendung der, jene Strafclauseln ausschliessenden Vorschriften des allgemeinen Landesrechts, und der jetzt vom Könige erlassenen Processordnung insbesondere soll nicht mehr im Stande sein, derartigen Strafstipulationen Kraft und Wirksamkeit zu geben. Es heisst dort ausdrücklich: „Item, quod poena adjecta in contractu alio, quam in contractu compromissi non exigatur, etiam si sit renunciatum cum juramento generali consuetudini Regni — ac etiam si sit huic ordinationi renunciatum: cum eadem facilitate, qua inducuntur ad contrahendum, inducuntur ad poenarum promissiones, et renunciationes."

anscheinend unbeschränkt zu und macht sie zum Gegenstand der richterlichen Cognition, und der Zwangsvollstreckung. Sieht man indessen den Inhalt der letztgenannten Stelle näher an, so findet man, dass sich derselbe auf folgenden speciellen Fall bezieht: In der, ein Anerkenntniss enthaltenden Urkunde bekennt Jemand seinem Gläubiger aus einem früheren, anderweitig bereits abgeschlossenen Vertrage, oder aus einem quasicontractlichen Verhältnisse, beziehungsweise aus einem Delict, oder Quasidelict, eine bestimmte Summe, oder etwas anderes geworden zu sein. Wenn er sich hier für den Fall der nicht rechtzeitigen Zahlung, oder Erfüllung innerhalb einer bestimmten Frist einer Strafe unterwirft, so soll diese, neben und ausser der Schuld selbst, eingeklagt und beigetrieben werden können. Denn derartigen Abreden wird, wie es im ferneren Texte heisst, die Kraft und Wirkung eines Gesetzes beigelegt. Es soll ihnen daher auch der Inhalt eines andern, positiven Rechtssatzes (alterius consuetudinis) nicht entgegenstehen zumal, wenn auf dessen Anwendung seitens des Schuldners ausdrücklich verzichtet ward.[1]) Die Natur und rechtliche Bedeutung der gedachten Strafclauseln kann im Allgemeinen keinem Zweifel unterliegen. Es sind damit offenbar Conventionalstrafen gemeint.[2]) Ihre Erschwerung und Einschränkung in unserem Stadtrechte mag ähnlichen Erwägungen ihren Ursprung verdanken, wie die Klaglosstellung der Zinsversprechen. Man wollte die Schuldner vermuthlich vor Härten schützen, die mit der Beitreibung allzu hoher Strafen von Seiten der Gläubiger verbunden waren.[3]) Eine weitergehende Bedeutung wird man jenen Straffestsetzungen allein noch in dem Rechte von Syrakus zuzuschreiben haben. Seine einschlagenden Bestimmungen sind so generell[4]) gefasst, dass sie, neben den Conventionalstrafen im eigentlichen Sinne, auch solche Strafen umfassen, welche nicht bloss die vertragswidrigen Handlungen der Contrahenten, oder deren Erben, sondern ebenso auch jeden Dritten zu treffen bestimmt erscheinen, der es wagen

1) S. oben 154. 155.

2) Vgl. Palermo 18. 67.

3) Vgl. die Worte in Syracus. 46 „immoderatam impositionem poenarum."

4) cf. die Worte „in eorum controversiis" und „a quibuscunque personis.

sollte, in die, aus dem Vertrag für den einen, oder anderen Theil der Paciscenten erworbenen Rechte rechtswidrig einzugreifen.

Wie Löning[1]) nachgewiesen hat, kommen derartige Strafclauseln in den Formeln, und Urkunden der germanischen Völker des früheren Mittelalters vielfach vor. Freilich wohnte ihnen an und für sich declaratorische, nicht constitutive Bedeutung bei. Sie bedrohten im Grunde nur solche Eingriffe dritter Personen in die, durch die Contrahenten geschaffenen Rechtsverhältnisse mit Strafe, die ohnehin vom Landrecht als rechtswidrig gekennzeichnet, und für strafbar erklärt waren.[2]) Immerhin aber muss die Machtbefugniss, welche sich Private beilegten, neben der Begründung subjectiver Rechte zugleich Anordnungen zu treffen, an welche auch Dritte, an sich Unbetheiligte gebunden sein sollten, als eine exorbitante bezeichnet werden. Ihre Erklärung findet sie unseres Erachtens in einer noch unvollkommenen Rechtsauffassung, welche die Begriffe des subjectiven und objectiven Rechts, die Befugnisse der Privaten, und der Staatsgewalt noch nicht gehörig zu sondern gelernt hatte.

Es darf daher nicht Wunder nehmen, wenn, mit Erstarkung des öffentlichen Rechtsbewusstseins, und der Machtvollkommenheit der Magistrate in den Städten, die statutarische Gesetzgebung der letzteren hiergegen reagirte. Hierauf werden wir den Inhalt des Syrakusaner Rechts in dessen c. 46 zu beziehen haben. Demzufolge werden derartige Strafclauseln regelmässig nur noch in dem Falle zugelassen und für wirksam und gültig erklärt, wenn sie in öffentlich, d. h. gewissermassen unter obrigkeitlicher Aufsicht abgefassten Vertragsinstrumenten Aufnahme finden. Im übrigen wird die Androhung von Strafen lediglich als eine Sache der, mit öffentlicher Autorität ausgestatteten Officialen hingestellt. Daneben soll ausnahmsweise auf bloss private, und nicht in öffentlichen Instrumenten festgesetzte

---

1) Richard Löning, Ueber Ursprung, und rechtliche Bedeutung der in den altdeutschen Urkunden enthaltenen Strafclauseln S. 6 S. 13 ff. S. 19 ff. (Strassburg, 1875) (Auch als Anhang zu dem grösseren Werke des Verfassers: Der Vertragsbruch, Strassburg, 1876.) Man vgl. beispielsweise Form. nr. 271 bei E. de Rozière, Recueil général des formul. usitées dans l'empire des Francs (auch bei Merkel in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. 1 nr. 10) und Marculf Form. App. nr. 14.

2) Löning a. a. O. S. 70. 71.

Strafen Seitens der richterlichen Behörden, nach vorgängiger Anzeige, allein noch in dem Falle Rücksicht genommen werden, wenn die, in Privatcontracten enthaltene Strafandrohung Realinjurien vorzubeugen bestimmt war, und der Contravenient sich der dadurch verbotenen, oder einer ähnlichen verbrecherischen Handlungsweise schuldig gemacht hat.

§ 49.

4) Cession.

Nach dem Rechte des Mittelalters war die Uebertragung von Forderungsrechten im Wege der Cession nicht immer ohne Weiteres zulässig, gleichviel, ob man bloss die Geltendmachung, oder die Obligation selbst zu übertragen beabsichtigte.[1])

Beschränkungen der Cession treffen wir ebenfalls in einigen unserer Stadtrechte an. Ein Zusammenhang der einschlagenden Vorschriften derselben mit den in germanischen Rechtsquellen vorkommenden dürfte sich indessen schwerlich nachweisen lassen. Vielmehr scheint an dieser Stelle die, lediglich lokalen Bedürfnissen entsprungene Weiterbildung, und theilweise Ausdehnung der römischen Grundsätze über das Verbot der Cession in Streit befangener Sachen, oder Rechte[2]), sowie über die Unzulässigkeit der Abtretung von Forderungen an einen Mächtigeren (potentior)[3]) die Aufstellung der betreffenden Statuten veranlasst zu haben.

Als Motiv der einzuführenden Cessionsbeschränkungen nennen die Stadtrechte von Syrakus (32) und Noto (40) ausdrücklich gewisse Missbräuche, die Seitens mancher der Cedenten mit simulirten, und zweifelhaften Ansprüchen, betrieben wurden. Während diese selbst gerechte Scheu tragen mochten, derartige dubiöse, und fingirte Forderungen vor Gericht geltend zu machen, benutzten sie das Mittel der Cession und traten sie, zum Behufe ungerechtfertigter, leichterer Beitreibung, an eine mächtige Person, oder überhaupt an irgend einen Dritten ab. Im Rechte von Noto (40) wird nun nicht bloss die Abtretung simulirter.

---

1) Brunner in Goldschmidt's Zeitschrift f. Handelsrecht XXII, S. 518 ff. 522 ff. vgl. auch S. 68 nr. 1, S. 92. XXIII S. 234 ff, Stobbe, Handb. d. d. Privatr. III, S. 176. 177. Von speciell deutschen Rechtsquellen sind hier beispielsweise: Kl. Kaiserr. II, 38. Wiener Stadtr. (Schuster) art. 19. zu nennen. 2) 1. 4. C. de litig. (8, 37). 3) 12 C. ne liceat potent. (2, 14) vgl. c. 2 X de al. jud. mut. (1, 42).

dem Cedenten in Wahrheit gar nicht zustehender Rechte, und ebenmässig auch die Cession rechtsbegründeter Forderungen an eine persona potentior seu privilegiata schlechterdings verboten, und für wirkungslos erklärt; es werden hier, sowie in Catania und Syrakus[1]) zugleich die an sich zulässigen Cessionen nach zwei Seiten hin beschränkt und erschwert. Bei Processen zwischen dem Cessionar und dem debitor cessus soll der Cedent über Existenz, und Inhalt der abgetretenen Forderung nicht zum Zeugniss zugelassen werden. Ja, in Catania (58) wird derselbe sogar, ungeachtet der durch ihn erfolgten Rechtsabtretung an den Cessionar, nach wie vor als eine, beim Process mitbetheiligte Partei angesehen. Als solche musste er sich auf alle interrogationes in jure, und Einwendungen des Schuldners bezüglich der abgetretenen Forderung einlassen.

Ferner aber durfte der Cedent das abgetretene Recht nicht vor Ablauf von Jahresfrist, vom Tage der Cession an gerechnet, wider den Schuldner geltend machen. Auch sollte derselbe, wie wenigstens das Catanische Recht ausdrücklich vorschreibt, sowohl klage-, wie einredeweise (also auch replicando) dieses immer nur in demselben Umfange ausüben, wie es dem Cedenten zugestanden hatte, und deshalb auch aus eigener Person keine weitergehenden Rechtswohlthaten für sich in Anspruch nehmen.[2])

Von der zeitweiligen Beschränkung der Ausübung der Cession innerhalb des nächsten Jahres wurden in Noto (40) allein solche Forderungen befreit, die ein Bürge nach Befriedigung des Gläubigers sich von diesem hatte cediren lassen und nunmehr im Regresswege wider den Prinzipalschuldner geltend machte.

---

1) Catania 58. Syracus. 32.

2) In wie weit eine, an sich privilegirte Person in der Stellung als Cessionar nach R. R. sich bei Geltendmachung der fremden Forderung der Privilegien bedienen durfte, ist bekanntlich äusserst bestritten. Die römischen Rechtsquellen beantworten nicht ausdrücklich diese Frage. Unser Stadtrecht folgt hier anscheinend der, noch gegenwärtig unter den Romanisten herrschenden Meinung. Ihr zufolge darf, weil die Forderung selbst auf den Erwerber nicht übergeht, der Cessionar die ihm persönlich zustehenden Rechtswohlthaten nicht, oder doch nur insoweit ausüben, als ihre Anwendung die Forderung an und für sich nicht modificirt. Mühlenbruch Pand. § 58. Vangerow Pand. III S. 132. Puchta, Pand. § 284 a. Vorles. II S. 133. 134. A. M. Windscheid Pand. § 332 a. Not. 12.

III. Capitel.

Die einzelnen Obligationen.

I. Aus Verträgen.

§ 50.

1) Das Darlehn. (Spielschuld.)

Des Darlehns geschieht in unseren Stadtrechten nur in Verbindung mit dem Spiel, und zwar mit dem unerlaubten Erwähnung.

Ebenso wie an andern Orten Italiens, wo sich bereits im dreizehnten Jahrhundert Spielverbote nachweisen lassen [1]), war auch in den sicilischen Städten das Würfel und Hazardspiel im Mittelalter verpönt.

Im Anschluss an eine Constitution Kaiser Friedrich II wurden in Palermo (72) gewerbsmässige Würfelspieler mit Infamie bedroht.

Aber auch schon das nicht gewerbsmässige Spielen, soweit es sich dabei um Würfel- und Hazardspiel handelte, sollte verboten und strafbar sein und mit einer höheren, oder geringeren Geldbusse geahndet werden, je nachdem, ob um Geld, oder um Wein gespielt worden war.[3])

Im Zusammenhang mit diesen, an sich strafrechtlichen Verordnungen stehen die Bestimmungen über das Darlehn von Geld zum Zweck des Spiels.

Das römische Recht verbietet bekanntlich und bedroht

---

1) So in Bologna und Padua. Aehnliche, ziemlich frühe Beispiele lassen sich für Mailand, Monza, Mantua, Bergamo, Verona nachweisen. Hüllmann, Städtewesen im Mittelalter. IV S. 247 ff. S. 249—250.

2) Const. Regni Sic. III, 90 (H. B. IV, p. 174. 175) „statuimus eos qui ad datios sic ex quadam consuetudine ludunt et in ludo ipso continue conversantur, ut nulli alii vacent officio de quo vivant — inter infames haberi, ita ut nec ad testimonium nec ad officium aliquod publicum admittantur. Vgl. auch Bans et ordonnances des rois de Chypre (1286—1362) IV (Assis. de Jérus. Beugnot II p. 359).

3) Palermo 72. Aus der späteren Arragonesischen Zeit sind hier die cap. 77—81 Friderici II (III) (Cap. Regni Sic. I p. 83—86) zu vergleichen. Es werden darin die Spielverbote des röm. Rechts zur strengen Befolgung eingeschärft. C. 78 ist nichts, als eine, mit Benutzung der Accursischen Glosse (cf. Testa, Cap. Regni Sic. I, pag. 84 Note c.) gefertigte lateinische Uebersetzung der griechischen Constitution Justinian's l. 1 C. de aleatorib. 3, 43. S. oben in der Einleit. zu dies. Ausg. § 2.

mit Strafe alle Spiele: mit Ausnahme gewisser, zum Zwecke körperlicher Uebung vorgenommenen Spiele, sowie des Spielens im häuslichen Kreise um das, was beim geselligen Mahl gegessen und getrunken wird. Es erklärt überdem] die Spielverträge in den Fällen des unerlaubten Spiels für nichtig[1]). Dagegen enthält es keine ausdrückliche Vorschrift darüber, dass das zum Zweck eines verbotenen Spiels gegebene Darlehn nicht zurückgefordert werden könne.

Der von vielen Seiten unternommene Versuch, die dahingehende Folgerung aus einzelnen Stellen des Corpus juris[2]) abzuleiten, erscheint nicht unbedenklich.[3]) Ihre unbeschränkte Gültigkeit ist kaum jemals anerkannt gewesen. Hat doch bereits Azo[4]) sie auf den Fall einschränken wollen, wo der Darlehnsgeber selbst am Spiel Theil nimmt, während ein unbetheiligter Dritter auch zu Spielzwecken gültig darleihen könne.

Man wird daher wohl nicht umhin können, hier eine selbständige Rechtsbildung des mittelalterlichen, speziell des italienischen Rechts[5]) anzunehmen, wenn in den sicilischen Stadtrechten, conform mit andern italienischen Statuten die Rückforderung des zum Zweck eines Würfel- oder Hazardspiels gegebenen Darlehns ausgeschlossen wird: ohne Unterschied, ob der Darlehnsgeber einer der Mitspieler, oder ein Dritter ist.[6])

---

1) l. 2 § 1 l. 3. 4. D. de aleat (11, 5) l. 1—3 C. de aleator (3, 43.) Glück Pand. XI, S. 326. 327. Windscheid, Pand. § 419 § 420.

2) Man stützt ihn auf l. 12 § 11 D. mad. (17, 1.) l. 2 § 1 D. quar rer. non dat. act. (44, 5.) Mühlenbruch, Pand. § 426 not. 4. Keller, Pand. § 229 I, S. 505. Wilda, Zeitschrift für d. R. II, S. 190.

3) S. dagegen Windscheid, Pand. § 420 Note 7.

4) Summa in C. de aleat. (3, 43.)

5) Die deutschen Statuten sind aus späterer Zeit und scheinen erst nach dem Vorbilde der italienischen ihre Verbote der Spieldarlehne aufgestellt zu haben. Man vgl. z. B. Statut. v. Frankfurt a. M. v. 1352 c. 63 § 2, Würtemberg. Landesordn. v. 1495 (erneuert und gedruckt 1585) S. CCX. S. im übrigen Wilda, Zeitschrift f. deutsch. R. II, S. 191. Stobbe, Handb. des d. R. III, S. 339 § 194 Note 27. Bezüglich des verhältnissmässig hohen Alters der italienischen Spielverbote vgl. Hüllmann, Gesch. des Städtew. IV, S. 249. 250, dessen Untersuchung sich auf die Statuten von Bologna und Verona stützt.

6) Unsere Stadtrechte können daher mit zur Widerlegung der gegentheiligen, von Windscheid, Pand. § 418 Note 7, § 420 Note 7 aufgestellten Ansicht dienen: es sei unter Spielen auf Borg in den mittelalterlichen R. Qu. einzig und allein ein solches Spiel zu verstehen, bei welchem dem-

Eine Einwirkung römischer Rechtsgrundsätze lässt sich nur insoweit zugestehen, als man die Gesichtspunkte der condictio ob turpem causam auf das zum Spielen gegebene Darlehn anwandte. War hiernach auf beiden Seiten beim Geber, und beim Empfänger des Darlehns die gleiche turpitudo anzunehmen[1]), so konnte der Satz: melior est conditio possidentis[2]), zu Gunsten des letzteren Platz greifen und damit war der Ausschluss der condictio mutui motivirt.

Vor dem Verluste des Darlehns, welcher mit der Versagung der Rückforderung verbunden war, konnte sich der Gläubiger nur dadurch schützen, dass er sich vom Spieler ein Faustpfand geben liess. Selbst dann aber hing nach Palermitanischem Recht die Gültigkeit dieser nur naturalen Obligation davon ab, dass die dargeliehene Summe den geringen Betrag von zwei Tarenen nicht überstieg.

Nur als eine, der Ausschliessung des Rückforderungsrechts auf Seiten des Darlehnsgebers analoge Erscheinung ist es anzusehen, wenn mehrere unserer Stadtrechte andererseits demjenigen die Klage versagen[3]), der sich von einem andern hat versprechen lassen, ihm zu Spielzwecken Geld darzuleihen, den Betrag des Darlehns aber nicht ausgehändigt bekommen hat.

§ 51.

2) Der Kauf.

Das Institut der gerichtlichen Auflassung, als Form der Eigenthumsübertragung von Liegenschaften, ist unseren Stadtrechten unbekannt.

Statt derselben[4]) fordert das Stadtrecht von Messina (30. 51) die gerichtliche Vollziehung aller über den Verkauf

jenigen, der vor Beginn des Spiels erklärt, kein Geld zu haben, vom Mitspieler das zu Verlierende im voraus creditirt wird. S. dagegen Stobbe, Handb. d. d. R. III, § 194 Note 27.

1) l. 3. 4 D. de cond. ob turp. caus. (12, 5).

2) Palermo 72. Messina 34. Syracus. 39.

3) Palermo 72. Messina 34. Noto 28. Patti 63.

4) Auch in einzelnen deutschen Particularrechten begegnet man bekanntlich in späterer Zeit, seit der Reception des R. R., einer Abschwächung und Umwandlung der Form der Eigenthumsübertragung von Grundstücken durch Auflassung dahin, dass statt derselben der gerichtliche Abschluss des obligatorischen Kaufgeschäfts, als Erforderniss der Gültigkeit des Rechtsgeschäftes trat. S. darüber Beseler, d. Priv. R. I, § 90 Note 17.

von Grundstücken abgeschlossenen Verträge. Zu dem Behufe sollen die, von den Notaren entworfenen Verkaufsinstrumente, deren Inhalt von diesen öffentlich bekannt zu geben ist, unter genauer Bezeichnung des zu verkaufenden Gegenstandes, bei Gericht (curia) eingereicht und hier von den Contrahenten, den Richtern, und dem Stratigoten zusammen unterschrieben werden. Einzig und allein der in dieser Weise zu Stande gebrachte Verkauf von Grundstücken ist gültig und kann in der Folge weder von dem Verkäufer, noch von seinen Erben angefochten, und rückgängig gemacht werden.

In andern Städten, z. B. in Catania, war die Beobachtung der notariellen Form bei Grundstücksverkäufen üblich[1]); es erhellt jedoch nicht, ob dieselbe etwa auch nothwendig, und die Gültigkeit anderweitig abgeschlossener Verträge ausgeschlossen war.

Im Übrigen bildet der Kaufvertrag in den sicilischen Stadtrechten nur insoweit den Gegenstand statutarischer Festsetzung, als es sich um die Haftung für heimliche Mängel beim Verkauf von Hausthieren und Sklaven handelt.

Aehnlich wie dies in germanischen, deutschen[2]), sowie französischen Rechtsquellen[3]) älterer, wie späterer Zeit geschieht, wird in Palermo und Caltagirone[4]) die gemeinrechtliche Frist zur Geltendmachung der actio redhibitoria erheblich verkürzt. Sie beträgt in Palermo beim Handel mit Hausthieren jeder Art 40 Tage, vom Tage des Verkaufs, und der erfolgten Uebergabe des verkauften Thieres an gerechnet; in Caltagirone bei Hausthieren sogar bloss 15 Tage, und nur bei Sklaven und Sklavinnen 1 Monat.

Der Minderungsklage (actio aestimatoria) geschieht in den angeführten Stadtrechten keine Erwähnung. Da sie dem älteren Recht unbekannt war[5]), muss dahingestellt bleiben, ob

---

1) Catania tit. 53.

2) l. Bajuvarior. 15, 9 (innerhalb 3 Tagen). Angelsächs. Gesetz K. Ine's 86 (Schmid, Angels. Ges. [2], S. 48 (30 Nächte). Frankfurter Reformation II, § 9, 6, bis 1 Monat, oder 4 Wochen. S. im Uebrigen Kraut, Grundriss § 129. Stobbe, Handb. III, S. 248 Note 7.

3) Cout. v. Gorze VII, 17. Bassigny 91. Sens 160. Bourbonnais 87 (9 Tage). Warnkönig und Stein, R. Gesch. II, S. 566.

4) Palermo 74. Caltagirone 44.

5) Stobbe a. a. O. S. 247.

unsere Stadtrechte hierüber absichtlich schweigen, oder ob an dieser Stelle die Grundsätze des R. R., als subsidiärer Rechtsquellen zur Anwendung kamen. Letzteres ist wohl um deshalb anzunehmen, weil das Palermitanische Tochterrecht, von Corleone c. 26, dessen Redaction freilich erst in das 15. Jahrhundert fällt, neben der act. redhibitoria, ausdrücklich auch die act. quanti minoris, als ein an sich zulässiges Rechtsmittel nennt und nur seine Ausübung der gleichen Beschränkung von 40 Tagen unterwirft.

In späterer Zeit scheint man geneigt gewesen zu sein, beim Viehhandel auf offenem Markt überhaupt jede Verpflichtung des Verkäufers zur Gewährleistung auszuschliessen.[1])

Wenigstens gehört eine derartige Verordnung dem letztgedachten Rechte von Corleone an.[2])

§ 52.

3) Miethe, Pacht, und analoge Rechtsverhältnisse.

Mit dem technischen Ausdruck locatio conductio, soweit darunter die Sachmiethe im weiteren Sinne zu verstehen, wird in den sicilischen Stadtrechten bezeichnet: die Miethe von Häusern, oder andern Baulichkeiten, bei deren Überlassung an die Miether es sich lediglich um Detention, nicht zugleich um Nutzung handelt.[3]) Die Pacht, oder die zeitweise Überlassung fruchttragender Grundstücke heisst dagegen gabella (cabella)[4]), sofern man dabei an die Pacht im gewöhnlichen Sinne denkt, bei welcher der Pächter sich zur Zahlung eines bestimmten, in Gelde bestehenden Pachtzinses, verpflichtet.[5])

---

1) Derselben Bestimmung begegnet man in späteren deutschen Particularrechten. Vgl. Hamb. Stadtr. (1603) II, 8, 17.

2) c. 26. — „tamen si venditio ipsorum animalium facta fuerit ad modum nundinarum, quod vulgariter dicitur a modu di fera, nec infra quadraginta dies nec post possit emptor ipsis actionibus uti."

3) Palermo 54. Messina 33. Catania tit. 29. Syracus. 25. Noto 26. Caltagirone 37. Patti 61. Girgenti 18.

4) Palermo 55. Messina 32. Catania tit. 34. Noto 25. Patti 60. Dieses Wort bedeutet ursprünglich Abgabe, Steuer cf. Du Cange hoc verbo. Siehe auch Stadtr. v. Corleone c. 7.

5) Noch heute wird auf Sicilien die pachtweise Ueberlassung eines fruchtbringenden Grundstückes an einen Andern gegen einen in Geld bemessenen Pachtzins gabella, und der Pächter gabelloto (gabellotus) ge-

Daneben kommt aber noch eine andere Art von Pachtungen vor: das terragium oder terraticum.[1]) Dasselbe unterscheidet sich ausser durch andere, weiterhin zu erörternde Kriterien dadurch von der gabella, dass der Pachtzins regelmässig nur in der Abgabe einer bestimmten Quote des Ernteertrages in natura besteht.

Fassen wir zunächst kurz die, in unseren Stadtrechten enthaltenen wenigen, allgemeinen, der Miethe, wie der Pacht gemeinsamen Regeln zusammen, und gehen sodann über zu den besonderen Bestimmungen, die sich über die drei angegebenen Arten der locatio conductio verzeichnet finden. Auf germanischer Rechtsanschauung[2]) beruht die, dem Vermiether, oder Verpächter eingeräumte Befugniss, bei desfallsigem Rechtsstreit mit dem Miether, oder Pächter durch eidliche Erhärtung seinerseits sowohl die Thatsache der nicht erfolgten Zahlung des Mieths- oder Pachtzinses zu beweisen, als auch den verabredeten Betrag desselben entweder schlechthin, oder doch bis auf Höhe einer bestimmten Summe darzuthun.[3])

Ihre Erklärung findet diese exorbitante und bevorzugte Stellung des Vermiethers dem Miether gegenüber in der, dem mittelalterlich germanischen Recht eigenthümlichen, den Regeln des Römischen, wie des modernen Privatrechts entgegengesetzten Behandlung des Beweises, besonders des Eides, als eines Beweisrechtes[4]), nicht als einer Beweislast. Ferner aber kommt hinzu die, gleichfalls im germanischen Recht hervortretende Neigung, dem Vermiether, oder Verpächter, in seiner

nannt. S. Sidney Sonnino: I contadini in Sicilia, (Firenze 1877.) S. 28: „Dare una proprietà a fitto in denaro, si dice in Sicilia darla a gabella, e gabelloto si chiama l'affittuario."

1) Palermo 83 (84). Catania 34. 35. Sidney Sonnino a. a. O. p. 34. 35. 36. 71. In unsern Quellen a. a. O. bezeichnet terragium eigentlich nur die Naturalabgabe, welche der Pächter leisten muss. Nach dem Vorgange Sonnino's gebrauchen wir in der Folge, der Kürze halber, den Ausdruck auch zur Bezeichnung des Rechtsverhältnisses, aus dem jene Verpflichtung zur Leistung dieser Naturalabgabe hervorgeht.

2) Von deutschen R. Quellen vgl. man beispielsweise R. B. nach Distinctionen (Otloff) II, 4, 3. Eisenacher R. B. III, 29. Hamb. St. R. 1270 VI, 1", 1292, c. XVII, 1497 G. XV (Lappenberg).

3) Palermo 34. Catania tit. 37.

4) Walter, R. Gesch. § 656. 658 II, S. 321—22. S. 324—25, von Bethmann-Hollweg, Civilprozess V (Bd. II des germ.-romanischen C. Pr.) § 84 S. 125—126, S. 134—135.

Eigenschaft als Haus- oder Grundherr der Person des Miethers oder Pächters gegenüber eine dominirende Stellung zuzuschreiben. Demzufolge wird letzterer gewissermassen als Hintersasse und Untergebener des ersteren gedacht.[1]) In engem Zusammenhange mit der erwähnten, zu Gunsten des Vermiethers erfolgten Regelung des Beweises bezüglich des Mieths- oder Pachtzinses steht das Pfändungsrecht desselben. Es wird ihm in unseren Stadtrechten an den Sachen des Miethers mit der Massgabe beigelegt, dass er diese, bei nicht erfolgter Zahlung des Miethszinses, selbständig, ohne richterliche Autorisation, zur Sicherung seiner Forderung auf Zahlung der Miethe in Besitz nehmen darf.[2])

Wie dies auch in französischen[3]) Rechtsquellen geschieht, suchte man diese Befugniss, deren Ursprung zweifellos im germanischen Recht beruht[4]), durch Berufung auf das gesetzliche Pfandrecht zu stützen, welches die römischen Juristen dem Vermiether an den invecta et illata des Miethers beilegen.[5])

Die, ohnehin schon bevorzugte Stellung des Vermiethers tritt nun auch darin hervor, dass er bei Ausübung des Rechts zur selbständigen Pfändung des Miethers in mehrfacher Hinsicht geschützt und begünstigt erscheint. So soll in Palermo (34) der Geltendmachung desselben nicht im Wege stehen, dass der Miether sich auf eine defensa beruft. Es ist dies eine, dem mittelalterlichen Rechte Neapels, und Siciliens eigenthümliche Art von Inhibitorium, dessen man sich zum

---

1) Vgl. R. B. nach Distinct. II, 4. 1. 2. 3. Eisenacher R. B. III, 28. Wiener Stadtr. art. 38. Grimm R. A. S. 318. 319. Philipps, Grunds. des D. Privatr. I, S. 533.

2) Messina 33. Palermo 34. Corleone 17. 23. Catania tit. 31. 36. Syracus. 26. Noto 27. Caltagirone 39. Patti 5. Lipari 6.

3) Warnkönig und Stein. R. Gesch. II, S. 579. 580.

4) Man vgl. beispielsweise R. B. nach Distinction. II, 4. 1. Hamb. St. R. 1270. I. 9. 1292. C. II 1497 G. XIV. Von älteren französischen Rechtsquellen sind zu vgl. Beaumanoir, Cout. de Beauvoisis. XXXIV, 16. XXXVIII, 9. Assis. de Jérusalem, B. C. c. 96 (Beugnot II, S. 72). Abrégé I, ch. 62.

5) l. 2—4. 6. 7. § 1. D. in quib. caus. pign. contr. (20, 2). l. 32 D. de pign. (20. 1.) Palermo 34.

Schutze der Person und des Vermögens gegen irgendwelche Gewaltthaten, und Akte der Selbsthülfe bediente.[1])

Noto (27) verbindet damit die Befugniss, die abgepfändeten Sachen des Miethers aussergerichtlich zu verkaufen. Der Vermiether sollte hierzu schon dann schreiten dürfen, wenn er innerhalb von acht Tagen nach erfolgter Abpfändung wegen des Mieths-, oder Pachtzinses nicht befriedigt ist, und nur gehalten sein, den Verkauf im Wege der Versteigerung (subhastione praemissa) zu bewirken.

Endlich sei hier noch des Concursprivilegs Erwähnung gethan, welches in Catania (tit. 36), zwar nicht allgemein, wohl aber in dem speciellen Falle, noch neben dessen Selbstpfändungsrecht, dem locator zugebilligt wird, wenn eine Pacht in der Form des terraticum vorliegt. Der Verpächter soll demgemäss mit seinen Ansprüchen auf Befriedigung seiner Forderung aus der, vom Pächter gezogenen Ernte allen früheren Gläubigern des letzteren vorgehen.

Wir wenden uns jetzt:

a) Der Miethe insbesondere zu.

Im Einklang mit den Vorschriften des römischen Rechts ist die Unwiderruflichkeit des Miethsvertrages als Regel anerkannt.[2]) Wofern sich der Miether nicht etwa des Missbrauchs der vermietheten Sache[3]) schuldig macht, darf er durch den

---

1) Wir werden hierauf im Processrechte zurückkommen, s. unten § 87. Einstweilen vgl. Const. Regni Sic. I, 16. 17—18. 19. (H. B. IV) mit Palermo c. 17. Catania tit. 31. sucht die ungehinderte Ausübung der Pfändung dadurch zu schützen, dass es den etwaigen Widerstand des Miethers, um diese zu verhindern, mit Busse bedroht und zugleich dem Vermiether zum Beweise dieser Thatsache den Eid giebt.

2) Palermo 54. Messina 33. Catania tit. 29. 30. Syracus. 25. Noto 26. Caltagirone 37. Patti 61. Girgenti 18.

3) Palermo 54, vgl. l. 3 C. loc. (4, 65). Für eine sittenpolizeiliche, nicht im Privat-, sondern im öffentlichen Recht begründete Verordnung, muss die in Caltagirone 40. getroffene Bestimmung erachtet werden, dass, wenn in einem Miethshause liederliche Weibsbilder, oder übel beleumundete männliche Personen sich eingemiethet haben, die Bewohner der Nachbarhäuser berechtigt sein sollen, jene Miether selbst gegen den Willen des Vermiethers auszutreiben; vorbehaltlich ihrer Verpflichtung, dem Hauswirth den ihm daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Vermiether vor Ablauf der Miethszeit nicht willkürlich ausgetrieben werden. Geschieht dies etwa dennoch, so zieht die willkürliche Handlungsweise des Vermiethers für diesen die Verbindlichkeit nach sich, den Miether voll und ganz zu entschädigen. Nach dem Recht von Palermo (54) soll der Vermiether gehalten sein, dem Miether allen Gewinn zu überlassen, den er seit dessen Austreibung aus dem gehabten Gebrauch der Miethssache seiner Seits gezogen hat.

In Caltagirone (37), und Girgenti (18) wurde das, im letzteren Falle dem Miether zu ersetzende Interesse in der Weise bemessen, dass Vermiether ihm so viel in Gelde ersetzen muss, wie er von jenem an Miethe gezahlt erhalten hat. Hinwiederum bleibt der Miether [1]), welcher vor beendigter Miethszeit ohne gesetzlichen Grund das gemiethete Haus, oder eine sonstige Lokalität verlässt und seine Detention aufgiebt, zur Zahlung der vollen Miethe auch für den Rest der Miethszeit dem Vermiether verhaftet. Nicht minder bleiben, bei seinem Tode, auch seine Erben an den Miethsvertrag gebunden und sind zur Zahlung der Miethe für die Dauer der stipulirten Miethszeit verpflichtet.[2]) Die Aftervermiethung ist dem Miether, den gemeinrechtlichen Grundsätzen [3]) entsprechend gestaltet. Er darf jedoch diese nicht heimlich, ohne Wissen seines Vermiethers vornehmen, andernfalls haftet er diesem für die volle Miethe der ganzen stipulirten Miethszeit. Stellt er andererseits dem Vermiether, indem er ihm Kenntniss giebt von seiner Absicht die Detention der Miethsache aufzugeben, eine geeignete Person, die in den Miethsvertrag statt seiner eintreten will, so muss dieser sich darüber erklären, ob er dem zustimmen und den Dritten als Miether anerkennen will, oder nicht. Bei grundloser Versagung der Genehmigung zur Aftervermiethung verliert der locator gegen den bisherigen Miether jeden Anspruch auf fernere Miethszahlung. Er kann bloss die, bis dahin fällig gewordene Miethe verlangen. Dem Recht von Caltagirone (38) ist die Bestimmung eigenthümlich, dass der Ver-

---

1) Palermo 54. Catania tit. 30 c. 1. Syracus. 25. Noto 26. Caltagirone 37.

2) Palermo 54. Vgl. l. 10 C loc. (4, 65) § 6. J. loc. (3, 25).

3) Caltagirone 38. Syracus. 25. Catania tit. 30 cons. 1 vgl. l. 6. C. loc. (4, 65).

miether befähigt ist, in den Contract einzutreten, den der Aftermiether mit dem ersten Miether eingehen will.[1])

Auf der, im allgemeinen anerkannten Unwiderruflichkeit des Miethsvertrages beruhen endlich auch gewisse Bestimmungen über die relocatio in einzelnen unserer Stadtrechte. So soll nach Catanischem Rechte (tit. 30, cons. 3) bei monatsweise vermietheten Häusern, oder Speichern die Miethe von selbst als auf einen weiteren Monat verlängert gelten, wenn nicht innerhalb des letzten Monats die Aufkündigung der Miethe erfolgt. In ähnlicher Weise fand in Syrakus (25) bei Speichermiethen relocatio statt, wenn nicht innerhalb der ersten acht Tage eines jeden Monats der Miether auf die fernere Benutzung des gemietheten Raumes verzichtete. Von dieser, die Unwiderruflichkeit des Miethsvertrags im Allgemeinen feststellenden Regel werden nun aber in unseren Stadtrechten mehrere, die Geltung derselben einschränkende Ausnahmen gemacht.

Der bereits im römischen Recht der locatio conductio in gewissem Masse innewohnende precäre und zerbrechliche Charakter[2]) erscheint in unseren Stadtrechten noch wesentlich erweitert. Ausser dem, schon von den Römern statuirten Fall des unvorhergesehenen eigenen Bedürfnisses[3]) wird in den Rechten von Palermo, Catania, Syrakus und Girgenti[4]), ähnlich wie das in älteren französischen Rechtsquellen geschieht[5]), der Vermiether auch dann zur einseitigen Aufhebung des Miethsvertrages vor Ablauf der stipulirten Miethszeit für berechtigt erklärt, wenn er das vermiethete Grundstück verkaufen,

1) Einem solchen Vorzugsrecht des Grundeigenthümers und Vermiethers dem Aftermiether gegenüber begegnet man sonst nur in niederländischen Rechtsquellen, die jedoch sämmtlich einer viel späteren Zeit angehören, cf. z. B. Cout. d'Ipre XVI, I. 3. Ecloo, V, I. 10 (Bourdot de Richebourg, Cout. général I).

2) Degenkolb, Platzr. und Miethe. S. 189 ff.

3) l. 3. C. loc. (4, 65) vgl, auch c. 3 X. de loc. (3, 18).

4) Palermo 54, Catania tit. 29, Syracus. 25, Girgenti 18. Dagegen bleiben Messina 33. Noto 26. Caltagirone 37, und Patti 61. bei den Vorschriften des römischen Rechts stehen, so weit es sich um die Möglichkeit der einseitigen Aufhebung der Miethe von Seiten des Vermiethers handelt.

5) Assis. de Jérusalem B. C. ch. 94 (Beugnot II, p. 71). Abrégé I, ch. 68 (Beugnot p. 290) Cout. de Limoges 36 (Cout. général de Bourdot de Richebourg IV). Cf. meine Abhandl. in: Zeitschrift (der Savigny-Stift.) für R. Gesch. G. A. I. S. 172 ff.

verpfänden, d. h. Jemandem in Pfandbesitz übergeben, als dos bestellen, oder überhaupt in irgend einer Weise einem Dritten eigenthümlich abtreten will.[1])

Zu bemerken ist jedoch, dass wenigstens nach dem Rechte von Catania (tit. 29) jene Widerruflichkeit der Miethe in den genannten Fällen keine unbedingte war. Es sollte dort der Vermiether, selbst bei stattfindender Veräusserung eines vermietheten Hauses, zur Austreibung des Miethers nicht befugt sein, wenn die Dauer des Miethsvertrages von den Contrahenten auf längere Zeit (ad non modicum tempus) verabredet war. Darunter wurde aber ein Zeitraum von mehr als fünf Jahren verstanden.[2]) Desgleichen sollte es hier dem Miether freistehen, in zweien der genannten Fälle die Aufhebung des Vertrages dadurch abzuwenden, dass er sich gegen den Vermiether bereit erklärte, gleich günstige contractliche Bedingungen einzugehen, wie ein dritter Käufer, oder Pfandgläubiger.

Nach demselben, sowie nach Syrakusanischem[3]) Recht sollen endlich die angegebenen Ausnahmen überhaupt dann keine Anwendung finden, wenn Gegenstand der Miethe ein Wirthshaus, oder eine Schankwirthschaft (taberna), ein Speicher, oder Lagerraum (magazenum) ist.

Noch mehr tritt die precäre Natur der Miethe hervor, wenn wir dieselbe von dem Standpunkte des Miethers aus betrachten. Selbst einzelne von denjenigen Statuten, die, wie das Messinesische Recht bezüglich der Widerruflichkeit des Vertrages durch den Vermiether beim römischen Recht stehen bleiben, räumen dem Miether unter gewissen, lediglich aus dessen persönlichen Verhältnissen resultirenden Umständen die Befugniss zum einseitigen Rücktritt ein.

---

1) Diese seine Absicht muss Vermiether auf Erfordern beweisen. In Catania tit. 29. genügte aber zum dessfallsigen Beweise schon die blosse eidliche Versicherung.

2) Es liegt dieser Bestimmung vermuthlich ein Missverständniss einer Stelle der Pandekten zu Grunde, die sich nicht auf die locatio conductio, sondern auf die superficies bezieht. Vgl. l. 1 § 3. D. de superficieb 43, 18 (17): „Et sane causa cognita ei, qui non ad modicum tempus conduxit superficiem, in rem actio competet." Jenes Missverständniss findet sich bereits bei Azo, Summa in Cod. tit. de acqu. et ret. poss. (7, 32).

3) Catania tit. 30, c. 2. Syracus. 25.

Nach den Stadtrechten von Messina, Catania, Syrakus, Noto und Patti[1]) ist dieser befugt, vom Miethsvertrage zurückzutreten, wenn er selbst ein eigenes Haus eigenthümlich erwirbt, oder dessen Pfandbesitz überkommt, oder durch seine Frau ein solches zur dos bestellt erhält; endlich auch wenn er aus der Stadt fortzieht, beziehungsweise ausser Landes geht.[2])

In diesen Fällen hat er nur die Miethe für die, bis zum Verlassen des gemietheten Hauses abgelaufene Zeit zu zahlen.

Uebrigens war auch in diesen Fällen die Widerruflichkeit des Vertrags nicht völlig ausnahmslos. Sie fand in Catania, Syrakus und Noto[3]) keine Anwendung bei den Miethen von Schankwirthschaften, Speichern, oder Lagerräumen, beziehungsweise sonstigen zur Aufbewahrung von Wein bestimmten Räumlichkeiten.

b) Für die gabella oder Pacht gegen einen, in Gelde bemessenen Pachtzins muss zwar ebenfalls die Unwiderruflichkeit des Vertrages durch die Contrahenten als Regel aufgestellt werden, andererseits aber tritt auch hier in mehreren sicilischen Stadtrechten die Zerbrechlichkeit und präcäre Natur der locatio conductio in weiterem Masse hervor, als im römischen Recht. Freilich, nicht dem Pächter (gabellotus), wohl aber dem Verpächter gestatten die Rechte von Palermo, Messina, Noto und Patti[4]) den einseitigen Bruch des Pachtvertrages, wenn er das verpachtete Grundstück verkaufen, oder als dos bestellen will.

Hiergegen kann sich der Pächter nur dadurch schützen, dass er bei Eingehung des Contractes sich ausdrücklich aus-

---

1) Messina 33. Catania tit. 30, c. 1. Syracus 25. Noto 26. Patti 61. Man vgl. hierzu Assises de Jérusalem B. C. 95, Abrégé I, 69, Cout de Limoges 36. Nur Caltagirone kannte dieses einseitige Rücktrittsrecht des Miethers nicht, ebensowenig Palermo 54; letzteres ist um deshalb auffallend, weil das Palermitanische Recht, wie wir sahen, dem Vermiether den einseitigen Rücktritt vom Vertrage in den entsprechenden Fällen gestattete.

2) Auch der Miether muss diese Thatsache erforderlichen Falls beweisen, zur Vermeidung des Verdachtes, dass er sie nur in fraudem des Vermiethers vorschiebt, um von dem Miethsvertrage loszukommen. Indessen reichte auch hier, wenigstens in Catania tit. 30 die einseitige, eidliche Versicherung des rücktretenden Theils zum Beweise der Wahrheit der desfallsigen Behauptung aus.

3) Catania tit. 30 cons. 2. Syracus. 25. Noto 26.

4) Palermo 55. Messina 32. Noto 25. Patti 60.

bedingt, dass die Pacht weder aus dem einen, noch aus dem andern der beiden angeführten Gründe vom Verpächter aufgehoben werden dürfe. Die desfalls, von den Contrahenten getroffene Abrede soll die Kraft und Geltung eines Gesetzes haben. Es findet darauf der Satz: omnis contractus ex conventione legem accipit Anwendung, dessen Bedeutung oben (S. 154. 155) von uns erörtert ist. Jedoch wird dabei vorausgesetzt, dass Verpächter auf die sonst statutarisch eingeräumte Befugniss zum Widerruf des Pachtvertrages in den angegebenen beiden Fällen ausdrücklich verzichtet.

c) Nunmehr ist noch das terraticum zu besprechen. Wie schon bemerkt, ist darunter diejenige Art von Pachtung zu verstehen, bei welcher der Pächter sich zur Abgabe einer gewissen Quote der, von ihm auf dem Pachtgut gemachten Ernte an den Verpächer verpflichtet.[1]) Es geschieht desselben nur in den Stadtrechten von Palermo[2]) und Catania[3]) Erwähnung. Dasselbe muss als eine Art colonia partiaria aufgefasst werden. Seinem Ursprung nach ist es ebenso, wie die gleichartigen Pachtungen in Toskana[4]) auf die entsprechende Einrichtung bei den Römern zurückzuführen.[5])

Mit dieser Auffassung des terraticum als colonia partiaria, welche in mancher Hinsicht der societas nahekommt[6]), steht es im Einklang, dass das Recht Palermo's (88) den Pächter von jeder Verpflichtung zur Entrichtung des terraticum ledig spricht, sobald in Folge irgendwelcher aussergewöhnlicher Naturereignisse die Saat vor der Ernte völlig zu Grunde geht. Auch war dieser gehalten, dem Verpächter die ihm zukommende und ins Haus zu liefernde Getreideabgabe von demselben Getreide zu entrichten, das er auf dem Pachtgute gezogen und geerntet hatte. Diese Thatsache war auf Erfordern von ihm eidlich zu erhärten.

---

1) Neben dem Ausdruck: terragium gebraucht Catania tit. 35 zur Bezeichnung der abzugebenden Getreidequote auch den Ausdruck: „gabella in vittualibus existens."

2) 83 (84).

3) tit. 34. 35.

4) Man vgl. v. Rumohr, Ursprung der Besitzlosigkeit der Colonen im modernen Toskana. S. 129—131. 132—133.

5) Plinius epist. 9, ep. 37.

6) l. 25, § 6. D. loc. (19, 2).

Desgleichen stimmt hiermit die Bestimmung desselben Rechts überein, dass, wenn der Pächter seinerseits die Pachtung aufgeben und das Gut dem Grundherrn überlassen will, ihm dies immer erst um die Zeit der bevorstehenden Ernte freisteht. Andernfalls hätte er es völlig in der Hand gehabt, sich von seiner contractlichen Verpflichtung, auf dem Pachtboden eine Ernte als Gegenstand der abzuliefernden Pacht, zu erzielen, zum Schaden des Verpächters losmachen und diesem damit zugleich die Unkosten aufbürden können, die mit der Vorbereitung der Ernte verbunden waren und die sonst von ihm, dem Pächter allein zu tragen gewesen wären. Übrigens durfte die Pachtaufgabe von Seiten des Pächters, selbst bei bevorstehender Ernte immer nur mit der Massgabe geschehen, dass er auf die ganze Ernte zu Gunsten des Herrn verzichtete; nicht aber stand es ihm frei, etwa einen Theil davon sich vorzubehalten und den Ueberrest dem Herrn abzutreten.[1])

Eine in mancher Beziehung besondere und eigenthümliche Behandlung fand das terraticum, wenn die Pachtung in Neubruch oder Brachland bestand.[2]) Wer Brachland pachtet, hat dafür zwar ebenfalls die Abgabe des terraticum an den Grundherrn zu entrichten[3]); selbstverständlich aber kann diese, (wofern nicht etwa ausdrücklich verabredet ist, dass dafür ein Geldäquivalent zu zahlen ist), im ersten Jahre der Pacht nicht in der Abgabe einer Quote des Ernteertrages bestehen. Ist ja doch vorerst die Möglichkeit des Erntebezuges, der Natur

1) Ohnedem würde nämlich der Pächter von den gutstehenden Feldern die Ernte für sich haben beziehen, die schlechtstehenden dagegen dem Eigenthümer haben überlassen können, während doch die Gewinnungs- und Erntekosten bei beiden ziemlich dieselben blieben.

2) Der in Palermo 83 (84) vorkommende, mit novales gleichbedeutende Ausdruck kisiriae ist (nach einer mir zugekommenen gefälligen Mittheilung Amari's) arabischen Ursprungs. Das in Catania tit. 34 zur Bezeichnung desselben gewählte Wort magisia, ital. maggese, ist von Majus (Mai) abzuleiten (Tommaseo und Bellini, Dizionario della lingua Italiana verb. maggese). Es bedeutet daher wörtlich Maibrache. Im Mai pflegt man auf Sicilien noch heute die Brachbearbeitung zu beginnen, als Vorarbeit für die, demnächst im darauf folgenden Herbst vorzunehmende Saatbestellung. Somit entspricht die dortige Maibrache unserer norddeutschen Johannisbrache, bei welcher man ebenfalls ein, bis dahin als Weide benutztes Feld umbricht, um es zur nächsten Saat vorzubereiten. Vgl. Sidney Sonino: I contadini in Sicilia p. 30.

3) Palermo 83 (84).

der Sache nach, ausgeschlossen. Der Verpächter ist vielmehr dieserhalb auf die späteren Ernten der folgenden Jahre angewiesen.[1]) Da ferner als Gegenstand der, statt Pachtzinses zu leistenden Naturalabgabe nur das, auf dem Pachtacker gewachsene Getreide[2]) gilt, so sind etwaige andere Früchte, die der Pächter in der Brache, als Vorfrucht für das später dort zu säende Getreide erbaut, wie Gemüse, Leinsaat, und Senf, ohne ausdrückliche, entgegenstehende Abrede, keiner Abgabe an den Verpächter unterworfen.[3])

Dem Rechte Catania's (tit. 34) gehört die Verordnung an, dass bei einer Pachtung von Brachland das Aufgeben der Pacht seitens des Pächters nur im Laufe des Monats November zulässig sein soll.

d) Dem terraticum analog ist ein Rechtsverhältniss, dessen das Palermitaner Recht in c. 83 (84) gedenkt.

Wenn Jemand ohne vorgängige Abrede, mit, oder ohne ausdrückliche Erlaubniss des Grundherrn, ein diesem gehöriges Stück Land mit Getreide besäet, oder mit Gemüse bepflanzt, so soll hieraus zwischen dem Anbauer des Feldes, und dem Eingenthümer ein quasicontractliches, dem terraticum ähnliches Rechtsverhältniss entstehen. Es wird in diesem Falle, bei nicht ausdrücklich ertheilter Erlaubniss, die stillschweigende Genehmigung zur Bestellung des Bodens durch den Grundeigenthümer vorausgesetzt und zur Begründung des pachtähnlichen Verhältnisses für genügend erachtet.

Diese Annahme soll nur dann nicht Platz greifen, und darum die Entstehung des fraglichen Rechtsverhältnisses ausgeschlossen sein, wenn von Seiten des Grundherrn eine rechtzeitige Verhinderung resp. Störung der Bestellung des Ackers stattgehabt hat. Die Verpflichtung dessen, der in der angegebenen Weise fremdes Feld bestellt, besteht darin, dass er an den Eigenthümer desselben zur Zeit der Ernte so viel an Getreide, oder, an sonstigen Feldfrüchten abzugeben hat, wie er zur Aussaat, beziehungsweise zur Bepflanzung des Feldes nachweislich verwendet

---

1) Sidney Sonnino a. a. O. p. 36: „Il terragio in grano è dovuto dal terrachiere — anche per l'anno del maggese, quando questo sia compreso nel contretto" — und weiter: „Il canone però per l'anno del maggese vien sempre pagato n'ell anno seguente alla racolta del frumento".

2) Catania 35. Sidney Sonnino a. a. O. p. 36.

3) Palermo 83 (84).

hat. Der dieserhalb verlangte Beweis kann entweder durch den eigenen Eid des Bauern, oder durch Sachverständige erbracht werden. Der sonstige, namentlich durch Viehweiden, von dem Felde gezogene Nutzen fällt dem Bauern allein zu, ohne dass er dafür dem Grundeigenthümer etwas zu zahlen verpflichtet ist.[1])

Ebenso, wie das eigentliche terraticum, hat auch dieses pachtähnliche Verhältniss seinen Ursprung in römischen Agrarverhältnissen. Während aber die colonia partiaria, mit der wir das terraticum zusammengestellt haben, schon in die frühere römische Kaiserzeit hinaufreicht, wird man jenes, dem precarium[2]) ähnliche Bestellen fremden Grund und Bodens, ohne ausdrückliche Genehmigung des Grundeigenthümers, in Zusammenhang zu bringen haben mit dem *παροικικὸν* oder *παροικικὸν δίκαιον* des Justinianeischen[3]) und des spätern oströmisch-byzantinischen Rechts. War doch auch das Rechtsverhältniss der, mit dem Namen des *πάροικοι* bezeichneten Gutsbauern im oströmischen Recht ursprünglich ein precäres, nur auf der stillschweigenden Duldung der Grundherren beruhend, die bei dem, dort vieler Orten herrschenden Mangel an Arbeitskräften es nicht ungern sehen mochten, wenn sich nur überhaupt Jemand fand, der ihre brach liegenden Ländereien bestellte. Sie begnügten sich daher den Bauern gegenüber mit einer verhältnissmässig unbedeutenden Naturalabgabe von einem Theile des Ernteertrages.[4])

§ 53.

4) Die Dienstmiethe (der Gesindevertrag).

Von den Sklaven abgesehen, über deren rechtliche Stellung und Behandlung uns Näheres[5]) nicht mitgetheilt wird, geschieht

1) Eine Beschränkung der Weidenutzung bestand nur bezüglich von Schweinen, von denen nicht mehr denn vier aufgetrieben werden durften.

2) Cf. l. 4. D. loc. (19. 2), l. 6 § 2, l. 17. 21. D. de precario (43, 26).

3) Cf. l. 24 § 1. C. de sacros. eccles (1, 2) Nov. 7 pr. § 1 Nov. 120 c. 1 pr.

4) Ausser der, oben in der vorigen Note angeführten Stelle vgl. noch: Harmenopulus, Leg. rustic. tit. X, 1 und dazu Zachariä von Lingenthal. Gesch. S. 229. 240. 245. In Folge der Benennung jener Theilabgabe: *μορτὴ*, wurde später ein solcher Bauer *μορτίτης* genannt (Harmenop. a. a. O. I, 21).

5) Dass übrigens unter den servi, und ancillae, deren einige unserer Stadtrechte an einzelnen, wenigen Stellen (Palermo 20. 31. Corleone 26.

in den sicilischen Statuten der Dienstboten und Arbeiter mehrfach Erwähnung.

Die Verhältnisse des Gesindes zur Dienstherrschaft, sowie der Arbeiter, welche in der Landwirthschaft beschäftigt werden, zu ihren Arbeitgebern werden von einem zwiefachen Gesichtspunkte aus rechtlich beurtheilt. Im Allgemeinen unterliegen sie den Principien der locatio conductio operarum (der Dienstmiethe).[1]) Daneben aber finden manche Grundsätze Anwendung, die germanischer Rechtsanschauung erwachsen sind.[2]) Diese aber gipfeln darin, dass, neben und ausser dem Dienst- und Arbeitsvertrage, eine Art von hausherrlicher Gewalt des Dienstherrn (patronus), oder Arbeitgebers über die Bediensteten, oder Arbeiter angenommen wird. Demzufolge erscheint das Gesinde einer mehr, oder weniger discretionären Behandlung von Seiten der Herrschaft unterworfen.[3]) Hierauf ist namentlich die Verordnung einiger unserer Stadtrechte zurückzuführen, dass der Dienstherr, oder Arbeitgeber das Gesinde, oder den Arbeiter vor Ablauf der contractlich festgesetzten Zeit aus irgend einem Grunde, dessen Rechtmässigkeit schon durch den alleinigen Eid des Dienstherrn bewiesen wird, oder sogar, ohne Anführung jedes bestimmten Grundes, willkürlich zu entlassen befugt ist. Er hat dann dem entlassenen Gesinde, oder Arbeiter nicht mehr an Lohn zu zahlen, als was dieser während der Zeit, wo er bei ihm in Dienst, oder in Arbeit stand, im Augenblick der Entlassung bereits verdient hat.[4]) Ja, selbst den schon verdienten Lohn

---

Caltagirone 44) gedenken, in der That Sklaven, nicht etwa Unfreie im Sinne des Germanischen Rechts zu verstehen sind, möchte namentlich aus ihrer Gleichstellung mit den Hausthieren, bezüglich der Gewährleistung wegen heimlicher Mängel, zu folgern sein (s. oben § 51, cf. Palermo c. 20). Gleich wie im Orient (S. Beugnot II, Einleitung zu den Assises de Jérusalem B. C. p. 44) mag sich auch in Sicilien das Institut der Sklaverei in Folge der Berührung seiner Bewohner mit den Sarazenen (Arabern) länger, als anderwärts im Mittelalter erhalten haben.

1) Palermo 69. Catania tit. 33.

2) Man vgl. hierzu: Gustav Hertz, Die Rechtsverhältnisse des freien Gesindes nach den deutschen R.-Quellen des Mittelalters. (Breslau 1879).

3) Hertz a. a. O. S. 4. 30 ff.

4) Palermo 69. Catania tit. 32. Caltagirone 36. Das deutsche Recht macht die Berechtigung zur Lösung des Vertrages unter Entlohnung für die abgelaufene Dienstzeit der Regel nach von dem Vorhandensein eines rechtmässigen Entlassungsgrundes abhängig (Sachsensp. II, 32 § 2, und

konnte der Herr ihm vorenthalten, wenn seine Entlassung wegen Ungehorsams erfolgt war.[1])

Durch eine, nach beiden Seiten hin gerechtere Beurtheilung des Verhältnisses zwischen Arbeiter und Arbeitgeber zeichnet sich das Recht Noto's (25) aus. Hier musste der Arbeitgeber, wenn er ohne hinreichenden Grund den Arbeiter entliess, ihm den bedungenen Lohn voll ausbezahlen.

Auf der überwiegenden Stellung des Herrn dem Gesinde, wie dem Arbeiter gegenüber beruhen ferner gewisse, in Einem Falle bereits von uns angedeutete Vortheile. Gemeint sind die für den Process gewährten Beweiserleichterungen. Demnach soll er befugt sein, den Beweis seiner Behauptung durch seinen alleinigen Eid zu erbringen: bei Streitigkeiten über die verabredeten Dienstleistungen, und deren Erfüllung seitens der Dienstboten, oder Arbeiter, sowie über den gezahlten oder noch zu zahlenden Lohn, und das bei Abschluss des Vertrages gereichte Handgeld (arrha); ferner über die stipulirte Zeit der Arbeitsleistung, entweder schlechthin, oder doch dann, wenn der Werth des Streitobjekts geringer ist, als eine bestimmte Summe.[2])

Wo aber, wie in Syrakus (28), und Girgenti (13) diese Befugniss von dem Werthe des Streitobjects (15, resp. 5 tareni) abhing, sollte neben dem Eid des Patronus zum Beweise von dessen Behauptung schon ein einziger, unverdächtiger Zeuge genügen. Dabei blieb freilich dem anderen Theil der Gegenbeweis vorbehalten.

---

die bei Hertz a. a. O. S. 87 angeführten Rechtsquellen). Nur vereinzelt findet sich die Befugniss der Dienstherrschaft zur willkürlichen Verabschiedung des Gesindes anerkannt. S. z. B. Stadtrecht von Regensburg 1320 (v. Freyberg, Sammlung histor. Schriften und Urkunden, 1836 S. 50) und Bamberger St.-R. § 394 (Zoepfle S. 109). Vgl. im übrigen Hertz a. a. O. S. 82. Von französischen Rechtsquellen sind die, mit unseren St.-R. übereinstimmenden Assises de Jérusalem B. C. 88 (Beugnot II, 68) zu nennen.

1) Syracus. 29.

2) Palermo 69. Catania tit. 32. 39. Caltagirone 35. Syracus. 28. Noto 29. Girgenti 13. Nur, wenn es sich um Irrungen wegen der Zeit handelt, während der die bedungenen Arbeiten zu leisten waren, sollte nach dem letztgenannten Rechte der Arbeiter seinerseits zum Eide verstattet werden, wofern das Streitobjekt einen gewissen Werthsatz nicht überstieg.

Während sonach der Dienstherr, und Arbeitgeber dem Bediensteten, und Arbeiter gegenüber vielfach bevorrechtet war, erfuhr andererseits das Verhalten des Gesindes, wie der Arbeiter eine verhältnissmässig strenge Beurtheilung. Das muthwillige Verlassen des angetretenen Dienstes, oder vorzeitige[1] Aufgeben der begonnenen Arbeiten zog nicht nur den Verlust aller Lohnansprüche, selbst soweit diese bereits fällig geworden, nach sich; der Dienstbote oder Arbeiter war sogar zur Rückerstattung alles dessen verpflichtet, was er an Lohn oder an dessen Stelle an Sachen bereits gezahlt, oder gewährt erhalten hatte.[2]) Hiervon wurden in Catania (tit. 33) allein das Schuhwerk (calceamenta) und die Kost (vidanda)[3]) ausgenommen, die das Gesinde von der Herrschaft empfangen hatte.[4])

Der Eventualität, dass der gemiethete Dienstbote, oder gedungene Arbeiter den Dienst, dem Vertrag zuwider gar nicht antritt, oder sich zur Arbeit zur festgesetzten Zeit nicht einstellt, geschieht nur im Rechte von Catania (tit. 39) Erwähnung. Darnach sollen ländliche Arbeiter, wenn sie sich zur beredeten Zeit nicht einfinden, die empfangene arrha dem Arbeitgeber zurückgeben; sie müssen überdies das doppelte davon an ihn, und ausserdem eine Busse an den Patricius zahlen.

---

1) Das Miethen des Gesindes, resp. das Dingen der Arbeiter geschah entweder auf eine, von vornherein bestimmte Zeit: auf ein Jahr, einen Monat, eine Woche, oder tageweise (von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang), — Catania tit. 39. Palermo 69, — oder auch in der Weise, dass man, wie dies von Seiten gewisser Pächter geschah, Arbeiter für so lange engagirte, als die Pachtung dauerte. Letzteres Sachverhältniss wird in Catania (a. a. O.) mit dem Worte extalium oder extaleum bezeichnet (cf. Du Cange, hoc. verb.).

2) Palermo 69. Catania tit. 30. Syracus. 29. Noto 29. Caltagirone 35. Patti 3. Girgenti 13. Lipari 4. Von lediglich polizeilicher Bedeutung ist das, in den Statuten von Patti 6 und Lipari 7 vorkommende Verbot, dass die Arbeitgeber bei Strafe gewissen Arbeitern, ausser dem Lohne, kein Trinkgeld zur Beschaffung von Speisen, oder Getränken reichen sollten.

3) Das Wort vidanda, gleichbedeutend mit vianda oder vivanda bezeichnet alle Arten von Speise oder Kost. S. Tommaseo und Bellini, Dizionario verb. vidanda und Du Cange, v. vianda und vidanda.

4) Vgl. hierzu Hertz a. a. O. S. 7, Not. 6 und 7. Grimm, Rechtsalterthümer S. 357.

§ 54.

5) Bürgschaft.

Wer zur Eingehung contractlicher Verpflichtungen unfähig ist, kann sich auch als Bürge nicht gültig für Andere verbindlich machen. Demnach sind Minderjährige, wie der väterlichen Gewalt unterworfene Personen unfähig, eine Bürgschaft zu übernehmen. Der dieserhalb von ihnen eingegangene Vertrag ist nichtig.[1])

Frauen, und zwar nicht sowohl verheirathete, sondern ebenso auch unverheirathete, sollen nach dem Rechte Palermo's eine Bürgschaft ebensowenig, wie eine Intercession für ihre Männer, oder für dritte Personen, selbst nicht einmal dann gültig eingehen können, wenn sie auf die Rechtswohlthaten des gemeinen Rechts, und des Sc. Vellejanum insbesondere verzichten.[2])

Die einzige Ausnahme, wo Bürgschaften derselben zulässig, und rechtsverbindlich sein sollen, wird für den Fall statuirt, dass Frauen in Criminalprocesssachen für ihre Eltern, Kinder, oder Geschwister Caution bestellen und sich zu dem Behufe für die genannten Peronen verbürgen.[3])

Im Einklang mit den, im älteren französischen Recht[4]) herrschenden Grundsätzen, war es nach dem früher geltendgewesenen Gewohnheitsrecht dem Gläubiger anscheinend allgemein gestattet, den Bürgen vor dem Principalschuldner in Anspruch zu nehmen. Spätere Statuten beseitigen diesen Gebrauch als unbillig, und unvernünftig, unter Hinweis auf die Vorschriften des gemeinen (römischen) Rechts.[5])

Mit diesem stimmen denn im Wesentlichen die Bestim-

---

1) Palermo 21.

2) Palermo ibidem.

3) Palermo 21.

4) Establiss. de St. Louis I, ch. 118: — „il est à la volonté de celuy à qui l'en doit de prendre aux pleiges ou au deteur principal." Warnkönig und Stein F. R. Gesch. II, S. 591. Ebenso nach einzelnen deutschen Rechtsquellen (man vgl. beispielsweise: Wendisch-Rügianischen Lundgebrauch tit. 74, § 7 vgl. mit tit. 137, § 14. S. im Übrigen die, bei Stobbe, Handb. des d. Privatr. III, S. 308, Note 7 angeführten Rechtsquellen), während im Allgemeinen auch schon für das ältere d. Recht die Bürgschaftsverpflichtung, als eine bloss subsidiäre zu erachten ist (Platner, Bürgschaft S. 86 ff. L. Burgund XIX, 5. 8. 7 Syst. Schöffenr. III, 2. 87. Stobbe a. a. O. III, 307, Note 5).

5) Girgenti 20.

mungen überein, die wir im Palermitanischen [1]) Rechte aufgezeichnet finden. Regelmässig darf der Bürge hiernach vom Gläubiger nicht eher in Anspruch genommen werden, als nach vorhergegangener Ausklagung des Hauptschuldners. Nur, wenn letzterer aus der Stadt abwesend, oder notorisch insolvent [2]) ist, kann, ohne vorgängiges Ausklagen des Schuldners, gegen den Bürgen vorgegangen werden. Ausserdem steht dem Gläubiger die Wahl, welchen von beiden er zuerst belangen will, allein dann zu, wenn der Bürge letztere sich zugleich als Selbstschuldner (pagator, constitutor) neben dem Principalschuldner verpflichtet hat. In diesem Falle wird dem Bürgen jede Einrede gegen den Gläubiger entzogen. Damit aber ist, abweichend vom gemeinen Recht, auch der Fortfall des beneficium divisionis ausgesprochen. Auch soll dem Gläubiger daraus, dass er den Einen vor dem Andern in Anspruch nimmt, keinerlei Präjudiz erwachsen. Hierunter wird verstanden, dass es ihm, nach bereits eingeleitetem, beziehungsweise durchgeführtem Process gegen den einen correus gestattet ist, auch den zweiten auf das Ganze, oder einen Theil der Schuld zu belangen, so lange ihm nur überhaupt noch nicht volle Befriedigung seiner Forderung geworden ist. Geht aus den angführten Gründen hervor, dass die römische Lehre von der Bürgschaft im Allgemeinen im sicilischen Städterecht zur Herrschaft gelangt war, so wurde trotzdem hie und da auch das ältere Recht an einzelnen Orten beibehalten. In Patti und Lipari [3]) blieb es, nach wie vor, dem freien Belieben des Gläubigers überlassen, ob er den Bürgen, oder den Hauptschuldner zuerst in Anspruch nehmen und ausklagen wollte. In Catania und Syrakus aber wurde am älteren Rechte wenigstens in einem einzelnen bestimmten Falle festgehalten: bei Bürgschaften, die Jemand für den Eigenthümer gepfändeten Viehs bei vorfallender Flurbeschädigung einging. Dabei konnte der Bürge in erster Linie zur Befriedigung des Gläubigers angehalten werden.

Des Rückgriffs oder Regresses des Bürgen auf den Hauptschuldner geschieht nur im Rechte von Noto (40) Erwähnung

1) Palermo 22.

2) Cf. Nov. 4. c. 1. Nov. 99. c. 1 und dazu Windscheid, Pandekten § 478, Not. 2; 3, 5.

3) Patti 4. Lipari 5.

Es wird der gemeinrechtliche Satz anerkannt, dass der Bürge berechtigt ist, sich von dem Gläubiger, den er befriedigt hat, dessen Forderung gegen den Hauptschuldner abtreten zu lassen (beneficium cedendarum actionum [1]). Zugleich wird, um ihm den Rückgriff gegen den letzteren zu erleichtern, bestimmt, die Ausübung des auf Grund dieser Cession erlangten Rechts solle nicht den, im übrigen geltenden statutarischen Beschränkungen unterliegen, welche wir oben bei der Lehre von der Cession kennen gelernt haben.[2])

§ 55.

Anhang: Handelsrechtliche Bestimmungen.

Anders, wie in den Stadtrechten von Ober- und Mittelitalien, wo namentlich Genua und Florenz von der grössten und weitumfassendsten Bedeutung für die Geschichte und die Entwickelung des Handelsrechts geworden sind[3]), hat das Handelsrecht, voraus das handelsrechtliche Privatrecht, in den sicilischen Stadtrechten eine äusserst geringe Beachtung gefunden.

Zu nennen ist eine Verordnung im Rechte von Palermo (77), die sich auf das Commissionsgeschäft, und zwar auf die Verkaufscommission beziehen lässt, die hier freilich in einer, noch sehr wenig ausgebildeten Gestalt erscheint.

Schon bei seiner Zulassung als Kaufmann sollte jeder der sich damit beschäftigt, für Andere den Verkauf von Sachen, oder Waaren zu besorgen, von dem Stadtgericht (praetor et judices civitatis) durch Eid, und Cautionsleistung mittelst Bürgen ausdrücklich verpflichtet werden, sowohl die ihm zum Verkauf übergebenen Güter gewissenhaft aufzubewahren[4]), als nament-

1) l. 36. D. de fidejuss. (46, 1.) l. 2, 21 C. de fid. (8, 41).

2) S. oben S. 162 ff.

3) S. Lastig, Entwickelungswege und Quellen des Handelsrechts. Stuttgart 1877.

4) In entsprechender Weise mussten (Palermo ibid.) auch die Geldwechsler (campsores), wenn sie als Bankiers fungiren und Geld von Privaten deponirt erhalten wollten, wegen treuer Bewahrung solcher depositа irregularia der Behörde gegenüber ausreichende Caution durch Bürgen bestellen. Von dieser Notiz abgesehen, erhellt über das eigentliche Bankiergeschäft nichts. Der sonstige Inhalt der angeführten Stelle betrifft allein das Wechselgeschäft im engsten Sinne, d. h. den Umtausch verschiedener Münzsorten, und gehört dem Polizeirecht an.

lich auch den, aus dem Verkaufe derselben erlösten Preis, ohne Abzug seinen Committenten getreulich auszuantworten. Derselbe war ferner, wenn er nicht gewärtigen wollte, dass die obrigkeitlich ertheilte Erlaubniss zum Handelsbetriebe ihm wieder entzogen würde, gehalten, über die ihm zum Behufe des Verkaufes anvertrauten Güter denselben einen Empfangsschein auszustellen. Darin mussten die betreffenden Sachen oder Waaren, als dem betreffenden Committenten gehörig, sowie nach Farbe, Gewicht und Mass, nach Qualität, Quantität und Werth genau bezeichnet, und mit dem Siegel des Commissionärs versehen werden. Die Bedeutung eines solchen, in vorschriftsmässiger Form ausgestellten Empfangsscheines war die, dass derselbe gegen den Commissionär, wie gegen dessen Bürgen vollen Beweis erbrachte. In Ermangelung eines solchen Empfangscheins, oder wenn dieser nicht vorschriftsmässig ausgestellt war, bedurfte es des Zeugnisses von mindestens zwei Zeugen, um den Commissionär zu überführen, falls dieser den Empfang der commitirten Sachen, beziehungsweise (beim etwaigen Untergang derselben) den, vom Committenten beanspruchten Werth bestritt. [1])

Einer der Form nach ähnlichen Art kaufmännischer Empfangsbekenntnisse, die aber freilich bei einem ganz anderen Rechtsverhältniss vorkommt, begegnen wir im Rechte von Girgenti.

---

1) Eines Handelsgebrauchs in Palermo, der namentlich beim Getreidehandel Eingang gefunden zu haben scheint, gedenkt ein Rescript König Friedrich's II. (III.) v. J. 1316 (De Vio, Priv. Pan. p. 64), an den dortigen Justitiar gerichtet. Es war dort üblich geworden, dass der Verkäufer, wenn er beim Abschluss eines Geschäfts vom Käufer eine arrha empfangen hatte, sich durch Zahlung ihres doppelten Betrages von der Lieferungpflicht, beziehungsweise von Erstattung des Interesse zu befreien suchte. Umgekehrt pflegte andrerseits der Käufer durch Verzicht auf die Arrha sich von der Verbindlichkeit zur Abnahme des Gekauften, oder Zahlung des Interesse loszusagen. Beides soll, wie der König verordnet, fortan unzulässig sein, und ein geschlossener Kaufvertrag nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Wird Seitens einer, oder der andern der Parteien die Geltung einer dahingehenden Usance behauptet, so soll darauf keine Rücksicht mehr genommen werden, denn der König will sie als eine consuetudo injusta ausdrücklich reprobirt haben. Die Bedeutung eines allgemeinen Gewohnheitsrechts wird man jener Usance kaum beilegen dürfen. Das Stadtrecht wenigstens, dessen Redaction damals freilich, der Hauptsache nach, bereits abgeschlossen war, erwähnt ihrer mit keiner Silbe.

Die betreffende Stelle ist um deshalb nicht unwichtig, weil wir daraus einen Einblick erhalten in die rechtliche Stellung der Handelsgehülfen (famuli), sowohl dem Principal, wie Dritten gegenüber. Ihnen erscheint hiernach bereits eine gewisse Selbständigkeit beigelegt. Es heisst nämlich[1]): Wenn ein Kaufmann seinem Speicher (magazenum) einen Gehülfen (famulus) vorgesetzt hat, ist letzterer befähigt, den Schuldnern seines Principals, welche an diesen Quantitäten von Getreide, Wein, Baumwolle u. s. w. zu liefern haben, über deren richtige Ablieferung eine, mit dem Siegel des Kaufherrn versehene Quittung (apodixa) auszustellen. Es soll dies von gleicher Wirkung sein, als wenn sie der Prinzipal selber ausgestellt hätte.

Ebenfalls dem Girgentiner Recht[2]) gehört eine Bestimmung an, die sich auf das Mäklergeschäft bezieht. Wir schliessen damit, in Ermangelung anderen Stoffes, unsere handelsrechtlichen Bemerkungen ab.

In gleicher Weise, wie in Palermo die Verkaufscommissionäre, mussten sich in Girgenti die Mäkler, bei ihrer Zulassung zum Gewerbebetriebe, der Behörde gegenüber eidlich, und durch Bürgen verpflichten, in ihren Geschäften reell und gewissenhaft zu verfahren.[3]) Dem zufolge wurde ihnen bei Streitigkeiten zwischen Kaufleuten und Privaten, welche den ersteren, Sachen und Waaren durch Vermittelung der Mäkler verkauften, eine gewisse, wenngleich nur beschränkte Glaubwürdigkeit beigemessen. Ihr Eid sollte zum Beweise aufgestellter Behauptungen genügen, wenn das Streitobject den Werth zweier Augustalen[4]) nicht überstieg. Ebenso sollte auch, wenn die, Jemandem von einem Mäkler geleisteten Dienste selbst in Frage kamen, oder streitig wurden, der Eid desselben den Ausschlag geben, soweit es sich dabei um nicht höhere Werthe handelte, als den Werthbetrag 1 Augustale.

1) Girgenti 16.

2) Girgenti 17.

3) Pfuschmäkler wurden nicht geduldet. Wer ohne fidejussorische Caution das Mäklergewerbe betrieb, musste, abgesehen davon, dass er als Mäkler rechtlich nicht anerkannt ward, dem bajulus eine Busse von 1 Augustale zahlen.

4) Über Namen und Bedeutung der augustales s. unten den Anhang zu dies. syst. Darstellung.

§ 56.

II. Aus Delicten.

Noch fragmentarischer, als über die Vertragsobligationen sind die Bestimmungen unserer Stadtrechte bezüglich der, aus Delicten entstehenden Verpflichtungen.

Es kommen hier nur die Injurien, und gewisse Arten von Beschädigungen in Betracht, welche zugleich Gegenstand feldpolizeilicher Verordnungen sind.

1) Injurien.

Der Injurien geschieht allein in den Rechten von Palermo und Messina [1]) Erwähnung. Die dort getroffenen statutarischen Festsetzungen sind deswegen nicht ohne rechtsgeschichtliches Interesse, weil wir auch hier einer, schon öfters bei der Darstellung des Obligationsrechts wahrgenommenen Erscheinung begegnen: der Conservirung gewisser Grundsätze des germanischen Process- und Beweisrechts, trotz der, im Allgemeinen erfolgten Reception des römischen Processes.

Auf dieser germanischen Grundlage beruht es, wenn die genannten Stadtrechte denjenigen, welcher thätlich angegriffen zu sein vorgiebt, behufs Beweises seiner Behauptung über die ihm von dem Beschuldigten zugefügten Stösse, oder Schläge zum Eide verstatten. Dessen Ableistung soll, neben der Einnahme des richterlichen Augenscheins, oder selbst ohne diese zur Führung des Beweises hinreichen, sofern die incriminirte That zur Nachtzeit, oder an wenig besuchten, und einsamen Orten, z. B. ausserhalb der Stadt, oder auf dem Felde geschehen ist; mithin unter solchen Umständen, welche die Gegenwart von Augenzeugen ausschliessen, oder doch unwahrscheinlich machen. Die einzige Voraussetzung zu dieser Begünstigung des Klägers im Beweisrecht war seine Eigenschaft, als einer an sich unverdächtigen und glaubwürdigen Person.[2]) Aus derselben Quelle ist eine andere Modification der gemeinrechtlichen Lehre von den Injurien abzuleiten, welche wir im Palermitaner Recht (c. 25) antreffen.

---

1) Palermo 23. 24. 25. Messina 45.

2) Messina 45.

Schon bei den Langobarden[1]) und später in den constitutiones Regni Siciliae[2]) wurde bei Abmessung der Wergeld- und Bussätze bei Injurien nicht sowohl auf die Person des Verletzten, sondern auch auf die des Beschuldigten Rücksicht genommen. In Uebereinstimmung hiermit ward im Rechte von Palermo für alle solche Fälle ein gelinderes, als das sonst übliche Strafmass festgesetzt, wo der Beleidiger eine Person aus den besseren Kreisen der Gesellschaft, auch sonst von gutem Rufe war, während der Beleidigte einem niederen Stande angehörte. Die zu erkennende Strafe durfte unter diesen Verhältnissen die Höhe von 4 Tarenen in Gold[3]) nicht überschreiten. Auch sollte keine Infamie mit der Verurtheilung des Beschuldigten verbunden sein.[4]) Andrerseits war in denjenigen Fällen, wo Beleidiger und Beleidigter demselben Stande angehörten, die an den letzteren zu zahlende Busse keineswegs gering. In Palermo (c. 23) betrug sie bei Schlägen, die dem Gesicht, oder dem Kopfe des Beleidigten mit der Hand, oder einem andern flachen Gegenstande (buffetto) beigebracht waren, 35 Goldtarenen. Ueberdem sollte der Injuriant, auch wenn nur im Wege des Civilprocesses wider ihn geklagt war, zu öffentlicher Strafe verurtheilt werden, die in leichteren Fällen 7 Goldtarenen nicht übersteigen sollte, in schwereren aber dem richterlichen Ermessen überlassen blieb.

§ 57.

2) Flurbeschädigungen. (Pfändung).

Zur Vermeidung von Entwendungen, und anderen daraus entstehenden Nachtheilen, war das Betreten der Weinberge, Gärten, oder Wiesen, wie überhaupt aller abgeschlossenen Grundstücke durch dritte Personen ohne Erlaubniss des Grund-

1) L. Liutprand 6, 62 (9) [1, 9, 21]. Man vgl. auch noch Sachsenspiegel II, 16. § 3, sowie Walter, D. R. Gesch. II, § 710 S. 378.

2) Lib. III, tit. 42 (H. Br. IV) „discretio personarum que injuriam inferunt et que injuriam patiuntur" ct.

3) Ein Goldtaren kam gleich 4 Taren. und 3 Gran in Silber. S. d. Anhang zu dies. syst. Darst.

4) Mithin abweichend vom R. R. cf l. 1 D. de his qui not. inf. (3,2.)

eigenthümers, beziehungsweise Feldhüters in einigen Orten Siciliens bei Strafe verboten.[1]) Zuwiderhandlungen zogen die Verpflichtung nach sich, allen durch das Eindringen in sein Terrain dem Grundeigenthümer oder Besitzer zugefügten Schaden, auf Grundlage erfolgter Abschätzung zu ersetzen. Ausserdem sollte der letztere berechtigt sein, auf richterliche Feststellung einer Busse anzutragen, die, je nach der lokalrechtlich verschiedenen Festsetzung, ihm zur einen Hälfte, und der Stadtgemeinde zur andern, oder aber dieser auch allein zufiel. Hierauf konnte selbst in solchen Fällen erkannt werden, wo ein eigentlicher Schaden nicht nachzuweisen war, vielmehr gegen den Delinquenten nichts weiter vorlag, als das blosse, unbefugte Betreten fremden Grund und Bodens.[2]) Der Beweis der Thatsache, dass ein Betreten seines Terrains stattgefunden hatte, wurde dem Besitzer oder Grundherrn dadurch erleichtert, dass er darüber zum Eide zugelassen wurde, dessen Ableistung für ausreichend galt zur Ueberführung des Beschuldigten.[3])

Ungleich ausführlicher und detaillirter sind die statutarischen Festsetzungen über die, durch Vieh auf fremder Feldmark angerichteten Schäden.

Als gemeinrechtliche Grundlage der verschiedenen, in unseren Stadtrechten, mit Ausnahme Palermo's, Messina's und Caltagirone's, dieserhalb getroffenen Verordnungen, welche neben ihrem privatrechtlichen Inhalt zugleich den Character feldpolizeilicher Vorschriften an sich tragen, darf man zwei Gesetze betrachten, die wir im Lib. III tit. 54 und tit. 56 der constit. Regni Siciliae[4]) verzeichnet finden. Das erstere derselben gebietet, bei Vermeidung der Strafe des furtum, dem Grundbesitzer die Ueberweisung und Ablieferung der, auf

1) Noto 69. Patti 9. Lipari 9.

2) Noto 69.

3) Patti 9.

4) Tit. 54 — „si quis in laboribus, vineis et possessionibus suis damnosa animalia cujuslibet interceperit, non liceat ipsa apud se detinere, sed (tantum capere et) justiciariis nostris assignare ut de illato damno quod probare poterit justitiam consequatur. Quod si non fecerit et animalia hujusmodi intercepta apud se detinuerit, ipse — poena furti tenetur." Tit. 56. „Animalia in vineis et possessionibus cujuslibet damnum facientia intercepta, locorum bajulis seu dominis ut per eos illati damni restauratio subsequatur, sufficiat assignari."

seinen Liegenschaften gepfändeten, einem Andern gehörigen Thiere an die königlichen Justitiarien. Vor diesen ist der Beweis des erlittenen Schadens zu erbringen, und durch ihre Vermittelung der Ersatz desselben durch den beschuldigten Eigenthümer des abgepfändeten Viehes nachzusuchen. Das zweite, etwas später ergangene Gesetz nahm an den vorstehenden Bestimmungen nur insofern eine Aenderung vor, als es an die Stelle des Justitiarius den Bailli, beziehungsweise den Obereigenthümer (Grundherrn, Seigneur, dominus) als denjenigen bezeichnete, dem das abgepfändete Vieh zu überweisen war, und von welchem demnächst die Festsetzung, und Beitreibung des zu leistenden Schadensersatzes erfolgen sollte.

Der durchaus germanische[1]) Charakter der angeführten Gesetze mit dem darin anerkannten Institut der Privatpfändung lässt sich nicht verkennen. Eine Vergleichung ihres Inhalts mit den entsprechenden Vorschriften der Volksrechte[2]), und der Rechtsbücher des Mittelalters[3]) dürfte aber nach der Seite hin eine Neuerung, dem älteren Recht gegenüber aufzeigen, als hier dem Grundbesitzer die Befugniss abgesprochen wird, die gepfändeten Thiere in eigner Gewahrsam zu behalten. Dieser ist vielmehr verbunden, sie an die Lokalbehörde abzuliefern.

In Deutschland wenigstens fand diese Vorschrift, verhältnissmässig erst spät Eingang und erlangte auch dann nur particularrechtlich Geltung.[4])

Diesen Grundsätzen gemäss verpflichten die Stadtrechte Siciliens die Besitzer von Weinbergen, Olivenpflanzungen, Gär-

---

1) Das R. R. verbietet bekanntlich dieselbe durchaus l. 39 § 1 D. ad leg. Aquil. (9, 2). Von älteren germanischen Rechtsquellen sind nur, als für Italien zunächst in Betracht kommend, das langobardische Recht zu vgl. l. Roth. 346. (351) 349. (354) 350 (355). Von anderen R. Quellen vgl. noch l. Sal. IX, 4. 8. noch l. Burg. 49. 1—3. leges Scaniae (Sunesen) IX, 6. S. im Übrigen Wilda, Zeitschrift für D. R. I, S. 229 ff.

2) S. die vorige Note. Die im burgund. R. zeitweilig nothwendig gewesene Ablieferung gepfändeter Pferde an die pueri regis ward dort später wieder aufgehoben. l. Burg. 49, 4.

3) Vgl. z. B. Sachsensp. II, 47. §§ 2. 3. 4.

4) Vgl. Schwabenspiegel (Lassberg) art. 212 und dazu Wilda, Zeitschrift für deutsches R. I, S. 298.

ten, Wiesen, und anderen cultivirten Grundstücken das auf ihrem Terrain gepfändete [1]) Vieh an eine öffentliche Pfandstelle, beziehungsweise an den Bailli, oder den Patricius der Stadt abzuliefern. Als öffentliche Pfandstelle, an welcher die abgepfändeten Thiere zunächst aufzustellen waren, wird in den Rechten von Catania und Noto ein Pfahl (palus) bezeichnet, der auf einem, der Stadt gehörigen Platze zu dem Behufe aufgerichtet war.[2]) Wo diese Einrichtung bestand, durfte die Ueberweisung an den Lokalbeamten erst dann eintreten, wenn der Eigenthümer der gepfändeten Thiere sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkte nicht eingestellt, noch deren Ablieferung an die Behörde durch Stellung einer Sicherheit mittelst Bürgen, oder Pfand, wegen des demnächst zu leistenden Schadensersatzes abgewendet hatte.[3])

Die Pfändung kann sowohl durch den geschädigten Eigen-

1) Wenn das Recht der Privatpfändung an dieser Stelle bei den Delictsobligationen von mir erörtert wird, so bin ich mir vollständig bewusst, dass die, jenem Institut gegebene Stellung eine systematisch unrichtige ist. Man möge dies aber damit entschuldigen, dass die hier bearbeiteten sicilischen Rechte nicht genügenden Stoff enthalten, um daraus einen besonderen allgemeinen Theil zu bilden, in welchen die Privatpfändung sonst richtiger Weise einzureihen gewesen wäre. Nächstdem aber dürfte es noch am angemessensten sein, sie hier, in Verbindung mit dem damnum injuria datum, und zwar mit den Flurbeschädigungen in specie abzuhandeln.

2) Catania tit. 1 und dazu Nepita in seinem Commentar zu diesem tit. p. 29. sub nr. 46. verb: „steterit in palo." Girgenti 15.

3) Catania tit. I, c. 4. Noto 37. Hatte sich letzterer zur Stellung von Bürgen bereit erklärt, und war dennoch die Ueberweisung des Viehs an den patricius erfolgt, so musste in Catania (tit. 1. cons. 4) die Busse, deren wir weiterhin zu gedenken haben werden, statt vom Eigenthümer der Thiere vom Pfandnehmer an den patricius gezahlt werden: zur Strafe für die unrechtmässig bewirkte Ueberweisung an die Behörde. In Noto (vgl. das angeführte c. 37) durfte die Ablieferung des gepfändeten Viehes an den Bailli des Ortes immer erst bei Sonnenuntergang des zweiten Tages, nachdem seine Befestigung am Pfahl stattgefunden hatte, geschehen. War seine Einlösung durch Sicherheitsbestellung mittelst Bürgschaft nicht schon am ersten Tage erfolgt, so wurde hier, da die Thiere des Nachts über nicht am Pfahl stehen bleiben sollten, dem Pfändenden gestattet, sie auf Kosten des Eigenthümers während der Nacht an einem sicheren Orte unterzubringen. Es musste dann aber mit Sonnenaufgang des folgenden Tages ihre Rückführung an den Pfahl wiederholt werden.

thümer, oder Besitzer selbst, wie auch durch seine Kinder, oder Bedienstete vorgenommen werden.[1])

Vorausgesetzt wird, dass das Vieh auf dem Terrain des Pfändenden wirklich angetroffen ist. Für den dieserhalb zu führenden Beweis genügte in Noto[2]) schon allein der Eid des geschädigten Grundbesitzers, wenn dieser das Vieh selbst auf seinem Terrain betroffen hatte. Hatte ein Dritter die Thiere dort wahrgenommen, so reichte das Zeugniss einer einzigen Person aus, und zwar konnte selbst der eigene Sohn, oder Diener des Geschädigten als Zeuge zugelassen werden. In ähnlicher Weise wurde die Beweisfrage dieserhalb in Syrakus regulirt.[3]) Hier galt der Eid des Pfändenden, in Verbindung mit dem Zeugniss einer einzigen dritten Person, als ausreichendes Beweismittel. Dasselbe scheint auch in Girgenti Rechtens gewesen zu sein, soweit der Schaden nicht mehr, als einen Augustalen betrug. Denn allein, wenn es sich um einen höheren Schadensersatzanspruch handelt, wird dort über die Thatsache der auf dem betreffenden Terrain stattgehabten Pfändung das Zeugniss zweier klassischer Zeugen als nothwendig erfordert.[4])

Stand so die Rechtmässigkeit der Pfändung fest, so durfte das abgepfändete Vieh dem Eigenthümer desselben von Seiten des Beamten, in dessen Gewahrsam es abgeliefert worden, nicht eher herausgegeben werden, als bis jener durch Bürgen für den Ersatz der, beim pfändenden Grundbesitzer stattgehabten Flurschäden Sicherheit bestellt hatte.[5]) In Girgenti (15) hatte der Bailli die Thiere sogar erst dann an den Eigenthümer zu verabfolgen, nachdem die Schadensfeststellung selbst bereits erfolgt, und der geschädigte Grundbesitzer befriedigt war.

Die Schätzung des Schadensbetrages erfolgte demnächst in Catania und Syrakus durch Schiedsrichter (arbitri). Und

---

1) Noto 37.

2) Noto 36.

3) Syracus. 1. 3.

4) Girgenti 15.

5) Catania tit. 1 cons. 5. Syracus. 2. Es ist hier das langobard. R. zu vgl. s. Ed. Rotharis 346 (351) — „ille cujus peculium est, roget eum ut reddat illi, sic tamen, ut det ei pignus — aut certe fidejussorem sub tali titulo, ut damnum, quod arbitratum fuerit, componat secundum fabulam, qualiter inter vicinos ipsos est." Wilda, Zeitschrift für D. R. I, S. 239.

zwar wurden diese vom Geschädigten, und Schädiger gemeinsam, oder aber, wenn letzterer sich bei Wahl derselben nicht betheiligte, von ersterem allein ernannt.[1]) Ehe jedoch von einer Feststellung der Schadenshöhe die Rede sein konnte, musste die Thatsache constatirt sein, dass überhaupt eine, durch das gepfändete Vieh angerichtete Flurbeschädigung vorlag. In dieser Hinsicht wurde an manchen Orten zu Gunsten des Grundbesitzers dieselbe Beweiserleichterung statuirt, die wir oben bezüglich der Rechtsgültigkeit der stattgehabten Pfändung kennen lernten. Auch in dieser Beziehung soll hier der Eid des Geschädigten, sei es allein, sei es in Verbindung mit einem einzigen Zeugen zum Beweise genügen.[2])

Im Rechte von Catania geschieht dieser Beweiserleichterung keine Erwähnung. Man darf annehmen, dass dort die Schiedsrichter nicht sowohl den Betrag des Schadens abzuschätzen, sondern auch seine Voraussetzung: die Thatsache, dass überhaupt ein solcher stattgefunden, festzustellen hatten. Auf Grund des schiedsrichterlichen Ausspruchs[3]) erfolgt die Festsetzung der, dem beschädigten Grundeigenthümer zu gewährenden Entschädigung. In Catania und Syrakus[4]) wurde zur Zahlung derselben derjenige angehalten, der dieserhalb für den Eigenthümer des abgepfändeten Viehs gutgesagt hatte. Wie wir bereits hervorgehoben haben, wurde der Bürge in diesem Falle in erster Linie, vor dem eigentlich verpflichteten Principalschuldner zur Befriedigung des Gläubigers herangezogen.[5])

---

1) Catania tit. 1 cons. 5. Syracus. 2. Noto 36.

2) Syracus 1. 3. Noto 36. Allein in Girgenti (15) fand anscheinend auch in diesem Falle ein Nachlasss am Erforderniss formellen Beweises bloss dann statt, wenn der angebliche Schaden nicht 1 Augustale überstieg. Ueberdem musste hier der pfändende Grundbesitzer, bei Einleitung des Verfahrens wider den Eigenthümer des abgepfändeten Viehes das jus jurandum calumniae leisten.

3) Catania tit. 1 cons. 5.

4) Catania a. a. O. Syracus 2. Der hier, zur Bezeichnung des zu leistenden Schadensersatzes gebrauchte Ausdruck emenda ist ungewöhnlich. Jenes Wort pflegt sonst nur zur Bezeichnung einer, von der Schadensersatzpflicht an sich unabhängigen Busse zu dienen. cf. Du Cange, hoc verbo.

5) S. oben S. 184. Dem Bürgen blieb natürlich demnächst wieder der Regress gegen den Eigenthümer des Thieres vorbehalten. Letzterer hinwiederum konnte sich seinerseits dieserhalb an die, etwa von ihm bestellten

Die Ausgleichung der verursachten Flurschäden erfolgte entweder durch Zahlung von baarem Gelde[1]), oder, wie dies in Syrakus bei gewissen Arten von Saaten, oder Pflanzungen gebräuchlich war[2]), durch Leistung einer gewissen Quote der, der beschädigten Fruchtart entsprechenden Sorte von Getreide, Lein, oder Gemüse u. s. w. von der nächstbevorstehenden Ernte. Auch blieb in diesem Falle die Leistung des Schadensersatzes bis zur Erntezeit hinausgeschoben.

Neben dem Anspruch auf Schadensersatz kommt in mehreren unserer Stadtrechte eine Busse[3]) vor, welche ihre Quelle im Privatrechte hat und deshalb von den, gleich zu erwähnenden, öffentlichen, feldpolizeilichen Strafen wohl unterschieden werden muss.

In Catania[4]) und Noto stand es dem Besitzer eines, durch Gräben, oder Mauern abgeschlossenen Weinbergs, einer Olivenpflanzung, oder anderer abgeschlossener Grundstücke frei, wenn Vieh in dieselben eingedrungen war, neben dem zu fordernden Schadensersatze, beziehungsweise statt des letzteren gegen den Eigenthümer der Thiere auf Verurtheilung in eine, je nach der Art, und der Zahl der eingedrungenen Thiere verschieden bemessene Busse anzutragen. Diese fiel zu einem Theil ihm, zum anderen Theil der zuständigen Magistratsperson, oder der Stadtgemeinde zu.

In Catania[5]) konnte diese Busse selbst sogar dann verlangt werden, wenn ein eigentlicher Schaden nachweislich gar nicht einmal stattgefunden hatte; es galt hier schon das blosse Eindringen fremden Viehes in geschlossene Oerter als ein rechtswidriger, strafbarer Eingriff in fremdes Eigenthum.

Desgleichen hatte dort, wenn andererseits ein Schaden angerichtet worden, der Grundbesitzer die Wahl, ob er Schadensersatz fordern, oder statt dessen allein auf Busse antragen wollte.

Einer Generalisirung dieser Bussbestimmungen zu Gunsten der beschädigten Flureigenthümer begegnen wir in dem Rechte

---

Hirten halten und durfte zu dem Behufe in Catania deren Sachen, sowie den Lohn retiniren, den sie von ihm zu fordern hatten. Catania tit. 1 cons. 8.

1) Catania tit. 1 cons. 5. 6. 2) Syracus. 2.

3) „Auch anderwärts war eine solche Busse unbedingt noch neben dem Schadenersatz zu zahlen". Stobbe, Handb. d. D. R. I, S. 480 not. 9. vgl. l. 6 l. Cal. 9 § 7. Ed. Roth 346 in Sachsenspiegel II, 47, § 2.

4) tit. 1 cons. 7. Noto 38. 5) tit. 1. cons. 7.

von Patti und Lipari.[1]) Dort konnte schlechthin bei allen Arten von Flurbeschädigungen, nicht sowohl bei solchen in geschlossenen, sondern auch bei den, auf offenen Feldmarken vorfallenden Schäden von dem Grundbesitzer auf Zahlung einer, durch den Herrn der Thiere zu erlegenden Busse angetragen werden. Eine Beschränkung erfuhr dies insoweit, dass immer nur entweder Schadensersatz, oder Busse, nicht aber beides zugleich gefordert werden durfte; dafür aber fiel letztere dem Geschädigten allein und ausschliesslich zu. Uebrigens richtet sich auch hier die Höhe der Busszahlung nach der Art und der Stückzahl der gepfändeten Thiere.

Einen lediglich öffentlichrechtlichen und feldpolizeilichen Charakter hatten dagegen diejenigen Strafen, die in den vorbezeichneten Fällen an die zuständige Lokalobrigkeit, den patricius, oder den Bailli von dem Eigenthümer des gepfändeten Viehes gezahlt werden mussten. Deren Höhe richtete sich gleichfalls nach der Art, und der Stückzahl des gepfändeten Viehes. Sie war gleichzeitig mit dazu bestimmt, den Beamten für die Mühewaltung zu entschädigen, welche mit dem, in Folge der stattgehabten Pfändung nothwendig gewordenen, gerichtlichen Verfahren verbunden war. In Catania (tit. 1) werden diese Strafen mit dem Ausdruck jus pali bezeichnet. Der Grund ist vermuthlich der, weil dieselben neben der Befugniss der Pfändung und Abführung des gepfändeten Viehes an den öffentlichen Pfahl der Stadt vorkamen. Die entsprechenden Worte jus bajulationis, pasculi, oder pedagii in den Rechten von Syrakus, Patti und Lipari[2]) drücken, in mehr treffender Weise, den, jenen Strafen eigenen öffentlichrechtlichen Charakter aus. Demzufolge gelten diese, wie bemerkt, zugleich als Einnahmen oder Gebühren[3]) des betreffenden Beamten.

§ 58. (Fortsetzung.)

Es erübrigt noch, einer den Rechten von Patti und Lipari

---

1) Patti 7. 8. Lipari 8. 2) Syracus. 1. (Für pasculi liest freilich La Mantia (cf. d. Nachtr.)) pali. Patti 10. Lipari 9.

3) pedagium heisst im Allgemeinen so viel wie Abgabe, in specie an Gerichtsherrn und Beamte, s. Du Cange, hoc verbo; pasculum gleich einer, von Weiden, resp. Wiesen zu leist. Abgabe. Cf. Du Cange, verb. pasculum, pascuarium.

eigenthümlichen Bestimmung zu gedenken, die ebenfalls mit den Normen über Flurbeschädigung und Pfändung in Verbindung steht. Sie ist wegen ihres alterthümlichen Charakters bemerkenswerth, der auf ähnliche Vorschriften in älteren germanischen Rechtsquellen zurückweist.

Wenn Bürger der Stadt Mastschweine (porcos mannarinos)[1]) aufziehen und diese, trotz an sie ergangener Aufforderung zu sorgsamerer Hütung derselben, in fremde Weinberge, Wiesen, oder Holzungen eindringen lassen, dann sollen die Grundeigenthümer mit Genehmigung des Bailli die Thiere zu tödten befugt sein. Sie dürfen ferner, abzüglich eines Viertels, welches an den Beamten zu verabfolgen ist, das Fleisch davon für sich behalten.

Vergleichen wir diese Vorschrift mit den entsprechenden Verordnungen in den Volksrechten, namentlich mit dem burgundischen, und langobardischen Recht[2]), so stellt sich die hier statuirte Tödtungsbefugniss des Grundeigenthümers als eine wesentlich erweiterte dar. Nach jenen älteren germanischen Rechten war dieser regelmässig immer nur zur Tödtung einzelner jener Thiere berechtigt. Dagegen wird ihm hier erlaubt, sie schlechthin alle zu tödten. Desgleichen wird von einer anderen Voraussetzung abgesehen, die man in einzelnen, gleichfalls germanischen Rechten, namentlich in angelsächsischen, und nordischen Rechtsquellen[3]) antrifft: von dem Erforderniss, dass die Feldmarken, auf denen die zu tödtenden Thiere betroffen werden, mit einem Gehege umgeben, oder sonst wie verschlossen sein müssen. Den letztgedachten

1) Wegen dieses Wortes vgl. man Tommaseo und Bellini Dizionario della lingua Italiana verb. mannarino und mannerino. Es bezeichnet eigentlich ein junges castrirtes, zur Mast bestimmtes Schwein. Dagegen ist es mir nicht möglich gewesen, das hier in Verbindung mit lignis vorkommende Wort laudonibus zu erklären.

2) l. Burgundiorum 23, 4. „si cujuscunque porci damnum faciunt in vineis, pratis, aut in messibus cultis, et silvis glandiferis, et admonitus porcorum dominus bis fuerit, ut porcos suos custodiat et noluerit is cui damnum inferunt, occidendi de grege porcorum optimum liberam habeat facultatem, suis usibus vindicandum“ cf. ibid. Addit. I, 2. 1. 2. Addit. I, 20. 1. Lex Rotharis 349 (354) 350 (355).

3) Angelsächs. Ges. des Königs Inc (R. Schmid) c. 40 p. 23. c. 42 § 1. Gulathingslov 82. Frostath. XIII, 19, 21. Von Amira, Altnorwegisches Vollstreckungsverfahren S. 217. 218.

Rechten gegenüber muss auch noch auf einen anderen Unterschied aufmerksam gemacht werden. Während unsere Stadtrechte darin mit dem burgundischen Recht (Burg. 23, 4) im Einklange stehen, dass sie dem Grundbesitzer ausdrücklich das Zurückbehalten des Fleisches der getödteten Schweine gestatten, war nach jenen nordischen, und angelsächsischen Rechtsquellen Haut und Fleisch der getödteten Thiere ihrem Eigenthümer herauszugeben.[1])

Auf der anderen Seite wird freilich das, an sich exorbitante Recht der Selbsthülfe, welches den geschädigten Grundbesitzern eingeräumt wird, statt der blossen Pfändung die Tödtung der Thiere vorzunehmen, in den sicilischen Statuten wieder dadurch abgeschwächt und mit der gemeinen Rechtsordnung in Einklang zu bringen gesucht, dass die Tödtung nur, nach vorheriger Einholung obrigkeitlicher Genehmigung, stattfinden darf. Mit dieser Erlaubniss ist denn auch der Anspruch auf Abgabe des vierten Theiles vom Fleisch der getödteten Schweine in Verbindung zu bringen. Es mag diese gewissermassen als eine, dem Beamten zukommende Gebühr für Ertheilung der fraglichen Erlaubniss zur Vornahme der Tödtung angesehen werden.[2])

1) Frosth. XIII, 21. Angels. Ges. Ine's 42 § 1.

2) Anderwärts begegnet man der entsprechenden Naturalabgabe eines Theils der getödteten Thiere sonst nur bei wilden und jagdbaren, nicht auch bei Hausthieren. Und zwar hatte sie da, wo das Jagdrecht nur zu abgeleitetem Besitzrechte ausgeübt ward, an den Landes- resp. Grundherrn, als an den Jagdobereigenthümer zu erfolgen. cf. Chassanaeus in consuet. Ducat. Burg. Rubr. XIII de forestis § 8. Privileg. Culmense (Culmer Handfeste) v. 1232. (Transsumpt de 1251). verb. „volumus etiam ut de qualibet fera", Weisthum des Dreieichenforstes v. 1338 (Stisser, Forst- und Jagdhistorie der Deutschen. Beil. 13. S. 5. Siehe auch Stieglitz, Geschichtl. Darstell. der Eigenthumsverhältnisse an Wald und Jagd S. 68).

FÜNFTES BUCH.

PROCESS.

I. Capitel.

Die Gerichtsverfassung.

§ 59.

Einleitung. — Die Gerichtsverfassung des Königreichs Sicilien.

Die Gerichtsverfassung der sicilischen Städte muss im Zusammenhange mit der, im Königreich Sicilien bestehenden Organisation der Behörden dargestellt werden. So allein lässt sich der Inhalt der Stadtrechte verständlich machen. Denn nur durch den Vergleich der städtischen Einrichtungen mit der Gerichtsverfassung des Reiches ist klarzustellen, in wie weit die ersteren als ein Glied in die allgemeine Ordnung der Behörden sich einfügten. Nicht minder ergeben sich auf diese Weise die statutarrechtlichen Besonderheiten, durch welche die städtische Gerichtsverfassung sich von der im Reiche überhaupt geltenden unterschied.

Wir schicken daher, bevor wir zur Erörterung der Gerichtsverfassung auf Grundlage der Stadtrechte schreiten, eine Uebersicht der Organisation der richterlichen Amtsgewalten im Königreiche Sicilien voraus.

Ebenso, wie in der Normandie [1]), erscheint auch im Königreich Sicilien von vornherein die ehemals gräfliche Gewalt der karolingischen Gerichtsverfassung dem Landesherrn vorbehalten.[2]) Wie dort der Herzog (dux), so ist hier der König

1) Brunner, Entstehung der Schwurgerichte (Berlin 1872) S. 147.

2) Zwar kommen auch im Königreich Sicilien Grafen (comites) im Mittelalter vor. Diese haben aber mit den Grafen, und deren Amt im ursprünglichen Sinne nichts gemein. Ebenso, wie die Barone, sind auch sie Besitzer grösserer Grund- und Lehnsherrschaften, mit denen gewisse

selbst oberster Richter.[1]) Der normannischen, nach dem Vorbilde der westfränkischen curia regis eingesetzten curia principis (curia palatii) entspricht die magna curia regis der sicilischen Gerichtsverfassung.

Während in der Normandie, wenn der Fürst nicht selbst dem obersten Gericht vorsass, der senescallus Normanniae statt seiner den Vorsitz führte[2]), ist Vorsteher des höchsten Gerichts in Sicilien der magister justiciarius.[3]) Er, und die ihm zugeordneten Richter des obersten Gerichts gelten in allen Sachen, deren Entscheidung sich der König nicht selbst vorbehalten hat[4]), durchaus als die Stellvertreter des königlichen Gerichtsherrn. Da nach mittelalterlicher Anschauung der Kaiser, beziehungsweise der König, oder sonstige Landesherr nicht allein als oberster Richter in höchster Instanz Träger der Gerichtsgewalt ist, sondern schlechthin als die Quelle gilt, aus welcher alle und jede Gerichtsbarkeit fliesst[5]), so entscheidet auch der magister justiciarius mit der magna curia nicht sowohl als höchste Appellationsinstanz, sondern, wohin immer er und das königliche Hofgericht kommen, da schweigen die niederen Gerichte.

öffentliche Befugnisse, als Annexum verbunden waren. Die ihnen zustehende niedere Gerichtsbarkeit war eine lediglich abgeleitete, lehnrührige Jurisdiction, auf königlicher Verleihung beruhend.

1) Const. Sic. I, 31 (H. B. IV, p. 33). Wenn sich hier Friedrich II. auf das römische Recht, und die lex regia als die ursprüngliche Quelle der oberstrichterlichen Gewalt beruft, so ist dies auf das, in seiner Hand zugleich mit der königlichen Gewalt über Sicilien vereinigte, kaiserliche imperium zu beziehen. Aber auch die, dem König in Sicilien als solchem zustehenden Machtbefugnisse erscheinen hier noch keineswegs als bloss abgeleitete. Aus dem weiteren Inhalt der Constitution geht hervor, dass sie direct auf göttliche, von anderer irdischen Gewalt unabhängige Verleihung zurückgeführt werden.

2) Brunner a. a. O. S. 148. Der Seneschall führte in dieser seiner Stellung als Vorsitzender des höchsten Gerichts später regelmässig den Namen Justitia Normanniae, capitalis Justicia.

3) Const. I, 40 pars II (H. B. IV, p. 49) Gregorio, Considerazioni supra la storia di Sicilia p. 152 seq. (in desselb. Verf.: Storia di Sicilia ossia il dritto pubblico Siciliano ct. Italia 1847).

4) Unter Kaiser Friedrich II. galten als der landesherrlichen Entscheidung vorbehalten: Streitsachen der Grafschaften, Baronieen, Städte, Schlösser, und solche, die gewisse grössere Lehne betrafen, Const. Sic. I. 40 pars II (H. B. IV, p. 49).

5) Vgl. Sachsensp. II, 26 § 1, 33, §§ 1. 2. III, 52 § 2. III. 60 §§ 2. 3.

So lange das letztere an einem Orte tagt, können Klagen der Gerichtseinsassen des zugehörigen Bezirkes, mit Uebersprungung der unteren Instanzen direkt vor dem magister justiciarius und seinen Richtern angebracht werden.[1])

Nach dem Vorbilde der, in der Normandie getroffenen Einrichtung, die ihrerseits wieder auf die fränkisch-karolingische Verfassung zurückweist[2]), war Sicilien und Unteritalien während der ersten, auf die normannische Occupation des Landes folgenden Jahrzehnte in Grafschaften eingetheilt. An deren Spitze standen, da die Grafengewalt auf den Landesherrn selbst übergegangen war, nicht comites, sondern vicecomites.[3]) Eine Ausnahme bildeten nur diejenigen Ortschaften, in denen die griechische Bevölkerung überwog. Dort blieben, von den Eroberern geduldet, zunächst noch die, aus der Zeit der byzantinischen Herrschaft herrührenden Stratigoten als Lokalbeamte mit richterlichen Befugnissen bestehen.[4]) Auf Sicilien verschwinden die meisten derselben im Laufe der Zeit. Allein in Messina erhielt sich das Amt des Stratigoten und gelangte, wie wir weiterhin sehen werden, gegen Ausgang des Mittelalters sogar zu gesteigertem Ansehen und erhöhter Bedeutung.

Aus nicht vollkommen aufzuhellenden Ursachen traten später, jedoch noch während der Regierungszeit der normannischen Könige[5]), an die Stelle der vicecomites die bajuli (Baillis).

1) Const. Sic. I, 41. (H. B. IV, p. 50) Palermo c. 3.

2) Brunner a. a. O. S. 148. 149.

3) Gregorio, Consid. p. 97—100.

4) Die Stratigoten waren zu byzantinischer Zeit die Rectoren der Provinzen. Wie so manche Titulaturen der oströmischen Beamtenhierachie später mit Aemtern von geringerer Bedeutung verbunden wurden, so diente auch der Name Stratigot, nach dem Schwinden der ursprünglichen Bedeutung des Amtes, unter der normannischen Herrschaft allein noch zur Bezeichnung gewisser Lokalbeamten. Hartwig, Einleit. zu seiner Ausgabe des Stadtrechts von Messina S. 45, Note 3. S. auch die Urkunden bei Gregorio, Cons. p. 147, Note 2. Zu Ende des 11. Jahrhunderts gab es auf Sicilien, ausser in Messina, noch Stratigoten in den Städten: Syrakus, Catania, Noto, Lipari und Girgenti. Gregorio, Cons. p. 98. 99.

5) Gregorio, Cons. p. 147. Derselbe schreibt die Einsetzung der bajuli anstatt der vicecomites dem König Roger II. zu.

Ähnlich, wie in manchen französischen Landschaften und in der Normandie, wo diese Neuerung dem König-Herzog Heinrich II. (1154—1189) zugeschrieben werden muss [1]), mochte auch in Sicilien mit der Concentrirung und Steigerung der Staatsgewalt in der Hand des Landesherrn das Bedürfniss hervortreten, an Stelle der, aus Beamten allmählig in Feudalherrn umgewandelten vicecomites, als Inhaber der niederen Gerichtsbarkeit die Baillis, Amtleute im eigentlichen Sinne des Wortes [3]) einzusetzen.

In der Regel gab es an jedem Orte Einen bajulus, bisweilen kommen ihrer aber auch mehrere vor. In einer älteren

1) Brunner a. a. O. S. 156. Brussel, Examen et l'usage des fiefs dans le XI, XII, XIII et XIV siècles (Paris 1727) I, 2 c. 25 p. 498. Warnkönig und Stein, Franz. R. Gesch. I, S. 216. Die von Du Cange verb. bajulus, ballivus aufgestellte Ansicht, wonach das Amt des bajulus in seiner späteren Bedeutung in Frankreich schon im 10. Jahrhundert entstanden sein soll, wird hierdurch widerlegt. S. dagegen jetzt auch Henschel in seiner Ausgabe des Glossarium von Du Cange, verb. bajulus a. E.

2) Brunner a. a. O. S. 156. Gregorio, Cons. p. 147, 148: „Or se i bajuli compariscono introdotti in Sicilia dal re Ruggieri in poi, ei puo congetturarsi, che volendo quel principe rinnovellare tutto il sistema degli uffici, abbia ancora voluto cominciar la riforma dai magistrati inferiori; i quali comechè prima si chiamassero vicecomiti, pure a lui piacque chiamarli bajuli, si perchè il nome esprimea più determinata mente un officio, e perchè fosse il nome di vicecomite potea suonare in processo di tempo al pari di quello di conte una dignita feudale."

3) Die etymologische Ableitung des Wortes bajulus, ballivus, franz. bailli, anlangend, so erscheint es gewagt, dasselbe in Verbindung zu bringen mit dem bei Hincmar. Epist. de ord. Palatii. c. 2. 6. opusc. II c. 6 erwähnten Hofamtes eines Prinzenerziehers, entsprechend dem *μέγας βαϊουλος* des byzantinischen Hofstaates (Du Cange l. c. Brussel l. c. p. 495, Note 6). Näher liegt es, das Wort bajulus, ballivus in der späteren Bedeutung von Vogt, Pfleger, Amtmann (Warnkönig und Stein a. a. O. S. 216, Note 2) mit dem ähnlich lautenden Ausdruck balius, gleich Vormund, insbesondere Lehnsvormund auf denselben Wortstamm zurückzuführen. Darnach würde das Wort ursprünglich jede Art von Stellvertretung eines Andern, beziehungsweise die Verwaltung fremden Gutes bezeichnet haben. Diesem Sinne entspricht es, wenn wir dasselbe in früherer Zeit angewandt finden zur Bezeichnung der Oeconomen von Klöstern, bez. der bei einem Bischof die Stelle eines Haus- oder Hofverwalters bekleidenden Personen (Brussel l. c. p. 485, Note 6). Dass übrigens das Wort bajulus bisweilen auch geradezu für balius und tutor gebraucht wird, zeigt das Privileg König Ludwigs von 1342 in der Fassung seines Textes bei De Vio Prin. Pav. p. 173 verb. „Patrui nostri carissimi, et bajuli, et tutoris."

Constitution hatte Kaiser Friedrich II. bestimmt, es sollten an demselben Orte nicht mehr, denn drei Baillis sein. Später verfügte er, jeder Ort solle nur Einen bajulus haben.[1]) Auch sollten nach Bedürfniss mehrere kleinere Ortschaften zu einem Bajulatsbezirk vereinigt werden dürfen.

Die Functionen des Bailli waren doppelter Art. Einmal war er Organ der Finanzverwaltung. In dieser Eigenschaft hatte er die Steuern, und indirekten Abgaben (Accise) zu erheben und die von den Domänen eingehenden Grundzinsen und andern Intraden zu vereinnahmen. Ferner aber war er richterlicher Beamter.

Nach den Constitutionen Kaiser Friedrich II., welcher die Competenzverhältnisse der verschiedenen Beamten fester begrenzte und regelte, soll der bajulus als ordentlicher Richter erster Instanz für alle Civilprocesse (civiles causae, reales et personales) zuständig sein, mit alleiniger Ausnahme der Lehnssachen.

Von Criminalfällen gehören vor sein Forum Uebertretungen und geringere Vergehen, z. B. kleinere Diebstähle, nicht aber Vergehen und Verbrechen, die mit peinlicher Strafe, körperlicher Züchtigung, Verstümmelung, oder gar mit Todesstrafe geahndet werden.[2])

Die Ernennung der Baillis, welche immer nur für die Dauer eines Jahres stattfand, geschah durch den camerarius (Kämmerer).[3]) Sie verwalteten ihr Amt entweder für Rechnung des

---

1) Gregorio, Cons. p. 148. Const. Sic. I, 70. (H. B. IV, p. 42) Nov. const. § III, I, 95 (H. B. IV, p. 187). Ibid. § V [I, 62, Pars II H. B. IV, 197. 198].

2) Const. Sic. I, 65 (H. B. IV, p. 37—38): „Locorum bajuli — civiles causas, omnes reales videlicet et personales que super feudis et rebus feudalibus minime moventur, ad jurisdictionem suam noverint pertinere. Super minimis [etiam furtis et aliis] offensis de quibus comprobati penam sui corporis vel ablationem membrorum incurrere non deberent audientiam suam impertiri debebunt." Bei grösseren Diebstählen hatte der bajulus zwar das Recht und die Pflicht, den Inculpaten zu verhaften, musste ihn dann aber sofort, zugleich mit dem ihm abgenommenen, entwendeten Gute an den Justitiar, als den zuständigen Richter abliefern. Const. Sic. I, 66 (tit. B. IV, p. 38).

3) Const. Sic. I, 65 (H. B. IV, p. 37). Bisweilen geschah die Ernennung auch wohl durch den König selbst. Vgl. den Zusatz zu der angeführten Stelle: „et a curia nostra quandoque. Const. Sic. Nov. const. § III [I, 95] (H. B. IV, p. 187)."

Königs (in credentiam), oder für eigene Rechnung.[1]) In letzterem Falle wurde das Amt mit seinen Sporteln und den Einnahmen aus den einzuziehenden Geldbussen an dieselben verpachtet.

Ausser den königlichen Baillis, welche auf dem domanium oder dem, der landesherrlichen Gewalt unmittelbar untergebenen Landesgebiet die Jurisdiction ausübten, gab es auch Lokalbeamte gleichen Namens, die von den Grafen, Baronen und anderen weltlichen Grundherren oder Vasallen, sowie von den Prälaten (Erzbischöfen, Bischöfen) ernannt wurden und die diesen zustehende lehnrührige Gerichtsbarkeit verwalteten.[2])

Zur Erhaltung der Unabhängigkeit der Stellung der königlichen Baillis wurde daher von Kaiser Friedrich II. angeordnet, es sollten zu dieser Stellung nur diejenigen berufen werden, die auf dem domanium geboren waren, nicht aber die Unterthanen irgend eines Seigneur.[3])

Jedem bajulus stand bei Ausübung der streitigen Gerichtsbarkeit ein Richter als ständiger Beisitzer zur Seite. Wie der bajulus selbst, wurde auch er vom camerarius alljährlich ernannt. Ausserdem waren dem vom bajulus präsidirten Gerichtshofe (curia bajuli), abgesehen von einem oder mehreren Notaren, noch mehrere Beamte zu dem Behufe beigegeben, um die während der Dauer des Processes stattgehabten Verhandlungen, sowie die Endurtheile zu verzeichnen und auszufertigen. Auch lag ihnen, soweit diese nicht vor den Notaren stattfand, die Aufnahme von Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ob. Sie hiessen judices actorum und wurden direkt vom Könige ernannt. Regelmässig sollten an jedem Amtssitze eines bajulus nur drei derselben alljährlich bestellt werden. Für Neapel, Capua und Messina wurde jedoch mit Rücksicht auf die Menge der dort vorkommenden Rechtsgeschäfte (propter contractuum multitudinem) ihre Zahl auf fünf erhöht. Andererseits wurde für die kleineren Gezichtsbezirke durch eine spätere kaiserliche Verordnung die Besetzung mit Einem Richter als ständigen

---

1) Const. Sic. I, 65. I, 62, 71 (H. B. IV, p. 37. 40. 41. 43). Die mit der Stelle verbundenen Einkünfte werden bajulatio genannt, ein Wort, das übrigens das Amt oder die Stellung des bajulus bezeichnet. Greg., Cons. p. 148. Caltagirone 46. 2) Gregorio, Cons. p. 191.

3) Const. Sic. I, 70, 79 (H. B. IV, 42. 43, p. 54, 55). Cleriker sollten nicht zu Baillis ernannt werden. Const. Sic. I, 71 (H. B. IV, p. 42).

Beisitzer des bajulus (assessor continuus) und Einem Notar (notarius actorum) für ausreichend erklärt.[1])

Zu den Richterstellen sollten womöglich litterarisch, beziehungsweise juristisch gebildete Leute genommen werden.[2]) Aber auch soweit diese Laien und nicht gelehrte Richter waren, haben wir darunter nicht Schöffen, als blosse Urtheilsfinder zu verstehen, sondern Richter im modernen Sinne des Wortes.

Die Zwischenstufe in der Organisation des Beamtenthums, zwischen den Baillis auf der einen Seite, und dem magister justiciarius und der magna curia regis auf der andern, bilden die Aemter des camerarius und des justiciarius.

Ebenso wie der bajulus vereinigt der camerarius in seiner Hand Finanzverwaltung[3]) und Jurisdiction. Als unmittelbarer Vorgesetzter der Baillis gebührt ihm die schon erwähnte Befugniss zu deren Ernennung. Innerhalb der Gerichtsverfassung bekleidet er die Stellung eines Civilrichters. In dieser Eigenschaft war er ehedem dem justiciarius untergeordnet. Kaiser Friedrich II. machte ihn zu einem, diesem coordinirten richterlichen Beamten und stellte ihn unmittelbar unter das oberste Hofgericht.[4])

Die Bedeutung seiner Civiljurisdiction war eine zwiefache. Zunächst war er Appellationsrichter. Es geht an ihn die Berufung in den vor den Baillis und deren curia in erster Instanz anhängig gewordenen Civilprocesssachen. Auch steht ihm die Aufsicht und Ueberwachung derselben bezüglich einer ord-

---

1) Const. Sic. Nov. const. § III [I, 95] (H. B. IV, p. 187). § V. (I, 62 Pars II, H. B. IV, p. 198]. Hierdurch wurde die Bestimmung einer älteren Constitutio, I, 79 (H. B. IV, p. 54, wonach (mit Ausnahme von Neapel, Salerno und Capua) in den, der Krone unmittelbar untergebenen Ortschaften (in locis demanii) nicht mehr als 3 judices, und 6 notarii sein sollten, abgeändert.

2) Const. Sic. Nov. const. I, 95 (H. B. IV, p. 187). Verordnung Friedrich's II. vom 15. December 1239 (Regest. Frederici II in Carcani's Ausgabe der Const. Sic. p. 262). Wie die Baillis sollten auch die judices nur aus Eingeborenen des domanium genommen werden. Const. Sic. I, 70. 79 (H. B. IV, p. 42. 43. 54. 55). Sie mussten ferner ehelich geboren sein. Auch sollten keine Leute ganz niederen Standes, namentlich keine hörigen Bauern dazu ernannt werden. Const. III, 60 (H. B. IV, p. 164).

3) Const. Sic. I, 60. 61. 62 (H. B. IV, p. 37. 41. 42). Als Finanzbeamter heisst er in Sicilien: dohanae a secretis et magister quaestorum, oft auch kurzweg: secretus.

4) Const. Sic. I, 60 (H. B. IV, p. 41) Reg. Frederici II (Carcani a. a. O. p. 384 seq.).

nungsmässigen Verwaltung der Rechtspflege zu. Ferner aber ist er unter Umständen auch schon zur Entscheidung von Streitsachen in erster Instanz an Stelle des sonst zuständigen bajulus berufen. Dies war nicht bloss dann der Fall, wenn ein Bajulat zeitweilig unbesetzt war, sondern auch dann, wenn der bajulus aus irgend einem Grunde es ablehnte, in einer Sache ein Urtheil abzugeben und den camerarius um deren Entscheidung ersuchte. Nicht minder gehören vor sein Forum als ersten Richter diejenigen Processe, in welchen der bajulus selbst als Kläger oder Beklagter betheiligt war und somit nicht Richter in eigener Sache sein durfte.[1])

Der justiciarius war seit den Zeiten König Rogers II.[2]) der oberste Beamte einer Provinz. Seine Amtsgewalt umfasst nicht sowohl die dem Könige unmittelbar unterthänigen Bezirke des offenen Landes, wie der Städte, sondern auch die Herrschaften der Grafen, Barone, Vasallen und Prälaten.[3]) Neben weitgehenden Befugnissen der Verwaltung, kraft deren er als der Vertreter des Königs innerhalb der Provinz erscheint[4]), steht ihm von Alters her die ordentliche Criminalgerichtsbarkeit erster Instanz in allen Fällen von schweren Vergehen und Verbrechen zu, welche mit peinlichen Strafen, beziehungsweise mit Todesstrafe bedroht waren.[5])

---

1) Const. Sic. I, 60 (II. B. IV, p. 40. 41).

2) Gregorio, Cons. p. 149 und die dort aus Chronic. Romualdi Salern. mitgetheilte Stelle: „Rex autem Rogerius — pro componenda pace camerarios et justiciarios per totam terram instituit."

3) Den Seigneurs und Prälaten war die Einsetzung eigener justiciarii, bei Strafe der Einziehung ihrer Herrschaften resp. Lehne verboten. Const. Sic. I, 48. 49.

4) Als oberster Beamter einer Provinz, mit welcher Stellung auch militairische Befugnisse (s. Winkelmann, Gesch. Friedrich II., I S. 353) verbunden waren, heisst er mit seinem vollen Titel: justiciarius regionis oder auch capitaneus.

5) S. oben S. 205. Note 2 und vgl. ferner Const. Sic. I, 44 (II. B. IV, p. 47). Als derartige schwere Verbrechen werden hier beispielsweise genannt: Raub und grosser Diebstahl, Nothzucht und Majestätsverbrechen. Als Fälle grossen Diebstahls sollten die angesehen werden, deren Object den Werth von 50 Augustalen überstieg. Von seiner Criminalgerichtsbarkeit waren selbst die Grafen und Barone nicht eximirt. Auch unterlagen derselben die Vergehen und Verbrechen der Städte und andere universitates personarum, deren diese nach mittelalterlicher Rechtsanschauung für fähig erachtet wurden. Nov. const. § II [I, 43] (II. B. IV, p. 182. 183).

An ihn als den Appellationsrichter geht ferner der Instanzenzug in denjenigen leichteren Criminalfällen, in welchen der bajulus als erster Richter entschied. Obwohl dessen in unsern Quellen nicht ausdrücklich Erwähnung geschieht, so darf man dies wohl unbedenklich annehmen. War ja doch der Appellationsinstanz des justiciarius selbst der Stratigot Messina's untergeordnet, dessen Competenz in Criminalsachen, wie weiterhin gezeigt werden soll, eine weit umfassendere war, als die des bajulus. Civiljurisdiction hatte der justiciarius dagegen nur in gewissen Fällen. Ausser in Lehnssachen, welche der Regel nach vor sein Forum gehörten [1]), sollte er zur Entscheidung von Civilprocesssachen nur dann berufen sein, wenn der an sich zuständige bajulus, oder auch der camerarius sich einer Pflichtversäumniss bei Handhabung der Rechtspflege, oder sogar einer förmlichen Justizverweigerung schuldig machten. Nach einer Bestimmung der Constitutionen Kaiser Friedrich II. war dies regelmässig schon dann anzunehmen, wenn die genannten Beamten innerhalb von zwei Monaten, von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo eine Sache vor ihnen anhängig gemacht war, eine Entscheidung nicht abgegeben hatten.[2])

Um die justiciarii möglichst unabhängig und unbestechlich zu machen, war verordnet, dass sie in der von ihnen verwalteten Provinz weder heimisch sein, noch sich dort ansässig machen, oder durch Heirath in verwandtschaftliche Beziehungen zu den Landeseinwohnern treten sollten.[3]) Sie erhielten eine feste Besoldung und durften an Geschenken von den Parteien nichts annehmen, ausser Speise und Trank auf zwei Tage. Zum Zweck der Handhabung der Rechtspflege waren sie angewiesen, mit den ihnen zugeordneten Richtern [4]) beständig in der ihrer Leitung anvertrauten Provinz herumzuziehen. Sie sollten womöglich jeden ihrer Cognition unterliegenden Rechts-

1) Von diesen waren seiner Cognition nur die grossen Baronien und die immatriculirten Lehne entzogen und der landesherrlichen, beziehungsweise der Entscheidung der magna curia vorbehalten. Const. Sic. I, 44 (H. B. IV, p. 47. 48).

2) Const. Sic. I, 44 (H. B. IV, p. 47. 48)

3) Nov. const. § IV. const. spec. super justiciar. reg. [I, 51. 52] (H. B. IV, p. 189 seq.) Winkelmann, Gesch. Friedrich II., I S. 352—353.

4) Const. Sic. I, 83 (H. B. IV, p. 62).

fall, vornehmlich aber die Criminalsachen, an Ort und Stelle in Person aburtheilen.[1])

Die sicilischen justiciarii regionum erscheinen sonach den justiciarii itinerantes der Normannischen Gerichtsverfassung nachgebildet, welche ihrerseits wieder aus den missi dominici des fränkischen Reiches hervorgingen.[2])

Sie dürfen nicht verwechselt werden mit den, von Kaiser Friedrich II. eingesetzten capitanei et magistri justiciarii, ebensowenig wie diese etwa mit dem magister justiciarius der curia regis zu confundiren sind. Während immer nur Einer die Stelle des obersten Hofrichters einnahm, gab es zur Regierungszeit Kaiser Friedrich II. um das Jahr 1240 zwei capitanei et magistri justiciarii.

Unter letzteren, welche sich gleichfalls als eine Nachbildung der missi dominici der fränkischen Reichsverfassung und der justiciarii itinerantes der Normandie betrachten lassen[3]), haben wir ständige königliche Commissarien zu verstehen. Ihre Aufgabe war es, von Zeit zu Zeit mehrere Provinzen des Reiches zum Zweck der Handhabung der Rechtspflege und der Controlle über die justiciarii regionum zu bereisen.[4]) In Abwesenheit der letzteren konnten sie, wenn Gefahr im Verzuge war, in erster Instanz, sonst nur als Appellationsrichter in Criminalsachen entscheiden, soweit solche vor

1) Nov. const. § IV. (H. B. IV, p. 189. seq.) Const. Sic. I, 58 (H. B. IV, p. 178). Die definitive Erledigung der Processe sollte spätestens innerhalb von drei Monaten seit erfolgter Einleitung geschehen.

2) Brunner, Entstehung der Schwurgerichte S. 148. 152—155. Die von Gregorio, Cons. S. 150 aufgestellte Ansicht, König Roger II. habe die justiciarii nach dem Vorbilde einer, von Wilhelm dem Eroberer in England vorgefundenen, aus der älteren angelsächsischen Verfassung beibehaltenen ähnlichen Einrichtung in Sicilien eingeführt, bedarf heute nicht mehr der Widerlegung. Jene Ansicht stützt sich auf die, von älteren englischen Schriftstellern verbreiteten Fabeln über die angeblich angelsächsische Herkunft der curia regis (King's-Bench) in England und der justiciarii itinerantes daselbst, deren normännisch-fränkisches Origin seitdem durch die Forschungen von Gneist, Engl. Verfassungsr. I S. 238—241. 261. 265 und Brunner a. a. O. S. 148. 152—155 erwiesen ist.

3) Nicht zwar mit den, ad hoc zur Erledigung einzelner Geschäfte vom Hofe delegirten Beamten, sondern mit den ordentlichen missi, bez. solchen reisenden Richtern, denen die Bereisung grosser missatischer Sprengel behufs Ausübung der Jurisdiction u. s. w. ein für alle mal übertragen war. Brunner a. a. O. S. 101.

4) Nov. const. § II [I, 43] (H. B p. 182. 183).

das Forum der justiciarii gehörten. Als Appellationsrichter waren sie überdem auch in den, vor andern Unterrichtern anhängig gewesenen Sachen zuständig. Andererseits unterlagen die von ihnen gefällten Urtheile hinwiederum der Berufung an die magna curia regis, oder den König selbst. Bloss ausnahmsweise sollten sie zur endgültigen Entscheidung in letzter Instanz dann befähigt sein, wenn der König sich ausserhalb der Grenzen des Reiches aufhielt.[1])

Ausser diesen ständigen Commissarien gab es übrigens auch delegirte Beamte, die nur in gewissen Fällen vom Könige, oder von der magna curia den Auftrag zur Erledigung einzelner Processsachen erhielten.[2])

Schliesslich sei hier noch in Kürze der geistlichen Gerichtsbarkeit gedacht. Schon zur Zeit der normannischen Herrschaft hatte ein Gesetz König Wilhelm II. alle Vergehen und Verbrechen der Cleriker, mit alleiniger Ausnahme des Landesverraths und des crimen laesae majestatis, der Untersuchung und Aburtelung des weltlichen Richters entzogen und der geistlichen Gerichtsbarkeit vorbehalten.[3]) Derselbe König hatte ferner der Kirche die alleinige und ausschliessliche Criminaljurisdiction in allen Ehebruchsfällen, mithin also in so weit auch über Laien zugestanden. Dabei waren die weltlichen Gerichte zugleich angewiesen worden, den geistlichen Richtern behufs der Strafvollstreckung, auf Ersuchen, den erforderlichen Beistand zu leisten.[4]) Dass ferner in Ehesachen, soweit es sich dabei um Fragen des formellen Eherechts handelte, die Civilgerichtsbarkeit der Kirche Anwendung fand, ist, trotz dem Schweigen der Quellen, nicht füglich zu bezweifeln. Was die eigentlichen Civilprocesssachen anbetrifft, so geschieht in den Constitutionen nur der Rechtsstreitigkeit über Immobilien Erwähnung. Bei

---

1) Bei Majestätsverbrechen stand jedoch dem Angeklagten die Wahl frei, ob er in letzter Instanz an einen der magistri justiciarii, oder an den König selbst appelliren wollte.

2) Cf. Palermo c. 3 a. E.

3) Const. Sic. I, 45 (H. B. IV, p. 48).

4) Const. Sic. III, 83 (H. B. IV, p. 171). Nach den und in der vorigen Note angeführten Gesetzesstellen erscheint der Inhalt, eines von demselben Könige Wilhelm dem Erzbischof von Palermo ertheilten Privilegs von 1171 generalisirt. Cf. Huillard Bréholles Note 1, IV p. 40. Wir werden hierauf später noch zurückkommen.

Grundstücken, welche Geistliche nicht aus der Hand der Kirche, sondern vom Könige, oder einem Andern eigenthümlich erworben, oder zu einem sonstigen Rechtstitel übergeben erhalten hatten, sollte die geistliche Gerichtsbarkeit nicht Platz greifen. Dem geistlichen Richter blieben daher bloss solche Processsachen vorbehalten, bei denen Kirchengüter in Frage kamen.[1])

Die vorstehend, in ihren Grundzügen geschilderte Gerichtsverfassung blieb für Sicilien auch nach dessen Trennung von Neapel, unter der Herrschaft der Könige aus dem Hause Aragon, im Wesentlichen unverändert bestehen.[2])

§ 60.

Die Gerichtsverfassung der sicilischen Städte.

Bei der Darstellung der Organisation der richterlichen Behörden in den Städten Siciliens empfiehlt es sich, die Gerichtsverfassung Palermo's und Messina's gesondert, und zwar eine jede für sich zu behandeln, da sie sowohl manche Besonderheiten, verglichen mit dem sonst geltenden Recht aufweisen, als auch unter einander abweichen.

Die Statuten der übrigen Städte stimmen dagegen in der Hauptsache mit dem Inhalt der Reichsgesetze, wie auch unter einander überein. Wir beginnen unsere Darstellung damit, dass wir die Gerichtsverfassung der kleineren und mittleren Städte voranstellen und hierauf die der Grossstädte Palermo und Messina folgen lassen.

§ 61.

I. Die Gerichtsverfassung der kleinen und Mittelstädte.

Der Ortsrichter ist der bajulus. In Catania führte er den Titel patricius.[3]) Von Bedeutung war dies weiter nicht. Seine Amtsbefugnisse waren durchaus denen der Baillis in den übrigen Städten gleich.

---

1) Const. Sic. I, 68 (H. B. IV, p. 40).

2) Cf. z. B. den Eingang des Privilegs König Jacob's von 1291: De Vio Privil. Panorm. p. 23 und Cap. Alphonsi regis 110. 111 (Capitula Regni Sic, I, p. 244).

3) Nach Gregorio, Cons. 311, Note 13, rührt dieser Titel nicht aus älterer Zeit her. Jene Auszeichnung wurde dem bajulus von Catania vielmehr erst unter der Herrschaft der Aragonesischen Könige zu Theil, ohne dass genau festzustellen wäre, von welchem derselben die Verleihung

Mit Ausnahme von Lipari, wo die niedere Gerichtsbarkeit, als patrimoniale und lehnrührige von dem dortigen Bischof, als Gerichtsherrn resultirte[1]), waren die Baillis in den Städten, nebst den ihnen zugeordneten judices zu den Zeiten Kaiser Friedrich II königliche Beamte. Wie oben bemerkt ward, lag ihre Ernennung den camerarii ob. Dagegen war den Stadtgemeinden diese ausdrücklich und bei Strafe verboten.[2])

So feindlich aber sich dieser Herrscher, wenn wir von der Begünstigung einzelner grösserer Städte, namentlich Palermo's absehen, jedem Streben nach politischer und municipaler Selbständigkeit gezeigt hatte, ebenso geneigt erwiesen sich die Aragonesischen Könige, voraus König Friedrich III (II) den sicilischen Städten. Es war die Begünstigung derselben gewissermassen ein Akt der Dankbarkeit für die energische Unterstützung, welche sie ihrem Landesherrn während des sicilischen Freiheitskampfes wider das Haus Anjou gewährt hatten.

König Friedrich II. (III.) gab den Städten, die, ausser den zur Zeit der Staufischen Herrschaft eingesetzten jurati, mit ihren ursprünglich sehr untergeordneten Befugnissen, bis dahin fast[3]) jeder Vetretung entbehrt hatten, eine Verfassung und municipale Behörden.

Zu dem Behufe machte er die, bisher lediglich als königliche Beamte fungirenden bajuli und judices zu Mitgliedern des städtischen Rathes. Sie bildeten fortan zusammen mit den jurati den Körper der ordentlichen Municipal-Vertretung.[4]) Dieser veränderten Stellung der bajuli und ihrer judices, vermöge deren sie aus unmittelbaren königlichen Officialen zu Mitgliedern der Stadtmagistraturen wurden, entsprach das schon von dem genannten König Friedrich II (III) den Städten

---

dieses Titels ausgegangen. Beiläufig sei hier bemerkt, dass dem bajulus von Syrakus durch den König Martin im Jahre 1395 der Titel senator verliehen wurde (Gregorio ibidem). Die Statuten der Stadt erwähnen dessen nicht.

1) Cf. das prooenium der Statuten von Lipari.

2) Const. Sic. I, 50 (H. B. IV, p. 53).

3) Const. Sic. I, 50 (H. B. IV, p. 53. 54).

4) In den Urkunden einiger, namentlich kleinerer Plätze kommen schon früher einer oder mehrere magistri burgensium vor, (S. Di Gregorio, Cons. p. 204), ohne dass wir jedoch Näheres über deren Amtsbefugnisse wissen.

5) Di Gregorio l. c. p. 307. 310.

zugestandene, von den späteren Aragonesischen Königen bestätigte und erweiterte Wahlrecht. In gleicher Weise wie die sonstigen Communalbeamten [1]) sollten sie auch die bajuli und judices selbst wählen dürfen.[2]) Mit Rücksicht hierauf schreiben die

---

1) Zur Zeit Kaiser Friedrich's II. waren, ausser den mit der Vertretung der Stadtcommunen in Processen beauftragten syndici, die jurati die einzigen städtischen Beamten, die ihre Stelle durch Wahl der Bürgerschaft erlangten. Unter den jurati sind nicht etwa Geschworene, oder Schöffen zu verstehen. Sie haben mit der Rechtssprechung im Allgemeinen Nichts zu thun (s. jedoch unten § 63. 77). Ursprünglich lediglich Vertrauensmänner, welche die landesherrlichen Polizeiorgane in bestimmten Fällen zu unterstützen hatten, (Const. Sic. III, 49 (H. B. IV, p. 154, Gregorio a. a. O. p. 250. 255, Hartwig in der Einleitung zu seiner Ausgabe des St.-R. von Messina S. 41), waren sie später Communalbeamte, denen vornehmlich die Fürsorge für das städtische Finanzwesen oblag. S. die Capitula juratorum König Friedrich II. (III.) cap. 116 (cap. Regni Sic. I, p. 106—108). Gregorio a. a. O. p. 307. Sie waren der Aufsicht besonderer, magistri jurati genannter, landesherrlicher Beamten unterstellt, welche alljährlich die von ihnen geführte Verwaltung zu prüfen und namentlich auch die Richtigkeit der von ihnen zu legenden Rechnungen über die städtischen Einnahmen und Gefälle zu controlliren hatten. S. Testa in der Praefatio zu Cap. Regni. Sic. I, p. XXVII cap. Alphonsi reg. 45. 52. 60. 61 (Cap. Regni Sic. I p. 221. 223. 226).

2) Cap. 57 Friderici (Capitula Regni Siciliae, I, p. 75) „Mandamus, et volumus, quod Barones, et milites nullo modo se intromittere debeant de electione judicum, et aliorum officialium, eligendorum per universitates terrarum, et locorum anno quolibet, nisi de hoc forte quando aliquibus specialiter nostra mandaverit celsitudo.“ Dipl. ann. 1338 (Tabul. Syracus. p. 43 abgedruckt in Gregorio, Cons. p. 313) „Porrecta nuper culmini nostro pro parte universitatis dictae civitatis — petitio inter alia continebat: quod statuti dudum super electione et confirmatione judicum, juratorum et aliorum officiorum in dicta civitate Syracusarum per modum scarfiarum electorum, in electione officialium ipsorum minus debite procedendo, officiales ipsos elegerunt pro eorum arbitrio voluntatis contra bonum regimen civitatis ipsius et ordinationem nostrae curiae super hoc editam, et observari in talibus consuetam —. Qua supplicatione, utpote justa, benigne admissa, quia beneplaciti nostri est, quod officiales eligendi per dictum modum scarfiarum in civitate praedicta in praesentia et cum plena notitia et conscientia judicum, juratorum et aliorum proborum virorum eligi debeant et creari, dicta ordinatione nostra sicut praedicitur observata tenaciter, fidelitati vestrae mandamus, quatenus judices, juratos et officiales alios eligendos et creandos per praedictum modum scarfiarum, praesentibus judicibus et juratis anni tunc proxime praecedentis, et aliis probis viris civitatis ejusdem, ita quod videantur scribi et notari in cedu-

Statuten von Catania und Syrakus vor, es solle Niemand zu irgend einem städtischen Amte gewählt werden, der nicht dort geboren sei, oder sich als verheiratheter Mann und Familienvater daselbst niedergelassen und längere Zeit (5 resp. 7 Jahre) ununterbrochen aufgehalten habe.[1]) Für die Wahl sämmtlicher Officialen galt ferner die Beschränkung, dass, wer schon

---

lis nomina officialium concurrentium in scarfiis ipsis et poni cedulas ipsas in cappucio, et quod nihil eos inde lateat quoquo modo, ad tollendam omnem suspicionis materiam debeatis eligere."

Cap. Johannis reg. 117 (cap. buxuli pro officio Patriciatus civ. Cataniae) in Capit Regn. Sic. 1, p. 492.

„In primis per totam civitatem. et universitatem per generale consilium prudentium virorum, et nobilium, eligantur (triginta) viri nobiles, graviores, idoneiores et virtuosiores, majoris reputationis, qui cum juramento, et per cedulas secretas, debeant ordinare, et facere listas, seu mastras vulgariter loquendo, infrascriptas. Prima sit pro illis, qui concurrunt ad officium patriciatus, in quo solum milites concurrunt, et isti eligi habeant per praefatos triginta electos, et erunt digniores electi ex militibus aetate, et moribus; quae electio reduci debeat per cedulas: quae cedulae, quot erunt, reponentur postmodum in quadam buxula (sic!), seu bireeto, et tempore creationis officialium, per unum puerum extrahi debeat una cedula: et descriptus in illa erit Patricius: et reponentur cedulae tali modo apertae, in quibus fraus fieri non possit; nec signum apponi, ut tangendo cognoscatur. Item similiter fiat de Judicibus doctoribus, qui debet esse unus, qui est Judex ipsius Patricii, qui agnoscat de causis civilibus quibuscumque: et primus, qui extrahi contingat per puerum, erit Judex Pratricii; alter vero extrahendus erit Judex primarum appellationum. Item etiam Jurati, qui fieri debebunt; erunt cedulae omnes in buxulo, seu bireeto, ex quibus extrahentur per puerum sex cedulae: ita quod descripti in illis sex cedulis erunt Jurati illius anni."

Hiernach gestaltete sich das Wahlverfahren etwa folgendermassen: Zunächst wurde von der Bürgerschaft eine gewisse Anzahl von Wahlmännern gewählt. Diese hatten demnächst die Wahl der zu berufenden Beamten in der Weise vorzunehmen, dass sie die Zettel mit den Namen der Canditaten in ein rundes Gefäss: buxulum (bussolo) thaten. Der, resp. die, aus diesem von einem unbetheiligten Knaben zuerst herausgezogenen Zettel, der Anzahl der zu Wählenden entsprechend, gaben für die Wahl der betreffenden Officialen den Ausschlag. Das zweite und endliche Wahlverfahren hiess mit dem Vulgärausdruck: per modum scarfiarum (a modu di scarfie). Scarfia (scarfie) bedeutet ursprünglich eine Art Kopfbedeckung (Kapuzze oder Barett). In diese that man Anfangs die Zettel, bis später ein Gefäss (bussolo) an seine Stelle trat. S. Gregorio, Cons. p. 313. 314.

1) Catiania tit. 2 cons. 1 Syracus 31. 34.

einmal ein städtisches Amt bekleidet hatte, vor Ablauf von drei Jahren nach Ablauf der Amtsperiode nicht wieder gewählt werden sollte.[1])

Jeder Beamter musste selbst seines Amtes walten, durfte demnach keinen Substituten bestellen. Auch war es ihm verboten, im Laufe der, regelmässig nur Ein Jahr währenden Amtsperiode die Stadt zu verlassen. Andernfalls sollte er sofort seines Amtes verlustig sein, und an seiner Stelle ein Anderer gewählt werden.[2])

Anlangend die judices, die mit dem bajulus zusammen die curia bajuli oder das Stadtgericht (judicium civitatis) bilden[3]), so wurden diese gleichfalls immer nur auf Ein Jahr gewählt.[4]) In Catania konnten auch Notare zu den Richterstellen berufen werden. Diese aber mussten sich dann verpflichten, in dem Jahre, wo sie dem Richteramte vorstanden, wie auch noch in dem nächstfolgenden, sich der Ausübung der Notariatspraxis zu enthalten.[5]) Neben litterarisch und juristisch gebildeten Richtern (judices doctores) gab es auch Laienrichter (idiotae). Letztere waren, wie gesagt, keineswegs blosse Urtheilsfinder oder Schöffen, sondern Richter im modernen Sinne. Jedoch waren sie als sg. judices pedanei nur mit der Entscheidung, beziehungsweise gütlichen Beilegung geringfügiger Streitsachen betraut.[6])

Im Einklang mit der allgemeinen Gerichtsverfassung des Reiches umfasste die Competenz der städtischen bajuli und deren judices die Civil- und niedere Criminalgerichtsbarkeit. Mit letzterer war die Erhebung der Buss- und Strafgelder verbunden (jus bajulationis, jus pedagii).[7]) Nur in Syrakus und in Noto war der Bailli, wie es den Anschein hat, selbst bei kleineren Vergehen und Uebertretungen

1) Syracus 33 cf. Dipl. ann. 1316 (De Vio, Priv. Panorm. p. 67).

2) Catania tit. 2 cons. 1. Syracus. 34.

3) Syracus. 20. 43. Noto 48.

4) Catania tit. 73.

5) Catania ibidem.

6) Cap. 117 reg. Joh. (buxuli) — „similiter ut dictum est de judicibus doctoribus, fiat de duobus idiotis, qui sunt pedanei judices; cognoscunt enim de minimis causis et sine processu" (sc. nicht im ordentlichen Verfahren).

7) Catania tit. 2 cons. 2. Syracus. 23. 30. Noto 48. Caltagirone 45. 46. Patti 10. 11. 51. Lipari 10. Girgenti 14—16.

nicht, oder doch nicht unter allen Umständen zuständig. Wenigstens bezog dort in gewissen Contraventionsfällen nicht er, sondern der justiciarius regionis die polizeilichen Geldbussen.[1]) Appellationsrichter in Civilprocesssachen ist nach der Verfassung der Constitutionen der camerarius.[2]) Unter der Herrschaft der Aragonesischen Könige trat hierin für die Städte eine Aenderung ein. Nachdem, wie unten zu erwähnen sein wird, Messina bereits zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts seinen eigenen Appellationsrichter erhalten hatte, wurde diese Vergünstigung später auch andern Städten zu Theil. In Catania wenigstens ist ein solcher nachweislich um die Mitte des funfzehnten Jahrhunderts vorhanden gewesen. Auch dieser Appellationsrichter, judex primarum appellationum genannt, weil seine Urtheile der weiteren Berufung an die magna curia unterlagen, ging aus freier Wahl der Bürgerschaft hervor.[3])

§ 62.

II. Die Gerichtsverfassung Palermo's.

Als königliche Residenzstadt, zu der es bereits von den normanischen Königen Roger II und Wilhelm II erhoben war, — welche Begnadigung demnächst Kaiser Heinrich VI bestätigte[4]) —, hatte Palermo selbst unter dem, der Entwickelung municipaler Freiheit und Selbständigkeit abholden Regiment Kaiser Friedrich II sich mancherlei Begünstigungen zu erfreuen. In dem

---

1) Syracus. 47. Noto 49. Hinwiederum scheint auch die Criminaljurisdiction des Justitiars nach dem Rechte einzelner Städte in manchen Fällen ausgeschlossen gewesen zu sein. So sollte nach dem Rechte von Catania tit. 52, während der Verhandlung einer Sache in erster Instanz vor der curia patricii der, als meineidig befundene und deshalb dort in Haft genommene Zeuge, mit Uebergehung des Justitiars, sofort der magna curia regis (regia curia) zur Aburtheilung zugeführt werden. Vgl. Form. 964 der Formulae magnae curiae in: Acta imperii inedita sec. XIII ed. E. Winkelmann (Innsbruck 1880) p. 725.

2) S. oben S. 207.

3) Cap. 117 reg. Joh. (buxuli). S. oben S. 216 Note 6.

4) Priv. Roger II v. 1140 (De Vio Priv. Panorm.) p. 1—3. Priv. Wilhelm II v. 1171 ibid. p. 7—8. Priv. Heinrich VI. ibid. p. 8—10.

berühmten Privileg vom Jahre 1233 [1]) bestätigt dieser Herrscher der Stadt ihr Gewohnheitsrecht und die von Alters her bestehende Verfassung: mit dem ausdrücklichen Bemerken, dass deren Gültigkeit durch die entgegenstehenden Vorschriften seiner Constitutionen kein Abbruch geschehen solle.

Als Organe der Municipalverwaltung werden darin, ausser dem Castellan [2]), der vicecomes und der praetor genannt.

Über das gegenseitige Verhältniss des vicecomes und des praetor fehlt es uns für die Zeit der normannischen Herrschaft und der Regierung Kaiser Friedrich II. an Nachrichten.

Nach Analogie der im übrigen Reiche dazumal bestehenden Einrichtungen ist darauf zu schliessen, dass, nachdem die Baillis an die Stelle der vicecomites getreten waren, das Amt des vicecomes neben dem des praetor eine bloss nebensächliche und untergeordnete Bedeutung hatte. In späterer Zeit waren die allein noch in Palermo bestehen gebliebenen vicecomites, deren es demnächst nicht bloss einen, sondern mehrere gab, Beamte sehr untergeordneter Art. [3])

Der praetor versah das Amt des bajulus. Obwohl er schon in dem erwähnten Privileg von 1233 vorkommt, war der Titel praetor nicht immer mit der Stellung des Ortsrichters von Palermo verbunden. Im weiteren Verlaufe des dreizehnten, oder zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts kam

---

1) H. B. IV p. 454. De Vio. Priv. Panorm. p. 15. Letzterer giebt das Datum unrichtig auf das Jahr 1224 statt 1233 an. Die einschlagenden Worte des Priv. lauten: „Fridericus — castellano, vicecomiti, pretori et universo populo Panormi fidelibus suis gratiam suam et bonam voluntatem — nec non omnibus antiquis et approbatis consuetudinibus vestris, quibus ab eorundem progenitorum temporibus et precipue a tempore regis Guilelmi — usque ad hec felicia tempora nostra usi et gavisi estis, utamini, et eas absque contradictione aliqua habeatis, non obstantibus novis constitutionibus nostris loquentibus" et.

2) Der Castellan stand der königl. Pfalz und dem darin befindlichen Gefängniss vor. Nur ein Palermitanischer Bürger konnte vom Könige mit diesem Posten betraut werden. Später gab es übrigens zwei Castellane in Palermo, von welchen der eine der königl. Pfalz, der andere dem, am Meere belegenen, der Stadt gehörigen Castell vorstand. Palermo c. 67. (68). Der Castellan der königl. Pfalz hatte zugleich die Aufsicht über das dortige Staatsgefängniss, und die darin internirten Gefangenen c. 75. (76) ibid. cf. Const. Sic. I, 91 (H. B. IV, 44. 45).

3) S. hierüber unten.

diese von Alters her übliche Titulatur ausser Gebrauch. Auch in Palermo hiess damals der Ortsrichter schlechthin bajulus. Erst ein Gnadenact Peter's, des erstgeborenen Sohnes König Friedrich II. (III.) von Sicilien vom Jahre 1322 gestattete demselben die Wiederannahme des Titels praetor.[1])

Ebenso wie alle übrigen Officialen der Stadt wurde auch der praetor von der Bürgerschaft gewählt, ohne dass es zur Vornahme der Wahl eines königlichen Mandats, noch für deren

1) Man vgl. die aus dem Chronicon Siculum p. 216 von Gregorio, Cons. p. 311 mitgetheilte Stelle: „Tempore cujus coronationis inter alia privilegia et immunitates concessas dictae universitati Panormi per dictum dominum regem Petrum fuit concessum, quod ex tunc in antea Bajulus dictae urbis nominaretur et vocaretur Praetor, prout antiquitus assueverat vocari". Nicht ohne Interesse ist die Erklärung, mit welcher der damalige Ortsrichter von Palermo die Wiederannahme des Titels motivirt und sich zugleich, sowohl den Bürgern der Stadt, wie dem Könige gegenüber, gegen den etwaigen Vorwurf verwahrt, er wolle aus dieser Bezeichnung für seine Stellung irgendwelche, den Rechten der Stadt, oder des Landesherrn präjudicirliche, ihm nach Stadt- und Reichsrecht nicht zukommende Machtbefugnisse herleiten: „Ego Senator de Mayda Miles considerans, quod nulla sit tam modesta felicitas, quae juxta dictum Sapientis malignancium dentes valeat evitare; Cognoscens etiam, quod insidiator homo saepissime solet bonum convertere in malum, et maculam ponere in electis, ut dicitur in De. VII, 9. 2. c. 1. Per id quod pridie restauratum est per me, et resuscitatum de consilio Judicum Universitatis nomen Praetoris, et recessum a nomine Bayulatus infrascripta protestor.

In primis, quod per hanc mutacionem nominis nichil novum facere intendo; sed quod erat jam factum, et per incuriam praeteritum, et non curatum restaurare, et resuscitare. Aliud est enim tueri, quod acceptum est, et aliud novum aliquod facere, et aliud est surgere, et aliud resuscitare ff. de novi operis nunciatione l. prima §. opus novum ff. de usufructu l. usufructuarius Cod. de pactis l. ultima circa finem l. XII Cod. de operibus publicis l. nemini Judicum, et de naturalibus liberis l. Si quis seu liber in ff. 2, 42 . . . Cod. de Judiciis l. ult. et vigesima . . . consuluit.

Item quod per hoc nomen Praetoris non ampliare intendo officium, nec transformare, contra id quod legitur C. de usufructu l. quamvis et l. sicut §. sed si aedium. Item per hoc nomen Praetoris neque latius intendo facere officium, neque longius, neque altius, neque humilius, juxta id, quod legitur ff. de via publica l. 1 §. si quis in specie.

Item quod per hoc nomen Praetoris non itendo exemi ab aliqua subjectione felicis Urbis Panormi, sed more majorum meorum ipsi Universitati caput meum submittere, et subjugare, contra id quod legitur C. de Sacros. Eccl. l. qui sub praetextu 2, 42. ad haec . . . Valentiniani Imperatoris.

Gültigkeit der landesherrlichen Bestätigung bedurft hätte. Die Wahlen fanden alljährlich zu Ende des Monats August statt. Ebenso wie bei den anderen städtischen Beamten dauerte die Amtsperiode des praetor Ein Jahr, und hatte der abtretende den neu antretenden zu vereidigen und zu verpflichten.

Zur Praetur gleichwie zu den sonstigen städtischen Aemtern sollten nur Bürger von Palermo und zwar solche, die wenigstens schon Ein Jahr lang vor der Wahl in einem der Stadtquartiere ihr Domicil gehabt hatten, berufen werden dürfen.[1]) Es mussten ferner persönlich durchaus unabhängige Leute sein. Bedienstete und Unterthanen der Barone oder Seigneurs waren ausgeschlossen.[2]) Wer bereits einmal der Praetur vorgestanden hatte, konnte hierzu nicht eher wieder gewählt werden, als nach Ablauf von vollen drei Jahren, vom Ende des Amtsjahres an gerechnet.[3])

Wenngleich Kaiser Friedrich II. die von Alters her in Palermo überkommenen Aemter anerkannte[4]), so reicht doch diese Thatsache für sich allein nicht hin zur Begründung der Annahme, dass schon zur Staufischen Zeit, gegensätzlich zu dem sonst geltenden Landes- und Reichsrecht, die Officialen daselbst von den Bürgern gewählt und nicht vom Könige

---

Item id quod dicit l. jus pluribus §. finali Praetorem habere majestatem, non intelligo, quod Praetor habeat majestatem Imperantis, vel Regnantis, de quibus habetur Codice de legibus: digna vox, et in proemio institutionum in principio; sed de illa Majestate, quae ethymologiatur quasi magis stans, pro eo, quod, qui praesunt antestant alios, et sic per hunc modum loquendi attendatur non figura dicendi. Simile est, quod legitur Institut. quibus modis Jus Patriae potest. solvitur §. si filius: ubi Consularis dignitas vocatur Imperatoria: sic et C. de Consulibus l. ult. lib. XII. Ultimo in hoc, et in omnibus salvo semper reverentiam, obedientiam, mandatum, et ordinacionem Sacrae Regiae Majestatis." (Testa. de vit. et reb. gest. Frid. II monum. p. 238).

1) Palermo 67 (68). Priv. Peter II v. 1339. De Vio. Priv. Pan. p. 152. (S. unten Seite 221 Note 1).

2) Priv. Peter II v. 1339. Priv. Ludewigs v. 1346 (De Vio l. c. p. 176—178).

3) Capitula Friderici II (III) von 1316 (De Vio Priv. Panorm. p. 67) Dasselbe galt von den ihm beigeordneten judices (legistae et non legistae), ferner auch von den jurati, magistri xurterii u. achatapani.

4) S. oben S. 218 N. 1.

oder von seinen Organen ernannt wurden. Für die gegentheilige Meinung spricht der Umstand, dass, conform den Verleihungen an die kleineren und Mittelstädte der Insel, auch Palermo die Befugniss zur Wahl seiner Beamten und vornehmlich des praetor von den Aragonesischen Königen Friedrich II. (III.) und Peter II. bewilligt und von späteren Königen aus demselben Hause bestätigt erhalten hat.[1])

Man darf daher wohl unbedenklich behaupten, dass der Stadt Palermo jenes Wahlrecht früher nicht zugestanden hat und ihr erst dann zu Theil geworden ist, als die Städte Sici-

---

1) Priv. Friedrich II. (III.) v. 1316 (De Vio Priv. Panorm. p. 65—67). v. 1326 (De Vio l. c. p. 91. 92) — „quod Praetor, Judices, Notarii actorum, tam videlicet Judices, et Notarii Curiae — Justiciarii, sive Capitanei, quam dicti Praetoris Urbis praedictae Jurati, Magistri Plateae, Magistri Xurterii, — illis tamen, qui officia ipsa ad praesens obtinent ex concessionibus eis ab olim factis per Nos et Illustrem Regem Petrum secundum dicti Regni Siciliae Regem — Primogenitum nostrum charissimum, ab ipsis officiis, aut morte, vel ex forma concessionis praedictae cessantibus, de cetero non sint Exteri, sed sint et esse debeant cives Urbis praefatae, et annales, qui de coetero, facto prius scrutinio per nostram curiam vel eum, cui ipsa curia nostra commiserit, de Personis idoneis ad praedicta officia concursuris per modum scarfiarum — eligantur in praedicta tamen Urbe, in praetorio publico Urbis ipsius". Priv. Peter II v. J. 1339. (De Vio l. c. p. 152). „Volumus igitur, et per praesentium tenorem jubemus, quod officiales ejusdem urbis creari debeant per scarfias juxta modum hactenus consuetum, neque concurrant ad scarfias easdem, nisi tantum qui electi fuerint et notati in scrutinio per voces et cedulas electorum et ordinatorum ad eligendum officiales eosdem nec etiam concurrat aliquis in eisdem scarfiis quantumcumque fuerit electus in titulo alicujus quarterii, nisi prius ante electionem ipsam habuerit domicilium, et steterit in eodem quarterio per annum. Quodque nullus vel Miles, vel Burgensis cujuscumque conditionis, et gradus habens robbam a Comitibus Militibus vel Baronibus, habeat aliquod officium in eadem Urbe juxta Capitula — Regis Friderici." Cf. cap. Regni Sic. I, p. 75 oben S. 214. S. ferner Priv. v. 1392 (Martinus et Maria, De Vio l. c. p. 179). — Das Wahlverfahren war demnach in Palermo wesentlich dasselbe, wie das oben S. 215 Note 2 erwähnte. In der ersten Zeit, nachdem die Stadt das Recht ihre Beamten zu wählen erhalten, hatte bei der Aufstellung der Listen, welche die Namen des zur engeren Wahl kommenden Candidaten enthielten, die magna curia oder eine andere damit beauftragte königliche Behörde mitzuwirken. Deren Theilnahme fiel jedoch später fort, und wurden demnächst mit Aufstellung der Listen für die engere Wahl die von der Bürgerschaft gewählten Wahlmänner (electi et ordinati) betraut. Vgl. das zweite der oben aufgeführten Privilegien.

liens unter der Herrschaft der Aragonesischen Könige eine grössere communale Selbständigkeit erlangten.

Anders als die bajuli, welche auf den Ertrag von Sporteln und Geldbussen angewiesen waren, bezog der praetor ein festes, aus dem Stadtsäckel zu zahlendes Gehalt. Auf Sporteln hatte er nur in gewissen Fällen Anspruch. Geschenke von Parteien anzunehmen, war ihm untersagt, es sei denn, dass diese in Speise und Trank bestanden.[1])

Die richterlichen Amtsbefugnisse des praetor und der ihm zugeordneten judices, von denen wenigstens zwei rechtskundig (juris periti vel legistae) sein mussten[2]), umfasst zunächst die Civilgerichtsbarkeit in erster Instanz.

Bei geringfügigen Sachen, deren Object den Werth von vier Tarenen nicht erreicht, stand es dem Kläger frei, statt beim praetor und seiner curia, sich anderweitig Recht zu holen. Für derartige Bagatellprocesse sollten nämlich nach altem Herkommen in jedem der grossen Stadtviertel Palermo's als Unterrichter rechtschaffene Leute ohne weitere juristische Bildung unter dem Namen der vicecomites bestellt werden.[3]) Wie schon angedeutet, enthält diese Bezeichnung eine Reminiscenz an das während der ersten Zeit der Normannenherrschaft ungleich wichtigere Amt gleichen Namens, dessen Bedeutung im Allgemeinen mit der Institution der Baillis aufhörte.

Gleich anderen bajuli hat der praetor neben seiner Polizei-

---

1) Palermo c. 8. Die Capitula Friderici II (III) v. 1316 (De Vio Priv. Pan. p. 66. 67) hatten die Zahlung eines festen Gehaltes nur für die zwei, dem bajulus (praetor) beigegebenen rechtsverständigen Richter (juris periti, legistae) erfordert.

2) Capitula Friderici II (III) v. 1316 (De Vio l. c. p. 67). Praetor und judices zusammen bilden die curia civitatis (Stadtgericht). Ausser den bei derselben angestellten Notaren, deren in anderem Zusammenhange gedacht werden soll, gehören zu ihr als Unterbeamte die apparitores et servientes, welchen neben anderem oblag, die Parteien und Zeugen zu laden. Palermo c. 7. Weder der praetor noch die Richter konnten einen privilegirten Gerichtsstand für die Sachen, bei denen sie selbst als Partei betheiligt waren, in Anspruch nehmen. Für Klagen des praetor und wider ihn sollten die judices zuständig sein. Umgekehrt waren in den Fällen, wo ein Richter als Kläger oder Beklagter in Frage kam, der praetor und die anderen nicht mitbetheiligten judices competent. Palermo 82 (83).

3) Palermo c. 64.

gewalt eine beschränkte Criminalgerichtsbarkeit in Übertretungsfällen und bei geringen Vergehen, so namentlich bei Injurien.[1]) Neben dem praetor hatten die xurterii[2]), Beamte, die als Organe der Polizei mit der Aufsicht über den Nachtwachtdienst betraut waren, in gewissen Fällen eine Strafgerichtsbarkeit niederer Ordnung. Ihre Competenz trat ein bei Vergehen und Contraventionen, deren sich die in der Stadt weilenden Fremden (extranei) schuldig machten. Desgleichen unterlagen ihrer Cognition Weibspersonen, welche die Unzucht gewerbsmässig betrieben. Immer aber waren die xurterii nur dann zuständig, wenn auf die incriminirte Handlung keine höhere Strafe stand, als Geldbusse bis zu 10 Tarenen. Bei den Verhandlungen und der Urtelsfällung mussten sie einen judex und einen Notar zuziehen. Von ihren Entscheidungen konnte an den praetor appellirt werden, welcher somit hier als Criminalrichter zweiter Instanz fungirte.

Der ordentliche Criminalrichter, dem die Untersuchung und Aburtelung der schweren Vergehen und Verbrechen obliegt, ist der justiciarius. Hierunter ist aber für Palermo nicht der justiciarius regionis zu verstehen. Die Hauptstadt hatte vielmehr ihren eigenen Criminalrichter, der daher justiciarius civitatis hiess.[3]) Ehedem vom Könige ernannt, ward er später gleich dem praetor und den andern städtischen Officialen von der Bürgerschaft gewählt.[4]) Nur Bürger der Stadt, nicht aber Auswärtige konnten dieses Amt bekleiden. Der Justitiar muss seinem Amte selbst vorstehen. Bestellung eines Substituten

---

1) Palermo c. 58. c. 75 (76).

2) Palermo c. 60. Der Name xurterii ist arabischen Ursprungs. Säheb-es-sciorta hiessen die Polizeipräfecten der arabischen Städte. Hartwig, Einleit. zu seiner Ausgabe des Stadtr. v. Messina S. 43.

3) Palermo c. 3. 9. 67 (68). Da er gleichzeitig der oberste militärische Befehlshaber am Orte war, wurde er auch mit dem Namen capitaneus bezeichnet. (cf. das Mandat König Friedrich II (III) von 1314 De Vio l. c. p. 51). Daneben führt er zur Auszeichnung (per excellentiam) den Titel magister justiciarius magnae curiae, ohne dass dies von weiterer Bedeutung gewesen wäre. Er darf daher nicht verwechselt werden mit dem magister justiciarius, dem obersten Hofrichter im eigentlichen Sinne. (S. oben S. 202).

4) Ordonnanz Friedrich II (III) v. 1314 vgl. mit Priv. desselben Königs v. 1326 De Vio l. c. p. 52 u. 92 (oben S. 222 Note 1). Priv. Peter II v. 1339 l. c. p. 152.

war ihm der Regel nach nicht gestattet. Nur wenn er in dienstlichen Angelegenheiten die Stadt zeitweilig verlassen musste, durfte er sich aus der Mitte der Bürger einen Stellvertreter bestellen, der dann dieselben Rechte ausübte, wie der Justitiar selber.

Trat durch den Tod des jeweiligen Amtsinhabers eine Vacanz ein, so gingen die Befugnisse des Justitiar so lange, bis ein neuer gewählt worden war, auf den praetor über.[1]) Es war dies der einzige Fall, wo dieser die höhere Criminalgerichtsbarkeit, die sonst nicht seines Amtes war, auszuüben befugt war.

Die Jurisdiction in zweiter Instanz anlangend, so erhellt aus den vorliegenden Quellen nicht mit Deutlichkeit, ob in Palermo zu den Zeiten Kaiser Friedrich II., der damals bestehenden Gerichtsverfassung gemäss, die Appellation in Civilprocessen von dem praetor an den sonst zuständigen camerarius ging. Nach dem weiterhin zu erwähnenden Privileg König Friedrich II. (III.) von 1312 will es scheinen, als hätten die von der curia praetoris gefällten Urtheile, gleich wie die Criminalerkenntnisse des justiciarius ohne weitere Zwischeninstanz sofort bei der magna curia regis, oder auch beim Könige (princeps) selbst im Wege der Appellation angefochten werden können.[2]) Dem Beispiele seines Vorgängers, des König Jacob folgend, welcher im Jahre 1294 für Messina eine ähnliche Verordnung hatte ergehen lassen[3]), bestimmte König Friedrich II.

---

1) Palermo 67 (68). Priv. Peter II v. 1339 De Vio l. c. p. 92 — „statuimus insuper et mandamus, quod Justiciarius dictae urbis, quicumque est, vel erit pro tempore, sedeat pro exercitio ejusdem officii personaliter, et non per substitutum, nec discedat ab inde praeter nostrae Majestatis conscientiam et mandatum: quod si causa necessitatis tam ardua imminet, quod haberet per nostrae Majestatis distantiam Nobis inconsulto discedere — quod in eo casu virum sufficientem atque idoneum substituat loco sui."

2) Vgl. die Worte in dem genannten Privileg (De Vio l. c. p. 42): „non adeo officiantur laboribus et expensis, prout hactenus, sequendo curiam nostram in prosequendo causas hujus modi appellationum, quae deinde per remedium ad curiam devolvebantur eamdem" et. Hiernach fand also früher Appellation und Oberappellation (remedium) bei demselben Gerichtshofe (curia regis) statt.

3) S. unt. S. 233. 234.

(III.) im genannten Jahre (1312), es solle künftig Palermo seinen eigenen Richter zweiter Instanz haben, unter dem Namen des judex primarum appellationum. Nachdem er zuerst sich vorbehalten hatte, denselben alljährlich aus der Zahl der angesehenen rechtsverständigen Bürger der Stadt zu ernennen, verfügte er durch einen späteren Erlass vom Jahre 1316, dass auch dieser Appellationsrichter künftig alljährlich von der Bürgerschaft gewählt werden solle. Jene Wahl durfte indessen immer nur auf einen legista fallen. Laien (idiotae) waren nicht wahlfähig.

Seine Competenz umfasste nicht allein Civil-, sondern auch Criminalprocesssachen. Sie begriff mithin ebenso die gegen die Entscheidungen des praetor, wie die gegen die Urtheile des Justitiars eingelegten Berufungen.[1])

Hinwiederum unterlagen die von diesem Appellationsrichter gefällten Erkenntnisse den bei der magna curia regis, beziehungsweise beim Könige (princeps) selbst eingelegten Rechtsmitteln.

Unser Stadtrecht erwähnt daneben noch andere Oberrichter: judices superiores, so genannt im Gegensatze zum judex primarum appellationum, als demjenigen, bei welchem zum ersten Male Berufung gegen ein schon gefälltes Endurtheil eingelegt wurde.[2]) Es sind darunter zeitweilig in Palermo weilende Richter, beziehungsweise mit richterlichen Befugnissen ausgestattete Beamte zu verstehen. Von diesen scheint der im c. 3 unseres Stadtrechts genannte praeses seu capitaneus identisch

---

1) Privileg König Friedrich II. (III) v. 1312 (De Vio l. c. p. 42) „Nos a primo Septembris proxime futuri, undecimae indictionis in antea usque ad beneplacitum nostrum, Judicem unum Jurisperitum super audiendis, et secundum justitiam decidendis, et terminandis causis Primarum Appellationum devolvendarum a sententiis ab inde in antea proferendis per praedictum Justiciarium, ac Bajulum, et Judices antedictos in praedictis criminalibus, et civilibus causis, seu quaestionibus, ad quem solummodo Judicem debeant ipsae primae appellationes devolvi, nec non, et Notarium unum in Notarium actorum curiae appellationum ipsarum viros utique probos sufficientes, fidos, et Cives Civitatis praedictae, quos ad hoc providerimus eligendos in praedicta civitate Panhormi anno quolibet statuemus, sub competentibus solidis vel expensis eisdem Judici, et Notario de praedictae Universitatis pecunia propterea exolvendis." Capitula v. 1316 (De Vio l. c. p. 67).

2) Palermo c. 3. 16.

zu sein mit einem der beiden capitanei et magistri justiciarii, als den ständigen reisenden Richtern der Staufischen Gerichtsverfassung.[1]) Im Übrigen aber wird man dabei an delegirte Richter, d. h. ausserordentliche zur Erledigung einzelner bestimmter Rechtsfälle ernannte königliche Commissäre zu denken haben.

Schon in der Einleitung zu diesem Capitel sahen wir, dass der magister justiciarius resp. die magna curia, neben der Aufgabe, in höchster und letzter Instanz Recht zu sprechen, zugleich auch für die in erster Instanz anzubringenden Klagen überall dort zuständig wurden, wo sie sich zeitweilig gerade befanden.

Laut eines althergebrachten, durch Kaiser Friedrich II. mittelst des Privileges vom Jahre 1233 anerkannten Vorrechts konnte aber kein Bürger von Palermo genöthigt werden, vor auswärtigen Gerichten in erster Instanz Recht zu nehmen.[2])

Es war deshalb der Fall vorzusehen, dass die Richter der magna curia die Stadt wieder verliessen, ehe und bevor eine vor ihnen in erster Instanz dort angebrachte Processsache spruchreif geworden und durch Erkenntniss entschieden war. Mit Bezug auf diese Eventualität schreibt unser Stadtrecht c. 3 vor: alle bei dem höchsten Gericht während dessen Residenz in Palermo eingeleiteten, aber noch nicht entschiedenen Criminal- und Civilprocesssachen sollen zur Weiterfortsetzung des Verfahrens an den sonst zuständigen Richter abgegeben werden, sobald der magister justiciarius mit dem höchsten Gerichtshofe die Stadt bei noch schwebendem Rechtsstreit wieder verlässt. Für diese eingeleiteten, aber noch nicht bis zum ersten Erkenntniss gediehenen Sachen trat demnach die Competenz der ordentlichen ersten Richter, des praetor und des justiciarius civitatis wiederum ein.[3]) Dasselbe galt von den, vor dem praeses oder capitaneus[4]) als erstem Richter bei dessen Anwesenheit in Palermo, und ebenso von den, vor jedem

---

1) S. oben S. 210.

2) H. B. IV, p. 454. Palermo c. 3. Bei der Lehre vom Gerichtsstande wird hierauf zurückzukommen sein.

3) Vgl. die Processordn. König Alphons' V. v. 1446 (Ritus Magnae Curiae Regis) c. 177 (Cap. Regni Sic. I, p. 265).

4) Palermo c. 3. Aus dem Stadtrecht erhellt nicht, in wie weit etwa auch noch in späterer Zeit die, für die Zuständigkeit der ständigen reisen-

andern delegirten Richter dort eingeleiteten Processsachen. Sie mussten ebenmässig, sofern darin nicht schon erkannt war, dem ordentlichen Richter erster Instanz überwiesen werden, wenn der reisende Richter die Stadt vor Beendigung des Verfahrens wieder verliess.

Es erübrigt jetzt noch die geistliche Gerichtsbarkeit zu erörtern, soweit diese sich auf weltliche Angelegenheiten erstreckt.

Ein Privileg des normannischen Königs Wilhelm II. vom Jahre 1171 räumte dem Bischof von Palermo die Cognition über alle innerhalb seiner Diöcese vorkommenden Fälle begangenen Ehebruchs ein: mit der Massgabe, dass die damit etwa concurrirenden Gewaltthätigkeiten der Competenz des weltlichen Richters vorbehalten bleiben sollten.

Die Erscheinung aber, welcher wir in der Geschichte der Kirchenverfassung während des Mittelalters zum öfteren begegnen[2]), dass in vielen Diöcesen die Archidiakonen aus Gehülfen des Bischofs sich in Träger einer ordentlichen Jurisdiction verwandeln, zeigt sich auch in Palermo. In seinem Stadtrecht[3]), dem einzigen von allen sicilischen Statuten, welches von der geistlichen Gerichtsbarkeit handelt[4]), erscheint der Archidiakon als der ordentliche Richter in allen, vor das Forum der Kirche gehörigen weltlichen Angelegenheiten, so weit sie auf Laien, nicht auf Cleriker Bezug haben. Seine Zuständigkeit wird dort des Näheren dahin festgestellt:

Es gehören vor sein forum die Ehesachen und zwar alle im sg. formellen Eherecht begriffenen Rechtsfragen und daraus entstehenden Streitigkeiten, sowohl über Schliessung, wie über Trennung der Ehen. Ausgeschlossen ist dagegen das eheliche Güterrecht. Ueber die hierauf bezüglichen Civilprocesse hat

---

den Richter (magistri justiciarii). als ausserordentliche Richter erster Instanz in den Const. eingeführten Beschränkungen (S. oben S. 210. 211.) Platz griffen.

1) De Vio, Priv. Pan. p. 7. 8. cf. Const. Sic. III, 83 (H. B. IV, p. 171).

2) Richter (Dove), Kirchenrecht (7. Aufl. 1874) § 137.

3) Palermo 75 (76).

4) Über die geistliche Gerichtsbarkeit und deren Umfang nach dem Rechte des sicilischen Königreichs, vgl. Const. Sic. III, 83. (H. B. IV, p. 171). S. ob. S. 211. In Messina wurde sie ebenfalls von dem Archidiakonen ausgeübt cf. Giudice, Codice diplomatico Angioino II, p. 164 ff.

der praetor als weltlicher Richter die Cognition. Dagegen unterliegen von vermögensrechtlichen Angelegenheiten der Gerichtsbarkeit des Archidiakonen: die Vermächtnisse an Kirchen und fromme Stiftungen (legata ad pias causas).

Seine Strafgerichtsbarkeit umfasst die Fälle des Ehebruchs und der Entführung (raptus virginum). In letzterem Falle konnte der Archidiakon den Entführer zur Zahlung einer Geldbusse an das entführte, beziehungsweise deflorirte Mädchen verurtheilen, wenn diese nicht etwa hinterher in die Eingehung der Ehe mit dem Entführer willigte. Seiner Zuständigkeit sind endlich auch gewisse Fälle von Verbalinjurien unterworfen. Schmähungen, welche geeignet sind, die Rechtsgläubigkeit (fides) des Beleidigten, oder die Reinheit des ehelichen Verhältnisses, in dem derselbe steht, anzutasten, sind vor dem Forum des Archidiakonen zu verfolgen. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, dass sie sich allein hierauf beschränken. Liegt eine reale Concurrenz mit anderweitigen Beleidigungen vor, so hat der Verletzte die Injurienklage beim praetor anzubringen.

In allen, an sich seiner Competenz unterliegenden Processsachen sind die richterlichen Befugnisse des Archidiakonen in so weit beschränkt, als derselbe zur Vollstreckung seiner Verfügungen und Urtheile, soweit diese nicht in der Anwendung rein geistlicher Zuchtmittel, einschliesslich der Excommunication, besteht, auf die Anrufung des weltlichen Arms angewiesen ist. Ohne Mitwissen und Zustimmung des praetor soll er keine Pfändung, noch Siegelung vornehmen. Bei Ehebruchsfällen ist er zwar befugt, die Inculpaten einer gelinden körperlichen Züchtigung zu unterwerfen. Wird dagegen während des schwebenden Verfahrens, oder nach erfolgter Verurtheilung des Angeklagten dessen Verhaftung und gefängliche Einziehung nothwendig, so darf er hierzu nicht anders, als mit Zuziehung der Gerichtsbüttel (servientes) des praetor schreiten.

Gegen die Entscheidungen des Archidiakonen können Rechtsmittel, namentlich die Appellation eingelegt werden. Trotz dem Schweigen unseres Stadtrechts hierüber ist wohl unbedenklich anzunehmen, dass der Instanzenzug für die vor ihm als erstem Richter abgeurtheilten Sachen nicht an die oberen weltlichen Richter (judex primarum appellationum und magna curia), sondern an die geistlichen Oberen, an den Erz-

bischof von Palermo und schliesslich an den Papst, als höchsten geistlichen Richter ging.[1])

§ 63.

III. Die Gerichtsverfassung Messina's.

In der Einleitung zu diesem Capitel ist darauf hingewiesen worden, dass sich in Messina das aus der Zeit der byzantinischen Herrschaft stammende Amt des Stratigoten, als des ersten Beamten der Stadt erhalten hatte.[2]) Schon unter den normannischen Königen[3]) waren seine, und der ihm zugeordneten Richter Amtsbefugnisse weitergehende, als die der bajuli, welche in den übrigen Städten der Insel als Ortsrichter fungirten. Nicht minder waren sie auch umfassender als die des praetor von Palermo. Seine Competenz beschränkte sich nicht auf die ordentliche Civil- und die niedere Criminalgerichtsbarkeit. Der Stratigot war vielmehr ebenfalls für die schweren Vergehen und Verbrechen zuständig, die sonst zu der Jurisdiction der justiciarii gehörten. Als ein althergebrachtes Praerogativ ward diese seine Competenz vom Kaiser Friedrich II. mit dem ausdrücklichen Bemerken anerkannt und bestätigt, dass die neue Gesetzgebung der Constitutionen hieran nichts ändern solle.[4])

---

1) Richter (Dove) Kirchenr. § 210.

2) S. oben § 59. Über das Amt des Stratigoten und den Gerichtshof dem er vorstand, giebt es eine Monographie von Vincenz. Ferrarotto unter dem Titel: Della preminenza d'ell officio di Stradico della nobile e esemplare città di Messina, e sua regia corte. (In Venezia 1593, e di novo in Cosenza 1671.) Im Wesentlichen praktische Zwecke verfolgend behandelt der Verfasser in ausführlicher Erörterung die Stellung und die Machtvollkommenheiten des Stratigoten und des von ihm präsidirten Gerichts zu seiner Zeit, im 16. resp. 17. Jahrhundert. Über den Ursprung und die geschichtliche Entwickelung des Amtes im Mittelalter und sein Verhältniss zu der Gerichtsorganisation der Stadt Messina und des Reiches Sicilien erfahren wir dagegen daraus wenig oder gar nichts.

3) Urk. König Roger II v. 1129 Gallo, Annales Messinenses (Messina, 1758) II, p. 17 — „perpetuo statuimus, ut in eadem Civitate sit in Capite Regia curia Principalis, in qua praesint annales Strategotus, et Judices ordinarii, tam Graeci, quam Latini, ibique et non alibi in primis judiciis Cives, et habitatores Messanae, tam intra se, quam ab aliis conveniant, et conveniantur, incusent, et incusentur, tam de Civilibus, quam de Criminalibus, magnis, et parvis, publicis et privatis et."

4) Const. Sic. I, 72 in fine (II. B. IV, p. 44).

Der Stratigot und seine Richter üben die Gerichtsbarkeit im Namen des Königs aus. Sie werden daher königliche Beamte (stratigotus regius, judices regii) genannt, und der Gerichtshof als eine landesherrliche Behörde bezeichnet (curia principalis).[1])

Der Inhalt unseres Stadtrechts, wie der hierher gehörigen Urkunden und historischen Nachrichten lässt nicht mit Sicherheit erkennen, in welcher Weise das Amt des Stratigoten besetzt ward. Für die ältere Zeit der normannischen und Staufischen Herrschaft wird man nach dem im Reiche und in den Städten der Insel bestehenden Rechtszustande darauf schliessen dürfen, dass der Stratigot sein Amt nur im Wege der königlichen Ernennung erlangte, oder doch Namens des Königs durch landesherrliche Beamte dazu berufen ward. Wurden doch ehedem selbst die ihm zugeordneten Richter vom magister camerarius, oder auch vom Könige in Person ernannt.[2]) Ein Privileg König Jacob's aber vom Jahre 1294 bewilligte zwar Messina das Recht, die vier alljährlich neu zu bestellenden Richter der curia straticotialis, und zwar drei gelehrte (legistae) und zwei Laienrichter (idiotae) selbst zu wählen; sie besagt aber nichts davon, dass der Stratigot etwa ebenfalls von der Bürgerschaft gewählt werden dürfe. Auch behielt sich der König vor, die gewählten Richter durch die Mitglieder des obersten Reichgerichts (magna curia) in seinem Namen bestätigen und vereidigen zu lassen.[3]).

Müssen wir nach dem Vorstehenden den Stratigoten für den ordentlichen Richter der Stadt und ihres Weichbildes ansehen, so erscheint es auf den ersten Blick auffallend, dass das Messineser Stadtrecht an Einer Stelle C. 46 von Baillis spricht und diesen gewisse richterliche Befugnisse zuschreibt. Da wir daraus sonst nichts über sie und über ihr

---

1) Urk. König Roger II v. 1129 s. oben S. 229 Note 3. Messina c. 58.

2) Const. Sic. Nov. const. § III (I, 95) (H. B. IV, p. 187).

3) „Eidem universitati concedimus, quod Judice's, qui pro tempore fuerint in Civitate ipsa eligendi de mandato nostro anno quolibet de universitate eadem esse debeant, tres legistae, et duo idiotae; ita quod tamen idiotae ipsi legere, et scribere sciant, quod eis volumus observare, qui Judices per nostram curiam, et officiales ipsius de mandato nostro confirmare debeant, et de exercendo legaliter officio judicatus ejusdem ipsi curiae debita sacramenta praestabunt." (Gallo, Ann. Mess. p. 152).

Verhältniss zum Stratigoten erfahren, sind wir genöthigt, andere Quellen dieserhalb zu Rathe zu ziehen.

Nach glaubwürdigen Nachrichten umfasste schon zur Zeit der normannischen Könige der Gerichtssprengel des Stratigoten, ausser der Stadt, einige in der unmittelbaren Nähe Messina's belegene Dörfer und die kleineren Städte Rametta und Melazzo.[1]) Diese Orte waren als sg. città demaniali, im Gegensatze zu den Mediatstädten der Seigneurs (città baronali), der Krone unmittelbar untergeben. Im Jahre 1302 erweiterte König Friedrich II. (III.) den Gerichtssprengel des Stratigoten auf der Ostküste der Insel nicht unerheblich.[2])

Innerhalb desselben unterschied man einen engeren und einen weiteren Bezirk. Der engere, italienisch als costretto bezeichnete Bezirk umfasste die in der nächsten Nähe der Stadt befindlichen Dörfer (casali), deren Zahl allmählig auf 56 stieg. Ebenso wie die Stadt selbst waren diese Dörfer der Gerichtsbarkeit des Stratigoten unmittelbar unterworfen. Im Gegensatz hierzu hiess der weitere Bezirk distretto. Letzterer begriff verschiedene Dörfer in sich, welche dem Erzbischof von Messina, oder adligen Familien gehörten. Sie waren Baillis unterstellt, welche der Erzbischof, oder die weltlichen Grundherren ernannten.[3]) Diese aber waren hinwiederum, gleich wie die königlichen Ortsrichter in den zum Dominialgebiet des Bezirks gehörigen Ortschaften dem Stratigoten Messina's subordinirt. Derselbe hatte in Gemeinschaft mit den ihm zugeordneten Richtern alljährlich den Distrikt zu bereisen und die Beschwerden wider die Amtsführung der bajuli, sowie

---

1) Hartwig, Einleit. zu seiner Ausgabe des St. R. v. Messina S. 45 und der von ihm angeführte: Rocco Pirro, Sicilia sacra II, p. 1030. Als gefälscht ist dagegen die, bei Gallo, Ann. Mess. II, p. 68. 69 abgedruckte, angeblich von Kaiser Heinrich VI ausgestellte Urkunde zu erachten. Hartwig a. a. O. S. 31. Darin geschieht des Stratigoten überhaupt gar keine Erwähnung. An seiner Statt fungirt als Ortsrichter ein bajulus, dem drei im Namen des Königs alljährlich zu berufende Richter, zwei Lateiner und ein Grieche, der Mitte der Bürger entnommen, zur Seite stehen. Erstorer pachtet sein Amt auf ein Jahr und soll durch das höhere Pachtgebot eines Andern von seiner Stelle nicht vor Ablauf dieser Frist verdrängt werden dürfen.

2) Gallo, Ann. Mess. II, p. 174. Hartwig, a. a. O. p. 45.

3) Gregorio, Cons. p. 191, s. oben.

die gegen von diesen gefällte Urtheile eingelegten Appellationen entgegenzunehmen. Denn, während er in Messina selbst und im costretto als Richter erster Instanz fungirt, ist er in jenem weiteren Distrikt Appellationsrichter.[1])

Abgesehen von den erwähnten bajuli in dem ausserhalb der Stadt belegenen Gerichtsbezirk des Stratigoten, gab es auch in Messina selbst einen bajulus. Dieser Bailli, welcher später bajulus nobilis hiess, weil mit seinem Amt seit dem vierzehnten Jahrhundert die reiche Familie der Alifia belehnt war, lässt sich als Laienrichter (idota oder judex pedaneus) den Palermitanischen vicecomites vergleichen. Seine Jurisdiction erstreckt sich allein auf Civilprocesse mit Objecten von geringem Werthe. Nur Bagatellsachen bis zur Höhe von 5 Unzen unterlagen seiner Zuständigkeit.[2])

Der Gerichtshof, dem er vorstand, hiess curia meridiana (corte meridiana), welche Bezeichnung nach Gallo[3]) daher rührt, weil dort von Mittag an Recht gesprochen wurde, während bei den anderen Gerichten die Gerichtssitzungen des Morgens stattfanden.

Ein anderer Spezialgerichtshof, dessen übrigens unser Stadtrecht ebensowenig gedenkt, wie des Bagatellgerichts des bajulus nobilis, war durch König Friedrich II. (III.) in Messina für Grenz- und Theilungssachen im Jahre 1324 eingesetzt worden. Sie sollten allein durch die jurati der Stadt untersucht und entschieden werden.[4])

In Civilprocessen ging ehedem die Appellation gegen die Urtheile des Stratigoten und der curia straticotialis ohne weitere Zwischeninstanz direkt an die magna curia regis.[5]) Die

---

1) Hartwig a. a. O. S. 46.

2) Testa in Note 6 zu Cap. 327 reg. Alphonsi. Capitula Regni Sic. I, p. 310. Gallo Ann. Mess. II, p. 75. Hartwig, Einl. S. 47.

3) Gallo, Ann. Mess. II, p. 75.

4) Capit. jurator. Friderici reg. c. 116 (Cap. Regni Sic. I, p. 108) — „Item quod dicti Jurati habeant videre, cognoscere, decidere, et terminare omnes contentiones, et controversias, quae oriri contingerit inter cives civitatis Messannae, super sepibus, seu finibus, limitibus, et divisis (sic!) arearum, domorum, et aliarum possessionum et his similibus.“ Ueber die Abfassungszeit dieser capitula jurat. s. die Angabe. Testa's in Note 1, p. 109, u. vgl. hierzu Processordnung König Alphons' V. (Rit. Magnae Regiae Curiae) c. 181 (Cap. Regni Sic. I, p. 266).

5) Dipl. Jacobi regis a. 1294. Gallo l. c. p. 152.

von ihm gefällten Criminalerkenntnisse unterlagen dagegen der Berufung an den justiciarius regionis. Als solcher war für Messina der Justitiar des Val di Demona zuständig, eine Landschaft auf der Ostküste der Insel. Zwar versuchte der Stratigot während der Regierung Kaiser Friedrich II., indem er sich deshalb auf altes Herkommen berief, sich dieser Unterordnung unter den justiciarius regionis zu entziehen.[1]) Der Kaiser aber wusste diesem, wie andern Versuchen Messina's und seiner Behörden, die auf Erlangung grösserer Selbständigkeit gerichtet waren, mit der ihm eigenen Energie zu begegnen.[2]) Der justiciarius regionis, später auch vicarius regionis genannt, blieb nach wie vor der für die Appellation gegen die Criminalurtheile der curia straticotialis zuständige Oberrichter. Eine Aenderung trat in dieser Hinsicht erst ein mit dem, den Messinesen vom Könige Jacob bewilligten Privileg von 1294. Danach sollte fortan Messina seinen eigenen Appellationsrichter, judex primarum appellatio-

---

1) Gregorio, Scriptor. rer. Arag. II, p. 437. Hartwig, a. a. O. p. 45.

2) Ordonanz v. 27. Februar 1240 bei Carcani Reg. Friderici II (angehängt der Ausgabe der Const. Sic.) p. 352. Ordonanz dess. Kaisers v. 5. October 1239 ibid. p. 244. S. ferner Mon. Germ. Scriptor. XIX, p. 369 seq. (Ryccardus de S. Germano, Annales Siculi).

Der von Hartwig, Einleitung zu seiner Ausgabe des St. R. von Messina, p. 17, dem Kaiser Friedrich II. gemachte Vorwurf, er habe, in Widerspruch mit Const. Sic. I, 72 (H. B. IV, p. 44) und der darin dem Stratigoten zugesagten Bestätigung der traditionell überkommenen Strafgerichtsbarkeit, die von diesem gefällten Urtheile in Strafsachen später willkürlich der Berufung an den Justitiar unterworfen, erscheint m. E. nicht begründet. Die angeführte Constitution ordnet nur ganz im Allgemeinen an, den Stratigoten von Messina und Salerno solle, ebenso wie den Pfalzgrafen von Neapel die von Alters zugestandene Criminaljurisdiction belassen bleiben. Da der vorhergehende Inhalt jenes Gesetzes sich mit den Baillis beschäftigt, welche in Criminalsachen nur eine sehr beschränkte Competenz hatten, so ist der letzte Abschnitt, der von den Stratigoten u. s. w. handelt, als Gegensatz zu dem Vorigen dahin aufzufassen, dass die Stratigoten u. s. w., abweichend von der für die sonstigen Lokalbeamten (bajuli) geltenden Regel, ausnahmsweise zur Ausübung der Jurisdiction im weiteren Umfange befugt sein sollen. Keineswegs aber folgt hieraus, dass jene Strafgerichtsbarkeit des Stratigoten Messina's eine ganz unbeschränkte sein sollte, und etwa die von ihm gefällten Erkenntnisse der Berufung an höhere Richter völlig entzogen gewesen wären.

num, haben.[1]) Als solcher sollte alljährlich ein rechtsverständiger Bürger der Stadt vom Könige, oder der magna curia ernannt werden. Seine Competenz umfasste nicht sowohl Civil-, sondern ebenso auch Criminalprocesssachen. Im Widerspruch hiermit steht die Bestimmung unserer Stadtrechte c. 42. Hiernach soll jede Appellation in Strafsachen, selbst für die schwersten, mit Todesstrafe bedrohten Verbrechen, ausgeschlossen sein. Es fällt so nicht nur die Möglichkeit der ersten Berufung an den judex primarum appellationum, sondern auch die Einlegung von Rechtsmitteln jeder Art an den höchsten Gerichtshof (magna curia regis) fort.

Dass die Abfassung der fraglichen Bestimmung frühen Ursprungs ist und schon in die Zeit der Regierung Kaiser Friedrich II. fällt, lässt sich füglich nicht bezweifeln. Sind ja doch auch andere Satzungen des Messineser Rechts, so z. B. das cap. de praescriptionibus, unbeschadet der Abolition durch entgegenstehende Constitutionen, dort sowohl unverändert beibehalten, als sogar in die später entstandenen Tochterrechte übernommen worden. Auffallen muss es nur, dass Apulus jenes c. 42 in seine Ausgabe des Stadtrechts mit aufgenommen und damit dessen noch fortdauernde Geltung anerkannt hat. Diese Thatsache steht vermuthlich mit gewissen geschichtlichen Vorgängen im Zusammenhang.

Es ward bereits erwähnt, dass der Gerichtssprengel des Stratigoten, soweit dieser sich über das Weichbild Messina's hinaus erstreckte, im Jahre 1302 durch König Friedrich II. (III.) bedeutend erweitert ward. Gleichzeitig wurde seine Gerichtsbarkeit, soweit dies nicht ohnehin schon in Folge des angeführten Privilegs Königs Jacob von 1294 geschehen war, mithin auch bezüglich des ausserhalb der Stadt belegenen weiteren Distrikts von der Unterordnung unter den Justitiar des Val di Demona befreit. Hierdurch aber, und weil der Stratigot gegen Ausgang des Mittelalters, wo er zugleich als militärischer Befehlshaber einer nicht unbedeutenden Truppenmacht erscheint, selbst den Rang eines, dem Justitiar gleichkommenden capitaneus armorum[2]) erlangte, wurde seine Machtstellung und

---

1) Dipl. reg. Jacobi a. 1294 (Gallo Ann. Mess. II, p. 152).

2) Messina c. 54. S. dazu Hartwig a. a. O. S. 46. Cap. 9 Friderici II (III) (Cap. Regni Sic. I, 52).

damit die Competenz seines Gerichtshofes immer mehr erweitert. Diese ging schliesslich soweit, dass er die Verfassungsmässigkeit einzelner Befehle der königlichen Regierung untersuchen und prüfen, und wenn diese gegen die Privilegien Messina's gerichtet befunden wurden, interimistisch ausser Kraft setzen konnte. Personen, welche gegen die Privilegien der Stadt gehandelt zu haben überführt waren, konnten von ihm für „esosi", d. h. als der Bürgerschaft verhasst erklärt werden. Sie mussten die etwa innegehabten Aemter niederlegen und die Stadt verlassen.

Mit dieser exorbitanten Stellung des Stratigoten und seines Gerichtshofes mochte es unvereinbar erscheinen, die Entscheidungen in Strafsachen der Berufung an eine höhere Instanz zu unterwerfen und damit der Möglichkeit auszusetzen, vom Oberrichter umgestossen zu werden. Man wird daher behaupten dürfen, dass jenes Verbot der Appellation im Criminalprocessen, ungeachtet seiner erfolgten Aufhebung durch die Constitutionen, unter der Herrschaft der Aragonesischen Könige in Messina von neuem wieder Kraft und Geltung erlangt hat. Immerhin ist die Aenderung in ziemlich später Zeit eingetreten. Sie kann erst geschehen sein, nachdem König Jacob in dem gedachten Privileg den judex primarum appellationum nicht nur für Civilprocesse, sondern, an Stelle des justiciarius regionis, auch für Strafsachen, als zuständigen Appellationsrichter eingesetzt hatte.

Anders, als in Strafsachen, war für Civilprocesse der Instanzenzug der Regel nach nicht beschränkt. Vom judex primarum appellationum durfte an die magna curia regis weitere Berufung eingelegt werden. (Messina 59.) Wie im übrigen Reiche, konnte aber dieser höchste Gerichtshof, bei zeitweiliger Anwesenheit in Messina, sich auch mit Klagen in erster Instanz befassen. Wir werden unten sehen, dass die Messinesen, als Verklagte, bei keinem auswärtigen Untergericht Recht zu nehmen brauchten. Das der Stadt vom Könige Jacob im Jahre 1294 ertheilte Privileg ordnete deshalb an, die vor den Richtern der magna curia, als ersten Richtern eingeleiteten Processsachen sollten an den Stratigoten und dessen judices abgegeben werden,

1) Hartwig a. a. O. S. 46.

sobald der höchste Gerichtshof vor dem Endurtheil Messina wieder verliess.[1])

II. Capitel.

Der Civilprocess.

§ 64.

Vorbemerkung.

Die Grundlage der in den sicilischen Stadtrechten enthaltenen Vorschriften über den Civilprocess, zugleich die subsidiäre Rechtsquelle, aus welcher diese, wo sie schweigen, zu ergänzen sind, ist das gemeine römisch-kanonische Processrecht (jus commune). Einwirkungen germanischer Rechtsanschauungen begegnet man darin nur selten. Sie beschränken sich auf die Lehre vom Beweise, insbesondere vom Eide.

Für die ältere Zeit bis gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts kommen, neben dem gemeinen Recht, als ergänzende Quelle die Constitutiones Siciliae in Betracht. Später, unter der Herrschaft der Könige aus dem Hause Aragon trat zunächst, von einzelnen Verordnungen abgesehen[2]), ein Stillstand in der Processgesetzgebung ein. Die Weiterbildung des sicilischen Landesprocessrechts blieb im Wesentlichen dem Gewohnheitsrecht und der Praxis der Gerichte überlassen. Zu einer festen Rechtsbildung konnte aber der Gerichtsgebrauch, selbst der des obersten Hofgerichts (ritus magnae regiae curiae), nicht erstarken. Stützte sich doch derselbe weder auf landesherrliche Approbation, noch auf die Meinungen angesehener Rechtslehrer, beruhte vielmehr allein in den, durch Sachwalter von unzureichender juristischer Bildung traditionell beobachteten Maximen. Überdem enthielten die darüber gefertigten schriftlichen Aufzeichnungen zu viele Widersprüche und Zweifel, als dass sich daraufhin eine sichere und fest-

---

1) Gallo Ann. Mess. II, p. 157.

2) Die wichtigste ist das capitulum „Cum varia" König Friedrich's II. (II.) vom Jahre 1322, dessen wir weiterhin zu gedenken haben werden.

geregelte Praxis hätte bilden können.[1]) Erst um die Mitte des funfzehnten Jahrhunderts schritt die Gesetzgebung ein.

König Alphons V., bewogen durch die Missstände, die mit dem bei der magna curia bisher befolgten Gerichtsgebrauch verbunden waren, gab dem Lande im Jahre 1446 eine Processordnung.[2]) Sie sollte als ritus magnae regiae curiae et totius Regni Siciliae curiarum, nicht sowohl beim obersten Gerichtshofe, sondern bei allen Gerichten des Landes fortan beobachtet werden.[3]) Indessen wurde dabei der Vorbehalt gemacht, dass neben ihr alle, den Landschaften und Städten, ja selbst den kleineren Orten bewilligten Privilegien nach wie vor in Kraft bleiben sollten.

Zu ihrer Aufnahme in die Stadtrechte bedurfte es dort, wo das bisherige Statutarrecht entgegenstehende Vorschriften aufwies, eines zustimmenden Beschlusses der städtischen Bürgerschaften, beziehungsweise der municipalen Vertretungen und der Stadtgerichte. Wir ersehen dies aus späteren Zusätzen zum Messineser Stadtrecht.[5]) Der ritus

---

1) Man vgl. die Worte in dem privilegii initium der gleich anzuführenden Proc.-Ordn. Alphons' V. (Cap. Regni Sic. I, p. 240): „cum intelligeremus ex Ritibus magnae nostrae curiae Siciliae ultra Pharum, non parvas saepe controversias propter scripti ambiguitatem, contrarietatem et similitudinem nasci solere: utpote, qui neque a sapientibus ullis conditi sunt, neque a mandato, aut voluntate cujusdam Regis profecti, — sed tantum a causidicis quibusdam imperitis; quos illi quorundam Juris doctorum, haud satis praestantium, sententia in scripta retulerunt."

2) Sie findet sich verzeichnet in den von Testa edirten Capitula Regni Siciliae (Panhormi 1741) I, p. 240—272 und nimmt unter den Capitula Alphonsi V. die cap. 96—204 ein.

3) Cf. die Worte des privilegii initium: „servarique posthac decrevimus, sancimusque in ipsa magna curia nostra Siciliae, quae aliarum caput et veluti exemplar est, atque adeo in reliquis Regni curiis: omnibus, quae obstare viderentur huic constitutioni nostrae, prorsus amotis."

4) Cap. 204 l. c. I, p. 472.: „Item quod praedicti ritus per omnes curias et magistratus totius Regni serventur; privilegiis tamen Civitatum, terrarum, et locorum Regni in eorum robore permanentibus."

5) Messina 58 (alinea 2) 59: „de caetero servetur ordo, et stilus magnae regiae curiae hujus Regni, quae aliarum curiarum est caput, et magistra et. (Vgl. hiermit die oben angeführten Worte aus dem privilegii

(stilus) magnae regiae curiae wurde hier erst zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts, als die von der curia stratigotialis und dem judex primarum appellationum künftig allein zu beobachtende Norm des Verfahrens anerkannt.

Ebensowenig, wie die Constitutiones Siciliae, ist die Processordnung des König Alphons' V. als eine vollständige Codification des Processrechts anzusehen. Sie setzt überall das gemeine Recht als ergänzende Quelle voraus [1]) und beschränkt sich darauf, die Abweichungen von demselben, wie sie sich im Landesrecht entwickelt hatten, festzustellen und weiter auszubilden. Innerhalb dieses Rahmens zeichnet sich das Gesetz vor andern gleichzeitigen Processgesetzen vortheilhaft aus: eines Theils durch die Klarheit und Präcision des Ausdrucks, andern Theils durch die darin befolgte systematische Anordnung und Ausführlichkeit, mit der manche Lehren behandelt sind. Namentlich in letzterer Hinsicht muss der Vergleich zwischen der sicilischen und der, zwei Jahrzehnte älteren Processordnung Neapels entschieden zu Gunsten der ersteren ausfallen. Der neapolitanische ritus magnae curiae vicariae [2]) ist ungleich dürftiger an Inhalt und entbehrt jeder systematischen Ordnung des Stoffes. [3])

Ihm gegenüber nimmt das sicilische Processrecht, insbesondere die Processordnung König Alphons' V. eine durchaus selbständige Stellung ein. Eine Reception neapolitanischer Processvorschriften hat in Sicilien, nach erfolgter Trennung von Neapel, allem Vermuthen nach nicht stattgefunden. Dahingegen dürfte, wie wir bei der Lehre vom Executivprocesse sehen werden, die Annahme eines gewissen Einflusses spanischer Rechtsbildungen auf das spätere sicilische Processrecht nicht abzuweisen sein.

---

initium der Proc.-Ordn. König Alphons' V. oben, Note 3). Die c. 58. 59. fehlen in der Ausgabe des Apulus und sind erst von Cariddi hinzugefügt.

1) Cf. die Worte des privilegii initium: „eumque etiam plerosque Ritus ipsorum supervacuos cerneremus; ut, qui nihil a jure communi differunt." S. ferner c. 97 i. f. l. c. I, p. 241.

2) Derselbe ist vom Jahre 1420 datirt. Ein Abdruck ist von Sareyna seiner Ausgabe der Const. Sic. (Lugduni 1560) angefügt und steht dort p. 373—410 verzeichnet.

3) Es ist deshalb zu beklagen, dass Briegleb in seiner Geschichte des Executivprocesses, neben der neapolitanischen, nicht auch die bei weitem interessantere sicilische Processordnung hat benutzen können.

§ 65.

I. Allgemeine Lehren. 1) Der Gerichtsstand. (forum).

Die Lehre vom Gerichtsstande (forum) wird in den Stadtrechten im Ganzen conform mit den Grundsätzen des gemeinen Rechts behandelt. Neben dem Gerichtsstande des Wohnsitzes (forum domicilii) und der belegenen Sache (for. rei sitae) geschieht des forum contractus und delicti commissi Erwähnung.

Abweichungen von der Regel wurden aber dadurch veranlasst, dass gewisse physische und juristische Personen einen privilegirten Gerichtsstand beanspruchen durften. Der privilegirte Gerichtsstand gründete sich entweder auf eine, im Landes- oder Stadtrecht zu Gunsten gewisser Berechtigter anerkannte Ausnahme (jus singulare, beneficium juris), oder auf Privilegien, die der Landesherr, oder ein geistlicher oder weltlicher Grundherr den Städten, oder einzelnen ihrer Bürger verliehen hatte. Im ersten Falle beruht die Bedeutung des privilegirten Gerichtsstandes darin, dass an Stelle des an sich competenten Gerichts der Stadt eine der Parteien oder beide vor einem auswärtigen Richter Recht zu nehmen befugt waren. Im andern Falle wird von der Regel dadurch abgewichen, dass die Bürger selbst in solchen Fällen, wo sie an und für sich bei auswärtigen Gerichten Recht zu nehmen hätten, die Einleitung und Verhandlung des Processes bei dem heimischen Stadtgericht fordern dürfen.

Nach einer Constitution Kaiser Friedrich II. sollte der landesherrliche Fiscus in Processen mit Privaten stets nur vor der magna curia Recht nehmen.[1])

Palermo, als Hauptstadt des Reiches nahm jedoch in dieser Beziehung eine Ausnahmestellung ein. Nach c. 11 seines Stadtrechts ist dort, wie der König selbst, so auch der Fiscus in Streitigkeiten mit den Bürgern der Stadt schlechthin der Gerichtsbarkeit der städtischen Gerichte unterworfen.

Eines privilegirten Gerichtsstandes geschieht daselbst in c. 3 des Stadtrechts Erwähnung. Die Kirchen und Geistlichen, die Wittwen, Waisen und Pupillen, sowie die Beamten des königlichen Hofes (curiales) konnten die Verweisung des Processes vor ein anderes als das städtische Gericht ver-

1) Const. Sic. Nov. Const. I, 63 (H. B. IV, p. 200).

langen. Wie wir weiterhin sehen werden, war aber die Geltendmachung dieses Vorrechts den Palermitanischen Bürgern gegenüber ausgeschlossen. Die Privilegirten konnten demnach von ihm nur in Processen mit Auswärtigen Gebrauch machen.

Auch in Catania[1]) waren Wittwen, Pupillen und Hofbeamte befugt, vor andern Richtern als dem patricius und den judices civitatis Recht zu nehmen. Dieses Vorrecht war aber ebenfalls nicht unbeschränkt. Es durfte nur dann geltend gemacht werden, wenn der sonst auswärts residirende Richter in Catania anwesend war, oder doch sein Eintreffen dort demnächst bevorstand. Bei gewissen Processsachen cessirte es überdem gänzlich. Bei Pfändungen von Thieren wegen Flurbeschädigungen (jus pali), beim Retrakt (jus protimiseos), und bei Servitutsprocessen war jede Berufung darauf ausgeschlossen. Andere Städte kennen derartige Vorrechte nicht. Das Syrakusaner Recht (c. 43) verbietet ausdrücklich jede Rücksichtnahme auf die, einzelnen Bürgern von weltlichen oder geistlichen Machthabern bewilligten Gerichtsstandsprivilegien.

Anlangend die andere Art von Vorrechten, denen zufolge die Bürger mancher Städte die Zuständigkeit auswärtiger Gerichte selbst da ablehnen können, wo diese sonst z. B. als forum contractus begründet wäre, so befanden sich ehedem mehrere Städte, unter diesen Messina im Besitze derartiger, ihnen von den normannischen Königen, und von Kaiser Friedrich II. verliehener Privilegien. Die hieraus für die Rechtspflege, wegen der entstehenden Verzögerung, verbundenen Übelstände, sowie die damit vielfach getriebenen Missbräuche bestimmten den genannten Kaiser durch eine seiner Constitutionen ihre Aufhebung auszusprechen. Die Ablehnung des auswärtigen Gerichtsstandes in solchen Fällen, wo dieser an sich rechtlich begründet war, ward durchaus verboten, unter Androhung der mit der Contumaz eintretenden Nachtheile.[2])

Allein Palermo, als Hauptstadt des Reiches gelang es, sich im Besitz seines, von Alters her überkommenen Vorrechts zu behaupten und seine Anerkennung und Bestätigung mittelst des berühmten kaiserlichen Privilegs von 1233 durchzusetzen.[3])

---

1) Catania tit. 2 cons. 2. 2) Const. Sic. I, 106 (II. B. IV, p. 72).

2) II. B. IV, p. 454: „Cum felix civitas nostra Panormi prima regni sedes existat et a progenitoribus nostris priscis regibus multis approbatis con-

Nach c. 3 seines Stadtrechts kann kein Bürger in irgend welcher Processsache gezwungen werden, als Beklagter vor auswärtigen [1]) Gerichten sich zu stellen. Wo an und für sich, als forum rei sitae, contractus, oder delicti commissi der Gerichtsstand auswärts begründet wäre, sind die Processe, bei denen Palermitanische Bürger betheiligt, vor dem Gerichte der Stadt Palermo, also in der Regel vor dem praetor und dessen judices anhängig zu machen. Selbst diejenigen physischen und juristischen Personen, die, auf Grund von dieserhalb ihnen ertheilten Privilegien, an sich befugt wären, die Gerichtsbarkeit eines auswärtigen Richters anzurufen, sollen hiervon in Processen mit Bürgern der Stadt keinen Gebrauch machen dürfen.

Ein anderweitiges, gleichfalls auf alte Tradition sich stützendes Gerichtsstandsprivileg der Palermitaner ging noch weiter. Nicht bloss als Beklagte, sondern auch als Kläger werden diese in den Stand gesetzt, unter Umständen, wo sonst der auswärtige Gerichtsstand Platz greifen müsste, den Process vor den Gerichten ihrer Stadt anhängig zu machen. Sie sind befugt, Fremde, die sich zeitweilig in Palermo aufhalten, oder Forensen, welche dort Vermögensstücke besitzen, (die in Ermangelung der vom Beklagten zu stellenden fidejussorischen Caution gerichtlich mit Beschlag zu belegen sind), mit persönlichen, oder auch dinglichen Klagen vor den Gerichten ihrer Stadt zu belangen. Bei Klagen der letzteren Art ist es irrelevant, ob die beweglichen oder unbeweglichen Sachen, um welche gestritten wird, sich ausserhalb des Weichbildes befinden. Von dem an sich begründeten Gerichtsstand der belegenen Sache wird abstrahirt.[2]) Auch für dieses Privileg

---

suetudinibus honorata fuerit — dignum duxit nostra serenitas specialem vobis gratiam indulgere, universitati vestre liberaliter concedendo quatenus illa vestra consuetudine per quam nullus civis Panormi cogi debet exire de civitate ipsa pro aliquo negotio publico vel privato, civili vel etiam criminali ad causandum, ob aliquam citationem officialium curie nostre." Von neuem bestätigt wurde das Privileg durch König Manfred 1258 (De Vio Priv. Pan. 22), Friedrich II. (III.) 1299/1305 (De Vio l. c. p. 33), 1314 (ibid. p. 48), Martin 1392 (De vio l. c. p. 180, note 6).

1) In wie weit die magna curia, wenn sie zeitweilig in Palermo residirte, als einheimisches Gericht galt, bei dem auch Processe in erster Instanz anhängig gemacht werden konnten, ist oben bei der Darstellung der Gerichtsverfassung gezeigt worden.

2) Palermo c. 4. Das betreffende Privileg war demnach von weiterem

haben die Palermitaner die landesherrliche Bestätigung erlangt. Freilich erfolgte diese erst in verhältnissmässig sehr später Zeit und, nachdem die darauf bezügliche Bestimmung längst dem Rechte der Stadt einverleibt war, nämlich durch ein Privileg Königs Alphons' V. vom Jahre 1438.[1])

Die nächst Palermo bedeutendste Stadt, Messina wusste, das ihr ehemals zugestandene, von Kaiser Friedrich II. aber wieder entzogene Gerichtsstandsprivileg bald nach Beginn der Herrschaft der Aragonesischen Könige zurück zuerlangen. Nach einem ihr von König Jacob 1283/1294[2]) ertheilten Pri-

---

Umfange, als das im deutschen Recht durch den sg. landsassiatus plenus begründete. Letzteres setzt bekanntlich voraus, wenn es den Fremden nöthigt, auch in Processen, die nicht Sachenrechte betreffen, den Gerichtsstand der Klagestelle wider sich gelten zu lassen, dass derselbe im Gerichtsbezirk Grundstücke besitze. Vgl. Stobbe, Handbuch des deutschen Privatr. I, S. 267, Note 14. Hier wurde dagegen der Fremde selbst in solchen Fällen der Gerichtsbarkeit des zeitweiligen Aufenthaltsorts unterworfen, wo an sich, abgesehen vom persönlichen, auch das sachliche Forum ausserhalb begründet gewesen wäre.

1) De Vio, Priv. Panorm. p. 245. „Item supplicat dicta universitas, quatenus dignetur Majestas ipsa confirmare Capitulum consuetudinis, quod est sub rubrica de Reis, qui Panormitani non sunt, Panhormitanorum forum contra regulam sortiendis, et incipit ex antiqua, et obtenta consuetudine etc. Per quam consuetudinem Civis Panhormi in quavis actione reali, vel personali, civili aut criminali potest in Urbe convenire quemvis Exterum, quamvis alibi domicilium habeat, et alterius jurisdictioni subjaceat, praescriptione fori, vel Privilegii non obstante indulti, vel etiam indulgendi. Placet Regiae Majestati, quod servetur dictum Capitulum consuetudinis. — Anno a Nativitate Domini Millesimo Quadrigentesimo Trigesimo Octavo. Rex Alphonsus." Auf Bürger von Messina fand jedoch jenes Privileg keine Anwendung. Eine Verordnung König Friedrich's II. (III.) v. 1330 (De Vio l. c. p. 124) hatte bestimmt, ebenso wenig, wie die Palermitaner in Messina, sollten auch die Messineser in Palermo gezwungen sein, in Palermo Recht zu nehmen.

2) Gallo, Annal. Mess. II, p. 157. „Item quod Privilegium nostrum datum Cataniae anno Domini millesimo ducentesimo octuagesimo tertio, mense Decembris quintodecimo ejusdem XII. Ind. quod nullus Civis Messanensis cujuscumque condictionis existat alibi quam in curia Strategoti, et Judicum Messanae intus in Civitate ipsa pro quacumque causa seu questione civili cujuscumque quantitatis, seu criminali publica vel privata possit per aliquos etiam Privilegiis juris commercii, seu specialis munitos aliquatenus conveniri, in qua Curia Strategoti, et Judicum Messanenses ipsi pro quacumque praedictarum causarum debeant conveniri, praeterquam de Pheudis quaternatis, et quota parte ipsorum, ac crimine lesae Majestatis, et pro causa appellationis quaestionum discussarum, et deci-

vileg können die Messineser Bürger, mit einziger Ausnahme gewisser Lehnssachen, in allen Civilprocessen erster Instanz verlangen, vor dem Gericht des Stratigoten und dessen Richtern belangt zu werden, ohne Rücksicht auf den sonst, nach gemeinem Recht anderweit begründeten Gerichtsstand. Nur wenn die magna curia in Messina zeitweilig residirte, sollte nach wie vor, den allgemeinen Landesgesetzen gemäss, die Einleitung eines Processes in erster Instanz vor diesem Gericht zugelassen bleiben. Wie bereits erwähnt, musste aber in solchen Fällen, den für Palermo geltenden Verordnungen entsprechend [1]), sofern nicht bereits ein erstes Erkenntniss vorlag, der Process an die curia straticotialis abgegeben werden, sobald das oberste Hofgericht Messina vor abgegebenem Urtheil wieder verliess. Der also geschaffene Rechtszustand liegt der Bestimmung unseres Stadtrechts in c. 36 zu Grunde, „Civis Messanae primo fronte (in erster Instanz) ex nulla causa ad judicium trahitur nisi in curia Messanae."

§ 66.

2) Die Fähigkeit zur Processführung.

Die Fähigkeit zur Processführung (legitima persona, caput standi in judicio) besitzt im Allgemeinen jede handlungsfähige Person. Ehefrauen bedürfen jedoch zur Processführung der ehemännlichen Autorisation.[2]) Nur bei längerer Abwesenheit des Ehemannes kann die Frau selbständig klagen und ebenso auch verklagt werden, ohne dass es auf jenes Erforderniss ankommt.[3]) Betreffend die sog. legitimatio ad causam, so ist bereits im Obligationenrecht [4]) erwähnt worden, wie die dort

---

sarum in eadem curia, per quod etiam Privilegium reservatur, quod Magister Justitiarius, et Judices Magnae Curiae (si) in Messana praesentes fuerint, audiant et discutiant et terminent inter cives ipsius Civitatis et quoslibet alios de quibuscumque causis, et quaestionibus civilibus, et criminalibus publicis seu privatis, quod ipsa M. C. recedente de Messana non determinatis quaestionibus ipsis, dicti Messanenses, per terminationem quaestionum ipsarum, ab eadem Civitate minime extrahantur, sed quaestiones in eadem M. c. motae, et inceptae per praedictum Strategotum, et Judices terminentur."

1) S. oben § 62.

2) Messina 37. Vgl. St.-R. von Corleone S. 33.

3) Corleone 8.

4) S. oben S. 163.

bestehenden Cessionsbeschränkungen in Catania[1]) die Folge hatten, dass, der stattgehabten Cession ungeachtet, der Cedent bei Processen zwischen dem Cessionar und dem debitor cessus neben dem ersteren als mitbetheiligt angesehen ward. Er konnte genöthigt werden, auf die vom Gegner des Cessionar gestellten Fragen und vorgebrachten Einreden zu antworten.[2])

§ 67.

3) Die Beistände und Vertreter der Parteien.

a) Beistände (advocati).

Kaiser Friedrich II. hatte angeordnet, dass bei jedem Gerichte Rechtsverständige als advocati zugelassen würden, um den Parteien vor Gericht Beistand zu leisten.[3]) Die Ernennung der bei der magna curia beschäftigten Advocaten behielt sich der Kaiser selbst vor, während es den Justitiarien überlassen blieb, für die Besetzung der Advocatenstellen bei ihren Gerichten zu sorgen. Wer die bei den curiae bajulorum zugelassenen Advocaten ernannte, ist in den Constitutionen nicht gesagt. Vermuthlich erfolgte deren Ernennung durch die Baillis selbst, möglicher Weise aber auch durch die camerarii, als diejenigen Beamten, welche ihrerseits die Baillis zu ernennen hatten.

Wer sich um Zulassung zur Advocatur bewarb, hatte sich einer Prüfung bezüglich seiner Rechtskenntnisse durch die Richter des Gerichts zu unterwerfen, bei dem er angestellt sein wollte.[4])

In Palermo musste der Zulassung der Advocaten zur Praxis eine Prüfung derselben durch die zuständigen Richter, die judices civitatis vorangehen. Ihre Ernennung auf Grund der bestandenen Prüfung geschah durch den praetor. Diese war auf Bürger der Stadt beschränkt, welche ihrerseits das Privileg hatten, nicht bloss bei den städtischen Gerichten, sondern auch bei der magna curia als Beistände der Parteien aufzutreten.[5])

---

1) tit. 58.

2) Const. Sic. II, 21 (II. B. IV, p. 95) gedenken des Einwandes der fehlenden leg. ad causam nur mit Bezug auf die, dem Kläger angeblich mangelnde Eigenschaft als Erbe. Diese soll bei gewissen Klagesachen den Beklagten nicht von der Einlassung auf die Klage befreien.

3) Const. Sic. I, 83. 84 (II. B. IV, p. 61. 62). Nov. const. I, 85 (II. B. IV, p. 193).

4) Const. Sic. I, 83. 84. (II. B. l. c.). 5) Palermo 67 (68).

Der Beistand, welchen die Advocaten, soweit sie nicht etwa zugleich mit der Processführung bevollmächtigte Stellvertreter (procuratores) waren, ihren Clienten leisteten, bestand im Plaidiren, neben, oder an Stelle der Parteien vor versammeltem Gerichtshofe (perorare in judiciis). Insbesondere war es ihre Aufgabe, nach stattgehabter Beweisaufnahme die factischen und rechtlichen Momente, welche die Unterlage der von ihnen vertheidigten Sachen bildeten, zusammenfassend klar zu legen, die daraus für das Endurtheil sich ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen, und die bezüglichen Anträge zu stellen.[1])

Dahingegen war die Abfassung von Schriftsätzen nicht Sache der Advocaten. Hiermit waren die bei den Gerichten angestellten Notare (notarii actorum) von den Parteien zu betrauen.[2])

Ob die Parteien sich des Rechtsbeistandes eines Advocaten bedienen wollten oder nicht, war im Allgemeinen ihrem Belieben anheimgegeben.[3]) Nach einem späteren Zusatz zum Messineser Stadtrecht sollen dagegen die Processbevollmächtigten (procuratores) derselben in allen wichtigeren Processsachen, deren Object einen höheren Werth hat als fünf Unzen Goldes, vor besetztem Gerichtshofe nicht anders gültig plaidiren, als im Beistande von Advocaten. Letztere haben demnächst auch das über die Verhandlung aufgenommene Protokoll mit zu unterzeichnen.[4])

Für die von ihnen geleisteten Dienste hatten die Advocaten von den Parteien ein Honorar (salarium) zu fordern. Schon die Constitutionen setzten für diese Honorarforderung gewisse Taxen fest.[5]) Detaillirtere Vorschriften enthielt der unter König Alphons V. aufgestellte Tarif für die Gebühren der Richter und Advocaten vom Jahre 1420.[6]).

Armen oder sonst hülfsbedürftigen Personen, z. B. Wittwen und Pupillen sollten auf ihr Verlangen durch die Gerichte von Amtswegen Advocaten resp. Procuratoren bestellt werden. Bei vorhandener Vermögenslosigkeit waren diese ver-

1) Const. Sic. I, 32 (II. B. IV, p. 34. 35) II, 49 (II. B. IV, p. 116. 117).
2) Palermo c. 7.
3) Const. Sic. I, 32 (II. B. IV, 34, 35). II, 26 (II. B. IV, 97).
4) Messina 61.
5) Nov. Const. Sic. I, 85 (II. B. IV, p. 206).
6) Cap. Regni Sic. I, p. 279 seq. cap. 236 seq.

pflichtet, den gedachten Personen ihren Beistand unentgeltlich zu leihen.[1])

b) Die Stellvertreter (Processbevollmächtigten) der Parteien.

Ausser in den Fällen einer gesetzlich nothwendigen Vertretung, wie solche bei Pupillen, durch deren Vormünder, bei Ehefrauen, durch die Ehemänner, bei juristischen Personen. durch die Organe derselben stattfindet, war die Bestellung von Processbevollmächtigten regelmässig durchaus Sache des freien Beliebens der Parteien. Eine Ausnahme ward bei Frauen gemacht. Bereits Kaiser Friedrich II. hatte ihnen das selbständige Auftreten vor Gericht sowohl bei der magna curia wie bei den übrigen Gerichtshöfen untersagt. Nur dann, wenn beim Obwalten ganz besonders ungünstiger Umstände ihnen die Beschaffung eines Vertreters durchaus unmöglich wäre. sollten auch Frauen ausnahmsweise zur selbständigen Processführung verstattet werden.[2])

Eine nähere Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmung finden wir im Palermitaner Recht.[3]) Danach wird, im Interesse der Erhaltung der weiblichen Schamhaftigkeit, sowohl verheiratheten, wie verwittweten und unverehelichten Frauen das selbständige Auftreten vor Gericht, sei es als Kläger oder Beklagter durchaus verboten. Sie haben einen Verwandten oder eine andere geeignete Person als procurator zu bestellen. In Ermangelung eines selbstgewählten Processbevollmächtigten wird ihnen ein solcher durch den Richter von Amtswegen bestellt. Hiervon abgesehen kommt die Verpflichtung zur Bestellung eines procurator im sicilischen Processrecht nur in Specialfällen vor. Es gehört hierher die von König Friedrich II. (III.) für den Executivprocess getroffene Anordnung[4]), dass

---

1) Nov. Const. Sic. I, 84 (II. B. IV, 180) Palermo c. 13. Vgl. die angeführte Taxordnung aus der Zeit König Alphons' V. c. 236 (l. c. I, p. 279), sowie c. 7 und 9 Alphons. (l. c. p. 209). Hiernach lag dem advocatus und den procuratores fisci die Verpflichtung ob, die Führung der Armenprocesse unentgeltlich zu übernehmen.

2) Nov. const. Sic. I, 104. pars II. (II. B. IV, p. 180).

3) Palermo c. 12.

4) Sie bildet einen Bestandtheil des sg. Capitulum „Cum varia" und ist mit diesem als c. 106 in die Proc.-Ord. König Alphons' V. übergegangen

der Gläubiger, der auf Grund einer öffentlichen Urkunde die Execution wider den Schuldner beantragt, bei Gericht einen procurator zu bestellen hat, um ihn demnächst in dem Process mit dem letzteren zu vertreten, wenn jener späterhin, wegen angeblicher Unrechtmässigkeit der verfügten Execution, wider ihn klagend auftreten sollte.

Ebenso wie der Fiskus in seinen Processen mit Privaten durch besondere Beamte (ehedem die magistri procuratores et fundicarii, später die advocati et procuratores fisci)[1] vertreten wurde, hatten auch die Corporationen der Städte ihre eigenen procuratores, die syndici. Schon unter der Herrschaft Kaiser Friedrich II., als es ihnen im Übrigen noch fast an jeder Vertretung gebrach, hatten erstere, vermöge kaiserlicher Bewilligung, die Befugniss erlangt, mit ihrer processualen Vertretung ein für allemal beauftragte Beamte zu betrauen.[2] In Palermo wurden als syndici (auch defensores vel actores genannt) alljährlich mehrere Bürger gewählt. Es gab deren je nachdem bald zwei, bald drei, bald mehrere.[3]

§ 68.

4) Die Zeitbestimmungen. Der Ungehorsam der Parteien.

Von den sonstigen Lehren, welche man der Darstellung der einzelnen Abschnitte des Verfahrens vorauszuschicken pflegt, kommen hier nur noch die Zeitbestimmungen und der Ungehorsam (contumacia) der Parteien in Betracht: als die einzigen einschlagenden Materien, deren in den sicilischen Stadtrechten gedacht wird.

a) Die Zeitbestimmungen.

Die für die Vornahme der Processhandlungen Seitens der Parteien festgesetzten Zeitbestimmungen sind entweder

---

(Cap. Regni Sic. I, p. 244). S. ferner c. 183 ibid., dessen wir unten bei der Appellation zu gedenken haben werden.

1) Nov. Const. Sic. I, 86 (II. B. IV, p. 207. 208) cap. Alphons. 5—7. cap. Alphons. 238 (cap. Regni Sic. I, p. 208. 279).

2) Const. Sic. II, 2 (II. B. IV, p. 75. Vgl. z. B. Palermo c. 78 (79) Noto, prooemium.

3) Palermo c. 78 (79).

Fristen oder Termine. Sie sind ferner bald gesetzlich fixirt, bald bestimmt sie der Richter.[1]) Erstere greifen dann Platz, wenn der zu ladende Beklagte im Orte des Gerichts anwesend ist. Letztere werden durch den Richter den abwesenden Beklagten gesetzt und können, je nach seiner Entfernung vom Gerichtssitze kürzer oder länger anberaumt werden.[2]).

In analoger Weise war die Frist für die Herbeischaffung der am Orte des Gerichts befindlichen Zeugen gesetzlich bestimmt, wogegen für die Production abwesender Zeugen der Richter nach seinem Ermessen einen entsprechend längeren Zeitraum bewilligen mochte.[3])

Bei Berechnung der Fristen, sowie bei den anzuberaumenden Terminen war auf die Gerichtsferien Rücksicht zu nehmen. Einer Constitution Kaiser Friedrich II. zufolge durften, ebenso wie an den gewöhnlichen Sonntagen, an den grossen kirchlichen Festen: Weihnachten und Ostern, sowie an den Tagen der heiligen Jungfrau und der Apostel keinerlei Gerichtsverhandlungen mit den Parteien vorgenommen, noch Erkenntnisse gefällt werden.[4]) Das Palermitaner Recht unterscheidet zwischen geistlichen und weltlichen Ferien. Zu ersteren werden, abgesehen von den Sonntagen, die grossen kirchlichen Feste: Weihnachten, Ostern, die Tage der heiligen Jungfrau und der Apostel, und die sonstigen kirchlichen Feiertage gerechnet.[5]) Als weltliche Gerichtsferien gelten die Zeiten der Getreide- und der Weinernte. Sie wurden alljährlich vom Praetor und seinen Richtern ihrem Anfang und Ende nach festgesetzt, durften aber den Zeitraum eines Monats nicht überschreiten.

Während der Ferien war Niemand, weder als Beklagter, noch als Zeuge gezwungen, vor dem weltlichen oder geistlichen

---

1) Die Const. Sic. kannten meist nur gesetzlich normirte Termine beziehungsweise Fristen. Nov. const. I, 93 (II. B. IV, p. 207) vgl. mit I, 97. 98. Die Proc.-Ord. König Alphons' V. kennt neben den gesetzlichen auch die vom Richter anzuberaumenden Fristen, schränkt diese aber auf ein gewisses, gesetzlich fixirtes Maximum der Zeitdauer ein. Man vgl. z. B. c. 136. 171 (cap. Regni Sic. I, 253 und p. 263).

2) Palermo c. 1.

3) Palermo c. 5.

4) Nov. const. Sic. I, 75 (II. B. IV, p. 204).

5) Palermo c. 69 (70).

Richter zu erscheinen. Wohl aber sollte es gestattet sein, während der Ferien Vergleichsverhandlungen zu pflegen, wie überhaupt alles dasjenige vor Gericht vorzunehmen, was nach gemeinem Recht in dieser Zeit gerichtlich zu betreiben erlaubt war.

Schliesslich sei noch auf eine Besonderheit des eben gedachten Stadtrechts hingewiesen. Kein Bürger von Palermo war, ohne die Nachtheile des Ungehorsams zu befahren, genöthigt, einer richterlichen Vorladung an dem Tage Folge zu leisten, an dem er selber seine Hochzeit feierte. Desgleichen war er dieser Verpflichtung an solchem Tage überhoben, wo er dem Begräbniss eines nahen Verwandten beiwohnte; ebenso auch während der zwei nächstfolgenden Tage.[1])

b) Der Ungehorsam der Parteien.

Von den Folgen des Ungehorsams (contumacia) berücksichtigen die Stadtrechte nur die Nachtheile, welche der Ungehorsam des Beklagten für diesen nach sich zieht.[2]) Uebrigens geschieht zwar der beiden Eventualitäten Erwähnung, wonach ein Ungehorsam nicht allein vor, sondern auch nach der litis contestatio stattfinden kann; des Näheren wird jedoch bloss die erstere Möglichkeit in's Auge gefasst.

Unter Hinweis auf die gemeinrechtlichen, zur Ergänzung heranzuziehenden Vorschriften erörtert das Palermitaner Recht[3]) diesen Fall der contumacia. Es unterscheidet, ob der Beklagte bei erfolgter Ladung in der Stadt anwesend ist oder nicht. Der anwesende Beklagte soll am Tage der Citation oder spätestens am darauffolgenden Tage vor Gericht erscheinen, um dem Einlassungsbegehren des Klägers zu entsprechen.

Bleibt er aus, so kommt das gemeinrechtliche Contumacialverfahren wider ihn zur Anwendung. Meldet sich demnächst der Beklagte bei Gericht, innerhalb der, zur Nachholung der

---

1) Palermo c. 35.

2) Const. Sic. I, 104 (II. B. IV, 71) erwähnen auch den Fall, wenn der Kläger in dem vom Richter zur Verhandlung der Sache bestimmten Termin ausbleibt. Dabei wird aber vorausgesetzt, dass gleichzeitig auch der Beklagte nicht erscheint. Es soll dann beide Theile eine öffentliche Strafe treffen. Was weiter zu geschehen habe, ist nicht gesagt.

3) Palermo c. 1.

versäumten Handlung (purgatio contumaciae) ihm noch offenstehenden Frist, mithin spätestens unmittelbar vor dem, auf desfallsigen Antrag des Klägers (accusatio contumaciae), vom Richter auszusprechenden Strafurteil, so muss er durch Bürgen die cautio judicio sisti leisten. Er hat für den Gegner, als Ersatz der bis dahin gehabten Unkosten (pro expensis), sowie als Strafe der Contumaz (pro purgatione cont.) ein Viertel Taren zu zahlen.

Wird der Verklagte bei der Ladung nicht anwesend angetroffen, so wird er abermals und zwar dreimal, mit Zwischenräumen von je einem Tage, geladen. Ist auch diese Ladung erfolglos, so wird sein Haus, beziehungsweise seine Wohnung durch den Gerichtsdiener versiegelt. Gestellt sich hierauf der Beklagte spätestens am dritten Tage nach erfolgter Siegelung, so werden die Siegel auf richterliche Anordnung wieder entfernt. Ein Nachtheil trifft ihn weiter nicht, als dass er auch in diesem Falle verbunden ist, dem Gegner ein Viertel Taren zu zahlen.

Stellt sich dagegen der Beklagte bis zum Ablauf dieser drei Tage nicht, so kann wider ihn das gemeinrechtliche Contumacialverfahren beginnen. Von diesem ist allein dann Abstand zu nehmen, wenn er selbst oder durch einen Dritten an seiner Statt einen triftigen Grund für sein Ausbleiben anzugeben und eidlich zu erhärten im Stande ist. Ergiebt sich so, dass der Geladene wegen zeitweiliger weiter Entfernung vom Orte des Gerichts am rechtzeitigen Erscheinen verhindert war, so wird ihm vom Richter ein neuer, je nach der Entfernung abzumessender Termin für sein Erscheinen gesetzt. Bleibt er demnächst auch in diesem Termin aus, so soll nunmehr unweigerlich, dem gemeinen Recht gemäss, in contumaciam wider ihn vorgegangen werden.

Sowohl bei Anwesenheit des ungehorsamen Beklagten am Gerichtsorte, wie beim Ausbleiben des Abwesenden, ist mit dem Contumacialverfahren die Befugniss des Klägers verbunden, sich in den Besitz der Güter des ungehorsamen Gegners einweisen zu lassen (missio in possessionem).[1] Dabei wird in-

1) Das Verhältniss, in welchem die missio in poss. zum Versäumnissurtheil steht, wird man sich nach den hier in subsidium eingreifenden Vorschriften des R. R. (cf. v. Bethmann-Hollweg, Civilproc. d. Gem. R. III, p. 304—308) und den Const. Sic. I, 99. 102 (H. B. IV, p. 60. 66. 70)

dessen vorausgesetzt, dass sich Vermögensstücke desselben in Palermo oder in dessen Weichbilde vorfinden. Eine öffentliche Strafe des Ungehorsams, welche die Constitutionen und später die Processordnung König Alphons' V. festsetzten [1]), kannte das Verfahren der Palermitaner Gerichte, wie bereits angedeutet wurde, regelmässig nicht. Ihre Beitreibung vom Beklagten wird dem Richter im Stadtrecht ausdrücklich untersagt. Mit einer fiscalischen Geldbusse soll dieser einzig in dem Falle belegt werden, wenn er, bei erfolgter gerichtlicher Versiegelung seines Hauses, die Siegel eigenmächtig wieder entfernt und auf diese Weise so recht eigentlich seine Absicht darthut, den richterlichen Befehlen Ungehorsam und Widerstand entgegensetzen zu wollen.

Weit aphoristischer sind die einschlagenden Verordnungen der übrigen Stadtrechte, soweit diese überhaupt von der contumacia handeln. Sie beschränken sich im Wesentlichen auf Regelung der mit dem Contumacialverfahren verbundenen Einweisung des Klägers in den Besitz der Güter des ungehorsamen Beklagten. Ihr wird sowohl vor, als nach erfolgter Litiscontestation stattgegeben.[2]) Gestellte sich demnächst der Beklagte vor dem Ablauf von funfzig Tagen, seit erfolgter Immission des Klägers, so hatte er, soweit dies nicht etwa schon vorher geschehen war, die cautio judicio sisti mittelst Bürgschaftsbestellung zu leisten. Hierauf wurde er in den Besitz seines Vermögens wiedereingesetzt. Beharrte er aber über diese Frist hinaus im Ungehorsam, so ging in Messina

---

etwa dahin gestaltet zu denken haben: Ante lit. cont. setzt bei Schuldklagen die Besitzeinweisung stets ein bereits ergangenes Contumacialerkenntniss voraus. Sie vertritt hier die Stelle der Execution mittelst Pfändung. Bei dinglichen Klagen aber hat Kläger die Wahl, ob er miss. in poss. nachsuchen, oder Versäumnissurtheil ausbringen will. Post lit. cont. soll nach den, hierin vom R. R. abweichenden Constitutionen die missio sowohl bei Schuld-, wie bei dinglichen Klagen nur dann erfolgen, wenn der Erlass eines Contumacialerk. nur deshalb noch nicht möglich ist, weil die vom Gericht bisher geführten Verhandlungen die schwebende Processsache noch nicht soweit geklärt haben, um zum Schluss zu kommen und zum Endurtheil zu schreiten. Andernfalls soll der Richter sofort erkennen, worauf dann das gewöhnliche Executionsverfahren Platz greift.

1) Const. Sic. I, 99. (H. B. IV, p. 66. 67) Bei der Lehre von den Kosten resp. Strafen wird hierauf noch zurückzukommen sein. Vgl. die Proc.-Ord. König Alphons' V. c. 97 (Cap. Regni Sic. I, p. 241).

2) Messina 39. Noto 23.

anscheinend sofort, in Noto jedoch erst dann, wenn seit der missio volle vier Monate vergangen waren, das Besitzrecht an den beschlagnahmten Gütern definitiv auf den Kläger über. Welche rechtliche Bedeutung die Erlangung des definitiven Besitzrechts für den letzteren hatte und welche Wirkungen diese hervorrief, ist nicht ausdrücklich gesagt. Nach den entsprechenden Bestimmungen in den Constitutionen, welche ihrerseits wieder auf die römischen Rechtsquellen zurückweisen[1] und sich von den Stadtrechten bloss dadurch unterscheiden, dass sie die Fristen der Regel nach länger bemessen, ist als wahrscheinlich Folgendes anzunehmen. Bei Schuldklagen konnte der in den Besitz der beklagtischen Güter immittirte Kläger, mit Ablauf jener 50 Tage oder 4 Monate, den öffentlichen gerichtlichen Verkauf derselben betreiben.[2] Bei dinglichen Klagen aber, insbesondere bei der rei vindicatio, ging vermuthlich ohne Weiteres, mit Ablauf jener Frist, das Eigenthum der in Beschlag genommenen Sachen, beziehungsweise das sonstige daran beanspruchte Recht definitiv auf den Kläger über.

Die Stellen der genannten Stadtrechte lassen ferner darüber im Unklaren, was als Gegenstand der Besitzeinweisung des Klägers galt. Bei der rei vindicatio freilich und andern dinglichen Klagen kann es nach dem Wortlaute nicht zweifelhaft sein, dass die missio in possessionem die im Streit befangene Sache (res de qua agitur) betraf. Bezüglich der persönlichen Klagen ist keine Bestimmung getroffen. Es liegt jedoch kein Grund vor zu der Vermuthung, dass das Statutarrecht hierin vom gemeinen Recht[3], welchem die Constitutionen,

---

1) Const. Sic. I, 99 (H. B. IV, p. 66. 67), I, 102 (H. B. IV, 69. 70) vgl. mit l. 9. 10 § 1 C. de bon. auct. jud. (7, 72) Nov. 53 c. 4 § 1. L. 6 § 4 C. de his qui ad eccles. (1, 12). Die Länge der dort für den Verkauf der beschlagnahmten Güter des contumax erwähnten Fristen ist ungewiss, cf. Glossa zu l. 9, 10 § 1 C. De bon. auct. jud. (7, 72).

2) Nach dem Rechte Noto's c. 29 brauchte in dem Falle, wenn der Kläger eine öffentliche Urkunde über die Schuld des Beklagten vorweisen konnte, nicht einmal der Ablauf der 50 Tage und der weiteren 4 Monate abgewartet zu werden. Wir werden dessen noch beim Executivprocess zu gedenken haben.

3) l. 6 § 4 C. de his qui ad eccles. (1, 12) Nov. 53. c. 4. § 1. v. Bethmann-Hollweg, a. a. O. S. 304. 305. 308.

und die Processordnung König Alphons' V.[1]) folgen, habe abweichen wollen. Als Gegenstand der Besitzeinweisung wird man daher nicht das ganze Vermögen des beklagten Schuldners, sondern nur einen solchen Theil desselben zu denken haben, der dem Kläger ausreichende Deckung für die eingeklagte Forderung gewährte.

Der missio in possessionem wird im Messineser Recht, dessen bezügliche Verordnungen in die hieraus abgeleiteten Statuten von Patti übergegangen sind, im Übrigen allein noch im Zusammenhange mit der Lehre von der Appellation gedacht.[2]) Im Einklang mit den römischen Rechtsquellen wird bei den wider Abwesende ergehenden Versäumnissurtheilen ein Unterschied gemacht, je nachdem, ob das Ausbleiben in absichtlichem Ungehorsam seinen Grund hat, oder bloss in dem Umstande der zufälligen Abwesenheit des Beklagten vom Orte des Gerichts beruhte. Dem wirklich Ungehorsamen soll das Rechtsmittel der Appellation regelmässig nicht zustehen. Die Strenge des R. R. wird jedoch dahin gemildert, dass selbst dem beharrlich Ungehorsamen die Möglichkeit zu appelliren für so lange offen gehalten wird, als das Gericht am Tage des ergangenen Strafurtheils noch versammelt, und die Gerichtssitzung noch nicht aufgehoben ist.[3])

Dagegen dürfen die bloss wegen ihrer Abwesenheit vom Orte des Gerichts in contumaciam Verurtheilten appelliren. Sie sind darin nur insofern beschränkt, als sie, bei Verlust des Rechtsmittels, die Berufung sofort nach erlangter Kenntniss von dem wider sie ergangenen Contumacialerkenntnisse anmelden müssen.

Sehen wir schliesslich noch, was sich in der Processordnung König Alfons' V. über das Ungehorsamsverfahren aufgezeichnet findet. Es ist dies nur Weniges.[4]) Bleibt der Beklagte aus, bevor noch litis contestatio stattgefunden hat, dann soll Kläger die missio in possessionem beantragen dürfen. Diese erfolgt bei dinglichen Klagen, als miss. in poss. rei servandae causa, in die vom Kläger beanspruchte Sache, bei per-

1) Const. Sic. I, 99 (H. B. IV, p. 66. 67) Proc.-Ord. König Alphons' V. c. 97 (Cap. Regni Sic. I, p. 241). 2) Messina 42, al. 1 und 2. Patti 48. 49. 52. 3) In dieser Weise, glaube ich, die Worte in Messina c. 42: „quamdiu figura judicii duraverit" auffassen zu müssen. 4) c. 97 (cap. regni Sic. I, p. 241).

sönlichen Klagen jedoch nur in den Mitbesitz des beklagtischen Vermögens, zu der Höhe, welche erforderlich ist, um Deckung für die eingeklagte Forderung zu verschaffen.

Meldet sich Beklagter nachträglich bei Gericht, — innerhalb welcher Frist dies zu geschehen hat, erhellt nicht —, dann soll er den ihm entzogenen Besitz zurückerlangen, jedoch verbunden sein, dem Kläger als purgatio contumaciae die entstandenen Unkosten zu erstatten. Sie schliesst die Strafe 1 Augustale in sich; diese soll vom Kläger, ehe er die Besitzeinweisung erhält, durch das Gericht als Kostenvorschuss eingezogen werden: mit dem Massgeben, dass ersterer sie seiner Seits wieder vom Beklagten fordern darf. Bezüglich der andern Eventualität, dass Beklagter in der Contumaz beharrt, ist bloss gesagt, dass demnächst das Contumacialverfahren nach gemeinem Recht einzutreten habe.

Des Ungehorsams nach bereits vollzogener Litiscontestation gedenkt das Gesetz nur mit Hinsicht auf das Verfahren in der magna curia.[1]) Hier soll kein Contumacialverfahren (eremodicium) zugelassen sein, wenn in der Appellationsinstanz die Processakten des Untergerichts auf Veranlassung des Appellanten dem obersten Gerichtshofe überreicht sind. Bei denjenigen Sachen aber, die in erster Instanz dort eingeleitet sind, soll das eremodicium dann cessiren, wenn die gerichtlichen Verhandlungen bereits so weit gediehen sind, dass man dem Schlussverfahren und Endurtheil, innerhalb der für die Beendigung der Processe gesetzlich vorgeschriebenen zweimonatlichen Frist[2]), entgegensehen darf.

§ 69.

II. Das ordentliche Verfahren. 1) Das erste Verfahren.

Über den Gang des ersten Verfahrens spricht sich nur das Palermitanische Recht aus. Dasselbe stimmt zu einem Theil mit den betreffenden Verordnungen der Constitutionen überein, zum andern weicht es auch wieder davon ab. Ein Vergleich zwischen beiden Rechtsquellen empfiehlt sich an dieser Stelle um deshalb, weil dadurch einmal das Verhältniss des ordentlichen Verfahrens nach Stadtrecht dem Landesprocessrecht Siciliens gegenüber, ein anderesmal das Verhältniss beider Arten des Verfahrens zum gemeinen Processrecht

1) c. 184 (Cap. Regni Sic. I, 267). 2) c. 16 Jacob (Cap. Regni Sic. I, 13).

anschaulich gemacht wird. Es dürfte sich dabei eine, im mittelalterlichen Processrecht immerhin auffallende Erscheinung herausstellen, der wir im deutschen Process erst in viel späterer Zeit begegnen. Ich meine ein, der sg. Eventualmaxime sich näherndes Bestreben, welches in beiden Quellen mehr oder weniger hervortritt, das Vorbringen der einzelnen Angriffs- und Vertheidigungsmittel Seitens der Parteien an bestimmte Fristen zu binden und das nachträgliche Vorbringen von nova einzuschränken.

In den Constitutionen beginnt das Verfahren mit der Ladung (citatio) des Beklagten durch den Richter. Ehedem hatte Kläger diese selbst bewirken müssen. Nunmehr sollte sie auf Antrag des Klägers durch den bajulus, oder wer sonst dem Gerichte vorstand, geschehen, der damit die Gerichtsdiener (apparitores) beauftragt.[1]) Mittelst des die Ladung enthaltenden Schreibens (litterae citatoriae)[2]) ward Beklagter aufgefordert, behufs Entgegennahme des Klagelibells an einem peremtorisch festgesetzten Termine, sei es in Person, oder durch einen Bevollmächtigten vertreten, vor dem Richter zu erscheinen. Gleich in diesem ersten Termine[3]) soll derselbe die cautio judicio

1) Const. Sic. I, 97. 98 (H. B. IV, p. 64. 65) Nov. Const. I, 93 (H. B. IV, 207) nach der Proc.-Ord. König Alphons' V. c. 96 (Cap. Regni Sic. I, p. 240) wurden die Vorladungen zwar auch durch das Gericht erlassen, deren Zustellung zu bewirken, war aber jetzt anscheinend Sache des Klägers, resp. des Appellanten. Diese musste spätestens innerhalb 40 Tagen, seit erlassener Ladung stattfinden, widrigenfalls letztere ihre Wirksamkeit verlor. — Uebrigens ist dies die einzige Bestimmung, welche die Proc.-Ord. über das erste Verfahren enthält.

2) Im Ladungsschreiben ist nach Const. Sic. I, 97 (H. B. IV, 64. 65), ausser dem Namen des Richters, vor dem, und der Zeit, wann der Geladene vor Gericht zu erscheinen hat, auch der Name des Klägers und der Gegenstand der Klage, letzterer, wenn auch kurz, so doch mit der erforderlichen Bestimmtheit anzugeben.

3) Nov. Const. I, 93 (H. B. IV, p. 207) Der am Orte des Gerichts anwesende Beklagte musste sich am dritten Tage nach der Ladung, den Ladungstag eingerechnet, vor Gericht einfinden. Abwesende, aber in derselben Provinz befindliche Beklagte hatten, je nach der Entfernung, am 4., 5., oder 8 Tage nach der Ladung zu erscheinen. Denjenigen, die sich in einer andern Provinz befanden, bewilligte das Gesetz die Frist eines Monats, welche aber unter Umständen auch gekürzt werden konnte. Andererseits ward dann, wenn Beklagter sich ausserhalb der Grenzen des Reiches befand, diese Frist verdoppelt; mithin auf zwei Monate oder 60 Tage verlängert.

sisti [1]) leisten und damit Sicherheit dafür bestellen, dass er im nächsten Termine die litis contestatio mit dem Kläger vornehmen werde.

Möglichst bald nach jenem ersten Termine ward vom Richter dieser zweite Termin zur Vornahme der Litiscontestation anberaumt. [2]) Auf diese sich einzulassen, ist Beklagter allein in dem Falle nicht verbunden, wenn er dilatorische Einreden [3]) vorzubringen vermag. Dies aber muss rechtzeitig geschehen. Hierunter ist nach den Constitutionen nicht bloss zu verstehen, dass ihre Vorbringung vor, nicht nach der litis contestatio zu geschehen hat; sie müssen vielmehr innerhalb der kurz bemessenen Zeit von drei Tagen seit Ablauf des ersten Termins, in welchem Kläger das Libell einreichte, geltend gemacht werden. War die richterliche Entscheidung über die Rechtmässigkeit oder Unrechtmässigkeit derartiger Einreden nicht ohne Weiteres möglich, so konnte sich der Beklagte zum Beweise der sie involvirenden Thatsachen eine Frist erbitten. Diese sollte der Regel nach nicht über acht Tage hinaus bemessen werden. Ihre Bewilligung setzte voraus, dass er den Calumnieneid dahin ableistete, es geschehe die Vorschützung derselben von seiner Seite nicht lediglich zu dem Zwecke der Verschleppung der Sache. Unterlag Beklagter in dem, über die dilatorischen Einreden stattfindenden Vorverfahren, so hatte er dem Kläger alle Unkosten zu ersetzen, die ihm durch das

---

1) Const. Sic. II, 18 (H. B. IV. 90. 91). In der Regel geschah die Cautionsleistung mittels Bestellung von Bürgen. Besass Beklagter innerhalb des Gerichtsbezirkes Mobiliarvermögen, so sollte juratorische Caution für ausreichend gelten. War er dort mit Grundbesitz angesessen, fiel die Caution überhaupt fort.

2) Const. Sic. II, 18 (H. B. IV, 90. 91).

3) Als solche sollen, nach ausdrücklicher Verordnung: Const. Sic. II, 24. (H. B IV, p. 95) nicht gelten und daher die lit. cont. nicht aufhalten: exceptio filiationis, generis sive gentis et quod heres non sit, qui actionem intendit. Ebensowenig soll ein Civilprocess dadurch in seinem Fortgange gehemmt werden, dass gleichzeitig zwischen denselben Parteien, auf erhobene Accusation, ein Criminalprocess schwebt. Das Civilprocess-, wie das Strafverfahren sollen durchaus unabhängig von einander durchgeführt und zum Endurtheil gebracht werden. Const. Sic. II, 21 (H. B. IV, p. 93). Dahingegen konnte unter Umständen einer Aussetzung des Verfahrens um deshalb stattgegeben werden, weil eine oder die andere der Parteien, oder auch beide streitende Theile in den Krieg zogen. Const. Sic. II, 20 (H. B. IV, p. 92).

Vorbringen derselben und die entstandene Processverzögerung erwuchsen.

Kommt Beklagter dem Einlassungsbegehren des Klägers sofort, oder nach erfolgter Zurückweisung der von ihm vorgeschützten dilatorischen Einreden nach, so hat die mit diesem vorzunehmende litis contestatio seiner Seits entweder in einem Bestreiten (negatio), oder in einem Anerkennen der Klagebehauptung und des Klagebegehrens (confessio) zu bestehen.[1]) Dagegen ist die Erklärung, man wisse nicht, ob die eine oder die andere der klägerischen Behauptungen wahr sei oder nicht, dem Kläger, wie dem Beklagten, wenn sie in Person ihre Sache vor Gericht führen, nicht gestattet. Anders ist es, wenn sie sich durch Procuratoren vertreten lassen. Diesen steht es frei, auf einzelne Fragen des Gegners zu antworten, sie wüssten nicht, wie es sich damit verhalte. Sie behalten sich damit die Befugzeit vor, von ihren Clienten nachträglich Erkundigungen einzuziehen, um demnächst die erste Erklärung später zu ergänzen.

Beim Schluss der Litiscontestation wurden beide Theile, Kläger wie Beklagter, angehalten, das jusjurandum calumniae zu schwören.

Nach der Litiscontestation musste Kläger entweder am nämlichen Tage oder spätestens am darauffolgenden mündlich oder schriftlich alle seine Klagebehauptungen (Artikel) und die zu ihrer Unterstützung dienenden Beweismittel auf einmal vorbringen und angeben. Nicht minder war Beklagter gehalten, innerhalb derselben Frist alle, zu seiner Vertheidigung dienenden Thatsachen und Einwendungen, nebst den dafür

---

1) Const. Sic. II, 18 (H. B. IV, p. 90, 91). Auch in den Constitutionen begegnen wir der, in das K. R. cap. un. X. de lit. cont. (2, 5) c. 54 § 3. X de dect. (1, 6) übergegangenen, missverständlichen Auffassung des Begriffs der litis contestatio des röm. Just. R. (l. unica. C. de lit. cont. 3, 9). Während diese zur Zeit Justinian's kein Akt für sich war, sondern implicite zugleich mit der Proposition der Artikel durch den Kläger und mit der Antwort des Beklagten hierauf vollzogen ward, machte hieraus bekanntlich das K. R. einen besonderen, in einem ad hoc anberaumten Termin vorzunehmenden Akt, in welchem reus nur ganz im Allgemeinen dem Klagebegehren zu widersprechen, resp. dasselbe einzuräumen hatte. Hierauf folgte dann erst in einem späteren Termine die Vorlegung der Artikel, und deren punktweise Beantwortung durch den Beklagten. Cf. Briegleb, Einl. in die Theorie des summ. Proc. S. 35—40.

sprechenden Beweisen gleichzeitig und auf einmal vorzubringen. Innerhalb dieser Frist waren auch[1]) die Procuratoren der Parteien verbunden, die bei der litis contestatio mit Bezug auf die gegnerischen Fragen ertheilten Antworten in soweit zu ergänzen, als sie vordem angegeben hatten, die Wahrheit oder Unwahrheit gewisser Thatsachen nicht zu kennen.

Nach Ablauf dieser Frist war den Parteien das Nachbringen neuer Thatsachen zur Unterstützung der Klage, Einrede u. s. w. nicht mehr gestattet, mit alleiniger Ausnahme solcher Umstände, die erst während des Processes eingetreten waren und eine Veränderung der Sachlage herbeigeführt hatten.[2])

Sowohl vor, als nach der Litiscontestation stand dem Richter die Befugniss zu, die Parteien über die factischen Grundlagen ihrer Behauptungen und Gegenbehauptungen zu befragen. Der befragte Theil hatte darauf entweder in Person. oder durch seinen Procurator, resp. im Beistand eines Advocaten zu antworten.[3]) — Vergleichen wir nun hiermit das in Palermo nach dortigem Stadtrecht zu beobachtende Verfahren.

Auch hier ergeht die Ladung auf Antrag des Klägers durch den Vorsitzenden des Gerichts, der mit ihrer Zustellung an den Beklagten die Gerichtsdiener (apparitores, servientes) beauftragt. Der Geladene hat, sofern er anwesend getroffen wird, der Ladung entweder am Tage der Zustellung oder am

---

1) Const. Sic. II, 24 (H. B. IV, 95. 96).

2) Hiervon abgesehen, wurde allein den Restitutions-Berechtigten, — Frauen, Minorennen —, auch in diesem Falle Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Nachtheil der nicht rechtzeitigen Vorbringung der Thatsachen bewilligt.

3) Const. Sic. II, 26 (H. B. IV, 97) cf. c. 10 X de fid. instr. 2, 22. Gewann bei dieser Gelegenheit der Richter aus dem persönlichen Verhalten der Parteien, oder nach Lage der Sache den Eindruck, dass eine vom Beklagten vorgeschützte peremtorische Einrede (beziehungsweise eine vom Kläger, resp. Beklagten vorgebrachte Replic, oder Duplic) lediglich in chikanöser und frivoler Absicht geltend gemacht wurde, so sollte er nach Const. Sic. II, 25 (H. B. IV, p. 96. 97) berechtigt sein, von der betreffenden Partei die Ableistung des Calumnieneides darüber zu verlangen, dass die Einrede u. s. w. in gutem Glauben und nicht etwa bloss, um den Process hinzuziehen, eingewandt wurde. Misslang demnächst der hierüber angetretene Beweis, so sollte der damit unterliegende Theil dem andern alle dadurch entstandenen Kosten erstatten. Deren Höhe war durch den Eid des Gegners, und durch arbitrium judicis festzustellen.

nächstfolgenden nachzukommen. Der Abwesende wird dreimal mit Zwischenräumen von je Einem Tage geladen.[1]) Wird glaubhaft gemacht, dass der Geladene nicht im Stande ist, der Ladung umgehend Folge zu leisten, so hat ihm der Richter eine, je nach der Entfernung seines augenblicklichen Aufenthaltsortes von der Stadt, länger oder kürzer zu bemessende Frist für sein Erscheinen zu setzen.

Beim Erscheinen des Beklagten in dem ersten, auf die Ladung folgenden Termin hat der Kläger das Klagelibell dem Richter zu übergeben (oblatio libelli). Beklagter erhält davon eine Ausfertigung (libellus conventionis) und hat die cautio judicio sisti, resp. judicatum solvi mittelst Bürgen zu leisten.[2]) Hierauf hat dieser bis zur Vornahme der litis contestatio drei Tage Zeit, um zu überlegen, ob er den vom Kläger geltend gemachten Anspruch anerkennen, oder bestreiten will.[3])

Unter der litis contestatio wird ebenso, wie im K. R. und in den Constitutionen, ein besonderer Akt verstanden, in dem Beklagter die klägerischen Behauptungen und Ansprüche im Allgemeinen zu bestreiten, resp. anzuerkennen hat.[4]) Nach deren Vornahme wird den Parteien eine weitere Frist von drei Tagen bewilligt. Innerhalb derselben hat Kläger die in Form einzelner Artikel (articuli) zerlegten und danach geordnet aufzustellenden, einzelnen Klagebehauptungen, nebst den sie unterstützenden Beweismitteln, sämmtlich und auf einmal dem Gericht zu übergeben. Der Beklagte aber ist verbunden, diese Punkt für Punkt zu beantworten und die dawider zu erhebenden Einwendungen mit Angabe der zugehörigen Beweismittel gleichzeitig und auf einmal geltend zu machen.[5]) Wünschen die Parteien nach gegenseitiger Erwiderung auf die Fragen, welche die Behauptungen der Klage, und die Einwendungen

1) In Ehesachen und anderen vor das geistliche Forum des Archidiakonen gehörigen Processsachen war die dreimalige Vorladung immer erforderlich, mochte der Beklagte an- oder abwesend sein. Pal. 75 (76).

2) Palermo c. 68. Hiervon ist nur der befreit, der als Bürger der Stadt dort mit Grundbesitz angesessen ist, wofern die Liegenschaften ihrem Werthe nach zur Deckung der eingeklagten Forderung ausreichend erscheinen. Die Verhängung des Personalarrestes über Palermitanische Bürger als Sicherungsmittel war in Civilsachen nur allein dann zulässig, wenn sie in Ermanglung von Grundbesitz die vorgeschriebene fideijussorische Caution nicht zu leisten vermochten. 3) Palermo c. 2. 75 (76).

4) S. oben S. 257. Note 1. 5) Palermo c. 5. 75 (76).

der Klagebeantwortung involviren, noch weiter zu repliciren, zu dupliciren, oder zu tripliciren, so kann ihnen vom Richter eine fernere Frist von drei Tagen bewilligt werden. Mit Ablauf derselben erreicht das gegenseitige Vorbringen von Angriffs- und Vertheidigungsmitteln durch die Parteien sein Ende. Das Nachbringen von nova wird grundsätzlich nicht gestattet, es sei denn, dass es um eine solche Thatsache sich handelt, welche erst im Laufe des Processes und seit Ablauf der letzten Frist eingetreten ist (justa causa superveniens). Sind übrigens die Processirenden durch Procuratoren vertreten, so steht diesen frei, auch nach Ablauf der für die litis contestatio, beziehungsweise für die Klagebeantwortung, Replik u. s. w. gesetzten Fristen solche Momente geltend zu machen, welche in den Artikeln, deren Beantwortung u. s. w. noch nicht enthalten waren. Es setzt dies jedoch voraus, dass sie durch Zeugen darzuthun vermögen, über die fraglichen Umstände zu spät von ihren Clienten instruirt worden zu sein, um sie noch rechtzeitig in die Artikel, resp. deren Beantwortung etc. aufnehmen zu können.

Aus dem Gesagten dürfte erhellen, wie, von Nebendingen abgesehen, das Verfahren nach Palermitaner Stadtrechte im Wesentlichen denselben Grundsätzen folgte, wie dasjenige der Constitutionen. Insbesondere tritt hier ebenfalls das Bestreben hervor, den Verschleppungen des Processes durch nachträgliches Vorbringen von Behauptungen und Gegenbehauptungen vorzubeugen. Indessen ist im Palermitaner Recht Eine sehr wichtige Ausnahme von jenem Princip zu bemerken. Dasselbe unterscheidet sich dadurch von dem Verfahren der Constitutionen, welche anscheinend jene Abweichung von dem beregten Grundsatze nicht statuirten. Die Behandlung der peremtorischen Einreden ist es, welche ich meine.

In dieser Hinsicht erscheint der Verklagte im Palermitaner Verfahren dergestalt begünstigt, dass es ihm gestattet wird, sie während der ganzen Dauer des Rechtsstreites, selbst noch nach bereits stattgehabter Beweisaufnahme, sofern nur noch nicht die Schlussverhandlung stattgefunden hat, geltend zu machen; ebenso auch den Beweis dieserhalb anzutreten und zu führen.[1])

1) Cf. die Worte in Palermo c. 5. „peremptoriis exceptionibus (dummodo non sit in causa conclusum) in suo robore duraturis, ut etiam post aperturam testium in causa factam opponi valeant.“

§ 70.

2) Das Beweisverfahren.

a) Im Allgemeinen.

In den Constitutionen[1]) finden wir die Verordnung, dass, mit alleiniger Ausnahme gewisser, der Competenz des Landesherrn beziehungsweise der magna curia vorbehaltener Lehnsachen, die Vernehmung von Zeugen in allen Civilprocessen vor delegirten Richtern stattfinden kann. Dabei wird zugleich erklärt, das Ausbleiben der Zeugen im Termin solle dem Producenten nicht Nachtheil bringen, sondern, abgesehen davon, dass den ungehorsamen Zeugen eine Strafe trifft, nur die Anberaumung eines neuen Vernehmungstermins zur Folge haben Im Übrigen schweigt die Gesetzgebung Kaiser Friedrich's II. über das Beweisverfahren.

Von den älteren Rechtsquellen beschäftigt sich einzig das Palermitaner Recht mit dem Beweis- und zwar speciell mit dem Productionsverfahren. Jedoch auch hierüber spricht es sich nicht im Allgemeinen, sondern nur in so weit aus, als der Zeugenbeweis in Frage kommt.[2])

Für die Production der in der Stadt anwesenden Zeugen ist dem Producenten ein, auf 15 Tage hinauszurückender Termin zu setzen.[3]) Befinden sich die vorzuführenden Zeugen ausserhalb, so kann der Termin, je nach der Entfernung ihres augenblicklichen Aufenthalts von Palermo, entsprechend hinausgerückt werden.[4]) Es sollen ferner die sämmtlichen Zeugen in ein und demselben Termine producirt werden. Sind deshalb vom Producenten ausser Anwesenden, auch Abwesende vorgeschlagen, so ist dennoch nur Ein Termin zur Production derselben anzuberaumen, welcher mit Rücksicht auf diejenigen unter ihnen, die ausserhalb der Stadt verweilen, entsprechend länger hinausgerückt werden soll.

---

1) II, 30 (H. B. IV, p. 100. 101).

2) Palermo c. 5.

3) Eine frühere Anberaumung war im ordentlichen Verfahren nicht gestattet, übrigens galt dies auch von dem Verfahren in erster Instanz (in principali causa).

4) In diesem Falle musste Producent den Calumnieneid dahin leisten, dass er die abwesenden Zeugen nicht lediglich in der Absicht, den Process dadurch zu verzögern, zum Beweise vorgeschlagen habe.

Hatte der Beweisführer seiner Seits die zu vernehmenden Zeugen rechtzeitig dem Richter angegeben, so dass ihre Ladung zum Termine durch die Gerichtsdiener hatte bewirkt werden können, dann sollte ihm daraus kein Nachtheil erwachsen, dass der Richter ihre Vernehmung und Vereidigung wegen anderweiter dringender Geschäfte nicht schon in dem Termine selbst, sondern erst später vornahm. Insbesondere konnte die nachträgliche Vereidigung derselben ohne Präjudiz für die betreffende Partei geschehen, wofern sie nur stattfand, bevor das Resultat der Vernehmung dem Gegner bekannt gegeben war.[1])

Die Abhörung der Zeugen fand in der Weise statt, dass die Fragen nach Ordnung und Reihenfolge der Beweisartikel an sie gerichtet wurden und von ihnen zu beantworten waren. Ihre Aussagen waren demnächst durch Zustellung einer Abschrift des Vernehmungsprotokolls, mit dessen Abfassung der Producent den Notar des Processgerichts zu beauftragen hatte, der Gegenpartei mitzutheilen.[2])

Für das Verfahren der späteren Zeit griffen hier, wenn auch vielleicht weniger in Palermo, so doch in denjenigen Städten, die, wie Messina, dieselben ausdrücklich recipirten, die Vorschriften der Processordnung Alphons' V. ein. Sie regelt[3]) das Productionsverfahren nicht allein mit Bezug auf den Zeugenbeweis, sondern überhaupt in der Weise, dass, Lehnssachen ausgenommen, überall da, wo die Beweisaufnahme[4]) am Gerichtssitze stattfand, der Termin für Production der Beweismittel 12 Tage, sonst aber nach richterlichem Ermessen auch länger, jedoch nicht über 20 Tage hinaus, anzuberaumen war. Dem Producten war demnächst zur Führung des Gegenbeweises gegenüber den vorgebrachten Beweismitteln vom Richter ein fernerweiter Termin zu setzen.[5]) In diesem stand

1) Palermo c. 5. 7.

2) Palermo c. 7.

3) c. 171 sequ. (Cap. Regn. Sic. I, p. 263 sequ.).

4) Der Productionstermin war hier stets auf einen Monat hinauszurücken.

5) Gegen Terminsversäumnisse wurde den an sich restitutionsberechtigten Personen (Frauen, Pupillen, Fiskus) eine Restitutionsfrist von sechs Tagen bewilligt. Andere konnten beim Vorhandensein einer justa causa

es zugleich auch dem Producenten frei, den bisher geführten Beweis durch Vorführung neuer Beweismittel zu ergänzen. Dagegen war die Widerlegung eines geführten Gegenbeweises, um die Processe nicht zu verewigen, ein für alle Mal ausgeschlossen. Selbst Restitution konnte zu dem Behufe nicht beansprucht werden.[1])

Besonderen Regeln unterlag die Production von Zeugen, welche sich zur Zeit der Antretung des Beweises ausserhalb der Grenzen des Reiches befanden.[2]) In diesem Falle ist zwar dem Producenten vom Gesetz eine Frist von sechs Monaten zur Gestellung der überseeischen Zeugen bewilligt. Der Process aber nimmt inzwischen, ohne Rücksicht auf das, für die Beweisaufnahme aus der Vernehmung solcher Zeugen sich etwa ergebende Resultat, und ohne dass der Ablauf jener Frist abgewartet werden müsste, seinen ungestörten Fortgang. Es kann Schlussverfahren und Endurtheil, sei es in erster, sei es in höherer Instanz erfolgen, ja sogar beim Obsiegen des Klägers die Execution vollstreckt werden. Immer aber ist das Endurtheil nur ein provisorisches. Kläger muss daher, um die Execution zu erlangen, dem Beklagten Sicherheit dahin leisten,

---

restituirt, und ihnen vom Richter ein, nach Ermessen festzusetzender, anderweiter Termin bewilligt werden.

1) Eine Verallgemeinerung der in c. 49 X. (2, 20) enthaltenen Beschränkung des Gegenbeweises einem vom Gegner geführten Gegenbeweise gegenüber. Das K. R. spricht an dieser Stelle vom Gegenbeweise contra personas testium. Es lässt nicht sowohl die persönliche Glaubwürdigkeit der vom Beweisführer vorgeschlagenen Zeugen durch Gegenbeweiszeugen anfechten, sondern gestattet auch, die Glaubwürdigkeit der ersteren weiter durch Gegenbeweiszeugen anzugreifen. Dagegen gestattet es eine noch weitergehende Reprobation, der dadurch entstehenden Processverzögerung wegen, nicht. Cf. Bayer, Civilprocess S. 772. 773.

2) Das bezügliche Verfahren kann gegenwärtig um deshalb ein erneutes rechtshistorisches Interesse beanspruchen, weil es mehr oder weniger analog ist dem, in der neuen deutschen Civilprocess-Ordnung §§ 502. 503 (vgl. mit § 252 ibid.) angeordneten. Freilich ist dabei der Unterschied zu beachten, dass die Bestimmungen der letzteren das Verfahren in der Berufungsinstanz betreffen. Während die sicilische Processordnung dem ersten Richter die Befugniss giebt, das frühere provisorische Urtheil ev. wiederaufzuheben, steht dies nach heutigem deutschen Processrecht nur dem zweiten Richter zu. Auch gilt dies hier nur von einem in der Berufungsinstanz selbst erlassenen früheren provisorischen Urtheil.

dass er, bei eventueller späterer Wiederaufhebung des Erkenntnisses, ihm das durch die Execution Entzogene restituiren werde.

Treffen nun demnächst die überseeischen Zeugen ein, so sind diese vom Richter, und zwar von dem, welcher in erster Instanz erkennt, zuzulassen, ungeachtet des etwa bereits ergangenen Urtheils. Nach ihrer Vernehmung wird dem Gegner (Producten) in einem nach richterlichem Ermessen zu bestimmenden Termin Gelegenheit zur Gegenbeweisführung gegeben. Hierauf ist abermals mit dem Schluss der Sache zu verfahren, und von Neuem das Endurtheil zu fällen. Fällt dies zu Gunsten des Producenten aus, so wird gleichzeitig mit Aufhebung des früheren provisorischen Urtheils auch die Wiederaufhebung einer bereits vollstreckten Execution angeordnet. —

Nach erfolgter Publication des Resultates der Beweisaufnahme, die beim Zeugenbeweise, entsprechend dem damaligen gemeinrechtlichen Verfahren, in der Vernehmung der Zeugen über einzelne Beweisartikel (articuli, puncta) bestand, war eine Restitution gegen Versäumnisse in der Beweisantretung der Regel nach nicht gestattet. Allein restitutionsberechtigten Personen sollte diese bewilligt werden.[1])

Über den anticipirten Beweis schweigen die sicilischen Stadtrechte des Mittelalters; nicht minder über den Beweis zum immerwährenden Gedächtniss.[1])

§ 71.

b) Die einzelnen Beweismittel.

Nachdem die Geltung der dem germanischen Recht angehörigen Beweismittel: der Gottesurtheile (Ordalien) und des gerichtlichen Zweikampfes für den Bereich des Civilprocesses,

---

1) c. 172 (l. c. I, p. 264) Cf. Const. Sic. II, 52 (H. B. IV, p. 118) bei mehreren Litisconsorten, von denen der eine restitutionsberechtigt ist, der andere nicht, kam es darauf an, ob das Streitobject seiner rechtlichen Natur nach theilbar war oder nicht. In ersterem Falle gereichte die dem Einen ertheilte Restitution nicht auch dem Andern zum Vortheil, wohl aber im letzteren.

2) Über letzteres Institut nach dem Recht der Constitution. vgl. das. II, 35 (H. B. IV, p. 107) und dazu c. 5 X, (2, 6). c. 41 X, (2, 20).

von Kaiser Friedrich II.[1]) aufgehoben worden, begegnen wir in den Rechtsquellen Siciliens und in unsern Stadtrechten nur noch den im römisch-kanonischen Verfahren zugelassenen Beweismitteln. Ausser Zeugen, Urkunden und Eid geschieht an einzelnen Stellen der gerichtlichen Augenscheineinnahme mit oder ohne Zuziehung von Sachverständigen, Erwähnung.

Soweit es den ordentlichen Process anbetrifft, enthalten die Quellen keine besonderen Vorschriften über den Beweis durch Urkunden und Augenscheineinnahme. Erst bei Erörterung des Executiv- und des summarischen Processes werden wir hierauf einzugehen und die, dieser Processform eigenthümliche Art der Anwendung jener Beweismittel kennen zu lernen haben. Hier bleiben nur die, auf den Zeugenbeweis und den Beweis durch Eid bezüglichen Bestimmungen zu erörtern.

Zwar nicht nach römischem Recht[2]), welches die Frauen nur als Solennitätszeugen, beispielsweise bei Testamenten, nicht zuliess, wohl aber nach K. R.[3]) galt das weibliche Geschlecht als ein Grund, der vom Zeugniss ausschloss. Ebenmässig versagen die Statuten Palermo's und Messina's den Frauen der Regel nach die Zulassung zum Zeugniss.[4]) Allein in solchen Fällen war ihre Vernehmung als Zeugen um deshalb gestattet, wo es sich um die Bekundung von Vorgängen an solchen Orten, und bei solchen Gelegenheiten handelte, denen Männer nicht beizuwohnen pflegen. Die Ausschliessung der Frauen von der Zeugenschaft würde hier eine zu grosse Beschränkung des Beweisrechts in vorkommenden Streitigkeiten herbeigeführt haben. Ausser den, theilweise bereits im K. R.[5]) als Ausnahmefälle anerkannten Thatsachen: der Verwandtschaft, der Geburt, und des Alters einer Person, werden in beiden genannten Stadtrechten unter andern die Vorgänge in Nonnenklöstern, und

1) Const. Sic. II, 31. 32 (II. B. IV, 102, 103) (— leges paribiles entsprechend den leges apparentes des normanischen R. S. Brunner, Entst. der Schwurgerichte S. 177. 178) cf. Palermo c. 6. Messina c. 43.

2) l. 18 D. de test. (22, 5). l. 22, § 6 D. de testam. (28, 1).

3) c. 17, c. 33. q. 5, c. 10 i. f. X. (5, 40) (s. jedoch c. 22, 32 X. (2, 20), ebenso auch nach deutschen Rechtsbüchern: Schwabenspiegel (Lassberg), Landr. c. 13.

4) Palermo 12. 14. 75 (76). Messina 47.

5) c. 22 X, (2, 20).

Kirchen, in Bädern und Frauengemächern [1]), in Mühlen [2]), in Bäckereien und an Flüssen [3]) genannt. Hiervon abgesehen, gestattet Palermo das Frauenzeugniss ausnahmsweise auch in solchen Fällen, wo einem Kaufmanne gegenüber, der bei Ausführung einer Verkaufscommission vorschriftswidrig handelte, es darauf ankommt, sowohl die Thatsache, dass er eine Waare zum Verkaufe übergeben erhalten hat, als auch den Werth derselben durch wenigstens zwei Zeugen zu beweisen.[5]) Selbst in den Fällen, wo die Vernehmung der Frauen als Zeugen ausnahmsweise gestattet war, durfte diese in Palermo nicht am Orte des Gerichts stattfinden. Der Richter hatte sich in das Haus oder in die Wohnung der Frau zu begeben und sie dort abzuhören. Es erklärt sich diese Vorschrift aus dem Motiv der Erhaltung der Schamhaftigkeit des weiblichen Geschlechts. Diese nämlich, nicht aber das in der weiblichen Natur beruhende Misstrauen, mit dem das K. R. das Frauenzeugniss als verdächtig ansah, wird im Palermitaner Rechte als Grund angeführt, wie für die Unstatthaftigkeit des selbstän-

---

1) Oder andere Räumlichkeiten im Innern der Häuser, in welchen sich bei gewissen Vorkommnissen Frauen aufzuhalten pflegen. Der in Palermo 12. 14. 75 (76) gebrauchte Ausdruck: machadariis kommt vermuthlich von dem arabischen mahdar her, welches Wort jede Art von Aufenthalts-, oder Wohnort bezeichnet. Pasqualino, (Michele) Vocabolario Siciliano. (Palermo, 1785—1795) verbo: Machadàru, wo derselbe aus dem Ms. des Francesco Pasqualino die folgende Stelle mittheilt: „Maghadaru, proprie nobis est sedes, vel thalamus, scilicet cubiculum nuptiale, in quo sponsa cum caeteris magnifice sedet; nam dicimus, sediri comu la zita a lu maghadaru. Profecto ambiguum, utrum proximiorem hujus vocis originem Hebraicae affinem linguae, an potius Arabicae. (sic!) Hebr. etenim hhadar, seu chadar est cubiculum, penetrale, et si respicias ad illa nempe Judic. 15. 1 et Joel. 2. 16. reperies in primo adducto loco dici de thalamo uxorio, et in secundo de sponsi cubiculo. Arabice autem chedro, (et demptis, ut nos appellamus, vocalibus) posset etiam legi chadar, id est puellarum thalamus, gynaeceum, penetrale in remota domus parte, ut exponit Giggejius; et Raphelengius addit esse idem ac Hebr. chadar conclave, thalamus nuptialis: litera autem m. initialis est formativa nominis in utrisque linguis, et."

2) Insbesondere wegen der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der von den Müllern bei Bedienung ihrer Kunden gebrauchten Masse (tumini, timini; cf. die von König Friedrich II. (III) für Palermo bestätigte Mühlenordnung von 1330. bei De Vio, Priv. Pan. p. 114. 115).

3) Vermuthlich, weil dort die Frauen zu waschen pflegten.

4) Palermo c. 76 (77). 5) c. 10 i. f. X, (5, 40).

digen Auftretens einer Frau als Partei im Processe, so für ihre Ausschliessung von der Zeugenschaft.[1])

Ein weiterer, nicht erst dem K. R., sondern bereits dem R. R.[2]) entlehnter Grund der Ausschliessung vom Zeugniss bildet die Religionsverschiedenheit. Diese gilt, wie im gemeinen Recht, so auch in den sicilischen Stadtrechten als wahrer Verdachtsgrund. Von der Ausschliessung des weiblichen Geschlechts trifft dies nicht überall zu. Denn nach dem, was wir eben von der Stellung gesehen haben, die wenigstens das Palermitaner Recht zu der Frage der Frauenzeugenschaft einnahm, galten die Frauen nicht aller Orten als verdächtig, wurden vielmehr aus andern Gründen für ungeeignet zum Zeugniss erachtet.

Juden, Sarazenen und Ketzer sollen nicht als Zeugen in Processen wider Christen vernommen werden.[3])

In Messina und Syrakus durften andererseits auch Christen nicht zum Zeugniss wider Juden und Ungläubige (infideles) verstattet werden, während erstere, nach ausdrücklicher Bestimmung des Stadtrechts in Palermo nicht für ausgeschlossen gelten sollten, sofern nicht etwa sonst dem betreffenden christlichen Zeugen ein anderweiter, im gemeinen Recht begründeter Verdachtsgrund entgegenstand. Als infam galten und der Zeugnissfähigkeit entbehrten auch die gewerbsmässigen Spieler. Ihnen stellt das Palermitaner Recht diejenigen gleich, welche Wein im Detailverkauf feil halten.[4])

Ein Gesetz König Friedrich II. (III.) erklärte demnächst, unter ausdrücklicher Aufhebung der entgegenstehenden Lokalrechte, und mit Hinweis auf die Vorschriften des gemeinen Rechts, das Zeugniss der Christen in Processen wider Juden allgemein für statthaft.[5])

1) Palermo c. 12.

2) l. 21 C. d. haeret. (1, 5.) l. 3 C. de apostat. (1, 7.)

3) Palermo 15. Messina 47 i. f. Syracus 24. Das letztgenannte Recht sprach auch den, von Juden und Ungläubigen producirten Urkunden, sei es öffentlichen, sei es privaten, die Beweiskraft Christen gegenüber ab.

4) Const. Sic. III, 90 (H. B. IV, p. 174. 175). S. oben S. 164. Note 2. Palermo 72. Der Grund der Gleichstellung der Detailverkäufer von Wein mit den gewerbsmässigen Spielern ist vermuthlich darin zu suchen, dass die ersteren in ihren Geschäftslokalen das Spiel um Wein, oder auch um Geld gestatteten.

5) c. 67 Friderici (Cap. Regni Sic. I, p. 79).

Dem gemeinen Recht gemäss wurden zur Herstellung eines vollen Beweises immer wenigstens zwei einwandsfreie (classische) Zeugen erfordert. Nur in gewissen Fällen der Pfändung, wegen Flurbeschädigung durch Thiere, konnte, nach Verordnung einzelner Statuten, schon ein einziger Zeuge genügen. Dies steht jedoch, wie wir weiter sehen werden, damit im Zusammenhange, dass derartige Processsachen nicht sowohl formell, sondern auch materiell summarisch behandelt wurden.[1])

Des Beweises durch den Eid geschieht in den Stadtrechten bloss da Erwähnung, wo sie mit Rücksicht auf gewisse Institute und Rechtssätze des materiellen Rechts von den sonst geltenden Regeln der gemeinrechtlichen Beweistheorie abweichen. Es ist an dieser Stelle noch einmal auf die Erscheinung hinzuweisen, deren wir bereits anderweitig gedacht haben.[2]) Gegenüber den im Übrigen adoptirten römisch-kanonischen Beweisgrundsätzen macht sich bei der Behandlung einzelner Lehren des Obligationenrechts der Einfluss germanischer Rechtsanschauung dahin geltend, dass der Eid nicht als eine dem Beweisführer obliegende Beweislast erscheint, sondern als ein ihm vom Gesetze dargebotener rechtlicher Vortheil. Demnach gilt der also Begünstigte für näher zum Eide berechtigt, als sein Gegner. Statt verbunden zu sein, diesem den Eid zu deferiren mit der Massgabe, dass es ihm frei steht, denselben entweder anzunehmen, oder zurückzuschieben, (wo denn Deferent erst auf einem Umwege dahin gelangen kann, die behauptete Thatsache zu beschwören und zu beweisen), so ist der Beweisführer von vorn herein zur einseitigen eidlichen Erhärtung seiner Behauptung befugt. Es kann daher hier auch nicht von der Auferlegung des Eides durch den Richter, nach Art des Erfüllungs- oder Reinigungseides die Rede sein. Unsere Quellen deuten dies nirgends an.

Übrigens kommt diese dem Beweisführer vom Gesetze gestattete einseitige, eidliche Erhärtung der von ihm behaupteten Thatsachen theils allein, als einziges Beweismittel, theils

1) Noto 36. Syracus. 1, 3. Girgenti 13. Andererseits verlangten die Const. Sic. II, 32 (H. B. IV, p. 102) in den wider Grafen, Barone und Ritter anzustrengenden Civilprocessen zum Beweise der Klagebehauptung u. s. w. mehr, als bloss zwei Zeugen.

2) S. §§ 53. 68.

in Verbindung mit andern Beweismitteln vor, so z. B. neben einem, an sich unvollständigen, durch den Eid des Beweisführers zu ergänzenden Zeugenbeweise.[1]) Selbst hier aber fand anscheinend keine richterliche Auferlegung des Eides statt; sondern der Beweisführer konnte kraft eigenen Rechts verlangen, zur Eidesleistung verstattet zu werden.

Fragen wir nach den einzelnen Fällen, wo nach Art des germanischen Processrechts eine der Parteien, sei es als Kläger, sei es als Beklagter, für näher zum Beweise berechtigt galt, als der Gegner, so handelt es sich dabei zum Theil um solche Processsachen, die nicht im ordentlichen, sondern im summarischen Verfahren erledigt werden. Deren wird weiterhin bei der Darstellung dieser Processart gedacht werden.

Hiervon abgesehen, fand der Eid in der bezeichneten Art auch im ordentlichen Process unter Umständen Anwendung. Es gehören hierher die Streitigkeiten um den Betrag eines, gegen Faustpfand, gegebenen Darlehns; Forderungen aus der Dienstmiethe, und gewisse Fälle von Injurien. Meistens hing seine Zulassung von der Voraussetzung ab, dass der Gegenstand des Rechtsstreits die Höhe eines bestimmten, niedrig bemessenen Geldbetrages nicht überstieg. Ein anderes Erforderniss war die Unbescholtenheit und Unverdächtigkeit der Person des Schwurberechtigten.[2]) Die Möglichkeit des Gegenbeweises, entgegen den vom Beweisführer eidlich zu erhärtenden Behauptungen, wird dem Producten in einigen Fällen ausdrücklich vom Gesetz vorbehalten. Es geschieht dies aber mit der Massgabe, dass der Gegenbeweis nicht ebenfalls durch den Eid geführt werden darf. Man hat sich zu dem Behufe anderer Beweismittel (Zeugen, Urkunden) zu bedienen.[3])

§ 72.

8) Die Rechtsmittel.

Die Rechtsmittel, denen wir in den sicilischen Rechtsquellen begegnen sind theils ordentliche, theils ausserordentliche. Zur ersteren Kategorie gehört vor allen das Rechtsmittel der Appellation. Ferner sind hierher zu rechnen die

1) cf. Syracus. 1, 3. 28.

2) Palermo 24. 1, 3. Messina 41. Patti 65. Syracus. 28. Girgenti 13. S. oben § 56. S. 188.

3) Palermo 53. Messina 41 Patti 65.

Beschwerde (gravamen), die Revision (supplicatio), und die Nichtigkeitsbeschwerde (nullitas). Als ausserordentliches Rechtsmittel kommt nur die Restitution (restitutio in integrum) vor.

a) Die Appellation (appellatio).

Der die Appellation betreffende Inhalt unserer Quellen beschränkt sich der Hauptsache nach darauf, die dem statutarischen, wie dem Landesprocessrecht eigenthümlichen Besonderheiten dem gemeinen Recht gegenüber zu fixiren Es handelt sich dabei zunächst um die Regelung der Fristen für die Anmeldung, beziehungsweise die Einführung und Rechtfertigung des Rechtsmittels. Das Recht Palermo's [1]) setzt die Frist für die Anmeldung oder Einlegung der Appellation, in Übereinstimmung mit der Verordnung Justinians, der auch das K. R.[2]) folgt, der Regel nach auf zehn Tage fest (decendium appellationis). Sie wird vom Tage der Kenntnissnahme des ergangenen Urtheils durch den Appellanten gerechnet. Eine Verlängerung der Frist wird bewilligt, wenn die Appellation an den König (princeps) geht, während dessen zeitweiliger Anwesenheit in Palermo; ebenso, wenn sie bei einem dort sich aufhaltenden höheren Richter (judex superior) angebracht wird. Sie beträgt dann funfzehn Tage. Befindet sich der Oberrichter, an den man appelliren will, nicht in der Stadt, wohl aber in Sicilien, so wird sie auf die Dauer eines Monats, und ist er zwar noch innerhalb der Reichsgrenzen, aber ausserhalb der Insel, sogar auf drei Monate erweitert. Eine Verkürzung der Frist war andererseits gesetzlich verboten.

Die Erklärung der Partei, die sich durch das ergangene Urtheil des Vorderrichters beschwert fühlt, appelliren zu wollen, musste mündlich (viva voce) abgegeben werden.[3])

Ungleich knapper ist die Zeit für Einlegung der Appellation im Messineser Rechte bemessen.[4]) Wer zur Zeit der

---

1) Palermo c. 16. 2) Nov. 23 c. 1 c. 5 X, (2, 27.)

3) Nach R. R. konnte sie entweder mündlich oder schriftlich geschehen, musste jedoch im ersteren Falle sogleich nach Publication des Urtheils erfolgen. l. 2. 5 § 4 D. de appel. (49, 5.)

4) Messina 42. Ebenso Patti 48. Es erinnert diese dreitägige Frist an die im vorjustinianeischen Recht für die schriftliche Einlegung der Appellation in Geltung gewesene zwei- resp. dreitägige Frist. cf. l. 5 § 4 D. de appell (49, 1) l. 1 § 11. 12 D. quo appell. sit (45, 4).

Urtheilspublication in der Stadt ist, hat entweder sofort nach ergangenem Urtheil, oder spätestens innerhalb von drei Tagen seine Absicht, appelliren zu wollen, kund zu thun. Innerhalb weiterer zehn Tage kann er bereits die Fortsetzung des Processes in der folgenden Instanz verlangen. Abwesende, sofern sie nicht wirklich ungehorsam sich gezeigt haben[1]), sind gehalten, sobald sie von dem Urtheil erfahren, umgehend die Appellation anzumelden. Eine Änderung trat in dieser Hinsicht dort erst ein mit Einführung der Processordnung König Alphons' V. Diese adoptirte das gemeinrechtliche decendium appellationis: mit der Massgabe, dass die Anmeldung des Rechtsmittels beim Unterrichter, gegen dessen Entscheidung Berufung eingelegt werden soll, zu geschehen hat.[2])

Nach der Gesetzgebung Kaiser Friedrich II. sollte der Regel nach der höhere Richter, an den die Appellation geht, dem Appellanten, behufs Einführung und Rechtfertigung des Rechtsmittels, eine, je nach seiner Entfernung vom Gerichtsorte, und je nach der Beschaffenheit der Sache abzumessende Frist bestimmen. Diese durfte jedoch unter keinen Umständen den Zeitraum von funfzehn Tagen überschreiten, vom Momente der Anmeldung der Appellation an gerechnet.[3])

Dem analog überliessen die Stadtrechte von Messina und Patti[4]) dem Gerichte (curia) die Festsetzung eines Termines zur Einführung und Rechtfertigung der Appellation. Die Frist war eine Nothfrist, welche regelmässig nicht prorogirt ward. Wiess jedoch der säumige Appellant nach, dass er aus einem triftigen Grunde (justa causa) an der rechtzeitigen Einführung und Rechtfertigung gehindert war, so sollte er ausnahmsweise auch noch nach Ablauf der Frist gehört werden.

Später setzte die Processordnung Alphons' V. die Einführungsfrist in allen Fällen auf funfzig Tage fest, welche vom Tage der Anmeldung der Appellation zu berechnen war.

Zu dem Behufe musste der Appellant durch den beim

---

1) S. hierüber oben § 68.

2) c. 183 (Cap. Regn. Sic. I, p. 266).

3) Const. Sic. II, 481 (H. B. IV, p. 115. 116). In denjenigen Fällen, wo direct an den König appellirt ward, war die Frist ein für allemal gesetzlich auf 50 Tage normirt. Jedoch sollte es genügen, wenn bis dahin die Einführungsschrift beim magister justiciarius eingereicht war.

4) Messina, Patti l. c.

Unterrichter fungirenden Notar die vor diesem stattgehabten Verhandlungen in protokollarischer Form, einschliesslich des ergangenen Erkenntnisses, ausfertigen und an den Oberrichter expediren lassen.[1]) Ward diese Frist nicht innegehalten, so galt die Appellation als fallen gelassen (appellatio pro deserta habetur). Wegen gerechtfertigter Hinderungsgründe wird jedoch Restitution gewährt. Nach Wegfall des Hindernisses musste die Einhaltung der Frist strict beobachtet werden, indem jede weitere Restitution unzulässig war. Appellant hatte ferner beim Obergericht einen Processbevollmächtigten zu bestellen. Andernfalls sollte das Rechtsmittel als nicht eingeführt gelten.[2]) Wurde die Appellation beim Oberrichter zwar eingeführt, Appellant unterliess es aber, sie zu rechtfertigen und vor dem Oberrichter aufrecht zu erhalten, so wurde nach Vorschrift der Constitutionen das Rechtsmittel als gar nicht eingelegt betrachtet.[3]) Das Urtheil des Vorderrichters blieb dann aufrecht erhalten, wofern nicht etwa der Oberrichter die frühere Entscheidung als nichtig anerkannte und deren Aufhebung durch Urtheil aussprach.

Über das Verfahren in der Appellationsinstanz finden wir allein in den Constitutionen[4]) einzelne Vorschriften. Zur Verhandlung der Sache, ihre Rechtfertigung durch den er-

---

1) c. 183 (l. c. I, p. 266). cf. Palermo c. 7. Eine durch Nachlässigkeit des Notars entstehende Verzögerung war der Partei unschädlich und blieb der so herbeigeführte Zeitverlust bei Berechnung der Frist der 50 Tage ausser Ansatz. Der Notar aber ward in Strafe genommen.

2) c. 183 l. c.

3) Const. Sic. II, 48 (H. B. IV, 115. 116). In diesem Punkte dürfte auch später durch die Proc. Ordn. Alphons' V c. 184 (Cap. Regn. Sic. I, p. 267) eine Aenderung nicht eingetreten sein. Wenn dort scheinbar, schon allein auf Grund der Einführung der Appellation beim Oberrichter, mittelst Präsentation der Akten und des Erkenntnisses der Vorinstanz, die Ausschliessung des Verfahrens in eremodicium vor dem Appellationsrichter angeordnet wird, so hat man dies füglich erst auf das weitere Verfahren in der Appellationsinstanz zu beziehen. Man wird es nicht etwa dahin zu verstehen haben, dass es, neben der Einführung, einer Rechtfertigung der Appellation durch den Appellanten überhaupt gar nicht bedurft hätte, und deren Unterlassung ihm unschädlich gewesen sei.

4) Const. Sic. II, 52 (H. B. IV, p. 118), wo zweifellos zu den Worten „ad confirmationem" die Worte: „vel ad infirmationem" zu ergänzen sein dürften, obwohl sie im griechischen Text fehlen und angeblich nur in Einem Cod. Mss. (4625) vorkommen.

schienenen Appellanten vorausgesetzt, wird ein peremtorischer Termin anberaumt. Zu diesem ist Appellant zu laden, bei dessen Ausbleiben nichts destoweniger in der Sache verfahren und je nach Rechtbefinden das frühere Erkenntniss aufgehoben, oder bestätigt wird.[1])

Die Anführung neuer Thatsachen, sowie das Produciren neuer Beweismittel in der Appellationsinstanz war zwar nicht principiell ausgeschlossen, jedoch in mancher Hinsicht beschränkt. Schlechthin verboten war die Vernehmung von Zeugen über dieselben Beweisartikel, über welche bereits in der Vorinstanz Beweis erhoben war, und zwar einerlei, ob solche vom Producenten beantragt wurde, behufs Vervollständigung eines früher angetretenen Beweises, oder vom Producten zum Zwecke der Gegenbeweisführung. Waren andererseits von dem Vorderrichter noch überhaupt keine Zeugen vernommen, so sollte ihrer Vernehmung vor dem Oberrichter allerdings stattgegeben werden. Diese war jedoch von der Bedingung abhängig gemacht, dass die Partei, welche hierauf antrug, die Existenz einer begründeten Ursache darthat, die sie gehindert hatte, die bezeichneten Zeugen in der früheren Instanz zu produciren.

Es erübrigt hier schliesslich noch der Beschränkungen zu gedenken, denen die Appellation unterlag.

Dass gegen Contumacialurtheile, dem gemeinen Recht entsprechend, der Regel nach Appellation nicht gestattet war, ist bereits gesagt worden.[2]) Nicht minder war die Appellation gegen die von Schiedsrichtern abgegebenen Schiedssprüche ausgeschlossen.[3]) Bei der Erörterung des summarischen Processes werden wir ferner verschiedene Fälle kennen lernen, wo die Entscheidung des ersten Richters durch Appellation nicht mehr angefochten werden durfte, oder doch mindestens des Suspensiveffectes der Execution gegenüber entbehrte.[4]) Wir werden dort namentlich auch der Ausschliessung resp. Beschränkung der Appellation bei Bagatellsachen begegnen. Hier sei nur bemerkt, dass in Palermo[5]), in derartigen

1) Im Einklang hiermit steht die bereits mehrfach erwähnte Vorschrift der Proc. Ordn. Alphons' V c. 184 (Cap. Regn. Sic. I, p. 267), welche das Verfahren in eremodicium in der Appellationsinstanz ausschliesst.

2) S. oben § 68. 3) Messina 42. Patti 52.

4) Vgl. einstweilen Messina c. 42. 62.

5) Palermo c. 71.

geringfügigen Sachen, worunter Processe verstanden wurden, deren Gegenstand weniger als 15 Tarenen betrug, die Appellation nicht stattfand, obwohl hier diese Fälle anscheinend nicht den summarischen zugerechnet wurden. In analoger, durch die Geringfügigkeit des Objects bestimmter Weise wurde dort auch bei Injuriensachen die Appellation dann versagt, wenn der Beleidigte eine Person niederen Standes war, während der Beleidiger den höheren und angesehenern Klassen der Gesellschaft angehörte.[1]) Wie wir aber sahen[2]), konnte den Injurianten unter diesen Umständen nur eine verhältnissmässig geringe Geldbusse treffen. Um deswillen mochte es gerechtfertigt erscheinen, die Appelation zu versagen.

War es im einzelnen Falle zweifelhaft, ob eine Processsache zu den appellablen Fällen gehörte, oder ein darin ergangenes Erkenntniss der Anfechtung durch die Appellation, gesetzlicher Bestimmung zufolge, nicht unterlag, so sollte hierüber, nach einer Bestimmung in der Processordnung König Alphons' V., nicht der Richter befinden, gegen dessen Urtheil Appellation eingelegt ward. Die Entscheidung hierüber stand vielmehr ausschliesslich der magna curia zu.[3])

b) Die Beschwerde, gravamen (defensio, querela), revisio sententiarum (supplicatio).

Unter dem Namen gravamen, defensio oder querela kommen in den sicilischen Stadtrechten Rechtsmittel vor, welche an Stelle der Appellation gegeben werden, sofern nicht im gegebenen Falle überhaupt alle Rechtsmittel ausgeschlossen sind, wie dies bei gewissen, summarisch zu erledigenden Processsachen geschieht.[4])

Worin die processrechtlichen Besonderheiten der letzteren beiden Rechtsmittel bestanden, erhellt nicht. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass die Ausdrücke defensio und querela nur verschiedene Bezeichnungen für ein und dasselbe Rechtsmittel und mit dem gravamen, der Beschwerde, gleichbedeutend waren. Über diese erhalten wir Auskunft in der Processordnung des Königs Alphons'.[5]) In Bagatellsachen, deren Gegen-

1) Palermo c. 25. 2) S. oben § 56. S. 189.
3) cap. 182 (Cap. Regni Sic. I, p. 266).
4) Catania tit. 1 cons. 6. tit. 61. Syracus. 1. 2.
5) c. 180 l. c. I, 266.

stand den Werth von 15 Tarenen bis 1 Unze Goldes nicht überstieg, sollte gegen die Entscheidungen der Untergerichte Appellation an die magna curia nicht stattfinden. Dafür war aber gestattet, die Vorentscheidung im Wege der Beschwerde (via gravaminis) anzugreifen. Als eine Eigenthümlichkeit dieses Rechtsmittels wird angeführt, dass in der höheren Instanz eine Wiederholung des Verfahrens unterblieb, vielmehr allein auf Grundlage der Processakten der Vorinstanz entschieden ward (processus expeditur per eadem acta).[1])

Ein weiteres, übrigens nur in der genannten Processordnung erwähntes, ordentliches Rechtsmittel ist die Revision (revisio sententiarum).[2]) Unter ausdrücklicher Verweisung auf die auth. quae supplicatio gloriosissimis[3]) wird mit diesem Namen dasselbe Rechtsmittel bezeichnet, das im römischen Recht supplicatio genannt wird.

Wer revidiren wollte, hatte den Betrag der eingeklagten Forderung, und die Kosten dem Gegner zu zahlen.[4]) Hinwiederum war dieser gehalten, Sicherheit dafür zu bestellen, dass er, wenn Revident in der höheren Instanz obsiegte, diesem das Gezahlte zurückerstatten werde. Es entbehrte demnach dieses Rechtsmittel des Suspensiveffectes der Execution gegenüber nur, wenn jene Caution vom bisher siegreichen Kläger geleistet ward, nicht aber, wenn sie unterblieb.[5]) Bei Bagatellsachen unter dem Werth von 15 Tarenen war ausser der Appellation auch die Revision regelmässig nicht gestattet. Diese sollte allein in dem Falle zugelassen sein, wenn die magna curia, oder ein von dieser committirter Richter sich gerade am Sitze des betreffenden Untergerichts befand, von dem das frühere Erkenntniss ausgegangen war.[6])

---

1) Den Gegensatz bildet das Verfahren in höherer Instanz bei Sachen über 1 Unze Goldes an Werth. Hier wurde via ordinaria appellirt, und die Sache von Neuem verhandelt (fiunt nova acta).

2) c. 188 (Cap. Regn. Sic. I, p. 268).

3) = authent. ut sponsalitia largitas §. aliud (Nov. 119 c. 5) zu l. 5 C. de prec. imp. offer. (1, 19).

4) Unterlag der Revident, so fielen ihm die Kosten des Rechtsmittelverfahrens allein zu.

5) Cf. Nov. 119 c. 5 und die cit. auth. Bayer, Vorl. über den gem. rechtl. Civilproc. S. 1077.

6) c. 180 (l. c. I, p. 266).

c) Die Nichtigkeitsbeschwerde, (nullitas).

Die Constitutionen berücksichtigen die Eventualität, dass ein Urtheil nichtig ist und deshalb der Vernichtung durch einen höheren Richter unterliegt, nur gelegentlich. War ein Erkenntniss nicht sowohl als nichtig angegriffen, sondern nur das Rechtsmittel der Appellation darwider eingelegt, so sollte der Richter zu seiner Wiederaufhebung, selbst bei nicht erfolgter Rechtfertigung der Appellation Seitens des Appellanten, dann schreiten, wenn er dasselbe sofort und ohne vorherige weitere Verhandlung der Sache als nichtig erkannte.[1]) Für nichtig werden ferner darin alle solche Erkenntnisse erklärt, welche, der gesetzlichen Vorschrift zuwider, vom Richter nicht in schriftlicher Form abgefasst, sondern bloss mündlich ertheilt sind.[2])

Eines besonderen, auf die Vernichtung eines früheren Urtheils abzielenden Rechtsmittels geschieht dagegen in der Gesetzgebung Kaiser Friedrich II. ebensowenig Erwähnung, wie später in der Processordnung König Alphons' V.

Wohl aber begegnen wir einem solchen Rechtsmittel im sicilischen Statutarrechte. Das in Messina[3]) unter dem Namen der nullitas promptuaria gegebene Rechtsmittel war bei demselben Richter anzubringen, von dem das anzugreifende Erkenntniss ausging. Es hatte im Allgemeinen, ebenso wie die Appellation den Suspensiveffect. In wie weit es im summarischen Process dessen ermangelte, wird bei Darstellung dieser Art des Verfahrens zu berücksichtigen sein. Dort werden wir auch die Fälle kennen lernen, in welchen, ebenso wie die Appellation, die Nichtigkeitsbeschwerde überhaupt cessirte. Im Übrigen lassen die Stadtrechte eine nähere Feststellung der rechtlichen Natur und der Wirkungen dieses Rechtsmittels vermissen. Aus der Thatsache aber, dass es, wie bemerkt, der Regel nach den Suspensiveffect hatte, ist darauf zu schliessen, dass unter nullitas kein der sg. unheilbaren, vielmehr ein der heilbaren Nichtigkeitsbeschwerde entsprechendes Rechtsmittel verstanden ward.[4])

---

1) Const. Sic. II, 48 (H. B. IV, p. 115. 116).
2) Const. Sic. Nov. const. I, 77 (H. B. IV, 181).
3) Messina 60.
4) cf. Bayer, Vortr. über den gem. Civilproc. S. 1098.

d) Die restitutio in integrum.

Der in integrum restitutio gedenken die Constitutionen mit Rücksicht auf die dadurch begünstigten Personen der Frauen, und Minderjährigen, sowie des Fiscus. Die einschlagenden, dem R. R. entlehnten Vorschriften behandeln die Restitution zugleich als ein Institut des materiellen, wie des Processrechts. Die dieser Wohlthat theilhaftigen physischen oder juristischen Personen sollen sowohl gegen ihnen nachtheilige Rechtsgeschäfte (contractus), wie gegen Vorgänge in Processen (in judiciis) in den vorigen Stand wieder eingesetzt werden.[1]) Dagegen wird hier der Restitution in der Bedeutung eines ausserordentlichen Rechtsmittels gegen ein bereits rechtskräftig gewordenes Erkenntniss nicht speciell gedacht.

In den übrigen Rechtsquellen sind wir der Restitution in der Anwendung einer Wiedereinsetzung in den vorigen Stand der einen oder der andern Partei im Laufe des Processes gegen die, mit dem Ablaufe einer versäumten Nothfrist verbundenen Nachtheile (restitutio contra lapsum termini fatalis) bereits mehrfach begegnet. Namentlich geschieht ihrer in diesem Sinne verschiedentlich Erwähnung in der Processordnung des Königs Alphons'.[2]) Als ausserordentliches Rechtsmittel gegen rechtskräftige Urtheile hat dasselbe in der gedachten Processordnung nur an einigen wenigen Stellen Berücksichtigung gefunden.[3])

Es ist hiernach bei der magna curia, als dem Gerichte höherer Instanz einzulegen und hat den Suspensiveffect der Execution gegenüber. Indessen lässt sich aus den fraglichen Stellen um deshalb kein sicherer Schluss ziehen für die rechtliche Behandlung des Rechtsmittels im sicilischen Processrecht, weil diese einen besonderen Fall im Auge haben, dessen wir weiterhin bei der Darstellung des Executivprocesses werden gedenken müssen. Im Allgemeinen fanden jedenfalls, worauf auch in c. 118 l. c. ausdrücklich hingewiesen wird, die Vorschriften des gemeinen Rechts Anwendung. Man hat daher anzunehmen, dass das Gesuch um Restitution regelmässig bei

---

1) Const. Sic. II, 41—44 (H. B. IV, p. 112—114).
2) S. oben § 70.
3) c. 116. 117. 118 (Cap. Regn. Sic. I, p. 247).

dem Richter anzubringen war, von dem das anzugreifende Erkenntniss ausging. Den Suspensiveffect anlangend, so ist dieser allerdings dem Rechtsmittel nicht abzusprechen. Dabei ist jedoch vorauszusetzen, dass der verletzte Theil das Restitutionsgesuch so zeitig einlegt, dass er dem wirklichen Vollzuge der Execution zuvorkommt. Nur dann wird zu Gunsten des ungestörten Fortganges der Execution eine Ausnahme statuirt werden müssen, wenn der Richter den Eindruck gewinnt, dass der Implorant mit seinem Gesuch nur die Verzögerung der Execution bezweckt, und der bis dahin siegreiche Gegner Sicherheit für die Rückgabe des Executivobjects leistet. für den Fall, dass die Restitution Erfolg haben würde.[1])

§ 73.

4) Die Execution. (Vollstreckung.)

Während die Constitutionen, wenn wir von einzelnen Verordnungen absehen[2]), Bestimmungen über die Execution und die Art, wie diese stattzufinden habe, vermissen lassen, wird diese Materie in den sicilischen Stadtrechten mit verhältnissmässiger Ausführlichkeit behandelt.

Wie im gemeinen Recht setzt die Execution im ordentlichen Verfahren im Allgemeinen die Existenz eines bereits rechtskräftigen Erkenntnisses voraus. Diesem wird die confessio in jure gleich geachtet.[3]) Unter Umständen genügt aber auch, wie wir in der Lehre von den Rechtsmitteln sahen. das Vorhandensein eines Urtheils überhaupt, ohne dass dies schon die Rechtskraft erlangt zu haben braucht. Es trifft dies in allen denjenigen Fällen zu, wo der an sich zulässigen

---

1) l. un. C. in integr. rest. postul. ne quid novi fiat, (2, 50) c. 6 X, (1, 41).

2) Vgl. Nov. Const. Sic. § XVI. (H. B. IV, p. 237. 338). Im Einklang mit dem R. R. l. 7. 8 C. quae res pignori (8, 17) wird hier angeordnet, dass die zum Ackerbau dienenden Ochsen den Bauern nicht abgepfändet, sondern von der Mobiliarexecution ausgenommen bleiben sollen. Dieses Verbot ward demnächst von Kaiser Conrad IV. im J. 1251 (Nova capitula Tit. VI, Codice di leggi ed. Diego Orlando, Palermo 1857) von neuem eingeschärft und schliesslich auch noch in später Zeit (1520) durch Carl V (Testa, Cap. Regni Sic. II, p. 31) wieder in Erinnerung gebracht (Hartwig in Forschung. zur deutsch. Gesch. VI, S. 637. 638.

3) Palermo c. 71.

Appellation, beziehungsweise einem andern Rechtsmittel der Suspensiveffect abgeht, oder doch nur dann beiwohnt, wenn der bisher siegreiche Kläger dem Exequenden die cautio de restituendo zu leisten verabsäumte.[1])

Nach dem Object, in das die Execution vollstreckt wird, haben wir bei Schuldklagen zwei Hauptarten derselben zu unterscheiden. Sie ist gerichtet entweder gegen das Vermögen des Schuldners, oder gegen seine Person. Bei der Vermögensexecution sind dann weiter, je nach dem Gegenstande, den sie ergreift, zwei Unterarten auseinander zuhalten: die Mobiliarexecution und die Execution in die Liegenschaften des Exequenden.[2]) Die letztere trat, wie wenigstens das Messineser Recht vorschreibt, nur subsidiär, nämlich erst dann ein, wenn Schuldner kein Mobiliarvermögen besass, oder doch die Abpfändung desselben fruchtlos versucht worden war.[3])

Das Verfahren war demgemäss ein verschiedenes.

Behufs Befriedigung des Gläubigers aus seinem beweglichen Gut ist dem Schuldner vom Gesetz eine kurze Frist bewilligt. In Palermo und Messina betrug diese drei Tage[4]), vom Augenblicke der eingetretenen Rechtskraft des Urtheils, beziehungsweise von dem Zeitpunkte an gerechnet. wo dem verurtheilten Beklagten das Erkenntniss bekannt gegeben war. In Catania[5]) stand es dem Richter frei, die Execution bis zum Ablauf von funfzehn Tagen auszusetzen. Derselbe konnte andererseits aber auch sofort nach Eintritt der Rechtskraft des Urtheils damit vorgehen.

Hatte die Auspfändung bereits stattgefunden, so war dem Schuldner noch eine Frist von funfzehn Tagen zur Einlösung der Pfandstücke vergönnt. Erst nach deren Ablauf konnte der öffentliche Verkauf der abgepfändeten Sachen vor sich gehen.[6])

---

1) S. oben S. 275.

2) cf. z. B. Messina 38. 40.

3) Messina 40.

4) Palermo 71. Messina 60. Bei Bagatellsachen konnte jedoch sofort nach eingetretener Rechtskraft des Urtheils mit der Execution vorgegangen werden.

5) Catania tit. 26.

6) Palermo 52. Messina 41. Patti 65. Caltagirone 45. Besonderen Regeln unterlagen die, behufs Deckung der Gebührenforderung des bajulus abgepfändeten, beweglichen Sachen. Mit deren Verkauf musste Ein ganzes Jahr nach der Abpfändung gewartet werden. S. oben § 57.

Bei der Execution in Grundstücke wird der Gläubiger zunächst auf Höhe seiner Forderung in den Besitz eingewiesen (missio in possessionem). Erfolgt nicht noch nachträgliche Berichtigung der Schuld, so wird nach Ablauf Eines Jahres, an manchen Orten nach Verlauf von Jahr und Tag, oder 1 Jahr 1 Monat 1 Woche und 1 Tag zum öffentlichen, gerichtlichen Verkaufe (subhastatio) der Liegenschaften geschritten.[1]) In der Zwischenzeit bezog der eingewiesene Gläubiger die von denselben aufkommenden Natural- und Civilfrüchte, welche er in Messina nicht einmal auf seine Forderung in Anrechnung zu bringen nöthig hatte.[2])

Der Verkaufstermin wurde entweder sofort nach Ablauf des genannten Zeitraumes angesetzt, oder funfzehn Tage nach dem Ende desselben hinausgerückt.[3]) Kürzer bemessen waren die Fristen des Subhastationsverfahrens in Catania.[4]) Je nachdem, ob der Subhastat im Laufe des Processes die Richtigkeit der klägerischen Forderung anerkannt, oder bestritten hatte, war dort der Termin für den Verkauf seiner Grundstücke auf zwei oder auf Einen Monat, nach Eintritt der Rechtskraft des Urtheils festzusetzen. Freilich behielt dieser innerhalb einer weiteren Frist von zwei, resp. Einem Monat noch die Befugniss, die verkauften Grundstücke vom Erwerber zurückzukaufen. Immer aber wurde der, einmal durch Subhastation vollzogene, öffentliche Verkauf derselben spätestens nach Ablauf von vier Monaten, seit Eintritt der Rechtskraft des Urtheils ein unwiederuflicher.

In Ermangelung von Käufern wurden die Grundstücke dem Gläubiger auf Höhe seiner Forderung unter Zugrundelegung des mittelst gerichtlicher Taxe festgestellten Werthes zugeschlagen.[5])

Die Execution wider die Person des Schuldners oder dessen Personalhaft im Schuldgefängniss konnte regelmässig erst dann

---

1) Messina 40. Caltagirone 47.

2) Messina 40. Für Palermo wird auf Grund des unter König Friedrich II (III) ergangenen Zusatzes zu c. 37 des Stadtrechts das Gegentheil zu behaupten sein. S. oben S. 144. 145.

3) Messina 40. Caltagirone 47. Eine Abkürzung der Fristen war nur mit Genehmigung des Schuldners gestattet.

4) Catania tit. 26.

5) Messina 40. Catania tit. 21.

über ihn verhängt werden, wenn jede Art von Vermögensexecution sich fruchtlos erwiesen hatte. Auch dann vermochte Schuldner sie noch dadurch abzuwenden, dass er für dessen nachträgliche Befriedigung dem Gläubiger durch Bürgen Sicherheit leistete.[1])

Dem Messineser Recht eigenthümlich war die vorübergehende Anwendung der Schuldhaft zu dem Zwecke, um festzustellen, ob in der That das Vorgeben des Schuldners, ausser etwa ihm gehöriger Immobilien, keine bewegliche Habe zu besitzen, begründet war. Der Exequende durfte nach vergeblich versuchter Mobiliarexecution, wofern er nicht Bürgen bestellte, funfzehn Tage lang im Schuldgefängniss festgehalten werden. Hatte er bis dahin nicht Rath geschafft und den Gläubiger befriedigt, so wurde er zum Eide darüber verstattet, dass er keine Mobilien besitze. Mit dessen Ableistung war die Frage der Mobiliarexecution erledigt. Gleichzeitig erfolgte die Entlassung des Schuldners aus dem Arrest. Die spätere weitere Anwendung dieses Executionsmittels hing sodann von dem Ausfall der nunmehr erst zulässigen Immobiliarexecution ab.[2])

Von dem berührten speciellen Falle abgesehen, war das Verfahren bei Vollstreckung der Schuldhaft ein verschiedenes, je nach dem Grunde der vorhandenen Insolvenz des Schuldners. Die Stadtrechte stimmen darin überein, dass sie gegen den, durch Unglücksfälle, und nicht durch eigenes Zuthun insolvent gewordenen Schuldner eine, für ihre Zeit bemerkenswerthe Humanität bekunden. Andererseits aber verhängen sie auch strenge Massregeln über die, welche betrüglicher oder leichtsinniger Weise fallit geworden, oder in Folge begangener Delicte in Schulden gerathen sind.

Das Palermitaner Recht setzte die Dauer der Schuldhaft der Regel nach auf Jahresfrist fest; das Stadtrecht von Messina auf nur 45 Tage. War der Gläubiger nicht inzwischen befriedigt, und damit die frühere Beendigung der Personalhaft

1) Palermo 57. 71. Messina 38. 40. Catania tit. 27. Syracus. 23. Man vgl. die Nova Capitula Kaiser Conrad IV. v. 1251 (Diego Orlando, Un codice di leggi, und Hartwig, Forsch. zur d. Gesch. VI, S. 634 ff.) tit. 5 — „statuimus ut nemo capiatur de persona — dum fidejussores dare possit, pro alio debito pecunie, curie vel alicujus."

2) Messina 40.

bedingt, so war der Schuldner mit Ablauf der genannten Zeiträume aus dem Arrest zu entlassen, sobald er eidlich versprach, Alles, was er inskünftig erwerben werde, allein dasjenige ausgenommen, dessen er zur Bestreitung der eigenen, nothwendigen Lebensbedürfnisse gebrauchte, an den Gläubiger, bis zur vollständigen Befriedigung wegen seiner Forderung, abzuführen.

Hinwiederum konnten diejenigen Schuldner, welche ihre Insolvenz betrüglich, oder in sonst nicht zu rechtfertigender Weise herbeigeführt hatten, beziehungsweise ihren Gläubigern in Folge einer Delicts- oder Quasidelictsschuld verpflichtet worden waren, unbemessen und so lange im Schuldgefängniss festgehalten werden, bis die Schuld gänzlich getilgt war.[1])

Noch milder war das Verfahren in Catania und Syrakus.[2]) Schuldner, die durch Unglücksfälle, deren Abwendung ausser ihrer Macht lag, oder anderweitig ohne ihre Schuld verarmt und insolvent geworden, waren dort, ebenso wie ihre etwa gleichfalls insolventen Bürgen mit der Schuldhaft gänzlich zu verschonen. Sie waren nur gehalten, einen promissorischen Eid desselben Inhalts zu leisten, wie er in Palermo und Messina bei der Entlassung der Schuldgefangenen aus dem Arrest vorgeschrieben war. Andrerseits konnten Bankerotteure und böswillige Schuldner, die der Flucht, oder der absichtlichen Beiseiteschaffung ihres Vermögens verdächtig waren, in Catania[3]) unbestimmte Zeit inhaftirt bleiben. Syrakus[4]) machte die Dauer der Haft bei ihnen von der Höhe der Schuld abhängig. Sie sollte 1 Monat dauern, wenn die Schuld 1 Unze Goldes betrug, 2 Monate, wenn sie sich auf 2 Unzen belief.

---

1) Palermo 57. Messina 40. Der Richter, oder ein anderer dem Schuldgefängniss vorstehender Beamter hatte von den Inhaftirten an Gebühren niemals mehr, als 10 Gran zu fordern. Auch dieser Betrag war jedoch nur dann zu zahlen, wenn der Schuldgefangene wenigstens Eine Nacht im Arrest zugebracht hatte. Cf. Const. Sic. I, 91 (H. B. IV, p. 44. 45) Priv. König Jacob's v. 1294. Gallo, Ann. Messin. II, p. 156.

2) Catania tit. 27. (Wegen des hier gebrauchten Ausdrucks: „mala paga", gleich Strafe, Züchtigung, Gefängniss vgl., Tommasseo u. Belini Diz. della lingua Ital. verb. paga.) Syracus. 23.

3) Catania tit. 26. Dasselbe galt hier übrigens auch, und zwar, wie es den Anschein hat, ohne zwischen verschuldeter und unverschuldeter Insolvenz zu unterscheiden, in allen solchen Fällen, wo es sich um geringe Schuldbeträge unter 2 Unzen Goldes handelte.

4) Syracus. 23.

endlich unbemessene Zeit, wenn es sich um grössere Schuldsummen handelte. Auch hier war übrigens in den ersteren beiden Fällen die Entlassung des Schuldners aus dem Arrest von der vorgängigen Ableistung eines promissorischen Eides abhängig, wie wir ihn oben haben kennen lernen.

Der Execution bei andern Klagen ausser bei Schuldklagen gedenken die Stadtrechte nicht. Man darf annehmen, dass da schlechthin die gemeinrechtlichen Vorschriften zur Anwendung gebracht wurden. Für dingliche Klagen und die rei vindicatio insbesondere ergiebt sich dies schon aus dem, was über die missio in possessionem des Klägers beim Ungehorsam des Beklagten gesagt ist.[1]) Die Execution ist demgemäss hier, als Realexecution unmittelbar auf den vom Kläger beanspruchten Gegenstand gerichtet zu denken.

In wie weit die Processordnung des König Alphons' V. die Lehre von der Execution berücksichtigt, wird sich bei der Darstellung des Executivprocesses zeigen. Das ordentliche Verfahren anlangend, ist hier bloss zu erwähnen, dass nach diesem Gesetz die Vollstreckbarkeit der Urtheile auf eine bestimmte Zeit beschränkt war. Aus Urtheilen, welche vor länger denn Jahresfrist die Rechtskraft erlangt hatten, konnte nicht mehr sofort die Execution nachgesucht werden. Es bedurfte für den Kläger, um zur Vollstreckung derselben zu gelangen, der Anstrengung einer neuen Klage auf Grundlage des früheren Erkenntnisses. Freilich aber war deren Durchführung, wie wir weiterhin sehen werden, durch das hierfür vorgeschriebene, beschleunigte Verfahren wesentlich erleichtert.[2])

§ 74.

III. Der Executivprocess.[3])

1) Nach älterem Recht (Capitulum: Cum varia).

Verglichen mit seiner geschichtlichen Entwickelung im

1) Messina 39. S. oben S. 250. 251.

2) cap. 132 (Cap. Regn. Sic. I, p. 251). In Preussen galt die gleiche Beschränkung der Vollstreckbarkeit des Urtheils nach der A. G. O. I, 24 § 3. Anh. § 148 bis zum 1. October 1879. Die deutche Reichscivilprocessordnung § 644. 645 hat sie dagegen nicht aufgenommen.

3) Wenn wir den Executivprocess hier nicht als eine Unterart des summarischen Processes behandeln, sondern als eine eigenthümliche

übrigen Italien, voraus in den Städten Toskana's[1]), ist der Executivprocess in Sicilien verhältnissmässig spät und langsam zur Anerkennung gelangt.

Nach dem Stadtrechte Palermo's[2]), welches den, im älteren sicilischen Recht in dieser Frage eingenommenen Standpunkt noch am deutlichsten erkennen lässt, erwuchs aus dem Besitze einer öffentlichen, d. h. einer vor Notar und Zeugen aufgenommenen Urkunde dem Gläubiger noch keineswegs die Befugniss, wider den Schuldner sofort und ohne vorangehendes contradictorisches Verfahren die Execution beantragen zu können. Dasselbe beschränkte sich darauf, ihm unter Umständen die Möglichkeit zu eröffnen, mittelst des sg. summarischen, anstatt des sonst vorgeschriebenen ordentlichen Processverfahrens, die durch eine öffentliche Urkunde dargethane Forderung einzuklagen.

Die dem Kläger in diesem Falle gewährten processualischen Vortheile sind, wie sich weiterhin beim summarischen Process des Näheren ergeben wird, in nichts verschieden von den, auch sonst mit dieser Art des Verfahrens verbundenen Erleichterungen. Demgemäss wird zwar von der Übergabe des Klagelibells abgesehen, auch kein besonderer Termin für Vornahme der litis contestatio anberaumt, dagegen erscheint die Geltendmachung peremtorischer Einreden Seitens des Beklagten unbeschränkt, und nur das Vorbringen dilatorischer ausgeschlossen.

Anlangend die Beschaffenheit der, zum Zwecke der Eröffnung des summarischen Processes vom Gläubiger bei Gericht vorzulegenden Urkunden, so hatten diese, ausser der bereits betonten formellen Eigenschaft, dass sie öffentliche Urkunden sein mussten, die ausdrückliche Erklärung des Schuldners zu enthalten; de plano, sine lite et judiciorum strepitu zahlen zu wollen. Diese involvirte zugleich den vertragsmässigen

---

Processart, so folgen wir darin dem Vorgange der, in der Processordnung des König Alphons' V. c. 99 (Cap. Regni Sic. I p. 241) beobachteten systematischen Eintheilung des Verfahrens. Dort wird dem summarischen, und dem ordentlichen Process das Executivverfahren (via executiva und per modum cedulae) vorangestellt.

1) Briegleb, Geschichte des Executivprocesses (Zweite Aufl. Stuttgart 1845) I, S. 39. 40.

2) Palermo c. 67.

Verzicht auf die andernfalls nothwendige Beobachtung der Regeln des ordentlichen oder Libellprocesses.[1])

Keine Andeutung findet sich dagegen im genannten Stadtrecht davon, dass etwa in Palermo ähnlich, wie dies an andern Orten geschah[2]), dem instrumentirenden Notar die Eigenschaft eines judex chartularius wäre beigelegt, und, mit der beregten Clausel abgefasste Urkunden der confessio in jure wären gleichgestellt worden. Es verbot sich dies schon deshalb, weil man dem debitor die Vertheidigung, wenn auch nur innerhalb der Grenzen des summarischen Verfahrens, immerhin aber noch in weitem Umfange gestattete; von seiner rechtlichen Gleichbehandlung mit dem confessus in jure sonach füglich nicht die Rede sein konnte. Ebensowenig, wie in der Hauptstadt der Insel, war mit dem Besitze einer öffentlichen Urkunde in den übrigen sicilischen Städten ursprünglich die Befugniss verknüpft, mit Vermeidung der Klage und des weiteren contradictorischen Verfahrens sofort auf Execution wider den Schuldner anzutragen. Ja, nach einer Stelle des Rechts von Messina zu schliessen[3]), scheint nicht einmal überall daraus der summarische Process zugelassen zu sein. Vielmehr durfte dort anscheinend ehedem der beklagte Schuldner, ausser peremptorischen Einreden, auch bloss processhindernde und andere dilatorische Einreden dem klagenden Gläubiger entgegensetzen.[4])

Für den letzteren hatte dies, wie uns berichtet wird, oft geradezu die Folge, dass er der Vortheile, welche an sich mit dem Besitze der Urkunde, als sofort liquiden Beweismittels verbunden waren, gänzlich verlustig ging. Statt die langwierige Erörterung der durch Beklagten vorzuschützenden Einreden abzuwarten, zog deshalb mancher Gläubiger, obwohl ihm der klarste Rechtsanspruch zur Seite stand, den Vergleich mit dem Schuldner vor.

Eine Änderung des Rechtszustandes ward in Sicilien nicht, wie im übrigen Italien, durch das Gewohnheitsrecht, und die dieses fixirenden Statuten der Städte herbeigeführt. Die Initiative ging von der Landesgesetzgebung aus.[5])

1) Cf. die Worte in Palermo c. 67 „quod libellus sit remissus per pactum."
2) vgl. Briegleb, Gesch. des Executivproc. I, S. 73.
3) Messina c. 55.
4) Cf. die Worte im angeführt. c. 55 „dilationes frustatorias".
5) Ein Einfluss der neapolitanischen Gesetzgebung auf diejenige

König Friedrich II. (III.) bewogen, wie man vermuthen darf, durch die geschilderten Übelstände, welche die Verschleppung der Processe mit sich brachte, ordnete im Jahre 1332 durch sein, demnächst in der Processordnung des König Alphons' V.[2]) aufgenommenes Capitulum: Cum varia die Einführung des Executivverfahrens an. Er hat dasselbe anderweitig[3]) als eine neue Erfindung seines obersten Hofgerichts bezeichnet. So unrichtig diese Behauptung im Allgemeinen, entgegen dem wahren Ursprung und der genetischen Fortbildung des italienischen Executivprocesses erscheinen mag, immerhin darf man für die Rechtsgeschichte Siciliens daraus die Thatsache entnehmen, dass die Einführung des Executivverfahrens dort eine vor den Zeiten jenes Königs ungekannte Neuerung war.

Der Inhalt des Gesetzes, dessen Eingangsworte ausdrücklich die Aufhebung aller ihm entgegenstehenden gesetzlichen, oder gewohnheitsrechtlichen Vorschriften aussprechen[4]), lässt sich dahin zusammenfassen.

Die Voraussetzungen des Verfahrens bestehen in vier Momenten: Zuständigkeit des Gerichts, formelle Beschaffen-

---

von Sicilien wird sich hier ebensowenig nachweisen lassen, wie bei der dem folgenden Jahrhundert angehörigen Process-Ordnung Alphons' V. Dagegen wird bei der Gestaltung des Executivverfahrens die Annahme einer Einwirkung spanischer Rechtsbildung nicht abzuweisen sein. Wir kommen hierauf noch zurück.

1) Man vgl. die Einführungsworte des Cap. Cum varia, s. die folgende Note.

2) Dasselbe nimmt in der Processordnung Alphons' V die Stelle der c. 100—109 ein. Eine Andeutung dieser Art des Verfahrens findet sich übrigens bereits in einer noch früheren, nämlich, wie De Vio Priv. Panor. p. 65 angiebt, bereits 1316., mit specieller Beziehung auf Palermo, erlassenen Verordnung desselben Königs (Friedrich II. (III.)) In den Capitula universitati (Panormitanae) concessa von diesem Jahre heisst es gegen Ende (De Vio l. c. p. 67): „Et super decisionibus, et terminationibus quaestionum civilium, quas de quibuscumque pecuniariis, vel aliarum rerum mobilium debitis in curia nostra coram dictis Bajulo, et Judicibus ex nunc in antea contigerit agitari; constito ex inde per publica documenta, Ritus magnae nostrae curiae, qui in talibus observatur, in praedicta felici urbe ex nunc in antea tenaciter observetur."

3) S. das den Palermitanern bewilligte Privil. v. 1326 in den Anhängen zu deren Stadtrecht und bei De Vio, Priv. Panorm. p. 85.

4) c. 100 l. c. I, 242. Das Gesetz Friedrich II. (III) unterscheidet sich hierdurch von der Processordn. Alphons' V. Letztere liess, wie bereits bemerkt ist, die entgegenstehenden Lokalrechte bestehen.

heit der Urkunden, materieller Inhalt, oder rechtliche Natur des beurkundeten Rechtsgeschäfts, Zeit der Geltendmachung der Forderung.[1]) Als zuständig für die Einleitung des Exécutivverfahrens gelten, neben dem obersten Hofgericht (magister justiciarius et judices magnae curiae), allein die städtischen Gerichte Palermo's (praetor et judices) und Messina's (stratigotus et judices).[2]) In formeller Hinsicht wird erfordert, dass die Urkunde eine öffentliche (instrumentum publicum), d. h. von einem Notar innerhalb von Sicilien ausgestellt ist. Sie muss ferner so abgefasst sein, dass die darin beurkundete Thatsache durch die Urkunde für sich allein liquid gestellt wird, ohne erst noch anderweitigen Beweises (probatio extrinseca) zu bedürfen.[3])

Rechtsgeschäfte, aus denen der Executionsprocess stattfindet, sind: das Darlehn, der Leih- und der Hinterlegungsvertrag (mutuum, commodatum, depositum); ferner Handelsgeschäfte, bei welchen einem Kaufmann Waaren, unter Creditbewilligung, zum Behufe des weiteren Vertriebes verkauft, oder sonstwie geliefert werden; endlich Vormundschaften, soweit es sich dabei um die, den Vormündern obliegende Verpflichtung

---

1) c. 101. 102 l. c. I, p. 242.

2) Ein Erlass Peter's (erstgebornen Sohnes Königs Friedrich II. (III) v. J. 1334, De Vio, Priv. Pan. p. 139. 140) untersagte dem Justitiar von Palermo, mit Rücksicht auf seine, der Regel nach nur Strafsachen umfassende Gerichtsbarkeit, die Anwendung des Executivverfahrens in Civilstreitigkeiten, selbst dann, wenn ein Verzicht der Parteien auf die Entscheidung der Civilgerichte der Stadt, beziehungsweise der magna curia beigebracht werde. Nur, wenn ihm vom Könige, oder von der magna curia hierzu die Autorisation ertheilt worden, sollte er dieser Art des Verfahrens in seinem Forum stattgeben dürfen.

3) Die Nothwendigkeit der Aufnahme der Executivclausel ward dagegen nicht erfordert. Es steht in diesem Punkte das Gesetz Friedrich II (III) im Gegensatz zu älteren italienischen Rechtsquellen (clausula guarentigiata cf. Briegleb, Gesch. d. Executiv. Proc. I, S. 74. 90), auch zum Stadtrecht Palermo's, das, wie wir sahen, eine entsprechende Einwilligung des debitor, selbst nur für die Gestaltung des summarischen Verfahrens, verlangte. Die Processordnung Alphons' V. nahm, von diesem Erforderniss im Allgemeinen ebenfalls Abstand. Sie verlangte die Clausel nur im einzelnen Falle. Beiläufig sei hier bemerkt, dass unter den modernen R. Qu. die deutsche Reichs-Civil-Proc.-Ordn. § 702 nr. 5 die sofortige Vollstreckbarkeit durch öffentliche Urkunde beglaubigter Forderungen von der Aufnahme der Executivclausel in erstere abhängig macht.

handelt, das Vermögen ihrer Mündel unter Zugrundelegung eines Inventars zu bewahren und zu verwalten.

Was schliesslich das Erforderniss der rechtzeitigen Geltendmachung des beurkundeten Anspruches durch den Gläubiger anlangt, so ist dies vom Gesetzgeber dahin normirt: Es soll das Executivverfahren nur so lange zulässig sein, als seit Ausstellung der Urkunde noch nicht zehn Jahre vergangen sind.

Unter den angegebenen Voraussetzungen gestaltete sich das Executivverfahren in nachstehender Weise: Sobald der Gläubiger unter Vorlegung der Urkunde den Antrag auf Vollstreckung der darin bezeugten Forderung stellt, hat der Richter ungesäumt, und ohne auf die etwaige Abwesenheit des debitor Rücksicht zu nehmen, die Einweisung des ersteren in den Mitbesitz des Vermögens des Exequenden anzuordnen. Und zwar soll dies mit der Massgabe geschehen, das ihm mindestens der doppelte Betrag seiner Forderung sicher gestellt wird.[1] Indessen ist diese, seine missio in possessionem von der vorgängigen Erfüllung zweier Bedingungen abhängig. Er muss dem Exequenden durch Bürgen Sicherheit leisten für den Fall von dessen Obsiegen in einem später wider ihn, den Gläubiger, anzustrengenden Process, in welchem der Ungrund des zur Execution gebrachten Anspruchs sich herausstellen würde.

Ausserdem hat der Gläubiger mit Rücksicht auf die Eventualität dieses Nachprocesses einen Advocaten, als Procuratorbevollmächtigten bei dem Gerichte, das seine Besitzeinweisung anordnet, zu bestellen, um ihn demnächst wider den event. als Kläger auftretenden, jetzigen Exequenden zu vertreten.[2]

Nach erfolgter Einweisung des Gläubigers in den Mitbesitz des Vermögens des Exequenden hat dieser noch, während einer Frist von 15 Tagen, Zeit zur nachträglichen Berichtigung seiner Schuld. Mit deren Ablauf kann sofort zum öffentlichen Verkaufe der beschlagnahmten Güter geschritten werden.[2] Meldet sich kein Käufer, so wird dem Gläubiger

1) c. 101 l. c. I, p. 242.

2) c. 101 l. c. c. 104 l. c. I, p. 243, c. 106 l. c. I, p. 244.

3) c. 101 l. c. c. 103 l. c. I, p. 243. Nur, wenn debitor im Staatsdienste abwesend, bleibt der Verkauf bis zu seiner erfolgten Rückkehr ausgesetzt. Es wird dieserhalb in c. 101 cit. auf die gemeinrechtl. Vorschriften (l. 2 § 3 D. de judiciis 5, 1.) verwiesen.

an Zahlungsstatt so viel davon zugeschlagen, als erforderlich, um den doppelten Betrag der beigetriebenen Forderung zu decken. Dem Schuldner bleibt dem gegenüber allein noch der Rückkauf innerhalb von vier Monaten vorbehalten.[1])

Wenn bei dem geschilderten Verfahren der Schwerpunkt auf Seiten des Gläubigers und in der, ihm vom Rechte gewährten Begünstigung ruhte, so verkannte der Gesetzgeber doch andrerseits keineswegs die damit verbundene Gefahr, dass die Execution ungerechter Weise erfolgen und so dem Schuldner ein, unter Umständen unersetzlicher Schaden zugefügt werden möchte.

Nach dem Vorgange der, hier wohl zweifellos als Muster benutzten Vorschriften des spanischen Processrechts[2]), das seinerseits wiederum das Genueser Statutarrecht zur Grundlage hat, wurden demgemäss bezügliche Verordnungen getroffen. Sie zeigen das ernste Bestreben, den Schuldner wider die Nachtheile und Gefahren des Executivverfahrens zu schützen, so weit dies die Eigenthümlichkeit dieser Processart zuliess.

Erwähnt ward bereits, dass der Gläubiger nur gegen Caution die Einweisung in den Mitbesitz des Vermögens seines Schuldners erlangte. Diese Caution ist dahin zu bemessen, dass sie dem doppelten Betrage der durch Execution beizutreibenden Forderung gleichkommt. Sie bezweckt, dem Schuldner dafür Sicherheit zu verschaffen, dass er eventuell vom Gläubiger nicht sowohl den exequirten Betrag, sondern ausserdem noch dazu das alterum tantum desselben erstattet, beziehungsweise gezahlt bekomme.[3]) Sie soll für verfallen gelten, wenn Schuldner die vor der Execution bereits erfolgte Befriedigung

---

1) c. 103 l. c.

2) S. hierüber im Allgemeinen: Briegleb, Gesch. des Executivproc. I, S. 156—163; II, S. 225.

3) Es ist hierzu die Verordnung des Königs Heinrich III. von Spanien vom 20. Mai 1396 mit der beigefügten lateinischen Uebersetzung zu vergleichen und zwar (Briegleb a. a. O. I, S. 157 ff.) bei den Worten: „si mercator fidejussores dederit, se, si alter, quod allegavit, (sc. solutionem aut legitimam exceptionem) probaverit restituturum ejus, quod antea solutum est, duplum pro poena et nomine interesse"; ferner das Statut von Genua (circa 1414) (Briegleb a. a. O. II, S. 225) verb.: „securitatem idoneam praestante (actore) de restituendo toto eo, de quo ipse actor consecutus fuerit solutionem" et.

des Gläubigers durch Zahlung, oder im Wege der Compensation nachweist. Das Gleiche wird ferner in allen solchen Fällen statuirt, wo wegen eines entgegenstehenden pactum de non petendo, oder auf Grund eines andern, factischen, oder rechtlichen Umstandes sich die Hinfälligkeit des zur Execution gebrachten gläubigerischen Anspruchs ergiebt.[1])

Freilich muss Schuldner, um demnächst das Doppelte des beigetriebenen Schuldbetrages zurückfordern (repetere) zu können, seiner Seits als Kläger gegen den Gläubiger, der die Execution nachsuchte, auftreten. Auch hat er die gedachten Gegenausführungen und Behauptungen, die den Ungrund der Forderung des letzteren darthun sollen, in einem besonderen, von der wider ihn eingeleiteten, oder ausgebrachten Execution unabhängigen, contradictorischen Verfahren zu beweisen. Da ferner Schuldner regelmässig nicht in der Lage war, derartig liquide Beweismittel beizubringen, wie sie dem Gläubiger in der öffentlichen Urkunde zu Gebote standen, verbot sich die Anwendung des Executivprocesses auf die vom Schuldner geltend zu machende Rückforderung des duplum von selbst. Immerhin aber erscheint doch auch er in soweit rechtlich begünstigt, als auf die, von ihm wider den Gläubiger anzustrengende actio dupli nicht das ordentliche Verfahren Anwendung finden soll. Es war ihm vielmehr gestattet, sie im beschleunigten Wege des summarischen Processes durchzuführen, ohne dass damit für ihn andererseits etwa eine zu grosse zeitliche Beschränkung in der Beschaffung der erforderlichen Beweismittel verbunden gewesen wäre.[2]) Das hierauf ergehende Urtheil unterlag keinerlei weiterer Anfechtung, weder durch Appellation, noch durch andere ordentliche, oder ausserordentliche Rechtsmittel.[3])

Dringt Schuldner mit seiner Klage durch, so steht ihm frei, nunmehr seiner Seits sofortige Execution zu beantragen,

---

1) c. 103 l. c. I, p. 243.

2) c. 107. 108 l. c. I, p. 244. Der Richter hat ihm hierzu ausreichend Frist zu lassen und solche nach Ermessen zu bestimmen. Hinwiederum konnte auch der Gläubiger sich zur Widerlegung der vom klagenden Schuldner aufgestellten Behauptungen die Bewilligung einer Frist erbitten. Letztere sollte indessen nicht länger, denn auf funfzehn Tage gewährt werden.

3) c. 105 l. c. I, p. 243.

entweder gegen den früheren Gläubiger, oder gegen dessen Bürgen, um die Rückerstattung des duplum zu erlangen.

An sich ist Schuldner für die Anstrengung der Rückforderungsklage an keine Zeitschranke gebunden. Er kann sie entweder sofort, nach der dem Gläubiger ertheilten missio in possessionem in den Mitbesitz seines Vermögens, oder zu einer beliebigen späteren Zeit geltend machen. Zieht er jedoch, wie ihm dies ebenfalls freisteht, vor, statt schlechthin die Zahlung des duplum zu fordern, auf Rückgabe der, noch in natura beim Gläubiger vorhandenen, ihm durch Execution abgenommenen Sachen zu klagen, so muss er die hierauf gerichtete Klage, innerhalb der für die Dauer der Besitzeinweisung des Gläubigers bestimmten Zeit von funfzehn Tagen, oder doch spätestens vor dem öffentlichen Verkauf der beschlagnahmten Sachen anstellen.[1])

Schliesslich sei noch erwähnt, das der Exequend die Befugniss zur Rückforderung des duplum verwirkte, wenn er sich der Besitzeinweisung des Gläubigers widersetzte, oder diesen, nachdem er bereits eingewiesen, im Besitze zu stören versuchte.[2])

Das geschilderte Executivverfahren fand in Palermo und Messina derartig Beifall, dass nicht lange nach Erlass des Capitulum: Cum varia die Bürger der einen, wie der andern Stadt den König Friedrich II. (III.) um Ertheilung eines Privilegs angingen, welches ihnen gestatte, davon auch vor andern, als den in jenem Gesetze bezeichneten Gerichten, vorkommenden Falles, Gebrauch zu machen.

Die Bewilligung dieses Privilegs erfolgte für Palermo im Jahre 1326.[3]) Darin geschieht der bereits vorher erfolgten Ertheilung eines solchen von gleichem Inhalt an die Bürger von Messina Erwähnung. Das Datum dieses letzteren erhellt jedoch nicht. Demgemäss ward den Bürgern der genannten beiden sicilischen Städte erlaubt, ausser vor den einheimischen Gerichten, auch bei allen andern Gerichten der Insel Forderungen auf Grund von öffentlichen Urkunden zur sofortigen Execution zu bringen. Die Executionssucher

1) c. 106 l. c. I, p. 244.

2) c. 108 l. c. I, p. 244.

3) S. den Anh. zu unserer Ausgabe d. Stadtr. von Palermo u. De Vio. Priv. Pan. p. 85.

sollten nur gehalten sein, ihre Eigenschaft als Bürger von Palermo oder Messina sofort liquid zu stellen, sei es durch Production besonderer amtlicher Schreiben der Palermitanischen oder Messineser Gerichte, sei es dadurch, dass die Urkunden, aus denen die Execution nachgesucht ward, zugleich ein Zeugniss über die Ortsbehörigkeit der Forderungsberechtigten enthielten. Übrigens hat eine förmliche Einverleibung jenes Privilegs in das Stadtrecht Palermo's nicht stattgefunden [1]), ebensowenig, wie darin des Capitulum: Cum varia gedacht wird.

Auch das Messineser Stadtrecht lässt einen ausdrücklichen Hinweis hierauf vermissen. Dagegen ist der Inhalt desselben unter ausdrücklicher Zustimmung der gesammten Bürgerschaft mit folgenden Massgaben in die dortigen Statuten aufgenommen.[2]) Das Executivverfahren sollte hier allein auf Grund solcher öffentlicher, notarieller Urkunden zulässig sein, welche in Messina ausgestellt waren. Es war seine Anwendung des Weiteren dahin beschränkt, dass es nur statthaben sollte bei mutuum, commodatum und depositum. Ein fernerer Unterschied gegenüber dem Verfahren des Capitulum: Cum varia ist dieser. Die Execution des Gläubigers galt nicht sofort auf gestellten Executionsantrag, sondern erst dann für zugelassen, wenn der Schuldner nicht in der Lage war, innerhalb der kurzbemessenen Frist von 15 Tagen die erfolgte Zahlung der Schuld, oder die anderweitige Befriedigung des Gläubigers, beziehungsweise die Existenz eines sonstigen rechtlichen Hindernisses zu beweisen[3]), welchem gegenüber der Anspruch des

1) Es befindet sich erst unter den Zusätzen, welche dem Stadtrecht später angefügt sind.

2) Messina c. 55. Es ist oben (S. 286) bemerkt worden, dass das Capitulum: Cum varia c. 100 i. f. alle entgegenstehenden Gesetze und Gewohnheiten, mithin auch abweichende statutarische Bestimmungen ausschloss. Wenn demungeachtet die Messineser Statuten Modificationen des Inhaltes jenes Gesetzes aufweisen, und ferner daraus hervorgeht, dass die Einführung des Executivprocesses dort der ausdrücklichen Billigung von Seiten der Bürgerschaft bedurfte, so vermag ich diese Erscheinung nicht anders, denn aus dem, auch sonst in Messina zu allen Zeiten des Mittelalters vortretenden Bestreben zu erklären, die eigne Autonomie der Landesgesetzgebung gegenüber zu behaupten.

3) In der Gestattung sofort, oder doch binnen Kurzem liquid zu machender Einreden des Schuldners stimmt das Messineser Recht mit dem oben erwähnten, spanischen Processrecht überein, wogegen das Capit. Cum varia in diesem Punkte von letzterem abwich. Vgl. Messina 55.

letzteren nicht bestehen konnte. Nach Ablauf dieser Frist war er bei Vermeidung der Execution zu zahlen genöthigt. Jedoch blieb ihm vorbehalten, diejenigen Einreden, welche er nicht vermocht hatte, während der beregten funfzehntägigen Frist liquid zu machen, nunmehr seiner Seits klagend auszuführen. Drang er demnächst mit seiner Klage durch, so wurde der Gläubiger verurtheilt, ihm, ausser Rückerstattung des gezahlten, oder executivisch von ihm beigetriebenen Betrages seiner Forderung, eine Summe von gleicher Höhe zu zahlen.

Von den übrigen Stadtrechten der Insel enthält nur noch dasjenige von Noto eine Andeutung davon, dass auch dort der Executivprocess Eingang gefunden hatte. Im Auge haben wir hierbei die Bestimmung in cap. 29 daselbst. Darin heisst es, Kläger, welcher gegen den abwesenden Beklagten auf Grund einer öffentlichen Urkunde missio in possessionem in dessen Vermögen erlangt hat, solle befugt sein, den öffentlichen Verkauf desselben schon vor Ablauf der sonst beim Contumacialverfahren, nach geschehener Besitzeinweisung des Klägers, abzuwartenden, Frist von 50 Tagen resp. 4 Monaten zu betreiben.

§ 75.

2) Nach der Processordnung König Alphons' V.

Die Grundsätze der gedachten Verordnung Friedrich's II. (III.) erfuhren später durch die Processordnung Alphons' V. von 1446 in mehrfacher Hinsicht eine Fortbildung und Ausdehnung. Dieses Processgesetz unterscheidet zwei Arten des Executivprocesses: das Verfahren via executiva und dasjenige per modum cedulae. Bei ersterem wird, entsprechend den Vorschriften des Capitulum: Cum varia, auf Antrag des, die öffentliche Urkunde producirenden Gläubigers die sofortige Execution verfügt. Bei letzterem muss der Vollstreckung ein,

---

mit der oben S. 289. angeführten Verordnung des spanischen Königs Heinrich III. v. 1396, und zwar bei den, der latein. Uebersetzung entnommenen Worten: (Briegleb, Gesch. d. Executivproc. I, S. 160) „ne permittatis, ut ita pro solutione circumducant creditores exceptionibus, quas dicti debitores allegant, nisi confestim et absque mora ostendant et probent solutionem aut legitimam exceptionem per ejusmodi scripturas, sicut est dictum debitum, aut per chirographum tale — aut per testes — aut per confessionem partis adversae" et.

wenn auch beschleunigtes, contradictorisches Verfahren vorangehen.[1])

a) Das Verfahren via executiva.

Es ist hier wieder mit der Erörterung der Voraussetzungen der Execution zu beginnen. Zunächst erscheint die Zuständigkeit der Gerichte, bei denen dasselbe eingeleitet werden kann, generalisirt. Ausser beim obersten Gericht (magna curia), und den Gerichten der Hauptstädte der Insel: Palermo und Messina, kann dasselbe nunmehr auch vor den übrigen Gerichten des Landes eingeleitet werden. Zwischen den Gerichten der grösseren Städte, zu denen jetzt auch Catania und Trapani gerechnet werden, und denen der kleineren Städte wird, wie wir weiterhin sehen werden, ein Unterschied, unter gewissen Umständen, nur noch in Rücksicht der Rechtsmittel und deren Wirkungen gegenüber den, von den Vorderrichtern gefällten Erkenntnissen gemacht.[2])

Was sodann die formelle Beschaffenheit und den materiellen Inhalt der Urkunden anbetrifft, so ist Folgendes zu bemerken.

Die Urkunden müssen innerhalb des Königreichs, bez. innerhalb des Bereiches seiner Machtsphäre von einem Notar, der am Orte der Abschliessung des Rechtsgeschäfts seinen amtlichen Wohnsitz hat, entweder aufgenommen, oder zum wenigsten beglaubigt sein.[3]) Ausser beim mutuum, commodatum und depositum soll das Executivverfahren Anwendung finden: bei allen Arten von Kaufverträgen, sei es über Grundstücke, sei es über Mobilien; bei Societätsverträgen, bei Forderungen wider Vormünder, Curatoren und Verwalter aller Art fremden Vermögens aus der von ihnen, auf Grundlage aufgenommener Inventarien, zu führenden Vermögensverwaltung; bei Ansprüchen der Erben oder Legatarien aus letztwilligen Verfügungen (Testamenten oder Codicillen); bei Ver-

1) Während das Verfahren via executiva systematisch nicht sowohl als eine besondere Processart, denn vielmehr als eine Unterart der Execution angesehen werden kann (vgl. jetzt deutsche Reichs-Civil-Proc.-Ord. § 702), ist andererseits der Process per modum cedulae mit dem Executivprocess des früheren gem. deutschen Verfahr. und dem Urkundenprocess des heutigen deutschen Reichscivilprocesses (C. P. O. § 555 ff.) zu vergleichen.

2) c. 116. 117 (Cap. Regn. Sic.) I, p. 247.

3) c. 110. 111 l. c. I, p. 244. 245.

trägen, welche die Erstattung, beziehungsweise Rückgabe einer dos zum Gegenstande haben (contractus dotales); endlich bei Wechselforderungen (literae cambii), und Forderungen wider Bankiers aus Anerkenntnissen derselben.[1]) Aus anderen Verträgen und Rechtsgeschäften wird das Executivverfahren nicht ohne Weiteres gestattet. Soll es stattfinden, so bedarf es der Aufnahme der Executivclausel in die darüber errichtete Urkunde. In den vorhin genannten Fällen ist dagegen die ausdrückliche Einwilligung des Schuldners, und die hierauf gerichtete Erklärung in der Urkunde, dass er sich der paraten Execution unterwerfe, kein nothwendiges Erforderniss der Zulässigkeit des Verfahrens.

Nach dem Capitulum: Cum varia galten, wie oben gezeigt ward, nur liquide oder solche Forderungen für executionsfähig, die keines weiteren Beweises bedurften, als des durch die Urkunde und ihren Inhalt erbrachten. Die Processordnung erweiterte die Möglichkeit des Executivverfahrens dahin, dass auch nicht liquide Ansprüche, sofern sie nur sofort liquid gestellt werden konnten, der Execution fähig wurden. Es sollte dies namentlich dann gelten, wenn statt einer Naturalleistung deren Geldäquivalent gefordert ward. In diesem Falle musste der zu liquidirende Werth wenigstens summarisch bewiesen und glaubhaft gemacht werden. Handelte es sich um eine Forderung des Interesse, so durfte überdies dessen Liquidstellung Seitens des Gläubigers nicht anders, als in Gegenwart des debitor, oder doch nach vergeblich versuchter Ladung desselben zu einem, dieserhalb vor Gericht anstehenden Termin geschehen.[2])

Unverändert bestehen geblieben ist das Erforderniss der Zeit, innerhalb deren die Execution nachgesucht werden darf. Die Executivkraft einer Urkunde dauert nach wie vor nur zehn Jahre seit ihrer Ausstellung.[3])

Fassen wir die Art des Verfahrens in's Auge, so weicht dasselbe nicht unerheblich von dem der früheren Gesetzgebung ab. Die Processordnung unterscheidet hier, je nach dem Betrage der zu exequirenden Forderung. Beläuft sich diese auf

1) c. 114 l. c. I, p. 247. Eine spätere Pragmatica desselben Königs v. 1452 fügt noch den Rentenkauf hinzu cap. 355 (Cap. Regni Sic. I, p. 328).

2) c. 119 l. c. I, p. 218.

3) c. 111 l. c. I, p. 245.

weniger, denn fünf Unzen Goldes, so kann, — die Bestellung der cautio de solvendo duplum vorausgesetzt —, die sofortige Einweisung des Gläubigers in den Mitbesitz des Vermögens des Exequenden stattfinden. Über die Besitzeinweisung ist eine einfache Registratur zu den Akten zu nehmen; einer Benachrichtigung des Schuldners bedarf es nicht.

Handelt es sich dagegen um Forderungen von höherem Betrage, so muss die Beschlagnahme der Güter, in welche die Execution stattfinden soll, vom Gericht durch Decret[1]) angeordnet werden. Hiervon ist dem Exequenden durch Mittheilung einer zweiten Ausfertigung desselben Nachricht zu geben, während die andere bei den Akten bleibt.

Ehe demnächst der öffentliche Verkauf der Sachen des Schuldners angeordnet wird, ist der Verlauf von funfzehn Tagen abzuwarten. Innerhalb dieser Frist und, abgesehen hiervon[2]), überhaupt so lange, als die Veräusserung noch nicht stattgefunden hat, steht dem Schuldner die Befugniss zu, gegen die erfolgte Verstrickung seines Vermögens Einspruch zu erheben (ad se opponendum). Dieses, dem Capitulum: Cum varia noch unbekannte Recht des Schuldners, wird ihm hier neben der beibehaltenen actio (repetitio) dupli gewährt. Die Einlegung des Einspruchs durch den Schuldner hat den Effect, dass, ehe nicht wenigstens in erster Instanz hierüber zu seinen Ungunsten erkannt ist, die Versteigerung der Sachen ausgesetzt bleibt. Das in causa oppositoria, eventuell nach vorgängiger Beweisführung von beiden Theilen, zu fällende Urtheil hat daher zugleich über die Rechtmässigkeit des Gesuches (petitio) des Gläubigers, welcher den Verkauf betreibt, wie über die Begründetheit der darwider vom Exequenden erhobenen Einwendungen Entscheidung zu treffen. Die Einlegung von Rechtsmitteln war, ausser in Bagatellsachen[3]), ge-

1) c. 112 l. c. I, p. 245. primum decretum, so genannt im Gegensatze zu dem späteren zweiten Decret, wodurch der Verkauf der beschlagnahmten Güter, soweit diese in Immobilien bestehen, verfügt wird. Jenes erste Decret behält übrigens, wenn es nicht sogleich zur Ausführung gebracht wird, seine Wirksamkeit nur für die Dauer Eines Jahres. c. 185 l. c. I, p. 267.

2) Mithin auch bei geringwerthigen Objecten (unter 5 Unzen Goldes), wo der Verkauf angeordnet werden kann, ohne dass die 15 Tage abgewartet werden müssen. c. 118 I, p. 248.

3) c. 118, l. c. I, p. 248.

stattet. Sie sollten jedoch des Suspensiveffectes entbehren, wenn das zu Ungunsten des Schuldners ausgefallene Erkenntniss von der magna curia, oder von einem Gerichte der grösseren Städte: Palermo, Messina, Catania und Trapani ergangen war.[1]) Es war dort der Execution Fortgang zu geben, obwohl das wider den debitor gefällte Urtheil die Rechtskraft noch nicht beschritten hatte. Nur musste Gläubiger für den Fall späteren Obsiegens dem Schuldner genügende Sicherheit leisten für die Rückgewähr des, sei es freiwillig Gezahlten, sei es durch die Execution von ihm Beigetriebenen.[2]) Ist entweder kein Einspruch Seitens des Schuldners erfolgt, oder derselbe rechtskräftig, beziehungsweise durch ein solches Urtheil zurückgewiesen, gegen welches nur noch Rechtsmittel ohne Suspensiveffect zugelassen werden, so wird, wofern nicht noch nachträglich seine vollständige Befriedigung erfolgt, auf Antrag[3]) des Gläubigers zum öffentlichen Verkaufe der beschlagnahmten Sachen des Schuldners im Wege der Versteigerung gegen Meistgebot geschritten. Hierbei wird ein Unterschied gemacht zwischen Liegenschaften und Mobilien. Dem Verkaufe der ersteren[4]) durch Subhastation muss ein besonderes (zweites) Decret, welches diese angeordnet, vorangehen[5]); dieses ist dem Schuldner mitzutheilen. Bei dem Verkaufe beweglicher Sachen

---

1) c. 116, l. c. I, p. 247. c. 118 l. c.

2) c. 116. 117 l. c. I, p. 247.

3) Zur vollständigen Befriedigung der Gläubiger gehört auch die Erstattung der gerichtlichen und aussergerichtlichen Kosten. Jedoch wird dabei vorausgesetzt, dass in der Urkunde ihre Zahlung ausdrücklich versprochen ist c. 112 l. c. I, p. 245. Andernfalls hat Gläubiger nur Anspruch auf die, durch grundlose Einlegung des Einspruchs von Seiten des Schuldners entstandenen Kosten. Auch soll creditor die Erstattung der Executionskosten dann nicht verlangen dürfen, wenn er es unterlassen hat, den debitor von der ihm bevorstehenden Execution zu benachrichtigen, dieser aber anderweitig davon erfährt und rechtzeitig, d. h. am selben Tage, wo der Execution durch den Richter stattgegeben wird, Zahlung leistet, beziehungsweise das Geld gerichtlich niederlegt c. 120. l. c. I. p. 248.

4) c. 112 l. c. I. 246.

5) Es muss spätestens innerhalb Jahresfrist in Vollzug gesetzt werden, widrigenfalls es die Executivkraft verliert c. 186. l. c. I, p. 248. Nach Ablauf eines Jahres bedarf es der Anstrengung einer neuen Klage (actio in factum) Seitens des Gläubigers, deren Durchführung freilich wesentlich erleichtert ist durch das dabei Platz greifende beschleunigte Verfahren.

mittelst Auction bedarf es dessen nicht. Es genügt hier die Aufnahme des Protokolls über den Hergang der Veräusserung, welches zu den Akten genommen wird.

Melden sich Käufer und erhalten auf Grund annehmbarer Gebote den Zuschlag, so behält nichts desto weniger der Schuldner noch eine Frist zum Rückkauf, die bei Immobilien 4 Monate, bei beweglichen Sachen 15 Tage beträgt. In Ermangelung von Käufern, oder, wenn sich solche zwar einstellen, aber kein dem Werthe der zu versteigernden Gegenstände entsprechendes Gebot abgeben, so dass ihnen der Zuschlag zu versagen ist, werden Grundstücke zum vierten Theil, Mobilien zum achten Theil ihres Werthes [1]) dem Gläubiger an Zahlungsstatt überwiesen und auf seine Forderung sowie auf Kosten und Interesse verrechnet.

Sind weder bewegliche Sachen noch Grundstücke vorhanden, aus deren Verkaufe Gläubiger befriedigt werden könnte, so ist auf seinen Antrag die Execution gegen die Person des Schuldners zu richten. Der sonst von Seiten des ersteren nothwendigen Bestellung der cautio de duplo bedarf es hier nicht. Denn diese setzt immer die vorgängige Befriedigung des Gläubigers, sei es ausserhalb, sei es im Wege der Execution voraus. Ebenso, wie die Vollstreckung überhaupt, wird auch die Verhängung der Schuldhaft wider den Schuldner durch von ihm eingelegte Rechtsmittel da nicht aufgehalten, wo diese des Suspensiveffectes ermangeln. — Neben der Möglichkeit, durch Einspruchserhebung die Execution abzuwenden, stand es dem Schuldner, wie bereits angedeutet, frei, mittelst der aus der früheren Gesetzgebung König Friedrich II. (III.) beibehaltenen actio dupli auf Rückerstattung des zur Execution gestellten Betrages, und dessen alterum tantum Klage zu erheben. Diese Klage kann entweder gegen den Gläubiger selbst oder gegen den von ihm bei

---

1) Ausgenommen sind Pretiosen (Gold, Silber und Edelsteine). Diese sind zum wahren Werthe zu berechnen. Die den Gläubigern so überaus günstige niedrige Taxirung aller andern Sachen fand übrigens nur so lange statt, als es sich bloss um das Executionsverfahren zu Gunsten einzelner Executionssucher handelte. Brach, bei gleichzeitigem Andringen mehrerer Gläubiger, der Concurs über den debitor aus, so konnte eine Überweisung von Vermögensstücken desselben an die Gläubiger immer nur auf Höhe ihres wahren Werthes erfolgen. C. 113 l. c. I p. 246.

der Cautionsleistung gestellten Bürgen, sowie ev. gegen die Erben des einen oder des andern gerichtet werden.) An und für sich ist es dem debitor gestattet, sie zugleich mit dem Einspruch wider die angeordnete, aber noch nicht zu Ende gebrachte Execution anzustrengen. In diesem Falle wird über beides, den Einspruch und die Rückforderung des Doppelten zugleich verhandelt und durch Urtheil entschieden. Die Rückforderungsklage kann aber ebenso gut für sich allein geltend gemacht und deshalb auch, nach bereits durchgeführter Execution, beziehungsweise nach geleisteter Zahlung, angestrengt werden.

Indessen musste sie im letzteren Falle spätestens innerhalb Jahresfrist, nach rechtskräftiger Zurückweisung des von ihm erhobenen Einspruchs durch den Schuldner angestellt werden.[2])

Gleich, wie beim Einspruch, konnten auch die Erkenntnisse, welche auf die vom Schuldner erhobene actio dupli ergingen, durch Rechtsmittel angefochten werden. Diese aber entbehrten der Suspensivkraft bezüglich der Execution in derselben Weise, wie solches beim Einspruch galt.[3])

b) Das Verfahren per modum cedulae.

Neben dem vorstehend erörterten Verfahren kennt die Processordnung König Alphons' V. in dem Verfahren per modum cedulae[4]) eine zweite Art des Executivprocesses, bei welcher nicht sofort die Execution verfügt wird, sondern dieser ein, wenn auch sehr abgekürztes contradictorisches Verfahren voranzugehen hat.[5])

---

1) c. 131 l. c. I. p. 251.

2) c. 112 l. c. I. p. 245. c. 131 l. c. I p. 251.

3) c. 131 l. c. I. p. 251.

4) c. 132 l. c. I. p. 251.

5) Während das Verfahren via executiva dem spanischen Processrecht entlehnt ist, zeigt das per modum cedulae eine gewisse Aehnlichkeit mit einer entsprechenden Art des Verfahrens im französ. Processe des 16. Jahrhunderts. Ueber den älteren französ. (vom italienischen Executivprocess wesentlich abweichend.) Urkundenprocess ist jetzt zu vgl.: Schwalbach, Der Civilprocess des Pariser Parlaments nach dem „Stilus" du Brueils S. 112 ff.). Es sei gestattet, hier auf eine Stelle bei Petr. Rebuffus de chirographor. et cedularum recognition. ad art. XCII. nr. 2 p. 122 (in seinem Commentar in Const. s. Ordinat. Reg. Lugd. 1581 T. 1. Briegleb, Gesch. d. Executivproc. I, p. 209) hinzuweisen: „Notandum est, quod

Cedula ist hier ein, vom Kläger dem Gericht einzureichendes Schriftstück, welches, ausser dem Klageantrage, eine kurze Erzählung des factischen Herganges und Angabe des Rechtsgrundes zu enthalten hatte, aus dem der klagende Gläubiger seine Forderung wider den beklagten Schuldner herleitete. Dieses Schriftstück war der Urkunde beizufügen, die als Beweismittel diente für die in der Geschichtserzählung fundirten Behauptungen des Klägers. Das Messineser Stadtrecht, das bei Gelegenheit der Reception der Institute der Processordnung auch des Verfahrens per modum cedulae gedenkt, bezeichnet deshalb diese cedula als injunctoria.[1]) Ein zweites Exemplar dieser cedula hat Kläger dem beklagten Schuldner zustellen zu lassen. Dieser hat hierauf entweder Zahlung zu leisten, oder innerhalb von 15 Tagen Einwendungen wider die geltendgemachte Forderung nicht nur vorzubringen, sondern auch liquid zu stellen, und zu beweisen. Hinwiederum stand es andererseits auch dem Kläger frei, innerhalb des gleichen Zeitraums die, bei Einreichung der Klage etwa noch fehlenden Beweisstücke, mittelst eines zweiten, von ihm einzureichenden Schriftsatzes, nachzubringen. Man pflegte deshalb sich am Schlusse der ersten, als Klageschrift dienenden cedula das Nachbringen von Beweisen vorzubehalten. Jener zweite, die Klage ergänzende, beziehungsweise berichtigende Schriftsatz hiess, nach einem gleichfalls in dem Messineser[2]) Stadtrecht gebrauchten Ausdrucke zu schliessen: cedula purificatoria.

---

solent practicantes in hac Parisiensi civitate hac uti praxi: Primo porrigunt supplicationem judici contra partem, in qua narrant mutuum vel aliam causam debiti. Secundo illi supplicationi adjungunt cedulam et petunt a judice, quod talis, qui mutuum recepit, ut apparet per suam cedulam, veniat ad confitendum dictam cedulam vel negandum. Tertio concedit judex supplicanti, ut citetur illa pars. Quarto citatur et in citatione mittitur exemplum [cedulae], quod copiam vocant; et ad illum effectum citatur, ut veniat ad confitendum vel negandum". Zu beachten ist jedoch, dass die Nomenclatur der Processordnung von der französischen darin abweicht, dass, während man in Frankreich unter cedula die Urkunde verstand, welche der Klage (supplicatio) beigefügt ward, cedula hier die Klageschrift bedeutet, die mit der Urkunde (cum instrumento) dem Richter einzureichen ist. Ueber das Wort cedula, gleich Urkunde, überhaupt Schriftstück (Zettel) cf. Du Cange h. v.

1) Messina c. 59.

2) Messina c. 59.

Fragen wir weiter nach den einzelnen Fällen, die in diesem Verfahren ihre processualische Behandlung und Erledigung finden, so unterliegen denselben zunächt alle solche, urkundlich festgestellten Forderungen, aus welchen die sofortige Vollstreckung (via executiva) nur deswegen nicht mehr nachgesucht werden kann, weil seit Ausstellung der Urkunde schon mehr, denn zehn Jahre verflossen sind.

Nächstdem kann per modum cedulae aus allen denjenigen beurkundeten Verträgen, oder Rechtsverhältnissen geklagt werden, die nicht unter die Zahl der dem Verfahren via executiva unterliegenden Ansprüche fallen. In formeller Beziehung wird für die Urkunden dieselbe Beschaffenheit verlangt, wie dort. Auch hier müssen es öffentliche Urkunden sein, die ein Notar innerhalb von Sicilien aufgenommen oder doch beglaubigt hat.

Den öffentlichen Urkunden werden aber ferner gerichtliche Erkenntnisse, deren erlangte Rechtskraft vorausgesetzt, gleichgeachtet. Aus diesen kann, wenn die sofortige Execution um deshalb nicht mehr zulässig ist, weil bereits ein Jahr seit Eintritt der Rechtskraft vergangen, ebenfalls per modum cedulae geklagt werden. Das gerichtliche Erkenntniss vertritt in diesem Falle das sonst vom klagenden Gläubiger, zugleich mit der Klage dem Richter zu überreichende, anderweite öffentliche Instrument. Das gedachte Verfahren soll endlich auch da Anwendung finden, wo in einem Vorprocess der beklagte debitor, zwar die Existenz des vom Kläger wider ihn geltend gemachten Anspruchs durch confessio in jure anerkannt hat, gleichzeitig aber, oder hinterher Gründe anführt, weshalb er trotzdem nicht verbunden sei, den Kläger zu befriedigen.

Im Allgemeinen war die Möglichkeit, die in diesem Verfahren ergehenden Urtheile durch Rechtsmittel anzugreifen, keine eingeschränkte. Soweit es sich jedoch dabei um Entscheidungen des obersten Hofgerichts handelte, sei es, dass dieses in der Appellationsinstanz, oder als erstes Gericht erkannt hatte, sollte dagegen keinerlei Anfechtung durch Rechtsmittel mehr gestattet sein.[1])

1) c. 139 l. c. I p. 253.

§ 71.

IV. Der summarische Process.

Bereits die Constitutionen[1]) enthalten eine Verordnung Kaiser Friedrich II., derzufolge bei Bedrückungen und Erpressungen, deren sich die Steuerpächter (cabelloti), oder andere zur Erhebung von Abgaben berechtigte Personen, oder Beamte den Unterthanen gegenüber widerrechtlich schuldig machen, den Baillis die Befugniss beigelegt wird, die eingehenden Beschwerden, nach vorgängiger summarischer Untersuchung zu entscheiden. Werden die Klagen für begründet erfunden, dann sollen die gedachten Beamten den Klägern zur Wiedererlangung des ihnen ungesetzlich Abgezwungenen verhelfen.

Es fragt sich, ob das hier angeordnete summarische Verfahren sich auf den Civil-, oder den Criminalprocess bezog. Da nur die Entscheidung über die Art und das Mass der Strafe, womit die widerrechtliche Steuer- oder Abgabenerhebung, beziehungsweise der begangene Raub vom Gesetze bedroht war, dem Kämmerer (camerarius)[2]) vorbehalten wird, so deutet dieser Umstand darauf, dass die vor dem Bailli anzubringende Beschwerde im Wege des strafprocessualischen Verfahrens zu untersuchen und demnächst die Sache zur Bestrafung des schuldig gefundenen Beamten oder Steuerpächters u. s. w. an den Kämmerer abzugeben war. Freilich wurde damit ähnlich, wie im Adhaesionsverfahren des heutigen französischen Strafprocesses, zugleich die privatrechtliche Frage der Entschädigung des Beschwerdeführenden verbunden. An ein selbständiges Civilprocessverfahren mit summarischer Behandlung ist aber dabei wohl nicht zu denken.[3])

---

1) Const. Regn. Sic. Nov. const. I, 78 (H. B. IV, p. 206) „Auctoritatem etiam bajulis impartimur, ut ad querelas nostrorum fidelium, summaria cognitione premissa, superexactiones restitui faciant et rapinas quas cabelloti, foresterii, platearii, portionarii seu passagerii contra veterem formam aut contra nova nostre curie statuta in fideles nostros exercent; superexactionis et rapinae pena magistris camerariis qui predictos officiales instituerint reservata."

2) Dass hier der Kämmerer und nicht der Justitiar, welcher doch sonst, wie oben (S. 208) gesagt ist, als der ordentliche Strafrichter galt, die Strafe wider die Steuerpächter u. s. w. festzusetzen hat, hängt offenbar mit seiner Stellung als Finanzbeamter zusammen. Vermöge dieser lag ihm, wie deren Anstellung, so auch die Disciplinar- und Strafgewalt über die mit Erhebung der Steuern und Abgaben betrauten Personen ob.

3) A. M. Briegleb, Einleit. in die Theorie des sum. Proc. S. 31.

Dahingegen hat das summarische Verfahren in seiner Anwendung auf Civilprocesse in den sicilischen Stadtrechten, voraus in denen von Palermo und Messina, Anerkennung und Ausdruck gefunden. Das verhältnissmässig hohe Alter der beiden letzteren Stadtrechte gestattet die Annahme, dass ähnlich, wie dieses für andere italienische Statuten[1]) nachgewiesen ist, die Reception des summarischen Processes im sicilischen Städterecht bereits zu einer Zeit stattgefunden hat, welche vor das Datum der berühmten Clementina saepe, mithin vor das Jahr 1306 fällt. Man hat sich hierbei gegenwärtig zu halten, dass die in den Instructionen an delegirte Richter von den Päpsten Alexander III., Innocenz III., Honorius II. und Innocenz IV.[2]) ertheilten Weisungen, simpliciter et de plano, absque judiciorum strepitu et figura zu verfahren, bereits dem dreizehnten, ja zum Theil schon der zweiten Hälfte des zwölften Jahrhunderts angehören.

Fassen wir vor Allem die Fälle in's Auge, bei denen nach sicilische Statutarrecht der summarische Process zur Anwendung kommen soll. Fast in allen Stadtrechten findet sich die Verordnung, dass die aus den Nachbarverhältnissen im weiteren Sinne, bei Grundstücken und Gebäuden entstehenden Streitigkeiten, einschliesslich der Servituten-, Grenz- und Theilungsprocesse und der actio aquae pluviae arcendae summarisch behandelt und zur Entscheidung gebracht werden sollen.[3])

Dem gemeinen Recht entsprechend werden ferner Besitzprocesse, sowohl um Mobilien, wie um Immobilien dem sum-

---

1) Vgl. die Statuten von Pisa und Padua von 1286. resp. 1302. bei Briegleb, a. a. O. S. 29—31.

2) Briegleb a. a. O. S. 20 ff.

3) Palermo c. 42 (cautio damni infecti, itinera, fontes, Zwischenraum zwischen Häusern, Grenzstreitigkeiten bei Lehn- und Allodialgütern [praediorum feudalium et burgensaticorum], gemeinsames Eigenthum an Grenzmauern und Zwischenwänden, Traufrecht), ferner ibid. c. 29 (Legalservituten, resp. vertragsmässig bestellte, oder anderweitig begründete Dienstbarkeiten bezüglich der Fenster, Thüren, oder sonstigen Oeffnungen). Messina c. 42. Patti 52 (Theilungen von Grundstücken aller Art, Vicinalwege, Wasserlauf und act. aquae pluviae arcendae, Grenzsachen). Catania tit. 59. 61 (Servituten, Wasserlauf und act. aq. pluv. arc., Legalservituten, Grenzmauern und Zwischenwände). Syracus. 37 (Servituten, Grenz- und Bausachen, act. aq. pluv. arc.).

marischen Verfahren überwiesen.[1]) Desgleichen darf die Vorschrift des Palermitaner und Messineser Rechts[2]), dass Processe, welche das jus protimiseos zum Gegenstande haben, summarisch zu erledigen sind, als eine in Sicilien allgemein gültige angesehen werden. Sie fand demgemäss, wie sich weiterhin zeigen wird, Aufnahme in das spätere Landesprocessrecht.

Dem Palermitaner Recht gehört, abgesehen von der bei der Geschichte des Executivprocesses erwähnten Zulassung desselben aus öffentlichen Urkunden[3]), die Anwendung des summarischen Verfahrens in Mieths- und Pachtsachen an. Wenn Verpächter oder Vermiether das ihm wegen des Mieths- oder Pachtzinses an den invecta oder illata des Miethers oder Pächters zustehende Pfandrecht geltend macht, soll summarisch verfahren werden, sobald über die Höhe des Mieths- oder Pachtzinses, resp. darüber Streit entsteht, ob die Zahlung erfolgt ist oder nicht.[4])

Nach den Rechten Messina's und Patti's greift das summarische Verfahren Platz bei Bagatellsachen (in re vili). Es werden darunter Streitigkeiten verstanden, deren Gegenstand den Werth Einer Unze Goldes nicht übersteigt. Wir werden weiterhin sehen, dass diese Vorschrift später in die Landesprocessordnung überging. Endlich sei hier noch auf eine bloss lokalrechtliche Anwendung des summarischen Verfahrens hingewiesen. Nach den Syrakusaner Statuten soll bei Pfändungssachen, d. h. da, wo es sich um die Pfändung von Thieren wegen Flurbeschädigung handelt, summarisch verfahren werden.[5]) Ausdrücklich ausgeschlossen wird andererseits der summarische Process im Palermitaner Recht bei den vor das Forum der Archidiakonen gehörigen Ehesachen, sowie bei den

---

1) Palermo 19, 29. Bei verloren gegangenen Hausthieren oder entlaufenen Sklaven wird hier jedoch das summarische Verfahren nur mit der Beschränkung für zulässig erklärt, dass seit dem stattgehabten Besitzverlust noch keine zwei Monate vergangen sein dürfen. S. ferner: Messina 12. Catania tit. 38. Syracus. 27.

2) S. den von König Ludwig (1342—1350) bestätigten Zusatz zu c. 28. Palermo. Messina 42. Patti 52. Catania tit. 51. 54.

3) S. oben § 74. 4) Palermo 34.

5) Syracus. 3. Im Catanischen Recht tit. 1 geschieht dessen keine Erwähnung, ebenso wenig in den Rechten von Noto 35 ff. Patti 7 ff. Lipari 8 ff.

sonstigen, der weltlichen Jurisdiction entzogenen, und dem geistlichen Richter vorbehaltenen Processen.[1])

Eine vollständige Aufzählung der summarisch zu erledigenden Fälle enthält die Processordnung König Alphons' V.[2]) Das dort gegebene Verzeichniss stimmt in vielen Punkten mit dem, von den Lehrern des gemeinen Processrechts älterer und neuerer Zeit aufgestellten index extraordinariarum causarum überein.[3]) Dem wurden aber mehrere, dem sicilischen Recht eigenthümliche Fälle hinzugefügt. Es unterliegen hiernach der summarischen Behandlung:

1. Bagatellsachen. Darunter werden Streitigkeiten verstanden, bei denen es sich um Objecte handelt von geringerem Werthe, denn fünf Unzen Goldes.

2. Alimentensachen. Diese galten nur dann als summarisch, wenn es sich dabei um die, Jemandem in Zukunft obliegende Verpflichtung handelt, einem Andern den Lebensunterhalt zu gewähren. Nicht hierher gehören Ansprüche auf rückständige Leistungen von Alimenten.[4])

3. Statusklagen, insbesondere solche, bei welchen die Kindeseigenschaft (filiatio) Jemandes, einem Andern gegenüber zweifelhaft ist.[5])

4. Possessoriensachen, einschliesslich der actio spolii.[6])

5. Streitigkeiten um die Befugniss, ein gewisses Amt zu bekleiden (causae, in quibus agitur de aliquo officio habendo.[7])

---

1) Palermo 75 (76). Was die Ehesachen anbetrifft, tritt hierin das Palermitaner Recht in Gegensatz zum K R. Letzteres bezeichnet Ehestreitfragen, sofern es sich dabei um die Gültigkeit der Ehe, oder um Scheidung handelt, gerade ausdrücklich als solche Sachen, welche summarisch zu verhandeln sind. Clement. 2. (Dispendiosam) De judic. (2., 1.)

2) c. 133 Cap. Regn. Sic. I, p. 251.

3) Vgl. Bayer, Theorie der sum. Proc. (7. Aufl. München 1854) S. 6 ff.

4) Der Grund zur summarischen Behandlung der Alimentensachen ist bekanntlich eine missverständliche Auslegung gewisser Vorschriften des R. R. l. 5. § 8. D. de agn. et al. lib. (25, 2). l. 2. D. de feriis (2, 12) Bayer, a. a. O. S. 7.

5) Auch deren Aufnahme in die Reihe der summarischen Fälle ist durch missverständliche Auslegung von l. 5. § 8. D. cit. (25, 3) veranlasst worden.

6) Cf. c. 135. l. c. I, 252.

7) Anscheinend kam es hierbei für die summarische Behandlung nicht darauf an, ob possessorisch, oder petitorisch geklagt war.

6. Competenzstreitigkeiten unter verschiedenen Beamten des Reiches. Man hat dabei wohl vornehmlich an die, bei Civilprocessen vorkommenden Vorfragen zu denken, wer im einzelnen Falle der zur Ausübung der Jurisdiction berufene Beamte sei.

7. Streitigkeiten um Servituten. Die angegebenen Bestimmungen der Stadtrechte lassen darauf schliessen, dass hierunter nicht sowohl solche Fälle begriffen wurden, bei welchen es sich um Dienstbarkeiten im eigentlichen Sinne handelte, sondern hierher auch Processe um Eigenthumsbeschränkungen durch die sog. Legalservituten gehörten.

8. Geltendmachung des jus protimiseos. Die bezügliche Vorschrift der Processordnung erscheint dem früheren sicilischen Processrecht entnommen. Nach dem von König Ludwig bestätigten Zusatze zum Stadtrechte Palermo's zu schliessen, dürfte indessen die Entstehung des betreffenden Rechtssatzes, oder seine Anerkennung, als eines allgemein, für ganz Sicilien gültigen, und nicht bloss in Messina und Patti massgebenden[1]) Princips nicht vor die Mitte des 14. Jahrhunderts zu setzen sein.

9. Die actio in duplum, mit der Schuldner das im Executivverfahren Gezahlte, oder von ihm Beigetriebene und dessen gleich hohen Betrag vom Gläubiger zurückfordert. Wie erwähnt, ward ihre summarische Behandlung schon von König Friedrich II. (III.) in dessen Capitulum: Cum varia angeordnet.

10. Lohn- und Gehaltsforderungen (causae salariorum et mercedum).

11. Mercantilprocesse, jedoch nur, wenn es sich um Objecte von geringerem Werthe als 10 Unzen Goldes handelt. War es im einzelnen Falle zweifelhaft, ob eine Sache als Handelssache anzusehen sei, so entschied das schiedsrichterliche Ermessen der Kaufleute.

12. Forderungen aus einem Dotalversprechen, sofern dies nicht schriftlich beurkundet war. Andern Falls kam, wie oben gezeigt ist, das Executivverfahren, resp. das Verfahren per modum cedulae zur Anwendung.

13. Rechnungssachen (causae redditus).[2]) Hierunter

---

1) Hier mag dasselbe schon früher Geltung gehabt haben.

2) i. e. redditionis rationis cf. Testa. Note b. Cap. Regni Sic. I p. 252.

werden alle Processe verstanden, bei denen auf Rechnungslegung wider einen Vormund, Bevollmächtigten, negotiorum gestor, wie überhaupt gegen alle solche Personen geklagt wird, welche mit der Verwaltung fremder Güter betraut sind. Die Zulässigkeit der summarischen Processart hängt jedoch von einer bestimmten Höhe des Werths der streitigen Forderung ab. Über den Betrag von 20 Unzen Goldes hinaus soll diese keine Anwendung finden.

14. Processe der personae miserabiles, d. h. der Pupillen, Wittwen, Kirchen und Hospitäler.

§ 77.

(Fortsetzung.)

Betrachten wir jetzt die Eigenthümlichkeiten des summarischen Verfahrens im Gegensatze zum ordentlichen. Soweit es dabei auf den formellen Processgang ankommt, lassen uns die Quellen des älteren sicilianischen Rechts fast gänzlich im Stich. Von den Stadtrechten ist es allein das von Palermo, welches darüber in etwas Aufklärung giebt. Es ist hier noch einmal auf den Inhalt des c. 67 daselbst einzugehen, dessen bereits in der Geschichte des Executivprocesses gedacht wurde. Als Kriterien des summarischen Verfahrens werden darin das Fortfallen der oblatio libelli[1]) und der litis contestatio in der vom kanonischen Recht damit verbundenen Bedeutung angegeben. Statt des förmlichen Klagelibells hat Kläger dem Richter einfach sein Klagebegehren schriftlich einzureichen. Hierauf wird Beklagter, ohne Gestattung einer Ueberlegungsfrist, und ohne Anberaumung eines besonderen Termins zur Vornahme der litis contestatio, sofort zur Beantwortung der nicht articulirten Klagepunkte zugelassen. Die Vertheidigung des Beklagten ist der Hauptsache nach unbeschränkt. Jedoch waren dilatorische Einreden, wie es scheint, ausgeschlosssen. Wenigstens lässt sich dies, mittelst argumentum ex contrario, aus den Worten des angeführten c. 67 des Palermitaner Rechts schliessen. Doch bleibt zweifelhaft, ob seine Einreden etwa nur dann nicht statuirt wurden, wenn Beklagter sich in urkundlicher Form dem summarischen Verfahren freiwillig unterworfen hatte. Es ist früher als höchst wahrscheinlich hingestellt worden, dass die

1) Vgl. hierzu Palermo c. 34.

auf den summarischen Process bezüglichen Stellen der sicilischen Stadtrechte bereits zu einer Zeit redigirt sind, die vor Regelung dieser Art der Procedur durch Papst Clemens V. fällt. Diese Annahme wird bestätigt durch den Umstand, dass die den formellen Processgang betreffenden Vorschriften des Palermitaner Rechts sich, im Vergleich zu den detaillirten Bestimmungen der Clementina saepe, äusserst knapp und dürftig erweisen. Von ihnen insonderheit wird man daher behaupten dürfen, dass sie einer verhältnissmässig frühen Epoche der mittelalterlichen Rechtsgeschichte angehören. Ein Einfluss jener päpstlichen Gesetze auf die weltliche Praxis Siciliens machte sich erst später geltend. Indessen documentirt selbst noch die Processordnung König Alphons' V., deren Inhalt wir jetzt in Betracht ziehen wollen, den Vorschriften der Clementina gegenüber eine gewisse Selbständigkeit. Die für das summarische Verfahren entscheidenden Momente beruhen darnach im Folgenden.[1]) Der Übergabe eines förmlichen Klagelibells bedarf es auch hier nicht. Wohl aber sind die verschiedenen Klagebehauptungen, nach bestimmten Abschnitten (capitula) geordnet, aufzustellen und so dem Richter einzureichen. Dieser hat hierauf dem Kläger eine, nach seinem Ermessen festzusetzende Frist zu bestimmen, innerhalb deren dieselben des Näheren zu begründen, und nicht nur unter Beweis zu stellen, sondern auch zu beweisen sind.

Versäumt Kläger diese Frist, so kommt es darauf an, ob die Processsache zu den appellablen Sachen gehört oder nicht. Ist keine Appellation zulässig, so wird dem Kläger noch eine kurze Frist bewilligt, innerhalb deren er Restitution einlegen kann. Wird auch diese versäumt, so wird mit dem Schluss der Sache verfahren. Bei appellablen Sachen wird keine Restitution gewährt; es wird sofort zum Schluss der Verhandlung und zur Urtheilsfällung geschritten. Erbringt andererseits Kläger innerhalb der Frist die Beweise seiner Klagebehauptungen, dann soll das Resultat der Beweisführung sofort bekannt gemacht und dem Beklagten aufgegeben werden, innerhalb von 12 Tagen seine Einwendungen und eventuell auch seine Gegenbeweise vorzubringen. Gegen den Nachtheil der Fristversäumniss kann auch ihm Restitution ertheilt werden.[2])

1) c. 134 ff. Cap. Regni Sic. I p. 252 ff.

2) C. 134 l. c. Eine Besonderheit des Verfahrens in Spoliensachen

Processhindernde und andere dilatorische Einreden dürfen vom Beklagten zwar vorgeschützt werden; es muss dies aber innerhalb von 8 Tagen, nach Einleitung der Klage geschehen. Zur Begründung derselben und zur dieserhalb nothwendigen Beweisführung in soweit, dass darüber durch Erkenntniss in besonderem Vorverfahren entschieden werden kann, hat Beklagter eine peremptorische Frist von 2 Monaten. Ist bei Ablauf derselben ein Urtheil noch nicht ergangen, so soll zur Verhandlung und Entscheidung der Hauptsache geschritten werden. Die Geltendmachung der betreffenden Einreden bleibt dem Beklagten dann nur noch mit der Massgabe vorbehalten, dass er sie zugleich mit den meritorischen Einreden noch einmal vorbringen kann. Bei der Entscheidung der Hauptsache hat Richter dann auch über die dilatorischen Einreden mit zu erkennen.[1])

Die Einlegung von Rechtsmitteln gegen Urtheile, die sich auf Anerkennung oder Zurückweisung der fraglichen Einreden beschränkten, war gestattet. Eine Ausnahme aber wurde bei Urtheilen gemacht, welche von der magna curia, als Gericht erster Instanz gefällt waren. Weder Appellation noch Supplication galt hier für zulässig, wenn die processhindernde Einrede zurückgewiesen und damit der Weg für das Hauptverfahren eröffnet war. Hinwiederum sollte dann, wenn die Einrede für begründet befunden war, beiden Theilen freistehen, die Revision des Processes auf Grundlage derselben Akten zu beantragen.

Im Übrigen giebt die Processordnung nur noch kurze Andeutungen über die Art der Behandlung der summarischen Processsachen in der Appellationsinstanz. Freilich ist dabei nur der von der magna curia, als Appellationsgericht zu beobachtende Processgang in Betracht gezogen.

(actio spolii) ist diese (c. 135 l. c. I p. 252): Hat das spolium innerhalb von vier Monaten, seitdem Kläger davon Kenntniss erlangt, stattgefunden, dann soll Beklagter mit der Vertheidigung gehört werden, nachdem zuvor dem Kläger der ihm entzogene Besitz restituirt worden ist (cf. c. 3 C. 3 qu. 1). Ist dagegen das spolium schon länger denn zwei Monate her, so kann von der Restitution des Besitzes erst nach vorgängiger, contradictorischer Verhandlung, und nachdem beide Theile gehört sind, die Rede sein. Sie ist mithin erst dann vom Richter anzuordnen, wenn von ihm hierauf, nach stattgehabter Beweisaufnahme über die Behauptung und Gegenbehauptung beider Theile, durch Urtheil erkannt worden ist.

1) c. 137 l. c. I p. 253.

Nach Einführung der Appellation soll beiden Theilen, dem Appellanten und dem Appellaten eine Frist von 12—15 Tagen offen stehen, um ihre Behauptungen, even. Einwendungen zu begründen und zu beweisen. Wird in dieser Zeit von einer oder der andern Partei neuer Beweis erbracht, so soll dem Gegner eine weitere Frist von 4 Tagen ad reprobandum bewilligt werden. Gegen Versäumniss derselben kann der Richter restituiren. In der Regel darf dies aber nicht öfter als einmal geschehen.[1])

Die in der Appellationsinstanz durch die magna curia gefällten Urtheile konnten durch keine weiteren Rechtsmittel mehr angefochten werden. Aber auch dann, wenn dieser höchste Gerichtshof, als Gericht erster Instanz, mit summarischen Processsachen befasst worden war, sollten die von ihm ergangenen Entscheidungen keinen weiteren Angriffen durch Rechtsmittel unterliegen.

Hiervon abgesehen, war die Möglichkeit, ein ergangenes Urtheil durch Rechtsmittel anzugreifen, in summarischen Sachen im Allgemeinen keinen weiteren Beschränkungen unterworfen, als im ordentlichen Verfahren.[2])

Wo sich ausserdem Beschränkungen der Rechtsmittel, oder ihrer Wirkungen angeordnet finden, hat dies seinen Grund, nicht im formellen Processgange, sondern in der, mit Rücksicht auf die Besonderheit gewisser Fälle, zum Behufe der schleunigeren Herbeiführung einer endgültigen Entscheidung, vom Gesetz statuirten materiellen Unvollständigkeit des Verfahrens.

Diesen Fällen haben wir jetzt noch unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden. In den sicilischen Stadtrechten ist gerade diese materielle Unvollständigkeit, welche der summarische Process aufweist, eingehender berücksichtigt worden, während dort der formelle Processgang, wie im Vorstehenden gezeigt wurde, im Allgemeinen nur knapp und dürftig behandelt ist. Hinwiederum sind im sicilischen Landesprocessrecht, namentlich in der Processordnung König Alphons' V. diese nicht nur formell, sondern auch materiell summarisch zu erledigenden Sachen fast ganz ausser Betracht geblieben.[3])

---

1) c. 138 l. c. I p. 253.

2) S. oben S. 273. 274.

3) Nur Eine Stelle derselben enthielt einen diesbezüglichen Hinweis,

Jene materielle Unvollständigkeit des Verfahrens ist nach zwei Richtungen hin bemerkbar. Sie tritt entweder im Beweisverfahren hervor, oder in Hinsicht der Rechtsmittel.

Die Abkürzung oder Vereinfachung des Beweisverfahrens findet wiederum in doppelter Weise statt. In manchen Fällen ist die Beweisführung auf bestimmte Beweismittel eingeschränkt, in andern ist die Wahl zwischen den verschiedenen Beweismitteln an sich keinen Beschränkungen unterworfen. Das Verfahren unterscheidet sich nur darin von dem regelmässigen, dass von der Strenge der Beweisregeln abgesehen wird, und dem Producenten gewisse Beweiserleichterungen zugestanden sind. In die ersteren Kategorien fallen nach den Stadtrechten von Palermo und Messina diejenigen Processsachen, bei welchen die richterliche Entscheidung auf der Grundlage einer stattgehabten Augenscheineinnahme erfolgt.

Es werden darunter gewisse Streitigkeiten um Grundstücke, namentlich solche verstanden, bei denen es auf Theilung derselben, oder Berichtigung zweifelhaft gewordener Grenzen ankommt, ferner Servitutenprocesse oder Processe, wo nachbarrechtliche Verhältnisse in Frage stehen, einschliesslich der Fälle der cautio damni infecti und der actio aquae pluviae arcendae.[1]) In Palermo hatte die Augenscheineinnahme durch den praetor und dessen judices, unter Zuziehung von Sachverständigen stattzufinden, die mit Bezug auf das von ihnen abzugebende Gutachten vereidigt wurden.[2]) Jede weitere Beweisaufnahme war ausgeschlossen. Das Urtheil hat sich allein auf die bei der Augenscheineinnahme gemachten Wahrnehmungen, sowie auf die, mit Bezug auf diese, von den Sachverständigen gethanen, gutachtlichen Aeusserungen zu stützen.

Es dürfte nicht zu gewagt sein, in diesem Verfahren den Überrest einer Einrichtung des normannischen Processverfahrens zu erblicken. Wir haben dabei den visus terrae im Auge. Wenn in Palermo, statt der milites oder anderer glaubwürdiger Personen, die bei den Normannen als Geschworene

---

mit Hinblick auf die dem Messineser Recht angehörige Einrichtung der Bestellung der jurati als Richter für gewisse Processsachen. S. d. f. S. Note 4.

1) Palermo 42. Messina 42. S. auch Patti 52.

2) Cf. die Worte in Palermo 42 „per aspectum Praetoris, judicum civitatis Panhormi et magistrorum juratorum habentium horum peritiam" u. Muta in seinem Commentar zu dieser Stelle nr 64.

fungiren, ohne dass von diesen eine besondere Kenntniss oder Erfahrung erfordert wird, bei der Augenscheineinnahme Sachverständige zugezogen werden, so ist diese Erscheinung, allem Vermuthen nach, dem Einflusse des gemeinen Processrechts zuzuschreiben, dem sich auch diese, zugleich mit ihrem heimathlichen Recht von den Normannen nach Sicilien verpflanzte Institution auf die Dauer nicht völlig entziehen konnte. Die Umbildung der Geschworenen in Sachverständige mochte sich in diesem Falle um so leichter vollziehen, als ja auch die Sachverständigen, gleich den beim visus terrae zugezogenen Geschworenen, nicht als testes de scientia, sondern als solche de credentia oder de credulitate angesehen wurden.[1])

Das Messineser[2]) Recht erfordert die Zuziehung von Sachverständigen bei der Einnahme des Augenscheins durch den Richter nicht. Sie wird, allem Anschein nach, von ihm allein vorgenommen. Muthmasslich steht dies mit der von König Friedrich II. (III.) den jurati von Messina eingeräumten Rechtsprechung in Theilungs- und Grenzsachen und ähnlichen Processen im Zusammenhang.[3])

Von diesen aus der Bürgerschaft durch Wahl hervorgehenden Communalbeamten darf man annehmen, dass sie, nach der bei ihnen vorauszusetzenden Vertrautheit mit den Verhältnissen in der Stadt und deren Liegenschaften, für die Beurtheilung der factischen Grundlagen der ihrer Competenz überwiesenen Angelegenheiten die erforderliche Sachkenntniss besassen. Für diese Annahme spricht auch eine Stelle der Processordnung König Alphons' V.[4]) Während sie der

---

1) Wenigstens war dies, was die Geschworenen anlangt, der Standpunkt des neueren französisch-normannischen Rechts, dem eine solche Aussage als Zeugniss de auditu erscheint. Nach der älteren, noch im englischen Recht vertretenen Anschauung wären sie freilich eher den testes de scientia zuzurechnen, weil von den Geschworenen, die dem visus terrae beiwohnten, die Kenntniss auf Grund eigener Wahrnehmung gerade um deshalb verlangt ward, weil sie Gelegenheit gefunden, sich an Ort und Stelle zu instruiren. S. Brunner, Entsth. der Schwurgerichte S. 358. 359. 452. Über die Auffassung der Sachverständigen als testes de credulitate s. Muta a. a. O. nr. 64.

2) Messina 42.

3) Cap. jurator. Friderici reg. c. 116 (Cap. Regn. Sic. I p. 108).

4) c. 181 l. c. I p. 266, „a sententiis Juratorum, si causae, ad eorum jurisdictionem spectantes, expediantur per inspectionem oculorum, non

Rechtsprechung der Messineser jurati ausdrücklich gedenkt, schweigt sie davon, dass letztere dabei Sachverständige hätten zuziehen und das von ihnen zu fällende Urtheil, ausser auf die eigenen Wahrnehmungen, noch auf ein Gutachten dritter Personen hätten gründen müssen. Das einzige Beweismittel, welches neben der Augenscheineinnahme in den fraglichen Fällen nach dem Rechte Messina's [1]), zugelassen wurde, waren öffentliche d. h. notarielle Urkunden. Jedoch mussten diese, um den Beweis durch Augenscheineinnahme zu unterstützen oder zu ergänzen, genaue Angaben über Lage und Grenzen der in Frage stehenden Grundstücke enthalten.

Weniger beschränkt war das Beweisverfahren bei Grenz- und Bausachen, sowie bei Servitutenprocessen und in ähnlichen Fällen, wo aus nachbarlichen Verhältnissen der Grundstücke Streit entstand, in den Rechten von Catania und Syrakus.[2]) Immerhin war aber auch dort im Interesse der schnelleren Erledigung der Processe eine gewisse materielle Unvollständigkeit des Beweisverfahrens in so fern geboten, als die Beweisaufnahme, und demnächst, wenn irgend möglich, auch die Urtheilsfällung an Ort und Stelle zu erfolgen hatte. Demnach erscheinen nur solche Beweismittel zugelassen, deren sofortigen Production kein Hinderniss entgegenstand. Wenn daher, neben gerichtlicher Augenscheineinnahme, nicht bloss Urkunden, sondern auch Zeugen genannt werden, so sind unter letzteren, aller Wahrscheinlichkeit nach, solche Zeugen zu verstehen, die gleich an Ort und Stelle vernommen werden können; nicht also auswärtige, noch voraussichtlich länger abwesende Zeugen. Ein Beispiel der zweiten Art materieller Unvollständigkeit des Beweisverfahrens giebt das Syrakusaner Recht.[3]) Es handelt sich dort in gewissen Fällen der Pfändung von Thieren, die Jemand wegen einer stattgehabten Flurbeschädigung auf seinem Grund und Boden vornimmt, nicht darum, dass der Beweis

---

appellatur: ita tamen, quod tres ex Juratis ad minus intersint. Si vero expediantur confecto processu, admittatur appellatio, servato tenore capituli praecedentis."

1) Uebereinstimmend das Messineser Tochterrecht Patti 52.

2) Catania tit. 59. Syracus. 37.

3) Syracus. 3. Ein anderweitiges Beispiel s. in Catania tit. 51 i. f., wo bei Streitigkeiten um das jus protimiseos der alleinige Eid des Verkäufers den Ausschlag giebt.

principiell auf bestimmte Beweismittel beschränkt wird. Die Vereinfachung des Verfahrens wird allein dadurch angestrebt, dass es genügen soll, statt zweier klassischer Zeugen, die sonst nach Vorschrift des gemeinen Rechts zur Erbringung des vollen Beweises nothwendig wären, einen einzigen Zeugen zu stellen, dessen Zeugniss schon allein durch den Eid des Pfändenden selbst ergänzt wird.

Die gleichfalls, behufs schnellerer, definitiver Erledigung eines schwebenden Rechtsstreites, in einzelnen, summarisch zu behandelnden Processsachen stattfindende Beschränkung der Rechtsmittel besteht darin, dass entweder deren Einlegung überhaupt, oder wenigstens die gewisser Arten derselben untersagt ist, oder aber, wenn zugelassen, die Execution nicht aufhalten soll.

So war in Palermo und Messina in allen denjenigen, summarisch zu erledigenden Angelegenheiten die Appellation ausgeschlossen, bei welchen die Augenscheineinnahme stattfand.[1]) Dasselbe galt dort aber ferner auch in andern Fällen, deren processualische Behandlung übrigens keine materielle Unvollständigkeit, namentlich nicht im Beweisverfahren aufweist. Hierhin gehören die Processe, bei denen das jus protimiseos den Streitgegenstand bildet, ferner Streitigkeiten um gewisse Dienstbarkeiten (Fenster- und Lichtrecht), und zwischen Miether und Vermiether, bezüglich des von diesem an den Sachen des ersteren ausgeübten Pfandrechts.[2])

Die Rechte von Catania und Syrakus schliessen in den bezeichneten Fällen, welche ein beschleunigtes und deshalb beschränktes Beweisverfahren erfordern, die Appellation ebenfalls aus.[3]) Ersteres untersagt sogar die Anfechtung des erstergangenen Erkenntnisses wegen angeblicher Nichtigkeit (nullitas). Es lässt dagegen wenigstens das Rechtsmittel der Beschwerde (gravamen) zu, dessen Identität mit der Supplication oder Revision wohl nicht zweifelhaft ist. Die grösste

---

1) Palermo 42. Mesina 42. cf. Patti 52. durch die Processordnung König Alphons' V. c. 181 (S. oben 312 Note 4) ward dies für das Verfahren der jurati in Messina ausdrücklich bestätigt und bloss davon abhängig gemacht, dass eine bestimmte Zahl derselben — nicht weniger als drei — als Richter dabei zugegen wären.

2) Palermo, Zus. zu c. 28. Messina 42. Patti 52. Palermo 29. 34.

3) Catania 59. 61. Syracus 37.

Strenge zeigt in dieser Hinsicht die Art und Weise, wie im Catanischen und Syrakusaner Recht die Pfändungssachen processualisch behandelt werden.[1]) Die erstinstanzliche Entscheidung kann hier durch kein einziges der verschiedenen Rechtsmittel angegriffen werden. Neben der Appellation ist ebenso Nullität, wie Beschwerde (querela, defensio) ausgeschlossen.

Im Einklang mit den Vorschriften der Processordnung König Alphons' V. untersagte das Messineser[2]) Recht die Appellation in Bagatellsachen. Hiervon abgesehen, ordnete es des Weiteren an, dass in denjenigen, summarisch zu verhandelnden Processen, welche nicht als Bagatellsachen gelten konnten, weil sie den Werth von 1 Unze bereits überschritten, die Appellation zwar nicht untersagt sein, wohl aber des Suspensiveffectes der Execution gegenüber entbehren sollte, sofern es sich um keinen höheren Werthbetrag handelte, als fünf Unzen Goldes. Es sollte dann selbst die Nichtigkeitsbeschwerde (nullitas promptuaria) die Execution nicht aufhalten. Dabei wurde jedoch vorausgesetzt, dass der bis dahin siegreiche Kläger für den Fall seines Unterliegens im Nichtigkeitsverfahren cautio de restituendo bestellte. Andererseits war freilich auch der Richter befugt, unter Umständen die Execution ex officio auszusetzen. Es sollte die Sistirung derselben von ihm dann angeordnet werden, wenn die Nichtigkeit des bisherigen Verfahrens sofort, nach der Verkündung des Urtheils, oder doch innerhalb von drei Tagen, nachdem es dem Beklagten insinuirt worden, sich ohne Weiteres aus den Akten ergab.[3])

Der Ausschliessung der Rechtsmittel bei der actio dupli der Processordnung König Alphons' V. ist bereits früher von uns gedacht worden.[4])

§ 78.

V. Kosten und Strafen.

1) Die eigentlichen Gerichtskosten nebst den von den Gerichten einzuziehenden Geldstrafen.

Das Gerichtskostenwesen war in den Constitutionen in einer Weise geregelt, welche der Gerichtsbarkeit den wenig

1) Catania tit. 1 cons. 6. Syracus. 3.
2) Messina 42. 3) Messina 60. 62. 4) S. oben §§ 75. 77.

würdigen Charakter einer Finanzquelle gab. Die nur zu einem Theil zu Gunsten der Richter, zum andern für den landesherrlichen Fiscus[1]) eingezogenen Kosten und Strafen waren unverhältnissmässig hoch bemessen.

Mit Ausnahme gewisser, gleich zu nennender Processsachen, sollten Bailli und Richter bei allen vermögensrechtlichen Streitigkeiten, welche durch Erkenntniss, oder Vergleich erledigt wurden, den dreissigsten Theil vom Werthe des Processobjects in Gelde erhalten. Dieses war, wenn der Process durch Urtheil entschieden wurde, von der unterliegenden Partei allein zu zahlen. Es schloss zugleich die Gebühr in sich, die dem Richter für die Unterschrift (subscriptio) der Sentenz zukam. Bei Vergleichen war das Dreissigstel von beiden Theilen zu tragen.[2])

In Possessoriensachen wurde jener Betrag auf die Hälfte, mithin auf ein Sechzigstel des Werths des Streitgegenstandes ermässigt, während bei Injuriensachen andererseits eine Erhöhung desselben bis auf ein Zwanzigstel eintrat.[3])

Bei Processen, in denen Darlehnsgeschäfte, Leih- oder Hinterlegungsverträge (mutuum, commodatum, depositum) den Gegenstand des Streites bildeten[4]), musste der unterliegende Beklagte, sofern nicht confessio in jure vorlag, zur Strafe des Ableugnens oder Bestreitens der klägerischen Forderung den dritten Theil des Werths des Streitobjects (rei in judicium deductae) zahlen. Diese Strafe fiel dem Bailli und dessen Richtern zu. Sie vertrat gleichzeitig die Stelle der Gerichtskosten und absorbirte in diesen Fällen das sonst übliche Dreissigstel.

Besondere Vorschriften galten für die von den Parteien im Contumacialverfahren einzuziehenden Kosten und Strafen. Ehedem war die ausbleibende Partei in eine Geldstrafe von $9^1/_2$ Unzen verfallen. Kaiser Friedrich II. aber verschärfte die Strafe der contumacia. Die ungehorsame Partei sollte fortan mit Einziehung des dritten Theils ihres gesammten Mobiliarvermögens zu Gunsten des aerarium Caesaris gestraft werden.[5])

---

1) Const. Sic. I, 73 (H. B. IV, p. 59).

2) Const. Sic. I, 72 (H. B. IV, p. 43. 44). I, 73 l. c. p. 59—61.

3) Const. Sic. I, 73 (H. B. IV, p. 59—61).

4) Const. Sic. I, 67 (H. B. IV, p. 39). Diese Verordnung rührt schon aus der Zeit der normannischen Könige her, und zwar wird sie dem König Wilhelm II. zugeschrieben.

5) Const. Sic. I, 99 (H. B. IV, 66). I, 102 (H. B. IV, 69. 70).

Indessen ward die Strenge dieser Verordnung durch einen späteren Zusatz zu Const. I, 99 von demselben Kaiser in so fern wiederum gemildert, als das Verfahren vor den Baillis davon ausgenommen ward. Es soll hier die contumacia nur mit einer Geldbusse geahndet werden. Diese war für jeden einzelnen Fall zu erheben und betrug 1 Augustalen, welcher dem Bailli zufiel. Übrigens bezogen diese Strafen sich allein auf den Fall, dass nur Einer der streitenden Theile sich dem Richter nicht stellte. Blieben gleichzeitig Kläger und Beklagter im Termine aus, so hatten beide Theile zusammen ein Zehntel zu zahlen.[1])

Ausser in den hohen Kosten- und Strafsätzen tritt die Anschauung, welche die Rechtsprechung als Finanzquelle ansah, darin hervor, dass der Gesetzgeber den Parteien die Möglichkeit, sich nach einmal eingeleitetem Verfahren zu vergleichen, nicht erleichtert, vielmehr erschwert hat.

Nur vor der litis contestatio konnten sie sich beliebig vergleichen.[2]) Nach diesem Zeitpunkt hatten sie in diesem Falle den dritten Theil des Werthes des Streitgegenstandes an den Fiskus zu zahlen.[3]) Eine Erleichterung gewährte in dieser Hinsicht erst ein Gesetz des Aragonesischen Königs Friedrich II. (III.) v. 1321. Den Parteien wurde damit die Möglichkeit, sich beliebig zu vergleichen, ohne der Genehmigung des Gerichts zu bedürfen, bis vor Publication der Resultate der Beweisaufnahme, resp. der Zeugenvernehmungen zugestanden.[4])

Von den Stadtrechten gehen nur einige auf die Frage der Gerichtskosten ein.

In Palermo erfuhr dieser Gegenstand eine, der landesgesetzlichen Regelung durch die Constitutionen gerade entgegengesetzte Behandlung. Zwar blieb die Verordnung bestehen, dass der verurtheilte Schuldner in den darin genannten Fällen des mutuum, commodatum und depositum zur Strafe der Ableugnung seiner Verbindlichkeit eine, dem dritten

1) Const. Sic. I, 104 (II. B. IV, p. 71).

2) Auch durfte Kläger bis dahin, ohne der richterlichen Erlaubniss zu bedürfen, und ohne in die Strafe der contumacia zu verfallen, die eingereichte Klage wieder zurückziehen.

3) Const. Sic. I, 105 (II. B. IV, 71).

4) Cap. 117 (optantes) Friderici reg. (Cap. Regni Sic. I, 109. 110).

Theil des Betrages der Forderung gleichkommende Summe den Richtern zahlen sollte. Im Übrigen aber weist das Palermitaner Recht das Bestreben auf, den Parteien die Möglichkeit einer wenig kostspieligen Processführung zu gewähren. Der Regel nach soll das Verfahren, soweit es sich um die Gerichtskosten im engeren und eigentlichem Sinne handelt ganz kostenfrei sein.

Die nach den oben angeführten Vorschriften bestehende Gebühr von $^1/_{30}$, resp. $^1/_{60}$ des Werthes der Streitsache werden für Palermo ausdrücklich ausser Kraft gesetzt.[1]) Kostenfrei hatte namentlich auch die Urtheilsfällung zu geschehen.[2]) Lediglich für das Unterzeichnen der die abgegebene Sentenz enthaltenden Urkunde, die auf Ansuchen der interessirten Partei von dem beim Gerichte fungirenden Notar abzufassen war, durften die Richter eine kleine Gebühr erheben. Ebensowenig sollte das Gericht befugt sein, bei stattgehabter Contumaz eine besondere Gebühr unter dem Titel der Strafe des Ungehorsams (poena contumaciae) von der ausbleibenden Partei zu fordern, wenn letztere sich demnächst beim Gerichte meldete und Restitution nachsuchte. Nur in dem einzigen Falle ward hiervon eine Ausnahme gemacht, wenn der ungehorsame Beklagte die an sein Haus gerichtsseitig angelegten Siegel ohne Erlaubniss wieder entfernte. Er verfiel dann in eine fiscalische Strafe von 4 Tarenen.[3])

Übrigens galten die Vorschriften nicht allein für das Verfahren vor den weltlichen Gerichten der Stadt, sondern in gleicher Weise auch in denjenigen Processsachen, die zur Competenz des Archidiaconen gehörten.[4])

Im Einklang mit diesen humanen Principien steht die Beseitigung der Beschränkungen bezüglich der gütlichen Beilegung eines Rechtsstreits durch Vergleich der Parteien. Selbst noch während schwebender Appellation waren Vergleiche zugelassen und erst dann ausgeschlossen, nachdem bereits in der Sache rechtskräftig erkannt war.[5])

---

1) Palermo c. 8, cf. Privil. König Friedrich's II. (III.) v. 1314 De Vio Priv. Pan. p. 45. S. ferner Palermo 19. 20.

2) Palermo c. 8. 19.

3) Palermo c. 1.

4) Palermo c. 75 (76).

5) Palermo c. 10.

Weit ungünstiger für die Rechtsuchenden war das Kostenwesen im Rechte Messina's geordnet. Seine Vorschriften sind zum Theil sogar noch strenger, als die der Constitutionen; zum andern Theil freilich aber auch wieder milder, als jene.

Bei persönlichen Klagen waren der Regel nach von beiden Parteien den Richtern als Lohn für die aufgewandte Mühe (pro labore) je 10 Procent des Werthes der Streitsache, mithin vom Kläger, wie vom Beklagten von jedem 100 je 10 Tarenen, im Ganzen also 20 Procent zu zahlen.[1]) Eine Erhöhung dieser Gebühr trat dann ein, wenn, wegen Bestreitens der klägerischen Forderung durch den Verklagten, Beweisaufnahme und Urtheil erforderlich ward, und demnächt zur Vermögensexecution und zum öffentlichen Verkauf der Sachen des Schuldners geschritten wurde. Für die grössere Mühwaltung hatte das Gericht noch einen Zuschlag von $2^1/_2$ Tarenen auf jedes Hundert, mithin von $2^1/_2$ Procent zu fordern. Lag andererseits eine confessio in jure vor, und wurde damit die Fällung eines förmlichen Urtheils erübrigt, so dass statt dessen nur die vom Verklagten anerkannte Schuld, mittelst eines blossen Decrets (decreti interpositione), festgestellt zu werden brauchte, so ermässigten sich die Kosten auf im Ganzen bloss 2 Procent, deren Tragung allein dem Beklagten oblag. Bei der rei vindicatio hatte der Kläger, der mit der Vindication durchdrang, von jedem Hundert des Werthes der beanspruchten Sache zwei bis drei Tarenen zu zahlen. Die gleiche Gebühr war von dem Beklagten zu zahlen, wenn die Entscheidung ihm zu Gunsten ausfiel, und die Vindication als unbegründet zurückgewiesen ward. Ganz kostenfrei war anscheinend das Contumacialverfahren. Wenigstens für die missio in possessionem, die dem Kläger in die Güter des ungehorsamen Beklagten zu ertheilen war, hatte das Gericht keine Gebühr zu beanspruchen. Kostenfrei war auch das Verfahren, das durch die Nichtigkeitsbeschwerde als nichtig mit Erfolg angegriffen ward.[2])

Im Rechte Noto's waren die Gerichtskosten ehemals sehr

---

1) Messina 50. Die Bestimmung, dass auch der siegende Kläger pro bona sententia 10 Procent dem Gerichte zahlen sollte, hatte ursprünglich keine gesetzliche Gültigkeit, erlangte aber im Laufe der Zeit die gewohnheitsrechtliche Anerkennung.

2) Messina 56.

hoch normirt gewesen. Sie betrugen früher zwei Dreissigstel oder 15 Procent, was auf jede Unze zwei Tarenen ausmachte. Im Einklange mit dem Rechte der Constitutionen wurde dieser Satz auf die Hälfte herabgemindert. Es wurde damit der dreissigste Theil oder 1 Taren von jeder Unze zu dem in Civilprocesssachen regelmässig zu erhebenden Satz gemacht. Hierzu sollte Kläger, wie Beklagter, ein jeder die Hälfte mit 10 Gran beitragen.

Aus der Processordnung König Alphons' V. ist anzuführen, dass darin das Armenrecht Berücksichtigung gefunden hat.[1]) Ebensowenig, wie Advokaten oder Procuratoren, sollen auch die Richter von der armen Partei etwas fordern dürfen. Im Übrigen ist das Gerichtskostenwesen nicht in diesem Gesetz, sondern in der, unter der Regierung desselben Königs und in seinem Namen von dem Vicekönig erlassenen Kostenordnung von Jahre 1422 reformirt worden. Die Verordnungen der letzteren können hier übergangen werden, da ein, wenn auch nur indirekter Zusammenhang mit dem Inhalte der sicilischen Stadtrechte nicht nachzuweisen ist. Dasselbe gilt von der speciell für Messina bestimmten Kostenordnung des Vicekönigs Nicolaus de Speciali, die aus derselben Zeit, und zwar vom Jahre 1425 datirt.[2]) Das Messineser Recht enthält nirgends eine bezügliche Andeutung.

2) Die sonstigen mit dem Gerichtsverfahren verbundenen Kosten.

Eine andere Art von Kosten sind diejenigen, welche nicht an das Gericht, beziehungsweise an den Fiscus, sondern an einzelne bei dem Gerichte Angestellte gezahlt werden.

Schon die Constitutionen verordneten, dass die apparitores für das Besorgen der Ladung des Beklagten vor das Gericht der Baillis von dem Kläger eine Gebühr erhalten sollten, welche verschieden hoch bemessen war, je nachdem der zu Ladende sich innerhalb, oder ausserhalb des Gerichtsortes aufhielt.[3])

---

1) Capp. 176 (Cap. Regn. Sic. I, 264).

2) Cap. 205 sequ. Cap. 292—393 (Cap. Regn. Sic. I, p. 273 sequ. p. 302—311).

3) Nach: Nov. Const. Sic. I, 93 (H. B. IV, 207), erhalten sie bei Ladungen intra civitatem 1 Gran; war Beklagter ausserhalb zu laden, 1 Gran für jede 1000 passus (pro miliari).

In analoger Weise setzte das Recht Palermo's[1]) die Gebühr der servientes oder apparitores für jede Ladung einer Partei, oder auch eines Zeugen auf den Betrag von 5 Gran Goldes fest. Diese ist von der Partei zu zahlen, auf deren Ansuchen die Ladung ergeht, also nicht nur vom Kläger, sondern unter Umständen auch vom Beklagten, wenn dieser bezüglich eines zu ladenden Zeugen als Producent anzusehen ist.

Hierher gehören ferner die Gebühren, welche an die bei Gericht die Functionen der Gerichtsschreiber wahrnehmenden Notare von den Parteien zu zahlen waren. Sie erhielten in Palermo für die Aufnahme des Protokolles einer Zeugenvernehmung vom Producenten 1 Gran. Ebensoviel hatten sie vom Producten zu fordern für Zustellung einer Abschrift. Für andere, während der Dauer des Verfahrens, und nach Schluss desselben, von ihnen aufzunehmende Urkunden, namentlich für Ausfertigung der Erkenntnisse und Vergleiche, sollte es ihnen freistehen, von der betreffenden Partei, die ihre Dienste in Anspruch nahm, ein angemessenes, jedoch nicht zu hoch anzusetzendes Salar zu verlangen. Ganz kostenfrei hatten sie dagegen die Urkunden über die im Laufe des Verfahrens zu bestellenden fidejussorischen Cautionen abzufassen.[2]) Im geraden Gegensatz zu den angeführten Bestimmungen des Palermitaner Rechts schrieb ein Gesetz König Friedrich II. (III.) vor, dass alle Beurkundungen processualischer Handlungen Seitens der Notare in Civil-, wie Criminalsachen, insbesondere die Protokolle über die litis contestatio, resp. über die Entgegennahme der Klageartikel und der Exceptionen kostenfrei zu ertheilen seien. Dagegen sollten sie für die Aufnahme von Bürgschaftsinstrumenten (fidejussiones) im einzelnen Falle mit 10 Gran und in Messina mit 5 Gran honorirt werden. In letzterer Stadt waren ihnen überdem für jede Ladungsschrift 5 Gran zu zahlen.[3]) Der Honorarforderungen der Advocaten und Procuratoren haben wir bereits am andern Orte gedacht.[4])

Schliesslich noch ein Wort über die Kosten, welche von einem der processirenden Theile dem andern zu erstatten sind. Einer Bestimmung in den Constitutionen zufolge, sollte die

1) Palermo c. 7.
2) Palermo c. 7.
3) c. 15 Frid. (Cap. Regni. Sic. I p. 55).
4) S. oben S. 245.

unterliegende Partei vom Richter regelmässig auch zur Erstattung der dem siegreichen Theil erwachsenen Kosten verurtheilt werden. Dem Belieben des letzteren blieb es anheimgestellt, die Höhe derselben, entweder durch Zeugen, oder Urkunden zu erweisen, oder eidlich zu erhärten. Im letzteren Falle trat jedoch unter Umständen Ermässigung durch richterliches arbitrium ein.[1]) Die Stadtrechte schweigen hierüber fast gänzlich. Es ist allein das Palermitaner Recht, das der Kostenerstattung gedenkt. Aber selbst hier wird davon nur gehandelt beim Contumacialverfahren. Der ungehorsame Verklagte soll, wenn er sich nachträglich dem Richter stellt, dem Kläger $^1/_4$ Taren zahlen. Diese Zahlung gilt eines Theils als Ersatz für die bis dahin dem Gegner erwachsenen Unkosten, andern Theils zugleich als Busse für die contumacia.[2]) Die Processordnung König Alphons' V. erwähnt dieser Art der Kosten nur in Bezug auf den Executivprocess.[3])

III. Capitel.

Der Criminalprocess.

§ 79.

Vorbemerkung.

Der den Criminalprocess betreffende Inhalt der Quellen gestattet es, dass wir uns kürzer fassen, als es bei der Darstellung des Civilprocesses angänglich schien.

In der Hauptsache ist es allein das Palermitaner Recht, in welchem dem Strafverfahren eine leidlich eingehende Berücksichtigung zu Theil geworden ist. Auch dieses aber beschränkt sich meistens nur darauf, die Punkte herauszuheben, bei welchen es zu den bezüglichen Vorschriften der sicilischen Landesgesetzgebung in Gegensatz tritt. Die übrigen sicilischen Statuten, selbst die von Messina nicht ausgenommen, berühren das Gebiet des Strafprocesses nur gelegentlich. Die ein-

1) Nov. Const. Sic. II, 46 (H. B. IV, p. 181).

2) Palermo c. 1, vgl. die Worte: „pro purgatione contumaciae et pro expensis."

3) S. oben § 75.

schlagenden Rechtssätze stehen durchaus vereinzelt da und zeigen unter sich keinen Zusammenhang.

Als ergänzende Rechtsquellen kommen auch für dieses Gebiet des Processrechts, nächst dem römisch-kanonischen Recht, die sicilischen Landesgesetze in Betracht. Die Constitutiones Siciliae[1]) anlangend, so ist zu beachten, dass deren Geltung in Palermo, wie wir sehen werden, sehr erheblichen Einschränkungen unterlag, zufolge der privilegirten Stellung, deren sich die Hauptstadt der Insel zu erfreuen hatte. In Messina wiederum muss die Anwendbarkeit der Constitutionen, wie der späteren sicilischen Landesgesetze um deshalb mehr oder weniger zweifelhaft erscheinen, weil dort die Strafgerichtsbarkeit des Stratigoten im Laufe der Zeit den landesherrlichen Gerichten gegenüber zu immer grösserer Selbständigkeit gedieh.[2])

Im funfzehnten Jahrhundert ward durch die Processordnung König Alphons' V., neben dem Civilprocess, auch der Strafprocess reformirt.[3]) Mit Aufnahme der civilprocessualischen Vorschriften sind anscheinend zugleich auch die das Strafverfahren betreffenden Gesetze, in der Weise, wie sie der magna curia für deren Verfahren als Richtschnur dienten, zu Anfang des sechszehnten Jahrhunderts in Messina recipirt worden.[4]) Trotzdem können wir von ihrer Mittheilung hier Abstand nehmen. Denn, während die Processordnung, soweit sie den Civilprocess umfasst, namentlich im Executiv- und summarischen Verfahren, wesentlich zur Ergänzung und zum Verständniss der entsprechenden statutarrechtlichen Vorschriften dient, weist der den Criminalprocess betreffende Inhalt jener Gesetzgebung keinerlei bemerkbaren Zusammenhang mit dem der sicilischen Stadtrechte auf. Die hier einschlagenden Bestimmungen der

---

1) Zum Verständniss und zur Würdigung der strafprocessualischen Vorschriften derselben geben einen nicht unwichtigen Beitrag die Formulae magnae curiae aus der Zeit Kaiser Friedrich's II., welche jetzt in der Ausgabe von Winkelmann: Acta imperii inedita sec. XIII (Innsbruck 1880) p. 721 ff. vorliegen.

2) S. oben S. 234. 235.

3) Die das Strafverfahren betreffenden capitula bilden die cap. 140—170 (Cap. Regn. Sic. I p. 254—263). Ausser vom ordentlichen, wird auch vom summarischen Strafprocess-Verfahren darin abgehandelt. Über letzteres sind namentlich zu vergl. c. 141—145.

4) Messina 59.

letzteren tragen durchweg die Signatur einer älteren, der Processordnung von 1446 vorhergehenden rechtsgeschichtlichen Epoche.

§ 80.

1) Accusations- und Inquisitionsprocess.

Neben der nach dem Vorbilde des römischen Rechts[1]) ausgebildeten accusatorischen Form des Criminalverfahrens, welche die Regel bildete, hatte in den Constitutionen unter dem Einflusse des kanonischen Rechts[2]) das Inquisitionsverfahren Eingang gefunden. Letzteres zerfiel in die beiden Hauptabschnitte: einer vorläufigen informativen Untersuchung, General- oder Voruntersuchung (inquisitio generalis) und der eigentlichen Untersuchung gegen ein bestimmtes Individuum (inquisitio specialis). In diesem engern und eigentlichen Sinne sollten, laut der ihnen von Kaiser Friedrich II. ertheilten Anweisung, die Justitiarien von der Inquisition nur unter bestimmten Voraussetzungen Gebrauch machen. Ähnlich aber wie in Frankreich, wo die Volkssitte der amtlichen Anwendung der Enquête widerstrebte[3]), machte sich auch bei den Sicilianern eine Abneigung gegen diese Art des Verfahrens geltend. Für Palermo wenigstens ist dies urkundlich beglaubigt. Der Widerstand gegen diese Einrichtung war dort so stark, dass selbst Kaiser Friedrich II, so wenig er sonst geneigt sein mochte, den Machinationen der Städte gegen Einführung seiner Gesetzgebung nachzugeben, nicht umhin konnte, dem Rechnung zu

1) Tit. D. de accusat (48, 2). Tit. C. de accus. (9, 2). Vgl. Heffter, Lehrb. d. gem. d. Strafr. (sechste Aufl.) § 653, S. 530 ff. Const. Sic. II, 12, 59 (H. B. IV, p. 85 sequ.)

2) c. 17. 21. 24 X. de accus. (5, 1). c. 31. 32 X. de simon. (5, 3) Const. Sic. Nov. Const. I, 53 (H. B. IV, p. 192. 193). S. jetzt auch Form. 960 der Formulae magnae curiae l. c. p. 724. In wie weit auf das K. R., und so mittelbar, oder auch unmittelbar auf die Constitutionen das, dem fränkischen Recht bekannte und in dessen Rügeverfahren zur Anwendung kommende Institut der inquisitio (Brunner, Entsteh. d. Schwurgerichte S. 48) influirt hat, mag hier dahingestellt bleiben. Dass übrigens die fränkisch-romanische Inquisition den Constitutionen an sich nicht fremd war, lehrt Nov. Const. I, 86 (H. B. IV, p. 207. 208). Freilich ist dort nur von ihr als Mittel zur Feststellung zweifelhafter fiscalischer Ansprüche, im Sinne einer blossen Verwaltungsmassregel die Rede, entsprechend der bezüglichen Art ihrer Anwendung im norman.-englischen Recht. Brunner a. a. O. S. 206, 207.

3) Brunner a. a. O. S. 477.

tragen. Durch das berühmte Privileg von 1233[1]) bestätigte er der Hauptstadt das Statut[2]), welches dem justiciarius civitatis schlechthin die inquisitio generalis et specialis in Anwendung zu bringen verbot. Nicht nur für die einzelnen Bürger, sondern auch für die Stadt selbst war dies von Bedeutung. Der mittelalterlichen Rechtsanschauung erschien die Verschuldung der Organe und der einzelnen Glieder einer Gemeinschaft zugleich als Verschuldung der Gemeinschaft (universitas) selbst. Auch die städtischen Corporationen gelten daher für verbrechens fähig.[3]) Ihre Verantwortlichkeit für strafbare Handlungen war unter andern in denjenigen Fällen von Bedeutung, wo es ohnedem, bei resultatlos gebliebener Ermittelung des Thäters, dem Strafrichter an einem bestimmten verbrecherischen Individuum gefehlt hätte. In dieser Hinsicht hob deshalb das Palermitaner Recht als Folge der Ausschliessung der Inquisition noch besonders hervor, dass der Strafrichter nicht befugt sein sollte, bei nicht geschehener Ermittelung eines bestimmten Subjects der Strafthat, wider die Stadt und deren Bürgerschaft dieserhalb mit Strafen vorzugehen.[4])

Übrigens bezog sich das Widerstreben der Palermitaner nicht allein auf das, erst im Mittelalter ausgebildete Inquisitionsverfahren, sondern schlechthin auf jedes richterliche Verfahren von Amtswegen. Das im Stadtrecht ausgesprochene Verbot betraf daher ebenfalls die Anwendung der bereits im römischen Recht begründeten Art des ausserordentlichen Verfahrens (cognitio extra ordinem, extraordinarius modus).[5]) Es erstreckte sich endlich nicht sowohl auf die vor den weltlichen Gerichten anhängigen Strafsachen, sondern betraf in gleicher Weise auch die der Competenz des Archidiaconen unterliegenden Criminalfälle.[6]) Nicht einmal indirect durch Einwirkung auf die Person des Anklägers durfte der Richter von Amtswegen wider den Beschuldigten einschreiten.[7]) Es ward ihm daher ausdrücklich

1) H. B. IV, p. 454.

2) Palermo c. 9. Eine wiederholte Bestätigung dieses Privilegs enthält Priv. König Friedr. II. (III.) von 1319 (De Vio Priv. Panorm. p. 79).

3) Const. Sic. II, 7 (H. B. IV, p. 75). E. Löning, Die Haftung des Staats bei rechtswidrigen Handlungen seiner Beamten S. 26 ff., 31 ff.

4) Palermo c. 9.

5) Palermo c. 9.

6) Palermo 75 (76).

7) Palermo c. 68 i. f.

verboten, den Ankläger, nachdem dieser die Anklage, oder auch nur eine vorläufige formlose Denunciation bei Gericht eingereicht hatte, durch Abnahme eines Eides oder sonstwie zu nöthigen, dass er die Sache durch Vorlegung des libellus accusationis und weitere Anträge im ordentlichen Verfahren[1]) fortführe, statt, wie er es vielleicht wünschen mochte, sie stillschweigend fallen zu lassen, resp. förmlich von der Anklage zurückzutreten. Die sonst nur im Civilprocess geltende Regel: nemo invitus agere cogitur, sollte auch hier Anwendung finden.

Somit blieb allein die Form des Accusations- oder Anklageverfahrens übrig. Dieses kam nicht bloss in den schweren, der Competenz des Justitiars, beziehungsweise eines andern oberen Strafrichters zugewiesenen Criminalfällen zur Anwendung. Es war auch massgebend für die geringfügigen Strafsachen, einschliesslich der Übertretungen polizeilicher Vorschriften und Anordnungen.[2])

Indessen darf man annehmen, dass von dem Erforderniss der Erhebung einer förmlichen Anklage unter Umständen abgesehen wurde. Vermuthlich genügte bei einer stattgehabten Contravention schon die einfache Anzeige von Seiten des mit der Handhabung der pozeilichen Ordnung betrauten Beamten, um die Einleitung des Strafverfahrens durch den Richter zu veranlassen.[3])

Den Principien des Accusationsprocesses, welcher der Strafverfolgung den Charakter einer Privatangelegenheit des durch das Verbrechen oder Vergehen Verletzten gab, entsprach in Palermo die den Parteien eingeräumte Befugniss, sich während des schwebenden Strafverfahrens beliebig zu vergleichen.[4]) Das dortige Stadtrecht trat hierin in bewussten Gegensatz zu dem Strafprocess der Constitutionen und dem darin dem Anklageverfahren gegenüber eingenommenen Standpunkt.

Kaiser Friedrich II. hatte die Zurücknahme der Anklage Seitens des Anklägers und den Vergleich zwischen Ankläger

---

1) S. hierüber weiter unten § 82.

2) Palermo c. 61. 73. Cf. Catania tit. 71. Ueber das Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen defensae s. unten § 87.

3) Palermo c. 78.

4) Palermo c. 10. 68 i. f.

und Angeklagten nur so lange freigegeben, als beide Theile noch nicht zum ersten Termin vor Gericht erschienen waren. Nach demselben sollte die Beendigung des Verfahrens im Vergleichswege nur mit Genehmigung des Gerichts erlaubt sein. Überdies war vom Ankläger, und, hatte der Vergleich erst nach der Litiscontestation stattgefunden, von beiden Parteien eine, je nachdem höher oder niedriger zu bemessende, fiscalische Strafe zu zahlen.[1])

In wie weit in Messina am Anklageverfahren, im Gegensatze zur Inquisition, festgehalten ward, ist, beim Schweigen der Quellen, mit Sicherheit nicht mehr festzustellen. Das Stadtrecht selbst berührt diesen Punkt nicht. Aus einem Capitulum König Friedrich's II. (III[2]) geht hervor, dass auch Messina in Hinsicht des Inquisitionsverfahrens privilegirt war. Wir erfahren aber nichts Näheres über den Inhalt dieses Privilegs. Soweit das Anklageverfahren massgebend war, scheint man an der Auffassung der strafrechtlichen Verfolgung des Verbrechens oder Vergehens, als einer Privatsache des Anklägers resp. Verletzten auch hier noch mehr oder weniger festgehalten zu haben. Es ist dies aus dem Umstande abzunehmen, dass es den Parteien erlaubt war, in gewissen Criminalsachen, mit Umgehung des ordentlichen Strafrichters, die Entscheidung eines Schiedsrichters (arbiter) anzurufen.[3]) Andererseits ist nicht daran zu zweifeln, dass, anders, wie in Palermo, die Vorschriften der Constitutionen über die nur beschränkte und unter erschwerten Bedingungen den Parteien gewährte Möglichkeit, Criminalprocesse durch Vergleich gütlich beizulegen, in Messina Gesetzeskraft erlangt hatten. Es erhellt dies aus einer, speciell an den dortigen Stratigoten von König Friedrich II. (III.) gerichteten Verordnung, dem sog. Capitulum: Optantes.[4]) Darin wird für alle schwereren Verbrechensfälle, die

1) Const. Sic. II, 16 (II. B. IV, p. 88. 89).

2) Cap. 10 Friderici (Cap. Regn. Sic. I p. 52).

3) Messina 59.

4) Cap. 117 (Cap. Regni Sic. I, 109. 110). Eine authentische Interpretation derselben ward demnächst der Processordn. König Alphons' V. als c. 145 (l. c. I, p. 255) einverleibt. Durch dieses Gesetz König Friedr.'s II. (III.) wurde übrigens ein anderweitiges, denselben Gegenstand betreffendes Cap. Jacobi 43 (l. c. I, p. 25), wieder aufgehoben, welches früher bereits für manche Fälle die Strenge der Vorschriften der Constitutionen ermässigt hatte.

mit Tod, Verstümmelung, oder Deportation geahndet werden. die stricte Beobachtung der Gesetze Kaiser Friedrich's II. über die Vergleiche in Strafprocessen von Neuem eingeschärft. Für die leichtern Criminalfälle ward dagegen allerdings der Vergleichsweg in weiterem Masse eröffnet. Statt, wie bisher bis zum ersten Termin, sollte künftig den Parteinen der Vergleich so lange freistehen, als noch nicht die Publication des Resultates der Beweisaufnahme, namentlich der Zeugenvernehmung stattgefunden hatte.

Der Gegensatz zwischen Accusations- und Inquisitionsprocess, und die lokalrechtlich stattfindende Ausschliessung der letzteren Form des Verfahrens war nicht ohne Einfluss auf die Beurtheilung der Frage, in wie weit der Richter zur Verhaftung des Angeklagten oder Angeschuldigten während der Dauer des Processes befugt sein sollte. Zwar darin stimmen das Palermitaner Recht und die Constitutionen überein, dass der Angeklagte der Regel nach nur, in Ermangelung einer fidejussorischen Caution, an deren Stelle nur bei nicht peinlichen Vergehen die bloss juratorische treten konnte, vor rechtskräftig erfolgter Verurtheilung nicht verhaftet werden, oder doch nicht nach erfolgter Sicherheitsbestellung in Haft behalten werden durfte. [1])

In der Statuirung der Ausnahmen aber, welche von diesem Princip gemacht wurden, musste da, wo die Inquisition in Frage kam, sich sofort wieder ein Unterschied zwischen beiden Rechtsquellen bemerkbar machen. Die Constitutionen erkennen die Verhaftung des Angeschuldigten, ausser bei Ergreifung auf frischer That, auch dann für zulässig an, wenn eine, sei es von vornherein notorische, oder doch, nach der vom Richter angestellten Voruntersuchung, als notorisch geltende Strafthat vorliegt. Anders das Palermitanische Stadtrecht. Da hier jedes Verfahren von Amtswegen ausgeschlossen war, konnte von einer Notorietät im angegebenen Sinne nicht die Rede sein. Die Verhaftung des Angeklagten war daher, soweit sie ausnahmsweise überhaupt erlaubt, auf die beiden anderen

---

1) Palermo c. 9. 68. Const. Sic. II, 10 (II. B. IV, p. 83) cf. Form. 960 der Form. magnae curiae (Act. imperii selecta ed. Winkelmann p. 725). S. auch Nov. Cap. Conradi IV tit. 5 (Diego Orlando. un codice di leggi und Hartwig in Forsch. zur deutschen Gesch. VI S. 634 ff.).

Fälle zu beschränken, deren auch die Constitutionen [1]) gedenken: Ergreifung auf frischer That und Eingeständniss des begangenen Verbrechens durch den Angeklagten vor den Schranken des Gerichts.

Zur Verhaftung in flagranti sollte ausser dem justiciarius civitatis auch der magister juratus ermächtigt sein. Aber auch andere Beamte [2]) und Private galten als berechtigt hierzu, sofern sie als glaubwürdige Personen angesehen werden konnten.

Sehr erhebliche Einschränkungen erfuhr das Inquisitionsverfahren für den ganzen Umfang des sicilischen Königreichs durch ein Gesetz König Friedrich II. (III.), dessen bereits oben gedacht wurde. Es untersagte den Justitiarien und Stratigoten die Anwendung der General- und Specialinquisition bei der Bereisung ihrer Amtssprengel. Die Einleitung und Durchführung der Criminalprocesse im Wege des Untersuchungsverfahrens ward, ausser dem Landesherrn selbst, allein dem magister justiciarius und den Richtern der magna curia vorbehalten.

Auch das also beschränkte Verfahren sollte jedoch in den mit Privilegien dieserhalb versehenen Städten, nur mit Vorbehalt der letzteren Anwendung finden. Für Palermo und

---

1) l. c.

2) Palermo c. 9. Welcher Beamter hier unter dem magister juratus zu verstehen ist, kann zweifelhaft erscheinen. Man könnte versucht sein, ihn, ähnlich dem magister burgensium, der in andern Orten Siciliens, z. B. in Troina vorkommt (Giorgio, Storia di Sic. p. 204), als Aeltesten und Sprecher der Bügerschaft, oder in späterer Zeit als Vorsteher der jurati zu denken. Mehr Wahrscheinlichkeit hat jedoch die Ansicht, dass darunter ein, von den jurati verschiedener, landesherrlicher Beamter zu verstehen ist, dem die Aufsicht über die Geschäfts- und Amtsführung der jurati und zugleich eine gewisse disciplinarische Strafgewalt über dieselben zustand. Als solcher begegnet der magister juratus uns verschiedentlich in den Gesetzen der Aragonesischen Könige. Cf. c. 45 seq. c. 52 seq. Alphons. (Cap. Regn. Sic. I, 221 vgl. mit c. 37 Jacob. l. c. I p. 23). Möglicher Weise hat man den magister juratus, als einen zur Vornahme von Verhaftungen berechtigten Beamten um deshalb ausdrücklich genannt, weil er bei der Controlle der Steuererhebung und Kassenführung der seiner Aufsicht Untergebenen nicht selten Gelegenheit haben mochte, Delinquenten in flagranti bei Unterschleifen zu betreffen. Cf. c. 48. 52. 60 Alphons. l. c. I p. 226).

3) Palermo c. 9. Über die Verhaftungsbefugniss der magistri xurterii, sowie der magistri merci cf. Palermo c. 60. 93.

4) c. 10 Friderici l. c. I p. 52.

seine Bürger blieb es mithin nach wie vor gänzlich ausgeschlossen.

§ 81.

II. Gerichtsstand und Processfähigkeit.

Zur Lehre vom Gerichtsstand ist lediglich auf das beim Civilprocess Gesagte zu verweisen. In Palermo durften demgemäss die Bürger der Stadt, als Angeklagte, verlangen, statt vor dem, an sich zuständigen, auswärtigen Gericht, vor dem einheimischen Strafrichter, dem justiciarus civitatis, beziehungsweise dem praetor Recht zu nehmen.[1]) Hinwiederum galt für sie in der Rolle des Anklägers das im Stadtrecht bewilligte privilegirte Forum. Sie konnten daher wider Fremde, die sich zeitweilig dort aufhielten, bei dem Palermitanischen Strafrichter Anklage erheben, mochte auch sonst dessen Zuständigkeit nicht begründet sein.[2])

Die Processfähigkeit im Strafverfahren folgt ebenfalls wesentlich denselben Regeln, wie im Civilprocess. Frauen kam diese nicht zu.[3]) Die Parteirolle machte dabei keinen Unterschied. Weder als Ankläger, noch als Angeklagte durften sie selbständig vor Gericht auftreten. Verheirathete waren durch ihre Ehemänner, Unverheirathete durch ihre Verwandten, beide auch durch sonstige geeignete Personen zu vertreten. Eventuell war ihnen vom Richter ein procurator zu bestellen.

§ 82.

III. Das erste Verfahren.

Über den Gang des ersten Verfahrens giebt allein das Palermitaner Recht Aufschluss. Dasselbe entspricht hier durchaus dem ordentlichen Verfahren des Civilprocesses. Nach erhobener Anklage wird der Angeklagte auf richterliche Anordnung durch die Gerichtsdiener (apparitores, servientes) vorge-

1) Priv. Kaiser Friedrich II. (II. B. IV, p. 454) Palermo c. 3.

2) Palermo c. 4.

3) Const. Sic. II, 2 (II. B. IV, p. 75). Palermo c. 12. 17. 31. In dem Tochterrechte Palermo's, den Statuten von Corleone wurde bei ganz schweren Verbrechen, die mit härterer Strafe als Landesverweisung bedroht waren, zu Gunsten der Processfähigkeit der Frauen eine Ausnahme statuirt. Verheirathete bedurften in diesen Fällen nicht der Vertretung ihrer Ehemänner. Corleone 33.

laden. Hält er sich in der Stadt auf, so hat er am selben oder am nächsten Tage nach der Ladung vor Gericht zu erscheinen. Ist er von Hause abwesend, so erfolgt seine dreimalige Ladung. Bleibt er unentschuldigt aus, so wird nach den für den Civilprocess geltenden Vorschriften in contumaciam verfahren. Eine poena contumaciae kann auch im Strafprocess nicht verhängt werden.[1]) Erscheint Angeklagter, so hat er im ersten Termin den libellus accusationis vom Ankläger entgegen zu nehmen. Bis zum nächsten, der litis contestatio bestimmten Termin hat er drei Tage Frist zur Überlegung, was er auf die erhobene Anklage antworten soll. Unter der litis contestatio wird gleich, wie im Civilprocess, der kanonischen Rechtsauffassung entsprechend, ein besonderer Akt verstanden, bei welcher sich Angeklagter darauf beschränkt, die Behauptungen der Anklage ganz im Allgemeinen zu bestreiten, oder zuzugestehen. Nach Vornahme der Litiscontestation haben Ankläger und Angeklagter wiederum drei Tage Frist zur Einreichung der Artikel der Anklageschrift, beziehungsweise zur punktweisen Geltendmachung der Vertheidigung wider diese.

Das weitere Verfahren der Replik u. s. w. ist ebenmässig dem des ordentlichen Civilprocesses.[2]) Dasselbe gilt von den Fristen und deren Abmessung; dabei müssen auch hier die Ferien sowie diejenigen Tage ausser Ansatz bleiben, an denen es, persönlicher Verhältnisse wegen, den Parteien gestattet war, ohne Nachtheil vom Gerichte fern zu bleiben.[3])

§ 83.

IV. Das Beweisverfahren.

Es kommt hier vor Allem die Folter (Tortur) in Betracht. Ihre Anwendung unterlag städtischen Bürgern gegenüber, wie dies wenigstens in Palermo Rechtens war, wesentlichen Beschränkungen.

Von vornherein war sie überhaupt nur gestattet, wenn ein

1) Palermo c. 2. Anders nach Const. Sic. II, 12. 13. 15. (H. B. IV, p. 87. 88), wo nicht sowohl das ungehorsame Ausbleiben des Angeklagten, sondern auch das Nichterscheinen des Anklägers, nach einmal erhobener Anklage, resp. nach bereits stattgehabter litis contestatio, mit verhältnissmässig hohen Strafen bedroht wird.

2) Palermo c. 5.

3) Palermo c. 2. 5. 35. 70.

Capitalverbrechen vorlag, d. h. ein solches, welches entweder Todesstrafe, oder den Verlust des Bürgerrechts (civitas) nach sich zog. Zur Folterung eines Bürgers durfte aber ferner nur dann geschritten werden, wenn einmal die Person des Angeklagten übel beleumundet war, und ausserdem wider ihn mindestens Eines, völlig einwandsfreien Belastungszeugen Aussage vorlag.[1])

Von den, dem germanischen Recht angehörenden Beweismitteln: den Ordalien und dem gerichtlichen Zweikampfe berücksichtigen die Stadtrechte nur noch den letzteren.

Im Palermitaner Recht wird der Zweikampf (duellum) schlechthin verboten. Auch bei ausdrücklicher, oder stillschweigender Zustimmung der Parteien soll ihm nicht stattgegeben werden dürfen.[2]) Die Messineser Statuten nähern sich dagegen mehr den, in den Constitutionen hierüber erlassenen Vorschriften. Zwar soll auch hier der Regel nach der gerichtliche Zweikampf nicht gestattet sein. Ausnahmsweise aber, und in ganz bestimmten Fällen kann darauf noch provocirt werden, nicht sowohl von den Parteien selbst gegen einander, sondern auch von Seiten des Angeklagten einem Zeugen gegenüber. Bei Majestätsverbrechen, die im weiteren Sinne genommen, auch die Münzfälschung begreifen; bei Mord, Raub und Diebstahl, und allen Verbrechen, auf denen Todesstrafe, oder die Strafe der Verstümmelung (Verlust eines Gliedes) steht, soll auch ferner noch der Zweikampf zugelassen sein.[3])

Die Zeugnissfähigkeit war im Strafprocess den gleichen Einschränkungen, wie im Civilprocess unterworfen. Demnach wurden Frauen, der Regel nach, nicht zum Zeugniss verstattet, vorbehaltlich der oben (§ 71) aufgeführten Ausnahmefälle. Desgleichen waren Juden, Ketzer und Ungläubige vom

1) Palermo c. 9.

2) Palermo c. 6. Die Redaktion dieses Cap. in der uns vorliegenden Gestalt rührt wahrscheinlich erst aus der späteren Zeit (14. Jahrhd.) her. Ein Palermitanisches Privileg König Friedrich's II. (III.) von 1299 (De Vio Priv. Pan. p. 25) lässt das duellum, ausser beim crimen majestatis, noch bei allen Verbrechen zu, die mit dem Tode, oder mit Verlust der Glieder (Verstümmelung) bestraft werden.

3) Messina 44 vgl. mit Const. II, 33 (H. B. IV, p. 105). Letztere schliessen ebenfalls, der Regel nach, den Zweikampf aus. Als Ausnahmen bleiben demnach nur noch bestehen: Majestätsverbrechen, und die Fälle des Giftmordes, oder einer sonstwie heimlich begangenen Mordthat.

Zeugniss wider Christen ausgeschlossen.[1]) Wo andrerseits im Civilverfahren Christen nicht als Zeugen wider Juden auftreten durften, galt dieselbe Beschränkung auch für Criminalsachen.[2])

Die bei Injurien, unter gewissen Umständen für deren Verfolgung, im Wege der Civilklage, zugestandenen Beweiserleichterungen fanden gleicher Weise statt, wenn dieserhalb die Einleitung des Strafverfahrens, mittelst erhobener Anklage beantragt wurde. Die Glaubwürdigkeit des Anklägers vorausgesetzt, konnte in manchen Fällen schon der blosse Eid desselben zur Überführung des angeklagten Beleidigers ausreichen. Erschien der beleidigte Ankläger nicht glaubwürdig, so genügte andererseits zur Freisprechung des Angeklagten dessen Reinigungseid.[3]) Auch in anderen Fällen gab bisweilen der alleinige Eid des Anklägers, wie andererseits der Reinigungseid den Ausschlag.[4])

§ 84.

V. Das Strafurtheil.

Über Form und Inhalt des Strafurtheils erfahren wir nichts. Es bleibt sonach auch zweifelhaft, ob den Stadtrechten die vorläufige Freisprechung (absolutio ab instantia) neben dem schlechthin condemnatorischen, oder absolutorischen Erkenntniss bekannt gewesen ist. Dahingegen ist es nicht unwahrscheinlich, dass in dem Falle, wo der geführte Belastungsbeweis wider den Angeklagten nur zum Theil, aber nicht ganz gelungen war, letzterer zwar verurtheilt ward, aber mit der ordentlichen Strafe zu verschonen war. Dies galt wenigstens in den vor den geistlichen Richter gehörigen Ehebruchssachen. Während hier die ordentliche Strafe die Gefängnissstrafe war, sollte der Archidiacon, bei nur unvollständig gelungener Überführung des Angeklagten, lediglich auf eine Geldbusse erkennen.[5])

§ 85.

VI. Rechtsmittel.

Bei der Darstellung der Gerichtsverfassung haben wir bereits die auffallende Thatsache in Betracht gezogen, dass

1) Palermo c. 12. 14. 75 (76). c. 15. Messina 47.
2) Syracus. 24. 3) Palermo c. 23. 24. 25. Messina 45.
4) Beispiele s. in Palermo c. 59. Messina 29. 5) Palermo 75 (76).

in Messina selbst in eigentlich peinlichen, mit poena sanguinis bedrohten Criminalfällen die Appellation gegenüber dem ersten Erkenntniss ausgeschlossen war.[1])

Dem Stadtrecht Palermo's ist dagegen, wie die Ausschliessung der Appellation, so überhaupt die Einschränkung der Rechtsmittel im Strafprocess im Allgemeinen nicht bekannt.[2]) Allein bei Injurien, so weit diese im Criminalprocess geltend gemacht wurden, war die Appellation unter denselben Voraussetzungen ausgeschlossen, wie im Civilverfahren. War der beleidigte Ankläger aus niederem Stande, während der Beleidiger und Angeklagte einem höheren Stande angehörte, so unterlag das stets nur auf eine niedere Geldbusse lautende Urtheil keiner weiteren Anfechtung mehr. Die Appellation wenigstens sollte nicht statthaben.[3])

§ 86.

VII. Das summarische Verfahren.

Des summarischen Strafverfahrens, von dem schon die Constitutionen, der richtigen Ansicht nach, bei Criminalfällen unter Umständen Gebrauch machten[4]), wird in den Stadtrechten, abgesehen etwa von einer einzigen Stelle des Palermitanischen Rechts (c. 33), nirgends gedacht.

Selbst bei dieser Stelle aber bleibt es zweifelhaft, ob darin nicht überhaupt von einem lediglich polizeilichen Einschreiten ohne förmliches Processverfahren die Rede ist, in welchem die anzustellende summarische Untersuchung lediglich die Feststellung eines Incidentpunktes betraf.

Dem Archidiaconen war, wie bereits angeführt, die Anwendung jeglichen summarischen Verfahrens untersagt.[5]) Es konnte mithin in Ehebruchsfällen und andern seiner Zuständigkeit unterliegenden Strafsachen von diesem Verfahren ebensowenig, wie in Civilprocessen die Rede sein.

---

1) Messina 42. S. oben S. 234. 235.
2) Cf. Palermo c. 9.
3) Palermo c. 24.
4) S. oben § 76.
5) S. oben § 76.

§ 87.

Anhang.

I. Defensae.

Die im fränkischen Recht dem Könige, als obersten Gerichtsherrn zugeschriebene Banngewalt schliesst die Befugniss ein, Gebote und Verbote ergehen zu lassen, welche Kraft und Wirksamkeit nicht vom Volksrechte, sondern von dem, neben jenem zu einer Rechtsquelle von selbständiger Bedeutung erwachsenen Amtsrecht empfingen.[1])

Eine dem sicilischen Rechte eigenthümliche Art dieser Verbote stellen die defensae dar.

Wer den Angriff eines Andern fürchtet, soll nach der Gesetzgebung Kaiser Friedrich II.[2]) befugt sein, sich hiergegen dadurch zu schützen, dass er demselben im Namen des Landesherrn, auf den er sich dieserhalb beruft, die Vornahme gewaltthätiger Handlungen untersagt. Es bedarf nicht erst, wie das langobardische Recht dies erfordert[3]), des vorgängigen Ersuchens um Erlass eines solchen Verbotes bei dem, mit der vom Könige abgeleiteten Gerichtsbarkeit versehenen Beamten (Grafen). Schon der Privatmann für sich allein erscheint mit dieser abgeleiteten Banngewalt ausgerüstet. Kraft deren vermag er selbst im Namen des Kaisers oder Königs das Verbot zu erlassen und dem Angreifer entgegenzusetzen.

Die Voraussetzungen der Verhängung der defensa (impositio defensae) sind an sich rein formaler Natur. Zunächst verlangt dieselbe als vermuthlichen Angreifer einen bestimmten Gegner. Es ist demnach das Verbot nicht an eine beliebige, unbestimmte Anzahl von Personen zu richten. Was die Veranlassung anbetrifft, um derentwillen man zur defensa schreitet, so kann diese entweder ein, der Person des Bedrohten, oder seinen nächsten Angehörigen (Ascendenten wie Descendenten), oder seinem Vermögen (beweglichen oder unbeweglichen) drohender Angriff sein.[4]) Letzterer braucht übrigens nicht durchaus immer eine, schon an sich, d. h. abgesehen von dem Verbot, strafbare

---

1) Man vgl. z. B. c. Aquisgr. 817 cap. leg. add. c. 4. Cap. Theodonisvill. 820 c. 1. Cap. Wormaciens. 829 c. 1. Sohm, Rechts- und Gerichtsverfass. S. 105 ff.

2) Const. Sic. I, 11 (H. B. IV, p. 17).

3) Form. Langob. XXIII. 4) Const. Sic. I, 16 l. c.

Handlung zu involviren. Er kann auch in einem sog. unbefangenem Unrecht bestehen, mithin sich auf die blosse Kränkung von Privatrechten beschränken.[1])

Es hängt ferner von dem Umstande, ob die verbotene Handlung eine rechtswidrige, oder berechtigte ist, die rechtliche Existenz der defensa nicht ab. Diese Frage ist nur von Einfluss auf die Wirkungen und Rechtsfolgen des bestehenden Verbotes. Bei an sich rechtsbegründetem Vorgehen des Dritten wider Person, oder Vermögen des Defendenten gilt die defensae impositio, obwohl formell begründet, doch für materiell ungerechtfertigt. Während das Zuwiderhandeln gegen das Verbot in diesem Falle straflos bleibt[2]), soll vielmehr die widerrechtliche Anwendung der defensae impositio für den Defendenten Strafe nach sich ziehen.[3]) Ist andererseits das Verbot gerechtfertigt, so hat es zur Folge, dass etwaige Zuwiderhandlungen den Übertreter desselben den im Gesetze[4]) hierfür angedrohten Strafen unterwirft. Diese sollen, je nachdem, ob der Angriff mit Waffengewalt, oder ohne diese stattfindet, in der Einziehung eines Drittheils oder eines Viertheils vom Gesammtvermögen des verbotswidrig Handelnden bestehen.[5]) War die mit dem rechts- und verbotswidrig stattgehabten Angriff verbundene Gewaltthat eine solche, welche, abgesehen von den Strafen, die auf die Zuwiderhandlung gegen

---

1) Const. Sic. I, 16 l. c. Cf. Palermo c. 34.

2) Const. Sic. I, 19 (H. B. IV, p. 22).

3) Const. Sic. I, 16 (H. B. IV, p. 17). Const. Sic. I, 19 (H. B. IV, p. 22). Nach der ersteren dieser beiden Gesetzesstellen soll Defendent den Vermögensvortheil, den er durch die def. impositio zu erlangen oder, besser gesagt, zu behaupten suchte, und ausserdem das aliud tantum zum Besten des Fiscus verlieren (cf. l. 7 C. unde vi [8, 4]). In der zweiten Stelle wird diese Strafe mit Rücksicht auf zwei besondere Fälle erheblich verschärft. Wenn die defensa dem Gläubiger entgegengesetzt wird, welcher ein vertragsmässig constituirtes Pfandrecht gegen den Defendenten auszuüben beabsichtigt, oder wenn letzterer das Verbot gegen einen Beamten richtet, der kraft seiner Amtsgewalt gegen ihn einschreiten will, soll ihn dieselbe Strafe treffen, welche sonst auf das Zuwiderhandeln gegen eine gerechtfertigte defensa steht. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, dass der Dritte (Gläubiger, oder Beamter) durch die eingelegte defensa veranlasst, von Ausübung seines Rechts wider den Defendenten Abstand genommen hat.

4) Const. Sic. I, 18 (H. B. IV, p. 20).

5) Cf. l. 8 D. ad leg. Jul. de vi priv (48, 7).

die defensa stehen, ohnehin schon nach der allgemeinen Strafrechtsordnung zu ahnden gewesen wäre, so sollte nichtsdestoweniger der Regel nach nicht das ordentliche Strafgesetz, und die darin vorgesehenen Strafen Platz greifen. Es sollten allein die auf die Verletzung des ergangenen Verbotes stehenden Strafen Anwendung finden. Nur wenn bei dem Angriff Jemand getödtet oder verwundet war, wurde eine Ausnahme statuirt. In diesem Falle trafen den Angreifer nicht sowohl die peinlichen Strafen, die das Strafgesetz sanctionirte, sondern neben diesen auch noch die Strafen, welche mit der Zuwiderhandlung gegen die defensa verbunden sind.

Verschiedene Eigenthümlichkeiten weist das Verfahren auf. Von vornherein ist hier zu bemerken, dass alle, aus Veranlassung ergehender defensae entstehenden Processe nicht der Zuständigkeit der niederen und mittleren Gerichte unterliegen, sondern allein der Entscheidung des magister justiciarius und der magna curia vorbehalten sind.[1]) Was demnächst speciell die Fälle anbetrifft, wo es sich um Zuwiderhandlungen gegen defensae und deren Ahndung handelt, so verdient hier das Beweisverfahren Beachtung.

Die Übertretung musste einer Seits durch mindestens drei glaubwürdige Zeugen bekundet werden, um für erwiesen zu gelten. Andererseits war ein Gegenbeweis gegen die Aussagen dieser Belastungszeugen, wenn auch nicht völlig ausgeschlossen, so doch wesentlich eingeschränkt. Er konnte weder durch Zeugen noch überhaupt durch solche Beweise erbracht werden, die darauf hinausliefen, die Zeugen des falschen Zeugnisses zu beschuldigen. Der Vertheidigung war bloss gestattet, die Behauptung der angeblichen Übertretung der defensa dadurch zu widerlegen, dass für die Zwischenzeit, seit der defensae impositio bis zur Einleitung des Verfahrens das Eintreten solcher Umstände nachgewiesen wurde, die, wie z. B. ein inzwischen ergangenes rechtskräftiges Erkenntniss (res judicata), oder ein unter den Parteien getroffenes Abkommen (pactum conventum) eine neuerdings hervorgebrachte Veränderung in den Rechtsverhältnissen derselben involvirten. Wurde doch so die defensa und deren angebliche Verletzung gegenstandlos, ohne dass deshalb die immerhin bona fide

1) Const. Sic. I, 17.

abgegebenen Aussagen der Zeugen der Vorwurf des falschen Zeugnisses zu treffen brauchte. Denn die Wahrnehmungen der letzteren konnten sehr wohl daneben bestehen, wofern man nur annimmt, dass ihnen die, seit Erlass des Verbotes stattgehabten Veränderungen in den Rechtsverhältnissen der Parteien unbekannt geblieben.[1])

Neben der den Privaten gegebenen Möglichkeit, sich durch Verbote, die sie in Namen des Landesherrn ergehen lassen, gegen Gewalt von Seiten Dritter zu schützen, kennen die Constitutionen aber auch Verbote, welche, entsprechend dem Banne des fränkischen und langobardischen Rechts, von den mit Gerichtsbarkeit versehenen Beamten (officiales) erlassen werden. Als solche werden die justiciarii, camerarii und bajuli, beziehungsweise die Ortsrichter überhaupt bezeichnet.[2])

Sie sollen zur Verhängung der defensae befugt sein, wenn an dem Orte ihres Amtssitzes oder innerhalb ihres Amtsbezirkes unter den Gerichtseinsassen Zwistigkeiten ausbrechen, welche gegenseitige Beleidigungen, oder Gewaltthätigkeiten, wie überhaupt die Begehung von Verbrechen befürchten lassen. Das Verbot ergeht demnach ganz allgemein, ohne dass es nothwendig wäre, es gegen bestimmte Personen zu richten. Ist es gerechtfertigt, so treffen den Contravenienten dieselben Strafen, welche die Verletzung der von Privaten ausgehenden Verbote zur Folge hat. Auch das Verfahren bei Feststellung einer stattgehabten Übertretung der defensa ist das nämliche, wie dort.[3]) Ob die Voraussetzungen der defensa vorliegen, beziehunsweise ob diese, nicht sowohl formell, wie materiell gerechtfertigt war, darüber hatte nicht der Beamte, der sie ergehen liess, sondern allein das oberste Gericht des Landes zu befinden.[4])

Sehen wir jetzt, welche Gestalt die Stadtrechte dem Institute der defensae gaben, so stellt sich von vornherein, im Vergleich mit den Constitutionen, ein Unterschied zwischen

---

1) Const. Sic. I, 18 (H. B. IV, p. 20).

2) Const. Sic. I, 17 (H. B. IV, p. 19). Cf. Cap. 9 Friderici II (III) Cap. Regn. Sic. I, p. 52.

3) Const. Sic. I, 18 (H. B. IV, p. 20) lautet ganz allgemein und begreift beide Fälle, die private, wie die officielle defensa.

4) Const. Sic. I, 17.

beiden Rechtsquellen heraus. Private dürfen nicht mehr selbständig eine defensa Jemandem entgegensetzen. Wünschen sie deren Verkündung in ihrem Interesse dritten Personen gegenüber, so sind sie genöthigt, bei dem zuständigen Richter hierum nachzusuchen und von diesem das Verbot ausgehen zu lassen.[1]) Über die Voraussetzungen, unter denen dies geschehen durfte, spricht sich allein das Palermitaner Recht aus. Auch hiernach erscheinen diese an sich als ein rein formeller Akt. Die defensae impositio konnte erlangt werden, sobald nur der darum Nachsuchende wahrscheinlich machte, dass der eigenen Person, beziehungsweise seiner Familie, zu der im weiteren Sinne auch das Gesinde gerechnet wurde, oder seinem Vermögen von Seiten eines Dritten die Gefahr eines gewaltsamen Angriffes bevorstand. War der Eingriff in die Rechtssphäre des Defendenten, dem die defensa begegnen sollte, an und für sich berechtigt, wie dies ausdrücklich[2]) für den Fall anerkannt wird, wo der Vermiether oder Verpächter, des Mieths- oder Pachtzinses wegen, das ihm zustehende Pfandrecht an den invecta oder illata des Miethers oder Pächters geltend macht, so war zwar das einmal verkündete Verbot nicht ipso jure nichtig, wohl aber war es dann wirkungslos. Dem ihm entgegen Handelnden stand weder civilrechtlich ein Hinderniss bei Ausübung seines Rechtes im Wege, noch zog die Nichtbeachtung der defensa für ihn Strafe nach sich.

Ausser auf Ansuchen von Privaten konnte der Richter von Amtswegen gewisse Handlungen seiner Gerichtsinsassen unter Verbot stellen. In Palermo durfte die Bekanntmachung derartiger Verbote nicht allein im Namen der Landesherrschaft (dominii), sondern auch in dem der Ortsobrigkeit (magistratus) geschehen.[3])

Das bei Zuwiderhandlungen wider die defensae einzuleitende Strafverfahren folgte dort im Allgemeinen den Regeln des Accusationsprocesses. Hatte der Richter die defensae impositio auf Antrag eines Privaten vorgenommen, so war es Sache des letzteren wegen der Übertretung des Verbotes Anklage zu erheben und diese während der Dauer des Processes zu ver-

---

1) Palermo 17. Messina 46. Patti 57.
2) Palermo 34.
3) Palermo c. 17.

treten und aufrecht zu erhalten.[1]) Frauen war, den allgemeinen Regeln zufolge, zu dem Behufe, auf ihre Bitte, von Gerichtswegen ein procurator zu bestellen. Einigermassen modificirt erscheint aber das Verfahren dann, wenn eine Zuwiderhandlung vorliegt gegen eine, nicht sowohl gerichtliche, als vielmehr von Amtswegen durch den Richter aufgelegte defensa. Es wird hier zunächst zwischen den beiden Fällen unterschieden, ob Jemand wider Verbot Waffen geführt, oder gegen die Person eines Andern gezogen hat[2]), oder ob eine sonstwie unter Verbot gelegte Handlung demungeachtet stattgefunden hat. Im ersteren Falle soll das ordentliche Anklageverfahren Platz greifen, wenn mit der verbotswidrig geführten, oder gezogenen Waffe eine Privatperson bedroht oder angegriffen ward. Diese hat hier die Anklage zu erheben und vor Gericht zu vertreten. Ist dahingegen der, welcher, der defensa zuwider, die Waffen führte oder davon Gebrauch machte, durch die servientes des Justitiars oder eines andern Officialen auf frischer That betroffen worden, so soll von dem Auftreten eines Anklägers und der Erhebung einer förmlichen Anklage unter Umständen abgesehen werden. Es kann schon auf die blosse Anzeige des betreffenden Unterbeamten hin das Verfahren vom Strafrichter eingeleitet werden, sofern derselben die Aussagen zweier einwandsfreier Zeugen zur Seite stehen. Nicht minder ward, allem Anscheine nach, über den Mangel der Anklageerhebung überall da hinweggesehen, wo, ohne dass Waffen dabei in Frage kamen, einem Gerichtsseitig und ex officio erlassenen Verbote entgegen gehandelt war. Auch hier genügte vermuthlich, um den Richter zum Einschreiten wider den Übertreter und Beitreibung der auf die Contravention gesetzten Strafe zu autorisiren, die blosse Anzeige eines der, mit der Handhabung der öffentlichen Ordnung betrauten Organe.[3]) Übrigens ist von der Ausschliessung der Zuständigkeit der städtischen Gerichte zu Gunsten der magna curia in den, durch defensae veranlassten Processen

1) Cf. cap. 56 Jacobi (Cap. Regn. Sic. I, 33), cap. 9 Friderici II (III) (l. c. I p. 52). Dadurch wurde der Accusationsprocess, und zwar das Erforderniss des Auftretens eines Privatanklägers an Stelle der, vordem in diesen Fällen von Gerichtswegen bestellten Procuratoren, allgemein für ganz Sicilien eingeführt.

2) Cf. Const. Sic. I, 10 (H. B. IV, p. 13). I, 12 (H. B. IV, p. 15).

3) Palermo c. 17.

nicht mehr die Rede. Ebensowenig finden wir eine Andeutung darüber, ob und in wie weit das oben geschilderte eigenthümliche Beweisverfahren der Constitutionen in Palermo und den andern sicilischen Städten noch Anwendung fand.

§ 88.

II. Das Notariat.

Bereits an verschiedenen Stellen ist der Notare und ihrer instrumentirenden Thätigkeit ausserhalb des Processes, wie ihrer Mitwirkung beim contradictorischen Verfahren gedacht worden. Die von der heutigen wesentlich abweichende, über die verschiedenen Rechtsgebiete sich erstreckende Bedeutung des Notariates im italienischen Rechte des Mittelalters, mit welchem unsere sicilischen Quellen übereinkommen, macht eine eingehende Behandlung des Instituts, von seiner formellen Seite betrachtet, wünschenswerth. Statt bei den einzelnen Lehren des Privat- und Processrechtes, wo Notariatsakte in Frage stehen, die Stellung der Notare, und die von ihnen zu beobachtenden Formalitäten mit zu erörtern, empfiehlt es sich, der Darstellung derselben keine bestimmte Stelle im System anzuweisen. Sie blieb deshalb diesem Anhange vorbehalten, der sich zwanglos dem Processrecht mit seinen beiden Abtheilungen des Civil- und Strafverfahrens anreiht. Hier ist es denn auch gestattet, zugleich auf die freiwilige Gerichtsbarkeit, als eines der wichtigsten Theile der notariellen Praxis, gebührend Rücksicht zu nehmen, ohne befürchten zu müssen, den bisherigen Erörterungen des Privat- oder Processrechts Heterogenes beizumischen.

Die römischen tabelliones oder notarii publici, welche aus der Aufnahme von Urkunden über Rechtsgeschäfte und der Abfassung von Schriftsätzen jeder Art ein öffentliches Gewerbe machten, hatten sich in Italien nach dem Verfall der römischen Herrschaft erhalten. Namentlich war es die Kirche, welche sich ihrer für die Aufzeichnung der Protokolle über kirchliche Verwaltungsakte bediente.[1])

Die Einrichtung des Notariats, als der Gesammtheit der

1) v. Bethmann-Hollweg, Civilproc. des gem. R. in geschichtl. Entwickl. III, S. 108 ff. Hinschius in von Holtzendorff's Rechtslexikon, Artikel Notariat.

für Aufnahme und Beglaubigung von Rechtsakten Seitens der öffentlichen Gewalt angestellten Beamten gehört dagegen erst dem Mittelalter an. Auch bei dieser Umwandlung des Notariats aus einem Gewerbe in ein Amt erscheint die Kirche betheiligt. Da die meisten, ja vieler Orten wohl die einzigen Personen, welche in damaliger Zeit die Kunst des Schreibens verstanden, dem Stande der Cleriker angehörten, kann es nicht befremden, wenn die geistlichen Oberen sich das Recht der Creirung der Notare zu verschaffen, beziehungsweise, wo sie es auf Grund irgend welchen Rechtstitels bereits erlangt hatten, zu behaupten und zu sichern suchten.

So sehen wir, wie in Palermo der dortige Erzbischof Hugo vom König Roger II. mittelst Privilegs vom Jahre 1144 sich und seinen Nachfolgern, als Vertretern der Kathedralkirche das Recht zur Ernennung der Notare für alle Zeiten verleihen liess. Es geschah dies mit der Massgabe, dass er befugt sein sollte, zu diesem Amte ausschliesslich die Geistlichen der genannten Kirche und der erzbischöflichen Diöcese zu bestellen.[1])

Selbst in späterer Zeit erhielt sich mancher Orten jenes kirchliche Ernennungsrecht als ein ausschliessliches. In Catania[2]), dessen Stadtrecht erst im 14. Jahrhundert redigirt ist, hatte der Bischof, oder, in Verhinderungsfällen, der Vicar der bischöflichen Diöcese schlechthin alle Notare der Stadt und ihres Weichbildes zu creiren, ohne dass dabei zwischen geistlichen und weltlichen Bewerbern wäre unterschieden worden. In Palermo erscheint dagegen später die Befugniss des Erzbischofs nur noch als eine eingeschränkte. Zwar werden noch nach dem Stadtrechte die aus der Zahl der Cleriker hervorgehenden Notare von ihm ernannt; mit diesen aber concurriren

1) De Vio Priv. Panorm. p. 3. 4. — „donamus perpetuo praedictae sanctae et catholicae ecclesiae et praescripto — archiepiscopo — et successoribus ejus perpetuo tabulariam felicissime urbis Panhormi eis potestatem praebentes, ut ipse religiosissimus archiepiscopus et successores ejus ex nunc et in perpetuum habeant licentiam et peculiare dominium concedendi illam clericis praedictae ecclesiae, tam in a deo custodita civitate Panhormi, quam et in diaecesi ejusdem ecclesiae." Ueber die, dem hier gebrauchten Ausdruck tabularia unterliegende Verwechselung oder Verschmelzung der ursprünglich verschiedenen, aber schon in der späteren römischen Kaiserzeit confundirten Begriffe von tabellio und tabularius vgl. v. Bethmann-Hollweg a. a. O. S. 175.

2) Catania tit. 56.

nunmehr Laien, welche ihr Amt nicht aus der Hand der geistlichen, sondern aus der der weltlichen Macht empfangen.[1])

Soweit den Kirchen des Landes kein, durch Privileg, oder Gewohnheit begründetes Recht zustand, unbeschadet ferner des sowohl vom Papste, wie vom Kaiser, als den obersten irdischen Gewalten ausgeübten Rechts zur Ernennung von Notaren[2]), galt deren Creirung nach sicilischem Landesrecht für ein Prärogativ der Krone. Schon das erwähnte Privileg des Königs Roger II. deutet hierauf hin. Den ausdrücklichen Vorbehalt aber enthält erst ein Gesetz Kaiser Friedrich II.[3]) Ein königliches Reservatrecht blieb die Verleihung des Notariats in den Städten auch dann noch, nachdem diese von den Königen aus dem Hause Aragon die Freiheit der Wahl ihrer Officialen, insbesondere der richterlichen Magistratspersonen zugestanden erhalten hatten.[4]) Ihren Grund hatte diese abweichende Behandlung des Amts der Notare vermuthlich in der Thatsache, dass, während die Amtsdauer bei allen sonstigen mit der Rechtspflege betrauten Beamten immer nur Ein Jahr betrug, die Notare für ihre Lebensdauer ernannt wurden.[5]) Der Ernennung, mochte sie nun einem geistlichen Obern, Erzbischof, Bischof, oder dem Könige zustehen, hatte eine Präsentation des Candidaten vorherzugehen. Schon die Constitutionen enthalten die Bestimmung, dass, wer sich um das Notariat bewirbt, von den Einwohnern des Ortes, an dem er will angestellt sein, dem Könige oder seinem Stellvertreter vorzuschlagen sei.[6]) In den Stadtrechten aber erscheint diese Präsentation geradezu als eine Gerechtsame der Commune.[7]) Die Eigenschaft des zu präsentirenden Beamten anlangend, so ist hier zunächst an-

1) Palermo c. 68.

2) Cf. Andreas de Isernia in seinem Commentar zu den Const. Sic. I, tit. 83 (ed. Sarcyna p. 100). Hinsichtlich dieses vom Papste ausgeübten Rechts kam dabei nicht allein dessen Stellung als Oberhaupt der Kirche, sondern zugleich als oberster Lehnsherr von Sicilien in Betracht. S. ferner Notariatsordnung König Alphons' V. c. 263 und dazu die Note Testa's (Cap. Regn. Sic. I, p. 291).

3) Const. Sic. I, 79 (H. B. IV, p. 54. 55).

4) Palermo c. 68.

5) Nov. Const. Sic. I, 95 (H. B. IV, p. 186. 187). Cf. Palermo 68. Catania tit. 73.

6) Const. Sic. I, 79 (H. B. IV, p. 54. 55).

7) Palermo 68. Catania tit. 56.

zuführen, dass sie im Allgemeinen den für die Ernennung zum Richteramte nothwendigen Erfordernissen entsprechen musste. Nur unabhängige Leute oder Einwohner des domanium (demanium), mithin allein die unmittelbaren königlichen Unterthanen, nicht aber die, welche der mittelbaren Gewalt eines andern weltlichen, oder geistlichen Grundherrn unterworfen waren, sollen nach der Gesetzgebung Kaiser Friedrich's II. als Notare bestellt werden. Ausgeschlossen, wie vom Richteramt, so vom Notariat waren ferner unehelich geborene, voraus die Kinder der Cleriker, und Leute ganz geringen Standes, namentlich frohnpflichtige Bewohner des platten Landes.[1]) Hiermit stimmen auch die Stadtrechte überein. Nur wird, auf Grund der einzelnen Städten bewilligten Privilegien, die Zahl der zum Notariat qualificirten Bewerber auf den Kreis der eigenen Bürger eingeschränkt.[2]) Neben den vorgedachten allgemeinen Erfordernissen hatte der Bewerber für seine Person sowohl die zu dem fraglichen Amt nothwendige moralische Zuverlässigkeit, als den Besitz der nöthigen juristischen Kenntnisse darzuthun. Die Constitutionen verlangten die Beibringung eines schriftlichen Zeugnisses, in dem die Ortseinwohner dem Candidaten, ausser seinem Wohlverhalten in sittlicher Beziehung, die erlangte Erfahrung und Kenntniss von dem am Orte geltenden Rechte bescheinigten.[3]) Entsprechende Vorschriften weisen die Stadtrechte auf. In Palermo wurden die zu präsentirenden Beamten von der Commune gewählt. Vor der Wahl waren sie auf ihre moralische Tüchtigkeit und erlangte juristische Bildung hin einer Prüfung zu unterwerfen. Den für qualificirt Befundenen ward ein Zeugniss ausgestellt, das bei der Präsentation mit einzureichen war.[4]) Indessen erfahren wir nicht, wer die Prüfung dort vorzunehmen hatte. In Catania geschah diese durch die Mitglieder des städtischen Gerichts (patricius et judices), konnte aber auch andern rechtskundigen Männern übertragen werden.[5]) Späterhin schrieb die Notariats-

1) Const. Sic. I, 79 (H. B. IV, 54. 55). Const. Sic. III, 60 (H. B. IV, p. 164).

2) Palermo c. 68. Catania tit. 2 cons. 1.

3) Const. Sic. I, 79 (H. B. IV, p. 54. 55). Aus späterer Zeit vgl. Notariatsordnung Alphons' V. c. 255 (Cap. Regni Sic. I, p. 288).

4) Palermo c. 68.

5) Catania tit. 56.

ordnung König Alphons' V. vom Jahre 1443 allgemein vor, dass die Prüfung der Notare stets durch Doctoren der Rechte geschehen solle. Selbst der Protonotar, den wir weiterhin erwähnen werden, oder sein Stellvertreter sollten zur Vornahme derselben nur in dem Falle befugt sein, wenn sie für ihre Person ebenfalls graduirt waren.[1]) Zur Frage der Anstellung der Notare sei schliesslich noch bemerkt, dass diese bei, oder nach erfolgter Ernennung dem Könige, beziehungsweise dem, sie berufenden geistlichen Oberen die treue Wahrnehmung der ihnen übertragenen Amtsgeschäfte eidlich versprechen mussten und hierauf ein Anstellungspatent ausgefertigt erhielten.[2])

Wie schon Eingangs angedeutet wurde, hatte die amtliche Thätigkeit der Notare eine, von der heutigen, wenigstens der in Deutschland hergebrachten Einrichtung des Notariats, wesentlich verschiedene Bedeutung.

Bereits zur Römerzeit, als sie noch keine obrigkeitlich angestellten Beamte waren, sondern bloss ein öffentliches, wenngleich der Aufsicht der Magistrate unterliegendes Gewerbe betrieben, war die Anfertigung von Processschriften für die Parteien Sache der tabelliones oder notarii publici, keineswegs Aufgabe der Advocaten und Procuratoren.[3])

Ebenso bildete nun auch im Mittelalter der den Parteien im Processe schriftlich zu gewährende Beistand, im Gegensatze zum mündlichen Plaidiren der Advocaten einen Theil der den Notaren obliegenden Berufsgeschäfte.[4]) Jedoch unterlag diese Seite der notariellen Praxis, wie dies wenigstens späterhin Rechtens war, einer gewissen Einschränkung. Kein Notar durfte in denjenigen Sachen, in denen er Akte der freiwilligen

---

1) Cap. 256 (Cap. Regni Sic. I, p. 288).

2) Palermo c. 68.

3) l. 1 § 3 D. de extraord. cogn. (50, 13). l. 9 § 4 D. de poenis (48, 19) v. Bethmann-Hollweg a. a. O. III, S. 168. 169.

4) Cf. c. 203 Alphons' V. (Cap. Regn. Sic. I, 271). Mit Rücksicht auf die, für die Thätigkeit der Notare, als Rechtsbeistände nothwendige Mehrforderung an juristischer Bildung wird hierin bestimmt, dass in Palermo und in den andern grösseren Städten der Insel: Messina, Catania, Syrakus und Trapani, bei Vermeidung der Suspension vom Notariat überhaupt für die Dauer eines Jahres, ein jeder Notar in einer besonderen Prüfung noch den Nachweis zu erbringen hat, dass er genügende Kenntnisse in dem geltenden Processrecht sich erworben habe.

Gerichtsbarkeit aufgenommen hatte, hinterher, wenn demnächst über die darin beurkundeten Verträge, oder Rechtsgeschäfte Streit entstand, den Parteien Schriftsätze für den Process anfertigen.[1])

Der mittelalterlichen Rechtsentwicklung gehört dann aber die Einrichtung an, dass einem jeden Gerichte, mag es ein Unter- oder Obergericht, oder der höchste Gerichtshof des Landes sein, und ohne Unterschied zwischen Civil- und Criminalgerichtsbarkeit, ein oder mehrere Notare zu dem Behufe beigegeben sind, um durch Beurkundung der in den Processen vor Gericht stattfindenden Verhandlungen Secretairdienste zu versehen. Als notarii actorum vertreten diese daher die Stelle der heutigen Gerichtsschreiber.[2])

Aus unsern Quellen erhellt nicht, ob immer ein für alle Mal bestimmte Notare mit den Functionen der notarii actorum bei den Gerichten betraut waren, oder ob etwa diese Beschäftigung unter allen Notaren eines Ortes nach einem gewissen Turnus wechselte.[3]) In Palermo war anscheinend die Stellung der notarii actorum eine dauernde, die ausschliesslich einzelnen, bestimmten Mitgliedern des Notariatscollegs übertragen wurde. Denn es wird im Stadtrecht ausdrücklich als eine Ausnahme hingestellt, dass die daselbst, ausser bei den Gerichten, auch bei einzelnen Verwaltungs- insbesondere Steuerämtern angestellten Notare alljährlich wechseln sollten.[4])

Sehen wir jetzt, worauf die Thätigkeit der notarii actorum im Verlaufe eines Civil- oder Criminalprocesses im Einzelnen gerichtet war. Beginnend mit der Ausfertigung der Ladungsschreiben (litterae citatoriae) hatten sie im ordentlichen Verfahren den Hergang der litis contestatio und die hierauf folgende Einreichung der Klageartikel durch den Kläger, wie das Vorbringen der Exceptionen Seitens des Beklagten; ferner die Vorgänge bei dem Beweisverfahren, namentlich die Aussagen der Zeugen protokollarisch

---

1) Notariatsordnung König Alphons' V. c. 271 (Cap. Regni Sic. I, p. 293).

2) Nov. Const. Sic. I, 15 (H. B. IV, p. 186. 187) I, 51 (H. B. IV, p. 189—190) I, 74. 75 (H. B. IV, p. 202. 203) Palermo c. 7. 9. 60.

3) vgl. Hinschius a. a. O. S. 240.

4) Palermo c. 68. Der dafür angeführte Grund ist der, dass die mit jenen Verwaltungsstellen verbundenen pecuniären Vortheile möglichst Vielen zu Gute kommen sollen.

zu verzeichnen. Ebenfalls fiel ihnen die schriftliche Ausarbeitung des gefällten Urtheils zu. Bei erfolgender Einlegung von Rechtsmitteln lag ihnen ob, soweit dies nicht bereits geschehen war, die sämmtlichen, während der Instanz stattgehabten Verhandlungen in aktenmässige protokollarische Form zu bringen und für die rechtzeitige Übersendung der Akten an das Obergericht Sorge zu tragen.[1]) Zu ihren Aufgaben gehörte endlich noch die Aufnahme aller Urkunden über an sich nicht streitige, bei Gelegenheit eines Processes vorkommende Rechtsgeschäfte. Die Quellen heben namentlich die fidejussorischen Cautionen und die Abschliessung von Vergleichen hervor.[2])

Die Qualification der notarii actorum hing von keinen weiteren Erfordernissen ab, als die für das Notariat überhaupt. Bemerkt sei jedoch, dass die in Palermo bei der dortigen jüdischen und arabischen Bevölkerung als Notare fungirenden Juden und Sarazenen, wie überhaupt der Fähigkeit zu öffentlichen Ämtern ausserhalb des engeren Kreises ihrer Glaubensverwandten, so auch der zur Anstellung als notarii actorum ermangelten. Es folgt dies daraus, dass in der Landesgesetzgebung, wie im Stadtrecht den Nichtchristen die Fähigkeit zur Anstellung als Officialen abgesprochen wird.[3])

Wir wenden uns nunmehr zur Betrachtung der Notariatspraxis ausserhalb des Processes. Die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit üben die Notare theils in Concurrenz mit den Gerichten aus, von denen manche zur Zeit Kaiser Friedrich II. eigens zu dem Behufe angestellte sg. judices actorum besassen[4]), theils in der Weise, dass die von ihnen aufgenommenen Verträge demnächst zur weiteren Veranlassung und Vollziehung an die Gerichte abgegeben werden mussten. Dem letzteren Verfahren sind wir in Fällen von Grundstücksveräusserungen begegnet, bei welchen ein jus protimiseos in Frage kam.[5])

Während der Bedeutung der notariellen Abschliessung von Rechtsgeschäften für das materielle Recht anderweitig[6]) zu

---

1) Palermo c. 7. S. oben 272 c. 15. Friderici II (III) (Cap. Regni Sic. I, p. 55).

2) Palermo c. 7. c. 15 Friderici II (III) l. c.

3) c. 69. Friderici II (III) (Cap. Regni Sic. I, p. 80). Palermo c. 15.

4) S. oben S. 206.

5) Messina 52. S. oben S. 118. 6) S. oben § 46.

erwähnen war, erübrigt hier noch die formelle Seite der Notariatsakte in's Auge zu fassen.

Bei jedem notariellen Instrumente werden nach der Terminologie des Mittelalters zwei Hauptbestandtheile unterschieden: der Tenor (capitula) und die Beglaubigung (publicatio). Letztere umfasst die Datirung nach Zeit und Ort und die Vollziehung durch Zeugen und Notar.[1]) Mit Bezug auf den Notar enthält allein das Recht von Catania einige Vorschriften. Es schärft den Notaren im Allgemeinen ein, alle einzelnen Vertragsmodalitäten, wie andererseits etwaige Verzichtserklärungen der Comparenten in die Urkunden aufzunehmen.[2]) Nähere Anweisungen werden für die, allerdings wohl mit zu den wichtigsten Fällen gehörigen Grundstücksveräusserungen ertheilt.[3])

Zur Publikation der Urkunden bestimmten bereits die Constitutionen, dass der Notar, je nach dem Werthe des Objects des zu beurkundenden Vertrages oder Rechtsgeschäfts zwei oder drei gut beleumundete Zeugen zuziehen sollte. Hierzu waren, wenn irgend möglich, schriftkundige Leute zu wählen.[4]) Die Zeugen hatten die Urkunden nicht nur mit ihrer Unterschrift zu versehen, beziehungsweise mit ihrem Handzeichen, sondern auch zu untersiegeln.[5])

Bei der Hinzufügung der Beglaubigung durch Zeugen und Notar war es in älterer Zeit, wie es scheint, nicht durchaus nothwendig, dass diese unmittelbar im Anschluss an die von den Comparenten vor dem Notar abgegebene Erklärung und in Gegenwart derselben stattfand. Zum wenigsten in Messina

---

1) v. Bethmann-Hollweg, Der Civilproc. in geschichtl. Entwickel. VI, S. 168. 169.

2) Catania tit. 72.

3) Catania tit. 58. Unter Zuziehung eines Richters hat sich der Notar an Ort und Stelle, wo das zu veräussernde Grundstück liegt, hinzubegeben und sich genaue Einsicht über Lage und Grenzen zu verschaffen. Diese, sowie etwaige auf demselben ruhende Servituten sind, bei disciplinarischer Ahndung, genau in dem Veräusserungsinstrument zu verzeichnen.

4) Const. Sic. I, 82 (H. B. IV, p. 58. 59) cf. Notariatsordn. König Alphons' V c. 258 (Cap. Regni Sic. I, p. 289) Palermo c. 36. 67. Für das R. R. hatte bereits Justinian drei oder, wenn die Parteien Analphabeten waren, fünf Zeugen vorgeschrieben Nov. 73. c. 5. 8.

5) Palermo c. 67. Auf die Urkunden der Juden, Araber und Griechen sollten sich übrigens diese Vorschriften nicht mit erstrecken ib. c. 36.

bedurfte es eines späteren Zusatzes zum Stadtrecht, um die Notare zu nöthigen, künftig die publicatio nur in Gegenwart der bei dem Inhalt der Urkunde interessirten Partei vorzunehmen.[1]) Die Zuziehung der letzteren ward damit zu einem essentiale gemacht, ohne dessen Beobachtung die Urkunde nichtig war.

Die von den Notaren aufgenommenen Vertragsinstrumente oder sonstigen Urkunden waren in den Urschriften in ein Register einzutragen. Die Notare hatten zu dem Behufe ein Buch zu führen, in welchem der Inhalt der Urkunden, sowie alle für die Beglaubigung wesentlichen Daten (Namen der Zeugen u. s. w.) alljährlich einzutragen waren. Dahingegen war ihnen deren Eintragung und Aufbewahrung in blossen Zettelakten (cartulae) untersagt.[2]) Für die spätere Zeit traf die Notariatsordnung König Alphons' V. die Verordnung, dass die Eintragung der Urschriften nicht erst am Schlusse jedes Jahres, sondern sofort nach erfolgter Aufnahme der Urkunden in ein zur Aufbewahrung der Concepte bestimmtes kleineres Register (quinterniolum, auch bastardellum genannt) zu geschehen habe, welches der Notar bei seiner geschäftlichen Thätigkeit stets bei sich führen sollte. Hieraus aber waren demnächst, spätestens innerhalb von Monatsfrist, die Urkunden ihrem Inhalte nach in das eigentliche Notariatsregister zu übertragen.[3])

Über die äussere Beschaffenheit der von den Notaren zu ertheilenden Urkunden-Ausfertigungen schweigen die Stadtrechte. Während zur Römerzeit man sich als Material der Papyrusrollen oder des Schilfpapiers bediente[4]), war im Mittelalter vor, wie selbst auch noch nach der Erfindung des Linnenpapiers im 14. Jahrhundert, der Gebrauch von Baumwollenpapier ein weit verbreiteter. Seine Verwendung verbot Kaiser Friedrich II. Mit Ausnahme von Quittungen, sollten alle Urkunden inskünftig nur allein in Pergament ausgefertigt werden

---

1) Messina 51.

2) Messina 50. Catania tit. 72 cons. 1. Über den Ausdruck quinternus (quinternio), ein Buch, das aus fünf Folien besteht, vgl. Du Cange h. v.

3) c. 257. 265 (Cap. Regni Sic. I, p. 289. 291).

4) cf. Nov. 44 c. 2 v. Bethmann-Hollweg, a. a. O. III, S. 172.

dürfen.[1]) Durch die Processordnung König Alphons' V.[2]) wurde jedoch anscheinend wieder die Verwendung anderen Materials freigegeben. Wenigstens wird darin mit Rücksicht auf den Gebrauch im Executivprocess bestimmt, dass dieser zugelassen sein soll, obwohl die vorgelegten Urkunden nicht auf Pergament geschrieben sind, sondern in charta bombycina.

In den Stadtrechten erscheint die Thätigkeit der Notare bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Aufsicht und disciplinarischen Strafgewalt der Gerichte unterworfen. So in Catania, wo diese dem patricius und den judices curiae civitatis übertragen war.[3]) Später war damit ein besonderer königlicher Beamter, der protonotarius betraut, dem ein Vertreter zur Seite stand.[4]) Zu den Aufgaben des Protonotars gehörte namentlich auch die Revision der Notariatsregister. Gegen diejenigen Notare, deren Bücher Ungehörigkeiten aufzeigten, konnte er mit Disciplinarstrafen vorgehen. Zu dem Behuf waren von ihm oder von seinem Vertreter ein oder zwei Revisoren zu ernennen; oder auch, wo das Herkommen dies mit sich brachte, von den jurati der betreffenden Stadt zu wählen. Die so bestellten Revisoren waren verbunden, alljährlich die Notariatsregister einzusehen und zu prüfen. Etwa entdeckte Unordnungen waren dem Protonotar anzuzeigen, welcher befugt war, über den Notar, dessen Register Mängel enthielten, die Strafe der Suspension vom Amte für die Dauer eines Jahres auszusprechen.[5])

Mit der Einrichtung der Notariatsregister und der Handhabung des Aufsichtsrechts von Seiten der dem Notar vorgesetzten Behörde stehen die Vorschriften im Zusammenhange, welche für den Fall des Ablebens eines Notars über die Aufbewahrung der Urschriften der aufgenommenen Urkunden Fürsorge treffen.

In Catania, in dessen Stadtrecht sich die erste mir bekannt gewordene Verordnung hierüber findet, hatten beim Tode

---

1) Testa zu c. 110. 111 Alphons' (Cap. Reg. Sic. I, p. 245) Note e. Du Cange verbo bombax, v. Savigny Gesch. R. R. in M. III. (2 A.), S. 535 Note e.

2) c. 110. 111 (Cap. Regni Sic. I, p. 245.

3) Catania tit. 53.

4) Notariatsordn. König Alphons' V c. 265 (Cap. Regni Sic. I, p. 291).

5) Notariatsordn. c. 266 (l. c. I, p. 292).

des Notars der patricius und die judices die hinterlassenen Quinternen und anderen Akten des Verstorbenen in vorläufige Asservation zu nehmen. Demnächst waren sie einem andern Notar zur Aufbewahrung zu übergeben, bei dessen Wahl auf eine, etwa vorhandene, letztwillige Anordnung des Verstorbenen Rücksicht genommen werden sollte.[1]) Ähnliche Vorschriften gab später die Notariatsordnung König Alphons' V. Danach lag die einstweilige Fürsorge für die Aufbewahrung der von einem verstorbenen Notar zurückgelassenen Register den jurati des Ortes ob, wo er seinen Amtssitz gehabt hatte. Sofern der Verstorbene dieserhalb keine Verfügung getroffen, sollten diese die Akten und Register vor der Hand einem andern Notar übergeben. Zugleich aber war dem Könige oder dem königlichen Protonotar von dem Todesfalle Nachricht zu geben, damit höheren Ortes weitere Massnahmen behufs Asservirung der Register getroffen werden konnten.[2])

Schliesslich noch ein Wort über die Notariatskosten.

Der in Processen, sowohl im Civil- wie im Strafverfahren, den Notaren zukommenden Gebühren ist bereits bei den Gerichtskosten Erwähnung geschehen. Bezüglich der Kosten für Aufnahme von Akten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit bestimmte ein Gesetz Kaiser Friedrich II. den von dem Notar für jede Abfassung und Ausfertigung einer Urkunde zu erhebenden Gebührensatz auf 1 oder 1/2 Taren, je nachdem, ob das Object den Werth von 1 Pfund Gold überstieg oder nicht.[3]) Von den Stadtrechten ist hier nur das von Noto zu nennen, das einzige, welches einen bestimmten Tarif für die Notariatsgebühren bei Aufnahme von Urkunden ausserhalb des Processes aufstellt. Je nach dem Werthe des Objects eines Vertrages oder Testamentes soll der Notar 1, 2 auch 4 Goldtarenen zu fordern befugt sein, und übersteigt derselbe den Werth von 50 Unzen Gold, so erhält er von jeder Unze zwei Gran.[4])

---

1) Catania tit. 72 cons. 2.

2) Notariatsordn. c. 274 (Cap. Regni Sic. I, p. 224).

3) Nov. Const. Sic. I, 74 (H. B. IV, p. 202—204).

4) Noto 50. Die in der Privilegiensammlung De Vio's (Priv. Panorm. p. 65—67) abgedruckten Capitula König Friedrich II (III) von 1316 bestimmten, dass die Notare in Palermo für jede Urkunde den in Messina herkömmlichen Tarif sollten fordern dürfen.

Einen ausführlich und detaillirt ausgearbeiteten Tarif brachte erst die Notariatsordnung König Alphons' V. von 1443.[1]) Zwischen den einschlagenden Vorschriften derselben und dem Inhalte der sicilischen Stadtrechte lässt sich indessen ein Zusammenhang nicht weiter nachweisen.

1) c. 276 sequ. (l. c. I, p. 295 ff.).

SECHSTES BUCH.

STRAFRECHT.

§ 89.

Vorbemerkung.

Die Mehrzahl der sicilischen Stadtrechte lässt das Strafrecht gänzlich ausser Betracht. Strafrechtlicher Fragen geschieht, wenn wir von blossen Polizeiübertretungen abstrahiren[1]), überhaupt nur in zweien: in dem von Palermo und Messina Erwähnung. Auch diese ergeben nur einige wenige, zusammenhangslose Sätze. Von einer eigentlich systematischen Darstellung ist daher von vornherein Abstand zu nehmen. Der Vollständigkeit wegen mögen die wenigen, fragmentarischen Bestimmungen hier aufgeführt werden, die in den genannten Statuten vorkommen. Einige derselben sind fast wörtlich dem Strafrecht der sicilischen Constitutionen, beziehungsweise den römischen Rechtsquellen entnommen.

§ 90.

I. Die Strafmittel.

Die Strafmittel lassen sich in die fünf Hauptkategorien eintheilen: Lebens- und Leibesstrafen, Freiheits-, Ehren- und Vermögensstrafen.

Bezüglich der Lebensstrafen erfahren wir aus den Rechten Palermo's und Messina's nichts weiter, als dass gewisse Verbrechen überhaupt mit dem Tode bestraft wurden. Dagegen erhellt nicht, in welcher Weise die Todesstrafe vollstreckt ward.[2])

Die Leibesstrafen waren entweder verstümmelnder Art und involvirten für den Uebelthäter den Verlust oder die Vernichtung eines Gliedes seines Körpers, oder sie bestanden in

---

1) cf. z. B. Catania tit. 61.

2) Palermo 9. Messina 44. 58.

blosser Züchtigung (fustigatio).[1]) Letztere trat jedoch anscheinend bloss subsidiär, d. h. dann ein, wenn der zur Zahlung einer Geldstrafe Verurtheilte sich in der Folge hierzu unvermögend erwies.[2])

Bei den Freiheitsstrafen ist zwischen ordentlichem Gefängniss und bloss polizeilichem Gewahrsam zu unterscheiden.

Bei Frauen trat in Palermo unter Umtänden an die Stelle der ordentlichen Gefängnissstrafe, welche dort im Castell (palatium) verbüsst werden musste, die Einsperrung in ein Kloster.[3]) Mit der anscheinend nur kurze Zeit währenden polizeilichen Haft war das Einspannen in den Bock[4]) verbunden.

Die Ehrenstrafen weisen zwei verschiedene Grade auf: gänzliche Ehren- und Rechtsentziehung, in Folge deren der Verurtheilte seine persönliche Freiheit verliert und Sklave wird, und Verlust des Bürgerrechts (civitas).[5]) Die in Palermo ausserdem noch vorkommende Infamie entspricht nicht der infamia juris. Sie kommt mit der römischen turpitudo und der deutschen Anrüchigkeit überein. Sie ward nicht erst mit der Verurtheilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens existent, galt vielmehr als die von selbst eintretende Folge eines unsittlichen oder ungesetzlichen Verhaltens, oder des Betriebes eines, als verächtlich angesehenen Gewerbes[6].) Ihre Wirkung äussert sich vornehmlich darin, dass sie unfähig macht, vor Gericht als Zeuge aufzutreten. Ebenso war damit der Verlust der Wahlfähigkeit und der Anstellungsberechtigung als Beamter verknüpft.[7])

---

1) Palermo 58 cf. Const. Sic. III, 50 (H. B. IV, p. 156). Messina 44.

2) Palermo 58 vgl. mit Const. Sic. III, 50.

3) Palermo 75 (76). Nach den Const. Sic. III, 72 (H. B. IV, p. 167) war in gewissen Fällen mit der Freiheitsstrafe Zwangsarbeit an Festungswerken, oder anderen öffentlichen Bauten verbunden.

4) Palermo 75 (76). 60. Ueber den Ausdruck cippo, oder cippus gleich Bock cf. Du Cange h. v. In Catania konnte übrigens bei gewissen Polizeiübertretungen der Geldstrafe eine längere Gefängnisstrafe von zwei Monaten substituirt werden cf. Catania tit. 61.

5) Palermo c. 9. Messina 57. Mit dem Verluste des Bürgerrechts war Ausweisung aus der Stadt, resp. Landesverweisung verbunden cf. Corleone c. 33.

6) Palermo 72. 85 (86).

7) Palermo c. 85 (86).

Die Vermögensstrafen bestehen entweder in der Einziehung des Vermögens oder einzelner Gegenstände[1]), oder in der Verhängung von Geldstrafen. Mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einer öffentlichen Geldstrafe war in manchen Fällen noch die Zuerkennung einer ihm auferlegten, und an den Verletzten oder Beleidigten zu zahlenden Busse verbunden.[2])

§ 91.

Einzelne Verbrechen und deren Bestrafung.

Nur wenige Verbrechen werden in den Stadtrechten namhaft gemacht. Noch mit am ausführlichsten wird über Ehebruch und Entführung gehandelt. Mit denselben Worten, deren sich ein Gesetz König Roger's II. bediente, welches seiner Seits wieder ähnlichen Vorschriften des römischen Rechts[3]) nachgebildet erscheint, wird im Stadtrecht von Messina dem Ehemanne die Befugniss vindicirt, seine von ihm im Ehebruch betroffene Frau und den Ehebrecher zu tödten.[4]) Doch muss dies sofort und auf der Stelle geschehen. Dagegen bedarf es bei Ausübung dieser Befugniss nicht der im R. R., dem Ehebrecher gegenüber, erforderten[5]), vorgängigen, dreimaligen Verwarnung. Aus der gleichen Quelle ist eine fernere hierher gehörige Bestimmung desselben Messineser Rechts abzuleiten.[6]) Der Ehemann, welcher die im Ehebruch betroffene Frau im Hause behält und den Ehebrecher unangefochten entlässt, soll als Kuppler angesehen und bestraft werden. Er bleibt nur dann straflos, wenn, ohne dass eine Schuld seiner Seits vorliegt, es dem Ehebrecher gelingt, zu entkommen.

1) Messina 57. Palermo c. 73 i. f. 79 (80).

2) Palermo c. 23. 24. 25. Messina 45. Palermo 58. 59.

3) l. 22. 23. 24 pr. D. ad leg. Jul. de adult. (48, 5) Nov. 117 c. 15.

4) Const. Sic. II, 81 (III, 91) (Roger.) (H. B. IV, p. 171). „Si maritus uxorem in ipso actu adulterii deprehenderit, tam adulterum quam uxorem occidere licebit, nulla tamen mora protracta" Messina 43. Die im R. R. dem Vater, der Tochter und dem Ehebrecher gegenüber, zugeschriebene Tödtungsbefugniss, von der die lex Julia de adulteriis — l. 22. 23. 24 D. l. c. — den Ausgang nimmt, und welcher die ähnliche Befugniss des Ehemanns erst nachgebildet ward, hat im sicilischen Recht nicht Aufnahme gefunden.

5) Nov. 117 c. 15.

6) Messina 43. Const. Sic. II, 81 (III, 91) (H. B. IV, p. 171) l. 29 pr. D. ad leg. Jul. de adult. (48, 5) „Mariti lenocinium lex coercuit, qui deprehensam uxorem in adulterio retinuit adulterumque dimisit."

Von der Ahndung durch den Ehemann abgesehen, wird der Bestrafung des Ehebruchs hier nicht weiter gedacht. Aus dem Palermitaner Recht ersehen wir, dass der Archidiacon [1]), als der zuständige geistliche Richter, neben der rein kirchlichen Strafe der Excommunication, über den Ehebrecher Gefängniss, über die Ehebrecherin Einsperrung in ein Nonnenkloster verhängen konnte. Die Dauer dieser Freiheitsstrafen war an sich unbestimmt. Sie richtete sich danach, ob die Delinquenten früher oder später sich zur Ablegung des eidlichen Versprechens herbeiliessen, künftig den Befehlen der Kirche nachzuleben und sich fernerer ehebrecherischer Handlungen zu enthalten. Übrigens sollte die Vollstreckung der Freiheitsstrafe als äussersten Mittels nur in dem Falle stattfinden, wenn die Verurtheilten es unterliessen, fidejussorische Sicherheit für die Erfüllung des kirchlichen Gebotes zu bestellen. Sie trat demnach regelmässig nur bei Leuten niederen Standes ein.[2])

Zum Verbrechen der Entführung ist hier zunächst zu bemerken, dass dasselbe in Palermo denjenigen Criminalfällen zugerechnet wurde, die der weltlichen Gerichtsbarkeit entzogen und der Cognition der geistlichen Richter vorbehalten waren. Das Palermitaner Recht weicht hierin von dem Rechte der Constitutionen ab, welche von dieser Exemption der Entführung nichts wissen, sondern die Zuständigkeit des geistlichen Richters auf die Fälle des Ehebruchs beschränken.[3]) In Verbindung mit dem in Palermo anerkannten geistlichen Forum steht vermuthlich die ungleich mildere, strafrechtliche Behandlung, der die Entführung nach dortigem Recht, gegensätzlich zu den Vorschriften der Landesgesetzgebung, unterworfen wird.

Im directen Widerspruch mit einem Gesetz Kaiser Friedrich II.[4]) wird im geistlichen Forum des Archidiaconen von einer Bestrafung des Entführers überhaupt Abstand genommen, sobald die entführte Jungfrau oder Wittwe einwilligt, mit demselben die Ehe einzugehen.[5]) Während ferner dasselbe Gesetz[6]) dem Entführer mit dem Tode droht, ist in Palermo

1) S. oben S. 227. 228.
2) Palermo c. 75 (76).
3) Const. Sic. III, 83 (Wilhelm II) (H. B. IV, p. 171).
4) Const. Sic. I, 22 (H. B. IV, p. 24).
5) Palermo c. 75 (76) i. f.
6) Const. Sic. I, 22 (H. B. IV, l. c.).

für den Fall, dass die Entführte die Eheschliessung mit demselben ablehnt, bloss von einer Geldstrafe die Rede. Selbst diese hat nicht den Charäkter einer öffentlichen Strafe, sondern den einer Busse, welche der Entführten, beziehungsweise Deflorirten zufallen soll.[1])

Übrigens darf man annehmen, dass auch in Palermo jene milde Behandlung der Entführung nur in soweit Platz greift, als es sich um Fälle handelte, wo an sich der Eheschliessung zwischen dem Entführer und der Entführten kein rechtliches Hinderniss entgegen gestanden hätte. Sie wird daher nicht z. B. in dem Falle gegolten haben, wo es sich um die Entführung einer Nonne handelte. Hier verlangte schon das eigene Interesse der Kirche eine strengere Ahndung des Verbrechens. Das Messineser Recht, in welchem gerade dieser Fall speciell Berücksichtigung gefunden hat, droht dem Entführer einer Nonne, mag diese bereits eingekleidet, oder erst Novize sein, die Todesstrafe. Dabei soll es nicht darauf ankommen, ob die Entführung zum Zweck einer beabsichtigten Eheschliessung, oder behufs Verübung eines Verbrechens stattfand.[2])

Sehen wir von den angeführten Bestimmungen über Ehebruch und Entführung ab, so bleibt nur wenig zu sagen übrig.

Aus dem römischen Recht ist das dem Rechte Messina's angehörende Verbot entlehnt, demzufolge kein Jude oder Heide sich unterfangen soll, einen christlichen Sklaven käuflich oder auf Grund irgend eines Rechtstitels zu erwerben. Den Zuwiderhandelnden trifft nicht nur die Strafe der Einziehung seines ganzen Vermögens; er soll auch der Freiheit verlustig gehen und Sklave der curia civitatis werden. Hat er überdem an dem Christensklaven die Beschneidung vollzogen, oder diesen anderweitig veranlasst, seinen christlichen Glauben zu verleugnen, so hat dies für ihn die Todesstrafe zur Folge.[3]) Eigenthümlich ist demselben Messineser Recht die systematische Auffassung der Münzfälschung. In den Constitutionen[4]) er-

1) Palermo c. 75 (76).

2) Messina 58. Const. Sic. I, 20 (Roger.) (H. B. IV, p. 23) l. 54 C. de episc. (1, 3).

3) Messina 57. cf. l. 1. 2 C. ne christ. mancip. (1, 10) s. auch c. 65 Friderici II (III) (Cap. Regn. Sic. I, p. 78).

4) Const. III, 62 (H. B. IV, p. 164).

scheint das fragliche Verbrechen der heutigen, modernen Anschauung entsprechend als ein selbständiges Verbrechen. Dahingegen fasst das Recht Messina's es als eine Unterart des crimen laesae majestatis auf. Letzteres begriff[2]) dort nicht sowohl das Verbrechen des Hoch- und des Landesverrathes sondern zugleich auch die Münzfälschung.

---

2) Messina c. 44.

SIEBENTES BUCH.

POLIZEIRECHT.

§ 92.

Vorbemerkung.

Die hohe Cultur, welche das sicilische Königreich vor andern Ländern während des Mittelalters, voraus unter der Regierung Kaiser Friedrich II. des Hohenstaufen auszeichnet, ist unter andern aus den Anordnungen polizeilicher Fürsorge der Constitutiones Siciliae zu erkennen. Als eine Fortbildung derselben sind die verhältnissmässig sehr ausführlichen Polizeivorschriften der sicilischen Stadtrechte anzusehen. Ausser den einschlagenden Bestimmungen der Constitutionen haben darin die späteren Verordnungen des Aragonesischen Königs Friedrich II. (III.) Aufnahme gefunden. Mit diesen Landespolizeigesetzen sind die lokalpolizeilichen Statuten verbunden und verarbeitet worden. Auf Details einzugehen, kann es hier nicht ankommen. Wir beschränken uns auf eine Übersicht der verschiedenen Lebensgebiete, auf denen die Polizei in den Städten Siciliens ihre Thätigkeit zur Geltung brachte.

Zuvor aber ist, des besseren Verständnisses wegen, der Blick auf die Organisation der städtischen Polizeibehörden zu richten. Es wird sich dabei zugleich die Gelegenheit darbieten, das bei der Gerichtsverfassung über die Magistraturen Gesagte in geeigneter Weise zu ergänzen.

§ 93.

I. Die Organe der Polizeiverwaltung.

Bei der Vereinigung von Justiz und Verwaltung in Einer Hand kommen als Organe der Polizei zunächst dieselben Beamten in Betracht, die wir bei der Erörterung der Gerichtsverfassung als richterliche Beamte haben kennen lernen. Die Baillis und die ihnen, als Vorstände der städtischen Gerichte erster Instanz, entsprechenden Beamten: der praetor Palermo's

und der patricius Catania's, ferner der Stratigot Messina's handhaben in Gemeinschaft mit dem ihnen zugeordneten Richterpersonal neben der Rechtspflege die Polizei.[1]) In Syrakus und Noto war jedoch anscheinend nicht sowohl der Bailli, sondern auch der Justitiar, wie mit der andern Strafrechtspflege, so auch mit polizeilichen Functionen betraut.[2]) Neben den mit Gerichtsbarkeit versehenen Beamten sind als Träger der Polizeigewalt die jurati anzusehen. Ausser mit der Verwaltung des Communalvermögens und der Fürsorge für das städtische Steuer- und Kassenwesen sind sie mit mancherlei polizeilichen Angelegenheiten betraut. Namentlich gehörte die Regelung der Bau- und Strassenpolizei zu ihren Dienstverrichtungen.[3])

Während bei den vorgenannten Beamten die Polizei und deren Handhabung im Allgemeinen einen Theil ihrer Amtsobliegenheiten bildete, gab es andererseits solche, die nur mit der polizeilichen Fürsorge für die öffentliche Interessen auf bestimmten Gebieten betraut waren.

Als Organe der Sicherheitspolizei sind hier die mit der Aufsicht über den Nachtwachdienst beauftragten magistri xurterii zu nennen.[4])

Die Verkehrs- und Marktpolizei, einschliesslich der Sorge für Einhaltung richtigen Masses und Gewichts von Seiten der Kaufleute und Gewerbetreibenden, war den acatapani (achatapani), in Palermo auch magistri plateae (Strassenmeister) genannt, übertragen.[5])

Wie der dem Arabischen entnommene Titel der xurterii[6]) ursprünglich ein Amt von ungleich höherer Bedeutung bezeichnet hatte, als ihm nach dem Stadtrecht zukommt, so auch der Titel des der byzantinischen Bureaukratie eigenthümlichen Amtes des catapanus oder acatapanus. Zur Zeit der byzantinischen Herrschaft in Italien war *κατεπάνω* der kaiserliche

---

1) Palermo 65. 76 (77). 80 (81). Catania tit. 64. 67.

2) Syracus. 47. Noto 49. 52.

3) Capit. jurator. Friderici II (III) c. 116 (Cap. Regn. Sic. I, 106—108).

4) Palermo c. 60.

5) Palermo c. 61. 81 (82) cf. Cap. Friderici II (III) bei De Vio Priv. Panorm. p. 114—124. Syracus. 50. Noto 32. Über die Catapani in Messina, deren das dortige Stadtrecht nicht Erwähnung thut, cf. Huillard Bréholles Hist. dipl. V, p. 813.

6) S. oben 223. Note 2.

Bürgermeister. Daneben wurde das Wort aber auch im weiteren Sinne zur Bezeichnung des obersten Civilbeamten eines grösseren Distrikts gebraucht.[1]) Gleicher Weise verhält es sich mit dem latinisirten Ausdruck acatapanus, der ursprünglich durchaus der Bedeutung *κατεπάνω* im angegebenen engeren und weiteren Sinne entspricht.[2]) Mit dem Untergange der byzantinischen Herrschaft in Italien und auf Sicilien verschwand auch das Amt des catapanus oder acatapanus. Die Erinnerung daran erhielt sich aber, und der Titel wurde nunmehr mit einer Stellung von weit geringerer und untergeordneter Bedeutung verbunden. Wie die jurati, werden auch die acatapani alljährlich gewählt. Weil die letzteren darauf angewiesen waren, als Entschädigung für ihre Mühewaltung von den ihrer Aufsicht unterstellten Verkäufern gewisse Natural- und Geldabgaben für sich zu erheben[3]), sollten, um Bedrückungen und Überhebungen vorzubeugen, zu dieser Stelle nur durchaus zuverlässige und wohlhabende Bürger berufen werden. Zur Vornahme der Wahl der Acatapanen berechtigt waren die jurati. Anfänglich durften diese Mitglieder ihres Collegiums wählen. Demnächst aber gebot ihnen König Friedrich II. (III.) die Wahl anderer geeigneter Leute aus der Mitte der Bürgerschaft.[4])

Dem Rechte Palermo's eigenthümlich ist die Übertragung der Bau- und Strassenpolizei, statt an die sonst damit betrauten jurati, an die syndici der Stadt.[5]) Demselben Rechte gehört die Einrichtung an, der die magistri super merco statuti ihre amtliche Stellung verdankten.[6])

Um Viehdiebstählen vorzubeugen, sollten sowohl einheimische, als von ausserhalb in die Stadt eingeführte Rindshäute nicht eher an die Gerber oder an andere Handwerker zur Verarbeitung verabfolgt werden, bevor sie nicht von der zuständigen Behörde mit einem Zeichen oder einer Marke (mercum) versehen waren. Sie diente als Legitimation bezüglich des redlichen

---

1) Zachariä v. Lingenthal, Gesch. des griech.-röm. R. S. 354 Note 48.

2) Du Cange verbo acatapanus vgl. mit verb. catapanus (catepanus, catipanus) das *ἀ* ist hier als *ἀ* intensivum zu erachten.

3) Palermo c. 81 (82). Syracus. 50. Noto 32.

4) Verordn. v. J. 1311 (De Vio Priv. Panorm. p. 40).

5) Palermo 78 (79).

6) Palermo 72 (73).

Erwerbs für Diejenigen, welche solche Häute oder Felle in Palermo zum Verkaufe stellten. Den genannten Beamten lag es ob, die einheimischen Felle, nach stattgehabter Prüfung der Legitimation ihrer Besitzer zu signiren. Andererseits hatten sie bei importirten Häuten darauf zu achten, dass sie von der zuständigen Heimathsbehörde der Besitzer signirt, und nicht etwa mit nachgeahmten und gefälschten Zeichen versehen waren. Sie hatten ferner auch bei noch lebendem Schlachtvieh die Aufgabe, darauf zu halten, dass solches nicht eher von den Schlächtern der Stadt getödtet ward, ehe nicht das Eigenthum des Viehhändlers, oder des sonstigen Dritten, der dem Schlächter Rindvieh verkaufte, feststand.

Manchen der vorgedachten Beamten, namentlich auch denjenigen, die nicht zugleich Gerichtsbarkeit hatten, stand das Recht zu, im Verwaltungswege, und ohne dass gegen das betreffende Mandat auf richterliche Entscheidung angetragen werden konnte, nicht sowohl Strafen zu verhängen, sondern auch executivisch beizutreiben. Jedoch war in den Stadtrechten für diese Strafen ein gewisses Maximum, das nicht überschritten werden durfte (1 Unze resp. 1 Taren), vorgeschrieben. Erschien eine höhere Strafe verwirkt, so war der betreffende Polizeibeamte verbunden, die stattgehabte Übertretung bei dem zuständigen Richter zur Anzeige zu bringen und im Wege des Strafverfahrens die Bestrafung des Contravenienten zu beantragen.[1])

§ 94.

II. Die verschiedenen Arten der polizeilichen Fürsorge.

Bei der nachfolgenden Übersicht der verschiedenen Gegenstände, auf welche die Polizei in den Städten Siciliens ihre Aufmerksamkeit, ausweislich der Bestimmungen in den Stadtrechten, zu richten hatte, unterscheiden wir vorweg die beiden Hauptkategorien der Polizei: Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei.

1) Sicherheitspolizei.

Ausser dem schon bei den defensae erwähnten Verbote des Waffentragens[2]) kommen hier die Vorschriften in Betracht,

---

1) cf. Palermo 61. 72 (73). Syracus. 47.

2) S. oben S. 340.

die wir im Palermitanischen Recht in ziemlich detaillirter Weise über die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit in der Stadt während der Nachtzeit gegeben finden. Sie dienen als Richtschnur für die den xurterii, als praefecti vigilum obliegenden Dienstverrichtungen.[1]) Es gehören hierher ferner die bereits erwähnten Massregeln zur Verhütung von Viehdiebstählen, und die Überwachung des Verkehrs mit lebendem Schlachtvieh und mit Rindshäuten durch die magistri super merco statuti.[2])

2. Wohlfahrtspolizei.

Die hierauf abzielenden Anordnungen lassen sich der Hauptsache nach[3]) dahin classificiren:

a) Strassen- und Baupolizei.

Von den hier einschlagenden statutarischen Festsetzungen bezwecken einige die Erhaltung der Reinlichkeit auf den Strassen und Plätzen der Stadt. Sie greifen nach dieser Seite in das Bereich der Gesundheitspolizei hinüber. Andere erstreben die Aufrechterhaltung der Ordnung des Strassenverkehrs und die Beseitigung von Verkehrshemmnissen. Eine dritte Reihe von Bestimmungen will Unglücksfällen innerhalb der Mauern der Stadt und auf öffentlichen Strassen vorbeugen.[4])

Die Baupolizei insonderheit betreffend, so beschränkte sich die polizeiliche Thätigkeit hier wesentlich darauf, Eingriffen Privater in das öffentliche Eigenthum an Strassen, Plätzen, Stadtmauern und Befestigungswerken zu begegnen. So ward namentlich in Palermo den dortigen syndici zur Pflicht gemacht, die Aufführung neuer Häuser in unmittelbarer Nähe der Mauern oder Hafenbefestigungen der Stadt zu verhindern, beziehungsweise verbotswidrig errichtete Gebäude wieder zu entfernen. Massgebend war hierbei der Gesichtspunkt der Erhaltung der Vertheidigungsfähigkeit der Stadt.[5])

---

1) Palermo 60.

2) Palermo 72 (73).

3) Der feldpolizeilichen Vorschriften ist bereits an anderer Stelle gedacht worden. S. oben § 57.

4) Palermo 78 (79). Catania tit. 66. 67. Noto 49. Syracus. 47. Noto 31. 52.

5) Palermo 78 (79), cf. Cap. jurator. Friderici II (III) (Cap. Regni Sic. I, p. 117).

b) Handels- und Gewerbepolizei.

Die Aufrechterhaltung von Treu und Glauben im Verkehr durch die Kaufleute und Wechsler eines Theils, die Handwerker und Gewerbetreibenden andern Theils, in Verbindung mit der Anwendung richtigen Masses und Gewichts, — zu welchem Zweck den Händlern und Gewerbtreibenden mit gewissen Ausnahmen der Gebrauch gesetzlich festgestellter Masse und Gewichte vorgeschrieben war —, bildet den Gegenstand sehr eingehender Verordnungen im Palermitanischen Recht[1].) Einzelnes enthalten auch die Statuten von Catania und Syrakus.[2])

Einige dieser Verordnungen, die Concessionirung der Kaufleute und Wechsler betreffend, berühren das sogen. öffentliche Handelsrecht.[3])

c) Sittenpolizei.

Nach dem Vorgange einer Constitution Kaiser Friedrich II.[4]) wird in mehreren Statuten den liederlichen Weibern, die sich gewerbsmässig preisgeben, das Wohnen, sei es in eigenen Häusern, sei es in Miethsräumen in unmittelbarer Nähe der Wohnungen anständiger Frauen untersagt. Zu nennen ist hier ferner das dem Nettinischen Recht angehörende Verbot, dem zufolge ausser den nächsten Angehörigen dritten Personen untersagt war, der neuvermählten jungen Frau in der Frühe des Tages nach der Brautnacht, und so lange diese sich noch nicht vom Lager erhoben hat, Besuche abzustatten und Geschenke darzubringen.[5])

d) Gesundheitspolizei.

Während nach der Gesetzgebung Kaiser Friedrich II. Niemand als Arzt prakticiren durfte, der nicht in Salerno von der dortigen medicinischen Facultät geprüft und vom Kaiser

---

1) Palermo 76 (77), cf. Const. Sic. III, 49, 50 (H. B. IV, p. 152. 153. 154). Palermo 58. 59, cf. Cap. Friderici II (III) de 1330 (De Vio Priv. Pan. p. 114. 115).

2) Catania tit. 71. Syracus. 45. 49.

3) S. oben § 55.

4) Const. Sic. III, 77 (H. B. IV, p. 169. 170). Palermo 53. Catania tit. 68. Noto 31. Syracus. 42.

5) Noto 41, cf. Cap. Friderici II (III) (Cap. Regn. Sic. I, p. 92). S. oben S. 31. Note 3.

bestätigt war, scheint man in den Städten bei der Zulassung von Ärzten weniger streng verfahren zu sein. Zum wenigsten in Palermo [1]) konnte Jedermann, sofern er dort Bürger war, sich frei, und ohne einer königlichen Licenz zu bedürfen, als Arzt niederlassen. Nur musste er, da es üblich war, dass die Ärzte selbst dispensirten und zugleich die Functionen der Apotheker versahen, sich dem praetor gegenüber alljährlich eidlich verpflichten, bei der Bereitung der Medicamente kunstgerecht, und mit aller Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit zu verfahren.

Ausserdem begegnen wir in den Stadtrechten noch verschiedenen hier einschlagenden Verordnungen. Einige bezwecken die Vermeidung der Verbreitung von Ansteckungen bei Epidemien (Pest)[3]); andere sorgen für Beseitigung der Unreinlichkeit auf den Strassen und Entfernung solcher Stoffe, welche schädliche, luftverderbende Ausdünstungen erzeugen [2]); noch andere wieder verbieten das Hineinthun von Substanzen in Brunnen, Quellen und Flüsse, die entweder giftiger Natur oder sonstwie geeignet sind, das Trinkwasser zu verderben.[4])

e) Luxusgesetze.

Der Gesetzgebung des Aragonesischen Königs Friedrich II. (III.) sind einige Bestimmungen entnommen, beziehungsweise nachgebildet, die einen übermässigen Aufwand bei gewissen feierlichen Gelegenheiten: Hochzeiten und Begräbnissen verhüten sollen. Die auf den letzteren Gegenstand bezüglichen Verordnungen stellen zugleich eine Art von Trauerreglement auf.[5])

1) Palermo c. 68.
2) Palermo c. 81 (82).
3) Palermo 78 (79).
4) Noto 51, cf. Const. Sic. III, 72 (H. B. IV, p. 167).
5) Catania tit. 70. Syracus. 40. 41. Noto 35. cf. Cap. Friderici II (III) 100--104 (Cap. Regni Sic. I, p. 93 sq.).

Anhang.

Ungefähre Werthsbestimmung der sicilischen Münzen.

Dreierlei Münzen sind es vornehmlich, welche uns in den behandelten Rechtsquellen begegnen: die Augustalen (augustales), die Tarenen (tareni) und die Gran (grani). Gelegentlich kommen dann auch Unzen (unciae) vor.

1. Augustales. Die Bezeichnung augustales wird von Testa[1]) verschieden zu erklären versucht. Entweder ist sie ihm zufolge darauf zurückzuführen, dass man in Neapel und Sicilien erst unter der Regierung des Kaiser (Augustus) Friedrich II. angefangen habe, diese Münzen zu schlagen, oder aber, sie hat ihren Grund darin, dass sie auf dem Revers die Umschrift zeigten: Caesar Aug. Imp. Die letztere Ansicht hat die meiste Wahrscheinlichkeit für sich.

Ihren Werth giebt der genannte Historiker dahin an, dass er etwa gleichkomme dem vierten Theile einer Unze, und zwar einer Unze in Golde, welche wohl zu unterscheiden von der gleichnamigen, aber weit geringwerthigeren Silbermünze.

Von Savigny in seiner Geschichte des R. R. im Mittelalter[2]) berechnet den Werth einer Goldunze, wie er in Neapel und Sicilien angenommen werde, auf 11 Thlr. 12 gr.[3]); mithin auf 34 Rm. 50 Pf. heutiger deutscher Reichswährung. Hiernach stellt sich also der Werth eines Augustalen auf 8 Rm. 62 Pf.

2. Tareni. Den Werth der Tarenen anlangend, so giebt Du Cange auf Grund einschlagender Urkunden deren Werth dahin an: eine Goldunze sei gleich 5 Floren, 1 Floren aber

---

1) De Vita et reb. gest. Federici II. Sicil. reg. p. 141 Note 6. cf. c. 58 Jacob. reg. (Cap. Regn. Sic. 1, p. 26).

2) III. Bd. (2. A.) S. 629.

3) 12 Gr. = 15 Silbergroschen = 1 Rm. 50 Pf.

gleich 6 Tarenen. Nehmen wir nach dem ad 1 Gesagten die Goldunze auf 34 Rm. 50 Pf. an, so ergiebt dies für den Floren den Werth von 6 Rm. 90 Pf.; für den Taren aber von 1 Rm. 55 Pf. Sein Verhältniss zum Augustalen wurde durch ein Gesetz des Königs Jacob [1]) dahin festgestellt, dass 7 Goldtarenen und 10 Gran gleich sein sollten1 Augustalen. Zu beachten ist jedoch hierbei Folgendes: Du Cange berechnet den Werth der gedachten Münzen durchweg in Golde. Nun gab es aber, wie uns Testa [2]) berichtet, in Sicilien neben den Tarenen in Golde, auch solche in Silber. Gleichwie die Silberunze von weit geringerem Werthe, wie die Goldunze, so waren auch die Silbertarenen ungleich geringwerthiger, als die gleichnamigen Goldmünzen. 1 Goldtaren war nämlich gleich 4 Taren 3 Gran in Silber. Nach unserer Währung würde der Silbertaren demnach ungefähr dem Werthe von 28 Pf. gleichkommen.

3. Grani. Der Werth des Gran berechnet sich nach Tommasseo und Belini [3]) dahin, dass er den fünfhundertsten Theil einer Unze darstellt. Hierbei ist jedoch wiederum der Unterschied zwischen Gold- und Silberunzen im Auge zu behalten. Geht man von der Silberunze aus, welche dem Betrage von 30 Silbertarenen [4]) oder etwa von 8 Rm. 40 Pf. gleichkommt, so stellt sich der Werth eines Gran auf etwa $1^3/_5$ Pf. Legt man dagegen die Goldunze zu Grunde, so stellt sich der Werth des Gran viel höher heraus. Derselbe beträgt nämlich nach Du Cange [5]) den zwanzigsten Theil eines Goldtaren oder etwa $5^3/_4$ Pf. Ein Goldgran repräsentirt daher an Werth etwa viermal so viel, wie ein Silbergran.

Da wie ad 2 angeführt wurde, die Goldunze dem Werthe von 5 Flor. entspricht, der Floren aber 6 Tarenen, und der Taren 20 Gran enthält, so ergiebt sich das Verhältniss des Goldgran zur Goldunze auf 1 : 600, wohingegen, das Verhältniss des Silbergran zur Silberunze das von 1 : 500 ist.

1) c. 58 l. c.
2) a. a. O. Note a. u. b.
3) Dizionar. verb. grano.
4) Tommasseo e Belini a. a. O.
5) verb. tarenus.

Nachtrag.

Da die Ausgabe des St. R. von Syrakus, welche Vito La Mantia im Archivio storico Italiano Ser. IV. T. VII, disp. III. de 1881, p. 335 ff. veröffentlicht hat, mir erst nach dem bereits vollendeten Abdruck des Textes meiner Ausgabe zuging, will ich an dieser Stelle wenigstens die Abweichungen der Lesarten La Mantia's von denjenigen des von mir zu Grunde gelegten Ms. nachtragen. Vorweg gebe ich das in der von mir benutzten H. Schr. fehlende prooemium:

Fridericus Dei gratia Rex Siciliae.

Boni principis cura semper invigilat leges et jura condere, conditaque servare, quibus subjecti sibi populi ipsius sub dominio dignitatis ad approbatos et bonos usus populorum ....

Per praesens itaque privilegium notum fieri volumus universis tam praesentibus quam futuris quod jurati fidelissimae Civitatis Syracusarum fideles nostri, nomine et pro parte universitatis hominum Civitatis ipsius nostrorumque fidelium, ostenderunt et praesentarunt in scriptis nostrae celsitudini quasdam consuetudines Civitatis ejusdem, quae per probos utique fideles et idoneos viros Civitatis praedictae, ad hoc electos et statutos per civitatem eamdem susceptae et compilatae fuerunt; per quas consuetudines utpote bonas laudatas electas et approbatas in his quae continentur in eis per praedictam universitatem civitatis Syracusarum universitas ipsa se moderari, gubernari et vivere de caetero praelegit, cassatis antiquatis, cessantibus omnibus aliis consuetudinibus quibus praedicta universitas dictae civitatis Syracusarum retroactis temporibus utebatur. Et nostro culmini proinde humiliter supplicarunt ut hujusmodi oblatas per eos pro parte dictae universitatis in scriptis consuetudines ratificari, acceptare ac civi-

bus habitatoribus dictae civitatis Syracusarum et tenimenti sui heredibus et successoribus eorum in perpetuum per eos in eisdem civitate et territoriis ejus, tam in juditio quam extra juditia, de caetero observandas confirmare et de benignitate regia nostra serenitas dignaretur. Nos autem examinatis prius per nostram curiam aliosque juris peritos ac plena cum deliberatione discussis consuetudinibus ipsis, eisdem supplicationibus inclinati, ac etiam considerantes fidem puram et devotionem sinceram quam universitas hominum dictae civitatis erga Majestatem nostram prompto zelo gessit et gerit, per quam gratum dicimus et habemus ut ipsi heredes et successores eorum sub nostri et heredum nostrorum felici dominio pro hominum tranquillitate et stabilitate congaudeant hujusmodi consuetudinibus quas per praedictos juratos nostro conspectui praesentatas et per curiam nostram aliosque juris peritos examinatas atque discussas ut supra, tamquam bonas, laudatas et approbatas per universitatem praedictam, ex certa nostra scientia confirmamus, volentes et praedicti privilegii tenore mandantes deinceps ipsas per se heredes et successores eorum in perpetuum in praedicta civitate Syracusarum et tenimento suo in juditiis et extra juditia tenaciter et inviolabiliter observari. Quarum consuetudinum tenor per omnia talis est.

Demnächst stelle ich die Varianten der Lesarten, wie folgt, einander gegenüber:

La Mantia.	Meine Ausgabe.
cons. I. contingerit	contingit
constiterit et	fehlt et
subscriptae poenae	subscripta poena
fehlt etc.	persolvantur etc.
pro jure tali [1])	pro jure paseuli
animalium quingentorum	aliorum quingentorum
cons. II. judicem	judices
faciat [2]) — extimari	fiat — extimari
judicem vel eorum executores	judices vel eorum exequutione
aeris	areis

1) Soll vermuthlich heissen: pali, cf. unten Cons. III.

2) Diese Lesart ist zweifellos richtiger, als die in dem von mir benutzten Ms.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
hortis oleorum aut ferragine[5])	ortis seminatis ferragine
cons. III. plures	plura
aut colonum	vel colonum
de ejusdem loci vel ejus custodia	de ejusdem rei vel loci custodia
pali	pasculi
de captione vero et quantitate animalium praedictorum	de captione et quantitate praedictorum animalium
cons. IV. Zu den bereits aus La Mantia Cons. delle città ct. mitgetheilten Lesarten (S. oben S. 139 des Text. der Stadtrechte Noten zu dies. Stelle) sind jetzt noch hinzuzufügen:	
filio vel filiis	filiis vel filio
parenti superstiti	parentum superstiti
debent remanere	debeant remanere.
cons. V. vel alienationis	sive alienationis
prohibitae erunt uxori	prohibitae sunt uxori
si quando	si quid
promissio ejus non valet	promissio non valet
post praedictum matrimonium contractum	post contractum matrimonium
cons. VI. (Überschrift:) filia dotata non admictatur ad succesionem reliquorum bonorum parentum.	Quod filia dotata non admittatur ad successionem ct.
bona residua remaneant	— remanent.
fehlt et vor: computatis dotibus.	
filii vel filiae	filii vel filia
cons. VII. absque assensu	— consensu
patris, qui patrem habuerit	patris, qui partem non habuerit[1])
cons. IX. aut si quae filiorum	aut si qui filiorum

1) Es ist ferragini zu lesen.

1) Diese Lesart erscheint als die bessere.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
pupillarem aetatem	pupillorum —
eodem matrimonio suscepti	eodem tamen matrimonio —
parente superstite	parentum superstite
si quis autem decesserit	si quis enim defecerit
sorore succedant	sororibus succedunt
proximiores	ei proximiores
proximiores ex parte matris	ex parte matris proximiores
cons. X. fehlt in der Ueberschrift: absque liberis	
maritus et uxor	maritus uxor
cosn. XI. tam in criminalibus causis, quam in civilibus causis	tam in criminalibus, quam in civilibus causis
fidejussionem mariti	fidejussione mariti
cons. XII. Siehe die oben S. 141, 142 des Text. d. St.-R. in d. Noten aus La Mantia's Cons. delle città et. angeführten Lesarten.	
cons. XIII. debitis observatis	debite observatis
cons. XIV. etiam intestatus S. im Übrig. d. ob. p. 142 in d. N. aus La Mantia a. a. O. angef. Lesart.	et intestatus
cons. XVI. reliqua parte uxor remanens in vita	reliqua quarta parte — in vita remanens
cons. XVII. beneficii praedicti super inventi	fehlt super inventi
heredibus ejusdem	heredibus ejus
cons. XVIII. et filii vel filiae omnium bonorum eorum	filii et filiae omnium eorum bonorum
cons. XX. bajuli judicum civitatis	bajulorum judicium civitatis
cons. XXI. descensive	ascensive [1])
cons. XXII. debita satisfiat his bonis stabilibus quod creditor bona stabilia	de debito satisfiat his bonis suis stabilibus quod creditori bona stabilia

1) Zweifellos richtiger.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
sibi pro debito assignare tenere tamen debeat	sibi pro debito assignata tenere tantum datur
a die assignationis in	a die —
antea numerandos	numerando
tantum debita	similiter debita
Et si quid	Et si quod
per creditorem	pro creditore
tantum habeat	spatium habet
cons. XXIII. unciarum duarum	duarum unciarum
ad summam unciarum auri duodecim	fehlt unciarum
praeterea in majori debito	praeter in —
ad petitionem fidejussori fidejussionem non facientis	ad petitionem fidejussoris (cf. oben S. 146. Note 2. zu dieser Stelle.)
cons. XXIV. Überschrift: Quod testimonium judaei et cujuscumque alius infidelis non praejudicet christiano, et testimonium christiani praevalet in judeum.	Quod testimonium Judeorum et aliorum infidelium contra Christianum non sit admittendum.
comprimendum	comprimendam
nequitiam	iniquitiam
quam civili	vel civili
recipiatur	reperiatur
in judicio valitura [1])	in judicio valituro
cons. XXV. non possit	non potest
indigerit	indiguerit
si domum emerit, in dote vel in pignore ceperit	si domum dederit in dotem vel in pignus ceperit (cf. ob. S. 147. Note 2. zu dies. Stelle.)
posset	possit
locati ad annuam pensionem	— ad annum
alii personae idoneae	fehlt alii
ita quod novus inquilinus	ut novus —
infra tempus locationis	infra locationis tempus

1) So jedenfalls richtiger.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
De magazenis vero locatis ad mensem si [1]) in principio primi mensis per octo dies tantum conductor illud tenuerit, integram pensionem totius mensis teneatur exsolvere locatori.	De magazenis autem locatis ad mensem in principio primi mensis per dies 8 tantum conductor illud tenuerit integram totius mensis pensionem locatori exsolvere
cons. XXVII. solvi mandent intera per eos concorditer, vel saltem per curiam sequestretur. (Völlig perplex wegen der richtigen Lesart cf. oben S. 149. d. Text. d. St.R. Note 5. zu dies. Stelle.)	— mandet
cons. XXVIII. De solvenda mercede servitiorum quod credatur juramento patroni.	De solidis et merce
servitiorum et operariorum	servitiorum operariorum
vel ad mensem	fehlt ad
vel ad extalium	fehlt ad
reprobabilis persona	reprobabilis sit persona
vel conductum	vel conductorem
cons. XXIX. anni unius	anni unius tantum
dummodo ex malitia, vel protervitate servitoris, non debeat evenire ut patronus [2])	dummodo ex malitia vel protervitate servitoris non habeat evenire, patronus
cons. XXX. § 1.[3]) is cui competit	is qui petit
pervenisse	provenisse
qui acceperit per prothomisim	qui accipit prothomisi rem
— § 2. debita solemnitate	solita solemnitate
in quocumque casu	ex

1) Durch die Einschaltung des si wird der Text wesentlich verbessert.

2) So augenscheinlich richtiger.

3) Die Eintheilung in §§ fehlt.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
solemnizato instrumento	fehlt instrumento
praecludatur	praecluditur
via cuicumque petenti	petendi via
ante pactionem	ante peractionem [1]
apud acta	per acta
— (§ 3.) potest	possit
— (§ 4.) venditiones rerum stabilium sive recuperentur sive non	Es fehlen die Worte: sive recuperentur sive non
per bajulos	per bajulum
in tantum quos	ita tamen quod [2]
non plus	non pluris
opus de jure	opus deinde
— (§ 5.) ad finem quaestionis [1]	ad finem contractionis
post elapsum vero tempus praedictorum octo dierum	post elapsum vero praedictorum octo dierum terminum
et in quaestione suis terminis procedatur	et in consecutionem suis terminis procedatur
— (§ 6.) fehlt gänzlich.	
— (§ 7.) Et praedictum	Et quod praedictum
— (§ 8.) Si pura	si pure
revocetur	revocatur
— (§ 9.) barones	et barones
— (§ 10.) fehlt gänzlich.	
cons. XXXI. praemonere	promoveri [3]
habitatoribus civitatis ejusdem	habitatoribus Syracusarum
et communicent	et concurrant
et beneficiis	et beneficio
per consanguineum vel vicinum	per consanguineos vel vicinos
contra aliquem aliquatenus admictantur	fehlt contra aliquem
et habitatoribus	civibus habitatoribus
a nativiate	fehlt a

1) Bessere Lesart.

1) So offenbar richtiger.
2) Bessere Lesart.
3) So richtiger.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
venerit habitandi proposito	habitandi proposito venerit
honoribus et consuetudinariis juribus	honoribus oneribus et consuetudinariis juribus
cons. XXXII. cf. die aus La Mantia Cons delle città ct. zu dies. Stelle bereits angeführt. Lesart. (oben S. 152 in d. Not.)	
cons. XXXIV. per universitatem civitatis praedictae in tempus sui officii recedat	etiam per universitatem civitatis Syracusarum infra tempus sui officii recedat
cons. XXXVII. civitatis ipsius	civitatis Syracusarum
aquae ductibus	et aquae ductibus
inspectiones	inspectionem
quandocumque cognoscere	quando
sine libelli strepitu	sine libello, strepitu
quandocumque	quandoque
cons. XXXVIII. portas et fenestras	portas finestras
ex parte videlicet	ex parte scilicet
praeterquam in tabernis et apothecis	praeterquam tabernas et apothecas
morentur	morantur
possint [1]) vinum includere	possit
cons. XXXIX. in curia debitorem	in curiam debitorem
cons. XL. in visita	in visitatione
persolvendae	persolvendam
cons. XLI. in funeribus mortuis	in funeribus mortui [3])
cons. XLII. (Überschrift) in vicinio	in vicino
communiter	consequenter
et statutum	et mandatum
quae prostituet	quae prostret
lenonizet	lanonizet
saepe contingit enim	quia sepe et contingit quod

1) So richtiger.

1) So richtiger.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
totum corrumpit ovile	totum gregem contaminat
cons. XLIII. dolose evitant	dolosi evitant
nullatenus per curiam civitatis ipsius in judicio expellantur inviti [1]	nullatenus per curiam audiantur, sed ad respondendum actoribus per curiam civitatis ipsius in judicio expellantur inviti [1]
cons. XLIV. controversias dirimendo	dividundo
centimulos	centimola
cons. LXV. fertilitatibus [2]	festivitatibus
statutum et ordinatum est	statutum est ac etiam ordinatum
in portu ejus	in porta ejus
adductarum et venditarum	adductarum seu
quo emtae primitus extiterunt	quo emtores primitiis extiterunt
cons. XLIV. passo injuriam	passa injuria
curia denunciatam	curiae denunciata
cons. XLVII. produci facere	perduci
vaccas et jumenta	vaccas, capras et jumenta
morandi ibidem	morandi causa ibidem
exclusis inde ovibus	exclusis item ovibus
foetus praedictos	faetus praedicti
venditis foetibus	faetibus venditis
in nundinis	in nundinibus
quae ab ordinariis	—
ducuntur	dicuntur
justitiario Regni	justitiario regio
animali	animale
cons. XLVIII. universis tam presentibus quam futuris	universitatis, tam praesentibus quam futuris
marito verum tamen sibi quartam partem pecuniae sibi retinere	maritum verum tamen sibi quartam partem pecuniae retinere
nostro culmini prohinde supplicatum	nostro culmini proinde supplicato
consulte et deliberate	consulti et deliberati

1) Völlig perplex.
2) So die bessere Lesart.

1) Diese Lesart jedenfalls richtiger.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
quod quoties matrimonium . . . . . .[1]) usque	quod quoties matrimonium in eo casu quo filii non existant per viri obitum dissolvatur de bonis mariti usque
quod[2]) provisum, statutum et ordinatum est ex nunc in antea in perpetuum debeant inviolabiliter observare et facere observari	quod id quod — — — — — — — — — — — — — habeant inviolabiliter observare et observari facere
Datum Syracusis, anno Dominicae Incarnationis 1333, 27 Februarii, II Indictionis	dat etc. Das Übrige fehlt.
cons. XLIX. immitti faciat	immitti facere
praeterquam de	praeter de
civis civitatis	civium civitatis
in tenimento	in territorio
servandum	conservandum
et si voluerit ipsum fundere in terram sive in mare[3])	et si voluerit in terra seu in mare
eadem fidelitate	et fidelitate
cons. L. sint contenti	sunt contenti
coxam unam castrasinorum in testo resurrectionis	coxam unam in testo resurrectionis castrasinorum
buccherio Syracusano seu patrono	buccherio seu patrono
tarenum unum	tarenorum unum
aliquo casu pondera amitterent	aliquo casu pondera. Es fehlt amitterent cf. oben S. 158. Note 1. zu dies. St.
praedicti Acatapani rotulos ipsos et ipsa pondera seu mensuras nullo praetio mercare facere teneantur	Es fehlen die Worte: Acatapani—mensuras
seu haedos et agnas vivas	seu aedas et agnas vivas

1) Durch die vorhandene Lücke wird der Text völlig unverständlich.
2) Der Text so nicht verständlich.
3) So die bessere Lesart.

La Mantia.	Meine Ausgabe.
apothecae ipsi	apothecae ipsius
tarenos duos	ℓ. 2
seu arrigaterio	seu a rigatterio
si fuerint cafesi	si fuerint a cafesis
quinquaginta infra	quatraginta olii infra
a quinquaginta ad centum	a quinquaginta usque ad centum
a centum supra	ad centum supra
item a duabus salmis ultra	item in salmis ultra

Druckfehler und Berichtigungen.

I. In den Texten der Stadtrechte.

S. 3 Note * vorletzte Zeile liess: „mehrerer."
„ 103 „ 1 hinter d. W. „tituli" ist einzuschalten: (I.-XIII.)
„ „ „ 3 vorletzte Zeile liess: „Adject." (= Adjectivum), statt „Subject."
S. 125 Tit. LV. Ueberschrift liess „civilitate" statt „civitate."
„ 143 Z. 4 v. oben: „relinquere."
„ 215 Z. 2 v. ob. ist die Lesart „cessantibus omnibus alliis cons. ct. der im Text gewählten: cassandis" vorzuziehen Cf. prooem. zu d. cons. Syrac. (S. oben Nachtrag S. 373.)

II. In der system. Darstellung.

S. 40 Z. 6 v. unt. ist vor „Ursprung" zu ergänzen: „Der."

Aus Amari, Guerra del Vespero Sicil. vol. II, p. 404 ersehe ich, dass die sicilische Goldunze im XIII. Jahrh. dem Werthe von 60,90 fr. gleichkam. Legt man diese Werthsbestimmung zu Grunde, so stellen sich die oben S. 370—371 berechneten Werthe der Augustal. Taren. u. Gran. erheblich höher.

Halle, Druck von E. Karras.

6483 . 12
M

3 2044 011 736 121

THE BORROWER WILL BE CHARGED THE COST OF OVERDUE NOTIFICATION IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW.

DUE-WID
JUL 7 - 1970
SEP 6 - 1970

WIDENER
MAY 28 1991
BOOK DUE